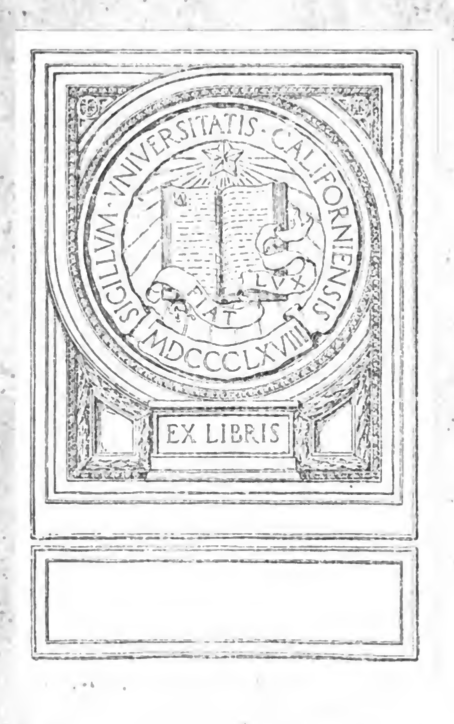
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA: GESCHICHTE, ...

Eduard Meyer




SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

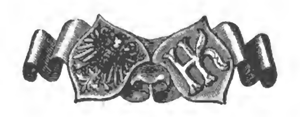

Digitized by Google

Die Vereinigten Staaten von Amerika.

Geschichte, Kultur, Verfassung und Politik.

Von

Eduard Meyer.



Frankfurt a. M.
Verlag von Heinrich Keller.
1920.

Vorwort.

Als ich während meines zweimaligen Aufenthalts in den Vereinigten Staaten — im Frühjahr 1904 nahezu zwei Monate, im Winter 1909/10 über sieben Monate — einen großen Teil des Landes und zahlreiche Persönlichkeiten aus den verschiedensten Kreisen kennen gelernt hatte, ist mir von Amerikanern vielfach die Erwartung und der Wunsch ausgesprochen worden, ich möge über ihr Land und seine Zustände ein Buch schreiben. Ich habe das damals immer abgelehnt, mit der Erklärung, ich kenne das Land zu gut, um, wie es so viele andre getan haben, auf Grund flüchtiger Bekanntschaft meine ersten Eindrücke niederzuschreiben, empfinde aber eben deshalb auch die Lücken meiner Kenntnisse und wisse, daß eine wirklich begründete, tiefgreifende Darstellung ein ganz andres, jahrelanges Studium erfordern würde. In der Tat ist es, so hoch ich die gewaltige, dort gewonnene Erweiterung meiner geschichtlichen und politischen Anschauungen einschätzte und so gern ich sie für meine wissenschaftlichen Arbeiten und Vorlesungen verwertete, mir nie in den Sinn gekommen, daß ich einmal ein Buch wie das hier vorliegende verfassen würde; nur über die Mormonen, mit deren Geschichte ich mich, von religionsgeschichtlichen Studien ausgehend, eingehender beschäftigt hatte, habe ich im Jahre 1912 ein Werk veröffentlicht („Ursprung und Geschichte der Mormonen", Halle, Max Niemeyer).

Da kam der Krieg, und mit ihm die feindselige Haltung, die ein großer Teil der amerikanischen Bevölkerung und vor allem die amerikanische Regierung von Anfang an gegen uns einnahm. Damit wurde es Pflicht, nach Möglichkeit zur Aufklärung über die amerikanischen Verhältnisse und Stimmungen beizutragen. Dem habe auch ich mich nicht entziehen wollen, und mehrfach darüber das Wort ergriffen, so in den Schriften „Nordamerika und Deutschland" 1915 und „Der amerikanische Kongreß und der Weltkrieg" 1917 (Karl Curtius, Berlin). Diese Schriften haben den Verleger des vorliegenden Buchs veranlaßt, mit der Aufforderung an mich heranzutreten, eine ausführlichere Darlegung der geschichtlichen Entwicklung und der politischen und sozialen Zustände des Landes zu geben, als Ergänzung der in seinem Verlage erschienenen geographischen Werke; und ich hatte mich inzwischen so vielfach mit dem Gegenstande beschäftigt, daß ich

es verantworten zu können glaubte, die Zusage zu geben. Das Buch habe ich dann in den ersten Monaten dieses Jahres niedergeschrieben.

Daß meine Kenntnis der Vereinigten Staaten, wenn auch einigermaßen umfassend, doch keineswegs erschöpfend ist, brauche ich nicht zu wiederholen. Wohl aber glaube ich imstande zu sein, dem deutschen Leser eine orientierende Übersicht der politischen und wirtschaftlichen Eigenart des Landes, der sozialen Zustände und Anschauungen, und des in ihnen sich offenbarenden und von ihnen gestalteten Nationalcharakters zu geben. Diesem Zweck dient auch der geschichtliche Abriß, der natürlich nicht auf selbstständigem Studium des Quellenmaterials beruht, in dem ich aber versucht habe, die Hauptmomente der Entwicklung möglichst anschaulich herauszuarbeiten.

Für die Darstellung der Vorgänge im Weltkrieg habe ich Informationen benutzen können, die ich während der Ereignisse mehrfach namentlich auch in Verhandlungen mit unserer Regierung erhalten habe und die ich als zuverlässig betrachten darf; ich hoffe darüber später noch genauere Auskunft geben zu können. Das soeben erschienene wertvolle Buch von Helfferich „Der Weltkrieg. Bd. II, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten Ubootkrieg" und die sonstigen Veröffentlichungen der letzten Wochen in der Presse haben denn auch meine Angaben und Auffassungen in willkommener Weise bestätigt, aber kaum irgendwo erweitern oder berichtigen können.

Die Schilderung von Land und Leuten beruht in allem wesentlichen auf den von mir selbst gewonnenen Anschauungen. Daß dadurch eine gewisse Einseitigkeit in das Buch gekommen ist, war unvermeidlich. Die Erlebnisse und Erfahrungen, die ich an den amerikanischen Universitäten, und zwar als Historiker, gewonnen habe, stehen für mich naturgemäß im Vordergrund, wenn sie auch beträchtlich über den engeren Kreis des Universitätslebens hinausgreifen; ein Naturforscher, ein Arzt, ein Nationalökonom, ein Kaufmann oder Industrieller würde in ähnlicher Weise die Gebiete, die ihm zunächst liegen, in den Vordergrund rücken und eingehender behandeln und dementsprechend gewiß auch manches anders fassen. Nun wäre es ein leichtes gewesen, aus der umfangreichen Literatur weitere Ergänzungen einzufügen; ich glaube aber nicht, daß dem Leser damit gedient wäre, wenn ich weiter derartigen Stoff gehäuft hätte, den voll zu beherrschen ich doch nicht imstande gewesen wäre; es wird ihm weit willkommner sein, ein lebensfrisches aus unmittelbarer Anschauung gewonnenes Bild zu erhalten, und er wird dafür über manche dadurch bedingte Lücken freundlich hinwegsehn.

Im übrigen habe ich mich bemüht, völlig unparteiisch zu schreiben. Die persönlichen Bande, die mich an Amerika und an zahlreiche Amerikaner knüpften, sind zerrissen. Aber auf das Buch habe ich der durch den Krieg erzeugten Stimmung keine Einwirkung gewährt; ich kann versichern, daß in demselben kein Urteil steht, das ich nicht auch in den Jahren vor dem Kriege ebenso gefaßt hätte und in der Tat auch oft genug in Gesprächen und Vorträgen ausgesprochen habe.

Wohl aber liegt mir noch ein weiteres Moment am Herzen. Der Zusammenbruch unseres Staatsbaus hat Deutschland in eine Demokratie verwandelt. Da ist es doch dringend geboten, daß wir die entwickeltste Demokratie der Gegenwart gründlich kennen lernen und von ihr zu lernen suchen. Bisher haben wir alle Gebrechen der amerikanischen Demokratie sofort gründlich übernommen: die schrankenlose Selbstsucht und Begehrlichkeit, den Unterschleif, die Verschleuderung der öffentlichen Gelder, die gedankenlose Unterordnung unter die Majorität, die inhaltlose Phraseologie, die Tyrannei der gerissenen Politiker und Parteigrößen, die charakterlose Handhabung des Strafrechts, die Riesenstreiks mit all ihren Ausschreitungen und den Schießereien auf den Straßen, ja sogar das Lynchgericht. Aber das zu übernehmen, worin wirklich die Leistungsfähigkeit und Größe der Union besteht, die Verwerfung des Parlamentarismus und die Aufrichtung einer kräftigen Staatsgewalt, die in den Händen einer persönlich verantwortlichen, von d r Majorität erwählten und daher auf einer selbständigen Grundlage ruhenden Persönlichkeit liegt, haben unsere weisen Gesetzgeber sich peinlich gehütet; statt dessen haben sie die Karrikatur der Demokratie eingeführt, den Parlamentarismus in krassester Form, die elendste aller Staatsverfassungen, die nirgends irgendwelche Verantwortung kennt und jede kräftige Regierung unmöglich macht, eine Staatsform, die Rousseau mit vollem Recht als das Gegenteil der Demokratie, die Abdankung des Volks zu Gunsten einer befristeten, aber der Verantwortung enthobenen Oligarchie bezeichnet hat. Falls die zukünftige Gestaltung Deutschlands wirklich dauernd eine demokratische Republik bleiben wird, ist es dringend geboten, bei Amerika in die Lehre zu gehen und die neue Verfassung unter Benutzung des dort gebotenen Vorbilds von Grund aus umzugestalten, wenn die deutsche Nation überhaupt noch eine Zukunft haben soll.

Berlin, den 12. August 1919.

Eduard Meyer.

Inhaltsverzeichnis.



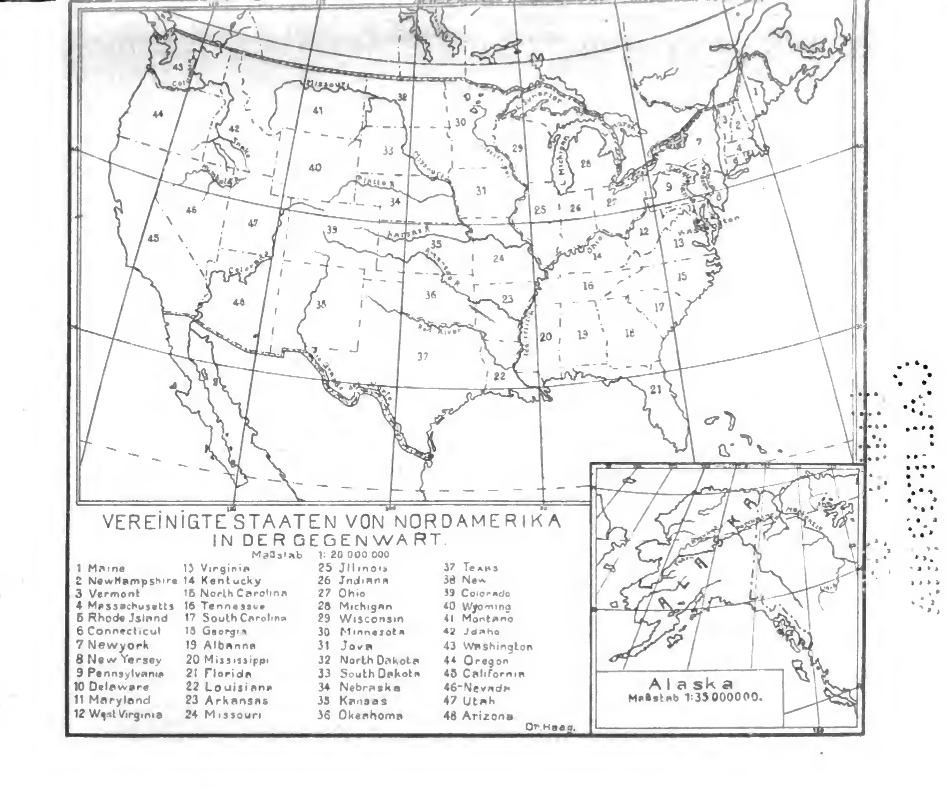
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON NORDAMERIKA IM JAHRE 1783.

DIE 13 ALTEN STAATEN DER UNION

1 New Hampshire
2 Massachusetts
3 Connecticut
4 Rhode Island
5 Newyork
6 New Jersey
7 Pennsylvania
8 Delaware
9 Maryland
10 Virginia
11 Nord-Carolina
12 Süd-Carolina
13 Georgia

Maßstab 1:20 000 000.

Dr. H. HAAG


VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA
IN DER GEGENWART.
Maßstab 1: 20 000 000
1 Maine
2 NewHampshire
3 Vermont
4 Massachusetts
5 Rhode Jsland
6 Connecticut
7 Newyork
8 New Yersey
9 Pennsylvania
10 Delaware
11 Maryland
12 West Virginia
13 Virginia
14 Kentucky
15 North Carolina
16 Tennessee
17 South Carolina
18 Georgia
19 Albanna
20 Mississippi
21 Florida
22 Louisiana
23 Arkansas
24 Missouri
25 Jllinois
26 Jndiana
27 Ohio
28 Michigan
29 Wisconsin
30 Minnesota
31 Jova
32 North Dakota
33 South Dakota
34 Nebraska
35 Kansas
36 Okenhoma
37 Texas
38 New
39 Colorado
40 Wyoming
41 Montano
42 Jdaho
43 Washington
44 Oregon
45 California
46 Nevada
47 Utah
48 Arizona
Dr. Haag.
Alaska
Maßstab 1:35 000 000.

I. Geschichte der Vereinigten Staaten.

Gründung und Charakter der Kolonien.

Die dreizehn Kolonien an der Ostküste des nordamerikanischen Kontinents, welche sich im Jahre 1775 gegen England empört und am 4. Juli 1776 ihre Unabhängigkeit erklärt haben und sich dann zu den Vereinigten Staaten von Amerika zusammenschlossen, sind zwar alle von England aus besiedelt, trugen aber im einzelnen einen sehr verschiedenen Charakter, und haben diesen auch noch in der Gegenwart bewahrt.

Die Antriebe, die zu ihrer Gründung geführt haben, sind allerdings durchweg die gleichen: der steigende Wohlstand Englands und zugleich die Umwälzung der inneren Struktur der englischen Gesellschaft, die Einziehung der Kirchengüter und die Entwicklung des Großgrundbesitzes, die Verdrängung des Ackerbaus durch die Schafzucht, die Entstehung eines besitzlosen, von Haus und Hof vertriebenen Proletariats, das sich zur Auswanderung gedrängt sah, und auf der anderen Seite die jetzt einsetzende Entwicklung des englischen Seehandels und der englischen Seemacht, die Hoffnung der Kapitalisten auf reichen Gewinn in dem von der Phantasie mit fabelhaften Schätzen ausgestatteten neuen Kontinent, das Streben, im Westen einen Weg nach China und Indien zu entdecken, der dem Handel neue Bahnen eröffnen würde, die wachsende Neigung zu kühnen, überseeischen Unternehmungen und Abenteuern, die durch die Piratenfehden gegen die spanische Großmacht mächtig gefördert wurde. Auch war das englische Recht und der Schutz der persönlichen Freiheit wenigstens der besitzenden Klassen überall anerkannt. Aber dazu kamen bei jeder der einzelnen Kolonien sehr verschiedenartige Sonderbedingungen, welche ihre Gestaltung bestimmt haben.

Die Besiedlung von Neuengland im Norden ist durch die religiöse und politische Bedrückung der kalvinistischen Puritaner unter Jakob I. hervorgerufen. Im Dezember 1620 landeten die „Pilgerväter“, etwa hundert Männer und Frauen, im Süden der vorspringenden Landzunge von Cape Cod und gründeten in New-

Plymouth ein presbyterianisches und zugleich demokratisches Gemeinwesen; der ursprüngliche Plan eines kommunistischen Lebens ohne Privateigentum am Grund und Boden wurde allerdings binnen kurzem als unheilvoll und naturwidrig aufgegeben. Die ersten Ansiedler sind, wie bei diesen tastenden Kolonisationsversuchen durchweg, fast alle durch Hunger und Krankheiten aufgerieben; aber neue Scharen von Auswanderern trafen ein, die sich zum Teil weiter nördlich an der Massachusetts Bay, so in Salem (n. von Boston), niederließen. Unter Karl I. wuchs die Auswanderung mächtig an, unter der Einwirkung sowohl der untrennbar verflochtenen religiösen und politischen Kämpfe in England wie der sich bessernden Aussichten der Kolonisation. Im Jahre 1630 kamen elf Schiffe unter John Winthrop, dem ersten Gouverneur von Massachusetts, und gründeten Boston, und andere folgten ununterbrochen; nach einem Jahrzehnt war die Bevölkerung der Kolonie bereits auf 16 000 Seelen angewachsen. Zugleich wurde der Sitz der vom König 1628 privilegierten Massachusetts Bay Company in die Kolonie verlegt und der Oberschicht ein Anteil an der Regierung und Gesetzgebung bewilligt. Auch hier gewann der Puritanismus, im Gegensatz zur englischen Staatskirche, alsbald die volle Herrschaft, und strenge Unterordnung unter die von der Mehrzahl der Gemeinde geforderte Religion und ihre Kultusbräuche wurde erzwungen; wer sich nicht fügen wollte, wurde hart bestraft und schließlich gewaltsam ausgewiesen. Mit diesen religiösen Konflikten verbanden sich in bezeichnender Weise Gegensätze über die Beziehungen zu den Indianern, den freien Handel und das Recht auf Grundbesitz. Die Vertriebenen gründeten dann kleine Ansiedlungen weiter im Südwesten, der Independent Roger Williams 1636 in Providence, andere Sektenführer auf der Insel Rhode Island in Portsmouth und in Newport. Aus ihnen ist 1643 durch einen Freibrief des Langen Parlaments die Kolonie Rhode Island and Providence Plantations hervorgegangen, dem Umfang nach die kleinste, aber eine der selbständigsten und rührigsten unter den Staaten der Union. Hier war die Trennung von Staat und Kirche und die Gleichberechtigung der Ansiedler konsequent durchgeführt; dagegen wurde die Aufnahme neuer Ansiedler auch hier von der Zustimmung der Gemeinde abhängig gemacht und „unwillkommene" Zuwanderer ferngehalten, und an politischen und auch an religiösen Konflikten fehlte es auch hier nicht. Im achtzehnten Jahrhundert sind denn auch hier die Katholiken wenigstens ihrer politischen Rechte beraubt worden, während sie persönlich unbehelligt blieben. Die Kolonie Connecticut und New Haven dagegen weiter im Westen ist lediglich aus dem Triebe, neues fruchtbares Land zu gewinnen, und dem Drange mancher

Ansiedler nach völlig unabhängigem, durch keine staatliche Autorität kontrollierten Leben hervorgegangen; dagegen herrschte auch in ihr volle puritanische Uniformität, und wie in Massachusetts (und übrigens auch in Rhode Island) sollte die Bibel, vor allem die Gesetze des Alten Testaments, die Norm für die gesamte Lebensführung abgeben. Als selbständige Kolonie wurde Connecticut von England 1663 anerkannt, während die Ansiedlungen weiter im Norden, in New Hampshire, erst 1691 die Selbständigkeit erhielten; dagegen wurde New Plymouth damals definitiv in Massachusetts einverleibt. So waren die vier alten Staaten Neuenglands gebildet. Von New Hampshire ist dann 1791 der Staat Vermont losgelöst worden; die Ansiedlungen noch weiter nördlich in Maine, bis an die Grenze des französischen Akadien (Neu Schottland), gehörten bis 1820 zu Massachusetts.

In wesentlich anderen Bahnen verlief die Entwicklung der volle drei Breitengrade weiter südlich gelegenen Kolonie Virginia, die nach mehreren vergeblichen Anläufen seit den Jahren 1607 und 1609 an der Chesapeake Bay und der Mündung des James River entstand. Sie war zunächst ein kommerzielles Unternehmen, unter Leitung der 1624 aufgehobenen Virginia-Gesellschaft, wurde aber alsbald eine Pflanzerkolonie, die unmittelbar der Krone unterstellt war; diese ernannte den Gouverneur, gewährte aber den Kolonisten das Recht der Gesetzgebung und Steuerbewilligung nach dem Muster der englischen Verfassung. Ihr rasches Gedeihen beruhte auf der Entwicklung des Tabakbaus, der reichen Ertrag brachte und ein Monopol für England erhielt. So bildeten sich hier große Plantagen und eine Aristokratie von Grundbesitzern; die Arbeiter gewann man teils durch Anwerbung unter großen Verheißungen, teils durch massenhafte Überführung von Verbrechern und aufgegriffenen Vagabunden zu mehrjähriger Zwangsarbeit im Dienst der Grundbesitzer — eben in dieser Zeit schuf die wirtschaftliche Umwälzung in England ein stets mächtiger anschwellendes erwerbloses Proletariat, gegen das die Straf- und Armengesetze mit barbarischer Strenge vorgingen. Auch Negersklaven wurden gelegentlich schon eingeführt. Diesen Verhältnissen entsprach es, daß in der Kolonie die Staatskirche von England dominierte und, wie auf den westindischen Inseln, die loyalistischen Gefühle vorherrschten, die sich im Bürgerkriege betätigten; 1652 mußte Virginia durch eine Flottenexpedition zur Unterwerfung unter das Parlament gezwungen werden.

Im Norden von Virginia wurde das Gebiet jenseits des Potomac abgetrennt und von Karl I. 1632 dem katholischen Lord Baltimore geschenkt, unter dem der Gemahlin des Königs entlehnten Namen Maryland. Der Eigentümer gewährte den An-

siedlern Selbstverwaltung. Seine Absicht war, hier den daheim schwer bedrückten Katholiken eine Freistatt zu schaffen; aber das war nur möglich durch Gewährung voller Gleichberechtigung an alle christlichen Konfessionen und Unterdrückung der Bestrebungen der Jesuiten, dem neuen Gemeinwesen einen spezifisch katholischen Charakter aufzudrücken. Durch eine geschickte Politik gelang es Lord Baltimore, in den Wirren der englischen Bürgerkriege seinen Besitz und sein Prinzip zu retten. Unter den Ansiedlern bildeten die Protestanten verschiedenster Bekenntnisse bald die Mehrzahl, aber die religiöse Exklusivität und Verfolgung, die in den übrigen Kolonien herrschte, wurde vermieden. So gewann Maryland den Ruhm, die erste amerikanische Kolonie zu sein, in der noch viel konsequenter als in Providence der Grundsatz der religiösen Toleranz aufgestellt und durchgeführt wurde. Im achtzehnten Jahrhundert, seit 1692 und 1703, wurden dann freilich gerade in Maryland nicht nur die politischen, sondern auch die persönlichen Freiheitsrechte und die Ausübung des Gottesdienstes rücksichtslos fast in demselben Umfang eingeschränkt wie in Irland, und gegen Freidenker die schwersten Strafen verhängt.

In derselben Weise hatte Karl I. 1629 das Land südlich von Virginia einem andern seiner Beamten verliehen, unter dem Namen Carolina; indessen damals kam der Plan nicht zur Ausführung. Aber im Jahre 1663 verlieh Karl II. dies Gebiet gemeinsam an acht Staatsmänner seiner Partei. Die Verfassung wurde — nach dem Scheitern eines phantastischen, auf feudaler Grundlage aufgebauten Entwurfs von Locke — ähnlich der in Maryland gestaltet, und Ansiedler fanden sich an verschiedenen Stellen, namentlich im Süden in dem trefflichen Hafenplatz Charleston. Aber die Gesamtregierung durch acht Männer und ihre Erben war nicht lebensfähig und führte immer wieder zu Konflikten mit den Ansiedlern; religiöse Streitigkeiten zwischen der Staatskirche, die die Eigentümer einführen wollten, und den Sekten, darunter auch französischen Protestanten, kamen hinzu; das Endergebnis war, daß 1728 die Eigentümer ihre Rechte an die Krone verkauften. Zugleich zerfiel die Ansiedlung in zwei gesonderte Kolonien, das völlig unentwickelte Nordcarolina, wo zerstreute Siedlung und primitiver Wirtschaftsbetrieb vorherrschte, und das durch die Entwicklung des Reisbaus zum typischen Plantagenstaat mit Negersklaverei gewordene Südcarolina, wo die politische Macht in den Händen der Großgrundbesitzer konzentriert war, die in Charleston ihren Wohnsitz hatten.

Das weite Gebiet zwischen Neuengland und den südlichen Kolonien hatten die Holländer in Anspruch genommen und 1621 einer westindischen Gesellschaft als Neuniederland zugewiesen. 1626

wurde hier auf der Insel Manhattan in der weiten Mündungsbucht des 1609 entdeckten Hudsonflusses die Stadt Neuamsterdam gegründet. Andere Ansiedlungen entstanden aufwärts am Hudson, ferner am Delaware. Hier versuchten, einen Plan Gustav Adolfs ausführend, an dem großen Mündungsgolf die Schweden 1638 unter Christine die Gründung eines Neuschweden, das aber schon 1655 von den Holländern annektiert wurde. Durch eine lediglich auf raschen Gewinn aus dem Handel mit den Indianern ausgehende Politik, durch religiöse Unduldsamkeit und fortwährende Streitigkeiten mit dem herrischen Gouverneur kam Neuniederland zu keiner gedeihlichen Entwicklung; doch fanden sich hier, in dem herrlichen Hafen, zahlreiche Ansiedler aus allen Ländern und vor allem aus Neuengland und dem Mutterlande zusammen. Das führte zu wiederholten Konflikten; und als die englische Regierung sich 1663 zum Kriege gegen Holland entschloß, schenkte Karl II. das ganze Gebiet seinem Bruder Jakob, Herzog von York. Die Besetzung gelang ohne Mühe, Neuamsterdam erhielt den Namen New York. Nach vorübergehender Wiedereroberung durch die Holländer im zweiten Kriege mit England 1673 erfolgte 1674 im Frieden von Westminster die definitive Abtretung. In der neuen Kolonie wurde, trotz des Widerstrebens der Religionsparteien, oder vielmehr eben infolge dessen, die Duldung aller christlichen Sekten eingeführt, die auch den bekannten katholisierenden Bestrebungen des Königs und des Eigentümers entsprach; die Verfassung wurde unter mancherlei Konflikten mit dem Gouverneur denen der andern Kolonien analog geregelt. Das Gebiet jenseits des Hudson bis zur Delawarebay hatte der Herzog von York sogleich 1664 zweien seiner Günstlinge abgetreten; so entstand hier die Kolonie New Jersey, und das Gebiet der Kolonie New York, das sich im Innern weithin ausdehnte, blieb an der Küste auf das linke Ufer des Hudson und die vorliegenden Inseln beschränkt.

Wenig später, im Jahre 1681, verlieh Karl II. dem von ihm und seinem Bruder begünstigten Quäker William Penn als Entschädigung für rückständige Forderungen seines Vaters, des Admirals aus den Kriegen gegen Holland, die waldige Landschaft jenseits des Delaware; und hier gründete er die Kolonie Pennsylvania. Die neue Ansiedlung sollte vor allem den Quäkern eine Zuflucht bieten, die wie in England so auch in Amerika überall grausam verfolgt, in Massachusetts sogar in einzelnen Fällen hingerichtet wurden; aber ihren Grundsätzen entsprechend verkündete er volle Religionsfreiheit für alle, die an Gott glauben. Für die Teilnahme an der Regierung wurde der Glaube an Christus verlangt, ohne Beschränkung auf irgendeine Konfession. Doch blieben tatsächlich wie die Juden so auch die Katholiken ausgeschlossen,

während der englischen Staatskirche ausdrücklich Duldung zugesagt wurde. Die neue Kolonie erhielt rasch Zuzug von allen Seiten; die planmäßig nach dem Schachbrettschema, das dann für die Neugründung amerikanischer Städte maßgebend geworden ist, angelegte Hauptstadt Philadelphia überflügelte alsbald alle andern Städte des Kontinents. Unter den Einwanderern waren auch zahlreiche Deutsche, namentlich Mennoniten und Pietisten, die neben Philadelphia Germantown gründeten; seit 1717 folgte dann ein starker Zufluß von Pfälzer Protestanten, die in den Westen des Gebiets vordrangen, das Land systematisch urbar machten, die Indianer abwehrten und große geschlossene Ansiedlungen bildeten, die ihre alte Sprache und Sitte bis auf die Gegenwart behauptet haben.

Penn war ein Idealist von weiten und freien Gesichtspunkten, der eifrigste Verfechter der Trennung der bürgerlichen Gewalt von der Religion und Kirche und daher der allgemeinen Toleranz, welche dann Jakob II., mit dem er in engster Verbindung stand, zur Förderung seiner Katholisierungspläne einzuführen suchte. Aber zugleich fehlte es Penn nicht an weltlicher Klugheit und der Fähigkeit, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen und sie auszunutzen, die sein Verhalten oft genug in recht zweideutigem Licht erscheinen ließen. Über das auf seine ausführlich dargelegten Prinzipien basierte Grundgesetz, das er seiner Kolonie, diesem „heiligen Experiment" verlieh, hat er sich in der Praxis im Gefühl, der souveräne Eigentümer zu sein, oft genug hinweggesetzt. Das führte dann zu fortdauernden Konflikten zwischen ihm und seinen Erben und den auf ihren Freiheitsrechten bestehenden Ansiedlern. Im Jahre 1701, unmittelbar vor Antritt der durch dringende Geldnöte und Angriffe auf seine Rechte seitens des englischen Parlaments erzwungenen Rückreise aus seinem zweiten Aufenthalt in der Kolonie (Nov. 1699 bis Nov. 1701), bewilligte er die definitive Verfassung, die dann bis 1776 in Kraft bestand. Aber die Quäker, in deren Händen die Leitung und die Mehrzahl der Sitze in der Legislatur blieb, obwohl sie innerhalb der Bevölkerung längst die Minorität bildeten, waren für die Führung einer Regierung wenig geeignet, vor allem durch ihre Weigerung, Eide zu leisten oder aufzuerlegen, die wiederholt die ganze Gerichtsbarkeit lahm legte, und ihre Verwerfung des Kriegsdienstes und aller militärischen Maßnahmen; dazu bewiesen sie hier wie überall eine Zähigkeit in Geldsachen, die noch weit über die dem Engländer und Amerikaner eigentümliche hinausging. So mußten sie schließlich 1755 in den Nöten des französischen Krieges, dem Drängen der englischen Regierung nachgebend, freiwillig aus der Legislatur ausscheiden, und die Regierung kam in die Hände der übrigen Bevölkerung.

Im Jahre 1702 löste sich das Gebiet der ehemaligen schwedischen Kolonie, das kleine Delaware, über dessen Zugehörigkeit zu Penns Besitz lange gestritten war, von Pennsylvanien los.

Die letzte der dreizehn Kolonien, Georgia, ist im Jahre 1732 entstanden. Damals erhielt der Philantrop Oglethorpe mit einigen Genossen das Recht, südlich von den Carolinas, am Fluß Savannah, eine Ansiedlung als Zufluchtsstätte für die zahlungsunfähigen Schuldner zu gründen, die bekanntlich unter dem barbarischen englischen Gesetz in den Schuldgefängnissen elend verkamen. Auch dies wohlgemeinte Experiment bewährte sich wenig: die Ansiedler waren meist kraftlos und leistungsunfähig, die ihnen zugewiesenen Landstücke unzureichend. Die Negersklaverei war durch das Grundgesetz verboten, aber alsbald wurden die besser gestellten Besitzer, um Arbeitskräfte zu bekommen, zu dem Ausweg getrieben, die Sklaven, die sie hier nicht kaufen durften, auf viele Jahre oder auf Lebenszeit zu mieten. Die Zustände waren so unerfreulich, daß 1751 die Eigentümer ihre Rechte an die Krone abtraten. Erst ganz langsam hat sich Georgia, zugleich vom Süden (Florida) aus durch die Spanier bedrängt, entwickeln können; mit dem mächtig aufblühenden Südcarolina konnte es nicht wetteifern.

So haben sich die beiden Grundtypen der Bevölkerung Nordamerikas bereits in den Anfängen der Besiedlung herausgebildet und im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts voll entwickelt; die nach zwei Feldmessern benannte Mason- und Dixon-Linie, welche seit 1767 längs des Breitengrades 39° 44′ die Kolonien Pennsylvanien und Maryland scheidet, ist ein Jahrhundert lang die Grenze gewesen, welche die gesamte Gestaltung beherrschte. Im Süden entwickelte sich mit dem Plantagenbau und der ständig anwachsenden Negersklaverei eine mächtige Aristokratie mit einer reichen, individualistischen Kultur derselben Art wie in England und Westeuropa, deren Eigenart in den schönen, geschmackvoll ausgestatteten Herrensitzen der „Kolonialzeit“ hier auch jetzt noch hervortritt. Dem entspricht es, daß hier fast überall die englische Kirche Staatskirche war und eine laxe Moral herrschte. Tief unter der stolzen und ritterlichen Herrenkaste steht die arme weiße Bevölkerung, die vielfach aus zu Zwangsarbeit deportierten Verbrechern und Vagabunden hervorgegangen ist und deren Lage sich materiell von der der Sklaven wenig unterscheidet; wohl aber lastet dadurch auf der körperlichen Arbeit der Stempel der Unfreiheit und hemmt daher noch weiter die Entwicklung eines erwerbstätigen Standes von Handwerkern und Kleinbauern.

Im Gegensatz dazu bildete sich in Neuengland auf der Basis des Puritanismus der Typus des Yankees. Eine engherzige,

fanatische religiöse Gesinnung nach kalvinistischer Art, durchtränkt vom Geiste des Alten Testaments, welche alle natürlichen Regungen des Lebens, allen heitern Genuß als Teufelswerk bekämpfte und unterdrückte und damit die wahre Lebensfreudigkeit und den innern Reichtum eines freien geistigen Lebens nicht aufkommen ließ; aber auf der andern Seite eben so entschieden die Forderung der ununterbrochenen Arbeit als einer von Gott dem Menschen im irdischen Leben auferlegten Pflicht, und daher eine unermüdliche Aktivität, das Jagen nach Gewinn und Reichtum um seiner selbst willen, den man doch nicht wirklich ausnutzen und frei und mannigfaltig genießen durfte. Dem entsprechen die wirtschaftlichen Zustände und die Bedingungen, welche von der Natur vorgezeichnet waren: für große Plantagen und eine Wirtschaft mit Scharen ungeschulter unfreier Arbeiter war hier kein Raum, der Boden erforderte intensive Pflege, wenn er Ertrag liefern sollte, und die Grundstücke waren daher verhältnismäßig klein. Daher beruht auch die politische Organisation auf wesentlich anderer Grundlage. Geschlossene Ansiedlungen kannte Amerika nirgends, sondern außer den Städten nur Einzelgehöfte. Aber in Neuengland schlossen sich die Gebiete zu kleinen Bezirkseinheiten, towns genannt, zusammen, die eine zugleich politische und religiöse Gemeinde bilden, deren sämtliche, gleichberechtigte Bewohner zu Urversammlungen zusammentreten und in diesen ihre Angelegenheiten und ihre Verwaltung selbständig regeln und zu ihrer Durchführung eine Anzahl von Jahrbeamten bestellen, eine Einrichtung, die sich hier, ähnlich wie die Landgemeinde in Unterwalden und einigen andern Schweizer Kantonen, bis in die Gegenwart erhalten hat. In den Südstaaten dagegen bestand die weit größere Grafschaft (county), deren Verwaltung in den Händen erwählter Beamten aus der Pflanzeraristokratie lag.

Auf dem Unterschied des Klimas und der Wirtschaftsbedingungen beruht zugleich der Gegensatz in der Stellung der beiden Gebiete zur Negersklaverei. Von einer prinzipiellen Verwerfung derselben als unsittlich und gar dem Christentum widersprechend kann im 17. und 18. Jahrhundert, von verschwindenden Ausnahmen abgesehn, in Amerika so wenig die Rede sein wie in Europa, und die Städte Neuenglands, namentlich Boston sowie Newport in Rhode Island, haben sich am Negerhandel eben so eifrig beteiligt wie die des Mutterlandes, voran Liverpool. Dann hat die englische Regierung den sehr einträglichen Sklavenhandel nach Kräften gefördert, und insofern war der Vorwurf nicht unbegründet, den, als die modernen humanitären Ideen eindrangen und einsichtige Männer die schädlichen Wirkungen der Sklaverei auf den Herrenstand zu empfinden begannen, die Legis-

latur von Virginia erhob und Jefferson, selbst ein Sklavenhalter, in dem Entwurf der Unabhängigkeitserklärung gegen den englischen König wiederholte, er habe, im Gegensatz zu dem Willen der Kolonien, die Sklaveneinfuhr begünstigt; in der Tat ist die englische Regierung jedem Versuch, den afrikanischen Sklavenhandel zu unterdrücken, nachdrücklich entgegengetreten. Haussklaven gab es auch in Neuengland; aber sie waren gering an Zahl, und für die Entwicklung der ländlichen Sklavenarbeit war hier kein Raum. Um so stärker entwickelte sich diese in den Südstaaten, in Maryland, Virginia und vor allem in Südcarolina, wo die Zahl der Negersklaven die der Weißen schon um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts um mehr als das Doppelte übertraf[1]).

In geringerem Umfang sind auch Indianer zu Sklaven gemacht worden; sie wurden in der Regel nach Westindien exportiert. Um so stärker war auch weiter, bis zum Abfall von England, die Transportation von Verbrechern und Vagabunden zur Zwangsarbeit; auch Menschenraub, Überführung aufgegriffener Knaben und Mädchen aus England, kam bis in den Anfang des achtzehnten Jahrhunderts nicht selten vor. Namentlich in Neuengland waren diese Zwangsarbeiter, die wie die Neger öffentlich an den Meistbietenden verkauft wurden, ein sehr begehrter Artikel. Aber der Unterschied war, daß sie nach Ablauf der Dienstzeit, zu der sie verurteilt waren, frei wurden und eine Ausstattung für ihr weiteres Leben, oft auch in Land, erhielten und so in die freie Bevölkerung aufgingen, während beim Neger die Farbe eine unübersteigbare Schranke bildete und das Recht zur Freilassung gesetzlich möglichst eingeschränkt war.

Unter diesen Verhältnissen konnte sich ein erwerbstätiger Mittelstand in den Südstaaten nicht entwickeln, während im Norden der Boden dafür vorbereitet war. Hier gewannen denn auch Handwerk und Industrie steigende Bedeutung, wenn auch alle bessern Waren noch lange von England bezogen wurden, und die Städte begannen anzuwachsen. Damit begann sich auch, trotz alles Rigorismus, das Leben reicher zu gestalten, und in Neuengland bildeten sich die Anfänge einer amerikanischen Literatur, die freilich hinter der gleichzeitigen englischen in ihren Anschauungen um mindestens ein halbes Jahrhundert zurückstand, aber doch, so unbeholfen und engherzig sie war, die Keime einer wei-

[1]) Im Jahre 1760 hatte Maryland ungefähr 108 000 Weiße, 56 000 Neger, Virginia 165 000 und 150 000, Südcarolina 30 000 und 70 000; dagegen Nordcarolina nur 110 000 und 20 000, Georgia 6000 und 3000. Die weiße Bevölkerung von Neuengland wird damals auf 473 000, die der mittleren Kolonien auf 405 000 geschätzt; dazu kamen für diese Gebiete 87 000 Neger, meist in den mittleren Kolonien.

tern Entwicklung enthielt. Mächtig gefördert wurde diese dadurch, daß die Puritaner, so sehr sie alle weltlichen Interessen wenigstens im Prinzip ablehnten, doch um so stärker die Vertiefung in die religiösen Probleme und daher die eifrige Lesung der Bibel, vor allem des Alten Testaments, forderten. Daher haben sie gleich nach der Ansiedlung überall Schulen gegründet (ebenso geschah es in Pennsylvanien), und schon 1646 wurde der Grund zu einer höhern Schule, dem Harvard College[1]) gelegt, in einem Vorort Bostons, der deshalb den Namen Cambridge erhielt: die neue Gründung sollte den Kolonisten die englischen Universitäten ersetzen. Im Jahre 1716 trat ihm in Connecticut Yale College in New Haven zur Seite, und bald folgten zahlreiche andere. Hierin wie in der Energie und Zähigkeit, mit der der Kampf ums Dasein geführt wurde und jeder Gläubige sich vorwärts zu bringen suchte, wenn auch oft mit nicht unbedenklichen Mitteln, liegt die Lichtseite des Puritanismus; diesen Eigenschaften verdanken es die Neuengländer, daß sie den Stempel ihrer Art dem ganzen Kontinent aufgedrückt haben. Die Kunst des Lesens und Schreibens war allgemein verbreitet, die Bibel in jedermanns Hand und beherrschte Sprache und Denken, und so wurde die Bevölkerung zur Diskussion religiöser und politischer Fragen, die immer im engsten Zusammenhang standen, erzogen und war imstande, wie die Politiker und die von England eingesetzten Beamten, so auch die Prediger scharf zu kontrollieren. So hat sich denn hier auch das Zeitungswesen rasch entwickelt. Das führte dann allmählich dazu, daß trotz alles Widerstrebens auch andere Fragen des Kulturlebens in den Kreis der Diskussion gezogen wurden. Zugleich führten dann die ständigen religiösen Streitigkeiten, die sich immer von neuem wiederholenden „Erweckungen" und „Revivals", welche weiteste Kreise der Bevölkerung epidemisch ergriffen, und die Entstehung immer neuer Spaltungen und Sekten notwendig zum Aufkommen einer gewissen Toleranz und zum Eindringen freierer Anschauungen wenigstens in einzelnen Kreisen[2]).

In dem allen ging der Süden ganz andere Bahnen. Sir William Berkeley, ein Royalist, der 1641—1653 und weiter 1658 bis 1677 Virginia als Gouverneur verwaltete, sagt im Jahre 1671 in einem Bericht, in dem er über die Unfähigkeit der nach Virginia geschickten Geistlichen der Hochkirche klagt, „die besser tun würden, häufiger zu beten und weniger zu predigen": „Aber

[1]) Benannt ist es, wie die meisten amerikanischen Colleges und Universitäten, nach einem Stifter, der ihm Mittel zur Verfügung stellte.

[2]) Die Hexenprozesse, welche im 17. Jahrhundert auch in Amerika zahlreiche Opfer forderten, so namentlich 1692 in Salem in Massachusetts, sind seit dem Beginn des 18. geschwunden.

Gott sei Dank, hier gibt es keine freien Schulen und keine Druckereien, und ich hoffe, wir werden noch hundert Jahre lang keine haben; denn Lernen hat Ungehorsam, Ketzerei und Sekten in die Welt gebracht, und der Buchdruck hat sie und Pamphlete gegen die beste Regierung verbreitet. Gott bewahre uns vor beidem!" Wenn derartige extreme Ansichten auch bald schwanden, so lag doch die Sache so, daß eine für die Entwicklung von Volksschulen geeignete Bevölkerung, die man zu weiterer Bildung hätte erziehen können, nicht vorhanden war, während die Aristokratie ihre oft recht bedeutende geistige Ausbildung teils durch Privatunterricht daheim, teils auf den englischen Universitäten erwarb. So sind denn auch die Schulen, die hier in den Grafschaften gegründet wurden, wenig zahlreich und unentwickelt geblieben; und ebenso konnte das William and Mary College, das durch einen Schotten J. Blair 1691 in Virginia gegründet wurde, mit den gleichartigen Anstalten Neuenglands nicht rivalisieren.

Gemeinsam war dem Norden und dem Süden, daß sie, trotz mancher Einwanderer namentlich aus Schottland und Irland, im wesentlichen rein englischen Ursprungs waren — eine Ausnahme machten nur die Carolinas — und daher eine homogene Bevölkerung hatten, und weiter der starke Unabhängigkeitssinn, im Norden auf demokratischer, im Süden auf aristokratischer Grundlage, der sich in fortwährenden Streitigkeiten mit den Gouverneuren und der Regierung des Mutterlandes um die Steuern und die Rechte der gesetzgebenden Versammlungen Luft machte und die volle Durchführung der Selbstregierung erstrebte. Dem kam die weite Entfernung vom Mutterlande und die Ausdehnung des Gebiets und auch seine schwache, weitzerstreute Besiedlung entgegen, die ein starkes Auftreten und eine überall eingreifende Wirksamkeit der Regierung unmöglich machte. Auch am Seehandel, dem die reiche Küstenentwicklung mit ihren zahlreichen prachtvollen Häfen in den Buchten und Flußmündungen eine breite Grundlage gewährte, nahmen Norden wie Süden lebhaften Anteil durch Export der Rohprodukte der Indianer, des Tabaks von Maryland und Virginia, des Reis von Südcarolina. Dabei galt es vor allem, die engherzigen Vorschriften der englischen Navigationsakte zu umgehen, sich den Zollabgaben zu entziehen, gegen das Gesetz auch nichtenglische Häfen, namentlich in Frankreich, aufzusuchen. So entwickelte sich ein umfangreicher und sehr einträglicher Schmuggel, der mit Defraudationen und Bestechungen im großen Stil arbeitete und den die englische Regierung vergeblich zu unterdrücken suchte.

In dem allen nahmen die mittleren Kolonien, New York, New Jersey, Pennsylvanien nebst Delaware, wie geographisch so

politisch und kulturell eine Mittelstellung ein. Hier war die Bevölkerung viel gemischter, durch holländische, deutsche, französische, irische Elemente, daher auch das Unabhängigkeitsstreben weit schwächer, dagegen der Erwerbssinn um so stärker ausgebildet. Zur Bestellung der Felder im Getreidebau wurden vielfach auch Sklaven verwendet, namentlich im Staat New York, wenn auch nie in dem Umfang wie im Süden. Religiöse Exklusivität konnte hier, trotz mancher rigoröser Vorschriften, wie über die Sonntagsruhe, schon um der verschiedenen Bestandteile willen nicht zur Herrschaft gelangen. Ein reiches geistiges Leben fand sich namentlich in Philadelphia, wo im Jahre 1749 von Benjamin Franklin (geb. in Boston 1706), dem ersten amerikanischen Schriftsteller und Gelehrten von Weltruf, eine Akademie als wissenschaftliche Hochschule begründet wurde, aus der sich dann die Universität von Pennsylvanien entwickelt hat.

Der Verkehr zwischen den einzelnen Kolonien war wesentlich auf die See angewiesen. Zu Lande war die Verbindung armselig und beschwerlich; brauchbare Straßen existierten kaum, vielfach waren sie durch öde, noch kaum besiedelte Landstrecken getrennt. Allmählich beginnt dann das Vordringen aus dem Küstensaum ins Binnenland gegen die Ketten der Alleghanies; vor allem in den Flußtälern schoben sich die Ansiedler, in New York und Pennsylvanien vorwiegend Deutsche, tiefer ins Gebirgsland ein, und die Händler drangen noch weiter vor. Das führte dann zu ständigen Fehden mit den Indianern, vor allem mit den kriegerischen Stämmen im Norden. Allerdings hatte ein für die Ansiedler günstiges Geschick es gefügt, daß infolge verheerender Epidemien die Küstenstriche Neuenglands kurz vor ihrer Ankunft von den Indianern fast völlig geräumt waren; und mit den kräftigen und gut organisierten fünf Stämmen der Irokesen, die das Hinterland bis zu den großen Seen beherrschten und auf ihre Nachbarn in Nord und Süd drückten, knüpfte man gute Beziehungen an, kaufte ihnen Pelze, Häute und Lebensmittel ab und lieferte ihnen dafür Gewehre und den vielbegehrten verheerenden Branntwein; sie erkannten nominell die englische Oberhoheit an und bildeten eine Schutzwehr gegen die französischen Angriffe von Kanada aus. Auch suchte man vielfach gerecht vorzugehen (so besonders Penn und die Quäker Pennsylvaniens) und erwarb den Grund und Boden durch Kaufverträge, die die Indianer gern abschlossen, da sie ihren Sinn nicht verstanden und der Begriff des Grundeigentums ihnen völlig fremd und unfaßbar war. Aber dann empfanden sie, daß ihnen dadurch und durch die Ausrodung der Wälder ihre Jagdgründe eingeschnürt und ihre Existenzbedingungen untergraben wurden, und so waren die Kämpfe un-

vermeidlich, die dann von beiden Seiten mit brutaler Grausamkeit und Hinterlist geführt wurden. Auch lag, von wenig Ausnahmen abgesehen, den Engländern der Gedanke eine Zivilisierung der Indianer und gar einer Verschmelzung mit ihnen gänzlich fern. Die puritanischen Missionare mit ihren endlosen, spitzfindigen Glaubenslehren und dogmatischen Distinktionen konnten gegenüber den Katholiken, vor allem den Jesuiten, die in dem Martyrium die Krönung ihres Lebens erblickten, wenig ausrichten; dazu waren sie wenig geschickt in der Erlernung der Sprachen und unfähig, sich der Lebensweise und den Anschauungen der Rothäute anzubequemen. Der starre Rassendünkel, der alle englische Kolonisation im Guten wie im Bösen beherrscht, dominierte auch hier; die Anschauung, welche die Virginier in einer Resolution aussprachen, es sei weit besser, die Indianer dauernd zu bekriegen und auszurotten, als sie zu zivilisieren, war die allgemeine. Ist doch im siebenjährigen Krieg der Gedanke ernsthaft erwogen worden, sie durch Einschleppung der Blattern mittels infizierter Kleidungsstücke, die man ihnen lieferte, auszutilgen. Dazu kam dann ein wildes Element von Abenteurern oft bedenklichster Art, aber rücksichtsloser Energie und Widerstandskraft, das sich namentlich aus den schottischen und daher presbyterianischen Ansiedlern rekrutierte, die sich unter Cromwell in Nordirland niedergelassen hatten und jetzt vielfach wieder auswanderten; sie drangen tief in die Hinterwälder ein, erbauten hier ihre Blockhäuser und führten ein wildes Jägerleben in ständigem, zähem und brutalem Kampf wie mit der Natur so mit den Indianern, was ihnen von diesen vergolten wurde.

Die Kolonialkriege mit Frankreich.

Das entscheidende Moment für die weitere Entwicklung war der Gegensatz gegen die französischen Kolonien im Norden, in Akadien (Neuschottland) und Kanada. Sie sind in denselben Jahren entstanden wie die erste englische in Virginia, im Jahre 1608, auch hier nach mehreren gescheiterten Versuchen. Der Konflikt war von Anfang an vorhanden und führte in all den zahlreichen Kriegen zwischen England und Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert zu immer weiteren Kämpfen. Das schwach besiedelte und wenig entwicklungsfähige Akadien wurde dabei jedesmal von den Engländern erobert, bis es ihnen 1713 definitiv abgetreten wurde. Die französische Kolonie Kanada war in ihrem Charakter von den englischen total verschieden, sowohl politisch wie administrativ. Von Selbstregierung war hier keine Rede; das Mutterland hatte

sie ganz in der Hand. Sie war im Grunde ausschließlich auf den Gewinn aus dem Pelzhandel gestellt; der Ackerbau der geschlossenen Ansiedlungen im Tal des St. Lorenzstroms, mit Quebek und Montreal, unter feudalen Ordnungen, sollte nur der Selbsterhaltung der Kolonie und der Händler dienen. Die Bevölkerung war größtenteils nicht aus freien Auswanderern, sondern aus importierten Arbeitern hervorgegangen und wuchs daher nur langsam; noch 1755 wird sie im gesamten französischen Gebiet auf nicht mehr als 80 000 Seelen geschätzt, gegenüber weit über eine Million im englischen Gebiet. Aber sie war einheitlich, national wie religiös, Fremde und Nichtkatholiken waren ausgeschlossen, und militärisch trefflich diszipliniert und verwendungsfähig, im Gegensatz zu dem starken Eigenwillen, der Unbotmäßigkeit und Uneinigkeit der englischen Kolonisten. Um des Handels willen pflegte man das gute Verhältnis zu den Indianern, die Mission war eifrig und erfolgreich im Gange, zahlreiche Abenteurer, „Waldläufer“, zogen weit hinaus in die Wälder bis an und über die großen Seen, heirateten indianische Frauen und verschmolzen völlig mit den einheimischen Stämmen. An der Spitze der Regierung standen bedeutende Persönlichkeiten von weitem politischen Blick, die von der Bevölkerung und der heimischen Regierung, namentlich unter Colbert und Ludwig XIV., gefördert wurden und ihre Pläne konsequent verfolgen konnten. So konnte, trotz der gewaltigen Minderzahl und der beschränkten Mittel, die Hoffnung lebendig bleiben, es werde gelingen, die Engländer (und im Süden die Spanier) zu erdrücken und die Herrschaft über den gesamten nordamerikanischen Kontinent für Frankreich zu gewinnen.

Der Plan, durch das Hudsongebiet vordringend sich New Yorks zu bemächtigen und so einen Keil in die englischen Besitzungen zu treiben, scheiterte allerdings 1666 und 1690, vor allem durch den Widerstand der Irokesen, die eben damals die zu Frankreich haltenden Huronen im Nordwesten vernichtet hatten. An seine Stelle trat, seit La Salle 1682 den Mississippi entdeckt und weithin befahren hatte und dann 1687 bei dem Versuch, sich an der Mündung des Riesenstroms festzusetzen, durch seine eignen Truppen den Tod gefunden hatte, der zäh festgehaltene Gedanke, die englischen Kolonien im Rücken zu umklammern und zu ersticken. Zu einer Besiedlung des ungeheuren Gebiets, das den Namen Louisiana erhielt, reichten allerdings die Kräfte Frankreichs nicht entfernt aus, man mußte sich begnügen, einzelne Forts als Stützpunkte der Herrschaft anzulegen, die Beziehungen zu den Indianern zu pflegen und eine kleine Anzahl von Ansiedlern und Negersklaven in das Mündungsgebiet zu senden, die 1718 New Orleans gründeten.

Die Einzelheiten der Kolonialkriege, die durch die Friedensschlüsse zwischen den Staaten nie völlig unterbrochen wurden, gehören nicht hierher. Die Entscheidung über das Schicksal des Kontinents hat hier wie in Indien der siebenjährige Krieg (1756 bis 1763) gebracht, der eben aus diesem Hader der Kolonisten hervorgegangen ist. Der Friede von Aachen 1748 ist für Amerika nur ein vorübergehender Waffenstillstand gewesen; aus dem Anspruch der Franzosen auf das Gebiet zwischen den Großen Seen und dem Ohio, das sie jetzt durch zahlreiche Forts zu sichern suchten, entzündeten sich sofort neue Kämpfe. Denn die Kolonien am Ozean erhoben auf dieses Gebiet in unbegrenzter Ausdehnung Anspruch, und natürlich gab es auch bei ihnen nicht wenige Abenteurer, die in diesen Gegenden Handel trieben oder sich in Waldhütten niederließen und mit den Indianern, ebenso wie mit den Stämmen weiter südlich bis zum mexikanischen Golf hin Verbindungen angeknüpft hatten. Im Mai 1754 eröffnete eine virginische Truppe unter George Washington die Feindseligkeiten, die dann ununterbrochen weiter gingen bis zur offenen Kriegserklärung. Der Krieg, zugleich ein blutiger Krieg der von Frankreich gewonnenen Indianerstämme gegen die Kolonien, war in den ersten Jahren durchaus erfolgreich für die Franzosen. Die Truppen, die England sandte, waren unzulänglich, die Beteiligung der Kolonisten, mit Ausnahme Neuenglands und Virginias, war verhältnismäßig gering; ein Versuch, die Kolonien (zu einheitlichem Handeln) auf Grund einer Konföderation zusammenzuschließen nach einem von Franklin vorgelegten Entwurf — wie ähnliche in kleinerem Maße schon 1690 und 1751 gemacht waren — scheiterte 1754 sowohl an der Abneigung der Kolonisten wie der des Mutterlandes zur Gewährung weitgehender Befugnisse. Pennsylvanien verhielt sich völlig ablehnend, bis es von schweren Angriffen der Indianer heimgesucht wurde; auch die Carolinas hielten sich ganz zurück. Eine Änderung trat hier wie auf allen Schauplätzen erst ein, als Pitt 1757 die Regierung übernahm. Den Abschluß bildete die Eroberung von Quebek durch Wolfe, der selbst im Kampf fiel (13. Sept. 1759), und von Montreal (8. Sept. 1760). Aber die eigentliche Entscheidung hatten die Schlachten Friedrichs des Großen gebracht; allbekannt ist Pitts Äußerung, daß Kanada in Deutschland erobert sei.

Während Friedrich leer ausging und schließlich von England in üblicher Weise im Stich gelassen wurde, fiel der volle Gewinn des Kriegs hier wie in Indien den Engländern zu; durch den siebenjährigen Krieg wurde ihre Herrschaft über zwei Kontinente begründet. Der französische Traum eines amerikanischen Reichs war zu Ende. Im Frieden von Paris trat Frankreich Kanada und Loui-

siana bis an den Mississippi an England ab; Neu Orleans und das Land westlich vom Strom kam an Spanien als Entschädigung für die Abtretung von Florida an England.

Der Aufstand gegen England und die Unabhängigkeitserklärung.

Solange die Bedrohung durch Frankreich bestand, hielten die Kolonien trotz aller Konflikte über Verfassung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit getreu zu England; sobald aber der äußere Druck weggefallen war, kam, wie einsichtige Beurteiler, sowohl Franzosen wie Engländer, sogleich vorausgesagt hatten, der Gegensatz zum Ausbruch und führte im Lauf von zwölf Jahren zur Rebellion und zu offenem Krieg. Da in diesem die Amerikaner gesiegt haben, wurde, wie üblich, ihre Auffassung und die der englischen Opposition als die allein berechtigte verkündet und beherrscht die geschichtlichen Darstellungen und die populäre Tradition vollkommen; so ist der große Kampf von einer Legende umwoben, welche die realen Vorgänge entstellt und in eine verzerrte Beleuchtung rückt und den wahren Charakter der Streitfrage vollkommen verschleiert. Die Amerikaner werden als loyale Untertanen der englischen Krone dargestellt, die durch unerhörte Vergewaltigung, durch Angriffe auf ihre geheiligten Rechte zur Verzweiflung und schließlich zum Aufstand getrieben wurden. Als der Hauptschuldige wurde König Georg III. hingestellt. Der brave und ehrliche Monarch wird als ein brutaler Tyrann geschildert, der alle Freiheit unterdrücken will und mit Hilfe feiler und gewalttätiger Minister, allen Warnungen der in idealem Licht gezeichneten Opposition zum Trotz, England in den widerrechtlichen Kampf hineinzwängt; dadurch wird zugleich das englische Volk von der Schuld entlastet. In Wirklichkeit hat Georg III. bekanntlich den wohlgemeinten Versuch gemacht, der Mißwirtschaft der zerfahrenen, durch ein schmachvolles Koterietreiben und niedrigen persönlichen Ehrgeiz zerrissenen parlamentarischen Oligarchie ein Ende zu machen und über ihr wieder ein kräftiges und produktives „patriotisches" Königtum aufzurichten; aber weil ihm alle wirkliche Macht fehlte, sah er sich gezwungen, für dies Ziel ebendieselben Mittel der Intrige und Bestechung zu ergreifen, die damals in England allein wirksam waren, und ist daher mit seinen Bestrebungen vollständig gescheitert. Auf dieser Gestaltung der englischen Zustände, auf ihrer inneren Zerrissenheit, beruht es ganz wesentlich, daß England den Krieg unge-

schickt geführt und verloren hat. Aber in der Frage der Stellung zu den Forderungen der Amerikaner hat Georg III. lediglich die Anschauungen der überwältigenden Masse des englischen Volkes vertreten und durchzuführen gesucht; hier war er wirklich, bis dann die Niederlage entschieden war und einen Umschwung der Stimmung herbeiführte, einig mit seiner Nation und der Träger und Vollstrecker ihrer Ideen. Die Opposition der Whigs, die vor allem Pitt (Earl of Chatham) und Burke vertraten, war ohne Widerhall im Volk und an Zahl verschwindend gering; und man hat allen Grund, zu zweifeln, daß sie, wenn sie am Ruder gewesen wäre, es wesentlich anders gemacht haben und nicht vielmehr, wie es in England üblich ist, alsdann sofort ihre schönen Prinzipien an den Nagel gehängt haben würde.

Das entscheidende Moment war, daß England das britische Reich als eine Einheit betrachtete, deren Regierung, nominell von der Krone geleitet, rechtlich und tatsächlich in den Händen des englischen Parlaments liegen müsse; diesem stehe die volle Gesetzgebungsgewalt über alle Untertanen des Reichs zu, in den britischen Inseln wie in den Kolonien über See. Die Amerikaner dagegen betrachteten sich als den Engländern daheim, von denen sie sich durch die Auswanderung losgelöst hatten, gleichberechtigt; sie wollten nicht mehr Kolonien sein, sondern eine selbständige Nation, die ihre inneren Angelegenheiten selbst verwaltete und die Gesetzgebung selbst ausübte. Den Ansprüchen des Parlaments gegenüber, der Behauptung, daß ihre Privilegien und Verfassungen lediglich Geschenke der Krone und des Parlaments seien, die von diesen zurückgenommen und ohne Zustimmung der Kolonie abgeändert werden könnten — wie das denn bisher oft genug geschehen war —, berief man sich auf die angeborenen Rechte jedes Engländers, die durch die Auswanderung nicht aufgegeben seien. Vor allem von einer Besteuerung durch Parlamentsakte und von einer Regulierung und Kontrolle der Rechtsprechung sowie von einem Recht, Besatzungen in die Kolonien zu legen, wollte man nichts wissen: das seien tyrannische Akte, gesetzwidrige Eingriffe in Freiheit und Eigentum, die zum äußersten Widerstand berechtigten. Die Sorge um den Schutz der Kolonien nach außen, um die Verteidigung gegen fremde Angriffe dagegen überließ man dem Mutterlande sehr gern — hat doch Franklin, als Vertreter von Pennsylvanien in England, im Jahre 1766 vor dem Parlament erklärt, der letzte Krieg gegen Frankreich sei zum Schutz des Handels mit den Indianern geführt worden, und das sei weit mehr ein englisches Interesse als das der Kolonien! —; das bedeutet es, daß man erklärte, man wolle nur unter dem König stehn. Lediglich das Recht des Parlaments, den Seehandel zu regulieren, mit andern Worten, die Navigationsakte und die bestehenden

Zollsätze, erkannte man an; man hatte ja längst die Mittel gefunden, sie in weitestem Umfang zu umgehen, so daß die Erhebung der Zölle für England lange nicht den vollen Ertrag, wohl aber gewaltige Kosten brachte. So erklärt es sich, daß diese Gestaltung, so drückend sie sein mußte, wenn sie voll durchgeführt worden wäre, nicht angegriffen wurde. Jeder Versuch aber, sie zu ändern und die Erhebung und Kontrolle wirksamer zu gestalten, wurde als ein Eingriff in die geheiligsten Rechte abgelehnt; und in der Tat stand zu befürchten, daß dadurch der aufblühende amerikanische Handel in derselben Weise hätte unterdrückt werden können, wie es gegen Irland geschehen war, das England, obwohl es nominell ein selbständiges Reich mit eigenem Parlament war, auch wirtschaftlich vollständig geknebelt hielt. Eben darum sträubte man sich um so heftiger dagegen, dem englischen Parlament das Recht der Besteuerung zuzuerkennen, auch wenn es nur nominell, durch eine irrelevante Auflage, geübt werden sollte. So ist über diese Frage der Konflikt zum Ausbruch gekommen.

Diese Auffassung, die sich aus unbefangener Anschauung der Tatsachen und aus dem reichen, ein Jahrhundert lang völlig vernachlässigten Quellenmaterial ergibt, hat sich in den letzten Jahren in der wissenschaftlichen Bearbeitung dieser Epoche in Amerika wie in England allmählich durchgesetzt. Dadurch verlieren zugleich die einzelnen Streitpunkte, an denen sich der Konflikt entsponnen hat, so interessant sie an sich sind, an universeller Bedeutung. Zweifellos hat die englische Regierung manche Mißgriffe begangen und vor allem durch schwankende und schwächliche Haltung, in der Hoffnung, durch Nachgeben eine Versöhnung erreichen zu können, den Bruch beschleunigt; und beherrscht ist ihre Politik, wie die aller Kolonialmächte der damaligen Zeit, durchaus von dem Streben, die Kolonien nach Möglichkeit für das Mutterland auszubeuten. Aber zweifellos wäre es auch bei anderm Verhalten zum Bruch gekommen; die Behauptung der Opposition, daß die amerikanischen „Patrioten" oder „Whigs" — denn sie nahmen den Parteinamen der englischen Opposition an — loyale Untertanen seien und sich ruhig der englischen Herrschaft fügen würden, wenn man nur alle Zwangsmaßregeln aufgäbe und die Truppen zurückziehe, schlägt den offenkundigen Tatsachen ins Gesicht und war lediglich ein Manöver der parlamentarischen Parteipolitik, in der die Opposition ja immer unbedenklich die ungeheuerlichsten Behauptungen mit dem Schein voller Überzeugung vertritt, während sie doch selbst nicht daran glaubt. Die Patrioten waren vielmehr entschlossen, jede tatsächliche Abhängigkeit von England und seinem Parlament abzuschütteln; da der

auch damals schon geäußerte Gedanke, daß Amerika in diesem in derselben Weise vertreten sein sollte, wie das Mutterland, praktisch ganz unausführbar war, wäre eine ganz lockere Verbindung, eine Föderation der einzige Ausweg gewesen, mit dem sie sich vielleicht begnügt haben würden.

Natürlich hat es auch in Amerika zahlreiche Anhänger der bestehenden Verhältnisse gegeben, die loyal zu England hielten; zu diesen „Tories“ gehörten außer der anglikanischen Geistlichkeit und der Mehrzahl der Beamten der Hauptteil der Höhergebildeten und zahlreiche größere Grundbesitzer, im Gegensatz gegen die kleineren Landleute, die industrielle Stadtbevölkerung und das Proletariat. Der Krieg gegen England, oder die „Revolution“, wie man ihn mit vollem Recht in Amerika nennt, ist zugleich im weitesten Umfang ein Bürgerkrieg gewesen. In nicht wenigen Bezirken bildeten die Loyalisten an sich die Majorität; aber sie waren nicht organisiert und wurden von der Menge terrorisiert, während die zielbewußte Minorität energisch vorging und es vortrefflich verstand, jede Gelegenheit zu ergreifen, um die öffentliche Meinung aufzuregen und sich als die, trotz der besten Absichten, unschuldig Verfolgten und Unterdrückten hinzustellen. Mit ihrem Endziel, der Unabhängigkeitserklärung, traten sie erst hervor, als die Zeit dafür gekommen war.

Der Krieg gegen Frankreich und die Indianer hatte eine engere Verbindung zwischen den Kolonien und ein Gemeingefühl geschaffen, das durch die gleichartigen Einzelkonflikte noch weiter gesteigert wurde. Die Führung hatten einerseits Neuengland, vor allem Massachusetts, wo namentlich Otis, Samuel Adams und sein jüngerer Verwandter John Adams (später der zweite Präsident der Union) die Bewegung umsichtig schürten, andrerseits Virginia. Dort erhob sich die demokratische Idee der Volkssouveränität und der uneingeschränkten Freiheit des Individuums nicht nur gegen die englischen Forderungen, sondern im Grunde gegen jeden staatlichen Zwang überhaupt; und auch in Virginia waren die führenden Aristokraten, die die Agitation betrieben, wie der Advokat Patrick Henry und vor allem Jefferson, in derselben Weise wie so viele Aristokraten in Frankreich und England von den Ideen der Aufklärung und eines radikalen Liberalismus beherrscht, wobei die selbstverständliche Voraussetzung war, daß die Ausführung in ihren Händen liegen und die soziale Kluft, die sie bei allem herablassenden Wohlwollen von der Masse schied, bestehen bleiben müsse. Auch Pennsylvanien, wo die Quäker jetzt die Leitung verloren hatten, wurde mit fortgerissen, namentlich durch den Einfluß Benjamin Franklins, des kühlsten und weitaus begabtesten unter den Politikern der älteren Generation; ebenso

schloß sich Maryland an; in den Carolinas hielten sich die Parteien das Gleichgewicht, in dem unentwickelten Georgia überwog die loyale Partei. Auch New York und New Jersey [1]) verhielten sich kühl, obwohl gerade hier Verfassungskonflikte mit der englischen Regierung einen reichen Zündstoff boten; aber der reiche Handel und die materiellen Interessen wirkten als Gegengewicht.

Die einzelnen Phasen der Entwicklung können nur ganz kurz berührt werden. Im Jahre 1765 setzte der Minister Grenville das Stempelgesetz durch, das auf alle Geschäftsverträge, Dokumente, Zeitungen u. ä. eine Abgabe legte; dadurch sollten die amerikanischen Kolonien, da direkte Zahlungen von ihnen nicht erreichbar waren, einen Beitrag zur Deckung der Kriegskosten liefern. Zugleich wurden die Zölle erhöht und die Einführung einer schärferen Kontrolle durch die Admiralitätsgerichtshöfe versucht. Als dann aber in Amerika sich ein allgemeiner Entrüstungssturm gegen die Stempelakte erhob und ein Kongreß der Kolonien in New York in Adressen an den König und das Parlament unter Berufung auf die natürlichen Rechte der Menschen und insbesondere der Engländer das Recht der Selbstbesteuerung und der Urteilsfindung durch Geschworene forderte, wurde das Stempelgesetz von dem neuen Ministerium Rockingham unter Mitwirkung Pitts schon im Februar 1766 durch das Parlament wieder aufgehoben, zugleich aber in einer energischen Erklärung das Recht des Parlaments zur Besteuerung der Kolonien ausgesprochen. Kurz darauf kam wieder ein neues Ministerium ans Ruder unter nomineller Leitung Pitts, jetzt Lord Chatham, der jedoch, schwer an der Gicht leidend, sich der Führung der Geschäfte fast völlig entzog. So fiel die Entscheidung über die amerikanischen Fragen dem Schatzkanzler Ch. Townshend zu, und dieser setzte die Einführung neuer Zölle, vor allem auf Tee, durch, die zur Deckung der Verwaltungskosten der Kolonien verwendet werden sollten. Dazu kamen weitere Konflikte mit den Legislaturen von Massachusetts und New York über Einquartierung, über die Stellung der Gouverneure, über die Zollerhebung u. ä., die scharfe Maßregeln der Regierung, vor allem eine Suspension der Legislaturen, hervorriefen. New York gab nach, aber Massachusetts beharrte im Widerstand. Die gesetzgebende Versammlung tagte als „Konvention“ weiter, rief die Einwohner auf, sich mit Waffen zu versehen, und am 3. März 1770 kam es bei einem Demonstrations-

[1]) New Jersey spricht noch in der neuen Verfassung, die es sich am 2. Juli 1776 gab, die Hoffnung aus, daß eine Versöhnung möglich sei und der Staat wieder unter den Schutz und die Regierung der britischen Krone genommen werde; alsdann soll diese Verfassung ungültig sein.

zuge der gleichen Art, wie sie bei allen revolutionären Bewegung zur Erregung der Menge und Steigerung des Konflikts unternommen werden, zum Zusammenstoß mit dem Militär. Drei Bürger fanden den Tod; der Vorfall wurde dann natürlich gewaltig aufgebauscht, als das „Massaker von Boston", und alle Schuld auf die blutgierigen Unterdrücker der Freiheit geschoben.

Inzwischen war 1767 Townshend gestorben, 1768 Chatham zurückgetreten und die Leitung des Ministeriums an Lord North gefallen. Dieser versuchte aufs neue eine versöhnliche Politik: er bewirkte die Zurücknahme der neuen Zölle bis auf den Teezoll, der vor allem um des Prinzips willen aufrecht erhalten werden sollte. Die Folge war, daß der Schmuggel gewaltig zunahm, der regelrecht importierte Tee aber nicht gekauft wurde. Daher ließ North im Mai 1773, um der dadurch stark geschädigten Ostindischen Kompanie wieder Absatz und Einnahmen zu verschaffen, den Zollsatz für Amerika auf ein Viertel des bisherigen (3 d. statt 1 sh. für das Pfund) herabsetzen, während ihr für England und die übrigen Kolonien zollfreie Einfuhr bewilligt wurde. Diese als Entgegenkommen gedachte Maßregel, welche nur das Prinzip nicht preisgeben wollte, goß lediglich neues Öl in das Feuer: die Amerikaner erklärten es für Verrat, den Tee ans Land zu bringen oder gar zu kaufen, wer das tue, bezeige damit „einen unmenschlichen Blutdurst"; und am 16. Dezember 1773 überfiel in Boston eine als Indianer verkleidete Schar ein im Hafen liegendes Schiff und versenkte die Teeladung.

Jetzt war England zu energischem Einschreiten gezwungen: der Hafen von Boston wurde geschlossen, die Verfassung von Massachusetts aufgehoben, der Oberkommandant der englischen Truppen in Amerika, General Gage, zum Gouverneur von Massachusetts ernannt und angewiesen, Boston zu besetzen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Zugleich wurde Kanada neuorganisiert, den dort unter der französischen Herrschaft bestehenden altgewohnten Verhältnissen entsprechend unter einem absolutistischen Regiment, und ihm das ganze Hinterland einschließlich des Ohiogebiets angegliedert (Juni 1774). In Amerika rüstete man sich zur Gegenwehr: ein allgemeiner Kongreß der Kolonien wurde nach Philadelphia berufen, militärische Organisationen gebildet, das in Not geratene Boston von allen Seiten durch Lebensmittel unterstützt, ohne daß Gage, der die Stadt besetzt hatte, etwas dagegen tun konnte.

Zu dem ersten Kongreß, der am 25. Sept. 1774 eröffnet wurde, hatten sich 51 der ersten Männer der Kolonien zusammengefunden. Der Gegensatz der Konfessionen wurde geschickt dadurch überbrückt, daß Samuel Adams, obwohl ein eifriger Puri-

taner, beantragte, das Eröffnungsgebet durch einen Geistlichen der englischen Kirche sprechen zu lassen, die Rivalität der Kolonien durch den Beschluß, daß eine jede, ob groß oder klein, nur eine Stimme haben sollte. Aus Rücksicht auf die gemäßigten und schwankenden Elemente der Mittelstaaten hielten die Führer mit extremen Forderungen zurück: man erklärte die Behauptung, die Unabhängigkeit zu erstreben, für Verleumdung; man wünsche nichts als die Aufrechterhaltung der bestehenden Gesetze und Rechte, die durch das englische Ministerium frevelhaft gebrochen würden, begrüße die Verbesserung der Zollsätze mit Freude, müsse aber die vom Parlament verfügte innere Besteuerung ohne Zustimmung der Untertanen in Amerika entschieden als Aufrichtung einer Sklaverei ablehnen; und man protestierte gegen elf Parlamentsakte, welche die Rechte der Kolonien verletzten. Das alles wurde in einer Petition an den König und einem Aufruf an das englische Volk dargelegt. Dagegen wurde eine Petition an das Parlament abgelehnt, beschlossen, überhaupt allen Handelsverkehr mit England, Einfuhr wie Ausfuhr, abzubrechen, auch keine Sklaven mehr einzuführen, und die Bevölkerung aller Kolonien Nordamerikas, auch die von Kanada und Neuschottland, zur Unterstützung aufzufordern. Auch auf Hilfe von Frankreich durfte man mit Sicherheit rechnen; schon vor mehreren Jahren hatte dies einen deutschen Offizier, Baron von Kalb, einen fränkischen Bauernsohn, nach Amerika gesandt, um die Verhältnisse zu sondieren; und jetzt wurden von beiden Seiten geheime Verhandlungen angeknüpft.

Über den weiteren Fortgang bestand für die Führer kein Zweifel; im März 1775 erklärte Patrick Henry in einer berühmten Rede vor der in Richmond tagenden Konvention von Virginia, der Krieg sei durch die despotischen Maßregeln der Regierung aufgezwungen und tatsächlich schon vorhanden; es sei die letzte Stunde und keine Wahl mehr: es bleibt nur Freiheit oder Tod, wir müssen kämpfen. Überall wurden Freiwilligenkorps gebildet und Munition beschafft; die Loyalisten und friedlich Gesinnten, die vielerorts die Mehrheit bildeten, waren, wie immer in solchen Fällen, unorganisiert und passiv und wurden eingeschüchtert und terrorisiert.

Statt rasch und energisch zuzugreifen, versuchte es die englische Regierung nochmals mit Nachgiebigkeit angesichts der Schwere des bevorstehenden Krieges und unter dem Druck einerseits Chathams, der ein gutgemeintes, aber unklar gedachtes und völlig wirkungsloses Projekt vorlegte, das die absolute Suprematie des Parlaments in der Theorie streng aufrecht erhielt, aber alle tatsächlichen Forderungen bewilligte, andrerseits Burkes und der Whigs, die Amerika die volle Selbständigkeit gewähren wollten.

North setzte dem gegenüber einen Antrag durch, der allen Kolonien, welche eine ausreichende Summe für die Zwecke der Verteidigung und Verwaltung bewilligen würden, volle Steuerfreiheit gewährte (Februar 1775). Aber auch dieser Vermittlungsvorschlag wurde vom Kongreß und von allen Kolonien abgelehnt.

Inzwischen war die Entscheidung gefallen. Am 19. April 1775 kam es bei Lexington in Massachusetts zu einem Zusammenstoß zwischen den englischen Truppen und den Freiwilligen (Minutemen, weil sie verpflichtet waren, jede Minute zur Stellung bereit zu sein), in dem die Engländer auf Boston zurückgeworfen wurden. Kurz darauf drangen Truppen von Connecticut weit nach Norden vor und bemächtigten sich des Forts Ticonderoga am Champlainsee, das den Zugang nach Kanada öffnete. Jetzt war kein Halten mehr. Der zweite Kongreß, der am 10. Mai 1775 wieder in Philadelphia zusammentrat, beschloß die Aufstellung einer Armee unter Washington als Oberbefehlshaber, einen Angriff auf Kanada, um dadurch Boston zu befreien, die Anknüpfung von Beziehungen mit den europäischen Mächten, die Ausgabe von Papiergeld, und eine scharfe, von Jefferson entworfene Erklärung an England, in der jeder Anspruch auf Erhebung einer Steuer für eine Aufhebung des Privateigentums erklärt wurde. Die Unabhängigkeitserklärung hielt man noch zurück; sie erfolgte erst am 4. Juli 1776. Auch sie ist von Jefferson entworfen. Sie zählt nochmals alle Beschwerden gegen den König auf, wirft ihm gegenüber den demütigen Bitten der treuen Untertanen um Abhilfe und Gerechtigkeit „Grausamkeit und Treulosigkeit“ vor, wie sie „selbst in den rohesten Zeiten der Menschheit kaum ihresgleichen findet“, und erklärt, daß „diese vereinigten Kolonien freie und unabhängige Staaten sind und von Rechts wegen sein sollen“, daß sie aller Pflichten gegen die Englische Krone ledig seien und „jede politische Verbindung mit dem Staat Großbritannien vollständig aufgehoben ist und von Rechts wegen aufgehoben sein soll“, und daß sie fortan alle Handlungen unabhängiger Staaten auszuüben befugt sind. Als unantastbare Grundlage für ihr Vorgehn beruft sich die Erklärung auf die unveräußerlichen Rechte, mit denen der Schöpfer die Menschen ausgestattet hat, darunter „Leben, Eigentum und Trachten nach Glück“; „um diese Rechte zu sichern, sind die Regierungen eingesetzt, deren rechtliche Macht aus der Zustimmung der Regierten abgeleitet ist, und wenn sie dieser Aufgabe entgegen handeln, hat das Volk das Recht, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen.“ In diesen Sätzen, die die Menschenrechte, die Lehre vom Urvertrag und das Recht des Widerstandes verkünden, hatte Jefferson freien Spielraum für seine

der auch in Amerika weitverbreiteten humanitären Aufklärung entsprechenden Ideen und für die wirkungsvolle Entfaltung seiner Rhetorik. Aber ernsthaft zu nehmen sind sie nicht. In Wirklichkeit handelte es sich nicht um Theorien, sondern um sehr reale Fragen und Ansprüche, die aus den Bedürfnissen der Kolonien und aus den englischen Institutionen und Anschauungen von den Rechten der Untertanen der Krone erwuchsen; und man dachte garnicht daran, nun etwa mit den Menschenrechten Ernst zu machen und sie etwa den Negersklaven oder den Indianern zuzubilligen. Trotzdem haben diese Sätze bekanntlich eine gewaltige weltgeschichtliche Wirkung ausgeübt, sowohl in der weiteren Entwicklung Amerikas wie in Europa, vor allem in der französischen Revolution, die mit ihrer Erklärung der Menschenrechte unmittelbar an sie anknüpft. Die Phrase ist eben, das haben wir im Weltkrieg wieder nur zu sehr erfahren müssen, eine der gewaltigsten und furchtbarsten Mächte im Menschenleben; sie vermag die Massen mit sich fortzureißen und ganz unabsehbare Wirkungen herbeizuführen.

Im Kriege hatten die Amerikaner mit schweren Nachteilen zu kämpfen. Es fehlte an jeder Organisation und überhaupt an einer festen staatlichen Macht. Die Befugnisse des Kongresses waren ganz unbestimmt und nicht abgegrenzt; über Gelder und regelmäßige Einkünfte verfügte er nicht; die Truppen standen größtenteils nicht in seinem Dienst, sondern in dem der Einzelstaaten, wenn auch unter dem Oberbefehl des von ihm ernannten Bundesfeldherrn; sie waren ungeschult und ohne Disziplin; dazu fehlte es an Geld, an Munition, an Verpflegung — Schwierigkeiten, die Washington oft zur Verzweiflung trieben. Größere Truppenmassen waren nicht aufzubringen und noch schwerer zusammenzuhalten, da die Mannschaften sich durchweg nur auf wenige Monate verpflichteten und baldmöglichst wieder nach Hause wollten zu den Feldarbeiten; mehr als einmal war seine Armee der Auflösung nahe. Es kam hinzu, daß ein großer Teil der Bevölkerung, gerade unter den Wohlhabenden, vom Kriege nichts wissen wollte und, wie schon erwähnt, zu England neigte; in weitem Umfang war der Krieg, trotz der zum Teil der Aristokratie entstammenden Führer, eine Erhebung der aufgeregten Massen gegen die Besitzenden und ein Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken, so namentlich 1780 und 1781 in den Carolinas, wo jede Partei die andere als Rebellen behandelte. So fanden die englischen Truppen, wenn sie in einem Gebiet erschienen, oft genug Unterstützung und Verstärkung; dazu kam die Rivalität und die Intrigen der ehrgeizigen Führer und Offiziere. Daraus ging der Verrat des fähigen Generals Arnold hervor, der, wegen Erpres-

sungen zu einem Verweis verurteilt, 1780 Westpoint am Hudson den Engländern in die Hände spielen wollte; er selbst entkam, der englische Major André, der die Verhandlungen mit ihm führte, fiel den Amerikanern in die Hände und wurde als Spion kriegsgerichtlich verurteilt und gehängt.

Zum Vorteil gereichte den Amerikanern die geographische Lage, die Schwierigkeit der Verbindung der englischen Truppen mit dem Mutterland, die Notwendigkeit, sich, wenn sie ihr Ziel erreichen wollten, weit von ihrer Operationsbasis, dem Meere, zu entfernen, und die gewaltige Ausdehnung des Kriegsschauplatzes. Dadurch erhielt der Krieg in weitem Umfang den Charakter eines Guerillakrieges; und darin waren die Amerikaner im Vorteil, namentlich in Neuengland und New York. Wenn ein feindliches Heer im Lande erschien, wurde es überall von den Bauern umschwärmt, die, so wenig sie militärisch organisiert waren, das Gewehr gut zu handhaben wußten; und wenn die eigenen Truppen in Bedrängnis gerieten, fanden sie im Lande überall Schutz, sie konnten sich verlaufen und nachher aufs neue sammeln, während es für eine eingeschlossene englische Armee keine Rettung gab. Die Truppenmacht, welche England aus eigenen Mitteln stellen konnte, war, wie in all seinen Kriegen bis zum Weltkrieg, sehr gering; man half sich durch Anwerbung deutscher Truppen gegen Subsidien, so bekanntlich vor allem in Hessen, und durch Heranziehung der Indianer, die mit Begier die Gelegenheit ergriffen, über die Ansiedler herzufallen. Dadurch wurde aber die Stimmung im Lande noch weiter gegen England erbittert. Trotzdem hätte England den Krieg vielleicht gewinnen können, wenn es mit voller Energie zugegriffen hätte. Die ersten Kämpfe fielen fast durchweg zu seinen Gunsten aus, so gleich die Erstürmung des Boston beherrschenden Bunker Hill trotz tapferer Gegenwehr am 17. Juni 1775. Boston mußte allerdings nach langer Belagerung durch Washington — bei der sowohl das danach benannte Kartenspiel wie der Gassenhauer Yankee doodle entstanden sind, der lange Zeit als amerikanische Nationalhymne galt — im März 1776 geräumt werden. Aber New York konnte Washington 1776 nicht behaupten, er mußte sich schrittweise bis über den Delaware zurückziehen, ja im August 1777 fiel Philadelphia in die Hände der Engländer und wurde in mehreren erfolgreichen Gefechten bis zum Juni 1778 behauptet.

Aber weder die englische Heerführung noch die Politik entsprach den von der Lage gestellten Anforderungen. Statt sogleich energisch gegen New York vorzugehen, hatte General Howe es noch einmal mit Verhandlungen versucht — ebenso folgte Anfang 1778 noch einmal ein Versöhnungsangebot, das mit der

Forderung, zunächst die volle Unabhängigkeit anzuerkennen, abgelehnt wurde —; und den Krieg führte er und die meisten englischen Generäle in der methodischen Weise der damaligen europäischen Kriegsführung, mit vorsichtigen, sich nie weit vorwagenden Operationen, langem Hinzögern der entscheidenden Aktionen, und unzureichender Ausnutzung eines Sieges. So gewann Washington die Möglichkeit, seine Armee immer wieder der Verfolgung zu entziehen und langsam einigermaßen zu schulen. Verhängnisvoller noch war, daß General Burgoyne im Hochsommer 1777 mit gänzlich ungenügenden Mitteln einen Vorstoß von Kanada aus gegen New York unternahm; das Ergebnis war, daß seine Truppen bei Saratoga am Hudson eingeschlossen wurden und er am 16. Oktober kapitulieren mußte. Einen weitern Erfolg von größter Bedeutung für die Zukunft errangen die Amerikaner in derselben Zeit (1777/8) dadurch, daß sie unter Clarke weit in den Westen bis nach Kaskaskia am Mississippi vordrangen, die kleine Garnison überwältigten und die von französischen Ansiedlern aus Kanada bewohnten kleinen Ortschaften unterwarfen, und so das Ohiogebiet den Engländern entrissen und dauernd festhielten.

Entscheidend aber wurde, daß jetzt Frankreich die Gelegenheit ergriff, Rache an seinem Rivalen zu nehmen, und im Februar 1778 offen auf die Seite Amerikas trat. Franklin vermittelte als amerikanischer Gesandter in Paris die Verträge, französische Truppen gingen nach Amerika; schon vorher war der junge, für die humanitären Ideen begeisterte Marquis von Lafayette an der Spitze einer von ihm ausgerüsteten Adelsschar als Generalmajor in die Dienste der Amerikaner getreten. Im nächsten Jahre trat auch Spanien, der bourbonischen Familienpolitik folgend, der Koalition bei. Dadurch wurden Englands Machtmittel großenteils in Europa gebunden, seine Aktionskraft noch weiter gelähmt; auch die See konnte es nicht mehr ausschließlich beherrschen. Trotzdem zog sich der Krieg noch vier Jahre lang hin; während Washington gegen New York vorzudringen suchte, verlegte sich der Hauptschauplatz der Kämpfe 1780 und 1781 in den Süden, wo Georgia mit der Hauptstadt Savannah schon Anfang 1779 von den Engländern erobert worden war. Jetzt erfocht der tatkräftige und umsichtige englische General Cornwallis manche Erfolge in den Carolinas, und Anfang 1781 schien die Lage Amerikas noch einmal wieder fast hoffnungslos. Aber jetzt griff eine französische Flotte entscheidend ein, schlug die englischen Schiffe am Eingang der Chesapeake Bay und ermöglichte es Washington und Lafayette, Cornwallis in Yorktown (in Virginia am Ufer der Bay), bis wohin er vorgedrungen war, einzuschließen und

ihm jede Verbindung abzusperren. Am 19. Oktober 1781 mußte Cornwallis kapitulieren.

Damit war der Krieg zu Ende. England war außerstande, nochmals eine Armee nach Amerika zu schicken. Daß die Friedensverhandlungen sich noch über ein Jahr hinzogen, beruhte darauf, daß der Krieg mit den europäischen Feinden noch weiterging, zu denen bekanntlich 1780 infolge der „bewaffneten Neutralität" auch noch Holland gekommen war. Im Frieden von Versailles (Präliminarien 30. Nov. 1782, endgültiger Abschluß 3. Sept. 1783) erkannte England die Unabhängigkeit der dreizehn Kolonien an und überließ ihnen das ganze Hinterland bis zu den großen Seen und dem Mississippi, den im vorigen Krieg den Franzosen entrissenen und an England gekommenen Teil von Louisiana. Die englischen Besitzungen auf dem Festland beschränkten sich seitdem auf Neu-Schottland und Kanada, das der Gegensatz der Nationalitäten, der Religion und der Lebensform auf englischer Seite festgehalten hatte, mit unbestimmter Ausdehnung in den Westen. Florida, das 1763 an England gekommen war, wurde an Spanien zurückgegeben; dazu gehörte damals noch der ganze Küstenstrich des mexikanischen Golfs bis zum Mississippi, so daß das Gebiet der Staaten nirgends an den Golf heranreichte. Der Versuch, für die Loyalisten eine Entschädigung zu erwirken, mußte nach langen Verhandlungen aufgegeben werden; der Kongreß erklärte sich für inkompetent und außerstande, den souveränen Staaten der Konföderation irgendeine Verpflichtung darüber aufzuerlegen, und die Bestimmung des Friedens, daß keine Konfiskationen stattfinden sollten, wurde von den Einzelstaaten einfach beiseite geschoben. Alle, die sich für England betätigt hatten, nicht selten gleichfalls mit recht bedenklichen Mitteln, wurden von der siegreichen Partei mit schweren Geldstrafen, Einziehung ihres Grundbesitzes, Verbannung bestraft; in Massen sind sie, etwa 60000, verarmt und von England nur ungenügend entschädigt, nach Kanada, zum Teil auch nach den Bahamainseln ausgewandert. So fand mit dem Siege über England auch der Bürgerkrieg sein Ende.

Die Konföderation und die Begründung der Union.

Der Krieg gegen England ist geführt von einer Konföderation der dreizehn Kolonien, die durch die Unabhängigkeitserklärung zu souveränen Staaten geworden waren. Aber den Bund wollte man dauernd erhalten; gleichzeitig mit der Unabhängigkeitserklärung ging der Kongreß in Philadelphia daran, die „Artikel einer Konföderation und dauernden Union" (Articles of Con-

federation and Perpetual Union) zwischen den dreizehn Staaten auszuarbeiten, die den Namen „Die Vereinigten Staaten von Amerika" führen soll. Am 15. Nov. 1777 wurde das Werk fertig und den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten vorgelegt. Nachdem acht Staaten beigetreten waren, wurden die Artikel am 9. Juli 1778 ratifiziert; doch dauerte es noch drei Jahre, bis auch die übrigen, zuletzt Maryland 1781, ihren Beitritt vollzogen. Gleichzeitig gaben die Kolonien sich, meist durch dazu berufene Konventionen, neue Verfassungen als souveräne Staaten; nur Maryland und Connecticut konnten die alten Verfassungen beibehalten, jenes bis 1842, dies bis 1818, da sie ihnen bereits volle Selbständigkeit gewährten, darunter das Recht, ihren Gouverneur selbst zu ernennen; sie begnügten sich mit einer einfachen Erklärung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität. Den Anfang machte, schon einige Wochen vor der Unabhängigkeitserklärung des Kongresses, Virginia im Juni 1776. Vorangeschickt ist nach dem Muster der englischen Revolution von 1688/9 eine „Bill of Rights", eine theoretische Formulierung der Menschenrechte und der Grundsätze der neuen Verfassung, darunter der Religionsfreiheit, in 16 Artikeln. Auch sie ist von Jefferson entworfen, und die kurzen Sätze, durch die die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli begründet wird, können als ein Auszug aus ihr gelten. Dem Beispiel Virginias sind dann die übrigen Staaten[1]) gefolgt, zuletzt Massachusetts, das erst 1780 mit seiner Verfassung fertig wurde; auch Connecticut fügte seiner alten Verfassung eine kurze Erklärung der Rechte in drei Artikeln ein. Auch sonst ist der Aufbau der neuen Verfassungen durchweg der gleiche; überall lehnen sie sich an die bestehenden Ordnungen und das englische Vorbild an, das nach der damals überall die politische Theorie beherrschenden Abstraktion Montesquieus von der Teilung der drei Gewalten aufgefaßt wird; dazu kommen die demokratischen Tendenzen, die durch die Revolution zum Siege gelangt sind. Aber die Gefahr, die darin lag, empfand man sehr wohl; man hatte ebensoviel Mißtrauen und Besorgnis vor einer starken Exekutive, die eine tyrannische Gewalt aufrichten könne, wie vor einer wüsten Massenherrschaft. Daher geht die gesetzgebende Körperschaft zwar durchweg aus Volkswahlen hervor, wenn auch noch nicht überall aus allgemeinem gleichem Wahlrecht; aber sie wird in zwei Kammern geteilt[2]), das Repräsentantenhaus und den Senat,

[1]) In einigen Staaten hat man die Grundsätze und Menschenrechte nicht als besonderes Gesetz aufgestellt, sondern in den Eingang der Verfassung als Motiv der Unabhängigkeitserklärung eingefügt, wie in der des Kongresses vom 4. Juli; nur Delaware hat auch darauf verzichtet.

[2]) Nur in Pennsylvanien hat man zuerst nur eine Kammer eingesetzt, aber 1790 den Senat hinzugefügt.

der in Anlehnung an den alten Beirat des Gouverneurs nach dem Muster des englischen House of Lords gebildet wird und durch einen andern Wahlmodus und längere Dauer seiner Funktionen ein Gegengewicht gegen radikale Tendenzen und Übereilungen des andern Hauses bilden soll. Der Gouverneur, das Haupt der Exekutive, wird entweder vom Volk oder von der Legislative gewählt, durchweg ebenso wie die übrigen Beamten auf kurze Zeit, oft nur auf ein Jahr. Die Richter wurden entweder von der Exekutive (5 Staaten) oder von der Legislatur (6 Staaten) ernannt, in Delaware von beiden gemeinsam, in Georgia vom Volk erwählt; wenigstens in den höheren Stellen waren sie auf Lebenszeit oder vielmehr, wie die offizielle Formulierung auch in England seit 1689 lautet, „während guter Führung" (during good behaviour) angestellt.

Während die Einzelstaaten sich organisierten, sank der lockere Bund der Konföderation zu immer tieferer Ohnmacht hinab. Mit dem Ende des Kriegs erlosch auch ihre militärische Gewalt; 1783 legte Washington das Oberkommando nieder. Jetzt besaß sie nur noch ein einziges Organ, den Kongreß in Philadelphia. Dieser hatte zwar die Militärhoheit, das Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen, Geld zu prägen, die Post einzurichten, Beamte anzustellen u. ä., aber er konnte den Staaten nichts befehlen, sondern war lediglich auf ihren guten Willen angewiesen, auch für die Zahlung der Gelder, die er brauchte; und dieser Wille versagte schon während des Krieges und vollends nach dessen Beendigung. Für jede Verfügung war die Zustimmung der Delegierten von 9 Staaten, für eine Änderung der Verfassung und Erweiterung der Rechte die aller 13 Staaten selbst erforderlich, und diese war weder für die Forderung zu gewinnen, ihm ein Steuererhebungsrecht zu bewilligen, noch für die Maßregeln, die er zum Schutz des Handels ergreifen wollte, noch für die Regulierung der Schuldenlast. Das Land war überschwemmt mit ungedecktem Papiergeld, das von dem Kongreß wie von den Einzelstaaten in Massen ausgegeben war und ruhig weiter gedruckt wurde und immer tiefer im Preise sank. Die Staaten gingen selbstwillig ihre eigenen Wege, die Handelsstaaten New York und Rhode Island nutzten ihre Stellung, um durch schwere Zölle die auf sie angewiesenen Agrarstaaten im Norden und Süden auszusaugen; die Beziehungen zum Ausland, namentlich zu England, gestalteten sich immer hoffnungsloser; Handel und Verkehr stockte, Teuerung und Steuerdruck wurde allgemein und führte zu schweren Unruhen, namentlich in Massachusetts; man trieb dem Bankerott und dem Chaos entgegen. Die einzige Maßregel von Bedeutung, die der Kongreß ins Werk setzen konnte, war die Aufforderung

an die Staaten, die eben erst der Besiedlung erschlossenen Gebiete zwischen den Alleghanies und dem Mississippi der Konföderation abzutreten, damit diese aus den Erträgen und dem Verkauf der Grundstücke die Schulden decken könne. Massachusetts, Connecticut, New York, Virginia haben der Aufforderung Folge geleistet (die Carolinas und Georgia folgten erst später); im Juli 1787 wurde die territoriale Organisation des gewaltigen Gebiets eingeführt, aus der später die neuen Staaten hervorgegangen sind; auch Vermont, das zu New York, und Maine, das zu Massachusetts gehörte, sind damals in den Besitz der Konföderation gelangt, Vermont ist 1791, Maine erst 1820 zum Staat erhoben worden. Aber im übrigen siechte der Kongreß dahin; das Interesse an ihm schwand völlig, die bedeutenderen Persönlichkeiten zogen sich zurück, die gesetzmäßige Präsenzziffer war kaum je mehr zu erreichen.

Diese Notlage hat dazu gedrängt, auf Mittel zur Abhilfe zu sinnen. Im September 1786 traten, einer Aufforderung Virginias entsprechend, Delegierte von fünf Staaten in Annapolis (Maryland) zusammen, um über Mittel gegen die Notlage des Handels zu beraten. Sie richteten an den Kongreß die Aufforderung, eine neue, größere Konvention zu berufen, welche die allgemeine Notlage beraten und Vorschläge für eine Revision und Verbesserung der Bundesverfassung machen sollte. Der Kongreß stimmte zu und ebenso alle Staaten mit Ausnahme von Rhode Island; im Mai 1787 traten die Delegierten der zwölf übrigen Staaten, insgesamt 55, von denen aber manche nur vorübergehend teilgenommen haben, in Philadelphia zusammen. Diese Männer haben, unter dem Vorsitz Washingtons, in langen und gründlichen Beratungen die Verfassung der Vereinigten Staaten und damit einen lebensfähigen Bundesstaat geschaffen. Scharf standen sich sowohl die Ideen wie die Interessen gegenüber; aber die bittere Not zwang zur Einigung, und die hier versammelten Männer waren einsichtig und patriotisch genug, um dies Ziel nie außer Augen zu verlieren und durch Kompromisse schließlich zu erreichen, wenn auch die Gegensätze, vor allem in der Frage des Verhältnisses der Rechte der Einzelstaaten gegenüber der Union, zeitweilig so stark waren, daß am 28. Juni Franklin keinen andern Ausweg mehr sah, als den Antrag, die nächste Sitzung mit einem Gebet an den Vater des Lichts um Erleuchtung zu eröffnen. Das Wesentliche und Entscheidende war die Errichtung einer starken Exekutive. Zwar vermochte Hamilton die Bestellung eines Präsidenten auf Lebenszeit nicht durchzusetzen; seine Amtsdauer wurde auf vier Jahre beschränkt, die Wiederwahl gestattet; aber er war der Erwählte und Vertreter des Gesamtvolks und stand

somit der Legislative und den Einzelstaaten unabhängig gegenüber; die gesamte Regierung wurde ausschließlich in seine Hand gelegt, er ernannte alle Beamten und Richter. Da man zu dem Urteil des Volkes kein Zutrauen hatte, wurde indirekte Wahl eingeführt, durch dazu gewählte Wahlmänner; der Wahlmodus derselben, ob durch die Legislatur oder durch Volkswahlen, wurde den Einzelstaaten überlassen, aber die Stimmenzahl eines jeden sollte sich nach der Bevölkerungszahl richten, auf Grund eines alle zehn Jahre vorzunehmenden Zensus [1]). Dagegen wurden die Rechte und die gesetzliche Gleichheit der Einzelstaaten dadurch gesichert, daß jeder von ihnen, ob groß oder klein, zwei Senatoren auf sechs Jahre in den Senat zu senden hat, und diese Körperschaft mit großer Macht, namentlich der Bestätigung der vom Präsidenten geschlossenen Verträge und seiner Beamtenernennungen, ausgestattet wurde. Dem gegenüber geht das Repräsentantenhaus aus allgemeinen Wahlen auf Grund der Bevölkerungsziffer hervor; die Mitglieder werden nur auf zwei Jahre gewählt. Das Recht der Kriegserklärung wurde dem Kongreß zugewiesen. Die Rechte des Bundesstaats, darunter das, Steuern und Zölle zu erheben, wurden bestimmt abgegrenzt; alle sonstigen Rechte blieben den Einzelstaaten vorbehalten, so daß eine feste Scheidelinie gezogen wurde. Für alle innerhalb der Bundesverfassung liegenden Rechtsstreitigkeiten sowie für Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten und Angehörigen verschiedener Staaten sowie mit dem Auslande, werden Bundesgerichte eingesetzt mit einem Obersten Gerichtshof an der Spitze, dem daher auch die Interpretation der Verfassung und die Entscheidung, ob ein Gesetz rechtsgültig ist, zufällt; die vom Präsidenten nach Zustimmung des Senats ernannten Richter sind, anders als die sonstigen Beamten, „während guten Verhaltens" unabsetzbar. Eine Änderung oder Ergänzung der Verfassung durch Amendements ist sehr erschwert; sie bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der Staaten. Die Aufnahme neuer Staaten wird in Aussicht genommen; bis dahin stehn die Territorien unter der Regierung des Kongresses.

Die neue Verfassung wurde den Einzelstaaten zur Annahme vorgelegt. Das hat noch zu den heftigsten Streitigkeiten geführt, vor allem in New York. Hier hat Alexander Hamilton, der

[1]) Der gegenwärtige Wahlmodus, welcher die Stimmen für den Präsidenten und für den Vizepräsidenten sondert, ist erst 1803/4 eingeführt; vorher wurde der, welcher die meisten Stimmen erhielt, Präsident, der nächste Vizepräsident. Bei Stimmengleichheit, oder wenn niemand die absolute Majorität erhielt, entschied das Repräsentantenhaus. — Dem Vizepräsidenten sind, solange der Präsident im Amte ist, keinerlei Funktionen zugewiesen, außer dem Vorsitz im Senat.

eigentliche Schöpfer der Verfassung, die Sache der Union in den Artikeln seiner Zeitschrift „The Federalist" glänzend verfochten. Aber nur die bittere Not hat schließlich die Annahme durchgesetzt und alle Versuche der Abänderung vereitelt; es ist kein Zweifel, daß wenn eine allgemeine Volksabstimmung zu entscheiden gehabt hätte, nicht die gesetzgebenden Versammlungen oder zu diesem Zweck gewählte Konventionen, das Werk gescheitert wäre. Mit der Zustimmung des neunten Staats (21. Juni 1788) trat die Verfassung in Kraft; Virginia, wo Patrick Henry die Opposition geleitet hatte, und New York folgten kurz darauf, Nordcarolina erst am 21. Nov. 1789, und Rhode Island, das von der ganzen Sache nichts wissen wollte, aber schließlich einsah, daß es nicht isoliert bleiben konnte, erst am 29. Mai 1790. Am 4. März 1789 trat der erste Kongreß der Union in New York zusammen; kurz darauf wurde der erwählte Präsident, Washington, in sein Amt eingeführt und leistete den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid. Der Kongreß nahm dann noch eine Reihe von Zusätzen zur Verfassung (Amendements) an, welche die Grundsätze der Menschen- und Bürgerrechte festsetzen, darunter Religionsfreiheit, Rede- und Preßfreiheit, das Recht zu friedlichen Versammlungen und Petitionen um Abstellung von Beschwerden; zehn von ihnen sind von den Staaten ratifiziert worden. Damit war das Verfassungswerk abgeschlossen. Die Ergänzung dazu bildete, daß der Regierung, dem Kongreß und dem höchsten Gerichtshof ein Gebiet als Sitz zugewiesen wurde, das losgetrennt und nur von ihnen abhängig außerhalb der Einzelstaaten lag: Maryland trat einen Bezirk am Potomac, den Distrikt Columbia, an die Union ab, in dem dann die Bundeshauptstadt Washington gegründet und 1800 bezogen wurde. Das ist für die Entwicklung der Union entscheidend geworden; wäre der Sitz der Regierung, wie es zu Anfang der Fall war, in einer Großstadt wie New York oder Philadelphia geblieben, so wäre sie, wie Paris, unmittelbar unter den Einfluß der populären Agitation und turbulenter Bewegungen geraten und hätte ihre unabhängige Stellung und die Existenz der Union in kritischen Jahren nicht behaupten können.

Föderalisten und republikanische Demokraten (1789–1801).

Unter der umsichtigen Regierung Washingtons (1789—1797), der mit patriotischer Hingebung in dem Kampf der Parteien und der Persönlichkeiten immer nur das Gesamtwohl im Auge hatte

und daher versöhnlich und ausgleichend wirkte und jeder leidenschaftlichen Erregung widerstand, ist es gelungen, die neue Verfassung lebenskräftig zu machen und die schweren Schäden zu heben, die man von der Konföderation ererbt hatte. Die Verwaltung wurde organisiert, die Finanzen geordnet, die Mittel zur Deckung der Schulden beschafft, eine Bank begründet, die Münze eingerichtet. Allerdings riefen diese Maßnahmen, so notwendig und heilsam sie waren, eine starke Opposition hervor, namentlich die Schuldentilgung: die Gegner forderten, daß das Papiergeld nicht zum Nennwert, sondern zum tiefgesunkenen Marktpreis eingelöst werde, der neue Staat also mit einer halben Bankerotterklärung beginne. Vor allem aber drehte sich der Streit um die Stellung der Union zu den Einzelstaaten. Washington und seine Anhänger, die „Föderalisten", vor allem Hamilton, die Seele seines Kabinetts, erstrebten eine möglichst starke Bundesgewalt, eine Fortbildung der in weitherzigem Sinne ausgelegten Verfassung. Dem gegenüber hielten sich die Vertreter der Staatensouveränität, die „Republikaner" (später republikanische Demokraten, jetzt Demokraten genannt), unter Führung von Jefferson, an den strikten Wortlaut und bekämpften jede Erweiterung der Bundesrechte; Washington und seinen Anhang beschuldigten sie des Strebens nach tyrannischer Gewalt, sie seien verkappte Monarchisten — eben zur Bezeichnung dieses Gegensatzes haben sie den Parteinamen gewählt. Das Auftreten des Präsidenten, der bei aller ehrlich republikanischen, völlig uneigennützigen Haltung, die er dadurch betätigte, daß er beim Ablauf seiner zweiten Amtsperiode 1796 eine nochmalige Wiederwahl ablehnte, seine aristokratische Auffassung nicht verleugnete und sein Amt auch in Äußerlichkeiten, durch Einführung eines steifen Zermoniells, der Stellung des englischen Königs möglichst anähneln wollte, gab den kleinlichsten und gehässigsten Angriffen weitere Nahrung; derbe Holzschnitte bedrohten ihn sogar mit dem Schicksal des französischen Königs. Zu der Idealgestalt der mit oft recht plump und trivial erfundenen Anekdoten ausgeschmückten republikanischen Legende, in der Washington in Amerika fortlebt, ist er erst später, nach seinem Tode (14. März 1799) erhoben worden. Die Parteigegensätze zogen sich durch alle Staaten hindurch; ihren Hauptshalt hatten die Föderalisten im allgemeinen in den kommerziellen und industriellen Kreisen, die Republikaner oder Demokraten in der agrarischen Bevölkerung, und daher vor allem in den Südstaaten; die Führung lag in den Händen der Staatsmänner Virginias, Jefferson, Madison, Monroe. Gesteigert wurde der Gegensatz durch die Einwirkungen der französischen Revolution. Menschenrechte, Sturz einer tyrannischen Autokratie, Republik

und Hinrichtung des Königs, das waren Vorgänge und Schlagworte, die damals wie gegenwärtig die Masse der Amerikaner unwiderstehlich mit sich fortrissen und begeisterten; und dazu kam noch, daß die neue Republik dem verhaßten England den Krieg erklärte. Man machte es Washington zum schweren Vorwurf, daß er trotz des mit der französischen Monarchie geschlossenen Bündnisses die Republik nicht unterstützte, sondern in weiser Zurückhaltung die Neutralität proklamierte und forderte, daß Amerika sich in die Händel Europas nicht einmischen solle, und daß er gar Ende 1794 durch den Gesandten Jay einen Vertrag mit England schloß, der die noch bestehenden territorialen Differenzen beilegte und dem amerikanischen Handel einige Erleichterung gewährte.

Alsbald allerdings bekam auch Amerika die Anmaßung und Begehrlichkeit der französischen Revolutionäre zu fühlen. Ihr Gesandter agitierte bei der Präsidentenwahl ganz offen gegen die Föderalisten; Frankreich drohte wegen des Vertrags und der über die Führung des Seekriegs mit England entstandenen Differenzen mit Krieg. Der amerikanische Gesandte wurde ausgewiesen, und bei neuen Verhandlungen im Herbst 1797 machte das Direktorium durch seinen Minister Talleyrand ganz unverhohlen den Versuch sowohl privater wie staatlicher Erpressungen als Bedingung eines Vertrags; außerdem wurde eine formelle Entschuldigung für Amerikas Verhalten gefordert. Das führte zu einem Umschwung der Stimmung: man wollte nicht zum zahlenden Vasallen Frankreichs herabsinken. Große Geldsummen wurden durch Subskription aufgebracht, man rüstete für den Krieg. Der Kongreß aber erließ, unter der Präsidentschaft von John Adams, 1798, scharfe Gesetze gegen verdächtige Ausländer, die ohne gerichtliches Verfahren auszuweisen der Präsident Vollmacht erhielt — zugleich wurde der Termin ihrer Naturalisation hinausgeschoben —, und gegen aufrührerische Zusammenrottungen und verleumderische Angriffe auf den Kongreß oder den Präsidenten, und beschloß die Aufstellung einer Armee unter Washington. Da lenkte das französische Direktorium ein und erklärte, einen Gesandten „mit der einer freien und unabhängigen Nation schuldigen Achtung“ empfangen zu wollen. Adams gab nach und beauftragte Murray, den Gesandten im Haag, mit den weitern Verhandlungen. Inzwischen hatte Napoleon sich der Herrschaft über Frankreich bemächtigt, und mit ihm kam man alsbald zu einer Einigung; durch einen Vertrag vom 30. Sept. 1800 wurde der Hader beigelegt.

Diese Vorgänge haben den Sturz der Herrschaft der Föderalisten herbeigeführt. Washington hatte nach achtjähriger Regie-

rung die Wiederwahl bestimmt abgelehnt; seitdem gilt es als ein unverbrüchlicher Grundsatz des Gewohnheitsrechts, den kein späterer Versuch hat erschüttern können, daß eine mehr als zweimalige Bekleidung des höchsten Amtes unzulässig ist und dem Geist der republikanischen Verfassung widerspricht. Sein Nachfolger Adams, unter Washington Vizepräsident, war 1797 nur mit ganz geringer Majorität gewählt worden, sein Rivale Jefferson hatte nur 3 Stimmen weniger und wurde daher Vizepräsident; und wie alle Mitglieder seiner Familie, die nun schon anderthalb Jahrhunderte hindurch der Union eine große Anzahl bedeutender Staatsmänner und Schriftsteller geschenkt hat, war Adams zwar eine begabte Persönlichkeit von staatsmännischer Einsicht, aber eigenwillig, schroff und reizbar und ohne die Gabe, die Menschen an sich zu fesseln. In Hamilton, der Seele der Föderalistenpartei, haßte er den geistig überlegenen Rivalen; seine Anhänger stieß er durch die Nachgiebigkeit gegen Frankreich vollends vor den Kopf. Die Republikaner dagegen waren über seine gesamte Politik entrüstet, und die erwähnten Gesetze von 1798, welche in der Tat nur bei einer sehr weitherzigen Auslegung mit der Verfassung in Einklang gebracht werden konnten, gaben ihrer Agitation willkommenen Stoff: der neue Agrarstaat Kentucky erklärte sie in einer von Jefferson gelieferten, Virginia in einer von Madison durchgesetzten Resolution für verfassungswidrig und daher unverbindlich; nachdrücklich wurde erklärt, daß durch die Union keine absolute Zentralgewalt aufgerichtet sei, sondern dieser nur durch einen Vertrag zwischen den Staaten bestimmte, besonders bezeichnete Befugnisse übertragen seien, während alle sonstigen Rechte, wie es auch das zehnte Amendement von 1789 ausdrücklich ausspricht, nach wie vor den Einzelstaaten zustehn und diese daher auch zu entscheiden haben, ob eine Maßregel der Zentralgewalt verfassungsmäßig und rechtsgültig ist oder nicht — die erste, von Jefferson scharf formulierte Erklärung des Rechts der „Nullifikation" und der Souveränität der Einzelstaaten, das schließlich zum Bürgerkrieg geführt hat.

Die Wahlen von 1801 brachten die Entscheidung: die Kandidaten der republikanischen Demokraten Jefferson und der Newyorker Aaron Burr, ein ehrgeiziger und gewissenloser Intrigant, erhielten eine Mehrheit von 8 Stimmen, Jefferson wurde Präsident[1]). Die Föderalisten haben den Schlag nie überwunden; sie

[1]) Da Jefferson und Burr Stimmengleichheit erhielten, mußte das Repräsentantenhaus entscheiden, was erst im 36. Wahlgang gelang. Die Folge war, daß durch das zwölfte Amendement zur Verfassung der Wahlmodus geändert wurde, s. o. S. 31 Anm. — Burr, jetzt Vizepräsident, wurde bei der nächsten Wahl von seiner eigenen Partei fallen gelassen und suchte dann in

sind bis 1816 noch in den Wahlkampf eingetreten, aber mit stets geringerem Erfolg, und seitdem völlig verschwunden.

Die Erschließung des Westens. Ankauf von Louisiana.

Indessen das Leben der neuentstehenden Nation spielte sich nicht in diesen innern und äußern Konflikten ab, die sie im Grunde doch nur oberflächlich bewegten, wenn man auch die noch bestehende Schwäche ihrer Lage gegenüber den Weltmächten und die Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen deutlich genug empfand. Eben darum wurde der Grundsatz, den Washington in seiner Abschiedsbotschaft (1797) dem Volk ans Herz legte, sich nicht in die Händel der europäischen Mächte hineinziehen zu lassen und daher keinerlei Allianzen mit ihnen zu schließen, allgemein angenommen und ist bis auf die letzte Zeit ein unantastbarer Grundsatz der amerikanischen Politik geblieben.

Dafür stand dem Volk jetzt ein unabsehbares, durch keinen fremden Eingriff mehr bedrohtes Hinterland zur Verfügung, und unaufhaltsam ergoß sich fortan die Welle der Auswanderung in den Westen. Die wirtschaftliche Notlage, welche der Krieg und die ungeordneten Zustände der Zeit der Konföderation geschaffen hatten und die noch lange anhielt, hat sie wesentlich gefördert; während in den alten Gebieten Handel und Verkehr stockte und die Aussichten auf einen neuen Aufschwung gering waren und selbst der Seehandel alsbald wieder durch den Krieg zwischen England und Frankreich und die daraus hervorgehenden Kapereien und Konflikte lahm gelegt wurde, bot sich hier die Möglichkeit, ohne große Unkosten ein eigenes Heim mit großem, ertragreichem Landbesitz zu begründen; und dazu lockte die Aussicht auf raschen Gewinn. Die Abenteuerlust regte sich um so mächtiger, je weniger die Bewohner, wie überall in Kolonialländern, an den Wohnsitz gefesselt und durch alte, bis in die Zeiten der Urväter zurückreichende Tradition mit einem Heimatboden innerlich verwachsen waren. Gleich mit dem Ende des Unabhängigkeitskriegs setzte die Bewegung ein: das weite Hinterland des Staats New York, bisher das Gebiet der Irokesen, wurde der Besiedlung erschlossen und mit einer Fülle antiker Ortsnamen übersät; von

New York mit den Föderalisten anzuknüpfen. Die Folge war ein Duell mit Hamilton, den Burr kaltblütig erschoß. Er hat es dann noch mit mancherlei abenteuerlichen Plänen versucht, ist aber schließlich allgemeiner Verachtung anheimgefallen.

Pennsylvanien und Virginia aus zogen jahrzehntelang in Scharen die Auswanderer auf notdürftig gebahnten Pfaden über das Gebirge ins Ohiotal, weiter südlich in das des Tennessee; schon 1792 wurde der neue Staat Kentucky, 1796 Tennessee, 1802 Ohio begründet, nach längerer Pause folgte dann 1816 Indiana, 1818 Illinois. Die Urbarmachung und Besiedlung erfolgte in primitivster Weise, wie noch gegenwärtig, ungeregelt und ohne irgend welche Schonung der Naturkräfte; das neue Landstück so gut es ging urbar zu machen und möglichst rasch den größtmöglichen Gewinn aus ihm zu ziehen, war das Ziel, während dessen begnügte man sich mit den primitivsten Lebensformen; erst ganz allmählich erwuchs einige Zivilisation und staatliche Ordnung.

Dieser ununterbrochene Trieb zu schrankenloser Expansion, die Gier nach rasch erschlossenem und in extensiver Wirtschaft rücksichtslos ausgebeutetem Neuland ist für die Vereinigten Staaten der weltgeschichtlich maßgebende Grundzug geblieben; sie erinnern darin wie in so vielem andern an Rom und die Entwicklung der römischen Herrschaft. Kein Staat der Erde, auch nicht England oder Rußland, hat im Lauf eines Jahrhunderts sein Gebiet so andauernd und so rücksichtslos erweitert, wie die Union. In Wirklichkeit ist es eine ununterbrochene Eroberung; denn das Land, nominell der Union zuerkannt oder herrenlos, war in Wirklichkeit das Eigentum der Indianerstämme. Diese wurden jetzt rücksichtslos aus ihren Jagdgründen vertrieben, und in den ununterbrochenen Fehden, die gelegentlich, so 1789—1794 im Gebiet zwischen dem Ohio und den großen Seen, zu schweren Kriegen anschwollen, entweder aufgerieben oder in den fernen Westen verpflanzt oder auf ihnen zugewiesene „Reservationen" eingeschränkt.

Vor der Front der mehr oder weniger zusammenhängenden agrarischen Ansiedlungen gingen die Jäger, Pelzhändler und wilden Abenteurer einher. Von Anfang an erschien die Erreichung der pazifischen Küste als das zu erstrebende Endziel. Jefferson hat diese Tendenz eifrig gefördert; durch die Prärie, längs des Missouri, drangen die Pelzhändler und Biberfänger („Trapper") über das Felsengebirge zum Columbiafluß vor; seit 1805 wurde die Küste des Ozeans erreicht und damit der Anspruch der Union auf das herrenlose Gebiet von Oregon begründet.

Noch weit bedeutsamer aber wurde, daß im Vertrag von Ildefonso (1. Okt. 1800) Napoleon sich von den Spaniern Louisiana, das Land westlich des Mississippi nebst New Orleans, abtreten ließ. Aber der Wiederausbruch des Kriegs mit England zu Anfang 1803 zeigte ihm, daß er seine amerikanischen Pläne nicht ausführen und das Land nicht behaupten könne, und so bot er es der Union zum Kauf an. Jefferson ging bereitwillig dar-

auf ein, und durch Vertrag vom 30. April 1803 wurde dies gewaltige, in seinen Grenzen noch ganz unbestimmte Gebiet für 80 Mill. Franken von der Union erworben. Nach amerikanischer Auffassung gehörte auch die Küste des Golfs östlich vom Mississippi mit den glänzenden Häfen von Mobile und Pensacola dazu, und Spanien mußte sich dem fügen. In die neuen fruchtbaren Gebiete ergoß sich jetzt der Strom der Auswanderung vom Süden, Baumwollenpflanzer mit ihren Sklaven; im Jahre 1812 wurde der Staat Louisiana mit der Hauptstadt New Orleans, 1817 Mississippi, 1819 Alabama gebildet. In demselben Jahre trat Spanien, dessen Machtstellung jetzt durch den Aufstand seiner südamerikanischen Kolonien am Zusammenbrechen war, Florida, in dem die Amerikaner unter General Jackson bereits einen brutalen Krieg gegen die Indianer führten, gegen eine Zahlung von 4½ Mill. Dollars an die Union ab, die dafür auf die auf Texas erhobenen Ansprüche verzichtete.

Die Herrschaft der Demokraten. Zweiter Krieg mit England (1801—1815).

Diese Entwicklung des Westens hat eine ständig fortschreitende Umwandlung des innern Aufbaus der Union zur Folge gehabt. Der Schwerpunkt verschob sich von der Küste immer weiter nach dem Neuland und dem Mississippigebiet; schon 1820 enthielten die acht neuen Staaten, die hier entstanden waren, nahezu die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Diese Staaten waren sämtlich künstliche Gebilde, schematisch aus der Landkarte ausgeschnitten; und wenn sie auch allmählich einigermaßen zu einer Einheit zusammenwuchsen und eine gewisse Eigenart, mit lokalen Traditionen und lokalem Stolz, entwickelt haben, so fehlte ihnen doch völlig die Bodenständigkeit der alten Kolonien mit ihrem stark ausgeprägten Sondergeist und Selbständigkeitsbewußtsein. Über den Einzelstaaten erhob sich immer mächtiger das Gesamtbürgertum der Union, das auch die ältern Staaten festhielt und unter sich zwang; durch den Besitz der weiten Territorien, die durch die Bundesregierung ihre erste Organisation erhielten, wurde dieser Zusammenhang und das gemeinschaftliche Interesse noch gesteigert. Die Verfassungen wurden überall nach dem gleichen Schema entworfen; aber sie waren weit radikaler als die alten: Wahlrechtsqualifikationen auf Grund von Besitz und Steuern konnten hier nicht eingeführt werden, die Ämter und Richterstellen wurden durchweg durch Volkswahl besetzt, meist auf kurze Frist; dazu kam, daß die ersten Ansiedler ganz auf sich selbst gestellt waren, eine staatliche

Kontrolle und gesetzlichen Zwang kaum irgendwie kannten, dagegen darauf angewiesen waren, sich durch Zusammenschluß und spontanes Eingreifen, durch Volksjustiz und gewaltsame Massenerhebungen der zweifelhaften und verbrecherischen Elemente, die sich in großer Zahl unter ihnen fanden, einigermaßen zu erwehren. So entwickelte sich hier der Geist der radikalen Demokratie, der vollen Volkssouveränität, die über den Gesetzen steht und vor ihnen wenig Respekt hat, wo sie den individuellen Zielen und der Bewegungsfreiheit Schranken setzt, aber umgekehrt, wo das Interesse und die Sicherung des Eigentums — das Leben kommt weit weniger in Betracht, es wird sehr gering eingeschätzt — es erfordert, dem Willen der Mehrheit und der „öffentlichen Meinung" rücksichtslos Geltung verschafft; und auch dieser Geist wirkte wieder auf die älteren Staaten zurück, die alte im Grunde trotz aller schön klingenden Grundsätze stark konservative Denkweise, die man aus England überkommen hatte, schwand mehr und mehr dahin.

Mit Jefferson war die Demokratie ans Regiment gekommen, die nach ihren Prinzipien von der Union nicht viel wissen wollte und sie im Grunde nur als ein notwendiges Übel betrachtete, das der Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit des Volkes und der Staaten im Wege stehe und daher möglichst eingeschränkt werden müsse. Jefferson hat seiner Geringschätzung der Union noch in seiner selbstverfaßten Grabschrift († 1826) einen drastischen Ausdruck gegeben, in der er sich als Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, des Gesetzes Virginias für religiöse Freiheit und der Begründung der Universität von Virginia rühmt, aber demonstrativ übergeht, daß er acht Jahre lang Präsident der Vereinigten Staaten gewesen ist. Aber tatsächlich ist die Macht des Bundes und des Präsidenten unter ihm stetig gewachsen, sowohl unter der Einwirkung der oben geschilderten Entwicklung wie vor allem durch die Ausbildung und Festigung der Bundesinstitutionen und die klare und weitschauende Auslegung der Grundsätze der Verfassung, wie sie das oberste Bundesgericht unter der Leitung seines langjährigen genialen Vorsitzenden John Marshall (1801—1835) grundlegend ausbildete.

Mit dem Ankauf von Louisiana hat Jefferson eingestandenermaßen die ihm zustehenden Befugnisse überschritten, wie er denn überhaupt es verstand, seine Grundsätze gelegentlich schlafen zu lassen, und den vornehmen Herrn, der auch seinen Launen frei nachzugehen gewohnt war, niemals verleugnete. Die Föderalisten haben denn auch, in üblicher Weise von kurzsichtiger Parteipolitik getrieben, den Ankauf bekämpft, vor allem als Gefahr für die Stellung der kleinen Nordstaaten; aber der Gewinn war zu groß, als daß man die Maßregel hätte rückgängig machen können. Selbst

eine nachträgliche Indemnität oder Ergänzung der Verfassung, wie sie Jefferson für zweckmäßig hielt, galt als überflüssig, man begnügte sich damit, daß der Senat im Oktober 1803 den Vertrag ratifizierte.

Jeffersons zweite Amtsperiode (1805—1809) ist ausgefüllt durch die steigende Not, welche der Krieg Englands gegen Napoleon auch über Amerika und seinen Handel brachte. Die Engländer gingen zur See gegen die Neutralen, wie schon im Kriege von 1793—1802, in altgewohnter Weise eben so rücksichtslos vor, wie jetzt im Weltkrieg, mit „Papierblockaden" und Orders in Council (Ministerialverfügungen), welche die Untersuchung und Beschlagnahme der neutralen Schiffe einseitig regelten, ihnen verboten, feindliche Häfen anzulaufen, den Grundsatz der „einheitlichen Reise" aufstellten, welche beim Verkehr zwischen fremden oder neutralen Häfen durch Anlaufen eines heimischen Zwischenhafens nicht unterbrochen werde, von jedem Schiff, das den Hafen eines andern Staats anlaufen wollte, forderten, daß es zuerst eineu englischen Hafen aufsuche und hier die Erlaubnis zur Weiterfahrt erhalte; dazu wurden amerikanische Matrosen in Menge in englische Dienste gepreßt. Alle Beschwerden halfen nichts; die gesamte amerikanische Küste wurde von englischen Kriegsschiffen bewacht; deutlich trat die Absicht hervor, die Gelegenheit zu benutzen, um den aufblühenden amerikanischen Seehandel zu vernichten. Jefferson suchte den Krieg, den er verabscheute, dadurch zu vermeiden, daß er durch den Kongreß eine Handelssperre (embargo) über den gesamten Seeverkehr der Union mit dem Auslande verhängen ließ. Das bestand 14 Monate lang (Dezember 1807 bis März 1809) und wirkte natürlich verheerend auf den amerikanischen Handel. Nach Aufhebung der Sperre versuchte man es unter Madison, dem Nachfolger und Parteigenossen Jeffersons (1809—1817), wieder mit Verhandlungen, die aber lediglich die Spannung erhöhten. Die Lage wurde dadurch noch verwickelter, daß auch Napoleon, im Zusammenhang mit der Kontinentalsperre, rücksichtslos vorging. Aber begreiflicherweise überwog die Erbitterung gegen England durchaus; sie führte schließlich, am 19. Juni 1812, zur Kriegserklärung gegen das britische Reich.

Der Krieg hat drei Jahre lang gedauert. Zu Lande spielte er sich vor allem in den Grenzbezirken gegen Kanada ab, mit schwankendem Erfolg. Wiederholt sind die Amerikaner verheerend in das englische Gebiet eingebrochen, haben mehrere Ortschaften zerstört und in Toronto das Regierungsgebäude niedergebrannt; als dann aber 1814 die Engländer einen Überfall auf die ganz ungenügend verteidigte neue Landeshauptstadt Washington unternahmen und hier zur Rache das Kapitol und andere Staatsbauten

in Brand steckten, flammte die sittliche Entrüstung in Amerika hoch auf. Sie wurde dadurch gesteigert, daß die Engländer bei den Indianern Unterstützung fanden, im Norden bei dem intelligenten Häuptling der Shawnees, Tekumseh, im Süden bei den Creeks. Zur See haben die amerikanischen Schiffe sich zu Anfang tüchtig gehalten und manche rühmlichen Erfolge erzielt, namentlich durch größere Geschütze und bessere Munition; allmählich aber machte sich die Überlegenheit der Engländer auch hier geltend. Es kam hinzu, daß wie im vorigen Krieg die militärische Organisation Amerikas elend war und oft völlig versagte. Überdies war die Stimmung im Lande nicht einheitlich; namentlich in den Nordstaaten, deren Handel jetzt völlig daniederlag, wollte man vom Kriege nichts wissen; eine Konvention der Neuenglandstaaten in Hartford im Dezember 1814 stellte ein Programm für eine Revision der Verfassung auf. Inzwischen aber waren in Gent die Friedensverhandlungen eröffnet worden; durch den Sturz Napoleons waren die Anlässe zum Konflikt weggefallen, und so einigte man sich im Vertrage vom 24. Dez. 1814 auf Wiederherstellung des früheren Zustandes. In denselben Tagen (8. Jan. 1815) gelang es dem General Jackson, der vorher die Creeks besiegt hatte, einen englischen Angriff auf New Orleans erfolgreich, mit schweren Verlusten der Feinde, abzuschlagen.

Die Ära des guten Einvernehmens (1816—1825). Die Sklavenfrage, der Missourikompromiß und die Monroedoktrin.

Nach dem Frieden trat eine allgemeine Beruhigung ein: die „Ära des guten Einvernehmens" (era of good feelings) begann. Die föderalistische Partei lag in den letzten Zügen; Madisons Nachfolger, der tüchtige Staatsmann James Monroe, wurde 1816 mit überwältigender Majorität, bei der Wiederwahl 1820 tatsächlich einstimmig gewählt [1]), wie nur Washington und nach ihm nie wieder ein Präsident. Die Entwicklung des Westens ging ununterbrochen weiter, mächtig gefördert durch die seit 1807, wo Fulton das erste Dampfschiff auf dem Hudson fahren ließ, sich rasch entwickelnde Dampfschiffahrt, welche die großen Ströme in bequeme Handelsstraßen umwandelte. Straßen und Brücken wurden gebaut, und New York nahm den Bau des Kanals vom

[1]) Nur eine Stimme wurde gegen ihn abgegeben, damit die Ehre, einstimmig gewählt zu sein, Washington allein verbliebe.

Eriesee zum Hudson in Angriff, 1825 wurde der große Wasserweg vollendet.

Dafür begann jetzt eine andere Frage in den Vordergrund zu treten, die schließlich über alle politischen Gegensätze hinweg entscheidende Bedeutung gewinnen sollte, die Frage der Sklaverei. Die Union hat bei ihrer Gründung die Sklaverei als bestehende Institution vorgefunden, mit der sie sich abfinden mußte. Wie schon erwähnt, hatten damals die humanitären Anschauungen, welche sie als unsittlich verwarfen und sie gerade auch für die Herrenbevölkerung korrumpierend empfanden, auch in Amerika vielfach Verbreitung gefunden. Washington, der besonders schmerzlich beklagte, daß bei der natürlichen Vermehrung sich für den Zuwachs keine genügende Beschäftigung fand, und sie weder in Untätigkeit verkommen noch, wie so viele andere, die Überschüssigen verkaufen und die Familien zerreißen wollte, hat in seinem Testament alle seine Sklaven freigelassen; Jefferson, der Verkünder der Menschenrechte, half sich dadurch, daß er in sein Landhaus auf Monticello die Sklaven aus den Wirtschaftsgebäuden und der Küche nur durch unterirdische Gänge eintreten ließ, um möglichst wenig von ihnen zu sehn. Entscheidend aber wurde der oben bereits besprochene wirtschaftliche Gegensatz. In allen Nordstaaten wurde bis zum Jahre 1804, in dem New Jersey dem Beispiel der andern Staaten folgte, die Sklaverei gesetzlich aufgehoben, ebenso noch unter der Konföderation 1787 im Gebiet nordwestlich vom Ohio; dadurch erhielt die Südgrenze Pennsylvaniens, die Mason- und Dixon-Linie (oben S. 7), ihre typische Bedeutung. Zugleich bildeten sich Gesellschaften für die Emanzipation. Der Plan, die befreiten Neger, mit denen man ein Zusammenleben im Lande für unmöglich hielt, nach Afrika zurückzusenden und hier in der 1807 begründeten Kolonie Liberia zu eigenem politischen Leben zu erziehen, wurde lange betrieben, freilich nur mit sehr dürftigem Erfolge; in größerem Umfang erwies er sich als völlig unausführbar. Auch im Süden empfand man die Nachteile der Sklaverei stark, sittlich wie wirtschaftlich — sie bildete ein unübersteigliches Hindernis für eine starke Einwanderung und Volksvermehrung und für die Entwicklung einer selbständigen Industrie —, und die Emanzipationsbestrebungen fanden vielfach Unterstützung, Freilassungen waren nicht selten. Aber hier bildete die Sklavenschaft den dominierenden Faktor im Wirtschaftsleben, und seit sich vollends durch die Erfindung (1793) einer einfachen, auch von ungelernten Negern leicht zu handhabenden Maschine zur Enthülsung und Entkernung der Baumwolle der Baumwollenbau und daneben im untern Mississippigebiet der Bau des Zuckerrohrs immer mächtiger entwickelte und die Grundlage des Wohlstands und des Er-

ports wurde, durch den man die Einfuhr von Industrieerzeugnissen und Luxuswaren decken konnte, war an eine Abschaffung ohne die tiefgreifendste soziale Umwälzung nicht zu denken. So stand man dem Problem ratlos gegenüber.

Bei der Feststellung der Bundesverfassung hatte man sich in dieser wie in vielen andern Fragen durch einen Kompromiß geeinigt: das Wort Sklave wurde vermieden, sie wurden als „Leute, die in einem der Staaten nach dessen Gesetzen zur Dienstbarkeit oder Arbeit gehalten werden" bezeichnet. Alle Staaten sind verpflichtet, derartige Personen, wenn sie flüchtig sind, auszuliefern, abweichende Gesetzesbestimmungen sind unzulässig. Für die Wahlen zum Repräsentantenhaus und die Steuern werden drei Fünftel dieser Leute zu den Freien hinzurechnet. Außerdem setzte Südcarolina, der führende Sklavenstaat, durch, daß „die Einwanderung oder Einfuhr solcher Leute, wie sie einer der jetzt bestehenden Staaten zuzulassen für angebracht halten mag", d. i. der afrikanische Sklavenhandel, nicht vor dem Jahre 1808 verboten werden, wohl aber eine Einfuhrsteuer von 10 Dollars auf den Kopf gelegt werden darf. Nach dem Vorgang Englands (1807) ist dieser überseeische Handel dann auch in Amerika wirklich im Jahre 1808 aufgehoben worden. Um so lebhafter entwickelte sich, neben der Einschmuggelung von Sklaven aus Westindien und sonst, der interne Handel: der Bedarf im Süden wuchs ständig, für die Grenzstaaten wurde die Züchtung von Sklaven ein einträgliches Geschäft.

Bis zum Jahre 1819, wo die Zahl von 22 Staaten erreicht war, hielten sich die freien und die Sklavenstaaten, je elf, das Gleichgewicht. Aber jede der beiden Sektionen strebte ihr Gebiet zu erweitern. Der Süden, an Bevölkerungszahl und Rührigkeit durch den Norden und dessen sowohl industrielle wie agrarische Entwicklung immer mehr überflügelt, mußte befürchten, das politische Übergewicht, das er bisher dank seinen führenden Staatsmännern besaß, zu verlieren und die Grundlagen seines wirtschaftlichen und sozialen Lebens angetastet zu sehn. So entbrannte ein heftiger Streit, als 1818 das Territorium Missouri (mit Hauptstadt Saint Louis) seine Erhebung zum Staat beantragte; denn die Vertreter der freien Nordstaaten forderten, daß hier, entgegen dem Wunsch der Bevölkerung, die Sklaverei verboten werden solle. Die langen aufgeregten Verhandlungen endeten im März 1820 mit dem berühmten Missourikompromiß: Missouri wurde als Sklavenstaat aufgenommen, dafür im äußersten Nordosten das von Massachusetts losgelöste Maine als Freistaat, und im übrigen bestimmt, daß in dem ehemaligen Territorium von Louisiana westlich vom Mississippi der Breitengrad 36° 30′ die

Grenze zwischen dem nördlichen freien und dem südlichen, der Sklaverei geöffneten Gebiet bilden sollte.

Inzwischen hatten die spanischen Kolonien in Südamerika seit 1813 ihren Unabhängigkeitskampf begonnen, im Jahre 1821 war Mexiko gefolgt. In der Union stand die Stimmung natürlich durchaus auf ihrer Seite, und schon 1818 hatte Präsident Monroe in Aussicht genommen, für sie einzutreten; im Mai 1822 erfolgte ihre offizielle Anerkennung und die Entsendung von Gesandten in die neuen Staaten. Aber die Besorgnis bestand, daß die Mächte der heiligen Allianz, die eben damals, nach dem Kongreß von Verona, daran gingen, das absolute Regiment Ferdinands VII. in Spanien durch die französische Armee wiederherstellen zu lassen (1823), alsdann auch versuchen würden, die spanische Herrschaft in Amerika wiederaufzurichten, oder daß die Gebiete von Frankreich und andern europäischen Mächten annektiert werden würden. Man wußte, daß auch England um seiner Handelsinteressen und seiner europäischen Stellung willen dem entgegentreten würde, und der englische Minister Canning hat im Sommer 1823 mit dem amerikanischen Gesandten Rush lange über eine gemeinsame Erklärung gegen eine bewaffnete Intervention verhandelt, wenn er sich auch auf eine Anerkennung der Unabhängigkeit zurzeit noch nicht einlassen wollte. Da zog Monroe und sein Staatssekretär John Quincy Adams, weiter beraten von Jefferson und Madison, vor, auf eigene Hand vorzugehn und dadurch zugleich die selbständige Stellung Amerikas zu wahren. Auch fürchtete man, daß England seine Hand auf Cuba legen wolle, während Amerika selbst bereits geheime Absichten auf die Insel hegte, vor allem der Kriegssekretär Calhoun, der eifrige Verfechter der Südstaaten, der deshalb sogar die Dinge ganz gern zum Kriege getrieben hätte. Dazu kam eine, freilich in freundschaftlichen Formen erörterte, Differenz mit Rußland, das durch ein Edikt Alexanders I. (4. Sept. 1821) am Stillen Ozean das ganze Gebiet vom Behringsmeer bis zum 51° für sich beanspruchte und fremden Schiffen die Annäherung bis auf 100 italienische (See-) Meilen verbot, während Amerika wie England den südlichen Teil dieses Gebiets als zum Oregongebiet gehörig beanspruchten. Aus diesen Verwicklungen entstand die berühmte Jahresbotschaft Monroes an den Kongreß vom 2. Dez. 1823. Der Präsident machte aus Amerikas Sympathien für die freiheitlichen Bewegungen in Spanien und Portugal sowie in Griechenland kein Hehl, erklärte aber — in Übereinstimmung mit dem von Washington verkündeten, von seinen Nachfolgern dauernd festgehaltenen Grundsatz —, daß die Union sich in die Verhältnisse Europas nicht einmischen werde, dessen politisches System von

dem Amerikas wesentlich verschieden sei, daß sie aber ebenso jeden Versuch, das europäische System auf irgendeinen Teil der westlichen Hemisphäre auszudehnen, als gefährlich für ihren Frieden und ihre Sicherheit betrachten müsse; nur die bestehenden Kolonien erkenne sie nach wie vor an; aber wenn der Versuch gemacht werde, Regierungen, die ihre Unabhängigkeit erklärt und behauptet hätten und von der Union anerkannt seien, irgendwie zu unterdrücken, so könne sie das nur als Kundgebung einer feindlichen Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten betrachten. Die amerikanischen Kontinente dürften fortan nicht als Gegenstände zukünftiger Kolonisation durch irgendeine europäische Macht betrachtet werden.

Europa hat die Erklärung hingenommen; nur Canning legte gegen die Sätze als für England nicht bindend Verwahrung ein. An eine Intervention in Amerika war nicht mehr zu denken, und Rußland wich im Vertrag vom April 1824 mit seinen Ansprüchen auf 54° 40′, seitdem die Südgrenze von Alaska, zurück — das südlich anschließende Gebiet blieb dann noch lange zwischen England und Amerika streitig. In der Union wurde die Erklärung mit Enthusiasmus aufgenommen und gilt seitdem als ein Grundrecht der Nation und ihrer Politik, so heilig und unverletzbar, wie nur die Verfassung, welche sie geschaffen hat.

Inzwischen ging die Ära des guten Einvernehmens ihrem Ende entgegen. Die alten Führer waren gestorben oder ins Privatleben zurückgetreten, jüngere Männer, die den Freiheitskampf nicht mehr erlebt hatten, traten an ihre Stelle, neue Gegensätze sowohl persönlicher wie sachlicher Art traten hervor, die einheitliche Partei, welche seit Jeffersons Wahl die Macht in Händen hatte, begann sich zu zersplittern. Unter den Staatsmännern der folgenden Zeit gewannen drei eine alle andern weitaus überragende Stellung, John Calhoun aus Südcarolina (geb. 1782), ein feingebildeter Theoretiker wie Jefferson und alsbald eifrigster Verfechter der südstaatlichen Interessen, Henry Clay aus Kentucky (geb. 1777), der Sprecher des Repräsentantenhauses, ein ehrgeiziger Parteiführer von lockerer Lebensführung und ohne tiefere Bildung, aber wie kein anderer geeignet, die Massen an sich zu fesseln, und Daniel Webster aus Massachusetts (geb. 1782), der geistig regsamste der drei, einer der glänzendsten Redner aller Zeiten, Erbe der Traditionen der alten Föderalistenpartei und ein glühender Verfechter der Einheit der Union. Neben ihnen stand John Quincy Adams (geb. 1767), der Sohn des Präsidenten, die Seele der äußern Politik unter Monroe, im Vollbesitz der universellen Bildung und Weltkenntnis seiner Familie, aber auch, bei aller ehrlichen Überzeugung, von der in dieser vererbten verletzenden Schroff-

heit und verstandesmäßigen Kühle der Gesinnung, die ihm den vollen Erfolg entgehn ließ.

Bisher war es Brauch gewesen, daß die Parteimitglieder im Kongreß in freier Vereinigung („Caucus") ihren Kandidaten für die Präsidentschaft aufstellten, und so bezeichneten sie diesmal den bisherigen Schatzsekretär Crawford aus Georgia. Aber die Partei revoltierte, das Land selbst wollte die Entscheidung in die Hand nehmen. So wurden nicht weniger als vier weitere Kandidaten aufgestellt, Adams, Clay, Calhoun und dazu der General Andrew Jackson, der Sieger von New Orleans (geb. 1767), der sich in Tennessee angesiedelt hatte. Der letztere war ein tüchtiger Haudegen, der im Felde kräftig und skrupellos durchgegriffen hatte, aber roh und ungebildet bei maßloser Selbstüberschätzung und Eitelkeit, daher zum Staatsmann völlig ungeeignet, dagegen nur um so mehr das Idol der radikalen Masse, die sich an seinem militärischen Ruhm berauschte[1]. Aber bei den Wahlen erhielt er diesmal nur die relative Majorität — während Calhoun zum Vizepräsidenten gewählt war —, und so kam die Entscheidung vor das Repräsentantenhaus. Hier gaben Clay und sein Anhang, die Jackson mit Recht für ungeeignet hielten, den Ausschlag für Adams; Clay wurde sein Staatssekretär. Dies Verhalten ist ihm von den Gegnern schwer verargt worden, und hat nicht wenig dazu beigetragen, daß er das ersehnte Ziel, die Präsidenschaft, niemals erreicht hat.

Zu einer innerlich gefestigten, erfolgreichen Regierung ist John Quincy Adams (1825—29), in fortwährendem Hader mit einer starken Opposition, nicht gelangt; es war eine Übergangszeit mit all ihren Nöten. Zu dem Gegensatz zwischen Norden und Süden in der Sklavenfrage kam, daraus erwachsend, ein weiterer: die immer kräftiger sich entwickelnde Industrie des Nordens verlangte hohe Schutzzölle, der Süden, der von dem Baumwollenexport lebte, dagegen Freihandel. Darüber ist im Kongreß seit 1816 immer wieder mit wechselndem Erfolg und allmählicher Steigerung der Zollsätze verhandelt worden; schließlich im Januar 1828 ging eine wesentliche Erhöhung, vor allem auf Wollwaren, durch und wurde vom Präsidenten bestätigt, obwohl er wußte, daß er dadurch den Süden aufs äußerste erbitterte und seine Wiederwahl unmöglich machte. Bei der Wahl im Herbst 1828 erlangte jetzt Jackson die überwältigende Majorität; für Adams stimmte Neuengland, die Mittelstaaten waren geteilt, aber der Süden und Westen traten geschlossen für Jackson ein.

[1] Er hieß bei ihnen Old Hickory, weil er bei einem Walde von Walnußbäumen dieser Gattung 1814 die Creeks besiegt hatte.

Die Herrschaft des Radikalismus. Annexion von Texas, Konflikt mit England und Krieg mit Mexiko (1829—1848).

Die Wahl Jacksons bildet einen entscheidenden Einschnitt in der Geschichte der Union. Die Zeit, wo gebildete Staatsmänner an ihrer Spitze standen, war vorüber; an ihre Stelle tritt Jahrzehnte lang das Regiment der Mittelmäßigkeiten, die die Laune des Moments und die Berechnung schlauer und gewinnsüchtiger Demagogen auf den Präsidentenstuhl erhebt. Es ist eine Umwandlung, wie sie in Athen nach dem Sturz des Perikles eingetreten ist, keine Änderung der Verfassung, wohl aber eine noch viel tiefer greifende Umwandlung des Geistes, in dem sie gehandhabt wird. Die wüsten Szenen, die sich bei Jacksons Amtsantritt abspielten, waren das Symbol der neuen Ära: mit ihm hielt der Pöbel, die sich zusammendrängenden Scharen seiner Gefolgschaft, der Ämterjäger und Wahlmacher, seinen Einzug ins Weiße Haus und feierte hier wüste Orgien. „Dem Sieger die Beute" ist fortan das Schlagwort, das die Wahlen bestimmt; entgegen dem bisherigen Brauch wurden die bisherigen Beamten der Union in Massen abgesetzt und ihre Stellen an die Anhänger des neuen Herrn zu möglichster Ausbeutung in der ihnen gewährten Frist vergeben[1]). Den maßgebenden Einfluß dabei gewannen die Drahtzieher der Partei, die „bosses", die die Organisation der Wahlen, die „Maschine" in Händen hatten und allmählich zu raffiniertester Technik ausbildeten, ein System, das sich in einzelnen Staaten schon entwickelt hatte, so in New York, wo der gerissene Demagoge van Buren (der jetzt zur Belohnung Staatssekretär wurde) der demokratischen Partei in der berüchtigten Tammany Hall ein Zentrum der schamlosesten Korruption geschaffen hatte, und in Pennsylvanien, und das allmählich die ganze Union überzog. Korruption ist seitdem die Signatur der Verwaltung und Regierung der Vereinigten Staaten gewesen und in weitem Umfang, trotz mancher Verbesserungen, bis auf den heutigen Tag geblieben; auch die Männer, welche sie verabscheuten, mußten sie in Rechnung stellen und konnten und können sich ihrer Benutzung ebensowenig entziehn, wie die englischen Staatsmänner des achtzehnten Jahrhunderts.

Jackson stand in vielen Dingen ganz unter dem Einfluß seiner völlig angefaulten Umgebung, der Calhoun, auch jetzt wieder Vizepräsident, nachdrücklich, aber ohne großen Erfolg, entgegen zu

---

[1]) Es handelte sich dabei um etwa 50000 Stellen, die jetzt der Neubesetzung offen standen.

wirken versuchte. Bald kam es mit diesem zum schärfsten Konflikt über den neuen Zolltarif. Die Agitation der Südstaaten gegen denselben wurde immer leidenschaftlicher; die Führung übernahm, wie üblich, Südcarolina. Calhoun entwickelte für seinen Heimatstaat in ausführlicher Begründung die Theorie der Nullifikation, die 1798 Jefferson und Madison (S. 35) begründet hatten: die Verfassung sei nicht eine Schöpfung des amerikanischen Volks, das als politisches Gemeinwesen überhaupt nicht existiere, sondern ein Vertrag zwischen den selbständigen Staaten, nur durch diese sei eine mittelbare Verbindung zwischen den Bürgern und der Union geschaffen; den Staaten stehe daher die Prüfung der Maßregeln der Bundesregierung zu, und wenn man ihnen ein von ihnen nullifiziertes Gesetz dennoch aufzwingen wolle, so hätten sie das Recht, aus den Bund auszutreten auch auf die Gefahr eines Krieges hin. Dem gegenüber trat Webster am 26. Januar 1830 in glänzender, weithin zündender Rede gegen Senator Hayne von Südcarolina für die Unauflösbarkeit der Union, für „Freiheit und Einheit" ein. Die Streitigkeiten zogen sich jahrelang hin; der Kongreß, der einen Bruch vermeiden wollte, begann einzulenken; im Juli 1832 wurde der Tarif wesentlich reduziert. Aber Südcarolina war nicht befriedigt; im November erklärte eine Konvention dieses Staats die Tarifgesetze für null und nichtig, und Calhoun legte die Vizepräsidentschaft nieder. Man schien dicht vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs zu stehn. Jackson erging sich in kräftigen Reden für die Erhaltung der Union und traf militärische Vorbereitungen. Aber tatsächlich scheute man vor dem Bruch zurück. Clay vermittelte, und gleichzeitig mit dem Gesetz, welches die Zwangsmaßregeln bewilligte, nahm der Kongreß ein Gesetz an, welches den Zolltarif im Lauf des nächsten Jahrzehnts schrittweise immer weiter herabsetzte. Südcarolina hatte seinen Willen durchgesetzt und nahm jetzt den Nullifikationsbeschluß zurück.

Inzwischen hatte Jackson einen Angriff auf die bei den demokratischen Massen als Organ der Geldaristokratie verhaßte Bank der Vereinigten Staaten begonnen und nach seiner Wiederwahl 1833 die Zurückziehung der Staatsgelder aus derselben durchgesetzt und dadurch eine große Geldkrisis hervorgerufen. Dazu kamen Konflikte mit dem Bundesgericht, mit Georgia, brutales Vorgehn gegen die Indianer des Südens u. ä. Das führte dazu, daß die Gegner sich unter Führung Clays und Websters (die im übrigen geheime Rivalen waren) zu einer neuen Partei zusammenschlossen, die, da sie gegen die Tyrannei Jacksons kämpfen wollte, wie die Väter gegen die Georgs III., den Namen Whigs annahm. Für die Republikaner, die Jackson treu blieben, wurde

von da an der Name Demokraten gebräuchlich. Auch sonst sind in dieser Zeit mehrfach Versuche neuer Parteibildungen meist lokalen Ursprungs gemacht worden, darunter eine der Antifreimaurer, hervorgerufen durch die Ermordung eines Gegners der Freimaurer im Staate New York; längeren Bestand hat keine dieser Bildungen gehabt. Dazu kamen die unwürdigsten Szenen im Repräsentantenhaus und Senat, Beschimpfungen und Überfälle mißliebiger Gegner: die elendeste Epoche der Geschichte der Union hatte begonnen.

Mit dem Rücktritt Jacksons 1837 ist die Präsidentschaft dauernd in die Hände untergeordneter Persönlichkeiten gelangt, die an Bedeutung nicht einmal an Jackson heranreichten; denn wer wirklich etwas zu leisten vermochte und sich im politischen Leben bewährt hatte, hatte damit auch viele Feinde und noch mehr eifersüchtige Rivalen in der eignen Partei gewonnen und konnte sich bei den Massen und in der Regel auch bei den nationalen Parteitagen (Konventionen), auf die jetzt die Nominierung der Kandidaten überging, nicht durchsetzen. Clay, der 1832 und 1844 aufgestellt wurde, und Webster, den man 1836 in Massachusetts aufstellte, haben das mit bitterem Schmerz erfahren. Jacksons Nachfolger wurde der Intrigant Van Buren aus New York (1837—1841), ein Demagoge niedrigsten Schlages. Unter ihm nahm die Mißwirtschaft solche Dimensionen an, daß eine allgemeine Bewegung das Land ergriff. Die Whigs erhoben einen populären General, Harrison, auf den Schild, der 1811 die Indianer bei Tippecanoe in Indiana geschlagen und sich dann im Krieg mit England ausgezeichnet hatte, seitdem aber gänzlich unpolitisch auf seiner Farm oder in seinem „Blockhaus“, wie die Gegner sagten, lebte. Das zündete: in triumphierenden Prozessionen zogen seine Anhänger mit einem Blockhaus durch das ganze Land, sein Gegner Van Buren wurde völlig geschlagen. Harrison bildete ein Kabinett aus Webster und seinen Anhängern, starb aber schon wenige Wochen nach seinem Antritt, und sein Nachfolger, der Vizepräsident Tyler, trat zu den Demokraten über. Bei den nächsten Wahlen siegten diese mit einer ganz untergeordneten Persönlichkeit, Polk (1845—1849), dann 1848 die Whigs mit General Taylor, der sich im mexikanischen Kriege ausgezeichnet hatte, ehrlich, aber politisch ganz neutral war; als er im nächsten Jahre starb, trat der Vizepräsident Fillmore an seine Stelle, der sich ehrbarer verhielt als Tyler. Im Jahre 1852 gewannen dann wieder die Demokraten den Sieg mit dem plötzlich in die zu keinem Endergebnis führenden Abstimmungen in der Konvention geschickt hineingeworfnen, bis dahin so gut wie unbekannten Pierce aus New Hampshire (1853—1857), der sich als gänzlich unfähig erwies, und sodann 1856 mit James Buchanan

(1857—1861), der bis dahin lange Zeit Gesandter in England gewesen war.

Inzwischen ging die Expansion ununterbrochen weiter. Unter Jackson wurden im Süden die Cherokesen, Creeks und andere Stämme gezwungen, ihr Gebiet zu räumen und über den Mississippi zu ziehn; in Florida wurde ein blutiger Ausrottungskrieg mit Wortbruch und Verrat gegen die Seminolen geführt (1835 bis 1842). Im Norden wurde Michigan 1837, und als Äquivalent dafür der Sklavenstaat Arkansas als Staat aufgenommen, ebenso 1845 Jowa und Florida. Inzwischen hatte sich die weite Landschaft Texas unter der Leitung amerikanischer Abenteurer, die aus den Südstaaten hier einströmten, 1836 von dem mexikanischen Bundesstaat losgerissen und in blutigen Kämpfen ihre Unabhängigkeit behauptet. Wiederholt wurde der Union die Annexion angeboten, und in den Südstaaten war die Stimmung durchaus dafür, da sich hier eine gewaltige Erweiterung des Gebiets der Sklaverei bot (eben deshalb erstrebten sie auch die Eroberung von Cuba). Aus demselben Grunde war man im Norden meist dagegen, ja in Massachusetts schritt die Legislatur 1844 zu einem Protest, der ähnliche Töne anschlug, wie die Nullifikationsakte von Südcarolina. In der Tat gewährte die Verfassung kein Recht, selbständige Staaten in die Union aufzunehmen, und so waren die Präsidenten und Staatsmänner zunächst dagegen; die Scheu vor auswärtigen Verwicklungen kam hinzu[1]). Dann aber trat Tyler, der jetzt ganz im Fahrwasser der Südstaaten segelte, dafür ein, machte Calhoun zu seinem Staatssekretär, und vollzog den Annexionsvertrag im April 1844. Aber der Kongreß versagte seine Zustimmung, und so wurde die Frage das Stichwort für die Präsidentenwahl dieses Jahres. Polk, der sich für die Annexion erklärt hatte, wurde gewählt, und setzte die Aufnahme von Texas unter die Staaten der Union 1845 durch.

Diese Vorgänge verflochten sich mit einem Konflikt mit England über das Oregongebiet. Die sonstigen Differenzen, über die Grenze zwischen Maine und Kanada, über das Recht, des Sklavenhandels verdächtige Schiffe zu untersuchen, über die Auslieferung von Verbrechern u. ä. waren 1842 durch einen von Webster als Staatssekretär mit dem englischen Gesandten Ashburton abgeschlossenen Vertrag geregelt worden; aber jetzt beanspruchte die Union das ganze bisher ungeregelte Gebiet zwischen dem

[1]) In der Tat hat Frankreich versucht, in Texas im trüben zu fischen, was zu den wunderlichsten Episoden Veranlassung gab; und von England nahm man das gleiche an. Erwähnt sei, daß 1844 ein deutscher Adelsverein den in der Ausführung mißglückten Versuch einer Koloniegründung in Texas machte; daraus ist die Stadt Neu-Braunfels hervorgegangen.

Felsengebirge und dem Ozean bis zur Südgrenze des russischen Alaska, und „54° 40′ oder Krieg!" wurde neben der Annexion von Texas das Feldgeschrei der Demokraten bei der Wahl Polks 1844. Als es seine Schuldigkeit getan hatte, zog man es doch vor, durch Zurückgehn auf den 49. Grad als Grenze einen Krieg mit England zu vermeiden, und statt dessen sich auf das schwache Mexiko zu werfen. Denn Mexiko war natürlich über die Annexion von Texas entrüstet und brach den diplomatischen Verkehr ab. Die Unionsregierung dehnte die Ansprüche von Texas immer weiter aus und besetzte immer größere Strecken der öden Grenzgebiete, bis schließlich die Mexikaner sich im Mündungsgebiet des Rio Grande del Norte zur Wehr setzten. Damit war der Krieg ausgebrochen (April 1846). Es war ein unverhüllter Raubkrieg; aber trotz der geringen Truppenzahl, die im Gegensatz gegen die auf dem Papier stehenden Truppen ins Feld rückte, und trotz gemeiner Intrigen der Regierung gegen die der Whigpartei angehörenden Generäle waren die Amerikaner gegen die zwar weit zahlreicheren, aber noch schlechter ausgerüsteten mexikanischen Truppen überall siegreich. General Taylor breitete sich im Grenzgebiet aus, Frémont eroberte ohne ernstere Kämpfe Kalifornien, Scott drang 1847 von Vera Cruz aus gegen die Hauptstadt vor und besetzte am 15. September Mexiko[1]). Damit war die Widerstandskraft gebrochen: im Frieden von Guadalupe Hidalgo (2. Februar 1848) erkannte Mexiko den Rio Grande als Grenze gegen Texas an und trat Ober-Kalifornien und Neu-mexiko mit Arizona gegen eine Entschädigung von 15 Mill. Dollars an die Union ab[2]). Eben in denselben Tagen, im Januar 1848, wurde in Kalifornien das erste Gold entdeckt, und damit begann der massenhafte Zustrom der nordamerikanischen „Argonauten", der abenteuernden Goldsucher, und das bis dahin trotz seines herrlichen Hafens am Goldenen Tor von San Francisco ganz vernachlässigte Land — im Innern umschließt es neben üppigen Tälern weite Wüsten, und Oregon erschien bisher um des Pelzhandels willen viel wichtiger — gewann eine ungeahnte Bedeutung.

Durch diese Abtretungen sind auch die Mormonen, die kurz vorher, nach der Ermordung ihres Propheten Joseph Smith durch den Pöbel (27. Juni 1844), aus Illinois ausgetrieben waren und am großen Salzsee in Utah inmitten der Felsengebirge auf mexikanischem Boden eine neue Heimat gegründet hatten, wieder

[1]) Alle drei Generäle wurden nachher von den Whigs als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, Taylor, gewählt 1848, Scott 1852, Frémont 1856, die beiden letzteren ohne Erfolg.

[2]) 1852 wurde noch ein weiterer Landstreifen im südlichen Arizona durch Kauf hinzuerworben.

4*

Untertanen der Union geworden. Damit war die Gründung eines unabhängigen, sich in der Einöde immer weiter ausbreitenden Kirchenstaats, eines Reichs nach Art des der Khalifen, unmöglich geworden. Allerdings haben sich die Mormonen noch über ein Jahrzehnt lang unter dem energischen, rücksichtslos durchgreifenden Regiment Brigham Youngs so gut wie unabhängig gehalten, ja 1857 kam es zu einem Kriege gegen die Mormonen, in dem ihr Gebiet von der Unionsarmee besetzt wurde. Die Entscheidung hat dann der Ausgang des Bürgerkriegs und vor allem die Vollendung der ersten, mitten durch Utah gehenden pazifischen Bahn (1869) gebracht; im Jahre 1890 hat sich die Kirche definitiv dem Staat unterworfen, indem sie das göttliche Gebot der Polygamie als zur Zeit undurchführbar suspendierte; dadurch wurde dann erreicht, daß Utah, bis dahin lediglich Territorium, endlich 1895 unter die Staaten der Union aufgenommen wurde.

Der Kampf um die Sklaverei und der Kompromiß von 1850.

Inzwischen war die Sklavereifrage immer akuter geworden. Der Norden war in ständigem Fortschreiten, sowohl durch die Expansion wie in der innerlichen, industriellen und kommerziellen Entwicklung. Die Entwicklung des Straßen- und Kanalbaus und der Eisenbahnen (seit 1830) kam fast allein ihm zugute, während der Süden nur von der Dampfschiffahrt profitierte, vor allem auf dem Mississippi, aber sonst in unentwickelten Zuständen verharrte. Mit den dreißiger Jahren setzte dann die überseeische Einwanderung immer mächtiger ein, wie aus England, so namentlich aus Irland und Deutschland; und sie ergoß sich naturgemäß so gut wie ausschließlich in den Norden, da nur hier die neuen Einwandrer die Bedingungen vorfanden, die ihnen ein gedeihliches Vorwärtskommen ermöglichten. Diese Elemente stärkten natürlich sowohl das Gemeingefühl der werdenden Nation — denn der Staat, in dem sie sich niederließen, war ihnen an sich völlig gleichgültig, sie wollten Bürger der Union werden, nicht die eines kleinen Sondergebildes — wie die radikale demokratische Strömung; und die Sklaverei war ihnen sittlich und religiös sowohl wie politisch ein Greuel, ein Überbleibsel aus längst überwundenen Zeiten, das selbst die alte Heimat, deren engen Banden so viele von ihnen entflohen waren, seit langem abgestoßen, ja überhaupt niemals gekannt hatte.

Auch innerhalb der altansässigen Bevölkerung nahm der prinzipielle Gegensatz gegen die Sklaverei an Schärfe zu. Eine Resolution der Legislatur von Ohio vom 17. Januar 1824, di

Gesetzgebungen der einzelnen Staaten und der Kongreß sollten die schrittweise Emanzipation der Sklaven und ihre Überführung in überseeische Kolonien (Liberia) in Aussicht nehmen, wobei zugleich anerkannt wurde, daß die Sklaverei ein nationales — d. h. die gesamte Union angehendes — Übel sei, zu dessen Beseitigung alle Staaten mitzuhelfen verpflichtet seien, fand in acht Nordstaaten Zustimmung, während die sechs wichtigsten Sklavenstaaten, Südcarolina, Georgia, Alabama, Mississippi, Louisiana und Missouri, nachdrücklich dagegen protestierten. Hier begegnet in der Erklärung des Gouverneurs von Südcarolina die seitdem in mannigfachen Variationen immer aufs neue wiederholte Formulierung, daß jeder Versuch, sich in die häuslichen Angelegenheiten der Südstaaten zu mischen und ihre Ruhe zu gefährden, energisch zurückgewiesen werden müsse, zugleich als ein Eingriff in die Souveränität nnd Unabhängigkeit der Einzelstaaten.

Aber der Norden ließ sich dadurch nicht abweisen. Wenn man bisher die Sklaverei als ein geschichtlich überkommenes Unglück für den Süden angesehn und dafür auch in diesem vielfach Zustimmung gefunden hatte, so erschien sie jetzt, wo der Süden an ihr festhielt und seine ganze wirtschaftliche und soziale Existenz darauf aufbaute und sie daher als sittlich zulässig, für den Neger heilsam, und in der Bibel anerkannt, ja durch den Fluch über Ham und dessen Nachkommen geboten erklärte, gar manchen als ein Verbrechen der lebenden Generation, das mit allen Mitteln zu bekämpfen und auszurotten sittliche Pflicht sei. In diesem Sinne wirkte seit 1831 in Boston Garrison mit der Zeitschrift „The Liberator"; er ist der Begründer des Abolitionismus. Sein und seiner Anhänger maßlose Angriffe auf die Sklavenhalter fanden auch im Norden vielfach erbitterten Widerstand; man empfand instinktiv, wie sehr dadurch der Fortbestand der Union in Frage gestellt und ein Bürgerkrieg vorbereitet wurde. So äußerte sich die Gegenströmung an zahlreichen Stellen in der schönen seitdem in Amerika herkömmlichen Weise in Zusammenrottungen des Pöbels gegen den Schuldigen, mit Beschmierung mit Teer und Federn, Auspeitschungen, gelegentlich auch mit Hinrichtungen durch Lynchgericht und Zerstörungen der Druckerpresse, trotz der von der Verfassung garantierten Preßfreiheit, ohne daß die Regierung Macht und Neigung gehabt hätte, diesen Manifestationen der souveränen öffentlichen Meinung ernstlich entgegenzutreten oder Sühne dafür zu erheischen. Aber Garrison und sein Gefolge ließ sich dadurch nicht abschrecken; in ihm verkörperte sich der altpuritanische Geist Neuenglands mit all seiner Zähigkeit, seinem verbissenen Doktrinarismus und der für ruhig denkende Menschen geradezu unfaßbaren Verstiegenheit der religiösen

Begriffe, die jetzt aus dem Neger einen verhätschelten Idealmenschen machte, aber auch die unbezwingliche Kraft einer starren Überzeugung, die keine Abweichung duldet und mit rücksichtsloser Energie auf das eine Ziel losgeht. Ein großer Teil der Bevölkerung des Nordens blieb indifferent, die Frage gehe die Heimatstaaten nichts an, sondern nur den Süden, mit dem man in freundschaftlichen politischen und vor allem auch kommerziellen Verhältnissen leben wolle. Aber allmählich gewann die neue Bewegung doch immer weitere Kreise. Zahlreiche Emanzipationsgesellschaften (Abolition Societies) entstanden; die Kirchen, die sich zuerst ablehnend verhalten hatten, spalteten sich in eine Sekte, die die Sklaverei zuließ und eine andre, die sie unbedingt verwarf, so die Methodisten 1844; seit 1838 traten die Abolitionisten auch als politische Partei (Liberty Party) auf, die in die Wahlkämpfe eingriff und einen eignen Präsidentschaftskandidaten aufstellte. Besondern Anstoß erregte, daß nach der Verfassung flüchtige Sklaven ihren Herrn ausgeliefert werden sollten, eine Vorschrift, die dem menschlichen Gefühl widersprach. So wurde das Gesetz in immer weiterem Umfang umgangen, flüchtige Sklaven durch die sogenannte „unterirdische Eisenbahn" von Hand zu Hand bis nach Kanada befördert, wo sie nach englischem Gesetz frei waren, freisprechende Urteile erzwungen.

Im Süden erzeugte dies Verhalten natürlich eine ständig anwachsende Verbitterung. Man fühlte sich in den Grundlagen der sozialen und wirtschaftlichen Existenz bedroht und versteifte sich um so mehr auf den Grundsatz von der Souveränität der Einzelstaaten und dem Vertragscharakter der Unionsverfassung. Die Propaganda, die von den Abolitionisten getrieben wurde, die Einschmuggelung ihrer Flugblätter, die Versuche, die Neger zu Aufständen aufzuhetzen, steigerten die Erbitterung, zumal da in Virginia 1831 wirklich ein allerdings sehr unbedeutender Negeraufstand unter Nat Turner ausbrach, der blutig unterdrückt wurde. Die Abolitionisten wurden verfolgt, wo sie sich sehn ließen, die Emanzipationsbestrebungen und Freilassungen hörten auf, scharfe Gesetze nicht nur gegen die Sklaven, sondern auch gegen die freien Neger wurden erlassen, die Freilassung nach Möglichkeit erschwert, die Sklaverei als eine geheiligte, der Natur und der göttlichen Weltordnung entsprechende Institution nicht nur verteidigt, sondern angepriesen. Zugleich suchte man, um der Überflügelung durch den Norden entgegenzuwirken, das Gebiet der Sklaverei möglichst zu erweitern: man richtete die Augen auf Cuba, und wir haben gesehn, welche Rolle diese Bestrebungen bei der Annexion von Texas gespielt haben. Auch in die Kongreßverhandlungen drang der Gegensatz immer stärker und maßgebender

ein, obwohl die großen politischen Parteien sich gleichmäßig über beide Teile der Union erstreckten und ihn nicht anerkannten, sondern aus der Politik auszuschalten bemüht waren. Tatsächlich waren die Demokraten wie die Whigs in Verfechter des „freien Bodens" und Beschirmer der Sklaverei gespalten; die letztere Gruppe umfaßte wieder neben den unbedingten Vertretern der Sklaverei die Männer, die, wie Clay, die einmal bestehende Institution um der Erhaltung der Union willen nicht antasten lassen wollten. Seit 1835 überreichte John Quincy Adams, der nach seiner Präsidentschaft erst recht zu großer politischer Wirksamkeit gelangte — einer der wenigen Staatsmänner, die im Repräsentantenhause dauernd eine politische Rolle gespielt haben [1] —, an sich keineswegs ein Abolitionist, aber ein unermüdlicher Verfechter der verfassungsmäßigen Rechte der Amerikaner, dem Hause eine Petition der Abolitionisten nach der andern, in denen namentlich auch die Abschaffung der Sklaverei in dem der Unionsregierung direkt unterstellten Bezirk der Bundeshauptstadt, dem Distrikt Columbia, gefordert wurde. Das Haus beschloß schließlich im Mai 1836, sich des Andrangs zu erwehren, indem es über derartige Petitionen ohne Kenntnisnahme zur Tagesordnung überging. Aber dieser „Knebelbeschluß" erreichte nur das Gegenteil des Erstrebten; denn er verletzte das durch die Verfassung garantierte Petitionsrecht, und rief entrüsteten Widerspruch auch in Kreisen hervor, die der Antisklavereibewegung an sich kühl gegenüberstanden.

Zu vollem Ausbruch gelangte der Gegensatz durch die Ergebnisse des mexikanischen Raubkriegs und die Frage, wie die neugewonnenen Gebiete organisiert werden sollten. Kalifornien, rasch mit Zuwanderern erfüllt, beantragte seine Aufnahme unter die Staaten unter einer von ihm angenommenen Verfassung, welche die Sklaverei verbot. Dagegen sträubten sich die Südstaaten um so mehr, da dadurch das bisherige Gleichgewicht zwischen freien und Sklavenstaaten zugunsten der ersteren verschoben wurde [2]. Außerdem forderten sie die Zulassung der Sklaverei in den von Mexiko abgetretenen Territorien, obwohl in Mexiko, und daher auch in diesen Gebieten, die Sklaverei bereits 1829 aufgehoben war. Über diese Fragen ist im Kongreß Jahre lang in erregter Diskussion verhandelt worden. Schon 1846 hatte Wilmot aus Pennsylvanien, Demokrat, aber der Gruppe des freien Bodens angehörig, bei Bewilligung der Mittel für den Krieg den Vorbehalt (Proviso) beantragt, daß in allem von Mexiko abzu-

[1] Er ist am 21. Februar 1848 in einer Sitzung des Hauses von einem Schlaganfall weggerafft worden, im Alter von 81 Jahren.

[2] Das Äquivalent für Florida und Texas bildeten die freien Staaten Jowa (1846) und Wisconsin (1848).

tretenden Gebiet die Sklaverei ausgeschlossen sein solle. Das Repräsentantenhaus nahm den Zusatz an, aber der Senat verwarf ihn, und ebenso nochmals 1847, und diesmal fügte sich das Haus; aber ebensowenig konnte Calhoun seine Theorie durchsetzen, daß durch die Annexion von selbst mit der Verfassung der Union auch die Sklaverei in den abgetretenen Gebieten zu Recht bestehe. Ebenso scheiterte der Versuch, bei dem Gesetz über die Organisation des Oregonterritoriums die Linie des Missourikompromisses bis an den Ozean auszudehnen und damit tatsächlich unter dem Vorwand, die Sklaverei für Oregon auszuschließen, sie für Südkalifornien, Arizona und Neumexiko einzuführen. Nach der Wahl Taylors zum Präsidenten wurde die Entscheidung unaufschiebbar; sie wurde getroffen auf Grund eines von Clay entworfenen Kompromisses, durch den Kalifornien unter seiner freien Verfassung als Bundesstaat aufgenommen, dagegen der Wilmotsche Vorbehalt nicht nur für Neumexiko mit Arizona, sondern auch für Utah fallen gelassen wurde; die definitive Entscheidung über die Sklavenfrage wurde der Zukunft überlassen, wenn sie zu Staaten herangewachsen sein würden — mit Recht bemerkte Webster, daß hier die Natur selbst die Sklaverei ausschlösse, und daß gesetzliche Bestimmungen daran nichts ändern könnten. Außerdem wurde der Sklavenhandel, aber nicht die Sklaverei, im Distrikt Columbia verboten, und als Äquivalent dafür eine Verschärfung und Durchführung der Gesetze über die Auslieferung flüchtiger Sklaven gefordert. Diesem Kompromiß von 1850[1]) haben sich die Parteien widerstrebend gefügt; auch Webster ist am 7. März in einer großen staatsmännischen Rede dafür eingetreten, um die Einheit der Union, die er aufs äußerste gefährdet sah, für die Nation zu retten. Für seine Anhänger im Norden, die seinen weiten Blick und seine tiefe patriotische Überzeugung nicht würdigen konnten, war das eine schwere Enttäuschung; er wurde den heftigsten Angriffen ausgesetzt, und es hat lange gedauert, bis sein Andenken von dem Flecken, der nach ihrer Überzeugung darauf gefallen war, gereinigt wurde. Es war seine letzte große Leistung; am 26. Oktober 1852 ist er gestorben. Sein Rivale Clay war ihm am 29. Juni vorausgegangen, Calhoun, der in die Diskussion noch durch eine Rede, die er im Senat verlesen ließ, einzugreifen versuchte, schon am 13. März 1850. Daß die führenden Staatsmänner der vergangenen Epoche so rasch hintereinander hinweggerafft wurden — Adams, wie erwähnt, schon 1848 —, konnte als Symbol dafür gelten, daß die Epoche der Entscheidung herannahte.

[1]) Er ist vom Präsidenten Fillmore, nach Taylors Tode, im September 1850 vollzogen.

Denn der Kompromiß von 1850 befriedigte nirgends und schuf keine Beruhigung. Es war in der Tat, wie Seward, der jetzt zuerst unter den Whigs hervortrat, einige Jahre später sagte, ein „ununterdrückbarer Konflikt"; die Sklavenstaaten und die freien Staaten konnten trotz aller ernstlichen Bemühungen, die alte Verbindung aufrecht zu erhalten und sich gemeinsam einzurichten, nicht mehr in demselben Hause zusammen wohnen.

Wesen und Wirkungen der Negersklaverei.

Wenn eine Frage Jahrzehnte lang im Zentrum einer erregten politischen Diskussion gestanden hat und im leidenschaftlichen Parteikampf in unzähligen Reden und Schriften nach allen Seiten beleuchtet worden ist, kann man sicher sein, daß das Problem so zerzerrt und zerzaust ist, daß ein ruhiges, objektives Urteil auf lange Zeit kaum irgendwie zu gewinnen ist. Denn den Parteien liegt, bei aller subjektiven Ehrlichkeit der Überzeugung, nichts an einer Erkenntnis der wahren Tatsachen, aus denen der Konflikt erwachsen ist; sondern sie suchen sie so darzustellen, wie es ihren Tendenzen entspricht, und alle Aufklärung, die sie bringen, dient nur dazu, das Bild immer mehr zu trüben, bis es schließlich völlig unerkennbar wird.

So ist es auch der Sklavenfrage gegangen. Der Norden bekämpfte die Sklaverei als unsittlich und dem angebornen Recht aller Menschen auf Freiheit widersprechend. Gegen die Schwierigkeiten einer Emanzipation, die Unterschiede der Rasse, der Naturveranlagung und des Kulturzustandes, die Unmöglichkeit einer politischen und sozialen Gleichstellung der Neger und der Weißen verschlossen die verständigen Männer allerdings nicht die Augen; Lincoln z. B. hat das 1854 und sonst offen ausgesprochen. Aber ebenso erklärte er, daß der Neger sogut wie der Weiße „ein natürliches Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück" habe; der Satz der Unabhängigkeitserklärung, daß „alle Menschen gleich geschaffen seien", gelte eben so gut für jene wie für diese.

Die Abolitionisten dagegen verschlossen gegen die harten Realitäten die Augen; sie trugen in die Negersklaven die Gefühle hinein, die ein gebildeter Weißer und nun gar ein an vollste Bewegungsfreiheit gewöhnter Amerikaner in solcher Lage haben müßte; und dazu malten sie natürlich das Elend der Sklaven und die Brutalität der Herrn in möglichst düstern Farben aus. Allmählich drangen diese Anschauungen doch in immer weitere Massen; aufs mächtigste gefördert wurde diese Auffassung durch den bekannten Roman von Mrs. Beecher-Stowe „Uncle Tom's cabin",

der 1852 erschien und sich sofort in Millionen von Exemplaren über die ganze Welt verbreitete und ihre Stimmung beherrschte.

Der Süden, in den Grundlagen seiner Existenz angegriffen, versuchte, die Sklaverei als dem göttlichen und menschlichen Recht entsprechend, ja als eine segensreiche Institution hinzustellen. Für den Neger sei sie der naturgemäße und heilsame Zustand, der ihn, unter der umsichtigen, patriarchalischen Leitung seines Herrn, zur Arbeit erziehe und so der Menschheit nutzbar mache. Für die Wirtschaft des Südens aber, die Erzeugnisse der Baumwolle, auf der der Wohlstand der gesamten Union großenteils beruhe, sei der Negersklave ganz unentbehrlich; denn das Klima und die Schwere der Arbeit mache die Bestellung der Baumwollenfelder für andre als die widerstandsfähigen Neger unmöglich. Mit diesem als Dogma hingestellten Satz bot man nur dem Gegner eine neue, voll ausgenutzte Handhabe: ihr selbst gebt zu, erwiderten sie, daß weiße Arbeiter eure Forderungen nicht erfüllen könnten, wie entsetzlich muß also euer Wirtschaftsbetrieb, wie unmenschlich die Behandlung sein, daß sie nur von Sklavenherden unter dem unbarmherzigen Zwange der Peitsche geleistet werden kann.

Damit waren die Tatsachen gründlich verschoben. In Wirklichkeit ist die Arbeit auf den Baumwollenplantagen keineswegs schwer, und sie wird gegenwärtig in weitem Umfang (z. B. im Staat Mississippi) von weißen Arbeitern, namentlich Italienern, aber nicht selten auch von Germanen u. a. geleistet, die sich nicht nur intellektuell, sondern auch in der Sorgfalt der Arbeit dem Neger weitaus überlegen zeigen; in Texas werden Negerarbeiter überhaupt nicht zugelassen. Der Neger ist bei der Arbeit gutwillig und auch fleißig; aber er bedarf der fortwährenden Leitung und Kontrolle, ohne Aufsicht wird er nie eine Furche gerade ziehn noch die Ecken seines Feldes regelrecht ausziehn. Im übrigen lebt er gedankenlos in den Tag hinein, er vergeudet sein Material[1]) und jede Sorge für die Zukunft ist ihm fremd; sein Ideal ist, zu faullenzen und als das Kind, das er ist, sich in zwecklosem Herumtreiben einen guten Tag zu machen und sein erspartes Geld sinnlos zu vergeuden, bis ihn die Not zwingt, wieder einmal zu arbeiten. So entsprach die Zwangsarbeit unter strenger Beaufsichtigung,

[1]) Auf den Plantagen in Mississippi ist man von dem zur Zeit der Sklaverei bestehenden Kasernierungssystem dazu übergegangen, jedem Arbeiter ein Feld mit einer Hütte und einem Stück Garten und Weideland zuzuweisen; und da kann man sehn, wie die Neger ausnahmslos während des Winters die Zäune und Pfosten als Brennholz verwenden, weil sie zu faul sind, sich Holz aus dem benachbarten Walde zu holen. Ebenso lassen sie ihr Vieh und ihr Gemüseland nach kurzem Anlauf verfallen, höchstens daß die Frau, die meist verständiger ist als der Mann, noch etwas für Ordnung sorgt.

wenn man nun einmal Neger als Arbeiter verwenden wollte und infolge der gegebenen Umstände verwenden mußte, der Natur der Dinge. Daß dabei viele arge Dinge, Mißhandlungen und Grausamkeiten vorgekommen sind, und daß ein Eingreifen einer humaneren Gesetzgebung und eine allmähliche Überführung in freiere Verhältnisse, etwa nach Art der Hörigkeit, dringend geboten gewesen wäre, soll natürlich nicht bestritten werden; aber ebenso soll man sich vor Übertreibungen hüten und nicht vergessen, in wie rücksichtsloser, oft noch viel gewissenloserer Art unter dem sogenannten freien Arbeitsvertrag in den Fabriken und Kohlenbergwerken vor allem in England (oder z. B. auf Sizilien noch jetzt in den Schwefelgruben) die angeblich freien Arbeiter von Kindesbeinen an ausgenutzt und dem schärfsten Zwang unterworfen waren, bis die in der Mitte des Jahrhunderts einsetzende Schutzgesetzgebung allmählich eine Besserung herbeiführte. Daß der Neger in dem Weißen den Herren sah, entsprach seinem natürlichen Empfinden, und ebenso, daß er Prügel bekam; man vergesse nicht, in welch brutalem, uns ganz unfaßbar erscheinendem Umfang das Prügelsystem bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus auf den englischen Schulen geherrscht hat. Und wenn das Hinleben der Neger in voller Unwissenheit und primitivsten Daseinsformen als menschenunwürdig erscheint, so bleibt die Frage bestehn, ob die Emanzipation daran, von kleinen Kreisen abgesehn, irgend etwas geändert hat, und ob die Existenz des freien Arbeiters in dem modernen, gerade in Amerika mit äußerstem Raffinement entwickelten System der Arbeitsteilung irgendwie menschenwürdiger ist, wo der Arbeiter tagtäglich nur einen einzigen bestimmten Handgriff auszuführen hat oder z. B. in den großen Schlächtereien täglich durch denselben Schlag Hunderte ihm entgegengetriebene Ochsen umbringt.

Im übrigen ist es eine bekannte Tatsache, daß bei Zwangsarbeit und Sklaverei die Kräfte des Arbeiters lange nicht so ausgenutzt werden können, wie unter dem wirtschaftlich viel drückenderen Zwange des freien Arbeitsvertrags, wo er, sobald die Konjunktur ungünstig wird, froh sein muß, wenn er, unter was für Bedingungen auch immer, Beschäftigung findet, und jeden Augenblick aufs trockene gesetzt werden kann. Der Sklave dagegen ist sein Leben lang versorgt, er braucht sich um seine Zukunft nicht zu kümmern. So sind die Neger gegenwärtig in weitem Umfang wirtschaftlich schlechter dran als vorher, und die Forderungen, die die neuen Grundherrn an ihre Arbeit stellen, die in zahlreichen Fällen an Stelle der durch den Krieg ruinierten alten Besitzer getreten sind (nicht selten jüdische Kapitalisten), sind meist viel härter, als die früher geforderten. Dafür, daß ihre Lage

unter den alten Herren im allgemeinen keineswegs so elend gewesen ist, wie es in den populären Darstellungen geschildert wird, hat die Geschichte den vollgültigen Beweis erbracht: während des Bürgerkriegs, als alle Männer im Felde standen und die Frauen und Kinder allein zurückblieben, ist nirgends eine Erhebung der Sklaven vorgekommen, sondern sie haben willig ihre Arbeit getan, bis die Heere des Nordens hereinbrachen. Es bestand eben doch in weitem Umfang ein gemütliches Verhältnis zwischen Herren und Sklaven; und der Südländer hatte ein Verständnis und in seiner Art auch Sympathie für Wesen und Bedürfnisse des Negers, im Gegensatz zu dem Nordländer, dem sie, trotz aller idealisierenden Schwärmerei, innerlich fremd und abstoßend blieben; eine Antipathie der Rassen bestand und besteht im Norden im stärksten Umfang, aber keineswegs im Süden.

Allerdings von irgendwelcher Gleichstellung, von einem Aufrücken in den Herrenstand, wie es im Altertum dem freigelassenen Sklaven möglich war, konnte nicht die Rede sein; da bildete die Farbe eine unübersteigbare Scheidewand. Für einen Sklaven, der eine höhere Intelligenz besaß — und daran fehlte es doch nie ganz —, war die Existenz daher in der Tat entsetzlich; von ihren Leiden gibt die Biographie des hochbegabten Mulatten Douglaß ein erschütterndes Bild. Das galt vor allem von den zahllosen Mischlingen, den Kindern von Weißen und Negerinnen; unter ihnen ist natürlich eine höhere Intelligenz viel stärker vertreten als unter den Vollblutnegern, die Farbigen, welche seitdem im Leben und in der Literatur zu Bedeutung gelangt sind, sind alle Mulatten. Ihnen gegenüber verdiente das von den Spaniern mit großer Umsicht ausgebildete System der stufenweisen Gliederung und Privilegierung der Mischbevölkerung weitaus den Vorzug. Aber dazu konnten sich die Angelsachsen mit ihrem stark entwickelten Rassengefühl nicht entschließen. Vielmehr blieben die Mischlinge an die untere Rasse gebannt; sie wurden als Sklaven behandelt und in schmählichster Weise oft genug von ihren eignen Geschwistern verkauft, und auch jetzt noch werden sie gewaltsam sozial und wirtschaftlich in die niedere Klasse hinabgestoßen. Die Sklavenfrage und die Negerfrage der Gegenwart ist in Wirklichkeit in weitestem Umfang eine Mulattenfrage.

Dazu kam ein weiterer schwerer sittlicher Anstoß, bei dem eine vernünftige Reform hätte einsetzen müssen, der innere Sklavenhandel. In den Grenzstaaten, Maryland, Kentucky, zum Teil auch Virginia, rentierte die Sklavenarbeit wirtschaftlich nicht mehr. Aber seit der Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels und dem gewaltigen Aufschwung des Baumwollenbaus wuchs der Heißhunger nach Sklaven und damit ihr Preis ständig; so wurde

für diese Staaten die Sklavenzüchtung ein einträgliches Geschäft, das ganz systematisch betrieben wurde und in dem Verkauf der herangewachsenen Kinder an den Süden und der damit verbundenen Zerreißung aller Familienbande fortwährend zu den widerlichsten Szenen führte. Das und die Mulattenfrage sind die Stellen, wo eine weitsichtige Gesetzgebung hätte einsetzen sollen; aber zu einem ernsthaften Reformversuch reichte weder die politische Organisation noch die geistige Entwicklung des ganz von den Geschäften des Tages und der Gier nach raschem Gewinn beherrschten amerikanischen Volks.

Noch viel verhängnisvoller aber war die Rückwirkung der Sklaverei auf die weiße Bevölkerung. Allerdings schuf sie hier eine kräftige, mannhafte Herrenrasse mit einer reizvollen, aristokratischen Kultur, die voll Verachtung auf das Krämervolk des Nordens herabsah. Nur vergaß man darüber, daß auch für den Süden die Grundlage der Wirtschaft und des Wohlstands kapitalistisch geworden war; man lebte von der ständig gesteigerten Produktion der Baumwolle für den überseeischen Absatz — „Baumwolle ist König" war hier das populäre Schlagwort. Andrerseits machten sich nicht nur die korrumpierenden Wirkungen einer eigenwilligen und eigne Arbeit verschmähenden Herrenkaste geltend, sondern die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs, einer Entwicklung von Industrie und zugleich von einer tiefergreifenden Volksbildung war durch die Sklaverei unterbunden. Auf die armen Weißen im Lande sah man mit Verachtung herab, diese konnten sich nicht zu selbständiger Existenz entwickeln; wenn man für die Plantagen keine weißen Arbeiter verwenden konnte, so lag das nicht an dem Klima und der Schwere der Arbeit, wie man behauptete, sondern daran, daß die körperliche Arbeit verachtet war und der weiße Arbeiter auf dasselbe Niveau herabgedrückt war wie ein Negersklave. So wurde der Süden sowohl wirtschaftlich wie an Volkszahl vom Norden immer mehr überflügelt und umklammert; die Zeit ließ sich absehn, wo der Süden die seit den Zeiten des Unabhängigkeitskriegs dank seiner politischen Intelligenz noch immer behauptete Führerstellung verlieren und sich dem Norden werde unterwerfen müssen; wuchs doch jetzt die Zahl der Freistaaten durch die Aufnahme von Minnesota (1858) und Oregon (1859) auf 18 an, gegenüber 15 Sklavenstaaten. Das führte zu den ständigen Expansionsbestrebungen, die wir kennen gelernt haben (1854 hätte der Versuch, Cuba durch Kauf oder Raub zu gewinnen, beinahe zu einem Krieg mit Spanien geführt), zu der immer schärferen Betonung der Rechte und der Souveränität der Staaten, und schließlich, trotz aller ehrlichen Bestrebungen, an der Union festzuhalten, unvermeidlich zum offnen Bruch.

Der Fortgang des Konflikts und der Bruch der Union. Die republikanische Partei (1850–1860).

Diese Entwicklung hat sich in dem Jahrzehnt nach dem Kompromiß von 1850 Schritt für Schritt vollzogen. Die Bevölkerung der Nordstaaten war nicht dazu zu bringen, sich der Forderung der Auslieferung flüchtiger Sklaven zu fügen; man berief sich auf ein „höheres Gesetz", vielfach hinderten Volksaufläufe die Vollziehung der gerichtlichen Urteile, die Neuenglandstaaten und Michigan erließen 1854 und 1855 „Persönliche Freiheits-Gesetze", welche die Ausführung des Kongreßbeschlusses von 1850 so gut wie unmöglich machten. Demgegenüber kam das Verlangen des Südens nach Erweiterung des Gebiets der Sklaverei ebensowenig zur Ruhe. Im Jahre 1854 glaubte Douglas aus Illinois (geboren 1813 in Vermont), jetzt einer der Führer der Demokraten, ein ehrgeiziger und ziemlich skrupelloser Politiker ohne tiefere Bildung, aber von gewaltiger oratorischer Kraft — „der kleine Riese" hieß er, mit Rücksicht auf seine kurze Statur — einen Ausweg zu finden, der die Frage löste: bei der Aufgabe, als Vorsitzender eines Senatsausschusses das gewaltige Territorium des Nordwestens vom Missouri bis zum Felsengebirge zu organisieren, stellte er den Grundsatz auf, daß nach dem Grundsatz der Volkssouveränität die Bewohner der Territorien frei über die Sklavenfrage zu entscheiden hätten und daß daher die Bestimmung des Missourikompromisses von 1820 verfassungswidrig sei. Im Süden nahm man den entsprechenden Antrag mit Enthusiasmus auf, und eben um seine Stimme für seine Präsidentschaftskandidatur zu gewinnen, hatte Douglas ihn gestellt; im Norden dagegen flammte die Entrüstung eben so mächtig empor. Aber in beiden Häusern erhielt das Gesetz, das diesen Grundsatz aussprach und das Gebiet in die beiden Territorien Kansas und Nebraska zerlegte, die Majorität, obwohl zahlreiche Demokraten aus den Nordstaaten dagegen stimmten; und der schwache Präsident Pierce, ein Neuengländer, aber ganz in den Händen der Südstaaten und seines tüchtigen Kriegsministers Jefferson Davis, unterzeichnete es am 30. Mai 1854.

Die Kansas-Nebraska-Bill hat die Zersprengung der Union herbeigeführt; von da an kam der Konflikt nicht mehr zur Ruhe. Die alten Parteien gingen daran zugrunde. Die Whigpartei, bei der Wahl Pierces 1852 kläglich erlegen, löste sich völlig auf; die Demokraten hielten zwar äußerlich ihre Einheit noch aufrecht, waren aber innerlich scharf gespalten. Ein Versuch, eine rein „amerikanische" Partei in der Form eines Geheimbundes (der

„Know-nothings“, weil sie jede Beantwortung einer Frage nach ihrer Organisation ablehnten) zu gründen, mit scharfer Spitze gegen die ausländischen Einwandrer und die Katholiken, verlief, nachdem er 1854 und 1855 einigen Erfolg gehabt hatte, alsbald im Sande. Dagegen schlossen sich die Gegner der Kansas-Nebraska-Bill und der Ausbreitung der Sklaverei jetzt zu einer neuen Partei zusammen, die die Reste der Whigs, den Hauptteil der Abolitionisten und auch zahlreiche Männer in sich aufnahm, die die Sklaverei an sich nicht antasten wollten, aber über das offensive Vorgehn der Südstaaten entrüstet waren. Wie zum Hohn auf ihre Gegner nahm die neue Partei den Namen der Republikaner an, den alten Namen der Demokraten Jeffersons[1]). Sie schwoll rasch gewaltig an, wenn sie auch bei der Wahl 1856 die Majorität noch nicht erreichen konnte. Aber im Gegensatz zu den älteren Parteien war sie ausschließlich auf den Norden beschränkt, ihr Programm stand, was man bisher vermieden hatte, in schroffem Gegensatz zu den Anschauungen des gesamten Südens. Damit war, wie die Südstaatler mit Recht erklärten, der Fortbestand der Union von ihnen für unmöglich erklärt.

Nach der Annahme des Gesetzes über die neuen Territorien begann sofort von beiden Seiten das Einströmen in Kansas, um den hier zu bildenden Staat für sich zu sichern; das führte zu Verbrechen und Bluttaten jeder Art — so zog der fanatische Abolitionist John Brown, nach Art der Puritaner des englischen Bürgerkriegs ganz vollgesogen mit dem blutdürstigen Geist des Alten Testaments, in der Nacht des 24. Mai 1856 an der Spitze seiner Sippe aus, um die Ermordung von fünf Anhängern des freien Staats zu rächen, holte fünf Anhänger der Sklaverei aus ihren Betten und schlachtete sie am Ufer des Pottawattomie „den ewigen Geboten des Allmächtigen gehorsam“ mit kaltem Blut ab. Im Jahre 1857 beantragte Kansas seine Aufnahme als Staat. Die zweifellose Majorität war gegen die Sklaverei und hatte den Verfassungsentwurf dementsprechend gestaltet; aber eine durch Betrug und Fälschungen aller Art unter dem Schutz der Unionstruppen in Lecompton zusammengebrachte Konvention von Delegierten der Minorität nahm eine Verfassung an, welche die Sklaverei einführte. Präsident Buchanan und der Senat waren bereit, das Machwerk zu sanktionieren; aber es scheiterte im Repräsentantenhaus, und ein faules Kompromißangebot, das der Kongreß machte, wurde in Kansas mit überwältigender Majorität verworfen. Es verdient Anerkennung, daß Douglas mit vollem

[1]) In den Südstaaten wurden sie daher „Schwarze Republikaner“ genannt.

Nachdruck gegen den schmutzigen Handel auftrat, obwohl er dadurch natürlich allen Anhang im Süden verlor.

In demselben Jahr hat der höchste Gerichtshof, unter dem Vorsitz des Südstaatlers Taney, des 1835 von Jackson ernannten Nachfolgers Marshalls, in dem Prozeß um einen Neger Dred Scott, der frei zu sein behauptete, entschieden, daß jeder Bürger das Recht habe, sein Eigentum, also auch seine Sklaven, in jedes Territorium mitzunehmen, ferner daß der Satz der Unabhängigkeitserklärung: alle Menschen sind gleich geschaffen, sich nicht auf die Neger beziehe, und daß der Missourikompromiß die Verfassung verletze und daher ungültig sei — eine Entscheidung, welche der Süden triumphierend begrüßte, die aber den Republikanern zahlreiche weitere Anhänger zuführte.

Im Jahre 1859 unternahm der oben erwähnte John Brown den wahnwitzigen Versuch, an der Spitze von 18 Mann die Neger von Virginia durch einen Überfall auf den Ort Harper's Ferry zum Aufstand zu bringen. Er wurde rasch überwältigt und hingerichtet. Es zeugt von der durch die Siedehitze des Parteikampfs geschaffenen Verwirrung aller sittlichen Begriffe, daß dieser rohe und skrupellose Fanatiker nicht nur von der Masse des Volks, sondern von hochstehenden Männern wie Emerson (und ebenso z. B. von Victor Hugo) als ein Heros und christlicher Märtyrer gepriesen und in dem Kriegslied der Nordstaaten als der Führer verherrlicht wird, dessen Werk zu vollenden sie ausgezogen sind[1].

Das Jahr 1860 brachte den Wahlkampf, der die Zukunft entschied. Die republikanische Konvention in Chicago stellte nach langen Verhandlungen und Abstimmungen nicht den Führer der Partei Seward auf — der erschien zu sehr kompromittiert —, sondern wie üblich einen Mann, der bisher an zweiter Stelle gestanden hatte, Abraham Lincoln aus Illinois. Lincoln hatte sich über die Sklavenfrage freilich eben so entschieden geäußert — von ihm stammt die der Bibel entnommene Formulierung: „ein Haus, das in sich selbst zerspalten ist, kann nicht bestehn" — und im Wahlkampf um die Ernennung zum Senator 1858 mit Douglas ein siebentägiges Redetournier mit großer Wirkung durchgeführt, wenngleich er dessen Wahl nicht hindern konnte; aber er war in weiteren Kreisen noch nicht so bekannt und abgestempelt wie Seward, und bot überdies den Vorteil, daß er ein Mann aus dem Volke des Westens war, der sich von unten hinaufgearbeitet hatte. In seinen Manieren blieb er immer etwas ungehobelt, mehr als sein Gegner, den er mit seiner langen

[1]) „John Browns body lies a-mouldering in the grave, but his soul goes marching on."

hagern Gestalt weit überragte; aber er hatte sich aus der Bibel, Shakespeare und Euklid (der Mathematik) eine solide geistige Bildung angeeignet, und aus seinen melancholischen Zügen wie aus seinem ganzen Auftreten sprach ein tiefer sittlicher Ernst und wahrhafter Patriotismus. Dazu besaß er neben Humor und der Gabe, wirkungsvolle, die Situation schlagend illustrierende Anekdoten zu erzählen, die Fähigkeit, unter Vermeidung aller Selbstbespieglung und Pose schlichte, und darum nur um so wirkungsvollere Worte zu prägen, die wirklich zu Herzen gingen und ein dauernder Besitz des amerikanischen Volks geworden sind. Die gebildeten Kreise des Ostens freilich sahen in seiner Nominierung ein Herabsinken von den für einen Präsidenten erforderten Ansprüchen und fügten sich nur widerstrebend; dann aber hat Lincoln erwiesen, daß er als Staatsmann Seward, der sein Staatssekretär wurde, an Weite und Sicherheit des Blicks weitaus überlegen war.

Die demokratische Partei brach bei der Wahlvorbereitung auseinander. Die Südstaaten stellten Breckinridge, die nordstaatlichen Demokraten Douglas auf. Dazu kam noch Bell als Kandidat der Reste der Whigs und der „Amerikaner", die die Erhaltung der Einheit auf ihr Programm stellten. So ergab die Wahl am 4. November 1860 die Wahl Lincolns mit 180 Wahlstimmen gegen 72 für Breckinridge, 12 für Douglas, 39 für Bell. Insgesamt hatten für Lincoln freilich nur 1857610 Wähler gestimmt, 930170 weniger als für seine Rivalen zusammengenommen; bekanntlich ist aber das Stimmenverhältnis, weil die Wahl nach Staaten stattfindet, nicht entscheidend. Bei den Wahlen für den Kongreß haben die Republikaner denn auch in keinem der beiden Häuser die Majorität erlangt.

Der Süden war nicht gewillt, sich der Entscheidung zu fügen. Der Norden hatte ihm einen Präsidenten aufgezwungen, dessen Programm die Grundlagen ihrer Existenz prinzipiell als unsittlich verwarf und bekämpfte, und hatte dadurch die Union in zwei scharf geschiedene Gebiete („Sektionen") zerrissen. So war ihnen der Fehdehandschuh hingeworfen, und sie waren entschlossen, ihn aufzunehmen. Südcarolina ging voran, wie immer; schon am 20. Dezember 1860 beschloß die zu dem Zwecke zusammenberufene Konvention die Auflösung des Unionsvertrags und die Unabhängigkeit des Staats. Die übrigen Südstaaten zögerten etwas länger, im Kongreß suchte man durch Kompromißvorschläge den Bruch zu verhindern — die Nordstaaten nahmen die Gesetze zum Schutz der persönlichen Freiheit, d. h. der entlaufenen Sklaven zurück, und der Kongreß empfahl unter anderm ein Amendement der Verfassung, welches die Sklaverei in denjenigen Staaten, in denen sie bestand, für alle Zukunft

unantastbar machen sollte —; aber auch wenn ein Präsident an der Spitze gestanden hätte, der der Lage besser gewachsen wäre als Buchanan, der zwar die Union erhalten wollte, aber mit seinen Sympathien ganz auf Seiten des Südens stand, hätte das zu nichts mehr führen können. Der Reihe nach traten die Deputierten und Senatoren aus dem Kongreß aus; am 4. Februar 1861 schlossen sich die sechs Baumwollenstaaten (Südcarolina, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana) in Montgomery in Alabama zu einer Konföderation zusammen, deren Verfassung der der Union nachgebildet war — die wichtigste Abweichung war, daß der Präsident auf sechs Jahre gewählt wurde, aber nicht wieder wählbar war —, und wählten zum Präsidenten Jefferson Davis aus Mississippi, einen ehemaligen Offizier und unter dem Präsidenten Pierce Kriegsminister (S. 62), der lange Jahre hindurch als Senator den Standpunkt des Südens verfochten hatte. Er war eine durchaus idealistisch gesinnte Persönlichkeit von weitem staatsmännischem Blick und kein unwürdiger Rivale Lincolns; die unvermeidliche Trennung hat er mit tiefem Schmerz empfunden, dem er in seiner Abschiedsrede im Senat ergreifenden Ausdruck gab. Texas, Arkansas, Tennessee, Nordcarolina folgten alsbald, zuletzt Virginia (23. Mai), worauf der Sitz der Regierung in diesen Staat nach Richmond verlegt wurde. Dagegen gelang es, die Grenzstaaten Delaware, Maryland, Kentucky bei der Union festzuhalten, und ebenso dank den hier vor allem in St. Louis in großer Zahl angesiedelten Deutschen Missouri, wo während des ganzen Kriegs die lokalen Gegensätze zu einem Guerillakrieg führten; und der westliche Teil Virginias, jenseits der Alleghanies, mit bäuerlicher Bevölkerung und wenig Sklaven, riß sich los und konstituierte sich als ein neuer, der Union angehöriger Staat Westvirginia (Mai 1861).

Der Bürgerkrieg (1861—1865).

Die Sklavenfrage hat den Bruch herbeigeführt, und die Aufhebung der Sklaverei ist eins der Ergebnisse des Kriegs geworden. Aber geführt ist der Krieg nicht um die Sklaverei, so sehr diese Behauptung auch nicht nur in populären Kreisen vorherrscht, sondern auch von einem so hervorragenden Historiker wie Rhodes vertreten wird; vielmehr war die Sklavenfrage zahllosen Männern aus dem Norden, die jetzt zu den Waffen griffen, an sich sehr gleichgültig, so namentlich in New York, aber auch in Neuengland; und auch Lincoln lag der Gedanke einer zwangsweisen Befreiung der Sklaven zunächst noch ganz fern, vielmehr erkannte er sehr deutlich die Gefahren, die eine solche Maßregel

mit sich brachte. In Wirklichkeit handelte es sich um die noch weit höhere Frage, ob durch die Union ein einheitliches Volk, eine „Nation" geschaffen sei, oder ob die Union lediglich einen Bund selbständiger Staaten bilde, der von diesen jederzeit wieder gekündigt werden könne. Letzteres war der Standpunkt der Südstaaten, und wir haben gesehn, wie diese Auffassung den Tendenzen entspricht, aus denen die Verfassung entstanden ist, und wie er in dem Siege der demokratischen Republikaner über die Föderalisten sich voll durchsetzt, und lange Zeit hindurch von den Einzelstaaten immer wieder darauf zurückgegriffen wird, sobald irgendeine Beschwerde, ein Übergriff der Bundesgewalt den Anlaß bietet. Aber im Norden war die Entwicklung darüber hinweggeschritten; der Süden dagegen hatte diese Entwicklung nicht mitgemacht, sondern war in den alten Verhältnissen stehn geblieben, und klammerte sich an das alte Prinzip, das Calhoun in der Nullifikationstheorie voll ausbildete, um so mehr, je mehr er sich vom Norden überflügelt und umklammert sah. Allerdings beginnt, und darauf beriefen sich die Verfechter der Einheit, die Verfassung mit den Worten: „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, um eine vollkommne Einheit zu schaffen . . ., verfügen diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika". Aber ratifiziert ist sie nicht von dem Gesamtvolk, sondern von den Konventionen der Einzelstaaten. So lag hier, wie immer bei staatsrechtlichen Konflikten, ein Problem vor, über das man nach beiden Seiten ununterbrochen diskutieren konnte, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen; die Entscheidung konnte, nachdem sich gezeigt hatte, daß die Frage das Lebensinteresse und die Existenz der Nation betraf und eine Lösung unabweisbar erheischte, nur das Schwert bringen.

Im Süden war die Meinung weit verbreitet, daß der Norden zwar drohe aber nicht kämpfen werde, und daß daher eine friedliche Scheidung und ein Nebeneinanderbestehn der beiden Staatenbünde möglich sein werde. Das entsprach den Prinzipien der demokratischen Partei; und so hat ein Teil derselben auch im Norden diesen Standpunkt vertreten, die Zerreißung der Union zwar bedauert, aber als ein unvermeidliches Übel hinnehmen wollen, gegen das einzuschreiten man kein Recht hatte. Andre dagegen, wie Douglas (der am 3. Juni 1861 starb), traten mit vollem Eifer für die Erhaltung der Union ein, und in der Masse der Republikaner, vor allem auch unter den deutschen Einwandrern, die alle auf dieser Seite standen, wurde diese Auffassung mit festem Entschluß verfochten: die Einheit der Nation zu erhalten und dafür Leben und Gut hinzugeben war die höchste und heiligste Aufgabe, hinter der alle andern Erwägungen zurücktreten mußten.

Lincoln hat sein Amt am 4. März 1861 angetreten. Er war bereit, dem Süden alle Konzessionen zu machen, die Sklaverei nicht anzutasten, sondern das Gesetz über die flüchtigen Sklaven durchzuführen; aber fest stand ihm der Entschluß, die Verfassung und die Union mit allen Mitteln zu verteidigen, wie es sein Amtseid gebot, und daher jedem Angriff mit Waffengewalt entgegen zu treten. Kriegerische Maßregeln vermied er zunächst; er hat es verstanden, die Eröffnung der Feindseligkeiten dem Süden zuzuschieben. Denn so zweifellos der Krieg bevorstand, so wichtig ist es für die Stimmung und das an Äußerlichkeiten haftende Urteil der Massen, den Schein des Angriffs zu vermeiden und ihn dem Gegner aufzubürden; welche verhängnisvollen Folgen es hat, wenn der leitende Staatsmann dies psychologische Moment nicht in Rechnung setzt, haben wir zu unserm schwersten Nachteil beim Ausbruch des Weltkriegs erfahren. Den Anlaß boten die Garnisonen und Festungen, welche die Unionstruppen im Süden besetzt hielten; die jetzt selbständig gewordenen Südstaaten forderten ihre Räumung, und da das nicht erfolgte, ließen sie sich nicht mehr zurückhalten. Am 12. April 1861 wurde das Feuer auf das den Hafen von Charleston, der Hauptstadt Südcarolinas, beherrschende, auf einer Insel gelegene Fort Sumter eröffnet und die Räumung erzwungen.

Jetzt erließ Lincoln den Ruf zu den Waffen[1]), und in Massen sind die Freiwilligen des Nordens ihm gefolgt. Die Zahl der Unionstruppen ist alsbald auf über eine halbe Million, und seit 1863, wo zu der Anwerbung die Aushebung hinzukam und alle Männer vom 20. bis 45. Jahre für wehrpflichtig erklärt wurden, auf nahezu eine Million angewachsen. Aber freilich, es waren ungeschulte Truppen, deren Enthusiasmus den Mangel an Disziplin nicht ersetzen konnte; die Zeit, für die sie sich verpflichtet hatten, war vielfach nur kurz — zu Anfang nur drei Monate —, und es fehlte ganz an brauchbaren und kriegskundigen Führern, die Generäle mußten fast alle aus den untern Offizieren, vielfach Männern, die sich eben erst zum Kriegsdienst gestellt hatten, entnommen werden. Erst allmählich fand man sich in die durch den Krieg auferlegten Bedingungen und gewannen die Armeen einen festern Halt. In dem allen war der Süden, trotz seiner weit geringeren Menschenzahl (8 Millionen Weiße nebst 4 Millionen Sklaven gegen 19 Millionen des Nordens) und seiner beschränkten materiellen und industriellen Mittel dem Norden zunächst

[1]) Die reguläre Armee der Union betrug einschließlich der Offiziere nur 17 113 Mann, die noch dazu weit zerstreut lagen und den Westen gegen die Indianer schützen mußten.

überlegen; die Südstaatler waren des Umgangs mit den Waffen gewohnt und von ritterlichem Kampfgeist erfüllt, und sie besaßen eine große Anzahl tüchtiger Offiziere, darunter den weitaus bedeutendsten Feldherrn des Kriegs in Robert Lee, einem Obersten der Unionsarmee, einem Mann von vornehmer Gesinnung und freiem Blick, an sich einem Gegner der Sklaverei, der sich aber, als Virginia der Sezession beitrat, verpflichtet fühlte, dem Ruf seines souveränen Heimatstaats zu folgen.

So trug der Krieg, trotz der viel größern Truppenzahl, im Grunde den gleichen Charakter wie ehemals der gegen England. Die Erwartung des Nordens, durch seine Überzahl den Süden überrennen und rasch ein Ende machen zu können, wurde völlig widerlegt; die erste Schlacht, am Bach Bull Run, einem Nebenfluß des Potomac gegenüber von Washington, am 21. Juli 1861, endete mit einer vollen Niederlage der Unionstruppen. Seitdem hat der Norden zwei Jahre lang im Felde keinen bedeutenden Erfolg erringen können, wohl aber zahlreiche blutige Niederlagen erlitten. Die Situation war dadurch ganz eigenartig und von allen andern Kriegen abweichend gestaltet, daß die Hauptstädte der beiden Bundesstaaten an der äußersten Grenze ihres Gebiets lagen, in der Luftlinie nur 150 Kilometer von einander getrennt, und der Hauptschauplatz des Kriegs sich daher auf ein enges Gebiet konzentrierte: jede der beiden Parteien mußte versuchen, den Sitz der feindlichen Regierung zu erobern und den eignen zu verteidigen. Es kam hinzu, daß General MacClellan, der die Unionsarmee kommandierte, zwar sehr hoch von sich dachte, aber zu seinen Truppen trotz ihrer gewaltigen Überzahl kein Zutrauen hatte, die feindliche Macht fortdauernd aufs gröbste überschätzte, und trotz aller Mahnungen Lincolns einen kühnen Entschluß niemals fassen konnte. Alle seine Versuche, von Osten her im Küstengebiet längs der Flußtäler gegen Richmond vorzudringen, sind nach blutigen Opfern schließlich an seiner Unentschlossenheit gescheitert. So verbreitete sich über den Norden allmählich weithin eine deprimierte Stimmung; und als Lincoln, der ein gesundes strategisches Urteil hatte, aber als Laie seine Ansicht den Heerführern nicht aufdrängen wollte, es schließlich mit andern Generälen versuchte, hatte er zunächst auch damit wenig Glück; es dauerte lange, bis er die richtigen Männer fand. Andrerseits mußte sich die weit schwächere konföderierte Armee im wesentlichen auf die Verteidigung beschränken, die Lee unter Benutzung der innern Linien mit Geschick durchführte und zu kräftigen Schlägen benutzte; doch konnte er, nach einem neuen Siege am Bull Run (30. August 1862), einen Vorstoß nach Maryland in den Rücken von Washington versuchen, den er aber nicht durchführen konnte;

auf dem Rückzug wehrte er in der blutigen und unentschiedenen Schlacht bei Antietam (17. September) den Angriff MacClellans ab, und ebenso, unter schweren Verlusten der Unionsarmee, die seiner Nachfolger, Burnsides bei Fredericksburg (13. Dezember 1862) und Hookers bei Chancellorsville (3. Mai 1863). Das gab ihm den Mut, den Vorstoß noch einmal zu wagen, in der Hoffnung, durch Vordringen nach Pennsylvanien den Frieden zu erzwingen; dieser Vorstoß hat die entscheidende Wendung des Kriegs herbeigeführt.

Auch im Westen, im Gebiet des Mississippi, Ohio, Tennessee, zog sich der Krieg in diesen Jahren in mannigfachen Kämpfen ohne größeres Ergebnis hin; nur der tüchtige General Grant, der hier zuerst die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, hat für die Union eine Reihe bedeutsamer Erfolge errungen, und am 6. und 7. Juli 1862 gewann General Halleck die Schlacht bei Shiloh am untern Tennessee. Eine gewaltige und für den schließlichen Ausgang geradezu entscheidende Überlegenheit besaß der Norden dagegen zur See. Allerdings war die Kriegsflotte eben so dürftig und für den Krieg nicht vorbereitet wie das Landheer; aber dafür standen zahlreiche Handelsdampfer zur Verfügung, die in Kriegsschiffe umgewandelt werden konnten, und ebenso die Mittel, um weitere Schiffe in großer Zahl zu bauen. So ist die Kriegsflotte von 40 zum Teil unbrauchbaren Schiffen mit einer Besatzung von 7600 Mann im Lauf des Kriegs auf 671 Schiffe mit 51500 Mann angewachsen. Der Süden besaß überhaupt keine Kriegsschiffe, seine Handelsmarine war weit weniger zahlreich, und ihm fehlten großenteils die Materialien für den Bau von Kriegsschiffen, vor allem Eisen, und ebenso für die Beschaffung ausreichender Munition.

Der Norden verhängte sogleich die Blockade über die gesamte Küste von der Chesapeakebay bis zur mexikanischen Grenze, und vermochte diese allmählich wirksam zu gestalten, zahlreiche Häfen dauernd zu sperren, und bald hier bald da die wichtigsten Küstenpunkte zu besetzen. Am 9. März 1862 kam es zu einem dramatischen Gefecht bei Hampton Roads am Eingang der Chesapeakebay. Das von den Südstaaten gebaute Panzerschiff Merrimac versuchte die Blockade zu brechen und hatte mehrere Holzfregatten versenkt; da trat ihm das neu konstruierte kleine Turmschiff Monitor entgegen und erwies sich im Feuergefecht — dem ersten Kampf zwischen Panzerschiffen — so überlegen, daß die Merrimac sich zurückziehn mußte. So war die Blockade aufrecht erhalten, und allmählich machte sie ihre Wirkung immer stärker geltend; die Einfuhr der Materialien, auf die der Süden angewiesen war, und die Ausfuhr der Baumwolle, welche die Kosten decken sollte,



wurde immer schwieriger, ein gewaltiges Anschwellen der Preise und ständig wachsende wirtschaftliche Bedrängnis waren die unvermeidliche Folge. Von größter Bedeutung war, daß es im April 1862 dem Admiral Farragut gelang, in den Mississippi einzudringen und New Orleans zu nehmen. Von hier aus konnten die Schiffe stromaufwärts vordringen und die Operationen des Landheers sowohl durch den Druck, den sie ausübten, als auch direkt unterstützen. Dadurch wurde es möglich, daß Grant im November 1862 gegen die starke Position von Vicksburg vorging, welches, auf einer steilen Sandklippe in der Mitte des untern Laufs des Mississippi gelegen, den Fluß beherrschte und den Verkehr sperrte. Ein Geschwader von Panzerschiffen wirkte erfolgreich mit, und am 4. Juli 1863 mußte Vicksburg kapitulieren. Damit war der gesamte Strom, die Lebensader eines ungeheuren Gebiets, in den Händen der Union, und die Konföderation in zwei Teile gespalten, ihre wichtigste Kommunikationslinie unterbunden, Texas, Louisiana und Arkansas dadurch tatsächlich von ihr losgelöst.

Die Konföderation hatte von Anfang an ihre Hoffnung auf die Unterstützung des Auslands, vor allem Englands, gesetzt. Die Baumwolle würde diesem für seine Industrie unentbehrlich, die Zerreißung der Union in zwei selbständige Staaten höchst erwünscht sein; waren doch die Südstaaten seine guten Kunden, die Städte des Nordens seine Konkurrenten, und der vom Norden durchgesetzte hohe Zolltarif lastete schwer auf den englischen Fabrikanten und Kaufleuten. In der Tat ging durch England eine starke Strömung zugunsten der Konföderation, die sich nicht damit begnügen wollte, daß England ihr durch Proklamation seiner Neutralität (13. Mai 1861) die Rechte einer kriegführenden Macht zuerkannt hatte, sondern ihre Anerkennung als selbständiger Staat verlangte; das würde dann unvermeidlich zu einem offenen Eintreten für sie und zum Krieg gegen die Nordstaaten geführt haben. Die Vorteile, die das für Englands Weltstellung bringen konnte, lagen auf der Hand; demgegenüber stand nur die häßliche Beigabe, daß man damit zugleich für den Fortbestand der Sklaverei eingetreten wäre, während es doch Englands Stolz war, diese 1833 in seinen Kolonien aufgehoben zu haben und seit zwei Menschenaltern den Sklavenhandel rücksichtslos zu verfolgen. Lord John Russell, der Minister des Äußern, schwankte wie meist zwischen humanitären, idealistischen Anwandlungen und einer rücksichtslosen Interessenpolitik unentschieden hin und her; Lord Palmerston dagegen, der leitende Minister, erklärte in seiner zynischen Weise dem amerikanischen Gesandten ganz offen: „Wir lieben die Sklaverei nicht, aber wir brauchen Baumwolle, und euren

Zolltarif mögen wir durchaus nicht.“ Als dann zwei von der Konföderation nach Europa geschickte Gesandte, Mason und Slidell, von einem amerikanischen Kriegsschiff gegen das Völkerrecht an Bord des englischen Postdampfers „Trent“ festgenommen wurden (8. November 1861), und die öffentliche Meinung in den Nordstaaten, schon stark gereizt dadurch, daß England die Südstaaten nicht als Rebellen, sondern als Kriegführende anerkannte, von Nachgiebigkeit nichts wissen wollte, war der Ausbruch des Kriegs nahe gerückt. Auch Napoleon III. unterstützte die Forderung Englands; er wünschte den Erfolg der Konföderation um so mehr, da er eben damals sein mexikanisches Abenteuer begonnen hatte, von einer Aufrichtung der Hegemonie Frankreichs über die lateinischen Staaten Amerikas träumte, und da auch die französische Industrie unter dem Ausfall der Baumwollenzufuhr schwer litt. Aber Lincoln und sein Staatssekretär Seward (der bis dahin eine schroffe Haltung gegen England eingenommen hatte) lenkten ein und befahlen die Freilassung der Gefangenen. Jetzt versuchten die Konföderierten Panzerschiffe für den Kaperkrieg in England bauen zu lassen, und die englische Regierung war (ebenso wie Napoleon) bereit, das zu dulden und ein Auge zuzudrücken, wenn nur der äußere Schein notdürftig gewahrt wurde. Im März 1861 lief die „Florida“ von Liverpool aus; auf den Bahamainseln wurde sie dann allerdings festgehalten, aber vom Gericht freigegeben. Am 29. Juli 1862 folgte die „Alabama“; die Regierung sandte den Befehl, sie auf Grund einer bis dahin absichtlich verzögerten Untersuchung, die der amerikanische Gesandte gefordert hatte, festzuhalten, erst am folgenden Tage, und unterwegs wurde sie dann von zwei englischen Schiffen mit Geschütz, Munition und Kohlen versorgt, natürlich ohne Vorwissen der gänzlich unschuldigen englischen Regierung. Die Stimmung der herrschenden Kreise, der englischen Aristokratie und der führenden kommerziellen und industriellen Interessen, stand durchaus auf seiten der Südstaaten. Die wiederholten Niederlagen des Nordens schienen seinen Erfolg aussichtslos zu machen. Die „Times“, wie immer zugleich der Wortführer und der Bildner der öffentlichen Meinung, trat eifrig für sie ein, ebenso Gladstone, damals Schatzkanzler, der Führer des radikalen Liberalismus: der Süden habe seinen festen Entschluß, die Selbständigkeit zu behaupten, und zugleich seine Unbesiegbarkeit erwiesen, und es widerspreche allen englischen Traditionen, ihn unter die verabscheute Herrschaft seiner Feinde kommen zu lassen, Englands Pflicht sei, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten, hier nicht minder, wie kurz zuvor in Italien. Die demokratischen Massen freilich — die damals bekanntlich bei den Parlamentswahlen

noch kein Stimmrecht hatten — und manche der radikalen Führer wie John Bright traten mit Eifer für die Union und gegen die Sklaverei auf; aber die Regierung schritt auf der betretenen Bahn weiter; auch John Russell hielt den Zeitpunkt für eine gemeinsame Intervention der europäischen Mächte für gekommen (13. Oktober 1862). Als freilich Napoleon unmittelbar darauf bei Rußland und England anregte, gemeinsam einen sechsmonatlichen Waffenstillstand zu beantragen, versagten beide Mächte die Mitwirkung, wesentlich aus tiefem Mißtrauen gegen den Abenteurer auf dem französischen Thron; und als er dann den Antrag allein stellte (3. Februar 1863), wurde er in Washington höflich aber bestimmt abgelehnt. In Liverpool dagegen ging der Bau von Panzerschiffen unter Konnivenz der Regierung weiter, und noch am 27. März verteidigte Palmerston ihr Verhalten in Sachen der „Florida" und der „Alabama"; ebenso wurden in Frankreich Panzerschiffe für sie gebaut. So hatte der Unionsgesandte in London Charles Francis Adams, der Sohn von John Quincy Adams, einen schweren Stand; nur seinem, neben der steifen Haltung und der Unfähigkeit, sich und andere für eine Sache zu erwärmen, von den Vorfahren ererbten diplomatischen Geschick und seiner eben so rücksichtsvollen wie energischen Haltung ist es zu danken, daß der offene Bruch vermieden wurde.

Den entscheidenden Gegenzug hatte inzwischen Lincoln selbst getan. Seit langem forderten die fortgeschrittenen Republikaner die Aufhebung der Sklaverei, und mehrfach waren Versuche in der Richtung unternommen worden, so von Frémont in Missouri. Aber Lincoln hielt zurück; wenn die Sklaven der Feinde als „Kriegskontrebande" behandelt und befreit, die flüchtigen beschützt und zu Arbeiten verwendet wurden, so schien ihm ein Eingriff in das Eigentum der loyalen Grenzstaaten unzulässig, und im übrigen, da er die Gefahr einer plötzlichen Befreiung der Massen sehr wohl empfand, eine schrittweise Emanzipation gegen Entschädigung der beste Ausweg. Aber seine Vorschläge in dieser Richtung (März, Mai und Juli 1862) fanden keinen Wiederhall, die Radikalen drängten, und er kam zu der Überzeugung, daß er den entscheidenden Schritt tun müßte. Am 22. Juli erklärte er dem Kabinett seinen Willen, beschloß aber auf Sewards Mahnung, erst noch einen Waffenerfolg abzuwarten, damit in der gerade damals sehr gefährdeten Lage die Maßregel nicht als ein Verzweiflungsausweg erscheine. Nach dem Rückzug der Konföderierten aus Maryland und der Schlacht bei Antietam las er am 22. September 1862 seinen Ministern die Proklamation vor, welche alle Sklaven in den Staaten, die am nächsten 1. Januar noch in Rebellion stehen würden, von da an für frei erklärte; er

fügte hinzu, daß er einen Rat darüber nicht begehre, da sein Entschluß unerschütterlich fest stehe. Am 1. Januar 1863 folgte dann die definitive Proklamation, die zugleich verfügte, daß die befreiten Neger fortan in die Armee der Union aufgenommen werden könnten. An dem Gedanken einer Entschädigung der Eigentümer und einer Überführung der Neger in Kolonien hat Lincoln bis zuletzt festgehalten; zur Ausführung ist er nicht gelangt. Die loyalen Grenzstaaten wurden durch die Proklamation nicht berührt; aber sie hatten die Gelegenheit verpaßt, am 1. Februar 1865 nahm der Kongreß das alsdann von der verfassungsmäßigen Dreiviertelmajorität der Staaten bestätigte 13. Ammendement zur Unionsverfassung an, welches die Sklaverei im gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten aufhob.

Durch die Sklavenbefreiung ist der Kampf um die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit entgegen der ursprünglichen Absicht in einen Krieg gegen die Sklaverei umgewandelt worden. Die Erwartung Lincolns und seiner Anhänger, daß die Proklamation militärisch von entscheidender Bedeutung sein und den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Südens herbeiführen würde, hat sich nicht erfüllt; vielmehr hat sie seinen Kampfeifer eher noch gesteigert. Wohl entliefen manche Sklaven, aber die Masse blieb, wie schon erwähnt, ihren Herren treu und bewirtschaftete die Güter auch in deren Abwesenheit, zu dem erwarteten und von besonnenen Männern wie Lincoln gefürchteten Sklavenaufstand ist es nirgends gekommen. Aber um so bedeutsamer war die Wirkung auf Europa. Wie in Deutschland die überwältigende Masse der Bevölkerung[1]) Lincoln zujubelte, so wurde es für England unmöglich, die Waffen für die Aufrechterhaltung der Sklaverei zu ergreifen. Allerdings hat Palmerston noch am 27. März 1863 das Verhalten der Regierung in Sachen der „Florida" und der „Alabama" verteidigt, und die Parteigänger des Südens erklärten die Proklamation für ein renommistisches Stück Papier und ihre Durchführung für unmöglich; aber am 5. April ordnete Russell die Festhaltung eines neuen, in Liverpool auf Stapel liegenden Kriegsschiffs an.

Und nun wandte sich auch das Kriegsglück zu gunsten der Union. Gegen Lees Einbruch in Maryland und Pennsylvania nahm die Unionarmee unter Meade nach einem Kavalleriegefecht am 1. Juli 1863, in dem sie zurückgedrängt wurde, auf den steilen Höhen im Süden von Gettysburg im Halbkreis Stellung, und

[1]) Eine Ausnahme bildete die geographische Zeitschrift „Der Globus", der die Inferiorität der Neger aufs schärfste betonte. Mit Unrecht wurde er vielfach als bestochen hingestellt; es war ein Versuch, ein objektives Urteil zu bilden, der in der Erregung der Zeit notwendig scheitern mußte.

um diese entspann sich am 2. und 3. Juli die Schlacht; die Armee Lees zählte etwa 70 000, die Unionsarmee gegen 100 000 Mann. Die Konföderierten waren zuerst im Vorteil; als aber Lee am Nachmittag des 3. Juli, um die definitive Entscheidung des Krieges zu erzwingen, seine letzten Truppen gegen die Höhen entsandte, brachen die todesmutigen Scharen unter dem vernichtenden feindlichen Feuer zusammen, wie die Napoleons in der Schlacht bei Belle Alliance in dem Angriff auf Wellingtons Stellung. So endete die Schlacht mit einer vollen Niederlage, die nur darum nicht zur Vernichtung führte, weil die Unionstruppen für die Verfolgung zu erschöpft und zu schlecht organisiert und geleitet waren. An demselben Tage kapitulierte Vicksburg; so wurde der 3. Juli 1863 der Tag, der die Entscheidung des Krieges gebracht hat.

Jetzt konnte auch England nicht mehr an eine Anerkennung und Unterstützung der Konföderierten denken. Russell befahl am 5. September, die zwei weiteren Panzerschiffe, die in Liverpool gebaut wurden, am Auslaufen zu verhindern, und da Adams nachwies, daß die Behauptung, sie seien für Frankreich oder Ägypten gebaut, ein Betrug sei, hat England sie schließlich angekauft. Napoleon sah sich zu dem gleichen Verhalten gezwungen; und als am 4. April 1864 das Repräsentantenhaus einstimmig den Beschluß annahm, daß die Besetzung Mexikos und der Versuch, dort eine Monarchie aufzurichten, den Grundsätzen der Vereinigten Staaten zuwider sei, sah er sich, obwohl die Regierung sich einstweilen noch zurück hielt, für die Zukunft bedroht und den Zusammenbruch seiner phantastischen Pläne vor Augen.

Die Kreuzer „Alabama" und „Florida" und ein paar andere haben den Nordstaaten schweren Abbruch getan. Sie haben nicht nur 261 feindliche Handelsschiffe aufgebracht, sondern vor allem bewirkt, daß fast die Hälfte derselben unter dem Druck der Unsicherheit und der hohen Versicherungssumme an Neutrale verkauft wurde[1]) und von den übrigen ein großer Teil festlag. Für den Gang des Kriegs war das allerdings von untergeordneter Bedeutung, und die Kreuzer sind schließlich dem Schicksal der Vernichtung oder Internierung nicht entgangen. Aber bis auf den Weltkrieg hat sich die amerikanische Schiffahrt von diesem Schlage nie wieder erholt; sie lag die letzten Jahrzehnte hindurch völlig darnieder. Insofern hat England mit seinem Verhalten ein gutes Geschäft gemacht, das durch die Entschädigung von $15^1/_2$ Mill. Dollars, die es, nach lang hingesponnenen Verhand-

[1]) Die Tonnage der amerikanischen Kauffahrteiflotte auf hoher See sank von $2^1/_2$ Mill. im Jahre 1861 auf etwas über $1^1/_3$ Mill. im Jahre 1865.

lungen, auf Grund der Entscheidung des Genfer Schiedsgerichts 1872 zahlen mußte, nicht zu teuer bezahlt war.

Die Emanzipationsproklamation, ein welthistorischer Akt von größter Tragweite, ist zugleich der vielleicht bezeichnendste Beleg für die gewaltige Machtfülle, welche der Präsident der Vereinigten Staaten besitzt, wenn er nur entschlossen ist, sie zu benutzen. Aus eigner Machtvollkommenheit, wie nur der unumschränkteste Monarch, hat Lincoln sie erlassen, ohne jemand um Rat zu fragen und ohne irgendwelche gesetzliche Autorisation: er berief sich auf die ihm durch den Amtseid auferlegte Pflicht „nach dem Höchstmaß seiner Fähigkeiten die Verfassung den Vereinigten Staaten zu erhalten, zu beschützen und zu verteidigen", und betrachtete die Emanzipation als eine militärische Maßregel, die das Gebot der Stunde erheischte. Auf militärischem Gebiet aber war er der unumschränkte Gebieter, „der Oberbefehlshaber der Land- und Seemacht", der Kriegsherr der Union; und was fiel nicht alles unter den Begriff der militärischen Notwendigkeit? Erhebung gewaltiger Anleihen, Suspension der Zahlungen in Metallgeld und Ausgabe von Papiergeld bis zu 5 Cents hinab; umfassendste Zwangsrekrutierung und energische Unterdrückung jeder Auflehnung und Aufhetzung dagegen, die mehrfach zu blutigen Konflikten führten, so in New York im Juli 1863, wo die Zahl der Getöteten und Verwundeten auf nahezu 1000 geschätzt wurde, scharfe Kontrolle des Verkehrs, Einschränkung der Preßfreiheit, Suspension der Habeas-corpus-akte und zahlreiche militärische und administrative, außergerichtliche Arretierungen. Dem Kongreß blieb, trotz der scharfen demokratischen Opposition, nichts übrig, als die Maßregeln und Rechte des Präsidenten zu bestätigen. Die Gegner beschuldigten Lincoln der Diktatur, der willkürlichen Gewaltherrschaft, des „militärischen Despotismus"; und in der Tat hat er eine Macht besessen und zielbewußt verwendet, wie sie sonst nur ein absoluter Monarch ausüben kann: die radikale Demokratie setzte sich hier wie in allen ähnlichen geschichtlichen Gestaltungen um in die unumschränkte Herrschaft des erwählten Vertrauensmannes des Volks. Wer auf seiner Seite stand und in der energischen Durchführung des Kriegs das höchste Gebot sah, fügte sich willig, ja vielfach mit hingebendem Enthusiasmus; aber es ist begreiflich, daß sich eine scharfe Opposition erhob, nicht nur bei denen, welche in den Freiheitsrechten der Bürger das höchste Ideal sahen, welcher der beiden Parteien sie auch angehören mochten, sondern ebenso bei den Lauen und Kriegsmüden, deren Zahl durch die lange Dauer und das langsame Vorwärtskommen unter ungeheuren Opfern auch noch im Jahre 1864 beträchtlich anschwoll. Sie scharten sich um die prinzipiellen

Gegner des Krieges, die eine friedliche Scheidung der beiden Bünde erstrebt hatten und als allein berechtigt betrachteten. Dazu kam dann das in Amerika übliche Intrigenspiel gewissenloser Demagogen, die Rivalität und der Ehrgeiz der Generäle und Staatsmänner. So hatte Lincoln einen schweren Stand, und es bedurfte der ganzen ruhigen Klarheit seines Blickes und seines hingebenden Patriotismus und unerschütterlichen Glaubens an das Recht seiner Sache und seiner Mission, um ihm das Beharren auf dem richtigen Wege zu ermöglichen und ihn zugleich in den gesetzlichen Grenzen zu halten und vor jedem Mißbrauch seiner Gewalt zu bewahren. Aber viele Anhänger seiner Sache gerade unter den Gebildeten und Idealisten konnten sich in sein Auftreten, seine naturwüchsige, allen äußern Schein verachtende Art, seine Neigung, das Gespräch durch zwar treffende, aber oft äußerst drastische Anekdoten zu beleben und die Lage zu illustrieren, niemals hineinfinden und strebten, ihn durch einen andern zu ersetzen. So wuchs die Zahl der Gegner ständig; bei den Wahlen im Herbst 1862 gewannen sie zahlreiche Sitze sowohl im Kongreß[1]) wie in den Einzelstaaten; und noch Ende August 1864 konnte die demokratische Konvention, welche McClellan als Präsidentschaftskandidaten aufstellte, erklären, daß der Krieg als Fehlschlag erwiesen sei, und Lincolns Wiederwahl wurde auch von vielen Republikanern angefochten und erschien nicht wenigen Politikern als sehr zweifelhaft. Indessen die Masse des Volkes hielt an dem „ehrlichen Abe" fest; bei der Wahl am 8. November erhielt er die überwältigende Majorität — auch der für den Krieg eintretende Flügel der Demokraten trat für ihn ein —, und gleichartig fielen die Kongreßwahlen aus.

Inzwischen ging das gewaltige Ringen langsam seinem Ende entgegen. Der Druck der Blockade auf die Südstaaten machte sich immer schwerer geltend. Im August 1864 nahm Farragut den Hafen von Mobile, den letzten Hafen an der Südküste, im Dezember Savannah, den Hafen Georgiens; im Januar 1865 fiel Fort Fisher, das Wilmington, den letzten noch offenen Hafen von Nordcarolina beherrschte und bis dahin den Haupteinfuhrplatz für Lebensmittel, Kleidung und Munition und die Versorgung der Armee bei Richmond gebildet hatte; jetzt blieb nur noch Charleston, das kurz darauf von der Landarmee Shermans besetzt wurde. Die Folge war ein ständig fortschreitender Notstand, der schließlich zum vollen Zusammenbruch führte. Die Truppen, für die schließlich die letzten noch waffenfähigen Mann-

[1]) Dabei ist zu beachten, daß der Verfassung entsprechend der im November 1862 gewählte Kongreß erst am 7. Dezember 1863 zusammentrat, als die Lage sich wesentlich gebessert hatte.

schaften aufgeboten waren, wurden trotz alles Enthusiasmus für die Sache mehr und mehr widerstandsunfähig, sie hatten keine Schuhe und Kleidung mehr, Munition und Lebensmittel konnten nicht mehr ausreichend beschafft werden, Überläufer und Marodeure wurden immer zahlreicher, die tapfre Armee schrumpfte immer mehr zusammen und ihre Widerstandskraft erlahmte; nach dem Falle von Wilmington hätte der Süden auch ohne die Niederlagen im Felde den Krieg über das laufende Jahr hinaus wirtschaftlich nicht mehr fortsetzen können, sondern sich ergeben müssen.

Im Felde erfochten die Konföderierten unter General Bragg am 19. und 20. September 1863 noch einmal über die Armee unter Rosecrans bei Chickamauga im östlichen Tennessee einen blutigen Sieg, der indessen durch den zähen Widerstand, den ihnen der tüchtige General Thomas leistete, keine Entscheidung brachte; in der gewaltigen Schlacht bei Chattonooga 23. bis 25. November, in unmittelbarer Nähe des vorigen Schlachtfeldes, wurde er durch Grant nicht nur ausgeglichen, sondern die feindliche Armee aufs Haupt geschlagen. Darauf wurde Grant zum Oberbefehlshaber der gesamten Streitkräfte ernannt und übernahm die Leitung der Operationen auf dem Hauptschauplatz gegen Lee. Die Kämpfe, die sich hier die vier Jahre hindurch abgespielt haben, mit dem Ziel, die feindliche Armee abzudrängen oder zu vernichten und die feindliche Hauptstadt zu erobern, sind gleichartig denen, die sich, nur in noch viel größeren Dimensionen, im Weltkrieg in Nordfrankreich und Flandern entwickelt haben; aber ein fundamentaler und entscheidender Unterschied ist, daß die Armee der Nordstaaten (122000 Mann) fast genau noch einmal so stark war als die Lees (62000 Mann)[1]. Im Gegensatz zu McClellan war Grant entschlossen, direkt auf das Hauptziel, die Vernichtung der feindlichen Armee, loszugehn und sie daher in der Front anzugreifen und nicht aus den Händen zu lassen. Aber Lee verstand es, seine Truppen zusammenzuhalten und an den Angriffsstellen unter Ausnutzung des Geländes zu improvisierten Verteidigungsstellungen so zähen Widerstand zu leisten, daß die Unionstruppen in dem harten Ringen in der „Wildnis" (5. und 6. Mai 1864), bei Spotsylvania (10. bis 12. Mai) und bei Cold Harbour (3. Juni) trotz gewaltiger Verluste kaum irgendwelches Terrain gewannen. Aber Grant hatte in diesen Kämpfen seine Armee immer mehr nach Osten verschoben, und faßte jetzt den Plan,

[1]) Zeitweilig war die Präsenzziffer durch Nachzüge, welche die Verluste ersetzten, und Heranziehung anderer Abteilungen noch etwas höher; Anfang März 1865 hatte Grant 124700, Lee 57000 Mann; von da an schrumpfte seine Armee rasch zusammen.

Richmond von dieser Seite aus zu umfassen; er führte den Hauptteil seiner Armee überraschend über den Jamesfluß, an dessen Südseite, 35 km von Richmond, sich inzwischen General Butler von der Seeseite her festgesetzt hatte, und griff jetzt die Verschanzungen vor Richmond und dem südlich benachbarten Petersburg von der Ostseite her an. Aber Lee gelang es, Petersburg zu halten, und so zogen sich die Kämpfe an den 65 km langen, stark befestigten Verteidigungslinien bis zum Frühjahr hin. Der Hauptteil der Armee Lees war dadurch gebunden; doch vermochte er, im Juli 1864 noch einmal eine Abteilung von 17 000 Mann unter Early durch das Shenandoahtal, jenseits der ersten Bergkette im Westen, das schon früher der Schauplatz vielfacher Kämpfe gewesen war, zu entsenden, die in Maryland einfiel und den Versuch eines Handstreichs auf Washington machte. Dann folgte der Gegenzug des energischen Reitergenerals Sheridan, der das Shenandoahtal vom Feinde säuberte.

Inzwischen war im Westen General Sherman von Chattanooga aus kühn nach Süden vorgerückt und hatte nach Zersprengung der feindlichen Truppen am 3. September 1864 Atlanta im westlichen Georgia genommen. Gleichzeitig wehrte General Thomas den letzten feindlichen Vorstoß im Rücken der Unionsarmee gegen Tennessee und Kentucky ab und besiegte General Hood am 15. und 16. Dezember bei Nashville. Schon vorher, am 15. November trat Sherman von Atlanta aus den verheerenden Marsch mitten durch das Feindesland an die Westküste an. Er traf nur auf schwachen Widerstand; die Kräfte der Konföderation waren erschöpft, sie brach auseinander. Am 22. Dezember besetzte Sherman Savannah, und konnte sich nun nach Norden wenden, um Grant die Hand zu bieten. Aber schon vor seinem Eintreffen gelang diesem der letzte, wohl vorbereitete Schlag; am 1. und 2. April 1865 wurden die Außenwerke von Petersburg genommen, und damit war auch Richmond unhaltbar. Lee hat versucht, seine Armee in eiligem Rückzug nach Westen zu retten; aber die Verfolger waren ihm auf den Fersen, seine Mittel erschöpft, seine Truppen verliefen sich, und am 9. April mußte er im Landhaus Appomattox kapitulieren. Der Rest seiner Armee belief sich noch auf 28 000 Mann, die völlig ausgehungert waren. Wenige Tage später schloß Johnston, einer der tüchtigsten Generäle des Südens, mit Sherman den Kapitulationsvertrag für die seinem Kommando unterstellten Truppen des Ostens ab, noch fast 90 000 Mann; und bis Ende Mai streckten auch die Truppen im Mississippigebiet, zusammen noch etwa 60 000 Mann, überall die Waffen. Die Mannschaften wurden durchweg nach Hause entlassen, die Offiziere mit ihren Waffen, und ihnen Pferde, Kleidung und Lebensmittel nach Möglichkeit überlassen. Der

Widerstand war zu Ende, der gesamte Süden lag willenlos zu den Füßen der Sieger.

Während des letzten Jahres sind wiederholt Versuche gemacht worden, die Einleitung von Friedensverhandlungen herbeizuführen. Lincoln hat sie bestimmt abgelehnt; er konnte nur die Unterwerfung der „Rebellen" fordern. Aber als sie erfolgt war, war er zu Versöhnung und weitherzigem Entgegenkommen bereit — wünschte er doch sogar den Eigentümern der Sklaven eine Geldentschädigung zu gewähren —; er erstrebte den möglichst beschleunigten Wiederaufbau der Union und der besiegten Einzelstaaten. In Louisiana, Arkansas und Tennessee hat er die Bildung einer loyalen Regierung ermöglicht und anerkannt, und sie für Virginia vorbereitet; er hoffte, im Laufe des Jahres das gleiche in allen Staaten herbeiführen zu können, ehe der Kongreß wieder zusammentrat und sich unliebsam einmischen konnte. Da wurde er am Abend des 14. April durch einen südstaatlichen Fanatiker, der ihn als den neuen Cäsar und sich als Brutus betrachtete, im Theater ermordet[1]).

Die Rekonstruktion. Andrew Johnson und die Republikaner (1865—1869).

Lincolns Ermordung war der schwerste Schlag, der nicht nur die Südstaaten, sondern die Union als Ganzes treffen konnte. Denn Lincoln hatte jetzt, durch den Sieg und die Wiederwahl, eine so überragende Stellung gewonnen, daß die Nation ihm vertrauensvoll folgte und er über den Parteien stehn und das Intrigenspiel niederhalten konnte; ihm wäre, bei seiner versöhnlichen und auf die wahren Interessen der Gesamtheit gerichteten Haltung und seinem klaren staatsmännischen Blick, vielleicht eine gedeihliche Lösung der unendlich schwierigen Aufgabe der „Rekonstruktion" gelungen. Jetzt aber fiel sie der siegreichen Partei zu und wurde von ihr in der schmachvollsten Weise im Interesse der Partei und des Gesindels der Politiker ausgebeutet und dadurch unendliches Elend über den niedergeworfnen Süden und die Nation als Ganzes gebracht.

Lincolns Nachfolger, der Vizepräsident Andrew Johnson, stammte aus den niedrigsten Schichten der Weißen des Südens (geboren 1808 in North Carolina), aufgewachsen ohne jegliche

[1]) Auch mehrere andre Beamte sollten von den Verschwornen ermordet werden. Doch wurde das Attentat nur gegen Seward ausgeführt, der schwer verwundet wurde, aber mit dem Leben davonkam.

Bildung als armer Schneider, so daß er noch lange nur mühselig schreiben und lesen konnte. Dann warf er sich in die Politik, und brachte es allmählich zum Kongreßmitglied und schließlich zum Gouverneur von Tennessee und Senator. Er gehörte zu den südstaatlichen Demokraten, welche sich rückhaltslos der Union anschlossen. So wurde ihm 1862 die militärische Verwaltung von Tennessee übertragen, die er energisch durchführte, und eben deshalb wurde er bei der Wahl 1864 von den Republikanern als Kandidat für die Vizepräsidentschaft aufgestellt, um dadurch Stimmen zu fangen; die Möglichkeit, daß ihm einmal die Regierung zufallen könne, wurde dabei in üblicher Weise überhaupt nicht erwogen. Jetzt aber war ihm, in dem schwierigsten Moment der gesamten Geschichte der Union, die Leitung des Staats zugefallen. Wenn zahlreichen gebildeten Männern schon Lincoln zu ungeschliffen erschienen war, wie konnten sie vollends zu diesem Plebejer auf dem Präsidentenstuhl Zutrauen fassen, der zwar ein ganz schlagfertiger Volksredner war, aber z. B. bei einer Agitationsreise für seine Politik im Hochsommer 1866 bei den Volksversammlungen, zu denen er redete, betrunken erschien und sich in ein wüstes Gezänk mit seinen Gegnern einließ, bei dem er jede Haltung verlor? Dabei war er zwar unbestechlich, aber eigensinnig und renommistisch, genug, der richtige Typus eines Demagogen von der Straße. Indessen an politischem Verständnis fehlte es ihm keineswegs. Nachdem er zu Anfang gegen die südstaatlichen Rebellen mit den stärksten Drohungen eines Strafgerichts gepoltert hatte, schwenkte er, sobald er einen tieferen Einblick in die Lage gewonnen hatte, alsbald um und suchte in die Bahnen Lincolns einzulenken und, wie dieser es geplant hatte, die Südstaaten möglichst rasch wieder auf eine verfassungsmäßige Grundlage zu stellen, ohne ihnen das Negerstimmrecht aufzuzwängen; war doch auch im Norden den Negern ein Stimmrecht lediglich in fünf Neuenglandstaaten (die Ausnahme ist Connecticut) und, falls sie eignes Vermögen besaßen, in New York gewährt. Dagegen sollten die Beamten und höhern Offiziere der Konföderation und ebenso die reichsten Männer, die bisherigen Plantagenbesitzer, ihr Stimmrecht verlieren, wenn es ihnen nicht auf dem Gnadenwege gewährt wurde. Der Reihe nach nahmen die Südstaaten diese Bedingungen an, hoben in einer Konvention die Sklaverei auf und widerriefen den Beschluß der Sezession [1]).

Indessen diese Politik stieß im Norden auf heftigsten Widerstand. Die populäre Forderung eines Strafgerichts über die

---

[1]) Nur Mississippi und Texas weigerten sich, das 13. Amendement anzunehmen; aber auch sie hoben die Sklaverei auf.

Rebellen, einer Hinrichtung ihrer Hauptführer, vor allem des gefangenen Präsidenten Davis, hat sich allerdings nicht durchgesetzt; aber um so wuchtiger war die Opposition in der Negerfrage. Hier verbanden sich zwei Tendenzen mit einander. Zahlreiche Idealisten glaubten das Ziel, für das man seit Lincolns Emanzipationserlaß gekämpft hatte, voll nur erreichen zu können, wenn man den Negern die vollen bürgerlichen Rechte gewährte. Zu diesen Männern gehörte auch Karl Schurz, der deutsche Radikale und Freiheitskämpfer aus dem badischen Aufstand von 1848, der, als er nach der Befreiung Kinkels aus dem Spandauer Zuchthaus nach Amerika geflüchtet war, hier rasch eine bedeutende Stellung gewonnen, sich im Bürgerkrieg als General und als politischer Führer ausgezeichnet hatte, und jetzt von Lincoln mit einer Untersuchung und Darlegung der Zustände im Süden beauftragt worden war. Er erkannte an, daß die Südstaatler den Gedanken an eine neue Empörung und an Herstellung der Sklaverei aufgegeben hätten; aber von nationaler Empfindung und von einem Gefühl, daß sie ein Verbrechen begangen hätten, sei nichts vorhanden, und wenn sie freie Hand hätten, würden sie die ehemaligen Sklaven immer in einem Zustand von Hörigkeit zu halten suchen. Das war vollständig richtig, und die Staaten erließen sogleich Gesetze, welche die Neger im Zaume halten und ihre inferiore rechtliche Stellung festlegen sollten; aber Schurz war zu sehr radikaler Idealist, um einzusehn, daß das den gegebenen Tatsachen durchaus entsprach und daß es ein widersinniges Verlangen war, diesen zwar gutmütigen aber gänzlich unkultivierten, zu keiner staatlichen Betätigung irgendwie fähigen Massen nun urplötzlich politische, soziale und rechtliche Gleichstellung zu gewähren. Als das einzige Mittel, sein Ziel zu erreichen, bezeichnete er die zwangsweise Einführung des Negerstimmrechts als Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Staaten in die Union.

Mit noch größerer Entschiedenheit vertrat sein Freund Charles Sumner[1]) denselben Standpunkt, der Führer des extremen Flügels der Republikaner, der als Senator von Massachusetts im Jahre 1856 von einem Südstaatler im Senat an seinem Schreibtisch in brutaler Weise überfallen und schwer verletzt worden war. Er war ein hochgebildeter Mann, aber ein Doktrinär durch und durch, dem Lincoln lange nicht energisch genug aufgetreten war. Eine Abweichung von den ihm völlig zwingend erscheinenden Grundsätzen erschien ihm gänzlich unbegreiflich, ein Kompromiß moralisch und politisch verwerflich; so ist, gerade weil er, wenn

---

[1]) Neben ihm ist vor allem Thaddäus Stevens aus Vermont zu nennen, der der Führer der Partei im Repräsentantenhause wurde.

auch persönlich anspruchsvoll doch durchaus ehrlich war, aber seine Ideen mit dem blinden Eifer eines Fanatikers erfocht, seine Wirksamkeit verhängnisvoll gewesen, wie die weniger andrer.

Denn mit diesen idealistischen Tendenzen verband sich die gemeine Begehrlichkeit der Parteiinteressen und des politischen Gesindels. Die Gelegenheit schien gegeben, die Herrschaft der Republikaner über die Union für alle Zukunft aufzurichten, wenn man sich der Neger bemächtigte und damit die Stimmen der Südstaaten beherrschte. Dann war die „Beute" der Partei dauernd gewonnen und eine goldne Zeit für alle Ämterjäger und Abenteurer gesichert, die nur zuzugreifen brauchten, um ihre Taschen nach Gutdünken aus der Staatskrippe zu füllen.

Dazu kam dann die Eifersucht des Kongresses auf den Präsidenten. Dessen Macht war während des Krieges gewaltig gesteigert, er allein hatte das Geschick gelenkt, der Kongreß hatte sich seinem Willen fügen müssen; begreiflich genug, daß dieser jetzt bestrebt war, wieder ein entscheidendes Wort mitzusprechen und den Präsidenten um so mehr seine verfassungsmäßige Macht fühlen zu lassen, da hinter Johnson nicht die gewaltige Autorität der öffentlichen Meinung stand, auf die Lincoln sich hatte stützen können.

Gleich bei dem Zusammentritt des Kongresses am 4. Dezember 1865 platzten die Gegensätze aufeinander. Die in den Südstaaten gewählten Abgeordneten wurden nicht zugelassen, ein gemeinsames Komitee beider Häuser für die Behandlung der Südstaaten eingesetzt; Stevens beantragte, die rebellischen Staaten als rechtlose Territorien zu behandeln, das Land zu konfiszieren und den Negern zuzuweisen; im Januar 1866 nahmen beide Häuser ein Gesetz an, welches ein Bureau für die Angelegenheiten der Freigelassenen mit weitgehenden Rechten einsetzte. Diesmal konnte Johnson sein Veto dagegen noch aufrecht erhalten; aber durch wilde Reden voll kindischer Renommage reizte er die Gegner weiter, und als er in derselben Weise gegen ein andres Gesetz, welches die Rechtsverhältnisse der Neger regelte, einschritt, machten beide Häuser mit Zweidrittelmajorität sein Veto ungültig. Damit war der Bruch erklärt. Es ist unnötig, den Kampf, der von da an zwei Jahre lang mit stetig wachsender Heftigkeit tobte, im einzelnen zu verfolgen. Der Kongreß nahm ein neues Amendement zur Verfassung an, das vierzehnte, welches „allen Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren oder naturalisiert sind", gleiches Bürgerrecht gewährte, denjenigen Staaten, die eine Beschränkung des Stimmrechts für die Präsidentenwahl einführen würden, die Zahl der Stimmbezirke entsprechend verkürzte, die Schulden der Konföderation für nichtig erklärte, jede Entschädigung der Eigen-

tümer für die ehemaligen Sklaven untersagte, und den Beamten und Offizieren, welche auf die Seite der Rebellen übergetreten waren, das passive Wahlrecht für irgendein Amt der Union entzog. Der Süden lehnte dieses Amendement ab, die Nordstaaten nahmen es an[1]), obwohl sie bei sich von dem Stimmrecht der Neger meist nichts wissen wollten. Bei den Neuwahlen zum Kongreß im Herbst 1866 gewannen die radikalen Republikaner eine noch größere Majorität als vorher; und jetzt ging der Kongreß ganz rücksichtslos vor, nahm ein Gesetz nach dem andern über das Veto des Präsidenten mit zweidrittel Majorität an, und beschnitt, da Johnson hartnäckig blieb, die Machtbefugnisse des Präsidenten aufs äußerste. Die Südstaaten wurden unter militärisches Regiment gestellt, die Masse der Weißen durch einen ihnen auferlegten Eid, den sie nicht schwören konnten, vom Stimmrecht ausgeschlossen, die Neger dagegen in weitestem Umfang zugelassen, so daß die Regierung ganz in ihre Hände oder vielmehr in die der hinter ihnen stehenden Drahtzieher kam. Es begann die goldne Zeit der „carpetbaggers“, der Leute, die nur mit einer Reisetasche ausgestattet in den Süden kamen, um hier das Regiment zu übernehmen und mit Hilfe der Neger ihre Taschen zu füllen, und der „scalawags“, der räudigen Schafe, d. i. der Weißen aus den Südstaaten, die gemein genug waren, um an diesem Treiben teilzunehmen.

Johnson setzte sich zur Wehr, verdarb aber seine Sache nur immer mehr durch sein plebejisches und eigenwilliges Auftreten. Schließlich, als das alles noch nicht genügend erschien, versuchte man es mit einer Anklage (impeachment) gegen den Präsidenten: er habe seine Amtsgewalt mißbraucht. Das Verfahren dauerte vom 13. März bis 26. Mai 1868; den Gerichtshof bildete der Verfassung gemäß der Senat. Die Abstimmung erfolgte im allgemeinen ganz nach der Parteistellung; aber sieben republikanische Senatoren waren gewissenhaft genug, sich trotz des ungeheuren auf sie ausgeübten Drucks nicht an die Partei, sondern ausschließlich an die Rechtsfrage zu halten und ein „Nichtschuldig“ auszusprechen. So fehlte eine Stimme an der erforderlichen Zweidrittelmajorität und das Verfahren war gescheitert. Natürlich sind sie von den Gegnern mit Schmutz beworfen und als bestochen hingestellt worden; in Wahrheit dagegen verdient es höchste Anerkennung, daß sich in Amerika trotz aller Korruption sieben Ehrenmänner gefunden haben, die den seltenen Mut hatten, inmitten eines erbitterten politischen Kampfes nicht der Partei, sondern dem Gewissen zu folgen.

[1]) Ratifiziert wurde es erst im Juli 1868, als durch den Zutritt einer Anzahl von Südstaaten die erforderliche Zustimmung von drei Vierteln der Staaten erreicht war.

Grants Präsidentschaft und die Herrschaft der Korruption (1869—1876).

Bei den Wahlen im November 1868 erhielt Grant, der Kandidat der Republikaner, die überwältigende Majorität. Er verdankte seine Aufstellung seiner allgemeinen Popularität als der ruhmreiche Sieger und Beender des Bürgerkriegs. Auch war er, trotz seiner energischen, seine Truppen rücksichtslos aufopfernden Haltung im Kriege, ein human denkender Mann, der dem Süden mit edelmütiger Rücksicht entgegengetreten war. Alle tiefere Bildung freilich ging ihm ab, und in seinem gesucht formlosen Auftreten fehlte es nicht an Landsknechtsmanieren; besonders nahm die Prüderie der Amerikaner an seiner Neigung zum Trunk Anstoß; auch verschmähte er keineswegs, für seinen und der Seinen materiellen Vorteil zu sorgen, oft in recht bedenklicher Weise. Mit Politik hatte er sich nie beschäftigt, und zum Staatsmann fehlte ihm schlechthin alles. Um so stärker war sein Selbstgefühl; aber in Wirklichkeit wurde er ein willenloses Werkzeug seiner Umgebung und der Männer, die ihn bei seinen Schwächen zu packen wußten. Es war ein Unglück für das Land, daß in den gänzlich verfahrenen Zuständen auf Johnson kein fähigerer Mann gefolgt ist, und daß die öffentliche Meinung, wo sie einmal, gegen das Herkommen, einen Mann ersten Ranges aufzustellen glaubte, sich in dem tapfern General so vollständig vergriffen hat. Grant hat zwar ein prächtiges Grabmal in New York erhalten; aber er ist wohl, und das will viel sagen, der Unfähigste in der langen Reihe der Mittelmäßigkeiten, die das Präsidentenamt der Union bekleidet haben.

Nach außen allerdings machten sich die Folgen des Kriegs alsbald wuchtig geltend. Durch die andauernde Anspannung der Kräfte und die siegreiche Erkämpfung der nationalen Einheit des riesigen Gebiets war die Macht der Union gewaltig gesteigert. 1867 zog Napoleon vor dem Einspruch der Union seine Truppen aus Mexiko zurück und überließ den unglücklichen Kaiser Maximilian seinem Schicksal. In demselben Jahr verkaufte Rußland Alaska für 10 Millionen Dollars an die Vereinigten Staaten. Schon richteten sich begehrliche Blicke auf Kanada, auf Kuba, auf die Mulattenrepublik San Domingo, die zu annektieren Grant 1869 sehr ernsthaft versuchte. 1872 gab England endlich in den endlosen Verhandlungen über den Kreuzer Alabama nach und willigte in das Genfer Schiedsgericht (s. o. S. 75). Daneben ging die Ausbreitung nach Westen in die unermeßliche Prärie und an den Rand des Gebirges ununterbrochen weiter, und dazu die Auf-

suchung der Metallschätze in dem gewaltigen Wüstenplateau des Westens und seinen Gebirgsketten. Schon 1868 wurde deshalb der Wüstenstaat Nevada organisiert; als dann die dortigen reichen Silberminen nicht mehr ergiebig genug waren, schrumpfte seine Bevölkerung rasch zusammen, und gegenwärtig ist er die Karrikatur eines Staats geworden[1]). 1867 folgte dann Nebraska, und 1876, nach langer Pause, der Staat Colorado. Im Jahre 1869 wurde die erste Eisenbahn quer durch den Kontinent nach San Franzisco vollendet. Daß die Mormonen von Utah sich den Geboten der Union unterwerfen mußten, ist schon erwähnt (S. 52).

Diese Expansion hat dann noch einmal zu blutigen Kämpfen mit den Indianern geführt, vor allem mit den Sioux im jetzigen Montana, aber auch in Arizona mit den Apachen, im nördlichen Kalifornien und sonst. In üblicher Weise wurden die Stämme aus dem Gebiet, das ihnen vertragsmäßig zugewiesen war, in andre überführt, dann dies Gebiet, das kein Weißer betreten sollte, von Goldsuchern und andern Abenteurern heimgesucht, durch die mit kindischer, echt amerikanischer Brutalität betriebene Hinmordung der Büffel — die zu Millionen abgeschlachtet und in wenig Jahren völlig ausgerottet wurden — und der sonstigen Tierwelt ihnen die Existenz unterbunden; bei der Lieferung der ihnen versprochnen Lebensmittel und der Regulierung der Beziehungen begingen die gewissenlosen Ämterjäger, die diese Stellen ergattert hatten, die ärgsten Unterschleife und Gewaltsamkeiten; wiederholt wurden ihre Lager überfallen und massakriert; und wenn die Indianer sich schließlich, zur Verzweiflung getrieben, in ihrer Weise zur Wehr setzten und gleiches mit gleichem vergalten, wurden sie „den weltlichen Arm überliefert", der Ausrottungskrieg gegen sie begonnen. Auch in den Reservationen, in die die Reste übergeführt wurden, so namentlich in dem Indianerterritorium (jetzt Oklahoma), wo die Stämme aus dem Osten (Chirokees, Choctaws, Creeks, Seminolen, insgesamt nahezu 90 000 Seelen) angesiedelt waren und allmählich zu seßhafter Kultur übergingen, fehlte es an derartigen Übergriffen nicht. Die Proteste der anständigen Elemente verhallten wirkungslos; der Kongreß folgte nur den materiellen Interessen seiner Mitglieder, die Regierung ließ, trotz gelegentlichen Eingreifens, die Dinge gehn wie sie mochten. Der rücksichtslose Eroberungstrieb, der Heißhunger nach Neuland, der die gesamte Geschichte der Union beherrscht, konnte sich hier völlig ungehindert geltend machen. Aber durch ihn sind gewaltige Gebiete der Besiedlung und der Kultur erschlossen worden.

[1]) Die Bevölkerung betrug 1900 nur 42 335 Einwohner, bei einem Areal von 110 700 englischen Quadratmeilen.

Das Menschenmaterial wuchs ununterbrochen an, nicht sowohl durch eigne Vermehrung, wie vielmehr durch die immer gewaltiger anschwellende Einwandrung[1]), vor allem von Deutschen, Iren, Engländern, aber auch französischen Kanadiern u. a. Daneben vollzog sich eine starke innere Verschiebung; der Nachwuchs des Ostens siedelte großenteils in die neu erschlossenen Gebiete über, die eine weit freiere Bewegung und bei dem primitiven Wirtschaftsbetrieb raschen Gewinn und daneben legitime und illegitime Mittel zur Bereicherung in Fülle boten, und machte dem Nachschub aus den Einwandrern Platz; so hat sich die Struktur der Bevölkerung in Neuengland und New York ganz wesentlich umgewandelt. Der eifrig entwickelte Bahnbau ermöglichte die rasche Entstehung von Ortschaften, die oft in wenigen Jahren zu volkreichen Städten anwuchsen — das typische Bild dieser Entwicklung bietet Chicago, das seit den dreißiger Jahren besiedelt war, zur Zeit der großen Feuersbrunst (8.—10. Oktober 1871) 300 000, im Jahre 1880 500 000, 1890 eine Million, gegenwärtig über zwei Millionen Einwohner hat —; am Schluß folgt dann auch die Anlage notdürftiger Straßen, gerade umgekehrt wie in europäischen Verhältnissen.

Daß der rapide Aufschwung der Industrie und der Ausbeutung der Naturschätze, das wilde Jagen nach raschem Gewinn, zu den wüstesten Börsenspekulationen und schwindelhaften Gründungen und dann 1873 zu einer großen, jahrelang anhaltenden Krisis führte, ist nur natürlich. Als Heilmittel wurde verlangt, noch mehr Papiergeld auszugeben, eine Forderung, die der Kongreß gegen die Opposition aller ehrlichen und nationalökonomisch gebildeten Mitglieder annahm, die aber Grant durch sein Veto zu Fall brachte; schließlich wurde beschlossen, von 1879 an die Barzahlungen wieder aufzunehmen, und dadurch der Kredit wieder hergestellt. Um aber dem gewaltig gesunkenen Silberwert aufzuhelfen und den Silberminen Verdienst zu geben, wurde 1878 die monatliche Ausprägung von zwei bis vier Millionen Silberdollars angeordnet, und dadurch das Land bis zur Zurücknahme dieser Maßregel 1893 mit gewaltigen Massen wertlosen Silbers überschwemmt. Die rasch aufstrebenden Industrien wurden durch einen hohen Schutzzoll geschützt, dessen Tarifsätze natürlich mit manchem unsauberen Handel verbunden waren; aber die Versuche der Reformpartei, ihn 1872 zu reduzieren, waren erfolglos, er war zu eng mit dem Interesse

---

[1]) Von 352 000 im Jahre 1869 wuchs die Zahl, mit starken jährlichen Schwankungen, auf 789 000 im Jahre 1882, hielt sich dann lange Zeit auf durchschnittlich einer halben Million, und stieg seit 1902 wieder gewaltig an, namentlich durch den Zufluß von Italienern, Slawen, Griechen, Orientalen, aber auch Skandinaviern; in den Jahren 1905—1907 überschritt sie eine Million.

der Arbeiter wie mit dem der großen Unternehmer, so vor allem der Eisenbergwerke Pennsylvaniens verbunden.

Im übrigen ist schamlose Korruption die Signatur der Regierungszeit Grants (1869—1877). Es ist die schmutzigste Epoche der Geschichte der Union. Bestechlichkeit, rücksichtslose Besetzung der Stellen nach den niedrigsten Parteirücksichten mit gänzlich ungeeigneten oder moralisch diskreditierten Persönlichkeiten, Ausplünderung durch gewissenlose Beamte, Unterschleife und Betrug herrschten überall, in der Unionsregierung, in den Einzelstaaten und im Stadtregiment, dem ergiebigsten Tummelplatz der Politiker und Schwindler. Den unübertroffenen Gipfel bildete die Ausplünderung der Stadt New York durch eine organisierte Verbrecherbande, die unter der Oberleitung Tweeds mit Hilfe von Tammany Hall zweieinhalb Jahre lang (1869—71) alle Ämter in Händen hatte und alle für die Verwaltung, die zu Riesensummen angesetzten Bauten u. a. bestimmten Gelder in ihre Taschen fließen ließ. Aber ähnlich sah es durchweg aus; vergeblich suchten die ehrlichen Männer, wie Karl Schurz, Sumner, Ch. Fr. Adams, Trumbull u. a. dagegen anzukämpfen, das Beutesystem zu beseitigen und eine Reform des Zivildienstes herbeizuführen; vielmehr wurden die Anhänger dieser Richtung aus ihren Ämtern entfernt und durch skrupellose Parteimänner ersetzt. Der idealistische Versuch, den sie alsdann in einer „liberalen" Nationalkonvention in Cincinnati (Mai 1872) unternahmen, eine Reformpartei zu gründen und Grants Wiederwahl zu vereiteln, wurde sofort in das Intrigenspiel der Parteikämpfe hineingezogen; sie mußten sich mit den Demokraten vereinigen, die Aufstellung des ehemaligen Republikaners Greeley, eines der einflußreichsten Journalisten New Yorks (Herausgeber der „Tribune"), war keine gute Wahl, und Grant siegte 1872 mit überwältigender Majorität.

Die Herrschaft der Republikaner und der Neger im Süden.

Am schmachvollsten aber war die Wirtschaft der Republikaner im Süden. Die unterworfenen Staaten wurden so lange durch den Kongreß immer von neuem „rekonstruiert", bis sie völlig geknebelt schienen. Um die Neger völlig zu sichern, war noch in den letzten Wochen der Regierung Johnsons das fünfzehnte Amendement zur Verfassung vom Kongreß angenommen worden: „Das Stimmrecht der Bürger der Vereinigten Staaten darf von keinem Staat auf Grund der Rasse, Farbe, oder früherer

Dienstbarkeit vorenthalten oder verkürzt werden" [1]), und seine Annahme den Südstaaten als Bedingung für ihre Zulassung auferlegt. Die Weißen dagegen waren durch die Bestimmungen des vierzehnten Amendements und den von ihnen geforderten Eid, daß sie niemals freiwillig Waffen gegen die Union getragen hätten oder gegen diese aus freien Stücken aufgetreten seien, größtenteils vom Stimmrecht ausgeschlossen, so daß außer den Negern fast nur das niedrigste, völlig ungebildete Gesindel sein Bürgerrecht ausüben konnte. Dazu kam der scharfe Druck, den die militärische Besatzung ausübte. So wurden in den meisten Staaten die Verfassungen entsprechend umgestaltet und darauf hin 1869 die Staaten Nord- und Südcarolina, Georgia, Florida, Alabama, Louisiana und Arkansas — Tennessee war schon früher geordnet — anerkannt und ihre Vertreter im Kongreß zugelassen. Mississippi, Texas und Virginia, die renitent geblieben waren, wurden 1870 unter noch härtere Bedingungen gezwungen. Von da an war der Süden völlig dem Regiment der gewissenlosen Abenteurer aus dem Norden und des verächtlichsten weißen Gesindels, das sich ihnen anschloß, ausgeliefert. Die Sitze in den Parlamenten (und gelegentlich auch im Senat in Washington), die ehemals hochgebildete, ehrliebende Männer innegehabt hatten, wurden jetzt von den eben befreiten Sklaven gefüllt, die nicht einmal die ersten Elemente der Kultur besaßen und denen jede Fähigkeit abging, die elementarsten Fragen der Politik und des Wirtschaftslebens zu verstehn; auch die Ämter, z. B. die Richterstellen, kamen größtenteils in ihre Hände. Sie betrachteten, gutmütig in den Tag hineinlebend, ihre Stellung als einen amüsanten Sport, und folgten willenlos den Weisungen der Drahtzieher, deren Taschen sie in noch weit größeren Maße füllten als ihre eigenen; denn diese verstanden es vortrefflich, sie zugleich auszunutzen und zu betrügen.

Virginia, Nordcarolina und Georgia sind wie Tennessee durch die Energie der Weißen, die sich die Majorität verschafften, vor der republikanischen Negerherrschaft bewahrt worden; in Texas wurde sie 1873 gestürzt. Um so ärger war die Wirtschaft in den meisten andern Staaten. Die Einkünfte wurden verschleudert, die Steuern ständig erhöht, gewaltige Schulden skrupellos aufgenommen — in Alabama z. B. wuchsen die Staatsschulden in den sechs Jahren der Rekonstruktion 1868 bis 1874 von nicht ganz 7 Mill. auf 32 2/3 Mill. Dollars, in Südcarolina von 5 1/2 auf 29 Mill., in Louisiana von 14 auf 50 Mill. Von einer auch nur

[1]) Es hat im März 1870 die erforderliche Zustimmung von drei Viertel der Staaten und damit die verfassungsmäßige Gültigkeit erhalten.

einigermaßen geordneten Verwaltung konnte keine Rede sein; Bestechungen, Fälschungen, Begnadigung von Verbrechern gegen Geld waren alltägliche Vorkommnisse. Die gepeinigten Weißen suchten sich durch Einschüchterung der Gegner und vor allem der abergläubischen Neger zu helfen, ein Ziel, für das eine geheime Gesellschaft, der Klu-Klux-Klan, zeitweilig mit Erfolg wirkte. An Gewalttaten und Morden fehlte es natürlich auf beiden Seiten nicht. Das gab denn dem Kongreß Anlaß, einzuschreiten; nicht nur der Ku-Klux-Klan wurde unterdrückt (April 1871), sondern die Wahlen zum Kongreß der Kontrolle der Union durch dazu bestellte Aufseher unterstellt — eine Masse neuer Posten für die Ämterjäger — und dem Präsidenten das Recht gegeben, überall, wo es nötig sei, Unionstruppen einschreiten zu lassen. Das hat dann Grant in weitestem Umfang getan, wo immer er darum ersucht wurde: unter allen Umständen den Süden unter der Herrschaft der Partei zu erhalten und seine Stimme bei den Wahlen für die Republikaner zu sichern war das Ziel, hinter dem alles andere zurücktrat; vergeblich erhoben die gemäßigten und ehrlichen Männer, so Karl Schurz, der zwar das Negerstimmrecht nach wie vor verfocht, aber von seinen radikalen Anschauungen immer mehr zurückkam, dagegen als verfassungswidrig Einspruch. Dagegen hat der Kongreß allerdings durch ein Amnestiegesetz vom 22. Mai 1872 die Zahl der durch das 14. Amendement von politischer Tätigkeit Ausgeschlossenen ganz wesentlich beschränkt; und allmählich empfanden doch weite Kreise das Verbrecherische der befolgten Politik; das hat zu der Bewegung gegen Grant 1872 wesentlich beigetragen. Indessen da sie scheiterte, beharrten Grant und seine Anhänger auf ihrem Wege und suchten überall mit Waffengewalt einzuschreiten. Indessen die oppositionelle Stimmung wuchs immer mehr an, die Republikaner verloren 1874 die Majorität im Repräsentantenhaus, und die Weißen konnten die legitimen und illegitimen Mittel verwenden, die ihnen zur Verfügung standen. So konnte Grant den Sturz seiner Anhänger nicht länger hindern; im Jahre 1875 erlag in Arkansas, 1876 in dem arg ausgesogenen Mississippi die aufgezwungene Regierung bei den Wahlen, das Negerregiment ging zu Ende, die „Reisetaschenleute" mußten flüchten, und geordnete Zustände wurden wieder hergestellt. Am ärgsten zu leiden hatten Louisiana, wo es durch Grants Verschulden zu blutigen Metzeleien und militärischer Besetzung zur Aufrechterhaltung einer durch offenen Betrug gewählten republikanischen Regierung kam, und Südcarolina, wo sich im Negerparlament ununterbrochen die wüstesten und lächerlichsten Szenen abspielten. Beide Staaten wurden erst 1877 durch den Ausfall der Präsidentenwahl erlöst.

Die Rekonstruktion des Südens unter Grants Regiment ist eine der häßlichsten Episoden der gesamten modernen Geschichte. Die französische Revolution und gegenwärtig die Revolution in Rußland haben zwar weit blutigere Vorgänge gebracht; aber sie starren doch nicht so von Schmutz und entbehren nicht so völlig jedes versöhnenden Zuges, wie dieser Versuch, das Regiment, das die Sieger den gebildeten Weißen nicht gönnten, in die Hände der primitivsten Bevölkerung der Erde, der in Sklaverei aufgewachsenen Afrikaner zu legen, ein Versuch, der bei den ehrlichen Männern aus einer verblendeten Doktrin, der sie sich verschrieben hatten, erwachsen war, bei der Masse der Republikaner aber lediglich von gemeinster Gewinnsucht und Parteileidenschaft getragen war. Das Elend, das die Besiegten auszukosten hatten, läßt sich nur mit dem Schicksal vergleichen, das uns jetzt auferlegt ist. Den blühenden, von der Natur so reich begünstigten Landschaften war die Lebenskraft auf lange Zeit unterbunden. In gewaltigstem Umfang vollzog sich der Besitzwechsel; die verarmten und tief verschuldeten ehemaligen Herren konnten größtenteils ihre Güter nicht mehr halten und mußten froh sein, wenn sie ihr Leben irgendwie fristen konnten. Am tragischsten tritt die Umwälzung in Virginia hervor, ehemals dem führenden Lande, das der Union vier von den fünf ersten Präsidenten und zahlreiche bedeutende Staatsmänner gegeben hat, und dem Sitz einer fein durchgebildeten aristokratischen Kultur. Jetzt ist das Land auf weite Strecken verwüstet, und die ehemaligen Tabaksplantagen bedeckt aufs neue weithin der Urwald. Erst ganz allmählich hat in den letzten beiden Jahrzehnten der Süden einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung genommen.

Gegenwärtige Lage der Neger.

Noch verhängnisvoller ist, daß die Gelegenheit schmählich versäumt wurde, die Neger durch besonnene Maßregeln unter umsichtiger Kontrolle in die neuen Verhältnisse hinüberzuführen und ihnen eine Existenz zu schaffen, die sowohl der Gesamtheit wie ihnen selbst ein befriedigendes und nutzbringendes Dasein gewähren konnte, und daß statt dessen eine unüberbrückbare Kluft geschaffen worden ist zwischen ihnen und ihren natürlichen Leitern und Beschützern, den intelligenten Weißen des Südens, die für ihre Denkweise und ihre Bedürfnisse ein Verständnis hatten. Denn die Negerfreundschaft des Nordens hat sich alsbald als krasser Schwindel erwiesen. Der Enthusiasmus der Abolitionisten ist alsbald verrauscht, die Masse des Volkes aber empfindet im ge-

samten Norden gegen den Neger einen instinktiven Widerwillen, der durch die Erfahrungen, die man mit ihnen machte, ständig gesteigert wurde. Trotz der offiziellen Gleichberechtigung sind die Neger von jeder sozialen Gemeinschaft ausgeschlossen, sie werden als Eindringlinge gehaßt und als inferior verachtet. Von ganz wenigen Gebildeten abgesehn wird kein Weißer mit einem Neger zu Tisch sitzen, kein Dienstmädchen ihn, wenn er in das Haus ihrer Herrschaft kommt, bedienen, kein Gasthof, in dem Weiße verkehren, ihn aufnehmen, kein weißer Arbeiter mit Negern zusammen arbeiten. Von den Arbeiterverbänden sind sie ausgeschlossen; in studentischen Gesangvereinen läßt man sie an der auf ihre liberale Gesinnung stolzen Harvarduniversität gelegentlich zu, aber unter der Bedingung, daß sie auf jeden sozialen Verkehr mit den übrigen Mitgliedern verzichten; jede Ehe mit einem Mädchen, das auch nur einen Tropfen Negerblut in sich hat, jede geschlechtliche Vermischung gilt als das schwerste Verbrechen, wer darüber ertappt wird, ist sozial geächtet. Dazu kommt die Unfähigkeit der Neger, sich aus eigener Kraft, von wenig Ausnahmen abgesehn, zu selbständiger Stellung und einiger Zivilisation zu entwickeln. Der Reihe nach sind sie aus einem Beruf nach dem andern verdrängt, so aus dem Schuhputzen durch die Italiener, aus dem Fruchthandel durch die Griechen; im Jahre 1904 bestand die Mehrzahl der Kellner und der Diener noch aus Negern, im Jahre 1909 waren sie aus diesen Stellungen größtenteils verschwunden[1]), und wer aus alter Anhänglichkeit noch eine Negerbedienung hielt, entschuldigte sich deshalb bei seinen Gästen. Wie lange wird es noch dauern, bis sie auch aus dem Dienst in den Schlafwagen verdrängt sind? Für die Armenpflege wird den Negern z. B. in Chicago von der städtischen Armenversorgung, um der Form zu genügen, eine möglichst minimale Summe zugestanden, im übrigen bleiben sie in ihrer argen Notlage sich selbst überlassen, und jeder Versuch, ihnen zu helfen, wird scheel angesehn. Die Folge ist, daß die Neger aus dem Norden immer mehr verdrängt werden und nach dem Süden abwandern müssen.

Durch die Rekonstruktion sind diese Anschauungen nun auch dem Süden aufgezwängt worden. Ursprünglich bestand hier eine Rassenantipathie in keiner Weise. Die Neger sollten zwar, dem von der Natur gegebenen Verhältnis entsprechend, eine inferiore, von den Weißen beherrschten Schicht bilden und in jedem Weißen ein höheres Wesen sehn und respektieren — und das tun sie, wo normale Zustände bestehn, durchweg, und fügen sich darin

[1]) In einem Hause, das auf Ansehen hielt, muß der Diener ein Franzose oder Engländer aus Europa sein; Amerikaner geben sich dazu kaum her.

ohne weiteres —; aber geschlechtlicher Verkehr bestand, wie die Unmassen von Mischlingen beweisen, im weitesten Umfang, und sehr oft entwickelte sich ein lebendiges gegenseitiges Anhänglichkeitsgefühl zwischen Herrn und Diener und eine naturwüchsige Interessengemeinschaft. Das ist vollkommen zerstört; nur ganz vereinzelt finden sich Männer, die noch ein Herz und ein wirkliches Verständnis für den Neger haben, wie A. H. Stone in Mississippi, dem wir die am tiefsten greifenden Arbeiten auf diesem Gebiet verdanken[1]). Die Politik der Republikaner hat das Gegenteil des Erstrebten erreicht: sie hat die Weißen zu fester Einheit zusammengeschmiedet und die Neger völlig entrechtet. Das alles beherrschende Moment ist, unter keinen Umständen die Negerherrschaft wieder aufkommen zu lassen. Daher gibt es hier keine Parteien, sondern der „solid South" tritt durchweg geschlossen für die Demokraten ein, die ihn gegen Eingriffe der Bundesgewalt schützen. Mit allen Mitteln wird das Stimmrecht der Neger illusorisch gemacht, zum Teil durch Betrug, oder durch fortwährendes Umstellen der Wahlurnen, deren Aufschriften die Neger nicht lesen können, so daß bei der Menge der gleichzeitig stattfindenden Wahlen die Mehrzahl ihrer Stimmen ungültig wird, zum Teil durch verfassungsmäßig zulässige Bedingungen, wie daß für die im November stattfindenden Wahlen im Februar eine Wahlsteuer für die Eintragung in die Listen erhoben wird, — denn der Neger denkt weder so weit voraus, noch hat er irgendwelche Neigung, den kleinen Betrag zu zahlen —, oder durch ein Kulturexamen, bei dem die Interpretation eines Satzes der Verfassung verlangt wird, oder durch die „Großvaterklausel", den Nachweis, daß der Großvater (den überdies die wenigsten Neger nachweisen können) ein freier Mann gewesen ist, u. a. m. So ist das fünfzehnte Amendement tatsächlich illusorisch gemacht. Sozial herrscht die schroffste Scheidung. Nicht nur, daß in allen Südstaaten die Farbigen[2]) in besonderen Abteilungen der Straßenbahnen und Eisenbahnen Platz nehmen müssen[3]), sondern eine Ehe, und auch

[1]) Alfred Holt Stone, Studies in the American Race Problem, New York 1908.

[2]) Darunter wird jeder verstanden, der einen Tropfen Negerblut hat, oft bis zum vierten und fünften Grad hinauf. Bezeichnend ist, daß dagegen eine Ehe mit einer Indianerin meist zulässig ist und die Indianer nicht als „Farbige" gelten, so besonders in Oklahoma, wo die Indianer, die Nachkommen der in diesem Gebiet, dem ehemaligen indianischen Territorium, angesiedelten Stämme, sehr wohlhabend sind und großen Grundbesitz haben. In Kalifornien ist dagegen eine Ehe mit Mongolen verboten.

[3]) Der Kongreß ist durch ein Gesetz im Jahre 1875 dagegen eingeschritten, aber der höchste Gerichtshof hat dasselbe 1883 für verfassungswidrig erklärt und aufgehoben.

eine geschlechtliche Vermischung mit Farbigen ist in den Südstaaten und ebenso in den meisten der mittleren und der westlichen Staaten bei schweren Gefängnis- und Geldstrafen verboten, in vielen Südstaaten sogar bei mehrjähriger Zuchthausstrafe. In vielen Orten darf kein fremder Neger übernachten, ebenso sind die Weißen in manchen Negerorten ausgeschlossen. In Texas, wo die Masse der Bevölkerung aus Mestizen, Mischlingen mit Indianern, besteht[1]), wird kein Neger auf den Baumwollenplantagen beschäftigt. So vollzieht sich eine stets weiterschreitende Trennung zwischen beiden Rassen; die Neger drängen sich immer stärker in den „schwarzen Gürtel" zusammen, den breiten Streifen üppigen Kulturlandes nördlich vom Küstengebiet des mexikanischen Golfs. Noch viel stärker schwillt auf beiden Seiten der Rassenhaß, die Erbitterung an. Bei den Weißen gelangt er zu entsetzlichem Ausbruch in der fortwährend sich mehrenden Zahl der Lynchfälle, der brutalen Volksjustiz, welche die Ausschreitungen der Neger, vor allem gegen Frauen, aber auch gegen Leben und Eigentum, auf Grund eines Verdikts der „öffentlichen Meinung", ohne irgendwelche vorhergehende Untersuchung in einer Exekution unter barbarischen Martern ahndet, und die im Süden (aber auch anderswo) geradezu zu einem Volksfest geworden ist.

Auch die Neger leiden natürlich schwer unter diesen Verhältnissen. Zwar ist ihnen die Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit, vorwärts zu kommen, gewährt, aber überall haben die Befähigteren, die an sich dazu das Zeug haben, mit den schwersten sozialen und wirtschaftlichen Hindernissen zu kämpfen, während die Masse im wesentlichen in den alten Verhältnissen lebt, nur daß an Stelle des alten, mit ihnen verwachsenen nur zu oft ein fremder Grundherr getreten ist, der möglichst viel Geld einnehmen will, häufig ein jüdischer Spekulant, der weit härtere Anforderungen stellt, als jener. Trotzdem haben die Neger zweifellos beträchtliche Fortschritte gemacht und sich keineswegs sämtlich entwicklungsunfähig erwiesen. Neben dem kindlichen afrikanischen Treiben und der tiefen, nur durch aufgegriffene und enthusiastisch, wenn auch ohne Verständnis, nachgesprochene christliche Phrasen verbrämten Unwissenheit der Massen der gewöhnlichen Arbeiter — in diesen Kreisen herrscht übrigens auch bei den Weißen eine tiefe Unbildung und geistige Roheit — stehen zahlreiche eigene Bauernwirtschaften und Geschäfte, freilich meist sehr primitiver Art; die Neger haben zahlreiche gut besuchte Schulen und Kirchen, der Prozentsatz der Analphabeten ist ständig, im Zensus von

[1]) Die weitverbreitete Ansicht, daß die Mischlinge (Mulatten, Mestizen) nur geringe Fortpflanzungskraft hätten, widerspricht den Tatsachen durchaus.

1900 bis auf $44^1/_2$ %, und jetzt noch weiter herabgegangen. Dabei haben ihnen, was hohe Anerkennung verdient, nicht wenige Weiße mit voller Hingebung geholfen, so vor allem General Armstrong, der 1868 die große Negerschule des Hampton Institute in Virginia gründete. Auch als Soldaten haben sich die Neger als brauchbar erwiesen, und sind hier den Weißen sehr willkommen, die die militärische Disziplin als Sklaverei verabscheuen und daher den Kriegsdienst sehr gern auf die inferiore Rasse abwälzen.

Aber es ist natürlich, daß gerade die intelligenten Farbigen, die zum Teil an den Universitäten des Nordens mit Erfolg studiert haben, den Druck der sozialen Stellung aufs schwerste empfinden. Dazu gehören vor allem die Mulatten, die unter ihnen weitaus den größten Prozentsatz bildeten; und häufig trifft man z. B. in den Negerschulen Knaben und Mädchen, denen auf den ersten Blick kein Mensch ansehn würde, daß sie „Farbige" sind, die aber durch das unerbittliche Gesetz in die untere Kaste hinabgestoßen sind. Zu ergreifendem Ausdruck gelangt diese Lage in den Schriften von Du Bois, einem Quadroon, Professor in Atlanta im Zentrum der Negerbevölkerung in Georgia, einem der bedeutendsten Schriftsteller, den die Farbigen hervorgebracht haben. Ihm gegenüber steht der 1915 gestorbene Booker Washington, ein Mulatte (geboren als Sklave um 1858), der die große Erziehungsanstalt für Neger in Tuskegee (sprich Tŏskīgĭ) in Alabama gegründet hat. Er hat sich mit großer Energie zu einer klaren Auffassung des Negerproblems durchgerungen: er erkennt an, daß die Forderung der Gleichberechtigung mit den Weißen und alle politischen Aspirationen zur Zeit widersinnig und lediglich verderblich sind; statt dessen sollen die Neger sich selbst zur Kultur und zu wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auf allen den Gebieten industrieller und agrarischer Tätigkeit erziehen, die ihnen offen stehn. Auf beiden Seiten hat sein Programm großen Erfolg gehabt und ihn seinerzeit zu einem der populärsten Männer Amerikas gemacht[1]), und es ist in der Tat eine Freude, die blühende Schule in Tuskegee und die tüchtige Arbeit zu sehen, die dort unter strammer Zucht mit williger Hingebung geleistet

[1]) Bekanntlich erregte es trotzdem weithin Entrüstung, daß Washington — Dr. Washington wie man gewöhnlich sagt, weil man den Titel Mr. vermeiden will — im Jahre 1901 vom Präsidenten Roosevelt zum Essen eingeladen wurde. Wie man über diese Dinge denkt, illustriert die Anekdote, daß auf der Straße Jemand auf Washington zustürzt und ausruft: „Ich muß Ihnen die Hand schütteln, Sie sind der größte Mann unserer Zeit". „O", antwortete Washington bescheiden, „da gibt es doch noch andere, z. B. Roosevelt". „Bitte von dem schweigen Sie; von ihm will ich nichts mehr wissen, seit er Sie zum Essen eingeladen hat."

wird. Auch sonst machen die Negerschulen, was die Lernfähigkeit angeht, keinen ungünstigen Eindruck; wohl aber wird man, wenn es sich um allgemeinere Fragen und grundlegende Anschauungen handelt, vielfach in den Reden der Schüler wie der Lehrer eine Neigung zu unklaren Formeln und verschwommenen Phrasen, namentlich auch mit religiöser Verbrämung, wahrnehmen, die doch noch beträchtlich über das hinausgeht, woran man sonst in Amerika nur zu sehr gewöhnt wird.

Wie weit diese Tendenzen zu einer gedeihlichen Entwicklung führen können, bleibt abzuwarten. Zweifellos ist, daß in weiten Kreisen der Neger ein erbitterter Haß lebt, der durch die tagtäglich vorkommenden Lynchfälle und sonstigen Gewalttätigkeiten ständig gesteigert wird und sich nur zu leicht in blutigen Kämpfen entladen kann. Zur Zeit ist die Negerfrage, noch gesteigert durch die starke Vermehrung der farbigen Bevölkerung, die von 1870 bis 1910 von $5^1/_2$ auf nahezu 10 Millionen angewachsen ist, 11 % der Gesamtbevölkerung, im Gegensatz zu der, abgesehn von der Einwanderung, weit geringeren der Weißen, eins der schwersten Probleme, das die Zukunft der Union bedroht. Es ist nur um so schwerer, weil der Gegensatz der Rassen immer akuter wird und eine Lösung hoffnungslos erscheint, so daß nicht nur die Regierung, sondern auch die führenden Männer dem Gang der Dinge ratlos zuschauen und nicht wissen, wo und wie sie eingreifen könnten. Hier, wo sie vor eine gewaltige Aufgabe gestellt war, hat die amerikanische Demokratie, soweit man bis jetzt urteilen kann, mit ihrem Doktrinismus und schrankenlosen Individualismus und dem wüsten daraus erwachsenden Parteigetriebe vollkommen Fiasko gemacht.

Der Kampf gegen die Korruption 1877—1897. Präsident Cleveland.

Wir nehmen den Faden der geschichtlichen Vorgänge wieder auf. Grant und seine Anhänger wünschten, ihn noch durch einen dritten Termin auf dem Präsidentenstuhl zu erhalten. Aber dagegen lehnten sich doch die Massen auf, die an der von Washington geschaffenen Tradition festhielten, und der Plan mußte fallen gelassen werden — ebenso 1880, wo der Versuch noch einmal gemacht wurde. Die oppositionelle, Reformen fordernde Strömung war inzwischen so angewachsen, die Korruption, die Grant rücksichtslos zu beschirmen versuchte — von dem Whiskyring in St. Louis, der den Staat durch Steuerentziehungen und Fälschungen um $2^3/_4$ Millionen betrogen hatte, nahmen er und sein Sekretär

prächtige Geschenke und hinderte die Verurteilung der Schuldigen —, war so offenkundig, daß die Republikaner sich schließlich gezwungen sahen, den stark kompromittierten, verschlagenen Politiker Blaine fallen zu lassen, der noch einmal durch Entfaltung des „blutigen Hemdes" die Stimmung gegen den Süden aufzuregen versuchte. Sie stellten Hayes auf, der 1875 in Ohio in einem erbitterten Kampf um den Gouverneurposten, eifrig unterstützt von K. Schurz und den Deutschen, die Anhänger der Papiergeldausgabe geschlagen hatte. Der Kandidat der Demokraten war Tilden, der sich in der Bekämpfung Tweeds und seines Anhangs ausgezeichnet und als Gouverneur von New York einen andern Ring, der die Verwaltung der Kanalisation für seine Diebstähle benutzte, zu Fall gebracht hatte. Die Wahl im November 1876 ergab eine zweifellose Majorität für Tilden; aber durch eine freche Fälschung der Ergebnisse in Florida und Louisiana wurde sie in eine geringe Majorität für Hayes umgewandelt. Nach langen erregten Diskussionen überwies der Kongreß die Entscheidung einer Kommission von fünfzehn Mitgliedern, und diese stimmten stramm nach Parteirücksichten und entschieden mit 8 gegen 7 Stimmen, daß Hayes mit einer Stimme Majorität (185 gegen 184) gewählt sei. Trotz aller berechtigter Erbitterung haben die Demokraten sich gefügt. Das Äquivalent dafür war, daß Hayes gleich nach seinem Amtsantritt, im April 1877, die Bundestruppen aus Südcarolina und Louisiana abrief. Damit war der gesamte Süden frei und die „Rekonstruktion" definitiv preisgegeben.

Seit dem Antritt von Hayes (1877—1881) hat das Streben, die Union aus dem Schmutz der Korruption herauszuarbeiten, ernstliche Gestalt angenommen und die nächsten Jahrzehnte wesentlich beherrscht. Das Programm, welches Männer wie Karl Schurz und die langsam anwachsende Reformpartei im Kampf gegen Grants Mißregiment aufgestellt hatten, war Beseitigung des „Beutesystems" und feste Anstellung der Beamten des Zivildienstes auf Grund eines Befähigungsnachweises durch ein vorhergehendes Examen. Natürlich wehrten sich die Politiker, die Horde der Ämterjäger und der Drahtzieher der raffiniert durchgeführten Parteiorganisation mit allen Mitteln dagegen, geführt von den „Boßes", den Leitern der Parteimaschine in den einzelnen Staaten, die vielfach auch einen Sitz im Senat und hier dominierenden Einfluß hatten. Denn da dem Senat die Bestätigung der Ernennungen zusteht, beanspruchen die Senatoren die „Patronage" über ihren Staat, die Vergebung eines bestimmten Anteils der Stellen an ihre Leute: der Kampf der Parteien um die Macht ist im wesentlichen ein Kampf um den Zutritt zur Staatskrippe. Hayes hat die Reformbewegung nach Möglichkeit gefördert, vor

allem mit Hilfe von Schurz, der unter ihm Minister des Innern war und trotz alles Ansturms der Gegner keine der zahllosen zu vergebenden Stellen ohne gewissenhafte Prüfung besetzte und auf die Parteistellung keine Rücksicht nahm.

Sein Nachfolger wurde 1881 Garfield, ein nicht unbegabter Politiker, der sich aus dürftigen Verhältnissen emporgearbeitet hatte; er war in üblicher Weise von der republikanischen Konvention in Chicago als Kompromißkandidat aufgestellt worden, als weder Grant noch Blaine durchgesetzt werden konnten. Während des Wahlkampfs hat er sich mehrfach recht bedenklich geäußert, und er machte Blaine zu seinem Staatssekretär; aber als Präsident trat auch er gegen das Beutesystem auf und geriet in den heftigsten Konflikt mit den beiden „Boßes" von New York, Conkling und Platt, die deshalb aus dem Senat austraten. Da wurde er am 1. Juli 1881 von einem enttäuschten Ämterjäger ermordet. Sein Nachfolger Arthur, bisher eine Kreatur Conklings und von Hayes 1877 als skrupelloser Parteimann aus der Verwaltung des Hafenzolls von New York entfernt, und eben darum von Hayes' Gegnern zum Vizepräsidenten gemacht, enttäuschte glücklicherweise alle Erwartungen und hat sich, wo ihm die Verantwortung zufiel, von den Parteiinteressen losgelöst und sein Amt gerecht verwaltet. Unter ihm wurde 1883 ein vom Senator Pendleton eingebrachtes Gesetz, das die Reform des Zivildienstes anbahnte und staatliche Prüfungen für 14000 Stellen einführte, vom Kongreß angenommen. Daneben ging im Westen eine zeitweilig ziemlich erfolgreiche agrarische Bewegung einher, die in der Forderung weiterer Papiergeldausgabe das Heil für eine Überwindung der wirtschaftlichen Depression sah, und vor allem ein lebhafter Kampf um den hohen Schutzzoll, an dem die Industrie des Ostens und die Mehrzahl der Republikaner festhielt, während der agrarische Westen, der vom Export der landwirtschaftlichen Produkte lebte, und der Süden und daher die demokratische Partei eine Herabsetzung der Zollsätze erstrebte. Die alten Gegensätze der Parteien waren mit dem Zusammenbruch der Rekonstruktion hinfällig, das Parteiprogramm zu inhaltlosen Phrasen, die Parteien zu Organisationen für den Kampf um die Macht und den daraus fließenden Profit geworden, die durch die kräftig arbeitende Parteimaschine zusammengehalten wurden; so war es willkommen, daß man in der Tariffrage ein neues Schlagwort gewann, um das die Parteien sich sammeln konnten.

Bei den Wahlen im Herbst 1884 errang der Kandidat der Demokraten, Cleveland, mit geringer Majorität den Sieg über Blaine, den die Republikaner wieder aufgestellt hatten. Cleveland hatte sich aus einfachen Verhältnissen zum Bürgermeister von

Buffalo und dann zum Gouverneur von New York emporgearbeitet und als ein ehrlicher und fester Charakter erwiesen. Wie seine Partei bekannte er sich zum Programm der Reform und wurde daher von den „unabhängigen Republikanern" unter Schurz, die jetzt mit einem indianischen Namen als Mugwamps (eigentlich „Häuptlinge") bezeichnet wurden, eifrig unterstützt, während Tammany Hall, der Hauptherd der Korruption in New York, sich begreiflicherweise nur mit äußerstem Widerstreben der Entscheidung der Parteikonvention fügte. Mit ihm gelangte die demokratische Partei zum erstenmal nach dem Bürgerkrieg, nach einem Vierteljahrhundert, wieder in den Besitz der Macht, die sie früher so lange besessen hatte. Natürlich stürzten jetzt die Beutejäger, die so lange hatten hungern müssen, über den Präsidenten her. Aber Cleveland besaß einen eisernen Willen und die Fähigkeit, nein zu sagen, und hat sie bewährt — diese negative Seite seiner Persönlichkeit gegenüber der aktiven, die nachher in Roosevelt so stark hervortrat, kann überhaupt als charakteristisch für die Art der Demokraten gelten, im Gegensatz zu den Republikanern —; aber auch für ihn war der Druck zu stark, und überdies konnte er sich der leidigen jedem Präsidenten gestellten Aufgabe nicht entziehn, für seine Partei und ihre Zukunft zu sorgen, auch wenn das Interesse der Nation etwas anderes verlangte. So hat er, obwohl er das Reformgesetz beobachtete und die Zahl der unter dasselbe fallenden Stellen erweiterte, doch im Lauf seiner Präsidentschaft mindestens etwa 75 000 republikanische Beamte durch Demokraten ersetzt[1]), womit er freilich den Heißspornen, die sich bitter über ihn beklagten, lange nicht genug tat. Nachdrücklich schritt er gegen den Unfug ein, daß gewaltige Summen als Pensionen nicht nur an Kriegsteilnehmer, sondern an zahllose Menschen verschleudert wurden, die unter irgendeinem, oft rein erschwindelten Vorwand durch den Krieg zu Schaden gekommen zu sein behaupteten; allein in dem einen Jahre 1886 hat er gegen 101 von 747 darauf bezüglichen Bills sein Veto eingelegt. Vor allem aber erhob er mit vollem Nachdruck die Forderung einer Einschränkung der unheilvollen, alles Maß überschreitenden Silberprägung (o. S. 87) und verlangte in einer Botschaft vom 6. Dezember 1887 eine gründliche Revision des Zolltarifs und eine Gestaltung desselben nach den wahren Bedürfnissen der gesamten Nation, nicht nach den Interessen einzelner dadurch unbillig bereicherter Gruppen. Das wurde zum Schlagwort des Wahlkampfs von

[1]) Daß die Gesandten und Konsuln fast sämtlich mit der Partei wechseln, ist begreiflich; hier aber handelt es sich um Verwaltungsbeamte, darunter vor allem das gewaltige Heer der Postbeamten (etwa 60 000, von denen rund drei Viertel ersetzt wurden).

1888; die Mugwamps, unbefriedigt durch seine Haltung in der Reformfrage, ließen ihn im Stich, und der republikanische Kandidat Harrison, ein Enkel des Präsidenten von 1841, siegte mit geringer Stimmenzahl. Unter ihm wurde dann ein von McKinley beantragter, gewaltig erhöhter Zolltarif angenommen. Harrison war keine bedeutende Persönlichkeit; gegen ihn trat Cleveland um so mehr in den Vordergrund, und so wurde dieser 1892 zum zweitenmal gewählt. Innerhalb und neben den Demokraten war die agrarische Partei im Westen, die jetzt den Namen Populisten führte, bedeutend angeschwollen. Sie verlangte eine Reihe radikaler Maßregeln zur Förderung der Interessen der Landbevölkerung des gewaltigen Mississippigebiets als des eigentlichen Amerika, das erst jenseits des Alleghanies beginne, im Gegensatz zu den Städten des Ostens mit ihrer Industrie, die noch halbwegs zu Europa gehörten, Abschüttelung der Abhängigkeit von der europäischen (englischen) Finanz, und daher freie Silberprägung und gesetzliche Zahlung in Silber; dadurch könne man, bei dem Sinken des Silberwerts, die Schulden an das Ausland leicht abtragen und eine allgemeine Prosperität schaffen. Trotzdem haben die Populisten diesmal größtenteils für Cleveland gestimmt.

In seiner zweiten Präsidentschaft (1893—1897) hat Cleveland sowohl die Festigkeit seiner Willensenergie, wie die unüberwindlichen Schwierigkeiten erwiesen, die sich einer gesunden, frei über den Parteien stehenden Regierung entgegentürmen. Der Zolltarif wurde gründlich reduziert; aber über die einzelnen Sätze kam es zu schweren Konflikten zwischen den beiden Häusern des Kongresses, obwohl beide eine demokratische Majorität hatten, und die schließliche Gestaltung des Gesetzes entsprach den gesunden Anforderungen so wenig, daß Cleveland es zwar passieren ließ, aber die Verantwortung dadurch ablehnte, daß er es nicht unterzeichnete (1894); der Versuch, den dadurch herbeigeführten Ausfall an Einnahmen durch eine Einkommensteuer zu ersetzen, wurde vom Bundesgericht für verfassungswidrig erklärt. Die Einschränkung des Silberaufkaufs und der Silberprägung setzte Cleveland durch, und hielt die Goldwährung und Zahlung in Gold, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, aufrecht. Die Zahl der dem Beutesystem entzogenen, auf Grund einer Prüfung lebenslänglich besetzten Stellen des Zivildienstes, die der Präsident zu besetzen hat, erhöhte er bis auf rund 56 000, nahezu die Hälfte der sämtlichen Beamtenstellen des Bundesstaats.

So hat sich Cleveland die größten Verdienste um die Union erworben; mit ihm beginnt eine entscheidende und andauernde Besserung. Aus dem ärgsten Schmutz ist, im Gegensatz zu zahlreichen der Einzelstaaten, die Bundesregierung seitdem heraus,

wenn auch immer noch genug Raum für Korruption ist — hat doch McKinley 1899 etwa 10 000 Stellen wieder von der Reformliste gestrichen und aufs neue der freien Vergebung, d. i. dem Beutesystem, zugewiesen! Über die Herrschaft der demokratischen Partei ist darüber in die Brüche gegangen. Schon bei den Wahlen von 1894 erhielten die Republikaner eine starke Majorität im Repräsentantenhaus, und bei der Wahlbewegung 1896 wurde Clevelands Politik von seiner Partei preisgegeben und das Programm der Populisten und Anhänger der freien Silberprägung angenommen, ihr Führer W. Bryan aus Nebraska als Kandidat aufgestellt. Dagegen traten nicht nur die Republikaner mit Nachdruck ein, sondern alle, die für die Währungsfragen und die Aufrechterhaltung gesunder Finanzen Verständnis hatten, während eine beträchtliche Zahl von „Golddemokraten", mit Cleveland an der Spitze, sich gegen das Programm erklärten und einen eignen Kandidaten aufstellten. So wurde der republikanische Kandidat McKinley gewählt, und jetzt natürlich der hohe Schutzzoll in etwas abgeänderter Gestalt wieder hergestellt, die Aufrechterhaltung der Goldwährung durchgesetzt und geregelt.

Daß es auch in diesen Jahrzehnten an mannigfachen internen Kämpfen, wirtschaftlichen Krisen und Unruhen aller Art nicht gefehlt hat, bedarf kaum der Bemerkung. Erwähnung verdienen eine große Bewegung der Arbeitermassen in San Franzisco unter Führung von Kearney (1877—1879), durch die eine ganz radikale Verfassung eingeführt wurde; ein anarchistischer Aufstand in Chicago 1886, der zur Verurteilung und Hinrichtung von fünf Hauptführern (zum Teil durch das Sozialistengesetz aus Deutschland Ausgewiesenen) führte; ein großer weithin über den Westen sich ausdehnender Streik der schon seit den siebziger Jahren als „Ritter der Arbeit" (Knights of Labor) organisierten Arbeiterschaft im Hochsommer 1894, veranlaßt durch Lohnstreitigkeiten in der Fabrik der Pullmannschen Schlafwagen, gegen die Cleveland die Bundestruppen in Chicago eingreifen ließ; ein gewaltiger, Monate hindurch andauernder Streik der Arbeiter in den Kohlenbergwerken 1902, den Roosevelt schließlich durch Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichts beilegte, u. a. m.

Die Besiedlung des Westens, die Umwandlung der Prärie in Kulturland, die Erschließung anbaufähiger Strecken in dem riesigen Wüstenplateau und in Kalifornien durch Bewässerung ging ständig weiter. 1889 und 1890 wurden sechs neue Staaten geschaffen, Nord- und Süd-Dakota, Montana, Wyoming, Idaho und Washington; 1895 wurde endlich auch Utah als Staat zugelassen (s. o. S. 52). Gleichzeitig (1889) wurde der westliche Teil des Indianerterritoriums, 1905 auch der Rest den weißen Ansiedlern

eröffnet und hier der Staat Oklahoma gegründet. Schließlich wurden 1912 auch Arizona und Neumexiko zu Staaten erhoben. Damit ist das Endziel erreicht, die Territorien sind aus dem Bereich des Unionsgebiets verschwunden mit Ausnahme des ganz andersartigen Distrikts von Columbia, des Bezirks der Bundeshauptstadt Washington. Der Zustrom fremder Einwandrer nahm nicht ab; aber sie rekrutierten sich größtenteils nicht mehr aus den in Kultur und Lebensformen den Amerikanern verwandten Völkern der germanischen Welt und den Iren, sondern aus Italienern, Magyaren, Griechen, Slawen, russischen Juden, Armeniern und andern Orientalen, die ein zweifelhaftes Element in die Nation einführen und sich schwer amalgamieren lassen. Die Folge ist, daß die Einwandrung unter immer schärfere Kontrolle gestellt wird und mißliebige Elemente, vor allem von anderer Hautfarbe, nur schwer oder auch garnicht zugelassen werden. Zu dauernden Konflikten hat das in Kalifornien geführt, wo die Arbeiterbevölkerung und die Staatsgesetzgebung eine weitere Einwandrung von Chinesen und Japanern, die ihnen die Preise verderben, und vollends einen Erwerb von Grundbesitz durch Angehörige der gelben Rasse nicht zulassen will, während die Unionsregierung, den internationalen Verträgen entsprechend, eine solche Beschränkung nicht dulden darf, aber in der Regel weder das Recht noch die Energie hat, ihren Willen den renitenten Staaten aufzuzwingen.

Imperialismus und Pazifismus. Der Krieg gegen Spanien.

Inzwischen aber machte sich die Wucht der jetzt durch den Bürgerkrieg zu einer unauflöslichen Einheit zusammengefaßten, ständig in ihrer Volkszahl und ihren Machtmitteln anwachsenden Nation auch nach außen hin immer mehr fühlbar. Der Expansionstrieb, der die Entwicklung der Union von Anfang an beherrscht hatte, drängte jetzt, wo der Raum auf dem Kontinent ausgefüllt war, darüber hinaus, das Streben, die mächtig angeschwollene Kraft, die man in sich empfand, auch in der Außenwelt rücksichtslos für die amerikanischen Interessen einzusetzen, gewann immer mehr Boden. So begann die äußere Politik, bisher der Masse des Volks völlig fremd und gleichgültig, allmählich ihren Charakter zu ändern und lenkte in die Bahnen der Weltpolitik, des Imperialismus, ein. Von Kalifornien aus richteten sich die Blicke auf den Stillen Ozean; daraus erwuchs das Streben, hier auf den Sandwichinseln und im Samoaarchipel

feste Positionen zu gewinnen. Jenes wurde in üblicher Weise 1892 durch eine vom amerikanischen Gesandten geschürte Revolution im Namen der Freiheit, Sturz des Königtums und eine Republik unter dem Schutz der Union erfüllt; die Annexion, die Präsident Cleveland, auch hier ehrlich, ablehnte, der vielmehr das Intrigenspiel aufdeckte und, freilich vergeblich, rückgängig zu machen suchte, folgte dann 1898. Von dem Samoaarchipel erhielt nach langen Wirren und Verhandlungen mit Deutschland und England die Union bekanntlich 1900 einen Anteil. Im Zusammenhang damit gewann das Projekt eines zentralamerikanischen Kanals zur Verbindung beider Ozeane gesteigerte Bedeutung, namentlich als Lesseps seit 1881 den Bau des Panamakanals in Angriff nahm. Im Jahre 1850 hatten England und Amerika sich durch den Clayton-Bulwer-Vertrag über den gemeinsamen Bau und die Neutralisierung eines Kanals durch Nikaragua geeinigt; Blaine, Staatssekretär unter Garfield, versuchte 1882 davon frei zu kommen, scheiterte aber an Englands Widerspruch, und ein 1884 geschlossenes Abkommen mit Nikaragua, welches den dort projektierten Kanal unter das Protektorat der Union stellte, wurde von Cleveland verworfen. Zugleich versuchte Blaine, ein eifriger Imperialist, als Staatssekretär sowohl unter Garfield wie nachher unter Harrison die südamerikanischen Staaten durch einen panamerikanischen Kongreß an die Union anzugliedern, hatte aber damit zunächst wenig Erfolg, da diese Staaten ihre eignen Wege gehn wollten; ebenso wurde sein Vermittlungsangebot in dem Kriege Chiles gegen Bolivia und Peru 1881 von dem siegreichen Chile abgelehnt, desgleichen seine Einmischung in den chilenischen Bürgerkrieg gegen den Präsidenten Balmaceda 1891. Mit England kam es 1889 zu heftigem Streit über das Recht des Robbenfangs im Behringsmeer, der schließlich durch ein Schiedsgericht beigelegt wurde. Auch auf Kanada, dessen fruchtbares Binnenland (Manitoba, Assiniboia usw.) jetzt erschlossen und von einem mächtigen Einstrom landhungriger Amerikaner besiedelt wurde, begannen sich begehrliche Blicke zu richten. Von internationalen Verträgen, die über den Kontinent hinausführten, konnte, entgegen dem Grundsatz der älteren Zeit, auch die Union als eine der Großmächte der Welt nicht mehr ganz fernbleiben; so hat sie 1884 in Berlin an der Verhandlung über das Kongogebiet teilgenommen, aus der die Kongoakte hervorgegangen ist.

Ihren ersten weltkundigen Ausdruck erhielt die neue Politik, als 1895 der langjährige Streit zwischen England und Venezuela über die Grenzen des britischen Guyana an den Rand eines Kriegs führte. Da erließ Präsident Cleveland im Dezember 1895 eine vom Staatssekretär Olney verfaßte Botschaft, welche eine

Untersuchung der Frage durch eine Kommission forderte und es für die Pflicht der Union erklärte, „mit allen Mitteln der englischen Besitznahme eines Gebiets, das wir auf Grund einer Untersuchung als rechtlich zu Venezuela gehörig anerkannt haben, als einem eigenwilligen Angriff auf die Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten entgegenzutreten." „Gegenwärtig", so wurde erklärt, „ist die Union tatsächlich souverän über diesen Kontinent, und ihr Gebot ist Gesetz für die Gegenstände, auf die sie ihre Einmischung beschränkt"; sie wird daher „gegen jeden Versuch einer europäischen Macht auftreten, gewaltsam die politische Kontrolle über einen amerikanischen Staat zu gewinnen." Das war eine Erweiterung der Monroedoktrin, die die Welt in Erstaunen setzte, aber von Amerika mit Enthusiasmus aufgenommen wurde; sie erklärt, daß der Wille der Union das Gesetz für den Kontinent sei und daß die europäischen Mächte sich ihrer souveränen Entscheidung über das, was Recht sei, zu fügen hätten. England hat nachgegeben, der Streit wurde dann durch ein Schiedsgericht beigelegt.

Immerhin trug diese Erklärung noch einen negativen, abwehrenden Charakter; der direkten Eroberungstendenz trat Cleveland entgegen, wie bei Hawai so bei der Insurrektion der Kubaner gegen Spanien (1895). Aber den Kreisen, die eine Expansion erstrebten, gelang es, durch umfassende Agitation in der Presse die Stimmung immer mehr für die „Freiheitskämpfer" und zugleich gegen die einzige europäische Macht, die neben England noch ernstlich als amerikanische Kolonialmacht in Betracht kam, zu erregen; und Präsident McKinley, eine zwar zähe aber phlegmatische Persönlichkeit ohne größere geistige Bedeutung, huldigte dem echt amerikanischen Grundsatz, daß die Regierung nicht zu leiten, sondern der Führung des Volkswillens, der „öffentlichen Meinung" zu folgen habe. Trotz der von Spanien bewilligten Konzessionen wurde die Lage immer gespannter; den Ausschlag gab, daß in der Nacht des 24. Januar 1898 ein amerikanisches Kriegsschiff, die Maine, im Hafen von Havana durch eine innere Pulverexplosion mit dem Hauptteil seiner Besatzung unterging. In Amerika war man allgemein des Glaubens, das Schiff sei perfide von den Spaniern versenkt[1]); die Presse brachte die aufhetzendsten Artikel, das Anerbieten eines Schiedsgerichts und ein Vermittlungsversuch der europäischen Großmächte wurden abgelehnt, im April bewilligte der Kongreß dem

[1]) Die spätere Untersuchung des Wracks hat gezeigt, daß diese Beschuldigung völlig unbegründet war; auch hätte bei ruhiger Überlegung klar sein sollen, daß Spanien in seiner bedrängten Lage nicht so töricht sein konnte, Amerika zwecklos zu provozieren.

Präsidenten auf sein Ansuchen die Mittel, Kubas Unabhängigkeit zu erzwingen, und erklärte am 22. April den Krieg.

Bei der Geringfügigkeit der amerikanischen Streitkräfte war man nicht ohne Besorgnisse, namentlich vor einem Angriff der spanischen Flotte auf die schleunigst in Verteidigungszustand gesetzten Häfen. Aber es zeigte sich, daß Spaniens Macht völlig zerrüttet und weit schwächer war, als man geglaubt hatte. Die spanische Flotte wurde im Hafen von Santiago auf Kuba vernichtet (3. Juli), und dann das Landheer durch die amerikanischen Freiwilligen zur Kapitulation gezwungen, darauf auch Portorico erobert. Schon vorher war eine Flotte unter Dewey in den Stillen Ozean gegangen und hatte hier bei Manila am 1. Mai die veralteten spanischen Schiffe vernichtet und in Verbindung mit den Aufständischen unter Aguinaldo die Philippinen den Spaniern entrissen. Spanien blieb nichts übrig als sich zu fügen; im Frieden von Paris (10. Dezember 1898) erkannte es die Unabhängigkeit Cubas an und trat Portorico sowie die Philippinen nebst der Insel Guam gegen eine Entschädigung von 20 Millionen Dollars an die Union ab. Cuba wurde, nachdem die Unionstruppen Ordnung geschaffen hatten, 1902 als selbständige Republik unter amerikanischem Schutz konstituiert. Dann machten freilich die ständigen Wirren auf der Insel eine nochmalige Intervention und Besetzung 1906 bis 1909 zur Herstellung geordneter Verhältnisse nötig. Erbitterte Kämpfe gab es dagegen auf den Philippinen, da die einheimische, streng katholische Bevölkerung sich der neuen Fremdherrschaft nicht fügen wollte. Auch in Amerika verlangten weite Kreise, die eine Eroberung verabscheuten, man solle die Inseln sich selbst überlassen. Indessen das war unmöglich; zum Selbstregiment waren die Tagalen nicht reif, und die Union blieb für ihre Zustände verantwortlich. Doch ist anzuerkennen, daß nach Niederwerfung des Aufstandes unter Aguinaldo (1901/2) die Verhältnisse in großzügiger Weise geordnet worden sind. Die Eingeborenen haben sich dem einstweilen gefügt, sprechen aber offen aus, daß sie die Erziehung, die ihnen gewährt wird, nur benutzen wollen, um, wenn die Zeit gekommen ist, das fremde Joch abzuschütteln.

Mit dem spanischen Krieg hat die Union den entscheidenden Schritt von einer auf die begrenzten Interessen des eigenen Kontinents sich beschränkenden zu einer Weltmacht getan; der von Washington aufgestellte Grundsatz, sich in fremde Händel nicht einzumischen, war damit definitiv preisgegeben. Es ist derselbe Schritt, den Rom getan hat, als es über Italien nach Sicilien hinausgriff und den Krieg gegen Karthago begann; und wie dort waren auch hier die Ergebnisse die gleichen, die Gewinnung über-

seeischer Provinzen in Portorico und den Philippinen und eines Vasallenstaats in Cuba. Die definitive Annexion Hawais und die Gewinnung eines Teils der Samoagruppe (oben S. 103) schloß sich unmittelbar an. Von da an trieb das Schwergewicht der Dinge, man mochte wollen oder nicht, weiter auf der einmal betretenen Bahn und führte hier wie dort zu unabsehbaren Konsequenzen, deren Gestaltung von den handelnden Staatsmännern auch der scharfblickendste nicht hätte voraussehen können.

Gleich beim Kampf um die Philippinen ergab sich eine Spannung mit Deutschland, das ein Kriegsschiff zum Schutz seiner Interessen nach Manila geschickt hatte; Admiral Dewey sah darin einen feindseligen Akt. Zu offenen Konflikt kam es nicht; aber der Vorgang ist von England und von der von ihm beeinflußten amerikanischen Presse — der sog. „gelben" Presse, weil diese populären Blätter mit bunten Illustrationen ausgestattet sind — immer wieder hervorgezerrt worden, um gegen Deutschland zu schüren.

Allerdings fehlte es nicht an einer starken Gegenströmung. Im Senat erhielt der Friedensvertrag mit Spanien nur mit Mühe die erforderliche Zweidrittelmajorität; Idealisten wie Karl Schurz wollten von dem neuen Imperialismus, der allen altamerikanischen Grundsätzen ins Gesicht schlug, nichts wissen. Schurz hatte schon gegen Clevelands Botschaft vom Dezember 1895 protestiert und brach jetzt wieder sowohl mit der demokratischen Partei wie mit Roosevelt, dessen Kampf gegen die Korruption er bisher eifrig gefördert hatte, weil dieser als Unterstaatssekretär der Marine und dann als Führer eines Reiterregiments eifrig für den Krieg eingetreten war. Bei den Massen indessen drangen diese Stimmungen nicht durch: der an sich herzlich unbedeutende Admiral Dewey wurde, obwohl er Negerblut hatte, als Heros gefeiert und wäre zeitweilig 1904 beinahe als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden. Bei der Wahl im Herbst 1900 wurde McKinley gegen Bryan, der wieder auf Grund des demokratischen Programms der Silberwährung aufgestellt war, mit überwältigender Majorität wiedergewählt, neben ihm Roosevelt als Vizepräsident.

Wohl aber entwickelte sich gleichzeitig im Volke eine mächtige pazifistische Strömung, die in den nächsten beiden Jahrzehnten, bis weit in den Weltkrieg hinein, immer mächtiger anschwoll. Aber es wäre eine Täuschung, wenn man glauben wollte, daß darin wirklich ein Gegensatz gegen die imperalistischen Tendenzen zum Ausdruck gekommen wäre; beides gehörte vielmehr aufs engste zusammen. Der Masse des Volks liegt jedes Verständnis für die äußere Politik völlig fern, und von der übrigen und namentlich der europäischen Welt hat sie nur ganz vage Vorstellungen. Einen Nachbarn, der die Staaten der Union bedrohen

könnte, gibt es nicht, diese leben unter dem Schutze der Bundesregierung friedlich nebeneinander; wohl aber kann dieselbe ihren Willen ohne große Mühe den übrigen Staaten vor allem des Nordens, Kanada und Mexiko, aufzwängen, auf die sich die Begehrlichkeit und sowohl der Landhunger wie das Streben nach kommerzieller und industrieller Ausbeutung in stets wachsendem Maße richtet[1]), und das gleiche versucht man gegen Südamerika, wozu die panamerikanischen Kongresse (1889 unter Blaine in Washington, s. o. S. 103, 1901 in Mexiko, 1906 in Rio de Janeiro, 1910 in Buenos Ayres) die Handhabe bieten sollen. Der Gedanke lag nahe, daß die ganze Welt sich nach diesem Vorbild gestalten müsse und damit alle Streitigkeiten und Kriege für alle Zukunft beseitigt sein und der ungehemmten Verfolgung materiellen Wohlergehens, das die amerikanische Verfassung als das Ideal hinstellt, freie Bahn eröffnet sein würde. Namentlich in dem großen zentralen Gebiet zwischen Alleghanies und Felsengebirge, in dem der Schwerpunkt der Bevölkerung liegt, haben diese Ideen immer mehr Boden gewonnen und sind geradezu zum Dogma geworden. Als lästigen Rivalen empfand man England; der alte Gegensatz, neu belebt durch Englands feindseliges Verhalten im Bürgerkriege, ist auch jetzt noch in diesen Gebieten sehr lebendig, und durch den Druck des englischen Kapitals wurde er immer wieder ins Bewußtsein gerufen; eben darum hat die populistische Bewegung und die Forderung der freien Silberprägung und ihr Vertreter Bryan hier so starken Anhang gefunden.

Aber um dieser Friedensbestrebungen willen nun etwa die eigenen Ansprüche aufzugeben kam natürlich Niemandem in den Sinn. Vielmehr ist der Glaube an die alle anderen Staaten weit überragende Vortrefflichkeit der amerikanischen Zustände und ihrer Verfassung jedem Amerikaner von Jugend auf eingeimpft. Ihre Gebrechen nimmt man als selbstverständlich und unvermeidlich

---

[1]) Die Frage, ob ich glaube, daß Kanada in nächster Zeit die englische Herrschaft abschütteln und sich der Union anschließen werde, ist vor zehn Jahren oft an mich gestellt worden. Dabei meinten die einen, die starke amerikanische Einwanderung in die neubesiedelten Gebiete des Binnenlandes müsse von selbst dazu führen und den Widerstand der französischen Kanadier überwinden, andere dagegen glaubten umgekehrt, daß diese Ansiedler durch die wohlgeordneten Verhältnisse dieser Gebiete im Gegensatz zu den wüsten Treiben in so manchen Unionsstaaten diesen entfremdet und für die englische Oberherrschaft gewonnen werden würden. Bekanntlich hat sich denn auch in Kanada ein starkes Selbstgefühl entwickelt, das 1911 in der Ablehnung eines Handelsvertrags mit der Union durch die überwiegende Majorität der kanadischen Bevölkerung seinen Ausdruck fand; zugleich aber hat sich ein scharfer Gegensatz zwischen den französischen Kanadiern des Ostens und den angelsächsischen Elementen des Westens entwickelt, der während des Weltkriegs aus Anlaß der Konskriptionsfrage bis an den Rand eines Bürgerkriegs geführt hat.

mit ruhigem Achselzucken hin — man kennt ja nichts anderes — und berauscht sich an den schönen Phrasen und der angeblich unumschränkten Freiheit, der ein in Kolportageromanen und populären Wochenschriften eifrig ausgemaltes Schauerbild von der Knechtschaft der übrigen Völker gegenübergestellt wird, die unter dem Druck einer brutalen „Autokratie", der Klassenherrschaft und des Militarismus seufzen; es gilt als selbstverständlich, das sie alle, wenn sie nur könnten, sich mit Freuden um das Sternenbanner schaaren würden. Eben so selbstverständlich aber ist, daß, wo Interessengegensätze und Konflikte vorliegen, der Amerikaner und die „öffentliche Meinung", die Volksstimmung, immer recht hat, mag sie nun fremde Forderungen ablehnen oder mag sie selbst mit den weitgehendsten Ansprüchen an das Ausland herantreten, und daß nur Verblendung oder böser Wille das verkennen und ihnen entgegentreten kann.

Wie die Welt nun einmal ist, ist freilich diese Erleuchtung den fremden Nationen noch nicht gekommen, und so ist es nur zu leicht möglich, daß diese Ansprüche zu Konflikten führen und mit Waffengewalt durchgesetzt werden müssen. Wie es aber damit bestellt war, bei der Armseligkeit der amerikanischen Wehrmacht, wußte ein Jeder und hatte eben noch der spanische Krieg von neuem gezeigt, in dem trotz der raschen Siege ihre Unzulänglichkeit für einen ernsthaften Krieg klar zutage trat; unter Roosevelt ist daher ein Ausbau der Marine und eine Vermehrung der Landarmee durchgesetzt worden, woran sich die Schaffung von Cadres nebst kurzen Übungen für eine freiwillige Miliz anschloß. Wollte die Union ernsthaft ihre Stellung in der Welt durchsetzen, so erhob sich unabweisbar die Forderung einer starken Armee und Seemacht mit allgemeiner Wehrpflicht. Diese Forderung ist aber für den Amerikaner wie für den Engländer das furchtbarste Schreckgespenst, das Ende der Freiheit des Individuums und die Aufrichtung des staatlichen Zwangs und der Knechtschaft, und gilt zugleich — denn ihren erzieherischen Wert und die Stärkung für das Wirtschaftsleben und den Kampf ums Dasein, die sie gewährt, verstand und versteht man nicht zu würdigen — als ein entscheidender Schritt zum wirtschaftlichen Ruin; das führende Schlagwort, daß alle militärischen Ausgaben „unproduktiv" und eine Verschleuderung des nationalen Wohlstandes seien — dagegen gilt jede Produktion für einen sinnlosen Luxus, auch wenn sie täglich Millionen vergeudet, für „produktiv" —, ist auch in Amerika ein Glaubenssatz.

Um dieser Gefahr zu entgehn, erschien eben die Friedensbewegung als das rechte Mittel. Wenn alle Streitigkeiten durch Schiedsgerichte erledigt wurden, brauchte Amerika kein Heer;

ann nahm die Völkergemeinschaft ihm alle Sorgen ab, denn
aß seine Ansprüche als berechtigt anerkannt werden müßten, war
a selbstverständlich. So wurde die Anregung des Zaren zu der
Haager Friedenskonferenz mit Enthusiasmus aufgenommen, und
Amerika hat beim Zustandekommen der Beschlüsse 1899 eifrig
nitgewirkt; auch der panamerikanische Kongreß trat ihnen 1901
ei. Schiedsgerichtsverträge wurden in großer Zahl abgeschlossen.
Im Jahre 1907 erreichte Roosevelt die Berufung einer zweiten
Haager Konferenz, die aber bekanntlich nach langen Verhandlungen
iemlich ergebnislos verlief.

Von der Stärke der pazifistischen Strömung in Amerika
nd zugleich von ihrer Naivität kann sich kaum einen ausreichen-
en Begriff machen, wer sie nicht selbst erlebt hat. Es geht so
veit, daß es in weiten Kreisen verpönt ist, von dem Bürgerkrieg
u reden, der doch dadurch, daß er die Einheit der Nation ge-
chaffen hat, den Grund zu ihrem gewaltigen Aufschwung und
hrer Weltstellung gelegt hat. Der weichlich-sentimentale Zug
es Amerikaners, der an die römische Literatur der Kaiserzeit
rinnert, wird dadurch noch gesteigert, daß die Erziehung fast
usschließlich in den Händen der Frauen liegt, die natürlich einen
Krieg perhorreszieren. Daß die Union, wo ein Objekt ihre Be-
gehrlichkeit reizte, rücksichtslos den Krieg vom Zaune gebrochen
hat, so gegen die Indianer, gegen Mexiko, gegen Spanien, wird
natürlich dabei vergessen oder als berechtigt hingestellt; und im
übrigen sind das Sünden der Vorfahren, die man der gegenwärtigen
rleuchteten Generation nicht anrechnen darf.

Präsident Roosevelt und seine Nachfolger (1901-1916). Fortschritte der Weltpolitik und des Imperialismus.

In Theodor Roosevelt, der nach McKinleys Ermordung
urch einen Anarchisten im September 1901 die Präsidentschaft
bernahm, haben beide Richtungen ihren berufenen Vertreter ge-
unden, wie er denn überhaupt als Typus des modernen Ameri-
aners gelten kann. Er entstammt einer altholländischen Familie
New Yorks (geb. 1858), von altem Wohlstande, und war, im
Gegensatz zu seinen Vorgängern, im Vollbesitz der klassischen
merikanischen Bildung, die er an der Harvarduniversität erworben
at. Auch literarisch ist er eifrig tätig gewesen, und hat mehrere
Werke über amerikanische Geschichte, vor allem die Besiedlung
es Westens, sowie über Cronwell veröffentlicht. Aber daneben
atte er sich sogleich mit der ganzen Energie seines Charakters
n den Kampf gegen die Korruption geworfen, zunächst (1881 bis

1884) als Mitglied der Legislatur des Staats New York in Albany, einer der korruptesten Körperschaften dieser Art, von deren wüstem Treiben er eine höchst ergötzliche Schilderung gegeben hat[1]), schließlich nach dem spanischen Krieg als Gouverneur dieses Staats. So hatte er eine angesehene Stellung innerhalb der Partei gewonnen; aber eben deshalb war er den Politikern unbequem, und so suchten sie ihn auf das tote Gleis der Vizepräsidentschaft zu schieben. Wider Erwarten hat er diese Stellung angenommen; und jetzt fügte es das Geschick, das ihm wenige Monate nach Antritt seines Amts die Regierung zufiel.

Mit Roosevelt kam ein kräftigerer Zug in die Regierung; im Gegensatz zu dem phlegmatischen McKinley nahm er für sich die Initiative, die Führung der öffentlichen Meinung in Anspruch. In den äußeren Formen trat er durchaus als Anwalt der Friedensidee auf, und im Jahre 1906 hat er als Lohn dafür den Friedenspreis der Nobelstiftung erhalten. Aber dieser Friede sollte so gestaltet sein, wie ihn die Union verlangte; in Wirklichkeit wurden deren Ansprüche ständig erweitert. In einer Botschaft an den Kongreß am 2. Dezember 1901 nahm er die von Olney und Cleveland aufgestellte Interpretation der Monroedoktrin wieder auf: die Vereinigten Staaten können den europäischen Mächten jede Einmischung in die Angelegenheiten der beiden amerikanischen Kontinente verwehren. Sie werden zwar einen Staat, der sich gegen eine auswärtige Macht ungebührlich verhalten hat, nicht vor Strafe schützen, wohl aber keine Landabtretung dulden, und ebensowenig die Erzwingung irgendwelcher Handelsbestimmungen. Sie wollen zwar keine Militärmacht werden, wohl aber ist es nötig, ihre Kriegsflotte zu verstärken, damit sie kraftvoll auftreten können.

Nach diesen Grundsätzen hat Roosevelt gehandelt, als er 1902 die Blockade Deutschlands und Englands gegen Venezuela und dessen gewalttätigen Präsidenten Castro zuließ und ein vermittelndes Einschreiten ablehnte. Auch sonst befolgte er gegen Deutschland eine wohlwollende Haltung und sprach von dem Kaiser mit aufrichtiger Hochachtung; das führte zu dem Besuch des Prinzen Heinrich als Stellvertreter des Kaisers in Amerika 1902, dessen günstiger Erfolg freilich durch den von der unfähigen deutschen Diplomatie zugelassenen Mißgriff, eine Statue Friedrichs des Großen nach Washington zu schicken, gutenteils vereitelt wurde — die Amerikaner betrachteten es begreiflicherweise als eine Beleidigung, daß ihnen das Standbild eines Monarchen auf-

[1]) In der Sammlung einer Anzahl von Aufsätzen unter dem Titel American Ideals und other Essays.

gedrängt wurde, der sie im übrigen wenig anging und im Unabhängigkeitskriege nicht gewagt hatte, ernsthaft für sie einzutreten. England versuchte ununterbrochen, gegen Deutschland zu schüren; daß England während des spanischen Krieges ein Einschreiten der europäischen Mächte herbeizuführen versucht hatte und dann erst umgeschwenkt war, wurde vertuscht, dagegen behauptet, Deutschland habe den Amerikanern in die Arme fallen wollen; und die Kooperation Englands mit Deutschland gegen Venezuela wurde von der englischen Opposition und der Presse, vor allem der Times, aufs schärfste angegriffen. Aber zunächst hatte diese Agitation in Amerika wenig Erfolg; vielmehr trat man hier nachdrücklich gegen die englischen Forderungen betreffs des interozeanischen Kanals auf. Nach langen Verhandlungen hat England im Vertrage vom 22. Februar 1902 alle Ansprüche auf eine Kontrolle des Kanals fallen lassen und den Amerikanern freie Hand gegeben; sie erhielten sogar das Recht, an ihm Befestigungen anzulegen und andern Mächten seine Benutzung zu verbieten. Inzwischen war die Lessepssche Kanalgesellschaft finanziell zusammengebrochen; und jetzt griff Amerika zu demselben Mittel wie zuvor in Hawai.* In Panama wurde am 3. November 1903 eine unblutige Revolution gegen die Republik Columbia, zu der es bis dahin gehörte, angezettelt, Panama für eine selbständige Republik erklärt und unter den Schutz der Union gestellt. Tatsächlich wurde der neue Staat ihr Untertan, und Roosevelt erklärte denn auch in einer Botschaft vom 10. November 1903 ganz offen, die Union hätte unmöglich länger auf die kleinlichen Intrigen derer Rücksicht nehmen können, denen der Zufall der örtlichen Lage die Herrschaft über das Kanalgebiet gegeben habe. Der Plan, in derselben Weise auch die Mulattenrepublik San Domingo zu annektieren (1906—1907), ist dann freilich vom Senat abgelehnt worden. Der Ankauf der dänischen Inseln in Westindien dagegen wurde vom dänischen Landsting abgelehnt (1902); aber den Dänen wurde verboten, dieselben an irgendeine andere Macht zu veräußern, und während des Weltkriegs haben sie 1916 dem Druck nachgegeben und die Inseln an die Union für 25 Millionen Dollars verkaufen müssen; am 31. März 1917 ist die amerikanische Flagge auf ihnen gehißt worden. Eine neue Revolution in der Negerrepublik Haiti im Jahre 1914 gab dann den Anlaß zur Besetzung ihrer Hauptstadt Port au Prince (August 1915), und 1916 wurde sie und ebenso San Domingo in ähnlicher Weise wie Kuba und Panama ein Vasallenstaat: die Union garantiert ihnen Integrität, und übernimmt dafür die Finanzkontrolle und die Polizeigewalt. Daneben wurden die panamerikanischen Tendenzen eifrig weiter gefördert (vgl. o. S. 107). Als dann freilich auf dem Kongreß

in Rio de Janeiro 1906 der argentinische Minister Drago den Grundsatz aufstellte, es solle keinem auswärtigen Staat gestattet sein, zur Eintreibung von Schulden gegen eine amerikanische Republik Gewalt zu gebrauchen, hat die Union sich doch geschämt, diese „Dragodoktrin“ ohne weiteres zu sanktionieren; man begnügte sich, vorher ein schiedsgerichtliches Verfahren zu fordern. Schon vorher hatte Roosevelt, als Frankreich gegen Venezuela vorging (Ende 1905), sich gegen eine Besetzung von Zollhäusern amerikanischer Republiken durch fremde Mächte erklärt, war aber damit im Kongreß bei den Demokraten auf Widerspruch gestoßen. In den zentralamerikanischen Republiken, wie Honduras und Nikaragua, dominiert der Einfluß des amerikanischen Kapitals und seiner Handels- und Schiffahrtsgesellschaften vollkommen; Nikaragua wurde 1916 gezwungen, der Union eine Flottenstation am Stillen Ozean und das alleinige Recht eines Kanalbaus zu bewilligen, wodurch jeder Versuch, dem Panamakanal Konkurrenz zu machen, im Voraus vereitelt ist. Auch in die fremden Erdteile griff Amerika weiter ein; im Jahre 1910 wurde unter Taft das bis dahin herrenlose Spitzbergen mit seinen Kohlengruben annektiert, und das Protektorat über die Negerrepublik Liberia in Afrika verkündet.

Inzwischen nahm der amerikanische Handel immer größeren Aufschwung, die Industrie gewann neue Absatzgebiete in Ostasien, in Rußland, in Europa, in scharfer Konkurrenz mit England und dem emporstrebenden Deutschland. Um so weniger konnte sich die Politik den internationalen Beziehungen fernhalten; man schloß zahlreiche Handels- und Schiedsgerichtsverträge, die Union nahm z. B. an der Konferenz über Marokko in Algeciras 1905 teil, sie intervenierte 1902 für die rumänischen Juden und erließ, dem Drängen der Judenschaft entsprechend, scharfe Noten gegen die Judenpogroms in Rußland, die von diesem mit ironischen Hinweisen auf die amerikanischen Lynchgerichte beantwortet wurden, sie trat für die Mission in Syrien und Armenien ein und nahm daraus Anlaß zu Vorstellungen an die Türkei und gelegentlicher Entsendung von Kriegsschiffen an die syrische Küste. Vor allem bedeutsam aber wurde der Gegensatz gegen Japan. Durch die Besetzung von Hawai, der Philippinen, von Guam und Tutuilu im Samoagebiet war die Union eine Macht auf dem pazifischen Ozean geworden, und damit in scharfe, wenn auch zunächst latente Rivalität mit Japan getreten, eine Rivalität, die durch Kaliforniens Auftreten gegen die japanischen und chinesischen Einwanderer noch weiter verschärft wurde. Die immer bedeutender anwachsenden Handelsinteressen in China kamen hinzu; um ihretwillen hat die Union an der bewaffneten Intervention gegen den

Boxeraufstand in China 1900 mit den europäischen Mächten zusammen teilgenommen, und hier die Politik der „offenen Tür“, den Deckmantel für jede rücksichtslose Interessenpolitik, vertreten. Eben darum wurde der Bau des Panamakanals mit Eifer gefördert, der es ermöglichen sollte, die amerikanische Flotte im Stillen Ozean zusammenzuziehn. Aus demselben Grunde ist Roosevelt im russisch-japanischen Krieg als Vermittler aufgetreten und hat erreicht, daß die Friedensverhandlungen auf amerikanischem Boden, in Portsmouth in New Hampshire geführt wurden (5. September 1905); dabei hat die Union die Ansprüche Japans nach Möglichkeit zurückgedrängt und durchgesetzt, daß Rußland nur verhältnismäßig milde Bedingungen auferlegt wurden, daß es vor allem keine Kriegsentschädigung zu zahlen brauchte. In Japan schuf dies Verhalten eine tiefgehende Mißstimmung gegen die Union; der Ausbruch eines Kriegs zwischen beiden schien, wenn auch nicht unmittelbar, so doch in absehbarer Zeit bevorzustehn. Da ist der Weltkrieg dazwischengetreten. Über das Verhalten Japans wurde durchweg mit argwöhnischer Wachsamkeit verfolgt; als eine japanische Fischereigesellschaft an der Magdalenebay im mexikanischen Kalifornien Grundbesitz erwerben wollte, erhob eine Resolution des Senats (2. August 1912) dagegen Einspruch. Ähnliche Vorgänge haben in den ersten Jahren des Weltkriegs gespielt, über die völlige Klarheit zu gewinnen von hier aus nicht möglich gewesen ist.

Die eigentliche Triebfeder der imperialistischen Politik Roosevelts war das Streben, die Union zu einer der maßgebenden Weltmächte zu erheben, die im Gefühl ihrer Kraft jede Abhängigkeit vom Ausland, und sei sie auch nur kommerzieller Natur, auf dem gesamten amerikanischen Kontinent schroff zurückweist, dagegen in der übrigen Welt ihre Ansprüche überall rücksichtslos durchsetzt. Eben darum bekämpfe er mit allem Nachdruck den sentimentalen, weichlichen und weibischen Geist, der in die Nation eingedrungen ist, und wer, trotz aller schön klingenden Redensarten, ein entschiedener Gegner der pazifistischen Strömung: Ermannung, Erweckung des kriegerischen Geistes, wie ihn die Vorfahren bei der Eroberung des Kontinents und der Gewinnung der Unabhängigkeit betätigt haben, und daher Entwicklung der Streitkräfte zu Lande und zur See ist das Ziel, das er unablässig vor Augen hatte, in seinen Handlungen, wie in seinen Reden und Schriften. In der innern Politik war er nach wie vor ein energischer Verfechter der Reform und Bekämpfer der wie eine Hydra immer von neuem ihr Haupt erhebenden Korruption; er hat versucht, wie auf der einen Seite die Anarchisten, denen sein Vorgänger zum Opfer gefallen war, so auf der andern ihrem

Gegenbild, den immer mächtiger anschwellenden Trusts, den großen Verbänden der führenden Geschäftsleute zur Aufrichtung eines den Markt unumschränkt beherrschenden Monopols, nachdrücklich entgegenzutreten, allerdings dieser gewaltigen Macht gegenüber nur mit sehr geringem Erfolg. Die Masse des amerikanischen Volks stand, trotz aller Opposition im einzelnen, hinter ihm; bei der Wahl von 1904 ist er mit einer Majorität gewählt worden, wie seit Washingtons Zeiten noch kein Präsident vor ihm.

Die Politik Roosevelts enthielt eine Spitze gegen England, die einzige europäische Macht, die noch in Amerika selbständig auftreten kann und in der Tat zugleich eine amerikanische Macht ist. Wie in der Kanalfrage, so gab es in den Beziehungen zu Kanada, ferner über die Fischereirechte bei Neufundland, über die Grenze gegen Alaska, wohin die dort 1897 am Klondyke entdeckten reichen Goldminen denselben Strom von amerikanischen Abenteurern und Pionieren führten, wie früher nach Kalifornien, und sonst mancherlei Reibungsflächen; dazu kam der erbitterte Haß der amerikanischen Iren gegen die Unterdrücker und Ausbeuter ihrer Heimatinsel. Aber mit großem Geschick hat die englische Politik verstanden, den hier drohenden Konflikten aus dem Wege zu gehn. Je mehr sie empfand, daß sie einen Krieg mit der Union nicht führen dürfe, und je stärker der Gegensatz gegen Deutschland in den Vordergrund trat und zum beherrschenden Moment der englischen Politik wurde, um so nachgiebiger wurde sie gegen Amerika. Gleichzeitig hetzte die Presse und der von England beherrschte Telegraph die Stimmung gegen Deutschland ständig auf, betonte dagegen aufs stärkste die einigenden Momente, die Gemeinsamkeit der Sprache und Literatur, der Sitten und der politischen Gestaltung. Eifrige Unterstützung fand sie dabei durch Frankreich und die Propaganda der alliance française, während Deutschland auf diesem Gebiet in Amerika wie sonst überall vollständig versagte. Allerdings machten seine offiziellen Vertreter den Amerikanern ein Kompliment nach dem andern, sie verleugneten die deutschen Interessen, um nur ja die Amerikaner nicht zu verletzen, sie gaben in dem 1905 eingeführten Professorenaustausch die Vorrangstellung der deutschen Universitäten leichtfertig preis; aber sie gewannen dadurch weder die Zuneigung noch die Achtung der Amerikaner. Im Gegenteil, die Verbeugungen, die den typischen Charakter des sich in eine vornehme Gesellschaft eindrängenden Parvenüs trugen, waren so plump, daß sie nur den Eindruck erzeugen konnten, daß entweder Deutschland so schwach sei, daß es um gnädige Berücksichtigung betteln müsse, oder aber, daß sich dahinter ganz arge Absichten verbärgen und man daher

doppelt auf der Hut sein müsse. Da man überdies teils aus bürokratischem Hochmut, teils aus übel angebrachter Sparsamkeit verschmähte, auf die Presse Einfluß zu üben und nach englischem Vorbild geschickte Telegramme nach Amerika zu senden, trotz dringender Mahnungen wohlmeinender Amerikaner, und nichts dagegen tat, daß die amerikanische Presse ihre Nachrichten über Deutschland ausschließlich aus englischen Quellen und aus dem schlimmsten deutschen Hetzblatt, dem „Berliner Tageblatt" schöpfte, das alles Deutsche systematisch in den Kot zog, so wurde die für Deutschland günstige Stimmung weiter Kreise namentlich unter den Gebildeten, die an deutschen Universitäten studiert hatten, und die Achtung, welche sich das deutsche Reich durch seine Kraftentfaltung und seine gesunden staatlichen und kommunalen Einrichtungen, durch seine Kulturleistungen und seine Sozialpolitik gewonnen hatte, nicht ausgenutzt, und die Gegner sowie die Rivalität der kommerziellen und industriellen Kreise konnten sie systematisch untergraben.

Den Engländern dagegen gelang es, die starke, durch ihr Verhalten im Bürgerkriege noch wieder gesteigerte Abneigung der Amerikaner allmählich zu besänftigen und in weiten Kreisen zu überwinden, vor allem im Osten. Von entscheidender Bedeutung ist geworden, daß England im Jahre 1911 (13. Juli) sein Bündnis mit Japan dahin abänderte, daß die Verpflichtung zur Hilfeleistung gegen eine Macht, mit der einer der beiden Staaten einen Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen hatte, nicht gültig sein sollte. Allerdings ist der Schiedsgerichtsvertrag, den Präsident Taft 1911 mit dem englischen Minister Grey verabredet hatte und in den Frankreich eingeschlossen war, an dem Widerspruch der Iren und der Deutschen, die in ihm mit Recht eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands erblickten, gescheitert und vom Senat so abgeändert worden, daß er ziemlich bedeutungslos wurde. Trotzdem bestand auf beiden Seiten kein Zweifel, daß durch das neue Abkommen mit Japan diesem für den Fall eines Kriegs mit der Union die englische Hilfe entzogen, diese vielmehr tatsächlich den Amerikanern gesichert war. Ihren Höhepunkt erreichte dann die Sympathie für England in der Jahrhundertfeier des Genter Friedens zu Weihnachten 1914; seit einem Jahrhundert, so wurde verkündet, mit starker Entstellung der geschichtlichen Wahrheit, habe es zwischen den beiden Brudervölkern keinen ernstlichen Konflikt mehr gegeben, der alte Hader sei längst begraben.

Roosevelts Nachfolger wurde sein Kriegsminister Taft (1909 bis 1913); denn der Gedanke, ihn selbst nochmals zu wählen, weil er in seinem ersten Termin nur als Vizepräsident gewählt war, wurde doch als den wirklichen Tatsachen nicht gerecht abgewiesen.

Für einen Mann seiner Art, mit dem ungestümen Drang zu leitender politischer Tätigkeit, gab es jetzt keine geeignete Stellung mehr. So trat er zunächst eine Reise nach Afrika und Europa an, um das Publikum mit sensationell zugespitzten Reporterberichten über seine Jagdabenteuer und Besuche an den europäischen Höfen zu überschütten. Aber nach seiner Rückkehr hielt er es nicht lange in der Zurückgezogenheit aus, sondern stürzte sich aufs neue mit Eifer in den politischen Kampf. Taft war ein tüchtiger Verwaltungsbeamter gewesen, aber zum politischen Führer wenig geeignet. Die Stellung des Präsidenten war durch Cleveland und Roosevelt wesentlich gehoben, und diesen gesteigerten Anforderungen vermochte er nicht zu genügen, seine kühle Natur erzeugte im Volk keine Resonanz. Er versuchte Roosevelts Politik fortzusetzen, nur, wie schon erwähnt, mit stärkerer Hinneigung zu England; aber überall stieß er auf starke Opposition, bei dem Schiedsgerichtsvertrag mit England nicht minder wie bei dem von Kanada abgelehnten Handelsvertrag (1911, s. o. S. 107) und in dem Kampf gegen die Trusts. Der hohe 1909 angenommene Schutzzolltarif (Payne-Aldrich-Tarif), der viele ganz maßlose Sätze enthielt und durch seine komplizierten, in der Praxis geradezu unausführbaren Vorschriften, die alle Einfuhr auch der gewöhnlichen Reisenden unter die schärfste Kontrolle stellten, geradezu zu Umgehungen und Betrug aufforderte, stärkte die demokratische Opposition, die bei den Senatswahlen 1900 einen großen Erfolg errang. Dazu kam ein Bruch in den Reihen der Republikaner: im Repräsentantenhaus lehnte sich ein Teil derselben, namentlich aus dem Westen, gegen die tyrannische und korrupte Geschäftsführung des langjährigen Parteiführers (und daher zugleich Sprechers des Hauses) Cannon auf und griff ihn sowie die Regierung aufs schärfste an. Dieser neuen Partei der „Insurgenten" oder „Progressisten" schloß sich Roosevelt an, und ließ sich alsbald zu immer leidenschaftlicherem Kampf hinreißen. Er stellte ganz radikale Forderungen auf, so eine Kontrolle der richterlichen Urteile durch Volksabstimmung, und bot das traurige Schauspiel eines Staatsmanns, der durch an sich berechtigten Ehrgeiz auf das Niveau des Demagogen, des „Politikers" im amerikanischen Sinne, herabsinkt. So wandten sich weite Kreise von ihm ab und er erlitt bei Wahlen viele Niederlagen. Trotzdem wurde er als Präsidentschaftskandidat aufgestellt, während der Rest der Partei die Wiederwahl Tafts durchzusetzen suchte. Die Folge dieser Zersplitterung war, daß der demokratische Kandidat Wilson den Sieg davon trug (November 1912)[1]; den bisherigen Kan-

[1]) Wilson erhielt 6 287 000 Stimmen, Roosevelt 4 125 000, Taft 3 475 000. Die Majorität der Wähler war also nach wie vor republikanisch. Von Wahl-

didaten Bryan, der mit der Silberfrage untrennbar verknüpft und daran in den drei vorhergehenden Wahlkampagnen gescheitert war, hatte die Konvention nach langen Scheinverhandlungen fallen lassen, er wurde dafür in üblicher Weise durch den Posten des Staatssekretariats im neuen Kabinett entschädigt.

Hier halten wir inne, um uns der Betrachtung der inneren Gestaltung der Union zuzuwenden; auf die Vorgänge unter Wilsons Regierung und ihren Eintritt in den Weltkrieg werden wir dann am Schluß zurückkommen.

---

männerstimmen dagegen erhielt, infolge des Wahlverfahrens, durch das in jedem Staat die Majorität alle Wahlmänner ernennt und die Minorität ausscheidet, Wilson 435, Roosevelt 88, Taft 8.

II. Wirtschaft, Kultur und Nationalcharakter.

Umfang und physischer Charakter des Gebiets.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der größte Bundesstaat, den die Weltgeschichte kennt. Zunächst kommt ihnen das Deutsche Reich; aber dessen Flächeninhalt (540 858 qkm) wird von dem der Union (7 839 064 qkm ohne Alaska, das $1^1/_2$ Mill. qkm umfaßt) nahezu fünfzehnmal übertroffen. Unter den Großstaaten der Erde nehmen sie, wenn Alaska mit eingerechnet wird, nach dem britischen Weltreich und den gegenwärtig in voller Auflösung begriffenen Reichen Rußland und China die vierte Stelle ein; ihnen zunächst kommt das noch im Anfang seiner Entwicklung stehende, gleichfalls als Bundesstaat organisierte Brasilien ($8^1/_2$ Mill. qkm). Ihr Gebiet umfaßt über ein Drittel, mit Einrechnung Alaskas sogar nahezu die Hälfte des nordamerikanischen Kontinents, es erstreckt sich von einem Ozean zum andern, von den Grenzgebieten der subarktischen Zone bis dicht an die Tropen.

Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich allerdings, wenn wir die Bevölkerungszahl und die Besiedlung des Landes berücksichtigen. Die Union hatte im Jahre 1910 92 Mill. Einwohner, noch nicht anderthalbmal soviel wie das Deutsche Reich (65 Mill.); hier kommen im Durchschnitt 120, in der Union nur $11^3/_4$ Einwohner auf den qkm. Landwirtschaftlich benutzt ist von dem Gesamtareal nur etwa der vierte Teil (fast 2 Mill. qkm), gegen zwei Drittel in Deutschland; etwa ebensoviel liegt völlig öde, und ein noch größeres Gebiet ($2^1/_5$ Mill. qkm) ist von Waldungen, fast durchweg wildwachsendem Wald ohne forstwirtschaftliche Pflege, bedeckt. Dabei bestehn die größten Gegensätze zwischen den einzelnen Gebieten. In dem alten Kulturland des Nordostens ist die Besiedlung ziemlich dicht, im Durchschnitt 59 auf den

qkm[1]); in den Staaten an und im Felsengebirge und dem Wüstenplateau sinkt sie auf 2 und 1 und in Neumexiko, Arizona, Wyoming, Nevada auf 1/2 und noch weniger herab.

Zum großen Teil liegen die Ursachen in der von der Natur gegebenen Beschaffenheit des Bodens. Neben den fruchtbaren Landschaften der Ostküste, den fruchtbaren Tälern der Alleghanies, und den zum Teil äußerst ertragreichen weiten Gebieten östlich vom Mississippi bis zum Golf hinab, nebst Teilen von Louisiana, Oklahoma, Texas u. a. stehn die erst im letzten halben Jahrhundert der seßhaften Kultur erschloßnen Prärielandschaften westlich von dem Riesenstrom, in denen die Wasserarmut eine intensivere Bodenkultur kaum ermöglicht. Denn die langgestreckten breiten aber dünnen Flußläufe, die von keinen Gletschern gespeist werden, da das Felsengebirge trotz bedeutender Höhe die Schneegrenze nicht erreicht, können immer nur ein kleines Gebiet befruchten und versiegen im Sommer oft fast vollständig; Regen- und Schneefall ist sehr gering, und so reicht alle menschliche Arbeit und Erfindungsgabe nicht aus, um das ganze Land der Bebauung zu erschließen. Die zahlreichen artesischen Brunnen, auf die man angewiesen ist, geben doch nur da genügende Aushilfe, wo unterirdische Flußläufe vorhanden sind, die sich unter und neben den Strombetten hinziehn. Und dahinter liegt dann das gewaltige Wüstengebiet zwischen dem Ostrand des Felsengebirges und der Sierra Nevada, an das sich große Wüsten und kahle Einödden weithin in Kalifornien, Arizona, Neumexiko und dem westlichen Texas anschließen. Daß auch hier manche Gebiete für eine intensive Kultur gewonnen werden und reichen Ertrag liefern können, haben die Mormonen in Utah erwiesen, und ebenso ist z. B. in Kalifornien die Wüste des San Joaquintals durch künstliche Bewässerung in ein ertragreiches Kulturland verwandelt worden, in Arizona das Gebiet von Phoenix, in Nevada Bezirke am Humboldtriver bei Wadsworth, wo durch einen gewaltigen Kanal ein umfangreiches Gebiet der Besiedlung erschlossen ist, so daß in den letzten Jahren die Bevölkerung des Staats Nevada wieder beträchtlich gewachsen ist. Aber dabei kann es sich doch immer nur um größere oder kleinere Oasen in der riesigen, mit Gestrüpp bedeckten Felswüste handeln, zumal da ein Strom wie der mächtige Colorado mit seinem tief eingeschnittenen Canon — auf eine Strecke von 349 km durchfließt er einen 1000—1500 m tiefen, jäh abstürzenden Erdspalt — und seinem reißenden Gefäll für die Landeskultur völlig wertlos ist. Mit welchen Schwierigkeiten

[1]) Im Staat New York 72, in Massachusetts 155 (im Königreich Sachsen 320, in der Rheinprovinz 263, in England und Wales 239).

man hier zu kämpfen hat, illustriert anschaulich die Tatsache, daß die Santa-Fé-Eisenbahn das Wasser, das sie zur Heizung ihrer Maschinen braucht, auf eine Strecke von mehr als 24 Stunden Schnellzugfahrt von Los Angeles an der Küste des südlichen Kaliforniens bis auf das Plateau von Arizona beim Grand Canon des Colorado hinaufschaffen und in Bassins aufspeichern muß. So begreift es sich, daß auch in einem Staat wie Colorado, der zunächst durch die Goldsucher entstanden ist und immer noch eine turbulente Bergwerksbevölkerung enthält, aber doch bereits eine gewisse Kultur erreicht hat und in Denver eine ansehnliche Hauptstadt in modernem Stil besitzt, trotz umfassender Bewässerungsanlagen die Kulturfläche nur 2,1 % des Gesamtareals bildet; alles andre ist teils eine unermeßliche Felswüste mit einer Unzahl von Bergwerkstädten und vorübergehenden Ansiedlungen (mining camps) von Goldsuchern, teils die weite Prärie am Oberlauf der dürftigen Wasseradern, die dem Missouri zuströmen, in der nur weit zerstreute armselige Ansiedlungen von Viehzüchtern (ranches) nebst primitiven Bahnstationen zu finden sind.

Aber mit diesen mehr oder weniger unabänderlichen Naturbedingungen wirken andere Faktoren zusammen, die auf der wirtschaftlichen Struktur und den Anschauungen und Lebensformen des Amerikaners beruhen; und ihrer Betrachtung haben wir uns zunächst zuzuwenden.

Die Besiedlung und die Landwirtschaft.

Mit dem Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts ist die Erschließung und Besiedlung des Landes im wesentlichen zum Abschluß gekommen. Das letzte Gebiet fruchtbarsten Kulturlands, das der Besiedlung freigegeben wurde, ist das 1889 und 1905 eröffnete ehemalige Indianerterritorium, der jetzige Staat Oklahoma. Im Jahre 1889 haben sich hier die bei der Besitznahme von Neuland herkömmlichen Vorgänge noch einmal in geradezu typischer Weise abgespielt: in Scharen standen die Landhungrigen an der Grenze, sobald dieselbe geöffnet wurde, stürzte ein jeder auf das Grundstück, das er in Aussicht genommen hatte — die einzelnen Landlose waren vorher auf der Karte rechtwinklig abgeteilt —; wer zuerst kam, war Eigentümer. Die Folge waren zahlreiche Gewalttaten, die nicht selten zu Blutvergießen führten, und weiter eine Fülle von Prozessen, die noch jetzt den Advokaten ein reiches Einkommen verschaffen und oft, bei dem Fehlen aller Dokumente, rechtlich garnicht zu entscheiden sind. 1905 ist man geregelter vorgegangen: die Landlose wurden vorher verteilt und konnten

friedlich in Besitz genommen werden. An den geeigneten Stellen wuchsen dann die Städte rasch empor, wie Oklahoma City im Westen, Muskogee im Osten; als ich 1910 in ersterem war, an einer Stelle, wo grade die Grundlinien eines großen Schlachthauses abgesteckt wurden, drängten sich die Scharen der Landagenten mit ihren Tabellen heran, die Parzellen für geringes Geld zum Ankauf anboten.

Es gibt natürlich in der Union noch viel Land, das unter Kultur genommen werden kann; und wir haben schon gesehn, wie mächtig der Mensch überall eingreift und das Antlitz der Erde von Grund aus umgestaltet. Wüsten werden durch Kanalisation in fruchtbaren Boden verwandelt, Flußläufe durch Stauwasser dienstbar gemacht, artesische Brunnen gebohrt. Die Prärie existiert nicht mehr; gelegentlich sind in ihr sogar kleine Waldungen angepflanzt, die die monotone Landschaft wenigstens etwas beleben und den nicht unterrichteten Beschauer zu dem Glauben verführen, sie seien hier bodenständig. Die riesigen Büffelheerden sind seit der Eröffnung der den Kontinent durchquerenden Bahn in wüster Schlächterei vollkommen ausgerottet und werden nur noch in Naturparks, wie dem von Yellowstone, künstlich gehalten — ein Schicksal, das auch die afrikanischen Elefanten durch die Elfenbeinjäger und mehr noch durch den sinnlos betriebenen Jagdsport der Engländer und Amerikaner alsbald ereilen wird. So ist immer noch reichlich Raum nicht nur für eine dichtere Besiedlung sondern auch für erste Erschließung und Urbarmachung vorhanden. Aber der Hauptteil und der beste Teil des Landes ist fast durchweg in Privateigentum übergegangen, durch Okkupation, durch Verkauf, durch Schenkungen, vor allem an die Bahngesellschaften, an Universitäten und Schulen u. a.; was der Regierung noch zur Verfügung steht, ist größtenteils minderwertig und daher wenig verlockend. So findet der Heißhunger nach Neuland im Unionsgebiet keine ausreichende Befriedigung mehr; daraus erklärt sich die starke Auswanderung nach dem neuerschlossenen Ackerland des inneren Kanada (S. 103).

So groß die Rolle ist, welche die Landwirtschaft bei der fortschreitenden Besiedlung gespielt hat und noch immer spielt, so sind die Amerikaner doch kein wirkliches Bauernvolk. Abgesehn von einzelnen Bezirken, wie den Pfälzer Kolonien im westlichen Pennsylvanien, fehlt vielmehr der seßhafte, viele Generationen hindurch mit seiner Scholle verwachsene Bauer vollständig, und ebenso seine typische Siedlungsform, das Dorf. An seine Stelle treten die Einzelhöfe (farms), die zu weitausgedehnten politischen oder religiösen Gemeinden (towns) zusammengefaßt sind, mit einer isoliert inmitten des Bezirks gelegenen Kirche. Das domi-

nierende Element des amerikanischen Lebens aber ist die Stadt, die sich mit der fortschreitenden Besiedlung immer weiter vorschiebt. Im Westen, an den primitiven Bahnstationen und bei den Bergwerken, ist der Kern, aus dem sie erwächst, noch überall sichtbar: ein paar Geschäftshäuser, die Druckerei für die Zeitung, eine Unzahl wüster Wirtschaften (saloons), ein Postbüro, und vielleicht noch ein paar dürftige Wohnhäuser aus Holz oder Fachwerk, die Wege starrend von Schmutz und mit Brettern belegt, damit die Passanten notdürftig durchkommen können. Aber solche Ortschaften sind als Centren des Verkehrs und der Verbindung mit der übrigen Welt ganz unentbehrlich. Diese wird durch die Bahn geschaffen, die die unerläßliche Vorbedingung für die Entstehung der Ortschaften ist: die Entwicklung geht gerade den umgekehrten Weg wie bei uns, die Bahn erzeugt die dem Verkehr dienenden Gebäude der Ortschaften, dann folgen die Wohnhäuser und zuletzt, und meist in ganz unentwickeltem Zustand verharrend, die Straßen und Landwege.

Daher ist das Bahnnetz in der Union, und oft gerade in den dünner besiedelten Staaten, in einem Umfang entwickelt, wie nur in den am dichtesten bevölkerten Industriegebieten Europas; nur der Süden ist auch hierin im Rückstand. Wesentlich vergrößert ist es dadurch, daß in weitem Umfang Parallellinien auf große Strecken, selbst in der Wüste, nebeneinander laufen; und hier bestimmt das Gesetz, das vom Unionsgericht streng aufrecht erhalten wird, daß zwei solche Linien niemals in derselben Hand sein dürfen, damit kein Monopol entsteht, sondern die Konkurrenz die Preise niedrig hält. Die Bahngesellschaften bilden natürlich eine gewaltige, vielfach geradezu den beherrschenden Machtfaktor im Lande, der dadurch noch gesteigert ist, daß sie im Besitz weiter Landflächen sind, die ihnen bei der Konzession vom Kongreß überlassen wurden, vor allem im Westen. Sie treiben eine rücksichtslose Interessenpolitik, setzen die Tarife für Personen und Fracht, für Vieh, Getreide, Holz, Kohlen je nach Bedürfniß und nach der Konkurrenz herauf und hinab[1]);

[1]) Charakteristisch für diese Vorgänge ist folgende Erzählung. Ein junger Mann erwirbt eine verkrachte Bahnlinie nach dem Gebirgsland in Wyoming oder Idaho, die dem Viehtransport dienen soll, während die Hauptlinie in den Händen einer großen Gesellschaft ist. Die Folge ist, daß diese ihre Preise immer weiter herabsetzt, um den Konkurrenten, der dem natürlich folgen muß, tot zu machen. Schließlich sind die Preise auf ein lediglich nominelles Minimum herabgebracht, aber er ist noch immer munter und es geht ihm offenbar sehr gut, obwohl seine Bahn von keinem Menschen benutzt wird. Schließlich entdeckt die Gesellschaft, daß er oben alles Vieh aufgekauft hat und nun auf ihrer Linie zu Spottpreisen versendet, während er auf seiner eigenen Linie nur, der Form wegen, täglich einen leeren Zug laufen läßt. Da haben sie ihn zum Kompagnon gemacht.

aber sie haben das Land der Besiedlung erschlossen. Ergänzend kommen dann die Tramways hinzu. Bei der Anlage der Bahnen verfährt man mit der unseren peinlich abwägenden und vorsorgenden Anschauungen kaum begreiflichen Leichtfertigkeit, die alle Unternehmungen der Amerikaner charakterisiert. Die Schienen sind leicht gelegt, die Tunnel so schmal und niedrig, daß der Zug gerade hindurch kann — um die auf den Dächern der Güterwagen beschäftigten Arbeiter zu warnen, steht vor denselben ein galgenartiges Gestell, von dem Lederriemen herabhängen, die ihnen ins Gesicht oder auf den Rücken schlagen, so daß sie sich rechtzeitig niederlegen können —; die Steigungen sind oft so groß, daß die Maschine versagt und der Zug geteilt werden muß. Daher sind schwere Unfälle ganz gewöhnlich, und die Zeit wird im Westen und Süden kaum je eingehalten; das nimmt der Amerikaner als unvermeidlich mit geduldiger Fügung hin. Aber andrerseits scheut man auch vor keiner Schwierigkeit zurück und leistet darin geradezu erstaunliches. So fährt die Bahn von Denver nach Salt Lake City durch den Canon des Arkansas streckenweise auf einer über dem Flußbett in den Felswänden verankerten Unterlage, überquert den Marshall Paß in einer Höhe von 3300 Metern, um dann 24 Stunden lang durch die mit niedrigem Gestrüpp (vor allem sage-brush, Wermutstrauch) bedeckte Wüste zu fahren; und über den großen Salzsee führt eine 37 km lange Eisenbahnbrücke — eine Strecke, so groß wie die von Dover nach Calais —, die jetzt in einen festen Damm verwandelt wird.

Wenn die Verhältnisse günstig liegen, wenn ertragreiche Minen in der Nähe sind oder Wasserkräfte vorhanden sind, wenn hier eine Industrie entstehn kann und Fabriken angelegt werden, so kann sich eine der armseligen Bahnstationen binnen wenig Wochen zu einem ansehnlichen Ort entwickeln und in ein paar Jahren zu einer großen Stadt mit zehntausenden von Einwohnern anschwellen. Damit wird aber zugleich die industrielle Arbeiterbevölkerung dominierend und die Landwirtschaft in den Hintergrund gedrängt.

Aber das entscheidende für die Entwicklung ist, daß die Landwirtschaft von den Farmern nicht als ein naturwüchsiger, ihnen von Geburt an zugewiesener Lebensberuf betrieben wird, mit der Aufgabe, sich und ihre Familie dauernd in der gleichen Lebensstellung zu erhalten, sondern als ein Geschäft wie jedes andere auch. Die „Erstrebung der größtmöglichen Glückseligkeit", d. h. möglichst rasch möglichst viel Geld zu machen, ist eben das Ziel jedes Amerikaners. So wird denn auch die Landwirtschaft durchaus geschäftsmäßig betrieben; den eigenen Lebensbedarf produziert man nicht selbst, sondern kauft ihn auf dem städtischen Markt, während man die Erzeugnisse der Wirtschaft in den

Handel bringt wie jede andere Ware; der Landmann, Eigentümer wie Arbeiter, steht dazu nicht anders wie der Fabrikant oder der Kaufmann.

Daher ist der Betrieb zugleich möglichst extensiv. Wo immer es zulässig ist, werden Maschinen verwendet, und in ihrer Erfindung und zweckmäßigen Herstellung hat bekanntlich Amerika in der Landwirtschaft wie in der Industrie Hervorragendes geleistet. Menschliche Arbeitskräfte dagegen werden nach Möglichkeit geschont; und im übrigen sucht man aus einer möglichst großen Fläche so rasch wie möglich alles herauszuziehn, was die Natur ohne größere eigene Anstrengung bietet, ohne sich um die dadurch herbeigeführte Erschöpfung des Bodens Sorge zu machen. Wenn er versagt und der Ertrag nicht mehr lohnt, sucht man sich einen andern — Land war ja in Fülle vorhanden — oder geht zu einem andern Beruf über; um die Nachwelt kümmert man sich nicht, mag sie sehn wie sie durchkommt; taucht der Gedanke einmal auf, so hilft der naive Optimismus rasch darüber hinweg.

Mit der gleichen Verschwendung geht man auch sonst mit den Naturschätzen um; man wirtschaftet darauf los, als seien sie unerschöpflich. Der ehemalige Präsident Cleveland erzählte mir 1904, er komme eben von der Erschließung einer neuen Erdölquelle; bei der Einweihungsfeier habe man sie angebohrt und das Material in solchem Maße fließen lassen, daß ihm, wie schon öfter, der Gedanke gekommen sei, es wäre doch ganz gut, wenn Amerika einen Kaiser hätte, der nach dem Rechten sähe. Aber, so fügte er als echter Demokrat hinzu, es geht ja auch so und wird sich schon einrichten. Besonders arg wird mit dem Walde gehaust. Die riesigen Wälder werden planlos niedergehauen, um möglichst rasch Geld zu machen, und der echte Amerikaner sieht in einem großen Baum nur den Nutzwert des Holzes und begreift den Eigentümer nicht, der ihn aus ästhetischen Gründen stehen läßt. Die Folge ist, daß die Niederschläge nicht mehr im Boden aufgespeichert werden und in den Flußgebieten die Überschwemmungen immer jäher und verheerender werden. So hat im vorigen Jahrzehnt der Staat einzugreifen begonnen und sucht eine rationelle Forstwirtschaft unter Aufsicht der Union einzuführen, mit welchem Erfolge, steht dahin.

Im Süden wird, um neues Land für die Baumwollenpflanzungen zu gewinnen, der Wald nicht gerodet, sondern einfach niedergebrannt. Der Eigentümer würde das Holz gern verkaufen oder unentgeltlich abgeben, aber die Kosten des Fällens und des Transports sind zu groß, es findet sich niemand, der die Arbeit übernehmen würde, selbst wenn er dazu zahlen wollte. Schon

das Niederbrennen erfordert Geld und viel Zeit: im ersten Jahr wird der Baum angehauen, um zu trocknen, im zweiten die Zweige abgebrannt, im dritten der Stamm selbst angezündet, und so sieht man im Frühjahr, zwischen dem Ende der alten Baumwollenernte und der Anpflanzung der neuen, zahlreiche Baumriesen ohne Zweige, die bei Nacht gespenstisch schwelend erglühn, bis sie plötzlich mit gewaltigem Geprassel zusammenstürzen und den Brand oft weithin verbreiten. Dazu kommen dann die Waldbrände, die überall durch die Funken der Bahnen erzeugt werden und oft genug verheerend sich meilenweit ausdehnen.

So stehn hier, wie überall in Amerika, die primitivsten Lebensformen unmittelbar neben den höchst entwickelten. Denn daneben stehn die modernsten Maschinen im Wirtschaftsbetriebe und eine über alle Mittel der Technik verfügende Industrie, wie neben den Hütten der Neger und den elenden Wohnhäusern der ärmeren Bevölkerung in den Städten die mit allem raffiniertesten Luxus ausgestatteten Paläste und Villen der Reichen und die mit ihnen konkurrierenden Hotels.

Die Stufenfolge der landwirtschaftlichen Betriebe tritt auch geographisch hervor. Den primitivsten Zustand zeigen die großen Weideflächen in der oberen Prärie und in den Teilen von Arizona, Neumexiko u. a., die nicht völlig Wüste sind, mit ihren ranches, in denen das Vieh, vor allem Pferde und Rinder, von den cowboys des wilden Westens in halbwildem Zustande gehütet wird — die Ergänzung dazu bieten die Bergwerke und die Minensucher in den Einöden des Felsengebirges. Dann folgen die Viehtriften der nördlichen Berglandschaften in Idaho, Wyoming usw., die tagtäglich gewaltige Viehmassen in die Schlachthäuser der Großstädte liefern. Längs der dünnen Flußläufe in dem unabsehbaren, sich unmerklich zum Mississippi senkenden Flachland beginnt dann allmählich der Ackerbau. Zwischen den Weiden und dem Ödland tauchen, zunächst vereinzelt, dann häufiger, mit Getreide, Mais oder Klee (vor allem dem kräftigen, mit seinen Wurzeln tief in den Boden dringenden und ihn auflockernden Alfalfa) bestellte Felder auf, meist mit artesischen Brunnen; die Ortschaften werden häufiger, größer und sauberer — während größere Städte wie Omaha oder Kansas City ein abschreckendes Bild des Schmutzes und der vollen Unfertigkeit bieten —, dazwischen liegen dann weit zerstreut die isolierten, meist aus Holz gebauten Farmhäuser. Dann folgen die führenden Ackerbaustaaten in den Landschaften östlich vom Mississippi und im Ohiobecken. Daran reihen sich die Gebiete des Tabakbaus, der Baumwolle und des Zuckerrohrs. Daneben steht die hochentwickelte Obstzucht, in der die Union, ihren klimatischen Verhältnissen ent-

sprechend, alle Sorten einschließlich des Weins und der Südfrüchte in reicher Fülle zu liefern vermag, in den subtropischen Gebieten, namentlich in Florida und in Kalifornien, zum Teil in erstaunlicher Größe, aber eben darum oft nicht so fein und schmackhaft wie die alten Kulturländer Europas. Das Ende der Reihe bilden dann die Gebiete des Ostens mit ihrer Großstadtkultur, in denen aber die Landwirtschaft bereits wieder zurückgeht und daniederliegt, weil sie mit den neuerschlossenen meist fruchtbareren Gebieten nicht konkurrieren können und die Landbevölkerung ausgewandert ist.

Innere Umwandlung der wirtschaftlichen Grundlagen.

Die Frage ist, ob Amerika zu einer intensiveren Wirtschaft mit rationeller Bodenkultur übergehn wird. Das erfordert, daß die großen Farms — die im Westen, z. B. in Dakota, die Besitzer oft garnicht an einem Tage umreiten können — zerschlagen und dadurch ihr Ertrag gewaltig gesteigert und so für eine auf das Vielfache des heutigen Bestandes anwachsende Bevölkerung Raum geschaffen wird, wie sie unter den modernen Kulturverhältnissen, in denen sich die Bevölkerung der meisten Länder Europas im Laufe des letzten Jahrhunderts verdoppelt und zum Teil verdreifacht hat, dem Flächeninhalt entsprechen würde. In Mississippi sagte mir der Besitzer einer großen Baumwollenplantage, die fortschreitende Verbreitung eines Käfers, der die Pflanzen zerstört, werde in letzter Linie heilsam wirken, da sie die Besitzer zwingen werde, nur die besten und widerstandsfähigsten Sorten zu pflanzen, auf die Kultur viel mehr Sorgfalt zu verwenden, und daher zu einer intensiveren Wirtschaft überzugehn und die viel zu großen Plantagen zu parzellieren. Ähnliches mag vielfach vorkommen; aber im allgemeinen scheint die Entwicklung um so weniger dahin zu gehn, da die Besitzer sich das Eigentumsrecht vorbehalten und die abgegebenen Stücke verpachten wollen, der Ansiedler aber ein freies Eigentum zu haben wünscht. So hatten sich denn schon im Jahre 1910 die großen Eisenbahngesellschaften darauf gefaßt gemacht, daß mit dem Anwachsen der Bevölkerung der Getreideexport aus dem Westen aufhören werde und sie bei Zeiten an einen Ersatz dafür denken müßten. Dazu kommt weiter die Anziehungskraft der Großstädte und das ständige Anwachsen der Industrie sowie des kaufmännischen Geschäftslebens, speziell auch des Bankwesens, und des Verkehrs mit all den Aufgaben, die er stellt, und damit die lockenden Aussichten auf raschen gewaltigen Gewinn, die hier dem geboten sind, der Geschick und Glück hat oder auch Verschmitzt-

heit und Gewissenlosigkeit genug besitzt, um die Gelegenheit zu ergreifen, wo sie sich bietet.

Hier reden die Zahlen deutlich genug. Im Jahre 1790 betrug die städtische Bevölkerung 3,4 %, im Jahre 1820 fast 5 % der Gesamtbevölkerung; 1860 war sie auf 16,1, 1890 auf 29,1 % gewachsen, der Zensus von 1900 berechnet sie auf 36,8 % (28½ Millionen), der von 1910 auf 46,3 %, und ununterbrochen schwillt sie weiter an. Darin tritt die mit unheimlicher Schnelligkeit fortschreitende Umwälzung der inneren Struktur und der Lebensbedingungen des amerikanischen Volkes drastisch zu tage. Allerdings besteht zwischen der Bevölkerung einer Großstadt wie New York und Chicago und einer kleinen Landstadt mit ein paar Tausend Einwohnern ein bedeutender Unterschied, obwohl auch in diesen das moderne Element der Erwerbstätigkeit und Lebensgestaltung vielfach durchaus dominiert. Aber grade die Großstädte wachsen am schnellsten und vermehren sich ständig: 1900 zählte man 38 Städte mit mehr als 100000 Einwohnern, 1910 bereits 50, mit zusammen etwas über 20 Millionen Einwohnern (22 % der Gesamtbevölkerung); und unter diesen gehört natürlich der Hauptteil der Arbeiterbevölkerung und dem Proletariat an. So nimmt zwar die Landwirtschaft im Aufbau der Bevölkerung noch immer weitaus die führende Stellung ein — nach dem Zensus von 1900 gehörten ihr fast 36 % der erwerbstätigen Bevölkerung an, 10½ Millionen unter 29¼ Millionen —, aber ihr Verhältnis zu Industrie, Handel und Verkehr geht ständig zurück, in ähnlicher Weise, nur etwas später, wie wir es in Deutschland im letzten halben Jahrhundert erlebt haben[1]). Wie mächtig sich diese Elemente, Industrie, Handel und Geldgeschäft, entwickelt haben und welche Rolle sie spielen, wie das Kapital in den Trusts ein gewaltiges Mittel zur Beherrschung des wirtschaftlichen Lebens geschaffen hat, gegen das die Unionsregierung und die öffentliche Meinung bisher vergeblich anzukämpfen sucht, und wie daneben die mächtigen Einflüsse stehen, die in der New Yorker Börse in Wall Street konzentriert sind, ist bekannt genug und kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Daneben ist die agrarische Grundlage immer noch sehr lebenskräftig und leistungsfähig geblieben, aber sie ist nicht mehr das ausschlaggebende Moment, die modernen Faktoren treten in den Vordergrund, und die Städte beginnen die Landbevölkerung aufzusaugen.

Ganz drastisch tritt diese Entwicklung in dem alten Kulturland von Neuengland und New York zu tage. Diese Staaten

[1]) In Deutschland rechnet der Zensus von 1907 auf die Land- und Forstwirtschaft einschließlich der sehr zahlreichen Fälle, wo diese Tätigkeit nur den Nebenberuf bildet, 28,6 %, gegen 35,8 im Jahre 1895.

sind längst keine Ackerbaustaaten mehr, vielmehr hat sich hier mit der gleichen unheimlichen Schnelligkeit dieselbe Entwicklung vollzogen, die den innern Aufbau Italiens in den zwei Menschenaltern vom Ende des hannibalischen Krieges bis auf die Gracchen von Grund aus umgewandelt hat und auf der dann die Gestaltung des Wirtschaftslebens in der Kaiserzeit beruht. Die Landwirtschaft, ehemals die Basis der Existenz der Kolonien, rentiert nicht mehr und liegt ganz danieder, die Nachkommen der alten Kolonisten sind großenteils in ertragreichere Gegenden, ins Mississippigebiet und nach Kalifornien, ausgewandert. Die Häuser und Gärten der alten Farmen sind jetzt meist Wohnungen städtischer Arbeiter, denen neben den zahlreichen Eisenbahnen und Tramways das Automobil und das Telephon eine rasche Verbindung mit der Stadt ermöglicht, und die daneben vielleicht noch etwas Gemüse bauen und Vieh halten. Die Fischerorte an der Küste sind, wie ehemals in Latium und Campanien, in Badeplätze und Vergnügungsstätten verwandelt, dazwischen liegen die Landsitze der Geldaristokratie. An Stelle der alten Bevölkerung ist ein ständig anwachsender Nachschub eines arbeitenden Proletariats getreten, zunächst Iren und französische Kanadier, dann Italiener, schließlich Griechen, russische Juden, Orientalen aller Art. Wie im Altertum über den Sklavenmarkt, so werden sie gegenwärtig gutenteils durch den sogenannten freien Arbeitsvertrag eingeführt, und hier wie dort bietet sich den kräftigen oder gewandten Elementen vielfach die Gelegenheit, der Reihe nach in die höhern Schichten aufzusteigen. So hat der alte Puritanerstaat Massachusetts jetzt eine katholische Majorität von 69,2 %, und der Prozentsatz der Einwohner, deren Eltern Ausländer sind, wird auf 65—66 % geschätzt, in den Städten sogar auf 78 % [1]).

Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die kleinen Landorte und das flache Land veröden, daß der Wald sich wieder ausbreitet, wie in weiten Teilen Virginias da, wo ehemals Tabakspflanzungen bestanden. So sucht man durch künstliche Mittel, wie in der römischen Kaiserzeit, die Landwirtschaft neu zu beleben und wieder eine kräftige Landbevölkerung zu schaffen. In Massachusetts weist der Staat auf eine rationelle Obstzucht hin und sucht sie durch Ausstellungen und Prämien zu fördern. In New York veranlassen die Eisenbahnen landwirtschaftliche Kurse an der Cornell Universität in Ithaca und senden die Hörer auf ihre

[1]) Nach einer mir 1909 von dem Komitee für innere Mission in Boston gegebenen Mitteilung waren „im Jahre 1904 unter den zu Gefängnisstrafen Verurteilten 39 % fremden Ursprungs, unter den jugendlichen Verbrechern 11 %, unter den Bewohnern der Armenhäuser 43 %." Die Missionen und humanitären Gesellschaften suchen dem nach Kräften entgegenzuwirken.

Kosten hin, um dadurch die Besiedlung der Landorte und die Rentabilität ihrer Bahnlinien wieder zu steigern. Aber dauernden Erfolg wird das schwerlich mehr haben, als die gleichartigen Bestrebungen der römischen Kaiser. Ganz lebendig tritt uns vielmehr hier die in aller Geschichte wirksame Erscheinung entgegen, wie die Stadt, zunächst das Erzeugnis und der Träger einer gesteigerten und weiter fortschreitenden Kultur, durch den Geist des Merkantilismus und Kapitalismus, durch die Industrialisierung der Bevölkerung und die Schaffung eines immer stärker anschwellenden Proletariats neben dem Reichtum und der Intelligenz der höhern Schichten die Lebenskraft der Nation untergräbt und die Landbevölkerung aufsaugt. Damit aber wird nicht nur die Ernährung aus den Produkten des eigenen Landes unterbunden und eine wachsende Einfuhr aus der Fremde erforderlich — diese Erscheinung tritt nur darum in Amerika nicht sinnfällig zutage wie in England, weil hier den städtischen Staaten des Ostens die agrarischen Staaten des Zentrums und Westens mit dem reichen Überschuß ihrer Produktion gegenüberstehn —, sondern, was noch viel verhängnisvoller ist, es wird zugleich der Quell verstopft, aus dem ihr fortdauernd ein gesunder, kräftiger Nachwuchs zuströmt; denn diesen liefert nur das Landvolk, die Stadt absorbiert ihre Bevölkerung. So wird die Stadt zu dem Mittel, durch das die eben durch sie geschaffene Kultur sich selbst wieder zersetzt und dem Untergang weiht, ein Vorgang, der in dem Untergang des Römerreichs und der antiken Kultur sich vollzogen hat und der verhängnisvoll alle Kulturvölker der Gegenwart bedroht.

Ehe wir die Wirkung dieser Entwicklung und die dadurch herbeigeführte Umgestaltung weiter verfolgen, wenden wir uns einer Betrachtung des amerikanischen Lebens und des Volkscharakters zu, wie er auf den bisher geschilderten Grundlagen erwachsen ist.

Die geschichtlichen Traditionen und die Hauptgruppen der Staaten.

Im Gegensatz gegen Europa gilt Amerika als ein Land ohne Vergangenheit und ohne historische Tradition. Das ist natürlich auch ganz zutreffend im Vergleich mit der Jahrtausende umfassenden Geschichte, unter deren bewußter und unbewußter Einwirkung die europäischen Nationen stehn, und gilt von weiten Gebieten im buchstäblichen Sinne: Chicago ist vor 90 Jahren als eine kleine Ansiedlung von etwa 100 Menschen entstanden, und

ist eine Großstadt erst seit einem halben Jahrhundert, San Francisco ist erst seit 1848 entstanden, und an der Universität von Madison in Wisconsin war 1910 ein Student entzückt über das Alter dieser Stadt, in der es Häuser gebe, die schon 25 Jahre alt seien — er hatte in seinem Heimatstaat Idaho, wo er auf dem Lande aufgewachsen war, noch kein Haus gesehn, das mehr als 5 Jahre alt war.

Aber man irrt, wenn man glaubt, daß in den Vereinigten Staaten die geschichtliche Tradition keine Rolle spiele. Die einheimische Entwicklung der Urbewohner des Kontinents freilich schuf höchstens einige romantische Vorstellungen, die gelegentlich, wie bei den Mormonen, sich zu einer religiösen Ausgestaltung verdichten mochten. Wohl aber brachten die Ansiedler aus England die Überlieferung eines Jahrtausends mit sich, und vor allem die Anschauungen und Einrichtungen, in denen sie aufgewachsen waren; und diese Verbindung setzte sich ununterbrochen fort. So galt das englische Recht, wie es sich bis zur Unabhängigkeitserklärung entwickelt hatte, auch für die Kolonien und ist hier dauernd in Gültigkeit geblieben, so daß man in Amerika ganz ebenso wie in England in Rechtsfragen und Prozessen nicht selten auf Parlamentsakte und Präzedenzfälle aus der Zeit der Plantagenets und Tudors zurückgreifen muß. Diese englische Grundfärbung mit den dadurch geschaffenen Lebensformen und daher die geistige und soziale Fühlung mit dem Mutterlande haben die Amerikaner dauernd bewahrt, trotz aller politischen Gegensätze und trotz der gewaltigen Massen fremder Einwandrer, die seit einem Jahrhundert ständig zugeströmt sind; vielmehr ist auch diesen die englische Denkweise und die englische Sitte in weitem Umfang aufgezwängt worden. Zu diesem gemeinsamen Grundtypus kommt dann die Sonderentwicklung der einzelnen Kolonien, deren mannigfache Gegensätze wir kennen gelernt haben. Sie wirkt auch in der Gegenwart noch sehr kräftig nach; eine jede hat ihre Lokaltraditionen, ihre führenden Persönlichkeiten und Familien, und einzelne Momente in ihrer Geschichte, die ihr eigentümlich sind und die sie mit Stolz allen andern gegenüber hervorhebt. Und vergessen darf man nicht, daß die meisten dieser Staaten doch bereits auf eine wechselvolle Geschichte von drei Jahrhunderten zurückblicken. So ist die innere Mannigfaltigkeit doch weit größer, als es bei der äußeren Uniformität zunächst den Anschein hat. Wer Amerika wirklich kennen lernen und von den Einzelstaaten eine begründete Anschauung gewinnen will, muß sich mit diesen Voraussetzungen und Rivalitäten vertraut machen, die den Hintergrund der Anschauungen und Empfindungen bilden und ihm auf Schritt und Tritt in Andeutungen entgegentreten;

er muß, wenn er von Boston nach New Haven oder Providence und von Neuengland weiter nach New York, von dort nach Pennsylvanien und dann nach Maryland, nach Virginia, nach den Carolinas, und schließlich nach New Orleans kommt, wo die altfranzösischen Erinnerungen fortleben und der Stadt ein durchaus eigenartiges Gepräge aufdrücken, jedesmal seine Gedanken anders einstellen.

Und das gilt auch von den neuen Staaten jenseits der Alleghanies bis an und in das Felsengebirge. So schematisch sie meist, nach dem Gradnetz, aus dem riesigen, durch natürliche Grenzscheiden in keiner Weise gegliederten Gebiet des Mississippibeckens herausgeschnitten sind, so bunt zusammengewürfelt und vielfach wechselnd ihre Bewohner sind, so hat sich doch auch in ihnen überraschend schnell ein gesondertes Lokalgefühl und ein Partikularismus gebildet, der politisch — z. B. bei Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten — keineswegs ohne Bedeutung ist. Jeder dieser Staaten hat irgend etwas aufzuweisen, worauf er stolz ist, was vor allem, nach echt amerikanischer Art, das größte und das teuerste seiner Art in der Welt ist, sei es auch nur, wie Jowa, das größte Lehrerseminar; und immer wird man hören: ja, in dem Staat, aus dem Sie kommen, ist das allerdings so; aber bei uns, da ist es ganz anders! Wie weit das Bemühen geht, sich eine geschichtliche Sondertradition zu schaffen, wird drastisch dadurch illustriert, daß in St. Paul, der Hauptstadt von Minnesota, das Kapitol — von dem der die Besucher führende Pförtner mit Stolz rühmt, es sei das einzige öffentliche Gebäude in Amerika, das ohne Unterschleif und genau nach dem Kostenanschlag gebaut sei, und in ihm tage die einzige Legislatur, bei der die Luft rein sei — mit Gemälden geschmückt ist, die die Kämpfe der Franzosen und Indianer gegen die Kolonisten des Ostens verherrlichen.

Wieder ganz anders liegen dann die Traditionen in dem altspanischen Kolonialgebiet, in Texas, Neu-Mexiko, Kalifornien. So sporadisch die Besiedlung war, so ist sie doch nicht ohne Nachwirkung geblieben, weder auf die Indianerstämme noch auf die heutigen Bewohner; hier gibt es Ruinen von Klöstern und Missionen aus dem 18. Jahrhundert, die, so gering ihr Kunstwert sein mag, doch einen eigenartigen, dem übrigen Nordamerika fremden Hintergrund schaffen. In Kalifornien sind die Lebensformen freier und tragen, im Gegensatz zu dem Rigorismus des Engländers und Amerikaners, einen ausgeprägt südländischen Charakter: man sucht das Leben behaglich zu genießen und lebt daher nicht in ununterbrochener Hast ruhelos dahin, man rennt nicht auf den Straßen, sondern geht, man genießt die üppige Natur und das gleichmäßige milde Klima, und setzt sich andrerseits über die durch

immer wieder drohende Erdbeben geschaffene Unsicherheit der Existenz mit einem Gleichmut hinweg, in dem sich die Leichtlebigkeit des Südländers mit dem rücksichtslosen Unternehmungsgeist des Angloamerikaners verbindet. Sehr anders ist dann der Typus von Texas: die höheren Schichten sind amerikanische Südstaatler, die Masse der Bevölkerung aber besteht, wie in Mexiko, aus kupferfarbigen Mischlingen von Weißen und Indianern, und das Straßenbild der Städte, vor allem in San Antonio, macht mit seinen offenen Läden und Werkstätten und dem malerischen Menschengewoge einen durchaus südländischen Eindruck.

Im allgemeinen gliedern sich die amerikanischen Staaten in vier große Gruppen: zunächst die alten, untereinander wieder scharf geschiedenen Kolonien des Nordostens bis zur Mason- und Dixonlinie (S. 7), der Südgrenze Pennsylvaniens. Sodann die zentralen Staaten des Mississippigebiets, die sich als den eigentlichen Schwerpunkt der Union betrachten und auf die Staaten östlich der Alleghanies als halbwegs noch zu Europa gehörig mit einem Gefühl der Überlegenheit herabsehn. Weiter die pazifischen Staaten, unter denen die beiden nördlichen, Oregon und Washington, allerdings einen wesentlich andern Charakter tragen als Kalifornien. Aber gemeinsam ist ihnen, daß sie von dem Hauptteil der Union durch das breite Gebirgsland mit seinen großen Wüsten getrennt sind und ihr Antlitz und Lebensinteresse dem Stillen Ozean zugewendet ist, und daß sie hier durchaus ihre eignen Wege gehn und mit starkem Selbstbewußtsein ihren Willen der Union aufzuzwingen suchen, so in den Beziehungen zu Japan. Sie sind innerlich der Union schwächer verbunden als die übrigen Staaten, und namentlich Kalifornien bildet in der Tat eine Welt für sich; die unmittelbaren Beziehungen zu Europa und seinen politischen Händeln liegen ihm naturgemäß, abgesehn von den Handelsverbindungen, ganz fern. In andrer Weise für sich steht dann der Süden. Die Niederlage im Bürgerkriege war er, nach mannhafter Gegenwehr, bereit, als endgültige Entscheidung hinzunehmen; aber die verbrecherische Politik der Republikaner, die furchtbare Mißwirtschaft der Carpetbaggers und der Neger hat ihn zu der geschlossenen Einheit des Solid South zusammengeschmiedet, der auf Tod und Leben der demokratischen Partei als der einzigen Schutzwehr gegen eine Wiederkehr des Negerregiments verschrieben ist. Indessen ist auch hier der erbitterte Haß, der gar manchem Südstaatler es jahrzehntelang unmöglich machte, mit einem Nordstaatler zusammen zu Tisch zu sitzen, mit dem Heranwachsen einer neuen Generation und der langsamen Besserung der wirtschaftlichen Lage allmählich erloschen, und auch der Norden hat sich bemüht, entgegenzukommen, seine Fehler einzugestehn und die

Eigenart des Südens anzuerkennen. Ganz wesentlich hat zur Stärkung des Nationalgefühls die gemeinsame Aktion im Kriege gegen Spanien beigetragen, in dem nicht wenige Offiziere aus dem Süden sich ruhmreich betätigt haben.

Eine Stellung ganz für sich, und in der Tat eine einzigartige Stellung in der Welt überhaupt, nimmt endlich noch der von den Mormonen geschaffene, nach allen Seiten durch Gebirge und Wüsten abgeschlossene Staat Utah ein. Trotz der starken Zuwanderung von „Heiden" (gentiles) und äußerer Fügsamkeit hat die fest organisierte Kirche hier ihre maßgebende Stellung zu behaupten vermocht, politisch wie sozial, und bildet durch geschickte Politik und durch den Einfluß, den ihre Bekenner auch in den Nachbarstaaten Idaho, Wyoming, Arizona auszuüben vermögen, eine weit stärkere Macht, als ihrer Zahl entsprechen würde[1]).

Die Einwanderung und fremden Elemente. Deutsche und Iren. Die farbigen Rassen.

Zu dem angelsächsischen Grundstock sind nun schon früh zahlreiche fremde Elemente gekommen, die in der Union eine neue Heimat gesucht und gefunden haben, teils die ältern Besiedler eroberter Gebiete, wie die Holländer New Yorks, die Reste der Schweden in Delaware, die Franzosen von New Orleans und Louisiana, die Spanier in Florida und den Mexiko entrissenen Gebieten, teils freiwillige Zuwanderer, die vor allem durch religiösen Druck aus ihrem Mutterlande vertrieben waren, wie die Pfälzer in New York und Pennsylvanien, französische Kalvinisten in den Südstaaten, endlich die hessischen Soldaten, welche von ihrem geldgierigen Landesherren zur Bekämpfung des Aufstandes der Kolonien verkauft waren und nach dem Frieden größtenteils in dem Lande blieben, gegen das sie entsandt waren. Immer gewaltiger ist dann, wie schon geschildert, der Strom der Einwanderer seit den dreißiger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts angeschwollen. Im Jahre 1825 überschreitet die Zahl der Einwanderer eben 10 000; noch 1831 sind es nur 22 000, aber 1832 schon 60 000, in den vierziger Jahren wächst sie rasch von 100 000 auf 300 000 und hält sich nun lange um diese Zahlen, natürlich mit starkem Rückgang während des Bürgerkriegs. In den achtziger und neunziger Jahren schwillt sie gelegentlich auf 500 000 und 600 000,

[1]) Ein näheres Eingehn auf die Mormonen würde an dieser Stelle zu weit führen. Ich verweise auf mein Buch: Ursprung und Geschichte der Mormonen, Halle a. S. (Max Niemeyer), 1912.

ja im Jahre 1882 auf 789 000 an, im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts überschreitet sie mehrmals 1 Million (insgesamt während des Jahrzehnts über $8^3/_4$ Millionen). Das Hauptkontingent, das auch die Zuwanderung aus Großbritannien (in den neunzig Jahren 1821—1910 fast $3^2/_3$ Millionen) noch beträchtlich übertraf, stellte Irland ($4^1/_4$ Millionen), wo seit der furchtbaren Hungersnot von 1846 die ununterbrochene Auswanderung einsetzte, die unter dem Druck der englischen Mißwirtschaft die Bevölkerung der grünen Insel auf weniger als die Hälfte ihres ehemaligen Bestandes herabbrachte, und in erster Linie Deutschland (fast $5^1/_2$ Millionen, ohne die Deutschösterreicher). Ihren Höhepunkt erreichte die deutsche Einwanderung bekanntlich zunächst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, so vor allem nach dem Scheitern der Revolution von 1848, und dann in der Zeit der wirtschaftlichen Notlage der siebziger und achtziger Jahre. Seitdem ist sie ganz wesentlich zurückgegangen, in den zwölf Jahren 1902—1913 betrug sie im Durchschnitt jährlich 35 000, kommt also gegenüber der Masse der übrigen Einwanderer kaum noch in Betracht. Jetzt, nach dem Kriege, wird die Einwanderung aus Deutschland voraussichtlich wieder gewaltig anschwellen, vorausgesetzt, daß die Amerikaner sie zulassen. Hinzu kommen die Einwanderer aus der Schweiz (in den letzten Jahren durchschnittlich 3600, insgesamt von 1821—1910 240 000) und aus Österreich-Ungarn, die in den Statistiken leider nach der Nationalität nicht geschieden werden. Die Einwanderung aus der Habsburger Monarchie ist in den letzten Jahrzehnten ständig sehr beträchtlich gewesen (durchschnittlich 220 000, insgesamt $3^1/_4$ Millionen); dazu hat namentlich Ungarn ein sehr starkes Kontingent gestellt, von dem allerdings ein großer Teil, ebenso wie die Italiener und die Chinesen, nicht dauernd im Lande bleibt, sondern seine Familien daheim aus seinen Ersparnissen unterstützt und schließlich nach Erwerb eines kleinen Vermögens in die alte Heimat zurückkehrt. Sehr angewachsen ist auch die Einwanderung aus Skandinavien (insgesamt 2 Millionen, in den letzten zwölf Jahren durchschnittlich aus Schweden 23 000, aus Norwegen 17 500, aus Dänemark 6800), namentlich nach den nördlichen Staaten des Mississippigebiets. Dazu kommen etwa 180 000 Holländer (Jahresdurchschnitt 5600). Diesen germanischen Elementen gegenüber fielen lange Zeit hindurch von Romanen nur die eifrig katholischen französischen Kanadier stärker ins Gewicht, die sich, entsprechend der starken Bevölkerungsvermehrung (im Gegensatz zu Frankreich), fortdauernd namentlich über die östlichen Staaten der Union ausbreiteten; seit 1907 ist die Einwanderung aus Kanada, zu der jetzt allerdings die angelsächsischen Elemente ein mindestens eben so

starkes Kontingent stellen, wieder gewaltig, bis auf 50 000 und darüber im Jahr, angewachsen. Dagegen sind aus Frankreich insgesamt noch nicht eine halbe Million, aus der iberischen Halbinsel nur 170 000 eingewandert; die Italiener kamen bis zu den achtziger Jahren überhaupt nicht in Betracht.

Auf die Gestaltung der Einwanderung in den letzten Jahrzehnten und ebenso auf die Verschiebung des innern Aufbaus der Bevölkerung kann erst später eingegangen werden. Die verschiedenen bisher aufgezählten Volkselemente, die sich in der Zusammensetzung der gegenwärtigen Bevölkerung auf das mannigfachste gemischt haben, hat das Angelsachsentum Amerikas im wesentlichen sich assimiliert und zu der neuen Nationalität des Amerikaners amalgamiert. Den Anteil, der rein physisch den einzelnen Bestandteilen zukommt, genauer zu berechnen, ist kaum möglich[1]. Einen festen Anhalt gibt dagegen der Zensus von 1900, nach dem es unter einer Gesamtbevölkerung von fast 67 Millionen Weißen 6,25 Millionen Personen gab, deren beide Eltern in Deutschland geboren waren, dazu 1,59 Millionen, bei denen einer der beiden Eltern ein Deutscher war, insgesamt also fast 12 %; dazu kommen dann noch etwa 0,4 Millionen Deutschösterreicher, so daß das Verhältnis auf etwa 12,3 % wächst. Bei den Iren stellen sich diese Zahlen auf 4 und fast 1 Millionen, also fast 7,5 %, bei den Skandinaviern auf etwas über 3 %, bei den französischen Kanadiern auf 1,2 %, bei den aus Großbritannien Stammenden auf 3 %. Die Gesamtzahl derer, bei denen einer oder beide Eltern nicht in Amerika geboren waren, betrug im Jahre 1900 26,2 Millionen, also fast 40 %.

Doch sind alle diese Zahlen noch nicht von entscheidender Bedeutung. Politisch und kulturell ist viel wesentlicher, wie weit diese Elemente fremden Ursprungs innerlich sich mit der neuen Heimat verschmolzen haben; und hier ist zweifellos, daß trotz beträchtlicher Gruppen, die sich ziemlich kompakt und verhältnismäßig rein erhalten haben, die große Masse vor allem geistig in den neuen Typus aufgegangen ist.

Das gilt vor allem von den Deutschen, bei denen bekanntlich nicht selten schon die Einwanderer selbst, in weitem Umfang aber die nächste Generation sich krampfhaft bemüht, die

[1] Versuche der Art sind gemacht worden. So berechnet z. B. Faust in seinem Buch über die Deutschen in Amerika für die 66 990 000 Weißen des Zensus von 1900 auf das deutsche Element 18,4 Millionen, auf das englische 20,4, das irische und schottische 13,9, alle übrigen 14,29. Andere berechnen für 1910 gar 24 % Deutsche, 20 % Angelsachsen, 18 % Iren usw. Aber die Posten, auf denen diese Ansätze beruhen, sind vielfach so unsicher, daß ich nicht viel darauf geben möchte.

eigene Nationalität abzustreifen und sich ganz in die fremde Eigenart hineinzuwerfen, was ihnen dann doch in der Regel nicht völlig gelingen will, grade infolge des Übermaßes ihres fremdtümelnden Eifers. Allerdings gibt es auch nicht wenige Deutsche, die sich redlich bemühen, ihr Volkstum, ihre Traditionen und die Beziehungen zur alten Heimat und ihrer Kultur festzuhalten und weiter fortzupflanzen. Erschwerend steht dem, abgesehn davon, daß nach unserer ganz unseligen Gesetzgebung der Auswanderer nach wenigen Jahren seine staatliche Nationalität verlor und daß unsere kurzsichtige und gänzlich unfähige Diplomatie sich der eignen Volksgenossen im Auslande niemals ernstlich annahm, der Umstand entgegen, daß der deutsche Einwanderer, um vorwärts zu kommen, die fremde Sprache lernen muß und seine Nachkommen in dieser aufwachsen, und weiter, daß der Nachschub von Deutschen in den letzten Jahrzehnten fast völlig aufgehört hat. Daher haben in vielen Städten, so z. B. in Chicago, die deutschen Klubs die englische Sprache einführen müssen, weil eben Deutsch nicht mehr genügend verstanden wird[1]; und wo es noch gesprochen wird, ist es bekanntlich nur zu oft zu einem entsetzlichen Mischdialekt entartet, der auch in den deutschen Zeitungen, die ganz nach der widerlichen sensationellen Reklamemanier der amerikanischen gestaltet sind, abschreckend zutage tritt.

Wo aber die deutsche Sonderart sich erhalten hat, treten auch ihre Gebrechen und die mit ihren Vorzügen untrennbar verbundenen Hemmnisse verhängnisvoll zutage. Die deutsche Nation ist, wie der Weltkrieg und ihre gegenwärtige Lage aufs neue erwiesen hat, ihrer Natur nach gänzlich unpolitisch und in einem Maße unfähig, politisch zu handeln oder politische Erwägungen auch nur zu erfassen, wie es auf der ganzen Erde nicht seinesgleichen hat. Zu einem Zusammenschluß, zu gemeinsamem Handeln, zu geschlossener und konsequenter Wirksamkeit für bestimmte Ziele sind sie aus eigner Kraft niemals zu bringen. Nie wird ein Deutscher, auch wenn es sich um die wichtigsten Dinge handelt, sich fügen und seine Lieblingsideen demgegenüber zurücksetzen; das wäre ihm ein Verrat an seiner Überzeugung und eine Preisgabe seiner Freiheit. Er ist Eigenbrödler durch und durch, die Zer-

[1]) In St. Louis besteht seit dem Bürgerkriege, in dem die Deutschen durch ihr kräftiges Auftreten gegen die Sklaverei den Staat Missouri für die Union erhielten, die gesetzliche Bestimmung, daß alle Verordnuugen nicht nur in englischer, sondern auch in deutscher Sprache in einer deutschen Zeitung veröffentlich werden müssen. Das bringt dieser Zeitung ein großes Einkommen; aber gegenwärtig liest sie kein Mensch mehr, da eben das Deutsche auch hier allmählich fast ausgestorben ist.

splitterung in kleine Gruppen ist ihm ein natürliches Bedürfnis, durch das er seine Individualität behaupten will. Das alles steht in diametralem Gegensatz zu der englischen und amerikanischen Denkweise und ihrem politischen Getriebe. So kommt es, daß die Deutschen im politischen, und daher auch im sozialen Leben Amerikas niemals eine Rolle haben spielen können, die auch nur annähernd ihrem Zahlenverhältnis entspräche, während doch oft kleine Gruppen bei geschicktem Operieren einen weit darüber hinausgehenden Einfluß ausüben — als typisches Beispiel nenne ich die Mormonen —; bei der Entscheidung über den Weltkrieg sind die Deutschen, obwohl sie wußten, daß es sich auch in Amerika um ihre Existenz handelte, schließlich vollständig ausgeschaltet worden. Auch haben sie im Grunde, natürlich von einzelnen Ausnahmen abgesehn, kaum irgendwann ein tieferes politisches Interesse, es sei denn, daß ideale Fragen, wie die der Bekämpfung der Sklaverei, sie mit enthusiastischer und selbstloser Hingabe an eine große Idee erfüllen. Aber im Alltagsleben ist ihnen, auch wieder in schroffem Gegensatz gegen Engländer und Angloamerikaner, die Schaffung eines behaglichen Daseins in engem Kreise, die „Gemütlichkeit", das wesentliche und unentbehrliche; daher absorbiert, wie in der alten Heimat, abgesehn von den oft sehr starken kirchlichen Interessen, das Vereinswesen, der Kegelklub, der Gesangverein, mit all der daran haftenden inhaltlosen Geschäftigkeit und den kleinen Rivalitäten ihre Tätigkeit nach außen, über eine Kirchturmpolitik kommen sie nicht hinaus[1]). Das macht sie in den Augen des Amerikaners fremdartig und zugleich verächtlich, zumal da damit der freie und reichliche Genuß von Wein und Bier untrennbar verbunden ist und sie hier in schroffem Gegensatz gegen die immer mächtiger um sich greifende, für Amerika typische Abstinenzbewegung stehen: die Alkoholfrage ist die einzige, welche die Deutschen in Erregung und zu geschlossenem Auftreten bringen kann, und das hebt ihr Ansehn natürlich nicht. So bilden sie innerhalb der neuen Welt eine Sondergruppe, die als sozial tiefer stehend angesehen wird; und mit vollem Erfolg konnte Präsident Wilson und die Masse der Kriegstreiber gegen sie den Vorwurf der Illoyalität gegen ihre neue Heimat schleudern und sie als „Bindestrich-Amerikaner" (hyphenated) brandmarken, eine Schmähung, die im Gegensatz zu den Volksgruppen englischer und französischer Herkunft, die mit viel größerem Nachdruck für die Interessen ihrer früheren Heimat agitierten, die Deutschen auf

[1]) In der fast rein deutschen Stadt Milwaukee saß 1915 in der Schulbehörde nur ein einziger Deutscher. Besser läßt sich die politische Indifferenz der Deutschen nicht illustrieren.

sich sitzen lassen mußten, weil sie eben keine politische Macht darstellen.

Trotzdem ist das Deutschtum auf die Gestaltung des amerikanischen Lebens nicht ohne Einfluß geblieben. Zwei Elemente hat es in dasselbe eingeführt, die den englischen Traditionen fremd waren, aber in Amerika allgemein angenommen sind: das Turnen (gymnastics) und die Pflege der Musik, vor allem des Gesangs, aber auch der Orchestermusik[1]) — während das Theater gänzlich darniederliegt. So sind denn auch deutsche Melodien von den Amerikanern, da sie selbst nicht imstande waren, eigene zu schaffen, in Masse übernommen worden, oft in der wunderlichsten Art: deutsche Gassenhauer und Lieder aus Gesangspossen erschallen in den Kirchen als Choräle, das Festlied der Yale-Universität hat die Melodie der Wacht am Rhein, die Nationalhymne von Maryland geht nach der Melodie „O Tannenbaum", die von Kalifornien gar nach der: „Der Papst lebt herrlich in der Welt".

Sehr viel besser ist die Stellung der Iren. Zwar die Zersplitterung, die dem keltischen Volkstum überall anhaftet, haben sie auch nach Amerika mitgenommen, und sie führt zu zahllosen persönlichen und sachlichen Rivalitäten und Koterien, die ihre Wirksamkeit beeinträchtigten und auch im Weltkrieg vielfach gelähmt haben: neben streng katholischen stehn protestantische und freisinnige, neben konservativen in weitem Umfang sozialistische und anarchistische Tendenzen, und dazu kommt der Ehrgeiz und die Eifersucht der Führer, die sich ununterbrochen befehden. Aber gemeinsam ist ihnen der erbitterte Haß gegen England, den skrupellosen Bedrücker ihrer Heimatinsel, und die aufopferungsvolle Unterstützung jeder Bewegung, die deren Erhebung und Befreiung erstrebt. Dazu sind sie ein politisch begabtes und lebhaft interessiertes Volk, und seit langem geschult wie für die politische Diskussion und einen skrupellos auftretenden aber eben darum wirkungsvollen Journalismus, so für die geheimen Wege der Intrige und der Verschwörung. Die Sprache macht ihnen, anders als den Deutschen, keine Schwierigkeit, die Institutionen der neuen Heimat, in der jeder Druck fehlt, eröffnen ihrer hohen Begabung volle Bewegungsfreiheit, und da die Gewissenhaftigkeit der Deutschen, die Scheu vor zweifelhaften Mitteln ihnen im allgemeinen abgeht — viele rühmliche Ausnahmen gibt es natürlich auch hier —, so haben

[1]) Die Musiker sind natürlich meist Deutsche, die ersten Kräfte werden in den Großstädten dazu herübergeholt. Aber die Organisation und Leitung der Vereine liegt in den Händen der Angloamerikaner, die Deutschen werden von ihnen angestellt. Der Gedanke, nach einer führenden Stellung zu streben, liegt ihnen selbst auf diesem Gebiet völlig fern.

sie sich meist erfolgreich in die Höhe gearbeitet, ganz anders als daheim, und nicht wenige sind zu angesehenen und führenden Stellungen im wirtschaftlichen und sozialen sowie im politischen Leben gelangt.

Hinzu kommt dann der starke Einfluß Frankreichs, der weniger durch das französische Element aus Kanada als durch die geschichtliche Verbindung mit Frankreich und die von diesem im Unabhängigkeitskrieg gewährte Unterstützung geschaffen ist und sich durch die dominierende Stellung von Paris und der französischen Literatur in der Weltkultur sowie durch die sehr geschickte Propaganda der französischen Regierung und der Alliance française — im Gegensatz zu der unbeholfenen Art, wie Deutschland ähnliches versucht hat — und durch den gemeinsamen politischen Radikalismus dauernd erhält und jetzt im Weltkrieg als außerordentlich wirksam bewährt hat. Namentlich in Neuengland, speziell in Boston, greift dieser Einfluß sehr tief; das Kokettieren mit Deutschland, das hier in den letzten Jahren Mode war, hat sich demgegenüber als ein oberflächliches Spiel ohne tiefere Wurzeln erwiesen.

Völlig abseits stehn die Neger (fast 10 Millionen), deren traurige Lage oben geschildert ist, ebenso ihre ständig fortschreitende Abstoßung durch den Norden. Die Indianer, höchstens noch eine Viertelmillion, kommen, abgesehn von der Mestizenbevölkerung von Texas und Neu-Mexiko, kaum in Betracht; sie sind in den einzelnen Staaten namentlich des Westens, aber auch im Innern von New York, in Florida und sonst, in „Reservationen" angesiedelt, deren Umfang immer mehr beschnitten wird, und werden hier von der Unionsregierung kontrolliert und wirtschaftlich unterstützt. Eine Vermischung mit ihnen gilt im allgemeinen nicht als anstößig, und als 1889 die westliche Hälfte, 1905 der Rest des großen Indianerterritoriums, westlich von Arkansas, der Besiedlung eröffnet und der Staat Oklahoma gegründet wurde, begann unter den weißen Ansiedlern eine wahre Jagd nach Ehen mit Indianertöchtern (meist bereits Mischlingen), da diese vielfach im Besitz großer Grundstücke und oft sehr wohlhabend waren. Nun gar von einer indianischen Berühmtheit wie der von romantischen Traditionen umwebten Prinzessin Pokahuntas in Virginia abzustammen, gilt geradezu als ein Adelstitel, und ich kenne eine angesehene Familie, deren Stolz es ist — wie einem bei der Vorstellung vertraulich ins Ohr geflüstert wird —, daß in ihren Adern sich deren Blut mit dem Penns vermischt.

Um so ablehnender steht man den Angehörigen der mongolischen Rasse gegenüber, den Chinesen und den Japanern, nicht, wie man sich einbildet, aus Rasseninstinkt, sondern weil sie mit

ihrer frugalen Lebensweise und ihren geringen Bedürfnissen dem einheimischen Arbeiter schwere Konkurrenz machen und die Löhne drücken. Im Japaner, den man widerwillig genug als sozial und politisch gleichstehend und jetzt sogar als Bundesgenossen im Kampfe gegen Deutschland anerkennen muß, fürchtet man überdies den Rivalen im Kampf um die Herrschaft über den Stillen Ozean, der seine Blicke begehrlich nach dessen Ostküste richtet, speziell nach Mexiko und Kalifornien, und seine Pläne durch Einwanderung vorzubereiten strebt. So sind dieser Einwanderung gesetzlich schwere Hindernisse (Verbot des Grunderwerbs, Erforderung bestimmten Vermögens, Ausschluß von den Schulen u. ä.) in den Weg gelegt, vor allem durch das darin ganz selbständig vorgehende Kalifornien; das führt ununterbrochen zu ernsten Konflikten zwischen Japan und der Unionsregierung, die nicht stark genug ist, um die Befolgung ihrer internationalen Verpflichtungen zu erzwingen. Die Zahl der Japaner in den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1900 25000 (dazu 61000 in Hawai), die der Chinesen 94000 (dazu 26000 in Hawai). Die Chinesen sind in den großen Städten, so in New York, vor allem aber natürlich in San Franzisco, ziemlich stark vertreten; meist betreiben sie die Wäscherei, die hier größtenteils in ihren Händen liegt, daneben sind sie als Köche, Schuster, Gärtner, Diener tätig, wie die Japaner auch. Die Chinesen leben durchweg ganz isoliert für sich, nach ihrer heimischen Art, in möglichst eng zusammen gedrängten Wohnräumen, und kehren regelmäßig mit ihren Ersparnissen in die Heimat zurück, da sie hier bestattet sein und des Ahnenkults teilhaftig werden wollen.

Der amerikanische Volkscharakter. Puritanismus und Aufklärung. Das Streben nach Glückseligkeit und die Jagd nach dem Dollar.

Das Gepräge der amerikanischen Nationalität ist jedoch, trotz all dieser fremden Beimischungen, durch die englischen Traditionen bestimmt: es ist eine neue, auf dem Boden des Angelsachsentums erwachsene Nation, die sich ihrer Eigenart und Geschlossenheit bewußt geworden ist und in der Revolution ihre Unabhängigkeit, im Bürgerkriege ihre Einheit und Unauflösbarkeit den zentrifugalen Tendenzen gegenüber durchgesetzt hat, die aber trotz starker politischer Gegensätze und kommerzieller Rivalität die enge Fühlung mit der großbritannischen Nation niemals verloren und in den letzten Jahrzehnten neu gestärkt hat. Durch

den Bürgerkrieg ist der Sondertypus, der sich im Süden gebildet hatte und in der Konföderation als eine dritte selbständige Nation zu behaupten suchte, unterjocht und in seiner Entwicklung geknickt worden. Die Gegensätze sind noch vorhanden, aber die führende Stellung, die der Süden so lange in der Geschichte der Union eingenommen hatte, ist definitiv beseitigt, der Norden hat ihn, gekräftigt durch die immer stärker angewachsenen zentralen und westlichen Staaten, auf allen Gebieten überflügelt, er hat die Einheit der Nationalität anerkennen und sich ihr einordnen müssen. So ist seine Eigenart in Anschauungen, Kultur und Wirtschaftsleben, wie die des Zentrums und des Westens, ähnlich wie bei den deutschen Stämmen, zu einer lokalen Variation des einheitlichen Volkstypus herabgesunken.

Dieser aus dem Angelsachsentum erwachsene Volkstypus tritt am ausgeprägtesten in Neuengland, der Heimat der Yankees, hervor. Maßgebend für seine Gestalt ist der Puritanismus, den die ersten Kolonisten mitbrachten und dessen Grundsätze sie, wenn auch in mehrere, sich fanatisch bekämpfende Sekten gespalten (oben S. 2f.), in der neuen Heimat, die ihnen die Bewegungsfreiheit gewährte, mit rigoroser Konsequenz durchgeführt haben. Der Kalvinismus ist bekanntlich unter allen christlichen Kirchen die logisch konsequenteste und exklusivste, und zugleich diejenige, in der der Geist des Alten Testaments, das die meisten übrigen Kirchen (mit Ausnahme der abessinischen) möglichst bei Seite zu schieben versucht haben, mit seinem starren Fanatismus und der rücksichtslosen Verfolgung und Unterdrückung aller Abweichungen wieder voll aufgelebt ist: mit der Einheitlichkeit der Gemeinde der Auserwählten oder Heiligen, mit der uniformen Gestaltung des gesamten Lebens unter strengster Aufsicht und Zucht wird hier in einer Weise Ernst gemacht, wie sonst nur etwa in dem engen Kreise eines Mönchsordens. Am rücksichtslosesten durchgeführt sind diese Grundsätze, abgesehn von Genf, in den religiösen und politischen Kämpfen Schottlands. Von hier aus sind sie in England eingedrungen, das sich mit seiner ganz andern Denkweise und Lebensform ihrer nach Möglichkeit zu erwehren suchte und sie auch, nach der vorübergehenden Herrschaft unter der Revolution, zunächst wieder abgestoßen hat; erst ganz langsam ist, teils durch die Wirsamkeit der Dissenters, vor allem aber durch das starke Eindringen der Schotten nach der Union während des achtzehnten Jahrhunderts, dieser Geist immer mächtiger geworden und hat schließlich das „merry old England“, das uns bei Shakespeare entgegentritt und noch bei Dickens lebenswarm geschildert ist, immer mehr erstickt und die Lebensformen und Anschauungen von Grund aus umgewandelt.

In Neuengland dagegen herrscht dieser Geist von Anfang an. Maßgebend ist die finstere Auffassung des Lebens, welche dasselbe, dem Sündenfall und der Lehre von der Erbsünde und der Prädestination entsprechend, als eine von Gott verhängte Strafe betrachtet und daher allen Lebensgenuß und alle Lebensfreude verpönt und auszutilgen sucht. Dagegen verlangt Gott vom Menschen die unbedingte Heiligung und völlige Enthaltung von aller irdischen Arbeit am Sabbat — den man mit einer naiven Fälschung durch den Sonntag ersetzt —, dagegen an allen andern Tagen (und daher auch an allen kirchlichen Festtagen, soweit sie nicht auf einen Sonntag fallen, so vor allem zu Weihnachten, und auch am Charfreitag) ununterbrochene Arbeit; das ist der Fluch, der ihm bei der Vertreibung aus dem Paradies auferlegt ist. Daher auch das scharfe Auftreten gegen Müßiggänger und Bettler, das in Schottland zu ihrem Verkauf in die Sklaverei und der Fesselung ihrer Nachkommen an die Scholle geführt hat, die hier in den Kohlenbergwerken bis 1799 bestanden hat. Auch Amerika ist dadurch und daneben durch die politischen Kämpfe im Mutterlande fortdauernd mit Scharen zur Zwangsarbeit verurteilter Arbeiter überschwemmt worden (S. 9). So wird, je monotoner und freudloser dies gottselige Leben sich gestaltet, neben dem Grübeln über die Schrift und der erregten Diskussion über theologische Spitzfindigkeiten die Arbeit um ihrer selbst willen die dem Menschen zugewiesene Aufgabe.

Aber wie jede Idee, wenn sie sich in der realen Welt durchsetzen will, nicht nur entgegengesetzte Tendenzen auslöst, sondern unter dem Zwange der Bedingungen der Wirklichkeit eben durch die in ihr liegende Konsequenz in ihr Gegenteil umschlägt, so ist es auch hier der religiösen Idee gegangen. Die scharfe Betonung der Arbeit als des gottgewollten Lebensinhalts führt zu einer Aufhäufung des Arbeitsgewinns ohne höheres Ziel, die Jagd nach dem Gelde wird der Hauptinhalt des Lebens; und sehr bald merkt man, daß dabei der Herr die Seinen nicht vergißt, und daß er ihnen auf diesem Wege doch auch schon in diesem Jammertal allerhand Vorteile und Segnungen zukommen läßt, darunter vielleicht auch verstohlen den Zugang zu manchen Genüssen, die offiziell als versagt gelten. Das ist eine Erfahrung, die jede Sekte von „Auserwählten" macht, gerade unter dem Druck der Verfolgungen, die dann wieder durch dies Verhalten gesteigert werden. In typischer Gestalt tritt uns diese Erscheinung in der Geschichte des Judentums von seinem ersten Entstehen an nun bereits durch fast zweieinhalb Jahrtausende entgegen; darauf, und nicht etwa auf einer Rolle, die die Juden in Amerika gespielt hätten, und weiter auf der dominierenden Stellung des Alten

Testaments[1]), beruht die innere Verwandtschaft zwischen dem amerikanischen und dem jüdischen Typus, die sich analog auch bei den Schotten findet, und ihre Bedeutung für die Entwicklung des Kapitalismus.

Zugleich hat der Puritanismus nach Amerika eine Forderung von tiefgreifender Wirkung mitgebracht: die eines eifrigen Studiums der Bibel, und daher die einer allgemeinen Volksbildung, die das einem jeden Gläubigen ermöglicht. Wir haben schon gesehn, wie die Ansiedler für die Volkserziehung von Anfang an mit der vollen Energie ihrer religiösen Überzeugung tätig gewesen sind, in scharfem Gegensatz gegen die südlichen Kolonien. Nicht nur Elementarschulen wurden überall gegründet und Lesen und Schreiben ein Allgemeingut; Harvard College in Massachusetts ist schon 1636, Yale-College in Connecticut 1700 gegründet. Natürlich dominierte in der Erziehung durchaus die Theologie; doch kam alsbald Jurisprudenz und Medizin hinzu, und trotz aller sklavischen Engherzigkeit war ein Eindringen fremder Ideen und der freieren europäischen Literatur nicht zu verhindern. Und langsam fanden diese Ideen auch, so starr man noch bis tief ins neunzehnte Jahrhundert hinein an der konfessionellen Engherzigkeit festhielt, in den höheren, wirklich gebildeten Schichten Eingang, die sich in den größeren Städten, vor allem in Boston, aber auch in New York und Philadelphia heranbildeten, und ebenso in der Aristokratie der Südstaaten, namentlich in Virginia. Vielfach hatten diese Männer in England studiert und standen in engen Beziehungen zu den führenden Kreisen Englands und Frankreichs. So fand die Aufklärung des Naturrechts mit den Ideen der angeborenen und unveräußerlichen Menschenrechte und der Entstehung des Staats durch einen Urvertrag Eingang auch in Amerika; sie bildeten das einigende Band zwischen den leitenden Männern des Nordens und Südens und boten die willkommene theoretische Begründung und ein weiten Widerhall findendes Programm für den Unabhängigkeitkampf gegen das Mutterland und seinen wirtschaftlichen Druck.

Auch diesen Bestrebungen hatte der Puritanismus einen tragfähigen Boden dadurch geschaffen, daß er sowohl in seiner presbyterianischen wie in seiner independentischen Gestalt noch weit mehr als im Mutterlande aufgebaut war auf die Unabhängigkeit der Einzelgemeinde, die ihren Willen, d. i. den der überwiegenden Majorität, rücksichtslos durchsetzte und die widerstrebenden Elemente entweder zur Unterwerfung zwang oder aus-

[1]) Das Neue Testament tritt demgegenüber geradezu in den Hintergrund und wird ganz nach diesem Schema behandelt. Die Bücher, über die man am meisten grübelt, sind Daniel, das Hohelied und die Apokalypse.

stieß. Diese Gestaltung wurde für das gesamte öffentliche Leben und daher auch für die Politik maßgebend und fand einen fruchtbaren Nährboden in den ununterbrochenen Kämpfen der Kolonien und ihrer gesetzgebenden Körperschaften mit dem englischen Parlament und der Krone. So fand der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung, die ihre aus England vererbten Bürgerrechte — die jetzt von der Theorie in allgemeine Menschenrechte umgesetzt wurden — durch die Auswanderung nicht verloren hatte, nebst dem Rechte des Widerstands gegen usurpierte, „tyrannische" Gewalt der Regierung weithin Verbreitung, und vor allem die echt englische Forderung der absoluten Heiligkeit des Eigentums, von dem Steuern nicht ohne Einwilligung der freien Eigentümer erhoben werden dürfen. Auf diese Ideen ist die Unabhängigkeitserklärung aufgebaut.

Zugleich aber wurde mit dem Zusammenschluß der Kolonien zu einer einheitlichen Aktion und schließlich zu einem Bundesstaate die Axt an die Wurzel der konfessionellen Exklusivität gelegt. Die Verbindung der den verschiedensten Konfessionen angehörigen Staaten, der Wunsch, auch die Katholiken und womöglich selbst die Kanadier zur Mitwirkung heranzuziehn, die Notwendigkeit, dauernd die Union und mit ihr die Freizügigkeit aufrecht zu erhalten, machten eine Durchführung und einen Fortbestand der einzelstaatlichen Gesetze auf diesem Gebiet unmöglich. Zu den Grundsätzen der Aufklärung und der Menschenrechte stand die Unduldsamkeit ohnehin in diametralem Widerspruch. So ist seit 1776 die Toleranz, zunächst für alle christlichen Konfessionen, vereinzelt aber, wie in Virginia unter dem Einfluß von Jefferson und Madison, auch die volle Religionsfreiheit in alle Staatsverfassungen eingedrungen. Doch ist in Connecticut die Staatskirche erst 1811, in Massachusetts erst 1833 aufgehoben worden, und der soziale und z. B. an den Universitäten der gesetzliche Zwang mit absoluter Sonntagsruhe und regelmäßigem Kirchenbesuch ist noch viel länger aufrechterhalten worden und wirkt in weiten Kreisen noch immer sehr stark nach. Am freiesten und konsequentesten verfährt auch auf diesem Gebiet die Unionsverfassung; sie greift in die Rechte der Einzelstaaten hier so wenig ein, wie sonst, aber bestimmt, daß „eine bindende Erklärung über die religiöse Stellung (a religions test, wie er bekanntlich in England von 1673—1829 gefordert wurde) niemals als Qualifikation für irgendein Amt oder eine öffentliche Stellung im Bereich der Unionsregierung gefordert werden darf"; und das erste Amendement von 1789 bestimmt im Eingang der Menschenrechte: „Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, das eine Staatsreligion einführt oder die freie Religionsübung hindert."

So schroff sich scheinbar die starre Kirchlichkeit des Puritanismus und die ungebundene Freiheit der Aufklärung gegenüberstehn, so leicht haben sie sich mit einander verbunden. Die gemeinsame Grundlage ist die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Einzelgemeinde; der Liberalismus erweitert dasselbe zu voller Bewegungsfreiheit jedes einzelnen auf wirtschaftlichem Gebiete, während er sich politisch und auch in seinem gesellschaftlichen Verhalten, in Sitte und Anschauungen dem souveränen Volkswillen, d. i. der Majorität zu fügen hat. Das Ideal, welches der Liberalismus erstrebt, findet seinen erschöpfenden und typischen Ausdruck in dem Satz, welcher in allen Fassungen der Menschenrechte gleichmäßig wiederkehrt, daß jeder Mensch das angeborene und unveräußerliche Recht hat auf Leben, Freiheit, Eigentum und ungehindertes Streben nach Wohlergehn oder Glückseligkeit (pursuit of happiness), und daß es die hauptsächlichste, ja im Grunde die alleinige Aufgabe des Staats ist, diese Rechte zu schützen. Den Kernpunkt bilden die beiden letzten Güter; denn das Leben wird in Amerika in dem rücksichtslosen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, wo der einzelne sehn mag, wie er durchkommt, tatsächlich recht gering geachtet, und Freiheit bedeutet, wie schon erwähnt, politisch und sozial die Unterordnung unter die Majorität. Um so höher wird die schrankenlose wirtschaftliche Bewegungsfreiheit gehalten, und aller Nachdruck liegt auf dem ungehinderten Streben nach Glück oder Wohlergehn, auf der Sicherung der Möglichkeit, im Leben vorwärts zu kommen, und auf dem Schutz des Eigentums, seines Erwerbs und Genusses. Die Glückseligkeit (happiness), der jeder Mensch nachzustreben das Recht hat, ist eben rein materiell gedacht, höhere, ideale Ziele sind weder dem einzelnen noch dem Staat gestellt; es ist das Ideal des achtzehnten Jahrhunderts, wie es dann Bentham in dem Schlagwort von der größtmöglichen Glückseligkeit der größtmöglichen Masse formuliert hat, die aus der ungehinderten Konkurrenz des Egoismus durch einen Naturprozeß entsteht — ein Dogma, das dann die Manchesterschule mit der vollen Herabdrückung des Staats zum „Nachtwächterstaat" voll durchzuführen versucht hat.

So erwächst auch von dieser Seite her das rastlose Streben nach Gewinn, die Jagd nach dem Gelde zur Hauptaufgabe, ja im Grunde zur einzigen Aufgabe des Menschen. Das verbindet sich aufs beste mit dem puritanischen Satz von der Notwendigkeit der Arbeit. Die beiden Ströme münden in dasselbe Bett. So hat die engherzigste und intoleranteste aller Religionen, der puritanische Kalvinismus, schließlich selbst den Boden für die Toleranz bereitet, hier wie in den Niederlanden. Das von der Religion geschaffene Wirtschaftsleben machte sie unvermeidlich. Die religiöse Forderung

wird abgestreift oder wenigstens in den Hintergrund gestellt, die politischen Ideale machen, da die unbedingte Bewegungsfreiheit gesichert ist, keine Sorge mehr, und so bleibt das rein materielle Ziel allein übrig. Es wird nur um so ruheloser verfolgt, da die Ablehnung eines verfeinerten Lebensgenusses und eines reicheren geistigen Lebens durch den puritanischen Rigorismus altererbt ist und man in dem immer hastiger gestalteten Treiben und bei der ständig fortschreitenden Ausbreitung in neue Gebiete unter ganz primitiven Verhältnissen das seelische Gleichgewicht nicht wieder finden konnte, um eine wirklich innerlich durchgebildete Kultur aufzubauen.

Natürlich soll in keiner Weise bestritten werden, daß es in den Vereinigten Staaten zahlreiche Männer und Frauen gibt, welche die höchste und feinste Bildung besitzen und eine weit höhere Auffassung des Lebens kennen, und ebenso, daß dort namentlich auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und Wohltätigkeit, aber auch sonst im öffentlichen Leben und in Kunst und Wissenschaft nicht wenige Persönlichkeiten zu finden sind, welche sich mit voller Hingabe und selbstloser Aufopferung idealen Bestrebungen und der Wirksamkeit für andere oder für das Gesamtvolk hingeben. Aber das sind doch nur Ausnahmen, die um so mehr Anerkennung und Bewunderung verdienen, je stärker die Verlockung auf andere Bahnen, je größer die Schwierigkeiten — vor allem Neid und Verleumdung — sind, die sich ihnen in den Weg stellen. Hier aber handelt es sich darum, den typischen Charakter des Amerikaners zu erfassen und die Wirkungen zu erkennen, die derselbe auf Leben und Geschichte des Volks geübt hat und dauernd weiter übt.

Die Unrast und der mangelnde Lebensgenuß. Die Volksbildung.

Aus dem puritanischen Erbe stammt mit der Jagd nach dem Dollar auch dessen Kehrseite, die Unfähigkeit zu wahrem Lebensgenuß. Sie tritt dem fremden Beschauer auf Schritt und Tritt entgegen, bis zu den schauderhaften Produkten der amerikanischen Kochkunst, in der sich die unschmackhafte Einfachheit der englischen Küche mit dem Raffinement der französischen zu einem Bastardgebilde vereinigt, in dem die kostbarsten Gerichte in den wunderlichsten Mischungen aufgetischt und durchweg so ungeschickt bereitet werden, daß man oft kaum entscheiden kann, ob die vorgesetzte Speise Braten, Fisch oder Geflügel ist. Diese Tatsache ist doch nicht ganz irrelevant: man kommt in Amerika zu der Erkenntnis, daß eine gute Küche in der Tat ein Erzeugnis und

ein Prüfstein einer alten und stabilen Kultur ist. Vollends für die Auswahl zu den Gerichten passender Weine und überhaupt für Wein und geistige Getränke fehlt jedes Verständnis, wenn man auch noch so teure Preise dafür zahlt; das nationale Getränk sind all die entsetzlichen Mischungen der Cocktails, und daneben etwa noch ein stark alkoholhaltiges Bier, für das weithin der Name „Würzburger" aufgekommen ist, ebenso wie die Krüge, aus welchem Material sie auch bestehn mögen, als „Stein" bezeichnet werden — auch das ist eine Errungenschaft, die Amerika den Deutschen verdankt. Der behagliche Genuß, das ruhige Beisammensein bei einem Glase Bier oder Wein in angeregtem Gespräch, bei dem der einzelne unter der Wirkung des Getränks aus sich herausgeht und zur Sprache zu bringen wagt, was ihn im innersten bewegt, ist freilich dem Amerikaner ganz fremd: wenn er trinkt, so stürzt er sein Glas möglichst rasch herunter. Die nachteilige Wirkung wird dadurch noch wesentlich gesteigert, daß, wie an den englischen bars, regelmäßig einer die ganze Runde bezahlt, und dann jeder andre sich verpflichtet fühlt, eine weitere Runde zu bezahlen. So bleibt in der Tat nur die Wahl zwischen sinnloser Bezechtheit und totaler Enthaltsamkeit; daher kommt es, daß, zum schweren Leidwesen der Deutschen, die Abstinenzbewegung so große Dimensionen angenommen hat. Gegenwärtig (1919) ist das Verbot alkoholischer Getränke, weiter gefördert durch die Wirkungen des religiösen Rigorismus, für die ganze Union eingeführt. Einen Mittelweg kennt der Amerikaner nicht, weiß aber zahlreiche Wege, die Gesetze zu umgehn und unter dem Schein der Befolgung ihrer Gebote dennoch seinen Gelüsten freien Lauf zu lassen.

Unruhe und ununterbrochene Hast sind überhaupt die Signatur des amerikanischen Lebens, und daher ein ununterbrochener Lärm, der auch an kleinen Orten die Nachtruhe stört, schon durch das fortwährende donnernde Getöse der schlecht gebauten Straßenbahnen [1]). Für wirkliche Erholung und behagliche Lebensgestaltung hat die Masse des Volks keine Zeit und kein Verständnis; alles wird überstürzt, „Zeit ist Geld" ist die Signatur ihres Daseins. Das geht bis ins kleinste. Der Lieblingssitz des Amerikaners ist der Schaukelstuhl, und es gibt viele Häuser, in denen feste Stühle

[1]) Als ich den englischen Botschafter, jetzigen Lord Bryce das letztemal sprach, sagte er mir: Jetzt sind Sie lange genug in Amerika gewesen, um es gründlich kennen zu lernen; so beantworten Sie mir zwei Fragen: Haben Sie sich an die amerikanische Küche gewöhnen können? und können Sie den ununterbrochenen Lärm jetzt aushalten? Ich antwortete, daß ich mich freue, von einem Mann, der so lange in Amerika gelebt habe, gerade diese beide Fragen zu hören, da sie mir zeigten, daß auch er noch unter denselben Übelständen leide, die ich tagtäglich empfände.

kaum zu finden sind. Er geht nicht auf der Straße, außer etwa in San Franzisco und dem Süden, sondern er rennt, und wenn ihm vom Arzt ein regelmäßiger Spaziergang verordnet wird, so läuft er seine Stunde mit dem Schrittmesser ab. Der New Yorker Millionär, wenn er des Morgens von seinem Landsitz etwa auf den eleganten Dampfern des Hudson in die Stadt gekommen ist, stürzt auf den nächsten Straßenbahnwagen und hängt mühselig auf dem Trittbrett, auf dem er sich in dem fürchterlichen Gedränge noch einen Platz erobert hat. Die Wagen werden in einer Weise vollgestopft, von der man sich in Deutschland bis auf die Nöte der letzten Monate — speziell in Berlin, das ja auch sonst nur zu viele Züge mit Amerika gemeinsam hat — keine Vorstellung machen konnte; etwa den unmittelbar folgenden, vielleicht ganz leeren Wagen abzuwarten, kommt niemand in den Sinn, die eine Minute muß gespart werden. Auch in der Sprache erkennt man die Wirkung dieser Geistesrichtung: die Laute werden möglichst verschliffen und nie scharf artikuliert, jedes überflüssige Wort gemieden; wenn man auf der Straße um eine Auskunft bittet, wird sie womöglich lediglich durch eine Handbewegung gegeben, und die etwa noch dazu gemurmelten Worte bleiben völlig unverständlich, sie sind in bloße Andeutungen der Laute verflüchtigt. Die Fähigkeit, einen zusammenhängenden Satz zu sprechen, sich korrekt auszudrücken, ist auch bei den Studenten sehr wenig entwickelt, meist begnügen sie sich in der Antwort mit ein paar zusammenhangslosen Schlagworten.

So fehlt denn eine tiefer greifende, die latenten geistigen Kräfte zur Entfaltung bringende Volksbildung durchaus. Gewiß ist die elementare Schulbildung seit alters allgemein verbreitet, wenn auch der Zensus von 1900 noch fast $3^1/_4$ Millionen weißer Analphabeten (neben fast ebensoviel Negern und Indianern) zählt, unter denen allerdings über ein Drittel aus fremden Einwanderern besteht. Aber um die höhere Bildung ist es wesentlich dürftiger bestellt, trotz der zahlreichen ihr dienenden Schulen, Colleges und Universitäten. Sie ist eben wesentlich auf zwei Dinge gestellt: auf praktische Kenntnisse, die sich unmittelbar im Leben verwenden lassen, und auf die Erwerbung einer oberflächlichen „allgemeinen Bildung", die sich in bequemen, niemals wirklich durchdachten Schlagworten zusammenfaßt, aber ermöglicht, in der Konversation über jede auftauchende Frage ein rasches, scheinbar tiefer begründetes Urteil auszusprechen. Das verstehn vor allem die amerikanischen Frauen meisterhaft — die Männer, die mit ihrer praktischen Tätigkeit vollauf zu tun haben, halten sich mehr zurück —, und zunächst erzeugen sie dadurch eine blendende Wirkung; sieht man dann näher zu, so zeigt sich nur zu oft, wie wenig

dahinter steckt, wie im nächsten Moment das Gegenteil von dem zugegeben wird, was eben mit apodiktischer Sicherheit behauptet wurde, und wie dem angeblichen Interesse für ein ernsthaftes Problem etwa der Geschichte, der Kultur oder Literatur jede tiefere Grundlage fehlt und es oft genug lediglich der Ausfluß einer momentanen Laune oder einer Gesprächswendung gewesen ist.

Dieser oberflächlichen Bildung entspricht es, daß die Lektüre der Amerikaner sehr armselig ist. Sie beschränkt sich fast ausschließlich auf die Zeitungen, die wöchentlichen und monatlichen Zeitschriften (Magazines), die über alle Tagesfragen orientieren und daneben eine flache Unterhaltung bringen, die weiter in den Kolportageromanen wuchert. Gute Bücher von dauerndem Gehalt zu veröffentlichen, ist in Amerika sehr schwer, der Buchhandel, sowohl der Verlag wie das Sortiment, ist noch viel unentwickelter und noch mehr lediglich von der Rücksicht auf den raschen Gewinn und dem Bedürfnis des Moments beherrscht, als in England — und das will viel sagen —; sich ein Buch zu verschaffen, das bereits vor einigen Jahren erschienen und daher jetzt schon beiseite gelegt ist, ist äußerst schwierig. Daran, daß ein gut organisierter Buchhandel, wie er in Deutschland besteht, ein Kulturfaktor von größter Bedeutung und für die Stellung der Nation innerhalb der Weltkultur ganz unentbehrlich ist, hat man garkein Bewußtsein. Das gleiche gilt von dem Theater, das auch nicht als Bildungsstätte und ein wichtiger Faktor der Volkserziehung, sondern lediglich als eine leichtfertige, von den Frömmlern eifrig bekämpfte Vergnügungsanstalt betrachtet wird, die geschickten Unternehmern um so mehr Gewinn einbringen kann, je flacher sie, rein nach Geschäftsrücksichten, betrieben wird. So ist das Theater in Amerika ebenso und noch mehr verwahrlost, als in England. Wirkliche ständige Theater besitzt nur New York; dazu kommt neuerdings die Oper in Boston. Theatergebäude gibt es in allen größeren Städten, wie in England auch; aber sie sind nirgends ständig in Betrieb, sondern die Schauspielergesellschaften ziehn von einer Stadt zur andern und führen immer dasselbe Stück auf, das gerade in der Gunst des Publikums steht, bis dessen Neugier erschöpft ist. Um so mehr stehn natürlich die Kinos in Flor, deren verheerender, jede tiefere Kultur zersetzender und jede erhebende Wirkung zerstörender Einfluß sich ja auch bei uns in erschreckender Weise geltend macht und, wie die Pantomime im römischen Kaiserreich, einer der großen Hebel ist, durch die eine Kultur, die ihren Höhepunkt überschritten hat, sich selbst vernichtet.

Der Oberflächlichkeit entspricht die Neigung zum Prunken und Renommieren und die Anbetung nicht dessen, was innerlich wertvoll, sondern was augenfällig, teuer und groß ist. Das geht

bis zu den riesigen Blumensträußen, welche die Frauen an ihre Kleider stecken, und der Überladung mit Juwelen; es ist derselbe Gegensatz gegen eine verfeinerte Kultur, der uns z. B. in dem überladenen Schmuck der Babylonier und Assyrer, bis zur Bart- und Haarpflege hinab, im Gegensatz gegen den feinen, niemals aufdringlichen Geschmack der Ägypter, oder etwa in dem Verhältnis des Zeustempels von Agrigent mit seinen riesigen Karyatiden gegenüber dem Parthenon und Erechtheion entgegentritt. Darin gelangt ein Parvenütum zum Ausdruck, eine unfertige Halbkultur, die sich durch Aufdringlichkeit Beachtung erzwingen will, wie sie in gleicher Weise auch hier wieder Berlin im Gegensatz etwa zu Wien, München, Hamburg charakterisiert und in der Gestaltung der herrschaftlichen Wohnungen des Berliner Westens ihren typischen Ausdruck findet. Weder der Geschmack und ein wirkliches Kunstverständnis entscheidet, noch das Bedürfnis und die Individualität des Eigentümers, sondern die Mode. Ganz bezeichnend dafür ist die Art, wie die Sammlung von Gemälden, Altertümern, seltenen Büchern u. ä. in Amerika so vielfach von reichen Leuten, seit sie Mode geworden ist, betrieben wird: entscheidend ist durchaus der Preis, je teurer, desto begehrter, so daß die Marktpreise ununterbrochen gewaltig in die Höhe getrieben werden, sobald ein Millionär sich auf ein derartiges Gebiet wirft. Der innere Wert des Objekts kommt dabei nicht in Betracht, zu einem Urteil, ob es wirklich echt ist, ist der Käufer völlig außerstande; ein gewisses äußerliches Interesse mag vorhanden oder angelernt sein, von einem wirklichen Verständnis ist keine Rede.

Daß unter diesen Verhältnissen die Verschwendung, die schon durch die so reichlich zur Verfügung stehenden Naturschätze nahegelegt wird, ins maßlose wächst, bedarf kaum der Erwägung. Mit den Massen von Lebensmitteln, die täglich weggeworfen werden, könnte man ganze Städte ernähren. So wird z. B. das zur Fleischbrühe verwendete Rindfleisch nirgends gegessen. In bezeichnendem Kontrast dazu steht, daß man sich in abgelegenen Orten mit der elendesten Nahrung begnügen muß. So ist z. B. die Universitätsstadt von Illinois, die kleine Stadt Urbana, lediglich auf die Abfälle der großen Schlachthäuser von Chicago angewiesen, und alles Fleisch, das man hier erhält, nach unsern Begriffen ganz ungenießbar. Die Bevölkerung nimmt das als unabwendbar ruhig hin; der Versuch, in dem Ort eigene Schlächtereien zu gründen, ist sofort durch Unterbieten seitens der Chicagoer Lieferanten vereitelt worden. Das einzige Getränk, was es dort gibt, ist ein furchtbares, eisen- und salzhaltiges Wasser; denn die Abstinenz ist dort, wie vielerorts, rigorös durchgeführt. Das

gleiche gilt von der Kost, die man im Süden auf den Eisenbahnen erhält, in schroffem Gegensatz zu der Üppigkeit in den Speisewagen des Nordens.

Auch die Nachäffung englischer und französischer Sitten gehört hierher. Dagegen, daß namentlich im Osten die angloamerikanischen Kreise, die etwas auf sich halten, die festen Formen des englischen Lebens befolgen, ist gewiß nichts zu sagen, wenn es uns auch seltsam berührt, daß dort wie in England der Hausherr und seine Gattin das Abendessen (dinner) nur in Gesellschaftstoilette einnehmen, auch wenn sie daheim allein zu Tisch sitzen — wo man dagegen das Amerikanertum betont, wird das abgelehnt, wie weithin in den zentralen Gebieten, wenngleich auch hier die Sitten des Ostens mit der wachsenden Festigung der Zustände immer mehr eindringen. Aber daneben treiben diese Neigungen ganz seltsame Blüten. Einen Hof hat man nicht, und man ist seit Jeffersons und vollends seit Jacksons Zeiten stolz darauf, mit dem Präsidenten möglichst burschikos zu verkehren; aber man möchte doch gar zu gern etwas ähnliches haben. So ist der offizielle Empfang, die reception, entstanden, die durch das ganze Land mit unermüdlichem Eifer betrieben wird. Wenn irgendeine angesehne Persönlichkeit, Inländer oder Ausländer, an einen Ort kommt, so wird er und seine Frau in einem Saal aufgestellt, und stundenlang werden ihnen die geladenen Gäste vorgestellt, damit sie ihnen die Hand schütteln können; er muß jedem seine Freude aussprechen, ihn zu sehen, und sich dabei bemühen, ihre Namen zu erhaschen und zu wiederholen. Irgendein Gespräch dabei anzuknüpfen, ist völlig unmöglich; versucht man es doch, so wird der Unterredner sofort von den Nachdrängenden beiseite gestoßen. Für das Objekt der Vorstellung ist das eine entsetzliche Tortur, aber für den Amerikaner ein Hochgenuß.

Gutmütigkeit und Optimismus. Druck der öffentlichen Meinung. Wetten und Sport.

So zeigt der amerikanische Volkscharakter eine eigenartige Mischung jugendlicher und seniler Züge. Er ist noch nicht ausgewachsen, er steht der Welt und ihren Problemen gegenüber wie ein Kind, das rasch zugreift, ohne sich um die Folgen viel zu kümmern: das geht noch über sein Fassungsvermögen hinaus. Die Welt liegt offen vor ihm und bietet ihm unbegrenzte Möglichkeiten; und alles ist ihm erreichbar, wenn er nur den Mut und die Kraft hat, sich vorzuschieben und in dem Gedränge einen Platz zu erobern. Daraus erklären sich zwei scheinbar entgegen-

gesetzte Eigenschaften, die als Grundzüge im Charakter des Amerikaners überall hervortreten. In der Verfolgung seiner Interessen geht er ganz rücksichtslos vor. Mit Gewissensskrupeln ist er wenig beschwert; bei seiner oberflächlichen Bildung genügen ihm die bequem geprägten Schlagworte, die jederzeit das Entgegengesetzte rechtfertigen können; die Probleme wirklich zu durchdenken, sich eine selbständige, innerlich begründete Anschauung zu erringen, hat er weder Zeit noch Neigung und Fähigkeit. Darauf beruht zugleich die Unterordnung unter die Majorität, die Sitte und die öffentliche Meinung, der der Amerikaner sich willig fügt, auch wenn sie seinen persönlichen Anschauungen durchaus widerspricht. Darauf werden wir später noch zurückkommen. Diese Unterordnung unter das, was einmal als Herkommen und schicklich anerkannt ist, führt wie in England zu der bekannten Prüderie und Scheinheiligkeit, die sich oft genug aufs seltsamste manifestiert. Es kann ganz notorisch sein, daß jemand sich, z. B. in geschlechtlicher Beziehung oder durch Bestechlichkeit, schwer vergangen hat, aber jedermann drückt die Augen zu und tut, als wisse er nichts davon. Wird die Sache aber an die Öffentlichkeit gebracht und etwa in einem Prozeß oder im Parlament verhandelt, dann erhebt sich ein allgemeiner Entrüstungssturm, und es ist um den Schuldigen geschehen, auch wenn er in Wirklichkeit wenig oder garkeine Schuld trägt. In dieser Weise ist 1875 Blaines Präsidentschaft mit Recht unmöglich gemacht worden; in gleicher Art wurde 1914 und 1915 gegen Roosevelt vorgegangen, und er hat sich von dem Angriff, obwohl er unberechtigt war, nicht wieder erholt; und ebenso war geplant, Wilson Anfang 1916 wegen eines gebrochenen Eheversprechens zu Fall zu bringen, doch wurden die Kläger durch die Geldleute zum Schweigen gebracht, und so ist die Sache, obwohl sie ganz notorisch war, im Sande verlaufen.

Aber andrerseits hat der Amerikaner vor dem einzelnen Gesetz wenig Respekt. Das ist eine Verfügung der Majorität, die es nach ihrem Belieben und ihren Interessen erlassen hat, oft unter dem Einfluß von allen möglichen Zufällen und Intrigen, und das jeden Augenblick auf ähnliche Weise geändert werden kann; warum soll er es achten, wenn es seinen eigenen Interessen widerspricht und sich die Möglichkeit bietet, ihm ein Schnippchen zu schlagen? Darüber denkt die öffentliche Meinung ebenso wie die gebildeten Griechen seit der Sophistenzeit unter der Herrschaft der Demokratie und des Willens der Majorität oder dessen, was sich für die Majorität auszugeben verstand. Die Handhabung der Rechtspflege und mehr noch die Anschauungen der Gesellschaft nehmen an einer Umgehung und auch an einer direkten Verletzung

der Gesetze wenig Anstoß; dagegen gewähren sie freien Spielraum, sich wirtschaftlich durchzusetzen und in die Höhe zu arbeiten, den Konkurrenten beiseite zu schieben. Aber derselbe Mann, der vielleicht, nach dem bekannten Wort, mit dem Ärmel das Zuchthaus gestreift hat, um sich eine angesehene materielle Stellung zu erobern, ist, sobald seine Geschäftsinteressen nicht in Frage stehn, gutmütig und hilfsbereit dem in Not befindlichen einzelnen, vielleicht selbst seinem Rivalen gegenüber — denn daß ein jeder strebt, sich vorwärts zu drängen, ist selbstverständlich und erregt keinen Anstoß. Diese Gutmütigkeit ist ein durchgehender Zug des amerikanischen Volkscharakters, der den Fremden, der vielleicht mit ganz anderen Vorstellungen ins Land gekommen ist, oft überraschen wird. Die widrigen Umstände, die mit der bestehenden Gestaltung des Lebens verbunden sind, nimmt er als gegeben und unabänderlich hin, und zeigt z. B. bei der Unregelmäßigkeit der Eisenbahnen, die sich nur zu oft um Stunden verspäten, oder im Gedränge der Straßenbahnen, und ebenso bei Unfällen und Verkehrsstockungen, oder bei schlechter Bedienung in den Gasthöfen, aber auch dem Getriebe der Politiker und der Korruption gegenüber eine Geduld, die dem an peinliche Ordnung gewöhnten Deutschen völlig abgeht und durch den Kontrast gegen das sonstige Hasten doppelt überraschend und erfreulich wirkt. Ihn beseelt ein naiver Optimismus, der dadurch noch gesteigert ist, daß der gewaltige Umfang des Landes und die reichen, noch nirgends erschöpften Bedingungen, die es bietet, auch dem, der einmal und selbst mehrmals gescheitert ist, die Möglichkeit gewähren, sich doch noch wieder empor zu arbeiten, während sonst überall, wer einmal Schiffbruch gelitten hat, fast ausnahmslos unter die Räder gerät. So ist er denn auch wenig haushälterisch und immer geneigt zu gewagten Unternehmungen, auch bei unsicheren Aussichten wird er rasch zugreifen; warum soll man ein Experiment nicht einmal versuchen? Für die erwähnten Übelstände hat er höchstens ein gleichgültiges Achselzucken: das sind nun einmal die gegebenen Bedingungen des Daseins, und es geht ja auch so; warum also sich die doch vergebliche Mühe geben, sie abzuändern, die nichts einbringt und nur Kosten macht, statt ausschließlich die eigenen Interessen zu verfolgen. Dabei ist er im allgemeinen ehrlich, wenn es sich nicht um einen Geschäftstrick handelt, und Verbrechen gegen das Eigentum sind in Anbetracht der unentwickelten Zustände und der geringen Macht der Polizei und der Gesetze verhältnismäßig nicht allzu zahlreich. Auch zeigt die Bevölkerung hierin ein viel größeres Vertrauen als bei uns: die Häuser und Gärten werden nicht abgeschlossen, Wagen und Pferde oder Autos läßt der Fahrer stundenlang unbewacht auf

der Straße stehn und fühlt sich sicher, sie bei seiner Rückkehr wieder anzutreffen.

Der fatalistischen Fügung in die gegebenen Verhältnisse neben dem Streben, sie auszunutzen, entspricht die Leichtfertigkeit, mit der man überall ans Werk geht. Bei dem Bau der Eisenbahnen, bei den Dampferlinien, bei industriellen Anlagen usw. werden die gebotenen Vorsichtsmaßregeln unbedenklich außer acht gelassen, wenn man nur Geld und Zeit sparen kann. Daher sind Unfälle und gewaltige Katastrophen, Entgleisungen und Zusammenstöße von Bahnen, Untergang überladener Vergnügungsdampfer u. ä. tagtägliche Ereignisse, die oft Hunderte und Tausende von Menschenleben kosten[1]). Das nimmt der Amerikaner mit einem uns unbegreiflichen Gleichmut als Schicksalsfügung hin; kommt er davon, so ist er vielleicht ganz zufrieden, auf die Weise eine große Entschädigungssumme zu erzielen, die ihn dauernd versorgt. Natürlich bestehn auch hier Unterschiede; in den alten Kulturgebieten des Ostens ist man solider, die Eisenbahnen sind zuverlässig, Unfälle kommen selten vor. Um so häufiger sind sie im Westen und Süden, und im allgemeinen gilt das Menschenleben in der Tat wenig in Amerika, im Gegensatz zu dem peinlichen Schutz des Eigentums und der ungehinderten Erwerbstätigkeit.

Auch die ganz allgemein herrschende Neigung zu Wetten und zu Glücksspielen gehört hierher. Auch da ist ein mit England gemeinsamer Zug in Amerika noch weiter gesteigert; der Vorschlag einer Wette wirkt auch auf die ruhigsten, scheinbar ganz indifferenten Persönlichkeiten unwiderstehlich, und mit fieberhaft sich steigernder Aufregung wird der Ausgang erwartet. Auch der Sport, der so riesig betrieben wird, ist ja im wesentlichen ein Wettspiel. Man überschätzt die Bedeutung des Fußballs und der zahlreichen ähnlichen Spiele durchaus, wenn man glaubt, daß sie zu einer gesunden körperlichen Ausbildung und geistigen Erholung wesentlich beitrügen — das tun harmlosere Spiele, wie das Golf, allerdings —; vielmehr gibt die Trainierung für bestimmte Griffe und Bewegungen nur eine durchaus einseitige Ausbildung und vielfach geradezu eine Mißbildung des Körpers, die ihn für andere, wirklich gesunde Aufgaben unfähig macht, und die gefeierten Preisspieler sind nichts weniger als anziehende Erscheinungen. Die geistige Entwicklung vollends wird dadurch nicht gefördert, sondern gehemmt. Für die Masse des Volkes aber, die in gewaltigen Scharen zu den Wettkämpfen strömt und dabei unendlich viel Zeit (und Geld) vergeudet, sind sie lediglich ein Anlaß zum Wetten

---

[1]) Im Jahre 1907 sind durch Eisenbahnunfälle 11839 Menschen getötet, 111016 verletzt worden; an Entschädigungen wurden 21 1/2 Mill. Dollars gezahlt.

— wie die Pferderennen bei uns. Da entwickelt sich denn die volle Leidenschaftlichkeit des Wettspiels in der stundenlangen Spannung auf das schließliche Ergebnis, bei dem für den Zuschauer gewaltige Summen auf dem Spiel stehen; diese Menge würde den ungeschickten Spieler eben so ruhig niederstoßen lassen, wie die Römer den erliegenden Gladiator. Auch sonst ist diese Analogie unverkennbar; denn vor allem die großen Fußballkämpfe werden mit solcher Wildheit geführt, daß schwere Verletzungen unvermeidlich sind und sie in jedem Jahre an den Universitäten weit mehr Opfer fordern, als etwa die Duelle der deutschen Studenten.

Um so kindlich harmloser ist dann die Art, wie der Sieg gefeiert wird und die Scharen der Gewinner in Schlangentänzen singend abziehn, um die ihnen zugefallene Summe in Festgelagen zu verschwenden. In gleicher Weise wird z. B. die Neujahrsnacht in New York begangen, in sehr erfreulichem Kontrast gegen die wüste Art, wie sie in Berlin gefeiert wird. Diese Volksszenen und die zugehörigen Gesänge und Ausrufe, ebenso wie die unartikulierten, aber genau festgelegten, heulend ausgestoßenen Schreie (yells), mit denen die Studentenschaft der einzelnen Universitäten ihren Gefühlen Ausdruck gibt und einen gefeierten Gast begrüßt, rufen in ihrer Kindlichkeit unwillkürlich den Eindruck hervor, man habe eine Indianerschar vor sich; und sie werden denn auch um so seltsamer und wilder, je weiter man nach Westen kommt.

Auch in der durchaus gutmütigen Neugierde, mit der der gewöhnliche Amerikaner sich andern aufdrängen und ihn nach seinen Verhältnissen und Anschauungen fragen kann, tritt die kindliche Naivität zutage, die ihn beseelt. Das Gefühl, daß er damit eine Unschicklichkeit begeht und jenen verletzen könne, ist ihm völlig fremd; auch er selbst macht ja aus seinen Gedanken und Empfindungen kein Hehl. Daher wirkt dies Auftreten nicht verletzend; auch ist der Amerikaner, soweit die Hast des Lebens es gestattet, durchaus entgegenkommend und hilfsbereit, und läßt es im Gespräch an Höflichkeit weniger fehlen, als das bei uns so häufig der Fall ist. Gar gern möchte er freilich bewundert sein und die ehrliche Bewunderung, die er für seine Heimat hegt, auch von andern geteilt sehn; daher die ständige Frage, die dem Ausländer vom Moment der Landung an gestellt wird, wie ihm Amerika gefalle. Aber daneben ist doch auch ein latentes Bewußtsein vorhanden, daß auch in diesem Musterlande nicht alles so ist, wie es sein soll; und so bittet er um eine offene Kritik und nimmt sie, wenn sie mit der gebotenen Rücksicht geübt wird, gern an, ja stimmt ihr oft eben so eifrig zu, wie er vorher das Gegenteil vertreten hat, er ist dankbar, wenn ihm die Zustände und Anschauungen der Fremde klar gemacht werden, die ihm bis dahin nur

in ganz nebelhaften Umrissen erschienen, und er einsieht, daß sich doch auch für diese etwas sagen lasse.

An Schlagfertigkeit und Witz fehlt es dem Amerikaner nicht; sie machen den Engländern den Vorwurf, daß diese zu schwerfällig seien und ihnen das Verständnis einer mit knapper Pointierung hingeworfenen Bemerkung erst eine Stunde später aufgehe. Wer mit einer Rede, z. B. auch in der langen Reihe der Toaste nach einem offiziellen Diner, eine Wirkung erzielen will, muß einen derartigen Schlager anbringen, entweder ernsten Inhalts, oder womöglich mit humoristischer Färbung; die Fähigkeit dazu wird von jedem erwartet, den man als den Durchschnitt überragend betrachtet. Im übrigen aber ist die Kunst der Rede wenig entwickelt, obwohl oder vielmehr gerade weil so unendlich viel Reden gehalten werden müssen. Denn da haben die Reden in Massenversammlungen, „vom Baumstumpf aus" (stump speaking), durchaus das Übergewicht; und in ihnen dominiert der Geschmack und das Bedürfnis der Menge und drückt das Niveau herunter. In den Parlamenten dagegen werden, wie wir noch sehn werden, überhaupt keine Reden gehalten. Bei ernsthaften Reden, seien sie politischen oder wissenschaftlichen Inhalts, herrscht dagegen durchaus die Vorlesung nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Manuskript; wenn ein Ausländer frei spricht, wie ich es immer getan habe, wirkt er ganz überraschend und ist schon dadurch des Erfolges sicher.

Unfertigkeit und Monotonie des Lebens. Charakter der Städte.

Auf der Unfertigkeit der amerikanischen Kultur beruht die Monotonie, die trotz der gewaltigen Unterschiede in Klima und Bodengestalt über dem ganzen Lande liegt. Eine Stadt sieht aus wie die andere, und keine ist auch nur einigermaßen fertig und zu einem einheitlichen Bilde von bestimmtem Gepräge erwachsen. Neben den eleganten Hauptstraßen und den Riesenbauten der „Wolkenkratzer" liegen die armseligsten Quartiere, in denen das elendeste Proletariat und das Verbrechen seinen Unterschlupf findet — so z. B. besonders drastisch im Zentrum der Quäkerstadt Philadelphia —; und in manchen Bezirken finden sich lediglich primitive Hütten aus Holz und Lehm, die eine Feuersbrunst zu Hunderten hinwegrafft, wie in Konstantinopel, und bei denen man sich wundert, daß sie nicht bei jedem Sturm umfallen. Das Streben, die Städte zu verschönern, ist vorhanden, und New York hat sich in der Tat in den letzten Jahrzehnten aus der entsetz-

lichen Korruption der siebziger Jahre einigermaßen herausgearbeitet und ist verhältnismäßig sauber; aber z. B. Chicago hat ein Straßenpflaster, daß jeder Beschreibung spottet, da ein Prozeß, wer es zu reparieren hat, seit langen Jahren unentschieden schwebt, und starrt daher von Schmutz, und von den Städten des Westens, wie z. B. Kansas City oder Omaha, wird man lieber ganz schweigen. Einer gesunden Stadtverwaltung steht eben überall die Korruption und der Unterschleif entgegen; und nicht selten werden die wüstesten, ästhetisch ganz sinnlosen Projekte in Angriff genommen, um dann, wenn das Geld anderweitig vertan ist, halb ausgeführt liegen zu bleiben. Um so anerkennenswerter ist, daß die Großstädte durchweg ausgedehnte, wirklich schöne und gut gepflegte Parkanlagen geschaffen haben — in Philadelphia umschließt der Stadtbezirk ein romantisches Bachtal, das lebhaft an das Schwarzatal in Thüringen erinnert —; daran schließen sich dann schöne Villenstraßen. Überhaupt ist der Baustil keineswegs so einförmig und langweilig wie in England, und auch die Riesenhäuser haben neben den primitiven himmelhohen Kasten der alten Zeit in der Tat gar manche imposante Bauten aufzuweisen, wie das bekannte Flat-iron building in New York, in denen eine ihrer Eigenart angepaßte Architektur stilgerecht und wirkungsvoll zum Ausdruck gelangt. Auch die Privathäuser sind bei weitem nicht so monoton und langweilig, wie in England, und neben der ärgsten Stillosigkeit findet man gar manche geschmackvolle Bauten.

Wenn es im allgemeinen richtig ist, daß alle amerikanische Großstädte sich gleichen und daß sie alle noch unfertig und in ihrer Erscheinung noch nicht zu einem Abschluß gelangt sind — nur Washington bildet dank seinem autokratischen Stadtregiment (s. u.) eine Ausnahme —, so haben sie und ihre Bewohner doch auch einen Sondercharakter. Es kommt ihnen wie dem amerikanischen Leben überhaupt zugute, daß das Land keine Hauptstadt hat und nicht zentralisiert ist wie England oder Frankreich; vielmehr besteht zwischen den Städten eine eben so starke Rivalität wie in Deutschland oder Italien. New York fühlt sich als die große Zentrale des geschäftlichen Lebens, die alle andern an Volkszahl und Mitteln weitaus überragt. Aber voll Geringschätzung sieht Boston stolz, als der Sitz der ältesten und entwickeltsten Kultur, auf dies materielle Getriebe herab, das ein höheres geistiges Leben nicht aufkommen lasse; und beide wollen von Philadelphia und seiner Langweile nichts wissen[1]). Chicago aber betrachtet

[1]) Typischen Ausdruck finden diese Rivalitäten in den Anekdoten, daß ein Mädchen aus Boston, gefragt, warum sie nach New York gereist sei, die Antwort gab, ich wollte meinem Gehirn einmal vierzehn Tage lang völlige

sich als die Metropole des eigentlichen Amerika, in der das wahre Leben des Volks noch weit rascher und kräftiger pulsiere, als in den vom Auslande infizierten halbeuropäischen Städten des Ostens. Weiter westlich gilt dann Chicago als bereits zu nahe an Europa. Analoge Gegensätze bestehn überall, in typischer Weise z. B. zwischen den Zwillingsstädten St. Paul und Minneapolis in Minnesota, den Hauptsitzen eines gewaltigen Getreidehandels. Als aber im Jahre 1910 die Handelskammer von Muskogee, dem damals fünf Jahre alten, neu emporstrebenden Hauptort der östlichen Hälfte von Oklahoma, der Handelskammer des schon 21 Jahre alten Oklahoma City einen Gegenbesuch machte, erklärte man hochherzig, man wolle jede Rivalität unterlassen, sondern sich mit der Anerkennung begnügen, daß beide zusammen den Gipfel Amerikas und damit der Menschheit überhaupt bildeten, einer Anerkennung, die ihnen die ganze Welt zuspreche, da selbst englische Prinzessinnen und sogar indische Maharajas an ihnen den regsten Anteil nähmen und ihre weitere Entwicklung mit Spannung verfolgten.

Überschätzung der körperlichen Arbeit. Pazifismus und Bluff.

Mit der Gestalt der amerikanischen Kultur hängt zusammen, daß neben dem Gelde und dem Geldgewinn die materielle und speziell die rein körperliche Arbeit weitaus überschätzt und ganz unverhältnismäßig bezahlt wird. Das ist noch gesteigert durch die Arbeiterorganisationen und den alle Preise gewaltig erhöhenden Schutzzoll, der, wenn auch zunächst im Interesse der eine Konkurrenz des Auslands fürchtenden Industrie, dann aber zugleich im Interesse der Arbeiter eingeführt ist und von ihnen eifrig gestützt wird. In dem bekannten ewigen Zirkel führt das zu einer Verteuerung aller Lebensmittel und Industrieprodukte und dann weiter zu einer Steigerung der Löhne und zugleich zu ständiger Verkürzung der Arbeitszeit, die durch Riesenstreiks erzwungen werden, so zuletzt wieder 1916.

So wachsen die Ansprüche der arbeitenden Klasse ständig. Dem entspricht es, daß amerikanische Dienstboten, abgesehn von den Negern, schwer zu haben sind und neben kaum erschwinglichen Löhnen weitgehende Rechte und peinliche Rücksichtnahme fordern. Daher ist der gewöhnliche Haushalt in viel weiterem Umfang als

---

Ruhe geben, und daß ein Kaufmann nach der Rückkehr von einer Reise erzählte: in Philadelphia habe ich am letzten Mittwoch eine Woche zugebracht.

bei uns auf Selbsthilfe oder auf die Versorgung durch Restaurationen und andre Speisehäuser angewiesen; daneben kommen in ständig anwachsender Zahl europäische oder aber chinesische und japanische Dienstboten auf, die sich freilich auch teuer bezahlen lassen, aber wenigstens viel leisten. Daneben versehn, da keine Arbeit entehrt, arme Studenten zahlreiche Dienstleistungen, wie Kohlen tragen, Kochen, oder — ein sehr hübscher, ergreifender Zug — die Bedienung in den studentischen Speisehäusern, und verdienen sich dadurch die Kosten ihres Unterhalts[1]). Rein geistige und nun vollends wissenschaftliche Arbeit ohne greifbaren praktischen Nutzen wird dagegen gering geachtet und wurde bis vor kurzem ganz minderwertig bezahlt, so daß das Einkommen eines Universitätsprofessors höchstens etwa dem eines geschulten Arbeiters gleichkam, um von dem eines gewandten Kaufmanns oder Juristen mittlerer Lage ganz zu schweigen. Die Folge ist, daß der Nachwuchs für diese Stellungen verhältnismäßig gering ist und man nur zu oft mit Mittelgut und minderwertigen Persönlichkeiten vorlieb nehmen muß.

Ganz verhängnisvoll hat das auf das Gebiet der Schulerziehung gewirkt: da es für die Männer so viele weit einträglichere und verlockendere Berufe gibt, ist sie fast ausschließlich in die Hände der Frauen gefallen, und wenn man z. B. zu einer Lehrerversammlung eingeladen ist, trifft man eine große Schar von Frauen, unter denen ganz verloren hier und da ein vereinzelter Mann sitzt. Von der Rückwirkung, die das auf die Denkweise der Amerikaner hat, ist oben schon gesprochen worden; die gutmütig-optimistische Lebensauffassung und die Oberflächlichkeit kommt dem entgegen und wird weiter dadurch gesteigert, und so hat sich eine weichliche, feminine Denkweise voll entwickeln können, die in der dominierenden pazifistischen Strömung ihren bezeichnendsten Ausdruck findet. Die äußere, zurzeit noch nirgends von ernsten Gefahren bedrohte Lage des Landes, das gänzliche Zurücktreten der äußern Politik vor den innern Fragen, die totale Unkenntnis der übrigen Welt und der fremden Nationen, abgesehn von England, in der die Masse des Volks lebt, hat das noch weiter gesteigert: wenn wir uns über alle uns bewegenden Angelegenheiten friedlich

[1]) Ein seltsames Dogma, das einem in Amerika immer wieder verkündet wird, ist, daß der Amerikaner kein Trinkgeld nähme. Das ist früher allerdings der Fall gewesen, aber, abgesehn von einzelnen Fällen im Westen und in Kalifornien, längst geschwunden. Jetzt werden überall sehr hohe Trinkgelder gegeben, wie denn die Amerikaner bei uns in dieser Richtung ganz verhängnisvoll gewirkt haben; nur legt man, wenn man die Gefühle der Empfänger schonen will, das Geldstück für die Bedienung etwa unter den Teller u. ä.

auseinandersetzen, warum könnte das nicht in der ganzen Welt geschehn? So war der Glaube weit verbreitet, daß das Millennium unmittelbar vor der Tür stehe und durch die Haager Konferenz und die Schiedsgerichtsverträge gesichert sei und nun nur noch eine allgemeine Abrüstung zu folgen brauche — Millionäre wie Carnegie und Ford lebten ganz in diesen Anschauungen und gaben gewaltige Summen dafür aus —; und jetzt glaubt die Masse des Volks, durch den Eintritt in den Weltkrieg und die Niederwerfung Deutschlands, des letzten Hindernisses auf diesem Wege, das Ziel erreicht zu haben und durch die Gestaltung der Welt als „Völkerbund" für alle Zukunft sichern zu können.

Nur scheinbar steht im Widerspruch dazu, daß, wie der Krieg gegen Mexiko, gegen Spanien, gegen Deutschland gezeigt hat, die Amerikaner leichter als irgendein anderes Volk der Welt in einen Krieg getrieben werden können; vielmehr ist das eine nur die Kehrseite des andern. Sie denken in all diesen Dingen völlig naiv; für sie ist es, wie für England und wie ehemals für Rom, ganz selbstverständlich, daß sie überall im Recht sind, wo ihre Interessen in Betracht kommen, und daß es böser Wille oder aber moralische und intellektuelle Inferiorität ist, wenn andere Völker das nicht anerkennen. Aber als durchaus zuläßig gilt, wie im Geschäftsleben, der Versuch, durch keckes Auftreten und weitgehende Forderungen den Gegner zu blenden, um dann, wenn dieser Widerstand leistet, durch Zurückweichen doch immer noch etwas mehr zu erhalten, als ihnen eigentlich auch dem eigenen Gefühl nach zusteht: der „Bluff" ist ihnen eben so geläufig wie dem Engländer. Dafür hat die deutsche Diplomatie zu ihrem Unheil niemals das geringste Verständnis gehabt, sondern in der Regel ein solches Vorgehn für Ernst genommen und sich übertölpeln lassen; und wenn sie es einmal versuchte, das selbst nachzuahmen, verfuhr sie so ungeschickt, daß sie erst recht den kürzern zog.

Indessen wenn die Amerikaner gutmütig sind, wie die Kinder, können sie auch eben so leicht aufflammen wie diese; und wenn dann die Drahtzieher der öffentlichen Meinung, die bestimmte praktische Ziele im Auge haben, eine Bewegung hervorrufen und geschickt schüren, kann diese nur zu leicht die Dämme durchbrechen und alles mit sich fortreißen. Dann erwächst zugleich das Bewußtsein der Kraft, die Muskeln schwellen an; und so kann das Volk, ohne es zu wissen und zu wollen, in kürzester Frist in einen Krieg hineingetrieben werden. Auch in der innern Politik wiederholen sich derartige Vorgänge immer wieder. Im Frühjahr 1904 hat es der kalifornische Millionär Hearst, der Eigentümer zahlreicher populärer, mit drastischen Bildern illustrierter „gelber Zeitungen", die vor allem im Westen die Hauptlektüre der Massen

sind, verstanden, durch geschickte Agitation eine solche Stimmung für sich zu erzeugen, daß er, wenn damals eine Präsidentenwahl stattgefunden hätte, wohl sicher gewählt worden wäre, zum Entsetzen der gebildeten Kreise; aber er hatte sein Pulver zu früh verschossen, als der Wahltermin im Herbst herankam, war diese Strömung bereits eben so rasch abgeflaut, wie sie angewachsen war.

Gesundheitszustand und Familienleben. Die Stellung der Frauen. Der Rückgang der Volksvermehrung.

Wie in der äußern Gestaltung des amerikanischen Lebens alle Kulturstufen vertreten sind und die primitivsten Lebensformen und Einrichtungen unmittelbar neben den modernsten und raffiniertesten stehn, so finden sich auch im Volkscharakter neben den jugendlichen und lebensfrischen Zügen einer aufstrebenden Nation in seltsamem Durcheinander die bereits erschlafften des Greisenalters. Die innere Unrast des Lebens wird noch verstärkt durch die Wirkungen des Klimas, das mit seinen jähen Kontrasten die Funktion der Organe und vor allem die Nerven stark angreift: heiße, erschlaffende Sommer, strenge und lange anhaltende Winter, jäher Temperaturwechsel — im Winter ist es ganz gewöhnlich, daß das Thermometer bei Nacht unter 0° Fahrenheit (— 17,8° Celsius) sinkt, während es des Mittags unter der Einwirkung der hochstehenden Sonne[1]) taut und dann abends schon wieder stark friert —, gewaltige Weststürme und heftige Gewitter. Die einzige schöne Jahreszeit ist der Spätherbst (Indian summer)[2]) im Oktober und November; dagegen fehlt der Frühling vollständig, der Sommer setzt, wie im Steppenklima, ohne Übergang spät, zu Anfang Mai, und plötzlich ein, die schöne Zeit des Sprossens und Aufblühens in langsam fortschreitender gesunder Entfaltung kennt weder das Jahr noch das Menschenleben.

---

[1]) Man darf nie vergessen, daß Boston, New York, Chicago unter der Breite von Rom, Neapel und Madrid liegen, aber, bei erstickend heißem Sommer, einen Winter haben wie etwa Stockholm und Petersburg. Ganz anders, bereits subtropisch, ist dagegen das Klima von Kalifornien, das durch den Gebirgswall gegen die Ostwinde und die Einwirkung des Steppenklimas geschützt ist, während dieser Wall die Niederschläge vom Stillen Ozean aufsaugt.

[2]) Ein Amerikaner hat mich darauf aufmerksam gemacht, wie bezeichnend die Macht der Tradition in der Literatur darin hervortritt, daß auch in der amerikanischen Poesie der Frühling besungen wird, obwohl man ihn im Grunde garnicht kennt, während der Herbst den Preis, den er verdiente, nicht gefunden hat.

Aber weit entscheidender ist die Art der Lebensführung: sie zehrt an den körperlichen und geistigen Kräften des Menschen, sie macht ihn nervös und innerlich ungesund. Gesteigert wird das durch die ungesunde Ernährung, die scharfen Gewürze, das ständig getrunkene Eiswasser, die Riesenportionen von Fruchteis, die ununterbrochen verzehrt werden. So ist der normale Amerikaner zahn- und magenleidend, und zugleich nervös besorgt um seine Gesundheit; ein jeder hat sein specific, vor allem eine besondere Abart der unzähligen Variationen von Getreidebrei, die er für sich besonders zuträglich hält und zum Frühstück verzehrt. Im Jahre 1904 ist keine Frage so oft an mich gerichtet worden, aus den verschiedensten Kreisen, als die, ob ich nicht die Amerikaner für eine dekadente Rasse halte; später, im Jahre 1909, schien diese zeitweilig herrschende Strömung zurückgedrängt zu sein, vor allem unter der Einwirkung der Christian Science, welche die körperlichen Leiden durch Religion und Gebet heilen will und in der Tat viele Menschen zur Bekämpfung weichlicher Nachgiebigkeit gegen eingebildete oder wirkliche Gebrechen gestärkt hat. Aber auch diese neue Abart der Religion, die unendlichen Zulauf gefunden hat, kann doch nur als eine besonders charakteristische Krankheitserscheinung im Volksleben betrachtet werden.

Noch weit verhängnisvoller ist die Wirkung dieser Faktoren auf dem Gebiet des Familienlebens und der Bevölkerungsvermehrung. Es ist bekannt, daß die Frau in Amerika eine weit selbständigere und einflußreichere Stellung einnimmt, als in der alten Welt. Zum Teil beruht das auf den bei jeder Kolonisation wirkenden Bedingungen: unter den Ansiedlern sind weit mehr Männer als Frauen, und daher wird die Frau, auch wenn sie an sich keineswegs irgendwie ausgezeichnet, oft sogar mit mancherlei belastet sein mag, ganz anders geschätzt und begehrt, als in normalen Verhältnissen. Andrerseits muß sie am Wirtschaftsleben ganz anders teilnehmen und selbst mit zugreifen, als daheim. Dadurch ist die altgermanische, auch in England heimische Ehrung der Frau noch wesentlich gesteigert worden; auch der ungebildetste Amerikaner ist gegen die Frauen höflich, und noch jetzt ist es selbst im Gedränge der Straßenbahnen von New York und Boston noch durchaus Brauch (obwohl er langsam zu schwinden beginnt), daß der Mann einer Frau seinen Platz überläßt, und in den Lifts muß, wenn eine Frau ihn betritt, jedermann den Hut abnehmen. Dazu kommt dann die Weichheit des amerikanischen Charakters; weder gegen die Frau noch gegen die Kinder vermag er hart aufzutreten, so daß sie ihren Neigungen und Launen frei nachgehen können. Daher herrscht im Hause die Frau über den Mann, und die Kinder über beide; wie verhängnisvoll das für die Erziehung ist,

bedarf keiner Ausführung. Andrerseits hat die Frau in den besseren Ständen viel mehr Zeit, sich mit geistigen Interessen abzugeben, als der durch das Geschäft und den Erwerb voll in Anspruch genommene Mann. So ist die Teilnahme an der geistigen Kultur großenteils den Frauen zugewiesen; ganz allgemein besuchen sie die Universitäten, um sich eine höhere allgemeine Bildung anzueignen, die Erziehung liegt, wie schon erwähnt, daheim und in den Schulen fast ganz in ihren Händen, und auch als Ehefrauen gehn sie ihren eigenen Interessen nach — so namentlich auch auf sozialem Gebiet —, die zu teilen der Mann weder Zeit noch Verständnis hat. So gehn Mann und Frau auch in der Ehe nebeneinander her und kommen oft wenig in Berührung miteinander; jeder der beiden Gatten hat seinen besonderen Klub, in dem er nicht wenige Stunden zubringt und oft die Mahlzeit einnimmt, und es kommt vor, daß die Frau ein großes Haus macht und große Gesellschaften gibt, während man den Mann nie zu Gesicht bekommt. Auch im Erwerbsleben nimmt die Frau vielfach eine selbständige Stellung ein. Daher hat die Forderung des Frauenstimmrechts in den letzten Jahrzehnten großen Widerhall und starke Agitation auch in den gebildeten Kreisen gefunden, und es wird gegenwärtig in immer größerem Umfang eingeführt.

In der Tat sind die amerikanischen Frauen den Männern geistig sehr häufig überlegen; sie sind gewandt und regsam und üben die weibliche Kunst, sich vorteilhaft zu geben, mit großem Geschick; den Anspruch auf den Vorrang und besondere Berücksichtigung verstehn sie als selbstverständlich unauffällig durchzuführen. Da meist eine elegante, wohlgepflegte äußere Erscheinung hinzukommt — nur darf ein scharfes weibliches Auge nicht auf die schlecht oder garnicht ausgebesserten Defekte in den Kleidungsstücken u. ä. blicken —, so wirken sie zunächst blendend und scheinen den europäischen Frauen weit überlegen. Aber es fehlt das eigentlich Weibliche, der Sinn für die Häuslichkeit, für Ordnung und Reinlichkeit, und vor allem die innere Hingebung, das Gemüt; an seine Stelle tritt eine kalte Grazie, und wenn es natürlich auch an Beispielen eines idealen Familienlebens nicht fehlt und nicht wenige Frauen für ihre soziale Tätigkeit die höchste Anerkennung verdienen, so entdeckt man doch nur zu oft unter dem äußeren Schein bei genauerem Zusehn einen halb unbewußten, aber nur um so entschiedeneren Egoismus.

Daher ist denn die Ehe in Amerika vielfach in der Tat, nach der bekannten Bestimmung des preußischen Landrechts, eine Verbindung zu gegenseitiger Unterstützung, nicht aber zur Gründung einer Familie und Erzeugung eines Nachwuchses. Die einseitige

geistige Ausbildung der Frau und die Koedukation, die auf der Schule fast überall und auf zahlreichen Universitäten besteht, fördert diese Gestaltung; dadurch wird der Flirt, das unkontrollierte Tändeln der beiden Geschlechter, ganz allgemein, aber ein gesundes Geschlechtsleben und der naturwüchsige Geschlechtstrieb wird dadurch unterbunden. Die Leichtigkeit der Ehescheidung, die in manchen Staaten ohne jede Schwierigkeit sofort erfolgen kann, kommt dem noch weiter entgegen. So gehn Mann und Weib in der Ehe zeitweilig nebeneinander, aber sie leben nicht miteinander, sondern jeder geht seine eigenen Wege, die der andere nicht stören soll.

Die Folge ist, daß die Ehen unfruchtbar bleiben. In vielen Fällen ist die Ursache eine physische Degeneration, die sich auf beide Geschlechter verteilt, die aber bei der Frau wohl noch mehr hervortritt als beim Mann. Aber noch weit wirksamer ist, daß man keine Kinder haben will, daß man sie als eine Last, eine Störung des Behagens und der gewohnten Lebensführung betrachtet. Jedem, der darauf achtet, wird aufgefallen sein, wie viele kinderlose Ehepaare, namentlich in jüngerem Alter, alljährlich aus Amerika nach Europa kommen und hier vielleicht jahrelang leben, ohne daß ein Kind geboren wird. Wenn in Frankreich, und in weitem Umfang ja neuerdings auch in Deutschland, vorbeugende Mittel gebraucht werden, so herrscht in Amerika durchaus die Abtreibung, die mit der größten Offenheit und Rücksichtslosigkeit angewendet wird. Sie bildet eine Haupteinnahmequelle der Ärzte, und die Amerikaner sind erstaunt und betrachten es als einen Beweis der Knechtschaft, unter der wir leben, wenn sie erfahren, daß das bei uns verboten ist und schwer bestraft wird.

So ist Amerika in dieselbe Lage gekommen, die Frankreich und die Entwicklung der französischen Nation bedroht. Der Überschuß der Geburten über die Todesfälle wird unter der einheimischen Bevölkerung ständig geringer und nähert sich dem Nullpunkt, die Bevölkerungsvermehrung beruht wesentlich auf der starken Einwanderung, die auch weiter zeugungskräftig bleibt. In Massachusetts, gibt Roosevelt an [1]), überschreitet die Zahl der Gestorbenen aus der alteinheimischen Bevölkerung die des Nachwuchses in den Jahren 1885—1911 um 270 000, während die Familien ausländischen Ursprungs einen Überschuß von 530 000 Geburten über die Todesfälle ausweisen; „im Westen kann der einheimische Grundstock gerade noch seine Stellung behaupten". Besonders instruktiv ist eine Statistik der Nachkommenschaft der Studenten der Universitäten Harvard und Yale, die er für das Jahrzehnt

[1]) Roosevelt, The Foe of our own Household, 1917, p. 258.

1880—1890 gibt: innerhalb der Dreißiger heirateten 78 %, über 20 % der Ehen blieben kinderlos, so daß nur Dreifünftel der Gesamtzahl Nachkommen haben. Bei den Promovierten kamen auf den Kopf der Verheirateten nur 2,3 Kinder, im Verhältnis zur Gesamtzahl nur 1,55, bei den promovierten Frauen insgesamt nur 0,86, und die Zahl sinkt von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. So hat denn, wie in Frankreich und wie im römischen Kaiserreich, eine lebhafte Agitation eingesetzt, die zur Eheschließung und Kinderzeugung mahnt und das Gewissen schärfen will — unter andern ist Roosevelt schon als Präsident eifrig dafür eingetreten —; aber mehr Erfolg als dort wird sie schwerlich erzielen.

Die höhere Gesellschaft. Aristokratische Tendenzen. Geistige Interessen und Geldaristokratie.

Über der Masse des Volks steht die höhere Gesellschaft. Sie hat ihre Wurzeln in den gebildeten Kreisen des alten Kolonialgebiets, vor allem in Boston, aber auch in Philadelphia und New York, und daneben in der Pflanzeraristokratie des Südens; allmählich hat sie dann auch in das Neuland des Westens Eingang gefunden und sich in Kalifornien wieder in besonderer Eigenart gestaltet. Ihre Hauptstützen sind die großen, als führend anerkannten Universitäten, neben denen des Ostens im Binnenlande vor allem die von Wisconsin (Madison) und die von Chicago sowie die Staatsuniversität und die Leland Stanford-Universität in Kalifornien. Da die Universitäten in den vier Collegejahren, die den Oberklassen der deutschen höheren Schulen und etwa den ersten Universitätssemestern entsprechen, keine Fachstudien, sondern allgemeine Bildung bieten, werden sie von jedem besucht, der nach einer höhern Lebensstellung strebt; und zugleich schaffen sie, nach Absolvierung des Bachelorexamens, zwischen ihren Schülern (alumni) eine dauernde Verbindung für das Leben. Auch das Ausland hat man kennen gelernt und besucht es immer von neuem, viele haben auf fremden Universitäten studiert, namentlich in Deutschland oder in Paris — die englischen Universitäten können den Amerikanern wenig bieten —; und so hat man hier zuweilen auch Verständnis für die Zustände der fremden Länder und die Probleme, die sie bieten.

In diesen Kreisen herrscht eine wirklich tiefer greifende Bildung und eine ideale Auffassung und Gestaltung des Lebens und ein feiner Takt, wie nur in der besten englischen Gesellschaft. Hier besteht denn auch eine tiefe Abneigung gegen das aufdringliche und renommistische Gebahren der demokratischen Massen, eine

peinliche Achtung vor der Individualität der eignen wie der fremden Persönlichkeit. Das führt nicht selten zu einer Scheu, überhaupt hervorzutreten, die namentlich auf manchen Gelehrten lastet und ihre freie und schöpferische Produktion hemmt. Vielfach trifft man auch eine matte, resignierte Stimmung; man empfindet lebhaft die Gebrechen der Demokratie und die Verfahrenheit der bestehenden Zustände, hat aber jede Hoffnung auf Besserung aufgegeben und fühlt sich nicht berufen, selbst einzugreifen und mit dem Versuch einer Abhilfe hervorzutreten. Darin treten die Alterszüge deutlich hervor, die Amerika trotz seiner Jugend eben so rasch angenommen hat, wie Rom im Vergleich mit der griechischen Kultur. Aber andre, kräftigere Naturen treten dem mit allem Nachdruck entgegen und legen selbst Hand ans Werk; in ihnen lebt noch die Jugendfrische und der gesunde, vorwärtsstürmende Optimismus, der jenen Tendenzen jetzt noch die Wage hält. Eine typische Gestalt der Art ist Roosevelt, der als Sproß einer der reichsten New Yorker Familien, niederländischen Ursprungs, und als Zögling der Harvard Universität ganz diesen Kreisen angehört; seine gesamte Tätigkeit ist von hier aus zu erfassen und zu beurteilen. Aber auch sonst zeigt diese Gesellschaft viele gesunde, geistig hervorragende Gestalten; so haben in Boston, in sozialer Beziehung einer der aristokratischsten Städte des Erdballs, die alten Geschlechter es verstanden, durch Begabung und Energie trotz aller Demokratie Generationen hindurch die führende Stellung zu behaupten und daher auch die Leitung der Harvard Universität in ihren Händen zu behalten.

Überhaupt bietet Amerika sozial und im gesellschaftlichen Leben doch ein sehr andres Bild, als man von der fortgeschrittensten Demokratie der Gegenwart erwartet. Allerdings herrscht wie im politischen und wirtschaftlichen Leben, so auch im Verkehr offiziell volle Gleichheit, die in der allgemeinen Sitte des Händeschüttelns ihren Ausdruck findet; aber tatsächlich haben sich die in England eingewurzelten aristokratischen Formen und Anschauungen in weitem Umfang auch nach Amerika verpflanzt, und eben diese offizielle Gleichheit hat unter der Hülle eine um so stärkere Reaktion hervorgerufen. Die Schichten der Gesellschaft scheiden sich stark voneinander, und Jedermann ist abgestempelt durch den Klub oder Verein, dem er angehört und der seine soziale Sphäre bestimmt. Durch alle Kreise geht das Streben der Einzelnen, nicht nur etwas besonderes zu sein, sondern auch als solcher kenntlich gemacht und anerkannt zu werden. Daher auch die naive Art, wie in den mittleren Schichten jeder, der nur einigermaßen danach aussieht, als Judge oder Colonel oder mit einem andern militärischen Titel angeredet wird — oft genug ist er auch eins von

beiden oder beides einmal gewesen —; daher, da der Staat leider keine Orden verleiht, das bei beiden Geschlechtern allgemein verbreitete Tragen von Klubabzeichen u. ä. im Knopfloch und das Jagen nach fremden Orden, um die die europäischen Vertreter ununterbrochen überlaufen werden. Wer nach Europa reist, setzt Himmel und Hölle in Bewegung, um trotz alles Republikanismus zu einem Hoffest geladen und dem Monarchen vorgestellt zu werden. Europäische Adelstitel schaffen sofort eine angesehene Stellung, vielleicht leichter als daheim; und allbekannt ist, wie eifrig die Millionäre, vor allem natürlich, wenn sie Emporkömmlinge sind, hinter einer Verschwägerung mit vornehmen Adelsgeschlechtern einher sind und jedes Opfer dafür bringen. Mit unermüdlichem Eifer sucht man zu ermitteln, wer die Vorfahren gewesen sind und was für eine Stellung sie eingenommen haben, um dadurch der eigenen Familie ein Relief zu geben; bei manchem hat sich dies „ancestor hunting" zu einer förmlichen Manie entwickelt, die ihre ganze Tätigkeit ausfüllt. In der vornehmen Gesellschaft des Ostens kann man Niemandem vorgestellt werden, ohne daß einem zugeflüstert wird, welcher Familie er oder sie angehört, wobei eine genaue Kenntnis dieser Verhältnisse vorausgesetzt wird. Aber das gleiche Streben geht durch alle Kreise. Die Zahl derer, die von den Pilgervätern der Mayflower abzustammen behaupten, ist Legion. Die angesehenste Zeitung von Boston, der Transcript, widmet regelmäßig diesen Dingen eine ganze Seite größten Formats, unter der Überschrift Genealogical, wo zahllose Anfragen, wer und was die Vorfahren im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert gewesen sind, eingehend beantwortet werden; und wenn sich die Kunde verbreitet, daß ein Deutscher durch den Ort reist, so wird er noch bei der Abfahrt des Zuges überlaufen von Leuten, die wissen wollen, wo und wie sie etwa in Hessen Auskunft über ihre Vorfahren erlangen könnten[1]).

In dem Streben nach der führenden sozialen Stellung ringen, wie begreiflich, Geld und Bildung um den Vorrang. In manchen Fällen führt das zu scharf betonter Rivalität. Den Multimillionären, die das Publikum anstaunt und von denen z. B. das vorzügliche alljährlich erscheinende statistische Handbuch The World Almanac ein ausführliches Verzeichnis mit genauer Angabe ihrer Familienverhältnisse gibt, wie nur ein Hofkalender oder die eng-

[1]) Gelegentlich kommen dabei die amüsantesten Dinge vor. So erzählte mir ein reicher Industrieller aus Ohio, seine Familie stamme aus Chester, sei aber sächsischen Ursprungs; und so sei er nach Dresden gereist, um die Heimat seiner Ahnen kennen zu lernen. Ich habe den guten Mann natürlich bei dem Glauben gelassen, daß die Angelsachsen aus dem Königreich Sachsen gekommen seien.

lische Peerage, und den „obern Vierhundert", die im Besitz fürstlicher Villen (vor allem in Newport, der „Königin der amerikanischen Seebäder" und für den Herbst in den Berkshire Hills in Massachussetts) ein behagliches Dasein führen, können und wollen die wahrhaft gebildeten Kreise es natürlich nicht gleichtun; aber voll Stolz erzählte man mir im Century Club in New York, einem hochangesehenen Mittelpunkt des dortigen geistigen Lebens, daß es den großen Geldmagnaten unmöglich sei, in diesen Klub aufgenommen zu werden, es sei denn in dem seltenen Ausnahmefall, daß der Betreffende zugleich im geistigen Leben eine hervorragende Stellung einnehme, und so sei der Besitz großen Reichtums sozial eher ein Nachteil als ein Vorteil.

In der Regel indessen gehn, wie ja auch sonst in der Welt, Geld und Bildung einträchtiglich Hand in Hand, und jenes ist keineswegs unentbehrlich. Allerdings wird z. B. ein tüchtiger Gelehrter in der feinen Gesellschaft überall Zutritt finden, auch wenn er in seinen Mitteln beschränkt ist. Aber gerade an den Universitäten und in den Studentenkreisen spielen die Gegensätze unter der Decke der offiziellen Gleichheit eine sehr bedeutsame Rolle; darauf kommen wir später noch zurück. Das Geld ist eben überall in der Welt eine gewaltige Macht, und am stärksten in einem Lande, wo, wie in Amerika, die materiellen Mittel über alles geschätzt werden und das „Streben nach Glückseligkeit", d. h. der schrankenlose Geldgewinn, für das eigentliche Hauptziel des Lebens gilt.

Allmählich indessen hat sich, seit die Expansion in neue Gebiete zum Stillstand gekommen ist und die Zustände sich zu setzen beginnen, auch die Erkenntnis immer weiter verbreitet, daß neben den materiellen Mitteln und der Erziehung für rein praktische Zwecke auch eine höhere geistige Bildung für die Nation unentbehrlich ist und daß diese dafür etwas tun muß, wenn sie in der Welt den Rang einnehmen und behaupten will, den sie beansprucht. Von der idealistisch gesinnten höhern Gesellschaft wird diese Tendenz eifrig gefördert; aber sie dringt auch in die mittleren und unteren Schichten des Volks ein. Nicht selten kann man einen ganz in seinem Geschäft aufgehenden Kaufmann oder Industriellen finden, der ein aufrichtiges Bedauern ausspricht, daß ihm die wahre Bildung abgeht und er bisher absolut keine Zeit gehabt hat, sich mit ihr zu beschäftigen oder auch nur mitzunehmen, was am Wege liegt, daß er z. B. jahrelang unzähligemal auf der Fahrt von New York nach Cleveland oder Chicago bei Nacht am Niagara vorbeigekommen ist, ohne ihn jemals gesehn zu haben; er tröstet sich dann damit, daß er, wenn er genügend verdient hat und sich zur Ruhe setzen kann, das Versäumte nachholen und sich ganz den geistigen Interessen widmen wird.

Überhaupt besteht in Amerika in allen Kreisen des Volks ein starker Idealismus, der neben der schrankenlosen Selbstsucht nur zu leicht unterschätzt wird. Eben durch den naiven Optimismus des Volkscharakters verbindet sich beides um so leichter miteinander. Aber es ist bewundernswert, wie viele Männer und Frauen aus freier Hingabe, mit Aufopferung ihrer Arbeitskraft, ja ihres Vermögens und nicht selten ihrer Gesundheit und ihrer sozialen Stellung, für rein ideale Zwecke wirken. So vor allem auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge, die, dem Individualismus der Verfassungen entsprechend, fast ganz der privaten Tätigkeit überlassen ist, ferner in der Bekämpfung der Korruption, der Verfolgung der Schuldigen vor Gericht, dem Kampf gegen eine feile und von Grund aus korrupte Presse u. ä. Aber auch für das geistige Leben ist in den letzten Jahrzehnten nicht wenig geschehn. Einige der größten Geldmagnaten, wie Carnegie und Rockefeller, geben ununterbrochen Riesensummen für diese Zwecke her. Carnegie hat, neben seinen Stiftungen für den ewigen Frieden u. ä., das große Carnegie Institute in Washington für wissenschaftliche Forschung, ferner eine Riesenstiftung für die Besserung der Lage der Universitätslehrer (s. u. S. 177) und daneben in allen Städten die Carnegie Libraries, Volksbibliotheken, geschaffen. Rockefeller hat nicht nur die Universität von Chicago gegründet und immer weiter gefördert, sondern ebenso zahlreiche andre Universitäten unterstützt[1]), und hat sein ganzes unermeßliches Vermögen für derartige Zwecke bestimmt. Die Leland Stanford Universität in Paolo Alto ist die Stiftung von Mrs. Stanford zum Andenken an ihren früh verstorbenen Sohn, für deren Gebäude und erste Einrichtung sie 30 Millionen Dollars verwendet hat[2]). In ähnlicher Weise unterstützt Mrs. Hearst, die Mutter des oben S. 160 erwähnten Zeitungsmagnaten, die kalifornische Staatsuniversität in Berkeley, und die Rivalität der beiden Damen ist jahrelang diesen Anstalten zugute gekommen, da jede die andere übertreffen wollte. Der vor einigen Jahren verstorbene Pierpont

---

[1]) Um zu illustrieren, um welche Summen es sich dabei handelt, führe ich an, daß nach einer Zusammenstellung aus dem Jahre 1904, die ich zufällig in Händen habe, Rockefeller bis zu diesem Jahre bereits 32733000 Dollars für Universitäten und Colleges gestiftet hatte, darunter 13 Millionen für die Universität in Chicago. Dazu kommen weiter 3 Millionen für kirchliche Zwecke.

[2]) Als sie, um sich zu orientieren, die Harvard Universität besuchte, und man hier ihr damit imponieren wollte, daß die imposante, zum Andenken an die Gefallenen im Bürgerkriege erbaute Speisehalle (Memorial Hall) 3 Millionen gekostet habe, wandte sie sich lächelnd an ihren sie begleitenden Gatten mit den Worten: „Du siehst, Leland, was wir mit 30 Millionen machen können". Mrs. Stanford hat ein tragisches Ende gehabt, sie wurde in Honolulu auf einer Erholungsreise von einem ihrer Diener ermordet.

Morgan war zurückhaltender; aber er hat sich in New York eine prachtvolle Bibliothek im Renaissancestil erbaut, und vor allem Inkunablen, dann auch babylonische und vorderasiatische Siegelzylinder und schließlich Münzen gesammelt — was zur Folge hatte, daß die Marktpreise sofort gewaltig emporschnellten, so daß sie für die Museen unerschwinglich wurden — und Gelehrte zur Bearbeitung herangezogen, auch die Bibliothek der Columbia Universität in New York unterstützt. In ähnlicher Weise sammeln andere, wie z. B. Mrs. Gardner in Boston, die auserlesensten Gemälde, oder etwa chinesische und japanische Kunst. In weitestem Umfange werden diese Bestrebungen dem öffentlichen Interesse, den Museen und Bibliotheken und ganz besonders den Universitäten dienstbar gemacht; ein gewandter Universitätspräsident muß es verstehn und sieht seine Hauptaufgabe darin, die erforderlichen Mittel aus privaten Unterstützungen (und daneben an den Staatsuniversitäten bei der Legislatur) flüssig zu machen. Dabei spielt natürlich die Rivalität und der Ehrgeiz eine große Rolle; die Aussicht, seinen Namen durch eine Klinik, ein Laboratorium, eine Sternwarte mit prunkender Inschrift zu verewigen, lockt gar manchen, der an diesen Dingen an sich nicht das mindeste Interesse hat, und wenn der Präsident wagt, ihm zu erklären: „von Ihnen nehme ich diese Summe nicht; das ist für Sie zu wenig", wird er selten Mißerfolg haben. Es kommt hinzu, daß ähnlich wie in der athenischen Demokratie die öffentliche Meinung derartige Stiftungen von den Reichen geradezu verlangt, gewissermaßen als Prämie für den Schutz, der ihrem Vermögen und ihrer Erwerbstätigkeit gewährt wird; und wenn ein Millionär stirbt, ohne solche Vermächtnisse zu hinterlassen und einen ansehnlichen Teil seines Erwerbs der Öffentlichkeit zurückzugeben, erregt das allgemeine Entrüstung.

So ist die Union in der Tat im Begriff, ein Kulturstaat zu werden, der den alten Kulturstaaten Europas zur Seite treten kann[1]). Sehr deutlich zeigt sich das auf wissenschaftlichem Gebiet. Noch vor vierzig Jahren war Amerika darin fast ausschließlich rezeptiv, die Gelehrten und die wissenschaftlichen Werke, die man berücksichtigen mußte, ließen sich mit Leichtigkeit aufzählen, die große Masse konnte man ohne Schaden beiseite lassen;

[1]) Auch äußerlich macht die Verfeinerung Fortschritte. Die berüchtigte barbarische Gewohnheit, fortwährend zu spucken, die durch die Unsitte gefördert wird, Tabak oder Gummi zu kauen, die in den breiten Schichten des Volkes herrscht und die Kiefern in fortwährender Bewegung hält, ist im letzten Jahrzehnt durch energisches Einschreiten und schwere Geldstrafen wenigstens in den Kulturgebieten, den öffentlichen Lokalen und den Eisenbahnen im wesentlichen unterdrückt worden.

gegenwärtig erfordert sie auf allen Gebieten volle Beachtung, mehr vielleicht als die Englands, und die Zahl bedeutender wissenschaftlicher Zeitschriften und umfassender Publikationen, die der europäische Gelehrte beachten muß, wächst ständig an. Auch die Stellung der Universitätsprofessoren und überhaupt der geistigen Arbeit hat sich wesentlich gehoben. Daneben gibt es nicht wenige hervorragende Männer, die sich nach Erwerbung eines ausreichenden Vermögens ganz vom Geschäftsleben zurückziehen, um sich wissenschaftlicher Arbeit zu widmen, und hierin hervorragendes leisten, wie z. B. der Historiker Rohdes. Auch in den gelehrten Gesellschaften und ihren Publikationen pulsiert ein frisches Leben, und ebenso an den Staatsinstituten, den Museen und Bibliotheken, wie z. B. der großen öffentlichen Bibliothek des Kongresses in Washington. Diese Entwicklung wird weiter fortschreiten. Amerika ist eben in einem Übergangsstadium, die Zeit des Werdens und Wachsens ist so gut wie zu Ende, und es gelangt zu stabilen Verhältnissen, in denen sich seine Vorzüge wie seine Gebrechen festgesetzt haben und nun im einzelnen weiter ausgestalten.

Diese Umgestaltung enthält zugleich unvermeidlich eine Verschiebung der Struktur der Gesellschaft und der herrschenden Anschauungen. Die kapitalistischen Interessen haben schon lange, seit der vollen Demokratisierung des Landes gegen die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, einen gewaltigen Einfluß ausgeübt, der besonders in der Gestaltung der Zollgesetzgebung zutage tritt; jetzt aber wenden sie sich gegen die Demokratie. Offiziell wird dieselbe natürlich mit den nachdrücklichsten Beteuerungen als allein berechtigt anerkannt, und keine größere Versammlung kann stattfinden, ohne daß ihr in den devotesten Formen gehuldigt wird, wie in monarchischen Staaten dem Königtum. Aber nicht selten wird man bemerken, daß der Redner, wenn er seine demokratische Gesinnung in überschwänglichen Worten beteuert, das als Deckmantel für Äußerungen und Maßregeln benutzt, die nichts weniger als demokratisch sind, sondern die Interessen und die Macht einer bestimmten Gruppe oder einer Einzelpersönlichkeit fördern sollen. Auch beginnt der naive Glaube an diese Ideale, das Vertrauen, daß es schon so gehn wird und man nicht zu sorgen brauche, in den intelligenten Kreisen allmählich zu schwinden, und die Bedenken werden laut; die Möglichkeiten sind eben nicht mehr unbegrenzt, die Gebrechen aber drängen sich immer stärker heran. So findet man garnicht so selten Aufsätze und Zeitungsartikel, die das demokratische Experiment für gescheitert erklären und gelegentlich selbst eine starke monarchisch gestaltete Staatsgewalt fordern — so wenig auch Aussicht vorhanden ist, daß diese Ideen sich verwirklichen könnten.

Das Kapital aber hat, nachdem es einmal erworben ist, das Streben, sich zu konsolidieren. Seine Herrscherstellung sichert es durch immer neue Kombinationen, so vor allem durch die Ring- und Trustbildung, die zu sprengen allen Bestrebungen der Regierung und Gesetzgebung und allen Agitationen der Masse nicht gelungen ist und schwerlich gelingen wird, höchstens daß die Form sich wieder ändert; denn viel zu stark ist seine Macht und sind die Mittel, die ihm immer offen stehn, um hinter den Kulissen, unbeachtet, den entscheidenden Einfluß auszuüben. Zugleich aber hat es die Tendenz, sich dauernd im Besitz der Familie zu erhalten, und sucht auch dafür die Mittel und Vorrichtungen zu beschaffen. So vollzieht sich in Amerika die Bildung einer Geldaristokratie, die immer mächtiger anwächst und, unter äußerlicher Wahrung der demokratischen Formen, die Geschicke des Landes beherrscht.

Stellung der Juden.

Besonders bezeichnend für den Gegensatz zwischen den offiziell vertretenen Grundsätzen und den tatsächlich herrschenden Anschauungen ist die Stellung zur Judenfrage, die ich noch kurz berühren muß. Offiziell gilt natürlich das Judentum als eine religiöse Genossenschaft, die, wie jede andere auch, den Staat nichts angeht, sondern lediglich Privatsache ist; und so wird denn die volle Gleichberechtigung der Juden laut verkündet, und wenn in Rußland, in Rumänien oder sonst irgendwo die Juden bedrückt und verfolgt werden, so folgt die übliche Entrüstung. Der Kongreß, und häufig auch Körperschaften und Versammlungen in den Einzelstaaten, fassen geharnischte Resolutionen dagegen, um so kräftiger und einmütiger, da jede Partei natürlich bemüht ist, die jüdischen Stimmen für sich einzufangen; und die jüdische Finanz ist hier wie überall in der Welt eine gewaltige Macht. Aber weitere Wirkung hat das nicht; der Staatssekretär wird solche Beschlüsse vermutlich mit einem vieldeutigen Achselzucken der fremden Regierung übergeben — wie denn ja solche Versuche der Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Staaten und überlegener Zurechtweisung und Belehrung in Amerika wie in England garnicht selten gemacht werden —, und diese legt sie ad acta. Denn die wirkliche Empfindung des Volks oder wenigstens weiter und maßgebender Kreise ist eine sehr andere: in Wirklichkeit herrscht in Amerika, vor allem in den östlichen Staaten, ein so starker Antisemitismus, wie kaum irgendwo sonst. Gleich am ersten Tage nach meiner Ankunft in New York wurde mir

als typische Illustration erzählt, ein reicher Wiener Jude sei dorthin ausgewandert in der Hoffnung, dort volle soziale Gleichstellung zu finden, aber nach zwei Jahren nach Wien zurückgekehrt, weil er es dort doch besser habe; und als ich später einmal bemerkte, in Chicago hätte ich diese Stimmung nicht gefunden, wurde mir geantwortet: Chicago ist erst fünfzig Jahre alt; wenn es erst so alt ist wie wir, wird es ganz ebenso denken. Wenn ein Jude erwähnt wird, wird einem zugeflüstert: ein gescheiter und gewandter Mann, but an awful Hebrew, you know; in die Sommerfrischen in New Hampshire und den Nachbargebieten wird kein Jude als Ansiedler zugelassen, und wenn er noch so viel dafür zahlen will; und es ist mir begegnet, daß man sich bei mir entschuldigt hat, daß man zu einem intimeren Zusammensein auch einen Juden aufgefordert habe, das habe sich leider aus bestimmten Gründen nicht vermeiden lassen. So gibt es denn Fälle, wo jüdische Gelehrte, weil ihnen in Amerika jede Aussicht zum Vorwärtskommen versperrt war, eine Stellung in Deutschland angenommen haben; denn hier denkt und handelt man, trotz alles Geredes, in diesen Dingen viel liberaler als drüben.

Wer die Verhältnisse in Amerika wirklich kennt, wird begreifen, welcher Mißgriff es war, daß die deutsche Regierung, in diesen Dingen unwissend und jede Belehrung hochmütig verschmähend wie durchweg, im Weltkrieg als Vertreter Deutschlands und Agitator für seine Interessen einen Mann jüdischer Herkunft wie Dernburg nach Amerika schickte: seine Mission war dadurch von Anfang an zum Scheitern verurteilt, ganz abgesehn von seinen persönlichen Defekten und dem mit stärkster Anmaßung verbundenen Ungeschick seines Auftretens.

Die Universitäten. Stellung der Professoren.

Von der großen Bedeutung, welche den Hochschulen und Universitäten in der Entwicklung und Gestaltung des geistigen Lebens und der Kultur Amerikas zukommt, und zwar für beide Geschlechter, ist schon mehrfach die Rede gewesen. Aber es ist für den Deutschen nicht leicht, sich von ihrem Wesen ein zutreffendes Bild zu machen, da die große Masse dieser Anstalten von denen Europas und zumal Deutschlands durchaus verschieden ist. Die Zahl ist gewaltig, und wenn man hört, daß im Jahre 1909 die Gesamtzahl der Universitäten, Colleges und technischen Schulen 464 betrug, mit 19254 männlichen, 2706 weiblichen Lehrkräften und 195391 männlichen, 70575 weiblichen Studenten, so wird man zunächst zu ganz übertriebenen Vorstellungen gelangen.

Indessen in Wirklichkeit sind unter diesen Zahlen ganz verschiedenartige Anstalten, von den primitivsten bis zu den höchstentwickelten, unter einem rein formalen Schema zusammengefaßt. Das äußere Merkmal ist lediglich, daß es Lehranstalten sind, die einen höheren Unterricht geben wollen, als die Elementar- und Mittelschulen, und die vom Staat durch eine Charter anerkannt sind und das Recht haben, einen degree (des Bakkalaureus, Magister, Doktor) zu verleihen; über ihre Organisation und ihre Leistungen ist damit noch garnichts gesagt.

Die Wurzel der amerikanischen Universitäten ist das College, eine Erziehungsanstalt, die den Studierenden die höhere allgemeine Bildung übermitteln und daneben ursprünglich vor allem die Geistlichen, dann auch die Juristen und Mediziner für ihren Beruf vorbereiten will. Daran haben sich dann zahlreiche Fachschulen angeschlossen, für die komplizierte Technik des Rechtsstudiums, für Medizin und Zahnheilkunde, weiter für Landwirtschaft und für die verschiedenen Zweige der Technik und des Ingenieurwesens. Das College entspricht im allgemeinen etwa der Prima unserer höheren Schulen und den ersten beiden Universitätssemestern. Es hat durchaus eine fest vorgeschriebene Marschrute; auch religiös war es ursprünglich überall und ist vielfach noch jetzt an eine bestimmte Konfession gebunden. Es stellt die Studierenden sowohl in ihrer Lebensführung wie in ihren Arbeiten unter strenge Aufsicht, durch zahlreiche Prüfungen und vorgeschriebene Privatarbeiten; von einem freien Studium ist keine Rede, wer den Anforderungen nicht genügt, sei es durch Vernachlässigung, sei es aus Unfähigkeit, wird von den besseren Anstalten zunächst auf mehrere Wochen unter strenger Aufsicht aufs Land verschickt (rusticated), und wenn auch das nicht hilft, binnen 24 Stunden aus der Universität und ihrem Bereich ausgewiesen. In der Regel dauert das Studium vier Jahre, in denen die Studenten auf Grund einer Prüfung von einem Jahrgang zum anderen aufrücken[1]); den Abschluß bildet dann das Bachelor-Examen.

Die Mehrzahl der Anstalten hat auch jetzt noch den Collegenamen beibehalten; doch ist allmählich, unter europäischem Einfluß, die Bezeichnung als Universität aufgekommen und von nicht wenigen, nicht selten ganz inferioren, alten und neugegründeten Anstalten angenommen, so wenig sie ihrem Wesen entsprach. Aber allmählich machte sich das Bedürfnis nach reicherer Ausgestaltung und freierer Organisation fühlbar, und manche von intelligenten und tatkräftigen Persönlichkeiten, die die nötigen

---

[1]) Die Namen der vier Jahrgänge sind freshmen, sophomores (ein Terminus dunklen Ursprungs), juniors und seniors.

Mittel zur Verfügung stellten oder zu beschaffen wußten, neugegründete Universitäten trugen dem Rechnung, so namentlich die von Andrew White organisierte Cornell University (1868) in Ithaca im Innern des Staats New York. Von entscheidender Bedeutung wurde das Legat, daß ein reicher Kaufmann in Baltimore, Johns Hopkins, 1873 für die Gründung einer Universität hinterließ; Gilmore, der die Leitung in die Hand nahm, setzte es durch, daß sie ganz nach deutschem Muster gestaltet wurde (1876). Es wurden daher nur wissenschaftlich tüchtige Gelehrte, darunter einige aus Deutschland berufene, als Professoren angestellt, ohne Rücksicht auf den bisher dominierenden Schulbetrieb; und man nahm zunächst nur graduierte Studenten auf, die ihre Vorbildung an anderen Colleges erwerben sollten; später hat man sich allerdings der Notwendigkeit nicht entziehen können, doch auch noch ein eigenes College als Unterbau zu schaffen.

Die Bewegung, die von hier ausging, hat dann alle anderen Anstalten ergriffen, die eine führende Stellung behaupten oder gewinnen wollten; auch sie begannen einen Oberbau für das postgraduate study, das eigentlich wissenschaftliche Studium nach Erreichung des Bachelorgrades, einzurichten. Das Verlangen nach einer Doktorpromotion nach deutschem Vorbild auf Grund eines Examens in den einzelnen, frei gewählten Studiengebieten — an Stelle des bisher, wie in England, allein üblichen Ehrendoktors — wurde allgemein, und man regelte die dafür zu stellenden, an den besseren Universitäten sehr strengen Anforderungen. Gegenwärtig behauptet jede Universität, die irgendwelches Ansehn beansprucht, daß bei ihr die Einrichtungen für dies höhere Studium voll ausgebildet seien. In zahlreichen Fällen ist das freilich nur Schein oder höchstens ganz notdürftig der Fall, es fehlen sowohl die Dozenten wie die Studenten. Die Zahl der Universitäten, die wirklich dem in diesem Namen enthaltenen Anspruch genügen, ist doch nur verhältnismäßig gering, seien es alte Anstalten, die sich gründlich umgewandelt haben, wie Harvard unter dem Präsidenten Eliot, oder neu gegründete, wie die schon erwähnte Leland Stanford Universität in Kalifornien (1891) oder die von Rockefeller geschaffene und reich ausgestattete Universität von Chicago (1892). Die bedeutendsten von ihnen (im Jahre 1911 waren es 22) haben sich im Jahre 1900 zu einer Assoziation zu gemeinsamer Vertretung und Förderung des höheren Universitätsunterrichts zusammen geschlossen; aber auch sie stehn keineswegs alle auf der gleichen Stufe. Gegenwärtig können die folgenden elf als die bedeutendsten und allgemein anerkannten gelten: Harvard (Cambridge, Massachusetts), Yale

(New Haven, Connecticut), Columbia (New York), Cornell (Ithaca, New York), Princeton (New Jersey), Pennsylvania (Philadelphia), Johns Hopkins (Baltimore, Maryland), Chicago, Wisconsin (Madison), und die beiden kalifornischen Universitäten Kalifornia (Berkeley) und Leland Stanford junior (Paolo Alto). Unter den übrigen, die zu ähnlicher Stellung emporstreben, dürften vielleicht Michigan (Ann Arbor), Illinois (Urbana), Minnesota (Minneapolis), und in den Südstaaten Virginia (Charlottesville) und Tulane (New Orleans) eine besondere Erwähnung verdienen. Doch ist es um so schwerer, darüber zu urteilen, da starke Schwankungen unvermeidlich sind, bei denen neben den Lehrkräften und der Befähigung des Präsidenten die verfügbaren Mittel eine große Rolle spielen.

Zum Abschluß gekommen ist die Entwicklung noch in keiner Weise; vielmehr befinden sich alle Universitäten andauernd in einem Übergangsstadium, um so mehr, da der amerikanische Optimismus das Experimentieren leicht macht und man sich durch Traditionen und Theorien nicht gebunden fühlt. Die Grundlage, das College, ist allerdings ganz unentbehrlich und in der Organisation des amerikanischen Schulbetriebs durch nichts anderes zu ersetzen: es bildet eben den Abschluß der höheren Allgemeinbildung. Dabei wird indessen das mechanische Einpauken vermieden, wie es an den englischen Universitäten besteht und durch die Tutors geleitet wird, die dort die Studenten in kleinen Gruppen zum Examen abrichten und den Professoren fast den gesamten Lehrbetrieb abnehmen; in Amerika liegt der Unterricht wirklich in den Händen der Professoren, und sie dozieren im wesentlichen in derselben Weise wie bei uns, nur daß sie zu Anfang jeder Vorlesung meist die vorhergehende durch Fragen an die Studenten kurz repetieren und so diese zugleich prüfen. Auch hat die ständige Beaufsichtigung der dem College angehörigen Studenten und die Kontrolle ihrer Arbeiten entschiedene Vorteile gegenüber dem jähen Übergang von der Gebundenheit der Schule zu der völligen Freiheit des Universitätslebens in Deutschland; und wenn wir diese trotzdem nicht werden opfern wollen, so steht dem gegenüber, daß eben das Ziel des Colleges ein wesentlich anderes ist als das der Universität. Im übrigen bestehn auch hier große Unterschiede: manche Universitäten halten an der gebundenen Marschroute für das College im wesentlichen fest, andere gestatten, bei Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Lebensführung, eine freie Auswahl der Fächer, andere wie Harvard schlagen einen Mittelweg ein: der angehende Student kann sich eine Gruppe von Hauptfächern frei wählen, ist dann aber verpflichtet, die dafür vorgeschriebenen Vorlesungen zu hören — wobei der regelmäßige

Besuch streng kontrolliert und wiederholte mündliche und schriftliche Prüfungen vorgenommen werden —; und die Bewegungsfreiheit und Auswahl anderer Vorlesungen wird von Jahrgang zu Jahrgang größer, bis mit dem Universitätsstudium nach Erwerbung des Bachelorgrades die volle Freiheit erreicht wird[1]).

Fast überall abgestreift ist die ehemalige konfessionelle Gebundenheit; auch soweit sie noch besteht, werden doch auch andere Studenten und selbst Dozenten zugelassen, und der ehemalige Zwang zum Kirchenbesuch und zur strikten Sonntag-(Sabbat-)heiligung ist wohl überall gefallen. Daher haben die meisten dieser Universitäten auch keine theologische Fakultät, sondern höchstens eine solche für Religion und Religionsgeschichte im allgemeinen (Divinity School), wenn auch mit ausgesprochen christlicher Färbung; aber die Ausbildung der Geistlichen für die einzelnen Konfessionen bleibt, soweit dabei überhaupt ein wissenschaftliches Studium verlangt wird — was bekanntlich nur in recht beschränktem Maß der Fall ist —, den konfessionellen Universitäten und Sondercolleges überlassen. Wesentlich gefördert ist die ständig fortschreitende liberale Entwicklung durch eine große Stiftung Carnegies für die Alters- und Witwenpensionen der Universitätsdozenten. Da er religiös ganz freisinnig ist, hat er die Bedingung gestellt, daß diese Mittel nur solchen Universitäten zukommen dürfen, die einen wissenschaftlichen Charakter haben und nicht konfessionell gebunden (denominational) sind. Die Kommission, die die Stiftung verwaltet, übt eine Einwirkung aus, wie sie in Europa höchstens einem ganz energischen Unterrichtsministerium möglich wäre. Alle Universitäten, denen ihre Statuten das irgend ermöglichten, haben ihren konfessionellen Charakter abgestreift oder wenigstens soweit abgeschwächt, daß sie zum Bezug dieser Gelder zugelassen werden; und auch in diejenigen, denen das unmöglich gemacht ist, dringt doch allmählich ein freierer Geist ein, so daß es z. B. an der methodistischen Universität Syracuse (im Staat New York), so sehr ihr sonst die Züge konfessioneller Gebundenheit aufgedrückt sind, doch jetzt möglich ist, die biblische Überlieferung einigermaßen kritisch zu behandeln, und die gleichfalls methodistische North Western University (in Evanston bei Chicago) einen Professor, der aus der Kirche ausgetreten ist, ruhig in seiner Stellung belassen hat. Das wäre vor zwei Jahrzehnten noch nicht möglich gewesen. Es ist aber sehr beachtenswert und bezeichnend, welch' gewaltige Wirkung eine Einzelpersönlichkeit und die von ihr zur

[1]) Wilson, damals Präsident von Princeton, gab mir folgende zugleich für den amerikanischen Humor bezeichnende Charakteristik der drei Universitäten Princeton, Harvard und Columbia (New York): Princeton ist Table d'hote, Harvard à la carte und Columbia quick lunch (d. i. etwa Stehfrühstück).

Verfügung gestellten Mittel ausüben können: wäre Carnegie orthodox, so würde die umgekehrte Entwicklung eingetreten sein.

Durch diese Stiftung ist zugleich die äußere Stellung der Professoren ganz wesentlich gehoben worden: ihnen ist eine schwere materielle Sorge abgenommen, die früher, da Staat und Universität sich (wie in England) nicht darum kümmerten, auf ihnen lastete. Auch sonst hat sich ihre Lage allmählich gebessert; die besseren Universitäten zahlen zum Teil ganz ansehnliche Gehälter — wenn auch das Einkommen nirgends so hoch ist, wie bei den einträglichsten deutschen Professuren, da es in Amerika keine Kollegiengelder gibt — und die rein geistige Arbeit, auf die man früher neben der körperlichen und dem Geschäftsleben geringschätzig herabsah, da sie eben wenig oder nichts einbrachte, beginnt langsam besser gewürdigt und als unentbehrlich anerkannt zu werden.

So hat sich denn auch, wie schon erwähnt, der Anteil Amerikas am wissenschaftlichen Leben in den letzten Jahrzehnten ganz wesentlich gehoben. Freilich stehn dem noch manche Hemmnisse entgegen. Der Lehrbetrieb namentlich am College nimmt viel Zeit und Kraft in Anspruch, und ist eben doch weit mehr auf allgemeine Erziehung gerichtet, als auf eine speziell wissenschaftliche Ausbildung. Das drängt um so mehr auf die Abfassung von Lehrbüchern, Kompendien und Schriften für einen weitern, populären Leserkreis, da streng wissenschaftliche Werke nur geringen Absatz und bei den hohen Druckkosten und der elenden Organisation des Buchhandels oder vielmehr dem Fehlen jeder Organisation kaum einen Verleger finden; man muß froh sein, wenn sich die Universität oder eine gelehrte Gesellschaft ihrer annimmt, ein Einkommen ist damit nicht zu erzielen. Die Professoren sind aber, wenn sie nicht eigenes Vermögen besitzen, doch noch größtenteils auf einen Nebenerwerb angewiesen, für den vor allem das im ganzen Lande reich entwickelte populäre Vortragswesen in Betracht kommt. Das nimmt aber sehr viel Zeit in Anspruch; überdies sind sie meist durch Verwaltungsgeschäfte überlastet; und die Ferienzeit im Hochsommer[1]) wird infolge der erschlaffenden Hitze durchweg in einem Landaufenthalt zugebracht und geht der wissenschaftlichen Arbeit in der Regel verloren. Ein sehr rühmenswerter Ersatz dafür wird allerdings an den meisten Universitäten geboten durch das sogenannte Sabbatjahr, die Beurlaubung auf ein ganzes Jahr nach sechsjähriger Arbeit. Dies Jahr wird dann meist im Auslande zugebracht, um die Verbindung mit

[1]) Die Universitätsjahre zerfallen nicht in Semester, wie bei uns, sondern in Quartale (terms), von denen das vierte den Sommerferien freigegeben ist. Doch ist auch in diesen vielfach ein wesentlich beschränkterer Sommerkursus eingerichtet.

der europäischen Wissenschaft wieder herzustellen und den wissenschaftlichen Geist wieder aufzufrischen; und nicht selten werden dann, wie vorher in der in Deutschland verbrachten Studienzeit, weitausschauende Pläne für Arbeiten gefaßt, die nachher in dem wiederkehrenden Alltagsgetriebe doch nicht zur Ausführung gelangen können. Allerdings ist man an den führenden Universitäten bestrebt, auch Professuren zu schaffen, die wesentlich der wissenschaftlichen Arbeit gewidmet sind und deren Inhaber nur für graduierte Studenten, also an der eigentlichen Universität, Vorlesungen halten. Aber in weitem Umfang ist, natürlich abgesehn von manchen hervorragenden Ausnahmen, die amerikanische Wissenschaft doch namentlich auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften — die meisten Naturwissenschaften und auch die Nationalökonomie, die eifrig betrieben wird, stehn wesentlich selbständiger da — dem rezeptiven Stadium noch nicht völlig entwachsen und kann die Befruchtung durch Europa nicht entbehren; man haftet nur zu oft lediglich an Einzelheiten, an einer unergiebigen Sammlung des Materials um seiner selbstwillen. Diese Haltung wird noch gesteigert durch die gerade bei tüchtigen und gewissenhaften Gelehrten weit verbreitete Scheu, die Popularitätshascherei und das renommistische Auftreten mitzumachen, dem andere sich, der naiven Aufdringlichkeit des amerikanischen Volkscharakters entsprechend, um so eifriger hingeben. Doch wäre es Unrecht, nicht hervorzuheben, wie viele geistig bedeutende, eifrig ihrer Wissenschaft ergebene und dabei vielseitig interessierte Männer ich unter den amerikanischen Professoren kennen gelernt habe und wie manche in lebendigstem und anregendstem Gespräch verlaufene Stunde ich in lebendiger Erinnerung bewahre. Das gleiche gilt, um das nochmals zu betonen, von zahlreichen Einzelpersönlichkeiten und Klubs in anderen, durchweg akademisch vorgebildeten Kreisen, in denen ich vor allem in Boston verkehren durfte.

Verhältnis zu Deutschland. Der Professorenaustausch.

Bei dieser Lage konnte man in den akademischen Kreisen vielfach eine geradezu enthusiastische Bewunderung für die deutschen Universitäten und ihr freies wissenschaftliches Leben antreffen, das in Amerika wirklich in vollem Umfang einzuführen trotz aller Bemühungen unerreichbar sei. Die in Deutschland verbrachten Studienjahre erscheinen vielen dieser Männer als die schönsten ihres Lebens, und sie sehnen sich nach der Gelegenheit, dorthin zurückzukehren. An andern Universitäten dagegen wirkt Frankreich

und die Pariser Universität stärker ein, so namentlich in Harvard, den alten Traditionen Bostons entsprechend. In Chicago rangen beide Tendenzen miteinander, bis 1904 die Universität unter Leitung ihres damaligen Präsidenten Harper sich entschloß, fünf deutsche Gelehrte, je einen aus jeder Fakultät, zu einer Ehrenpromotion einzuladen, um durch diesen mit großer Feierlichkeit gestalteten Akt den Dank Amerikas an die deutschen Universitäten auszusprechen; dadurch suchte Chicago sich zugleich die Führerrolle unter den amerikanischen Universitäten anzueignen. Neuerdings aber hat sich eine starke Gegenströmung entwickelt, welche wieder in das englische Fahrwasser einlenkt und an Stelle der streng wissenschaftlichen Schulung für ernste Arbeit nach deutscher Art die Erziehung für das Leben und die höhere allgemeine Bildung als das eigentliche Ziel betrachtet. Wie man die englischen Einrichtungen nachzuahmen sucht, so wünscht man, daß die Studenten, wenn sie zur Vervollkommnung ins Ausland gehn wollen, lieber England statt das bisher im Vordergrunde stehende Deutschland aufsuchen — die bekannten Rhodes-Stipendien haben das wesentlich gefördert —, und bedauert nur, daß die englischen stark verknöcherten und innerlich trotz aller Reformversuche an die alte Routine gebundenen Universitäten ihnen in Wirklichkeit nur so wenig bieten können.

Deutschland hat versucht, die ihm günstige Stimmung weiter zu fördern durch die im Jahre 1905 geschaffene Einrichtung des Professorenaustausches mit den Universitäten Harvard und Columbia (New York). Aber das ist, wie so vieles, was wir unternommen haben, ein auf falscher Berechnung beruhender Mißgriff gewesen. Die Seele des Unternehmens war der Ministerialdirektor Althoff, der hier wie in so manchen anderen weitausschauenden Unternehmungen, die er in seinen letzten Jahren ins Leben gerufen hat, z. B. der Akademie von Posen und der Gründung der Internationalen Wochenschrift, zeigte, daß ihm das Gefühl für die Realitäten des Lebens abhanden gekommen war[1]). Die Einrichtung knüpfte an die in Amerika allgemein verbreitete Sitte an, fremde Gelehrte zu Vorträgen an den dortigen Universitäten einzuladen. Das hätte man fördern können, aber die Auswahl den Amerikanern überlassen sollen. Indem jetzt aber die deutsche Regierung die Dozenten entsandte, übernahm sie zugleich die Verantwortung für sie; und da es nur in seltenen

[1]) Althoff hat darüber wohl mit einzelnen Dozenten, aber nicht mit den offiziellen Organen der Berliner Universität verhandelt. Die philosophische Fakultät hat, als sie von dem Plan Kunde erhielt, versucht, dagegen Einspruch zu erheben; aber das wurde von dem inzwischen bereits geschlossenen Abkommen überholt und konnte keine Wirkung mehr üben.

fällen möglich war, Gelehrte von überragendem Ansehn zu senden, da diese teils zu beschäftigt und vor allem zu alt dazu waren, teils die englische Sprache nicht ausreichend beherrschten, war man in Amerika oft genug nur wenig befriedigt und gab das zu erkennen, während wir in ähnlichen Fällen nach deutscher Art ruhig hinnahmen, was uns geboten wurde. Wohl aber gaben wir dadurch, daß wir uns mit den amerikanischen Universitäten auf gleichen Fuß stellten, den Vorrang freiwillig auf, der bisher den deutschen Universitäten unbestritten zukam. Das wurde in Amerika sofort ausgenutzt: jetzt erkenne Deutschland selbst an, daß Amerika die gleiche Höhe erreicht habe, es sei fortan nicht mehr nötig, daß amerikanische Studenten die deutschen Universitäten besuchten, ja Präsident Butler von Columbia — ein in Amerika sehr mißtrauisch angesehener und nicht selten recht kühl behandelter Streber, dem aber die deutsche Regierung mit offenen Armen entgegenkam und dessen Begehren nach Ehren und Orden sie bereitwillig erfüllte, wofür er dann beim Ausbruch des Kriegs in den gehässigsten Angriffen auf Deutschland seinen Dank abgestattet hat — hat kurz vor Kriegsausbruch sogar versucht, die Wirksamkeit der deutschen Austauschprofessoren völlig kalt zu stellen, während er gleichzeitig verkündete, daß umgekehrt Deutschland jetzt amerikanische Gelehrte für seinen Lehrbetrieb nicht mehr entbehren könne. Im übrigen wurde man natürlich von den Kollegen sehr freundlich aufgenommen, konnte viele wertvolle Beziehungen anknüpfen oder erweitern, und erhielt ununterbrochene Aufforderungen zu Vorträgen an anderen Universitäten und in Vereinen, wissenschaftlichen Gesellschaften u. ä.; ich wurde auch in Harvard, anders als meine Vorgänger, zu den Sitzungen der Fakultät zugezogen; aber von den offiziellen Ehren, mit denen die amerikanischen Austauschprofessoren in Berlin überschüttet wurden, von der peinlichen Rücksichtnahme auf ihre Wünsche war drüben keine Rede. So hat der Austausch zwar eine gewisse Modestimmung für Deutschland erzeugt, auch in Boston, und jede größere Universität strebte, auch daran beteiligt zu werden, um dadurch ihr Ansehn zu heben; aber was das wert war, hat sich bei Ausbruch des Kriegs sofort gezeigt. Zwar haben einige der Austauschprofessoren, wie Burgeß, mannhaft ihre Stimme für uns erhoben; aber andere haben sich auf das feindseligste geäußert oder doch der herrschenden Strömung sich gefügt, und in weit überwiegendem Maße ging gerade an den Universitäten die Stimmung durchaus gegen uns, in weiten Kreisen freute man sich, den moralischen Druck los zu sein, den wir infolge unserer wissenschaftlichen Überlegenheit ohne jede Absicht, aber darum nur um so fühlbarer bisher ausgeübt hatten.

Die Universitätsverfassung. Stellung der Präsidenten.

Einen freien Zutritt zur Universitätslaufbahn, wie ihn bei uns die Habilitation der Privatdozenten einem jeden gewährt, der sich dazu berufen fühlt und die Befähigung nachweist, kennt Amerika nicht; alle Dozenten sind Angestellte mit einer ihnen zugewiesenen Lehrtätigkeit. Neben den Hauptvertretern der Fächer, den Professoren, stehn, ihnen untergeordnet und größtenteils nur auf kürzere Zeit angestellt, die associate und assistant Professors, die Lektoren u. a. Außerdem werden ältere Studenten zur Unterstützung der Professoren, Kontrolle der Studierenden, Abhaltung von Repetitorien und Prüfungen in weitem Umfang herangezogen. Durchweg herrscht eine viel stärkere Bindung und eine viel bürokratischere Auffassung als bei uns. Die volle Unabhängigkeit des deutschen Professors, sowohl in seiner äußeren Stellung wie in seiner Lehrtätigkeit und seiner Arbeit, die mit vollem Vertrauen alle Verantwortung ausschließlich in sein wissenschaftliches Gewissen legt, fehlt in Amerika, wie sie denn überhaupt nirgends in der Welt ihresgleichen hat. Kein deutscher Universitätslehrer würde mit einem amerikanischen tauschen wollen oder sich dauernd dort wohlfühlen.

So ist denn auch die Organisation der amerikanischen Universitäten auf ganz anderen Grundlagen aufgebaut als bei uns. Die deutsche Universitätsverfassung beruht auf der vollen Gleichberechtigung aller Mitglieder der Fakultäten, unter der Leitung der für ein Jahr erwählten Rektoren und Dekane, und ist daher durchaus republikanisch; die amerikanische dagegen ist streng monarchisch.

Äußerlich scheiden sich die Universitäten in Stiftungsuniversitäten, die zwar vom Staat durch Verleihung der Charter anerkannt sind, aber von ihm keine oder nur geringe Unterstützung erhalten, sondern auf die eigenen Mittel angewiesen sind — dazu gehören die alten Universitäten des Ostens, aber auch zahlreiche im Zentrum und Westen, wie z. B. Chicago und Leland Stanford —, und Staatsuniversitäten, die von den Staaten gegründet sind und unterhalten werden; eine derartige Anstalt besitzt jeder der neueren Staaten, oft freilich nur von höchst zweifelhaftem oder ganz armseligem Charakter (so z. B. die von Arkansas in Little Rock, oder gar die von Nevada in Reno). Die Oberaufsicht, die finanzielle Verwaltung, die Anstellung der Lehrer führt durchweg eine aus angesehenen und wohlhabenden Männern bestehende Körperschaft (Trustees, Governors, Regents, Overseers), die bei den Staatsuniversitäten vom Staat ernannt

wird, bei den anderen sich in der Regel selbst ergänzt; aber die eigentliche Regierung liegt ganz in den Händen des von dieser bestellten Präsidenten (gelegentlich auch Principal genannt). Der Präsident einer großen Universität ist einer der mächtigsten Männer auf Erden: er vereinigt in sich etwa die Stellung eines deutschen Kultusministers oder seines Universitätsreferenten, des Rektors und der Dekane, und dazu noch die eines Finanzministers. Wenn er seiner Stellung gewachsen ist, folgen die Trustees seiner Leitung. Andrerseits ist er der Vorsitzende der „Fakultät", d. i. der Versammlung des gesamten Lehrkörpers[1]), der über die inneren Angelegenheiten und die Gestaltung des Unterrichts beschließt. Ihr gehören nicht nur die festangestellten (ordentlichen) Professoren an, sondern auch die associate und assistant professors, Instructors u. ä., die ganz vom Präsidenten abhängen. So hat dieser immer eine gesicherte Majorität, und auch die ordentlichen Professoren fügen sich ihm fast immer, wenn auch oft widerwillig genug, da es zu gefährlich ist, ihm ernstlich zu widerstreben. In Chicago hat der gewandte und energische Präsident Harper († 1905) überdies noch eine aus Vertretern der Graduierten gebildete Congregation eingerichtet, natürlich mit der Begründung, daß „wir in einer Demokratie leben", wo auch die Regierten zu Worte kommen müssen; so hatte er zwei Sehnen auf seinem Bogen, und konnte je nach Bedürfnis die eine Versammlung gegen die andere ausspielen.

Die Entscheidung über die wichtigsten Fragen des Lehrbetriebes und der Organisation liegt daher tatsächlich ganz in den Händen des Präsidenten, und es hängt von seiner Persönlichkeit ab, wieweit er sich von den Ansichten und Wünschen der Dozenten und der Trustees beeinflussen lassen will. Allerdings ist es natürlich, daß er gegen eine andauernde Opposition sich nicht behaupten kann; aber dazu wird er es, wenn er für seine Stellung geeignet ist, nie kommen lassen, und wenn er eine wirklich bedeutende und energische Persönlichkeit ist, reicht sein Einfluß weit über die

[1]) Daneben bestehn unter Umständen noch besondere Fakultäten oder Schools für die einzelnen Hauptgruppen. Die Dekane (Deans) sind aber nicht Leiter der Fakultätsversammlung, sondern haben die Beziehungen des Lehrkörpers zu den Studenten zu regeln und über diese die Aufsicht zu führen. Als ein kleines, aber doch bezeichnendes Kuriosum will ich erwähnen, daß die deutsche Vertretung in Amerika, so eifrig sie den Universitäten den Hof machte, doch von diesen Dingen keine Ahnung hatte: ich erhielt von ihr ein offizielles Einführungsschreiben, das für den Dekan der Faculty of Arts and Sciences bestimmt war (mit dem der Austauschprofessor gar nichts zu tun hat), in dem nicht einmal der Name der Fakultät richtig angegeben war: er war als Dean of the Faculty of fine Arts bezeichnet! Natürlich habe ich das Schreiben, das uns aufs ärgste prostituiert hätte, nicht abgegeben.

Universität und die ihr nahestehenden Kreise hinaus. Eine derartige Stellung hat Eliot, bis zu seinem Rücktritt 1909 Präsident von Harvard, eingenommen. An der Universität war er zwar allgemein geachtet, jedoch mehr gefürchtet als geliebt; aber er galt in ganz Amerika als die maßgebende Autorität in Erziehungsfragen, und auch wenn er über andere Fragen das Wort ergriff, gewann er die Aufmerksamkeit der Nation oder doch der führenden Kreise in einem Umfang und mit einer Wirkung wie wohl keine andere zeitgenössische Persönlichkeit. Daß er, der Begründer des Professorenaustausches mit Harvard, sich beim Kriegsausbruch fanatisch gegen Deutschland erklärt hat, ist für uns geradezu verhängnisvoll geworden.

Natürlich gibt es im Charakter der Universitäten auch in dieser Beziehung manche Unterschiede. So herrscht in Yale und ebenso z. B. in Cornell ein demokratischer Geist im Gegensatz gegen die ganz aristokratische Haltung von Harvard oder Princeton. In Princeton hat dann Wilson eine Umwandlung im demokratischen Sinne, verbunden mit einer Modernisierung des Lehrbetriebes, durchzuführen gesucht und darüber einen schweren Kampf gegen die alten Traditionen und zugleich gegen die Absicht geführt, hier soziale Klubs der Studenten nach englischem Muster zu schaffen; da er damit nicht durchdringen konnte, hat er 1910 seine Stelle niedergelegt.

Eine der wichtigsten Aufgaben jedes Präsidenten ist, für seine Universität für die ständig wachsenden Anforderungen die nötigen Gelder zu beschaffen, bei den Stiftungsanstalten aus privaten Mitteln, vor allem von den ehemaligen, in lebenslänglichen Beziehungen zu ihr bleibenden Schülern (alumni), bei den Staatsanstalten in erster Linie von der Legislatur. Weit verbreitet ist die Ansicht, daß die letzteren im Laufe der Zeit die ersteren überflügeln werden, da ein geringer Steuerzuschlag genügt, um das Budget der Universität ganz wesentlich zu erhöhen[1]), und da was einmal bewilligt ist, als dauernd gesichert gelten kann, während die Erträge der privaten Unterstützung natürlich immer schwankend sind. Durch diese Lage kommen die Universitäten in materielle Abhängigkeit sowohl von reichen Persönlichkeiten, wie im letzteren Fall von den gesetzgebenden Körperschaften; und hier muß es der Präsident verstehn, die meist ganz ungebildeten Gesetzgeber der westlichen Parlamente richtig zu nehmen und ihnen

[1]) Außerdem hatte die Union den Universitäten vielfach großen Landbesitz geschenkt. Man glaubt jetzt, daß die Universität von Minnesota (in Minneapolis) einmal die reichste und dann vielleicht die führende werden wird, da sie dieses Land nicht veräußert hat und dasselbe sehr reiche Mineralschätze enthält, die gegenwärtig noch der Erschließung harren.

die Bedeutung und den Nutzen der Universität klar zu machen. Dadurch gewinnen aber diese Elemente und ihre Anschauungen einen starken Einfluß, der sich oft recht unliebsam geltend macht und die ohnehin keineswegs voll entwickelte Lehrfreiheit wieder einschränkt, namentlich auf dem Gebiet der Nationalökonomie und der Geschichte. Als ich 1910 von Harvard in den Westen ging, war mir vor allen anderen die in der Tat vortreffliche Universität von Wisconsin (Madison) gerühmt worden, als Typus einer Staatsuniversität, die Harvard überflügeln könne; als ich aber hinkam, fand ich sie in größter Aufregung, weil mehrere Professoren durch ihre sozialen Ideen in scharfen Konflikt mit der im wesentlichen agrarischen und daher sehr konservativen Legislatur des Staats geraten waren und diese ihre Absetzung verlangte; nur mit großer Mühe wurde schließlich ein erträglicher Kompromiß herbeigeführt. Auch sonst drängt sich die öffentliche Meinung und die Presse natürlich in die Universitätsangelegenheiten, und die Fälle sind garnicht so selten, wo Professoren durch verläumderische oder die Tatsachen aufs ärgste entstellende Presseergüsse — z. B. in einem Falle, ein Professor habe in der Vorlesung gesagt, die Studenten müßten rauchen und Bier trinken — um ihre Stellung gebracht worden sind.

Die Studenten. Das Frauenstudium.

Das amerikanische Studentenleben ist schon infolge der ständigen Beaufsichtigung von dem deutschen sehr verschieden. Es kommt hinzu, daß alkoholische Getränke in den Universitätsstädten verboten sind, wenn man sie auch meist, aber keineswegs überall, in den Privatwohnungen und Klubhäusern beziehen kann, wo sie dann in üblicher Weise rasch in ziemlichen Massen genossen werden. Ebenso fehlt natürlich die Mensur der fechtenden Korporationen; das Duell ist in Amerika, wie in England, völlig unterdrückt. Dagegen wird das Turnen im Gymnasium eifrig betrieben — die Beteiligung daran ist an manchen Universitäten obligatorisch, so in Chicago, wo auch der Besuch des täglichen Frühgottesdienstes gefordert wird[1]) —, und ebenso der Sport der Wettspiele, von deren Entartung und zweischneidigem Einfluß schon die Rede war. Auch fehlt es nicht an wissenschaftlichen und sozialen Vereinen (Klubs), und ich habe manchen sehr angeregten, vielfach durch geistreichen und schlagfertigen Witz und

[1]) Diese Vorschrift besteht natürlich auch an vielen anderen Universitäten; in Harvard ist sie 1886 abgeschaft und der Besuch freiwillig gemacht.

lebhafte Diskussion gewürzten Abend bei ihnen verbracht, namentlich mit graduierten Studenten. Im College scheiden sich in der Regel die einzelnen Jahrgänge (classes) im Verkehr recht stark voneinander und wachsen erst allmählich in ein freieres geistiges Leben hinein [1]).

Es ist begreiflich, daß das deutsche Studentenleben mit seinen Kommersen und Mensuren den amerikanischen Studenten, die davon allerlei Wunderbares gehört haben, in magischer Beleuchtung erscheint, umhüllt von einem idealen Nimbus. Bei der Feier in Chicago im Jahre 1904 wurde mir die Aufgabe zugewiesen, vor der allgemeinen Studentenversammlung das deutsche Studentenleben zu schildern. Ich habe mich dabei natürlich jeder Kritik der amerikanischen Auffassung enthalten, aber ausgeführt, daß die deutsche Art auch ihr Recht habe, daß der intimere Verkehr und das zu innerer Klärung führende Herausgehen aus sich selbst und damit ein fördernder Gedankenaustausch durch ein Zusammensitzen beim Wein oder Bier ganz wesentlich gefördert werde, daß es der Jugend nur heilsam, ja notwendig sei, wenn sie innerhalb der gebotenen Schranken und mit Vermeidung aller Roheit gelegentlich über die Stränge schlage, und daß das unausstehlichste Wesen der Schöpfung der absolut korrekte Mensch sei. Meine Ausführungen sind zwar von den Temperenzlern und einem Teil der Presse, die sie in üblicher Weise ganz entstellt widergab, lebhaft angegriffen worden, und Präsident Harper, der mir das Thema gestellt hatte und innerlich meine Auffassung teilte, sah sich aus Rücksicht auf die Tyrannei der öffentlichen Meinung veranlaßt, bedenklich den Kopf zu schütteln; aber bei der Jugend fanden meine Worte in ganz Amerika enthusiastischen Widerhall, und ich habe meine Rede mehrfach wiederholen müssen, auch noch bei meinem späteren Aufenthalt 1910. Der deutsche Botschafter Speck von Sternburg dagegen, der sich privatim ganz verächtlich über die Temperenzbewegung äußerte, sandte einen offiziellen Bericht nach Deutschland, ich hätte durch eine taktlose Rede die Interessen Deutschlands schwer geschädigt; und so wurde ich bei meiner Heimkehr nach Berlin zu meinem Erstaunen mit den schwersten Vorwürfen empfangen. Unsere Politik kannte eben vor dem Auslande nur servile Verbeugungen und verlangte seinen Vorurteilen gegenüber die Verleugnung der eignen Überzeugung [2]). Ich habe dagegen durch-

[1]) Der Übergang der Studenten von einer Universität zur andern, wie er in Deutschland herrscht, ist zwar theoretisch zugelassen, kommt aber in der Praxis nur sehr selten vor.

[2]) Genau die gleiche Erfahrung habe ich 1909/10 gemacht. Das einzige offizielle Schriftstück, das ich damals als Austauschprofessor von unserer Re-

weg gefunden, auch bei zahlreichen andern Fragen, z. B. der Staatsgestaltung, daß die Amerikaner es mit lebhaftem Interesse und dankbar aufnehmen, wenn man, natürlich unter Vermeidung verletzender Äußerungen, ihnen den von dem ihrigen abweichenden eigenem Standpunkt ganz offen darlegt und ihnen klar macht, daß sich auch für diesen manches sagen läßt. Sie haben ein oft recht naiv auftretendes, aber ehrliches Streben, sich belehren zu lassen, und ich bin überzeugt, daß wir weit mehr erreicht haben würden, wenn wir uns statt der von uns betriebenen Heuchelei, deren innere Unwahrheit sie doch empfinden mußten, durchweg offen zu unseren Anschauungen und unseren Interessen bekannt hätten.

Die ursprüngliche Einrichtung, daß die Studenten in großen kasernenartigen Gebäuden (dormitories) zusammen wohnen und gemeinsam speisen, ist auch in den neueren und den Staatsuniversitäten vielfach beibehalten; doch sucht sich an diesen ein großer Teil Privatwohnungen. Weit verbreitet sind an vielen Universitäten die etwa unseren Verbindungen entsprechenden Klubs, die ihre Verbindungen weithin durch das Land haben; an anderen Universitäten, z. B. in Princeton, sind sie dagegen verpönt. In ihnen leben die mystischen Geheimbünde und philanthropischen Orden der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts fort, von denen Goethes Wilhelm Meister mit seinem geheimnisvollen Turm ein anschauliches Bild gibt. Wie dort sind sie auch in Amerika mit Geheimtuerei und zahlreichen Symbolen umgeben, aber im Grunde doch nur eine ziemlich harmlose Spielerei: so finden die feierlichen Sitzungen etwa in einem Turm statt, zu dem nur ein unterirdischer Gang den Zutritt gewährt, die Aufnahme des Neulings findet unter den seltsamsten Zeremonien statt, der Name des Klubs besteht durchweg aus (meist drei) griechischen Worten, die niemand verraten darf, und mit deren Anfangsbuchstaben sie bezeichnet werden. Das ist von zahlreichen anderen Verbindungen in allen Kreisen der Gesellschaft nachgeahmt, von Männern und Frauen, die natürlich in der Regel kein Wort griechisch verstehen. Die Hauptsache ist ein sehr behagliches, auch mit einer Bibliothek ausgestattetes Haus, in dem die Mitglieder wohnen und essen.

gierung erhalten habe, war ein offenbar von einem eben so unwissenden wie eingebildeten Legationsrat abgefaßtes Schreiben aus dem Auswärtigen Amt, in dem mir schwere Vorwürfe darüber gemacht wurden, daß ich auf Wunsch der Studenten von Harvard in einem ihrer Vereine über die schöpferische Kraft des Krieges gesprochen und dabei die Monroedoktrin erwähnt hatte; das war dann in der üblichen verzerrten Weise in die Presse gekommen. Natürlich habe ich es in meiner Antwort an sehr deutlichen Ausdrücken nicht fehlen lassen.

Natürlich kostet die Zugehörigkeit zu einem Klub recht viel Geld; und das spielt überhaupt eine weit größere Rolle, als offiziell zugegeben wird. Rechtlich stehn alle Studenten einander gleich, und wer keinen Pfennig Geld hat, kann sich, wenn er kein Stipendium erhält, die Kosten seines Unterhalts und der nicht unbeträchtlichen Gebühren[1]) wie schon erwähnt durch Bedienung bei Tische, körperliche Arbeit, wie Kohlentragen u. ä. in den Häusern, Tätigkeit in Geschäften erwerben, ohne daß er deshalb irgendwie scheel angesehen wird. Aber wer der höheren Gesellschaft angehören und durch die auf der Universität geschaffenen Verbindungen im spätern Leben vorwärts kommen will, muß sein Leben auf der Universität ganz anders einrichten und z. B. in Harvard einem der eleganten Klubhäuser der „Goldküste" angehören, wo man natürlich sehr üppig lebt. Das erfordert etwa 2000 Dollars im Jahr, und ist für manche Eltern, z. B. Professoren, die ihren Söhnen die damit verbundenen Vorteile zuwenden wollen, eine schwere Last. Unter der Hülle der demokratischen Gleichheit tritt eben auch hier ein stark aristokratischer und vor allem kapitalistischer Zug hervor; nirgends mehr als in Harvard, dessen dominierendes Ansehen darauf ebensosehr beruht, wie auf der reichen Ausgestaltung seines Lehrkörpers und seiner Anstalten. Daß demgegenüber andre Universitäten, wie namentlich sein Konkurrent Yale, ferner z. B. Cornell im Gegensatz zu Princeton, und die Universitäten des Westens den demokratischen Charakter möglichst betonen, ist schon erwähnt.

Neben den männlichen Studenten stehn die weiblichen. Der Andrang der Frauen zum Universitäts- oder vielmehr Collegestudium, d. h. zur Erwerbung einer höheren allgemeinen Bildung, ist wie schon berührt durchweg sehr groß. An allen Staatsuniversitäten und an manchen anderen herrscht, wie in den Elementarschulen, die gemeinsame Erziehung (coeducation) und volle Gleichberechtigung der Geschlechter. Andere dagegen, wie z. B. Harvard, sträuben sich mit allem Nachdruck dagegen; hier ist seit 1894 ein besonderes College für Frauen (Radcliffe College) unter Leitung der Universität und ihrer Dozenten gegründet, und nur Frauen, welche den Bachelorgrad erworben haben, werden zu den eigentlichen Universitätsvorlesungen, aber nicht zu denen des College, zugelassen. Eine Erörterung der prinzipiellen Fragen

---

[1]) In Harvard beträgt die „Tuition Fee", d. i. die an die Universität für den Unterricht zu zahlende Summe jährlich 150 Dollars. Die Preise der Wohnungen steigen von 30 bis 350 Dollars, die der Mahlzeiten in den Speisehallen betragen $3^1/_2$ bis $5^1/_4$ Dollars wöchentlich. Die Universität von Chicago berechnet die Gesamtkosten eines Studienjahrs von 36 Wochen auf 340 bis 655 Dollars.

gehört nicht hierher; ich will nur erwähnen, daß die Beobachtungen, die ich gemacht habe, keineswegs zugunsten der Koedukation sprechen. Das Zusammenleben der Geschlechter in großen Massen und ständiger Berührung verführt zum Tändeln und Flirt, zur Vertrödelung der Zeit; und eine weitere Wirkung ist, daß diejenigen Studiengebiete, auf die die Frauen sich vorzugsweise werfen, Sprachen und Literatur, Geschichte, und überhaupt die Geisteswissenschaften, deshalb den männlichen Studierenden als inferior gelten und die Vorlesungen darüber an den Universitäten mit gemeinsamer Erziehung von diesen kaum besucht werden. Es kommt hinzu, daß Leben und Denken der Frau ein anderes sein muß, wenn sie nicht aus der Art schlagen und zum Mannweib werden soll. So scheint die Einrichtung besonderer Frauenuniversitäten weitaus vorzuziehen, und diese haben sich denn auch in großer Anzahl entwickelt und ein selbständiges blühendes Leben gewonnen; so vor allem Bryn Mawr bei Philadelphia (gegründet 1880). Hier und z. B. in Wellesley College bei Boston habe ich schöne und angeregte Stunden im Kreise tüchtiger Lehrerinnen und anmutiger und eifriger Studentinnen verlebt, die hier ihre besten Seiten frei entfalten konnten.

Die Religion und die Kirchen.

Wenngleich offiziell die Religion in Amerika Privatsache ist und im staatlichen Leben nicht berücksichtigt werden soll[1]), spielt sie doch eine gewaltige Rolle. Die altererbten Anschauungen sind viel zu fest gewurzelt und haben die ganze Denkrichtung bestimmt. So gehört denn regelmäßiger Kirchenbesuch am Sonntag durchaus zum guten Ton und es erregt Anstoß und erscheint fast unbegreiflich, wenn Jemand sich der Sitte entzieht; auch die Juden haben das übernommen und gehn am Sonnabend eben so gewissenhaft zur Predigt in die Synagoge. Auch wird kaum Jemand auf den Gedanken kommen, am Sonntag eine Gesellschaft zu geben. Dagegen werden, echt puritanisch, die Festtage des Kirchenjahrs (so auch der Charfreitag) im allgemeinen — die Episkopalisten und Katholiken verhalten sich natürlich anders — nicht gefeiert, wenn auch die deutsche Weihnachtsfeier allmählich weithin Eingang gefunden hat. Ein Bekenntnis zum Atheismus ist in Amerika vielleicht sozial noch anstößiger als in England,

[1]) Bedeutungslos gewordene Bestimmungen, wie die Forderung des Glaubens an Gott und eine zukünftige Vergeltung, stehn noch in den Verfassungen mehrerer Südstaaten sowie Pennsylvaniens, die Heiligung des Sonntags in der von Vermont.

und ein Freigeist wird in weiten Kreisen scheel angesehen. Wenn z. B. in Massachusetts im Gegensatz zur alten Orthodoxie der Unitarismus in den gebildeten Kreisen durchgedrungen und an der Harvarduniversität fast offiziell eingeführt ist, so herrscht in den Massen des Zentrums und Westens noch strenge Gläubigkeit; daher hatte Taft hier bei seiner Wahl zum Präsidenten schwere Vorurteile zu überwinden, weil er Unitarier war und somit im Grunde dem Reiche des Satans angehörte. In der Fähigkeit, die biblischen Erzählungen und Prophezeiungen wörtlich zu schlucken, leisten die Amerikaner wie die Engländer nach deutschen Begriffen geradezu unglaubliches; und z. B. die Professoren der semitischen Philologie werden überschwemmt mit Anfragen über die richtige Übersetzung des Wortlauts und unter anderem über die hebräischen Musikinstrumente, da man genau wissen möchte, welche Instrumente nach biblischen Angaben im Gottesdienst gebraucht werden dürfen, und welche der Gläubige verwerfen muß. Zahllos sind die Leute, die über die Prophezeiungen Daniels und der Apokalypse grübeln und aus ihnen die bevorstehenden Schicksale verkünden — und ebenso z. B. die, welche die verlorenen zehn Stämme Israels suchen und in den Indianern oder sonst irgendwo in der Welt entdecken.

In den gebildeten Kreisen dagegen hat eine Auffassung die Herrschaft gewonnen, die man am besten als ethischen Theismus bezeichnen wird: der Glaube an einen persönlichen Gott, der den Menschen das Sittengesetz mit starker sozialer Färbung auferlegt hat und von ihnen Rechenschaft fordert, und dessen Gebote am vollkommensten in der Bibel und in der Lehre des von ihm inspirierten Menschen Jesus verkündet werden. Das Dogma tritt demgegenüber ganz zurück; man wechselt die Kirchen und besucht den Gottesdienst der verschiedensten Konfessionen, je nachdem der Geistliche befähigt ist und anzieht; in Chicago war bei der Universitätsfeier 1904 sogar dem jüdischen Geistlichen die offizielle Predigt am Sonntag übertragen, weil er für den besten Kanzelredner galt.

Im übrigen ist der Protestantismus in Amerika bekanntlich in zahllose Sekten gespalten, noch weit mehr als in England oder etwa bei uns. Die geringfügigsten Differenzen sowohl des Dogmas wie des Rituals, dazu die Stellung zu der Negerfrage u. ä., geben dazu den Anlaß; es scheint, als ob das Bedürfnis, die individuelle Überzeugung rückhaltlos auszusprechen und gegen alle Abweichungen durchzusetzen, das, umgekehrt wie bei den Deutschen, auf politischem Gebiet infolge der Parteiorganisation keinen Raum hat, sich auf die Religion geworfen hat, in der es seit den Tagen der Reformation freien Spielraum errungen hat. Der Census

von 1906 zählt nicht weniger als 164 protestantische Denominations, und fortwährend entstehen neue, während alte wieder eingehn. So gibt es 17 Abarten der Methodisten, 12 der Presbyterianer, 13 der Mennoniten, 15 der Baptisten, mehr als 25 der Lutheraner; und auch unter den episkopalistischen Anglikanern finden sich gemäßigte neben streng ritualistischen, die sich möglichst an den Katholizismus annähern, Klöster gründen, und den Tag der Hinrichtung Karls I. — inmitten des republikanischen Amerika! — als Bußtag begehen. Dazu kommen dann die Kongregationalisten (Independenten), die Quäker, die Campbelliten (Disciples) usw., und weiter die zahlreichen Neugründungen, die auf einer von der herkömmlichen abweichenden, oft streng wörtlichen Interpretation der Bibel beruhn — so die Adventisten des siebenten Tages u. ä., die den Sonntag verwarfen und die richtige Sabbatheiligung am Sonnabend wieder einführen wollen —, oder die sich auf eine besondere Inspiration gründen, wie die Shakers und vollends die Mormonen, die nicht eine christliche Sekte sind sondern den Anspruch erheben, eine neue abschließende Weltreligion zu sein so gut wie seinerzeit der Islam. Weiter die Spiritisten, die Swedenborgianer, die Heilsarmee, die Verkünder einer übernatürlichen Heilung durch Gebet, wie die von Mrs. Eddy 1875 begründete Christian Science, die, wie schon erwähnt, gewaltigen Erfolg gehabt hat, auch in gebildeten Kreisen, die Anhänger des gleichartigen Emmanuel Movement (gegründet 1906 von E. Worcester, mit dem Hauptsitz in Boston, wie jene) u. a. m. Dann die Mystiker und Theosophen, die modernen Buddhisten, die Vedantagesellschaft, die Faithists, deren heiliges Buch den Namen Oahspe führt[1]) und die ihren Ausgangspunkt in Neumexiko haben, und was derartiges mehr ist.

So ist weiter Raum für gewissenlose Abenteurer und Schwindler, die es verstehn, die religiösen Strömungen im Volk auszunutzen und sich durch Gründung einer neuen Sekte oder Kirche eine angesehne Stellung und ein beträchtliches Einkommen zu verschaffen. Das Bedürfnis nach religiöser Erleuchtung, nach einer Gewißheit gebenden Führung ist stark und weit verbreitet und macht sich, wie früher in den Revivals mit ihren Massenversammlungen im freien Feld und in den Wäldern mit den zugehörigen Verzückungen, Offenbarungen und Wundern, so in diesem Sektenleben Luft. Daneben ist in der niedrigen Masse wüster Aberglaube, Traumdeutung u. ä. weit verbreitet, und der Spiritismus gewinnt, wie bei uns auch, bei jeder neuen Mani-

[1]) Oahspe, a new Bible in the word of Jehovih and his Angel Ambassadors. A second History of the dominion of the higher and lower Heavens on the Earth for the past 24000 years. Boston 1891.

festation, je krasser sie ist, um so mehr Zulauf gerade auch aus den gebildeten Kreisen bis zu hochangesehenen Philosophen wie W. James hinauf, bei denen der Empirismus und Skeptizismus, den sie unter den neuen Namen Agnosticismus verkünden, dahin umschlägt, daß sie bereit sind, alles zu glauben[1]).

Unter den christlichen Konfessionen gehört die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung den protestantischen Sekten an, unter denen die Methodisten und nächst ihnen die Baptisten am zahlreichsten sind. Aber daneben ist der Katholizismus ständig angewachsen, vor allem durch die Einwandrung aus Irland und Kanada, auch aus Süddeutschland und Österreich und neuerdings aus Italien; der Census von 1906 rechnet von der Gesamtzahl derer, die sich überhaupt als Mitglieder einer Konfession angegeben haben (rund 33 Millionen), 61,6 % auf die Protestanten, 36,7 % auf die Katholiken — dabei ist allerdings zu beachten, daß der größte Teil derjenigen, die keine Erklärung abgegeben haben, dem Protestantismus im weitern Sinne zuzurechnen ist. Aber die Verschiebung trifft gerade die altprotestantischen Gebiete am meisten; alle Neuenglandstaaten, New York, New Jersey, Virginia haben jetzt eine katholische Majorität, Massachusetts sogar von 69,2 %. Dies Anwachsen des Katholizismus hat vielfach Besorgnis und starke Bewegungen hervorgerufen — so in der Bildung der „amerikanischen" oder know-nothing Partei (S. 63) —, und führt auch jetzt von Zeit zu Zeit immer wieder zu lebhafter populärer Agitation. Man empfindet die katholische Kirche in weiten Kreisen als einen Fremdkörper, der in das politische Leben Gesichtspunkte hineinträgt, die man als unheilvoll verwirft und bekämpfen will, und die Gläubigen bei ihrer Stimmenabgabe nach unzulässigen Gesichtspunkten und auswärtigen Interessen beeinflußt, wie das den Mormonen in noch stärkerem Maße vorgeworfen wird. Aber die katholische Kirche hat es hier wie sonst vortrefflich verstanden, sich den gegebenen Bedingungen zu fügen; und sie kann sich, anders als die Mormonen, von jeder augenfälligen politischen Einwirkung um so mehr fernhalten, da die Gesichtspunkte und Interessen, welche in Europa maßgebend sind und dort die Politik der Curie in weitem Umfang bestimmen, für den fernen Erdteil nicht in Betracht kommen. Je mehr sie sich zurückhält, um so mehr kann sie hoffen, ständig anzuwachsen und dann schließlich die Herrschaft zu gewinnen und auch Amerika nach ihren Wünschen zu lenken. So vermeidet sie alle Polemik und geräuschvolle Propaganda; um so mehr sorgt sie dafür, daß

[1]) Ein Seitenstück dazu bildet die naive Gläubigkeit, mit denen die rechnenden und denkenden Pferde, in Wirklichkeit handgreiflich ein ganz krasser Schwindel, bei uns so vielfach von Naturforschern u. ä. angestaunt worden sind.

ihre Organe, wie überall in der Diaspora, sich durch anständige Haltung und wahrhaft religiöse Gesinnung auszeichnen, und widmet sich ganz der Seelsorge und der sozialen Tätigkeit. Daß sie darin hervorragendes und mehr leistet, als die zerfahrenen protestantischen Sekten, wird auch von ihren Gegnern vielfach anerkannt; und so kann man von manchen protestantischen Amerikanern das Urteil hören, daß die Ausbreitung des Katholizismus wie der Christian Science Erscheinungen sind, die dadurch, daß sie Amerika aus dem Schmutz herausarbeiten, eine segensreiche Wirkung für die Nation ausüben.

Verschiebung des inneren Aufbaus. Die Einwandrungsprobleme.

Mit dem Abschluß der Besiedlung des Landes ist Amerika in eine neue Epoche seiner Entwicklung eingetreten. Auf allen Gebieten macht sich während des letzten Menschenalters der Übergang zu einer neuen Gestaltung des Lebens geltend: auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens in dem Anwachsen der rein kapitalistischen Tendenzen, in dem langsamen Zurücktreten der agrarischen Interessen und dem Dominieren der Geldmacht, gegen die die Anhänger der Silberwährung und die „Ritter der Arbeit" im agrarischen Zentrum und Westen vergeblich anzukämpfen suchen, und vor allem in der Entwicklung der Industrie, die sich in dem immer mehr gesteigerten Schutzzoll und in den Trusts mächtige, nicht zu zerbrechende Waffen schafft, während auf der anderen Seite die Arbeiterbewegung immer stärker anschwillt, sich kräftig organisiert, und ein großer Lohnkampf, ein Riesenstreik dem anderen folgt, und daneben anarchistische Bestrebungen hervortreten und mehrfach zu Bluttaten, zuletzt zur Ermordung des Präsidenten McKinley führen; in der äußeren Politik in der Entwicklung des Imperialismus, in dem bewußten Eintritt in die Weltpolitik, dem Hinübergreifen über die Meere nicht nur in Amerika sondern auf allen Kontinenten; im Innern in dem Hervortreten der Reformbestrebungen, dem Ankämpfen gegen die Korruption, der fortschreitenden Reform des Zivildienstes, der Kräftigung der Regierungsgewalt, dem Streben, die Verschleuderung der Mittel und den schrankenlosen Individualismus einzudämmen und dem Staatsbegriff unterzuordnen; im sozialen Leben auf der einen Seite in der Entwicklung der sozialen Fürsorge, auf der anderen in der Bildung einer aristokratisch-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Kultur und den Bestrebungen, dem Gesamtvolk eine tiefere Bildung zu

geben und so für die Nation einen würdigen Platz unter den Kulturvölkern zu gewinnen.

In dem allen tritt die unaufhaltsam fortschreitende Umgestaltung der Struktur, des inneren Aufbaus der Nation anschaulich zutage. Wie tiefgreifend diese Umgestaltung ist, wie sie die Bevölkerung und den Charakter gerade der ältesten und führenden Gebiete von Grund aus geändert hat, haben wir bereits gesehn. Gesteigert wird diese Entwicklung dadurch, daß ein ausreichender einheimischer Nachwuchs fehlt und die Bevölkerungsvermehrung aus eigener Kraft nahezu zum Stillstand gekommen ist. Um so stärker ist nach wie vor der Andrang der Einwandrer aus dem Ausland; in dem letzten Jahrzehnt vor dem Krieg schwankte die Zahl meist zwischen 7 und 900 000, schwoll aber in den Jahren 1905—1907 und wieder 1910 und 1913 auf über eine Million an. Indessen auch hier sind es andere Elemente als früher, die den Strom füllen. Die Einwandrung aus Deutschland war, wie schon erwähnt, im Durchschnitt auf etwa 30 000 im Jahre gesunken, kam also ernstlich nicht mehr in Betracht. Die aus Großbritannien kam an 50 000 im Jahre heran, Irland stellte 30 000, Skandinavien 30—40 000, Kanada, das lange fast ganz ausgefallen war, in den letzten Jahren wiederholt 56 000. Dem gegenüber kamen aus Italien meist gegen 200 000, in manchen Jahren noch beträchtlich mehr, so 1907 285 000, 1913 265 000, und etwa eben so viele kamen aus Österreich-Ungarn (1907 sogar 338 000, 1913 254 000), darunter die Mehrzahl Magyaren und Slawen. Nahezu eben so stark ist das Kontingent, welches Rußland stellt (1913 291 000), darunter infolge der Verfolgungen große Scharen von Juden. Auch aus Griechenland hat eine starke Einwandrung eingesetzt; seit 1903 übersteigt sie 10 000 im Jahr, 1907 erreicht sie den Höhepunkt von 36 580, seitdem steht sie meist auf etwas über 20 000, für die kleine Nation eine sehr beträchtliche Zahl. Daran schließen sich dann die verschiedenen Nationalitäten der europäischen und asiatischen Türkei, insgesamt durchschnittlich etwa 20 000, darunter namentlich auch Armenier und Syrer; diese Einwandrung würde weit stärker sein, wenn sie nicht, wie die aus China (1500—2000) und Japan (meist 3—4000) durch die Unionsregierung nach Möglichkeit erschwert würde.

So werden der Bevölkerung alljährlich gewaltige Massen zugeführt, die ihr nicht homogen sind wie die Germanen und auch die Iren und die Franzosen, und die sie daher schwer oder auch garnicht assimilieren und verdauen kann. In ihren Anschauungen und Sitten, in ihren moralischen Begriffen, in ihrer ganzen Denkweise sind sie von der nord- und mitteleuropäischen

lrt durchaus verschieden, und vollends das politische Getriebe
merikas, in das sie jetzt hineingeworfen werden, ist ihnen von
rund aus fremd und unverständlich. Es ist, wie schon be-
erkt, dieselbe Entwicklung, die sich in Italien seit dem zweiten
ahrhundert v. Chr. abgespielt hat. Dort ist die altansässige
evölkerung, die Nachkommen der alten wehrkräftigen Bauern-
haft, großenteils entweder in die Städte übergesiedelt und hier
hne Nachwuchs zugrunde gegangen, oder über See ausgewandert;
nd an ihre Stelle sind die fremden Elemente aus allen Ländern,
or allem aber aus dem Orient und aus Gallien, getreten,
ils als Händler und Gewerbetreibende, auch als Soldaten, in
r überwiegenden Masse aber als Arbeiter auf dem Wege über
n Sklavenmarkt. Das gleiche sehn wir jetzt in Amerika sich
ollziehn: der Sklaverei des Altertums entspricht in dem modernen
Wirtschaftsleben der sogenannte „freie" Arbeitsvertrag, der den
rbeiter, soweit nicht eine besondere Schutzgesetzgebung eingreift,
ateriell ebenso bindet und von dem Arbeitgeber abhängig macht,
ie dort die offen ausgesprochene Knechtschaft. So werden denn
ich die Einwandrer in Massen durch die Schiffahrtsgesellschaften
nd die Agenten eingefangen und durch Vorschüsse, durch die
osten der Überfahrt usw. gefesselt. Zwar ist die Einführung
ntraktlich gebundener Arbeiter seit 1885 durch ein Gesetz ver-
ten, um die einheimischen Arbeiter gegen die Konkurrenz zu
hützen und die Löhne hoch zu erhalten; aber derartiges läßt sich
cht umgehn, und fortdauernd sieht man z. B. bei den Erd-
beiten, die der Amerikaner verschmäht, wie in Deutschland die
rupps geworbener italienischer Arbeiter, die in ihren Lagern
ter nicht viel besseren Bedingungen leben, als die Sklaven-
aren des Altertums.

Auch unter diesen fremden Nationalitäten gibt es tüchtige
ute, die sich emporarbeiten, wie man denn auf den Plantagen
s Südens neben den Negern fleißige und gewissenhafte italie-
ische Arbeiter in wachsender Zahl antrifft. Aber gerade von
esen Elementen kehrt ein ansehnlicher Teil, nachdem sie sich ein
ines Vermögen erspart haben, wieder in die Heimat zurück, so
mentlich unter den Italienern und Ungarn. Die große Masse
r Einwandrer füllt die Großstädte: vor allem in Chicago und
ew York trifft man die großen Quartiere, in denen sie sich,
ch Nationalitäten getrennt, geschlossen niedergelassen haben,
eist in armseligen, von Anfang an baufälligen Häusern, in
nen alle Geschäftsschilder italienisch, griechisch, in einer slawi-
en Sprache abgefaßt sind. In San Franzisco kommt dann das
hinesenviertel hinzu, das aber auch in New York und Boston
ht fehlt. Der Reihe nach bemächtigen sich die fremden

Nationalitäten einzelner Geschäftszweige, so die Italiener neben den Erdarbeiten, aus denen die Iren längst geschwunden sind, in den Städten des Ostens des Schuhputzens, die Griechen des Fruchthandels — aus diesen Berufen sind die Neger längst verdrängt —, wie die Chinesen des Waschens und Kochens. Andere lassen sich auf dem Lande oder in kleineren Städten nieder; so erscheint jetzt z. B. in New Hampshire eine ganze Anzahl griechischer Zeitungen, und zugleich setzt sich hier die aus dem Orient mitgebrachte erbitterte kirchliche und nationale Fehde gegen die Armenier leidenschaftlich fort. Ein großer Teil der neuen Ankömmlinge aber bildet die Hefe der Großstadtbevölkerung, so namentlich die Masse der russischen Juden, welche die Verfolgungen vor allem seit der Revolution von 1905 [1]) aus der Heimat ausgetrieben haben und die nun, ohne alle Mittel und ohne alle Berührung mit der westlichen Kultur, in den Spelunken der Großstädte ein armseliges Dasein zu fristen suchen. Alle diese Elemente sind um so bedenklicher, da die Politiker sich sofort auf sie stürzen und sie, ahnungslos wie sie allen politischen Fragen gegenüberstehn, als willkommenes Stimmvieh einfangen und sie häufig gegen das Gesetz, welches für die Naturalisation fünfjährigen Aufenthalt im Lande verlangt [2]), durch offenkundigen Betrug in die Wählerlisten eintragen.

So tritt zu den Negern in stets wachsendem Umfang ein zweites, nicht minder problematisches und unverdauliches Element in die Bevölkerung der Union und hindert ihr Zusammenwachsen zu einer geschlossenen, innerlich einheitlichen Nation. Seit den achtziger Jahren hat dieser Vorgang begonnen, denkende Männer mit Sorge um die Zukunft zu erfüllen; und seit die Besiedlung des Kontinents in der Hauptsache zum Abschluß gekommen ist, hat die Gesetzgebung begonnen dagegen einzuschreiten, zunächst 1882, dann durch immer mehr verschärfte Gesetze 1891, 1903, 1907. Von einem jeden, der den Boden der Vereinigten Staaten betreten will, werden Erklärungen über seine persönlichen Verhältnisse, seinen Gesundheitszustand, seine Familie, seine Vorfahren, sein Vermögen gefordert, die weit über alles hinausgehn, was bei uns etwa von der Polizei verlangt wird — ich habe das den Amerikanern oft vorgehalten, wenn sie sich über die bei uns

[1]) Die Zahl der Einwandrer aus Rußland gibt dafür einen Anhalt: von 145 000 im Jahre 1904 schwillt sie im Jahre 1905 auf 185 000, 1906 auf 215 000, 1907 auf 258 000; dann sinkt sie wieder auf durchschnittlich etwa 150 000; aber 1913 beträgt sie wieder einmal 291 000.

[2]) Viele namentlich der westlichen Staaten gewähren den Fremden aus schon vorher ein Stimmrecht.

estehenden Vorschriften beklagten, und dafür immer Zustimmung
efunden —; die Schiffahrtsgesellschaften lassen daher keinen Pas-
gier an Bord, ehe er nicht dies lange Formular ausgefüllt hat,
a sie ihn, wenn er zurückgewiesen wird, auf eigene Kosten zurück-
haffen müssen. Die eigentlichen Auswandrer, die Zwischendecks-
assagiere, werden einer gründlichen Untersuchung unterzogen, zu-
ächst oberflächlich etwa wie bei einer Hammelherde gleich bei
er Landung, dann ganz sorgfältig auf Ellis Island im Hafen
on New York, wohin sie zunächst verbracht werden. Wer ge-
rechlich oder mit unheilbarer Krankheit behaftet ist, wird zurück-
ewiesen, ebenso Verurteilte, Verbrecher, Anarchisten u. ä., ferner
er nicht das vorgeschriebene Minimum von Mitteln besitzt.
och verfahren die Beamten dabei nach Gutdünken, und lassen
nen kräftigen Mann unbedenklich zu, auch wenn er mittellos
, falls er den Eindruck erweckt, daß er sich schon durchschlagen
ird und daher brauchbar und willkommen ist. Umgekehrt sind
ch die Kajütenpassagiere gegen Zurückweisung keineswegs ge-
it; so kenne ich einen Fall, wo eine Dame nicht landen durfte
ndern wieder heimfahren mußte, weil man durch die Spione,
e man an Bord hält, vor allem um Zolldefraudation vor-
beugen, erfahren hatte, daß sie ununterbrochen rauche — damals
ar man darin noch prüde.

Besonders unwillkommen sind die Angehörigen fremder
assen, die Farbigen, seien sie schwarz oder gelb; und die Ten-
nz ist, diesen Begriff möglichst weit auszudehnen, sodaß die
rage, ob Armenier, Syrer, Inder u. a. darunter fallen und
her von der Einwandrung ausgeschlossen sind, eifrig diskutiert
d vor den Gerichten verhandelt wird. In den letzten Jahren
man dann noch einen großen Schritt weitergegangen: nach
ehrjährigen Diskussionen haben beide Häuser des Kongresses
Februar 1917 gegen das Veto des Präsidenten[1]) mit Zwei-
ittelmajorität eine neue Einwandrungsbill angenommen und
durch zum Gesetz erhoben, welche alle Analphabeten ausschließt
d von jedem Einwandrer eine Lese- und Schreibeprobe ver-
ngt. Die prinzipielle Ausschließung aller Asiaten dagegen
urde schon 1914 gestrichen. Gegenwärtig wird eifrig für eine
eitere Erschwerung der Einwandrung agitiert, die vor allem,
tgegen den vor dem Kriege weitverbreiteten Wünschen, die
eutschen als unliebsames Element fernhalten soll.

Erledigt ist diese Frage damit noch in keiner Weise. Viel-
ehr bilden auf der einen Seite die Neger, auf der anderen die

---

[1]) Auch Cleveland hatte 1896 diese Bestimmung durch sein Veto zu
ll gebracht.

modernen Einwandrer, und zwischen ihnen die Tatsache, daß die eigene Volksvermehrung zum Stillstand kommt, vielleicht das gewichtigste und verhängnisvollste von all den Problemen, die über der Zukunft der Union und der Entwicklung der neuen, noch nirgends zum Abschluß gelangten Nation des westlichen Kontinents schweben.

III. Verfassung und Politik.

Bundesstaat und Einzelstaaten. Die Bundeshauptstadt.

Nach dem einstimmigen Urteil der Amerikaner ist die in der geschichtlichen Entwicklung verwirklichte Möglichkeit, daß die Einzelstaaten zu einer politischen Einheit zusammengewachsen sind und daß die neue Nation sich so kräftig entwickelt hat, durch die Vortrefflichkeit der Unionsverfassung geschaffen. Und in der Tat hat sich diese von gescheiten Männern unter dem Zwange bitterer Not sorgfältig erwogene Verfassung nun schon fünfvierteljahrhunderte hindurch vollauf bewährt und steht noch jetzt, von einigen wenigen Zusätzen abgesehn, unverändert so da, wie sie sie entworfen haben, zugleich allerdings in ihrer Wirksamkeit und Macht unter den alten Formen viel weiter ausgebaut, als jene voraussehn konnten. Aber eben in dieser Anpassungsfähigkeit zeigt sich ihr Wert, und sie ist das Mittel gewesen, das die Union allen zentrifugalen und zersetzenden Bestrebungen gegenüber dauernd erhalten, die siegreiche Durchfechtung eines schweren Bürgerkriegs ermöglicht und zugleich die Tendenzen niederzuhalten oder wenigstens einzudämmen vermocht hat, welche auf eine Aufhebung des Staatsbegriffs und die Auflösung aller festen Ordnung und Gesetzlichkeit hinarbeiten.

Wie das Deutsche Reich und die Schweiz faßt auch der amerikanische Bundesstaat eine große Zahl von Einzelstaaten zu einer politischen und zugleich, anders als die Schweiz, zu einer nationalen Einheit zusammen; und wie in diesen, in der Schweiz im Sonderbundeskrieg 1847, in Deutschland im Kriege von 1866, ist die Unauflöslichkeit dieser Einheit und damit die Souveränität des Bundesstaats über die Einzelstaaten erst in einem schweren Bürgerkriege durchgesetzt worden. Seitdem ist allgemein anerkannt, daß eine einheitliche Nation geschaffen ist und die Einzelstaaten kein Recht haben, aus ihr auszuscheiden. Das findet einen

bezeichnenden Ausdruck darin, daß, wie es im Englischen zulässig ist, The United States durchweg als Singular gebraucht wird: „die Vereinigten Staaten ist ein Nationalstaat, hat Krieg geführt“ usw., während man früher von „These United States“ „diese Vereinigten Staaten“ redete.

Wie in allen Bundesstaaten sind auch in der Union die staatlichen Funktionen durch in der Verfassung festgelegte Bestimmungen zwischen den Einzelstaaten und der Bundesregierung geteilt. Die Einzelstaaten sind zwar alle nach demselben Grundschema gestaltet, aber innerhalb des ihnen zugewiesenen Gebiets der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung schalten sie souverän nach eigenem Ermessen. Wie in Deutschland und in der Schweiz (und ähnlich in Mexiko und Brasilien) bestehn zwischen ihnen an Umfang und Bedeutung die größten Unterschiede; neben Zwergstaaten wie Delaware (5491 qkm, im Jahre 1910 202 000 Einw.) und Rhode Island (3382 qkm, 542 000 Einw.) sowie der Karrikatur eines Staats in dem Wüstenstaat Nevada (230 301 qkm, im Jahre 1900 nur 42 335 Einw., seitdem infolge der großen Bewässerungsanlagen (o. S. 119) 1910 auf 82 875 Einw. gestiegen) stehn Staaten wie Pennsylvanien (119 135 qkm, 7²/₈ Mill. Einw.) und New York (121 725 qkm, über 9 Mill. Einw.), beide beträchtlich größer als das Königreich Bayern, und zahlreiche Staaten im Süden und Westen, die diese wenn auch nicht an Bevölkerungszahl, so doch an Umfang noch ganz wesentlich überragen, bis zu den Riesenstaaten Kalifornien (408 688 qkm, 2 377 000 Einw.), größer als Preußen (348 779 qkm), und Texas (710 554 qkm, fast 4 Mill. Einw.), um ein Drittel größer als das Deutsche Reich (540 857 qkm).

Dagegen unterscheidet sich die Union von dem Deutschen Reich ganz wesentlich dadurch, daß in ihr nicht, wie wenigstens bis zur Revolution vom November 1918 in diesem, der größte Staat zugleich die politische Leitung hat und mit Sonderrechten ausgestattet ist; sondern in ihr stehn, wie in der Schweiz und in den Bundesstaaten des Altertums, alle Einzelstaaten einander rechtlich völlig gleich und die Bundesregierung ist von ihnen völlig getrennt und steht selbständig mit eigenen Organen über ihnen. In der Union ist dieser Grundsatz noch konsequenter als in den anderen Bünden darin durchgeführt, daß der Sitz der Regierung nicht in einem der Staaten liegt, sondern außerhalb derselben in einem lediglich der Union unterstellten Bezirk. Die Verfassung hat die Überlassung eines solchen Bezirks in Aussicht genommen, der dann der alleinigen Gesetzgebung des Kongresses unterstehn soll; und im Jahre 1790 wurde dafür ein zu Maryland gehörendes Gebiet von 155 qkm am linken Ufer des Potomac

ausgehoben, das den Namen Distrikt Columbia erhielt, und hier die Bundeshauptstadt Washington mit dem Kapitol und dem „Weißen Haus", der Amtswohnung des Präsidenten, gegründet.

Die Folge ist, daß die Bewohner dieses Gebiets, da sie keinem der Unionsstaaten angehören, auch keinerlei politische Rechte haben außer dem, einen Vertreter ohne Stimmrecht an den Kongreß zu entsenden. Aber an den nationalen Wahlen, auch an der des Präsidenten, nehmen sie nicht teil, und eine Selbstverwaltung haben sie nicht. Die Gesetzgebung steht lediglich dem Kongreß zu, die Verwaltung liegt in den Händen von drei vom Präsidenten unter Zustimmung des Senats ernannten Kommissaren. Der 1871 gemachte Versuch, der Stadt Selbstverwaltung zu gewähren, führte sofort zu der üblichen Korruption und arger Mißwirtschaft, deren Spuren das Stadtbild noch jetzt aufweist; und so ist sie 1878 wieder aufgehoben worden. Dadurch ist es möglich geworden, daß Washington sich zu einer schönen Stadt entwickelt, die den Vergleich mit europäischen Residenzen aushalten kann. Aber eine Hauptstadt wie diese oder wie Bern in der Schweiz ist es nicht; ihr fehlt alles selbständige kommunale Leben; es ist lediglich Sitz der Regierung, der fremden Gesandtschaften, der Bundesbeamten und des Kongresses. Dazu kommen dann die zahlreichen wissenschaftlichen Anstalten, die hier ihren Sitz haben, wie die Smithsonian Institution, die Carnegie Institution, das Nationalmuseum für Naturwissenschaft und Anthropologie, und vor allem die große, vortrefflich eingerichtete Nationalbibliothek. So bildet Washington einen anziehenden Aufenthalt für Gelehrte und überhaupt für gebildete und wohlhabende Leute, die sich dauernd oder während der Wintermonate hier niederlassen, um ein behagliches und geistig angeregtes Leben zu führen; dazu kommen dann auf der andern Seite die Kreise, welche an den politischen Vorgängen interessiert sind, die sich hier abspielen, vor allem in den Monaten, in denen der Kongreß tagt.

Charakter der Verfassung. Der Kongreß.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika ist ebenso wie die kurz darauf entstandene erste Verfassung der französischen Revolution aufgebaut auf die Theorie Montesquieus von den drei Gewalten. Ihre Trennung und gegenseitige Unabhängigkeit ist in der amerikanischen Verfassung mit voller Konsequenz durchgeführt. Aber natürlich können sie im Staate nicht ohne jede Beziehung zueinander dastehen, wenn nicht alles auseinander fallen soll. Dazu kam aber, daß im Gegensatz gegen

den Optimismus der französischen Gesetzgebung von 1789 und ihren Glauben an die natürliche Güte des Menschen, der man nur die Schranken zu öffnen brauche, damit sie sich voll entfalten und alles zum besten gestalten könne, die amerikanischen Staatsmänner, welche die Verfassung schufen, von tiefem, durch die Erfahrung begründetem Mißtrauen gegen die Menschennatur erfüllt waren. „Die Verfassung von 1787", sagt Bryce, „ist das Werk von Männern, die an die Erbsünde glaubten, und die entschlossen waren, für die Übertreter keine Tür offen zu lassen, die zu schließen irgend in ihrer Macht lag." Daher bei allem Streben, eine starke und als unentbehrlich erkannte Staatsgewalt aufzurichten, die Sicherung der Rechte des Gesamtvolks und jedes Einzelnen sowie der Staaten gegen Übergriffe der Zentralgewalt, und das System von Schecks, von gegenseitiger Kontrolle und Sicherungen der einzelnen, sorgfältig abgegrenzten Gewalten gegeneinander.

Die gesetzgebende Gewalt liegt im Kongreß, die exekutive im Präsidenten, die richterliche in den Gerichten; und ihnen gegenüber steht das in die Einzelstaaten gegliederte Volk als Träger der Souveränität und Quelle aller Rechte. Wir betrachten sie zunächst der Reihe nach, entsprechend der Gliederung der Verfassung.

Der Kongreß besteht, dem englischen Schema entsprechend, aus zwei Häusern. Das Repräsentantenhaus wird alle zwei Jahre neu gewählt; die Zahl der Mitglieder, die auf jeden Staat fallen, richtet sich nach ihrer Bevölkerungszahl. Ursprünglich kam ein Repräsentant auf 30000, jetzt auf 200000 Einwohner; doch erhält jeder Staat mindestens einen Vertreter, auch wenn er, wie in Delaware, Idaho, Nevada, Wyoming u. a. diese Zahl nicht erreicht. Natürlich ist die Zahl der Abgeordneten ständig gewachsen; 1789 betrug sie 65, gegenwärtig 435. Die Wahl findet nach Stimmbezirken statt[1]), deren Festsetzung den einzelnen Staaten überlassen ist und in der mitunter eine raffinierte Wahlgeographie getrieben wird; das wird nach ihrem Erfinder Gerry aus Massachusetts (Vizepräsident der Union 1812) als gerrymandering bezeichnet. Auch die Bestimmungen über das Wahlrecht sind den Einzelstaaten überlassen; nur eine Entziehung desselben „auf Grund der Rasse, Farbe oder ehemaliger Sklavenschaft" ist durch das 15. Amendement zur Verfassung (oben S. 88f.) verboten, dagegen sind andere Einschränkungen gestattet, wie eine Wahlsteuer, Forderung einer Elementarbildung, Verständnis der Verfassung und die sonstigen Mittel, durch die im Süden das Wahlrecht der

[1]) Daneben wird gelegentlich, wenn dem Staat ein weiterer Repräsentant zukommt, aber seine Legislatur die Bezirke noch nicht neu verteilt hat, ein Deputierter von der Gesamtbevölkerung „at large" gewählt.

Neger tatsächlich illusorisch gemacht ist (S. 93). Das für die Wählbarkeit erforderliche Alter ist 25 Jahre, für das Wahlrecht 21 Jahre. Neuerdings haben nicht wenige Staaten auch den Frauen Stimmrecht und Wählbarkeit gewährt, und voraussichtlich wird das demnächst allgemein eingeführt werden.

Im Gegensatz zum „Haus“, wie man kurz sagt, ist der Senat eine permanente Körperschaft: alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus, die Wahlperiode umfaßt daher sechs Jahre. Er ist der Vertreter der Einzelstaaten, und in ihm kommt der föderative Charakter der Union zum Ausdruck: jeder Staat, ob groß oder klein, stellt zwei Senatoren. Ihre Zahl ist daher von 26 im Jahre 1789 jetzt auf 96 angewachsen. Bisher wurden sie meist von der Legislatur des Einzelstaats gewählt; im Jahre 1913 ist dann ein Amendement zur Verfassung angenommen, das die direkte Wahl durch das Volk vorschreibt; dadurch hofft man den Einfluß der Bosses, der Beherrscher der Parteimaschine, zu durchbrechen. Für den Senator wird ein Mindestalter von 30 Jahren und neunjähriges Bürgerrecht verlangt.

Im allgemeinen stehn beide Häuser sich rechtlich gleich. Die Gesetzgebung steht ausschließlich ihnen zu, und die Initiative muß daher aus ihrer Mitte hervorgehn; Regierungsvorlagen, wie sie in den parlamentarischen Staaten Brauch sind, gibt es in Amerika nicht. Auch darf Niemand in eins der beiden Häuser gewählt werden, der ein Bundesamt bekleidet; doch ist die Annahme eines solchen Amts während der Dauer des Mandats gestattet, wenn dasselbe nicht neu geschaffen oder sein Gehalt erhöht wird. Wie in England und in Nachäffung desselben auch auf dem europäischen Kontinent dürfen Gesetze, welche Steuerbewilligungen enthalten, nur vom Repräsentantenhause ausgehn; doch hat, abweichend von England, der Senat das Recht, seine Zustimmung von Abänderungen abhängig zu machen oder Vorschläge anzuregen, und macht davon eifrig Gebrauch.

Im Gegensatz zu den europäischen Parlamenten ist in Amerika das Oberhaus, der Senat, bei weitem das mächtigere und angesehnere der beiden Häuser. Die Stellung eines Senators ist sowohl wegen der längeren Amtsdauer wie wegen der beschränkten Zahl unendlich viel verlockender als die eines Repräsentanten; es kommt hinzu, daß hier meist dieselben Männer wiedergewählt werden, es sei denn, daß ihr Staat inzwischen zu der Gegenpartei übergegangen ist. So sitzen hier die einflußreichsten Politiker, die „bosses“ der Parteien, welche die Maschine beherrschen und alle geheimen Verbindungen und Kanäle kennen und in der Hand haben. Dazu kommen dann die Sonderrechte des Senats. Ihm und ihm allein steht das Recht zu, die vom Präsidenten

mit auswärtigen Mächten geschlossenen Verträge zu bestätigen; ebenso bildet er den Gerichtshof im Fall einer Staatsanklage (impeachment) gegen Beamte wegen Hochverrat, Bestechung und ähnlicher Vergehen, zu der es allerdings wegen der Umständlichkeit und Unsicherheit des Verfahrens nur sehr selten (im ganzen bisher achtmal, darunter einmal gegen einen Präsidenten, Johnson, S. 84) gekommen ist; in beiden Fällen ist Zweidrittel Majorität erfordert. Weit wichtiger ist, daß die Anstellungen von Beamten durch den Präsidenten der Bestätigung durch den Senat bedürfen. Dadurch erhält derselbe einen gewaltigen Einfluß auf die Exekutive; und so ist es die Regel, daß der Präsident die Besetzung der Stellen, die er in den Einzelstaaten zu vergeben hat, tatsächlich nach den Vorschlägen der diese vertretenden Senatoren vollzieht, soweit sie seiner Partei angehören, und ihnen durch diese „patronage" eine gewaltige Macht einräumt. Zu Schwierigkeiten führt das allerdings, falls die Majorität des Senats einer anderen Partei angehört, als der Präsident; aber alsdann ist die Gegenpartei bereit, gerade die bedenklichsten Ernennungen am ersten zu bestätigen, da sie den Präsidenten diskreditieren, und im übrigen führt das gemeinsame materielle Interesse schließlich meist zu einem freundschaftlichen Arrangement, und die Angelegenheit wird zu gegenseitiger Befriedigung zurechtgerückt („squared").

Im „Hause" dagegen sind bedeutende Persönlichkeiten nur selten zu finden. Darauf wirkt nicht nur die Kürze der Wahlperioden hin — wenngleich Wiederwahl derselben Abgeordneten auch hier recht häufig ist —, sondern vor allem der Umstand, daß es zwar nicht gesetzlich bestimmt, wohl aber unverbrüchliches Herkommen ist, daß zum Abgeordneten eines Bezirks nur gewählt wird, wer in diesem ansässig ist. Wer daher nicht zufällig an seinem Wohnsitz die Majorität für sich hat, kann nicht ins Haus gelangen, und so ist es, von einzelnen Ausnahmen, wie seinerzeit John Quincy Adams (S. 55) abgesehn, für bedeutende Persönlichkeiten schwer möglich, gewählt zu werden. Der Wahlkampf der Parteien konzentriert sich daher nicht um hervorragende und im ganzen Lande bekannte Namen, sondern um örtliche Größen, wie sie sich gerade bieten. Außerordentlich zahlreich sind natürlich, wie überall in der Welt und wie auch in den Einzelstaaten, die Advokaten, die aus der Politik ein Gewerbe machen; daneben stehn Anfänger in der politischen Karriere und Leute, die gern auch einmal die Emolumente der Abgeordneten beziehn und sich in dieser Stellung sonnen wollen.

Auch im übrigen sind beide Häuser des Kongresses in der Art der Geschäftsbehandlung von den europäischen Parlamenten und dann wieder untereinander durchaus verschieden. Große

Reden, wie sie bei uns den Hauptinhalt der Verhandlungen bilden und unendlich viel Zeit sinnlos vergeuden, sind immer seltener geworden, je mehr sowohl die Mitgliederzahl wie die Geschäftslast gewachsen ist. Im Hause ist die Redezeit auf eine Stunde beschränkt, wenn nicht durch besondern Beschluß eine weitere Ausdehnung bewilligt wird. Aber zu solchen Reden kommt es kaum je; die Regel ist vielmehr, daß für den auf die Tagesordnung gesetzten Gegenstand, fast durchweg einen aus den Beratungen der Kommissionen hervorgegangenen Antrag, eine bestimmte Zeit im Voraus festgesetzt ist, und daß diese dann unter die Führer der beiden Parteien in der Kommission gleichmäßig verteilt wird. Diese Parteiführer verteilen dann die ihnen zur Verfügung stehende Zeit — je nach Umständen etwa $^3/_4$ oder auch $1^1/_2$ oder 2 Stunden — nach Gutdünken auf die Mitglieder ihrer Partei, die sie zu Worte kommen lassen wollen, und geben dem einen etwa acht oder fünf, dem andern drei oder zwei, gelegentlich sogar nur eine halbe Minute[1]). Dabei ist es dann noch durchaus Herkommen, daß der Redner eine Zwischenbemerkung gestatten muß, die ihm aber auf seine eigene Zeit angerechnet wird. Der Vorsitzende hat dafür zu sorgen, daß diese Zeit peinlich auf die Sekunde innegehalten wird, und so ist der Hammer, mit dem er die Diskussion leitet, in fortwährender Bewegung und fährt nieder mit den Worten: „Ihre Zeit ist um". Ein weiteres Mittel zur Verkürzung der Debatten ist die „Vorfrage" (previous question): „Soll jetzt die Hauptfrage gestellt werden?", über die sofort abgestimmt werden muß und die, wenn sie angenommen ist, die Diskussion schließt und die entscheidende Abstimmung herbeiführt. Umgekehrt können durch die Anträge auf Vertagung oder auf eine Aussetzung der Sitzungen auf einen oder mehrere Tage die Verhandlungen in die Länge gezogen und unter Umständen, namentlich wenn die Sitzungsperiode zu Ende geht, mißliebige Maßregeln durch die Minorität verhindert werden: dies Verfahren nennt man filibustering, d. i. etwa Piraterie.

Im Senat dagegen besteht nur eine ganz lockere Geschäftsordnung. Die Diskussionen verlaufen in den höflichen Formen der gebildeten Gesellschaft etwa wie in einem Klub; die Unterbrechung durch kürzere oder längere Zwischenbemerkungen ist auch hier ganz gewöhnlich, so daß zu größeren Reden auch hier kein Raum ist, sondern die Verhandlungen in der Form einer Debatte zwischen guten Bekannten verlaufen. Schlußanträge und die previous question kannte man hier nicht, sondern war stolz darauf, sie

[1]) Dabei läßt man, auf Grund einer Verabredung zwischen den Führern, die Redner der Parteien immer abwechselnd zu Worte kommen.

nicht nötig zu haben; erst im März 1917, als der Versuch gemacht wurde, die Kriegserklärung an Deutschland im Senat zu hintertreiben, hat Wilson durch seine Anhänger durchgesetzt, daß der Senat die Debatte mit Zweidrittelmajorität schließen kann.

Im Senat ist der Vizepräsident der Union von Amtswegen der Vorsitzende, aber kein wirkliches Mitglied, und daher von geringer Macht; ein Stimmrecht hat er nicht, außer bei Stimmengleichheit, wo er die Entscheidung gibt. Neben ihm wählt der Senat für den Fall, daß er behindert ist, einen „president pro tempore". Im Hause dagegen hat der Vorsitzende, der Speaker, eine Macht, die weit über die eines europäischen Parlamentspräsidenten, ja sogar noch über die seines englischen Namensvetters hinausgeht. Von ihm allein hängt es ab, wen er, wenn mehrere sich melden, zum Wort lassen, wessen Meldung er beharrlich übersehn will; er allein besetzt all die zahlreichen Kommissionen, in denen der Schwerpunkt der Geschäfte liegt. Dazu bleibt er, anders als der englische, auch während seiner Amtsführung nicht nur Mitglied seiner Partei, sondern ihr offizieller Führer, der ihre Zwecke wahrzunehmen und ihre Majorität zu sichern hat; für die Geschäftsführung wird nur verlangt, daß er die Minorität nicht unbillig unterdrückt, sondern ihre Rechte achtet. Wohl aber kann er durch tyrannischen Mißbrauch seiner Gewalt es dazu bringen, daß ihm ein Teil seiner eigenen Partei die Gefolgschaft aufsagt, wie das bei der Erhebung der „Insurgenten" gegen den langjährigen republikanischen Sprecher Cannon i. J. 1910 (S. 116) der Fall war. Dieser Zustand ist dadurch möglich, daß die Parteigegensätze in den gewöhnlichen Geschäften lange nicht die Rolle spielen, wie in England, und überhaupt im Parlament trotz alles Zusammenhaltens nicht fest organisiert sind — die Opposition hat überhaupt keinen ständigen Führer —, weil es eine Regierung, mit der man zu verhandeln hätte und die die Majorität gegen die Opposition stützen müßte, überhaupt nicht gibt.

Die Hauptarbeit des Kongresses wird denn auch nicht in den öffentlichen Sitzungen geleistet, sondern in den zahlreichen ständigen Kommissionen meist von 11 oder 13 Mitgliedern, die gleich zu Anfang der Session gebildet werden, gegenwärtig in jedem der beiden Häuser etwa 60, für Geldbewilligungen, Handel, Bank, Eisenbahnen, öffentliche Bauten, die einzelnen Zweige der Zivil- und Militärverwaltung, auswärtige Angelegenheiten usw. Ihnen werden alle eingebrachten Anträge zugewiesen, in ihnen finden die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung und den Ministern statt, hier macht sich der Einfluß der maßgebenden Persönlichkeiten geltend und spielt sich das Ringen der Parteien ab; hier erhalten die Bills, die man wirklich erledigen will, ihre maßgebende Gestalt. Hier

machen sich denn auch die geheimen Einflüsse, die gegenseitigen Gehässigkeiten und der Kuhhandel geltend, der so vielfach in arge Korruption entartet; und der Vorsitzende einer Kommission, der ein Gebiet von allgemeiner Bedeutung zugewiesen ist, hat natürlich einen gewaltigen Einfluß. Da jedes Mitglied des Kongresses das Recht hat und in weitestem Umfang benutzt, beliebig viel Gesetzesanträge einzubringen, beläuft sich die Anzahl der Bills, die niemals zur Verhandlung kommen, sondern in den Kommissionen begraben werden, in jeder Session auf viele Tausende — in der Session 1909/10 wird ihre Zahl im Hause auf 27000, im Senat auf 9000 angegeben —; welche von den wirklich zur Annahme vorbereiteten Entwürfen und in welche Form sie innerhalb der kurzen dafür zur Verfügung stehenden Zeit — meist für jede Kommission im Lauf der gesamten Session nur etwa zwei Stunden — zur Verhandlung kommen sollen, bestimmt dann die Geschäftsordnungs-Kommission. Über diese Verhandlung in der öffentlichen Sitzung ist dann im wesentlichen nur Formsache, die Entscheidung ist bereits vorher gefallen. So erklärt sich, daß die Verhandlungen des Kongresses beim Volk ein viel geringeres Interesse erregen, als bei uns; es kommt hinzu, daß zahlreiche Gegenstände in der Tat nur untergeordnete Bedeutung haben und daß, bei der gewaltigen Ausdehnung des Landes, die lokalen Interessen und Vorgänge die Aufmerksamkeit weit mehr in Anspruch nehmen. Daher bringen denn auch die Zeitungen, wenn es sich nicht um große Entscheidungen handelt, wie bei den Verhandlungen mit Deutschland, oder eine sensationelle Szene sich abgespielt hat, über die Verhandlungen im Kongresse meist nur sehr dürftige Berichte.

Innerhalb seines Machtbereichs ist der Kongreß völlig souverän, und er kann jeden Gegenstand, auch reine Verwaltungssachen, in den Bereich seiner Gesetzgebung ziehn und bindende Vorschriften dafür erlassen. Ein großer Teil der Aufgaben, die in anderen Staaten von den Ministerien erfüllt werden, liegt in der Union tatsächlich in den Händen der Kommissionen des Kongresses; dadurch ist der öffentliche Dienst in eine Unzahl kleiner, ohne innere Verbindung nebeneinander stehender Teile gespalten. Die Folge ist, daß die Maschinerie nur sehr mangelhaft funktioniert, daß die Gesetze meist sehr schlecht abgefaßt und oft inhaltlich höchst problematisch sind, während gute Gesetze vielfach nur schwer durchzubringen sind und dringende Angelegenheiten jahrelang nicht erledigt werden, und weiter, daß außerordentlich viel Geld nutzlos verschleudert wird. Eine wirkliche Verantwortung existiert überhaupt nicht, da kein Träger derselben vorhanden ist, vielmehr die eigentliche Entscheidung in den Kommissionen liegt, die in geschlossenem Kreise arbeiten und in ihre Verhandlungen keinen Einblick

gewähren, sondern nur ihre Ergebnisse in dem Bericht an das Haus kurz mitteilen. Eine Kontrolle des Kongresses sei es durch die öffentliche Meinung sei es auf anderem Wege fehlt so gut wie ganz, soweit sie nicht durch das Vetorecht des Präsidenten geübt wird. Aufgelöst werden kann der Kongreß nicht; wohl aber hat der Präsident ein Vetorecht, auf das wir alsbald zurückkommen.

In ganz eigenartiger Weise beschränkt ist dagegen die Wirksamkeit des Kongresses durch eine Einrichtung, die sich bei der Ausdehnung des Landes aus den schwierigen Verkehrsverhältnissen zur Zeit der Einführung der Verfassung ohne weiteres erklärt, aber gegenwärtig in der Zeit der Eisenbahnen und Telegraphen eine ganz wunderliche Absurdität geworden ist. Die Neuwahlen finden jedes zweite Jahr (immer in den Jahren mit gerader Jahrzahl) im November statt; die Amtsperiode des alten Kongresses aber geht erst im folgenden Jahr am Mittag des 4. März zu Ende, so daß dieser nach der Neuwahl, die vielleicht eine ganz andere Majorität geschaffen hat, noch über drei Monate tagt. Weiter aber bestimmt die Verfassung, daß der Kongreß alljährlich am ersten Montag des Dezember zusammentreten soll. Daher tagt im Sommer der Jahre mit gerader Jahreszahl normaler Weise überhaupt kein Kongreß, sondern der neuerwählte tritt erst dreizehn Monate nach der Wahl im folgenden Dezember zusammen. Diese Session mag er dann bis tief in den Sommer hinein ausdehnen; seine zweite Session reicht dann von Anfang Dezember bis zum 4. März. Allerdings kann der Präsident den Kongreß auch zu einer außerordentlichen Session berufen; doch tut man das ungern, weil es, auf Grund mehrfacher Erfahrungen, als ein böses Omen gilt, und vor allem, weil der Präsident seine Bewegungsfreiheit ungern dadurch beschränkt. Dagegen beruft er nicht selten den Senat allein zur Bestätigung seiner Ernennungen oder von Verträgen.

Der Präsident und die Verwaltung.

So groß die Macht des Kongresses ist, so stark und so selbständig steht ihm die Exekutive in der Person des Präsidenten gegenüber. Auch er geht aus der alle vier Jahre (immer in den durch vier teilbaren Jahren, im November, gleichzeitig mit den Kongreßwahlen) stattfindenden Wahl des Gesamtvolks hervor, wenn auch durch indirekte Wahl. Jeder Staat bestellt so viel Wahlmänner, wie er Vertreter in beiden Häusern des Kongresses hat; diese treten in ihrem Staat zusammen, und schicken ihre

Stimmzettel an den Präsidenten des Senats ein, worauf sie dann in Gegenwart beider Häuser geöffnet und gezählt werden. Für die Wahl ist absolute Majorität erforderlich. Ist die nicht vorhanden, so wählt das Repräsentantenhaus aus den dreien, die die meisten Stimmen haben, den Präsidenten, wobei die Vertreter jedes Staats insgesamt nur eine Stimme haben; in analoger Weise steht die Wahl des Vizepräsidenten alsdann dem Senat zu [1]. Dieser Fall ist bei der Wahl von John Quincy Adams zum Präsidenten 1825, und 1837 bei der Wahl eines Vizepräsidenten eingetreten.

Die Absicht der Verfassung war, dafür zu sorgen, daß der tüchtigste Mann, den die Nation besitzt, Präsident werde. Ein Urteil darüber traute man den Massen nicht zu, und deshalb ist die indirekte Wahl eingeführt: die Bevölkerung jedes Staates soll die Männer wählen, welche ihr Vertrauen besitzen, und diese dann den geeigneten auswählen. Aber bekanntlich ist dieser theoretisch sehr sorgfältig erwogene Gedanke von der Praxis in Amerika eben so vollständig beseitigt, wie bei den preußischen Landtagswahlen: die Wahlmänner sind lediglich Strohmänner, in Wirklichkeit geben die Urwähler unter ihrem Namen ihre Stimme sogleich für die Präsidentschaftskandidaten ab. Der Wahlmodus war ursprünglich in den einzelnen Staaten verschieden; seit 1832 ist überall eingeführt, daß jeder Staat in einer Gesamtliste sämtliche ihm zustehenden Wahlmänner wählt. Die Folge ist, daß die Minorität innerhalb eines Staats nicht zur Geltung kommt, auch wenn sie noch so beträchtlich sein mag, und daß es daher wiederholt vorgekommen ist, daß der erwählte Präsident beträchtlich weniger Stimmen der Gesamtbevölkerung erhalten hat, als sein Gegner.

Der Wahlmodus hat aber noch viel verhängnisvollere Konsequenzen im Gefolge gehabt. Die Forderung einer absoluten Majorität macht es zur Notwendigkeit, nur zwei Kandidaten und daher auch nur zwei Parteien zu haben, die um den Zutritt zur Macht und die durch sie gewährten materiellen Vorteile miteinander ringen; und dieser Kampf um die „Beute" ist ja seit Jackson 1829 die Signatur des politischen Lebens und die maßgebende Triebfeder für die Massen der Wähler geworden. Alle Versuche, eine dritte Partei zu schaffen, sind immer völlig erfolglos geblieben, auch im Repräsentantenhaus haben die Sozialisten es höchstens auf einige Sitze gebracht. Die Entscheidung dagegen

[1]) Ursprünglich nannte jeder Wahlmann zwei Namen, und der, welcher die meisten Stimmen erhalten hatte, wurde Präsident, der nächste Vizepräsident. Das ist 1804 durch das zwölfte Amendement geändert, durch das die Stimmen für Präsident und Vizepräsident gesondert abgegeben werden.

liegt, wie bei den Parlamentswahlen in England, in denen in Wirklichkeit das Volk bestimmt, welcher der beiden führenden Staatsmänner während der nächsten fünf Jahre die Regierung übernehmen soll, nicht bei den eingeschworenen Anhängern der Parteien, sondern bei denen, die keiner bestimmten Partei angehören, sondern sich von ihren Erwägungen und zum Teil wirklich von den Interessen des Landes leiten lassen und daher von den beiden Übeln das kleinere wählen. In England führt das zu einem fast regelmäßigen Wechsel der Parteien; in Amerika ist das, weil die unmittelbaren materiellen Vorteile und Interessen so viel größer sind, weit seltener der Fall, es bedarf schon einer argen Mißwirtschaft und einer inneren Zersetzung der herrschenden Partei, wenn ein Wechsel erreicht werden soll, wie das 1884 und 1912 der Fall war. Der Wahlkampf konzentriert sich ganz auf diejenigen Staaten, in denen die Parteien sich annähernd die Wage halten, während man diejenigen, in denen die Majorität von Anfang an zweifellos und unerschütterlich ist (wie die der Demokraten im ganzen Süden), als hoffnungslos preisgibt und keine Kraft weiter an sie vergeudet. Das übt dann auch auf die Aufstellung der Kandidaten einen starken Einfluß aus; und überhaupt stellen die Parteien nicht, wie die Verfassung es beabsichtigt, die Frage, wer der tüchtigste, sondern wer der zugkräftigste ist. Daher ist es seit 1829 so gut wie ausgeschlossen, daß eine wirklich hervorragende, als solche im ganzen Lande anerkannte Persönlichkeit Präsident wird. Vielmehr ist ein Mann dieser Stellung eben dadurch schon viel zu sehr kompromittiert — auch Lincoln galt nicht als solcher, und Roosevelt ist nur durch einen Zufall Präsident geworden, während man ihn hatte kalt stellen wollen. Viel größer sind die Aussichten eines „dunklen Pferdes" (dark horse), wie man sehr bezeichnend mit einem vom Wettrennen entnommenen Ausdruck sagt, einer verhältnismäßig unbekannten, farblosen Persönlichkeit, von der man dann alles mögliche Gute verheißen kann. Durch die mit allem Raffinement inszenierte Agitation, durch drastische Anekdoten, die man von ihm in Bild und Schrift in Umlauf setzt und oft genug in phantastischen Aufzügen der Menge vorführt, durch maßlose Angriffe auf die Gegner, bei denen es an den ärgsten Verleumdungen nicht fehlt, wird dann künstlich ein Enthusiasmus erzeugt, der in den letzten Wochen vor der Wahl das ganze Land in einen wilden Taumel stürzt, der aber doch nicht mehr ist als eine wilde Schaumschlägerei, der jeder feste Kern fehlt.

Die Verehrer der Demokratie behaupten, daß sie starke, führende Persönlichkeiten nicht nur braucht, sondern ihnen auch den Weg frei macht und die volle Entfaltung ihrer Kräfte im Dienste des Gemeinwohls ermöglicht. In Wirklichkeit ist, wie die

Geschichte aller Demokratien alter und neuer Zeit und so auch die Amerikas lehrt, genau das Gegenteil der Fall. Die Demokratie hat eine ganz ausgesprochene Abneigung gegen bedeutende Persönlichkeiten, die ihr eben darum verdächtig sind, weil sie sich über den Durchschnitt erheben, und denen sie daher auf alle Weise Hindernisse in den Weg wirft, über die sie schließlich fast immer zu Fall kommen. Sie ist das Regiment der Mittelmäßigkeiten. In Amerika hat das dazu geführt, daß in der Blütezeit der Demokratie, nach Jackson, von 1837 bis 1885, mit Ausnahme Lincolns nicht nur lediglich Durchschnittsmenschen, sondern sogar zum Teil ganz untergeordnete Persönlichkeiten auf den Präsidentenstuhl erhoben worden sind. Daher treten denn auch das Gesamtwohl und der nationale Gesichtspunkt ganz hinter den Parteiinteressen und den kleinlichsten und schmutzigsten Einflüssen zurück. Auch wenn der Präsident persönlich intakt und von guten Absichten beseelt war, fehlte ihm die Kraft, wirklich positiv etwas zu leisten; und die Demokratie verzeiht bekanntlich die Korruption und die hinter schönklingenden Phrasen notdürftig verhüllte Selbstsucht viel eher, als eine wirkliche geistige Überlegenheit und eine integre Haltung, da sie jene als selbstverständlich betrachtet und auch die Gegner der augenblicklichen Machthaber lediglich den Wunsch haben, selbst daran zu kommen und es ebenso zu machen. Wenn es in den letzten Jahrzehnten besser geworden ist, und wenn mit Cleveland, Roosevelt, Wilson trotz gar mancher Gebrechen wirklich bedeutende Männer Präsidenten geworden sind — Harrison, McKinley und auch Taft waren dagegen Durchschnittsware —, so hängt das eng zusammen mit der beginnenden Umwandlung, die wir kennen gelernt haben, und der im Grunde antidemokratischen Strömung, die allmählich zu größerem Einfluß gelangt ist.

Es hängt daher lediglich von der Persönlichkeit des Präsidenten ab, wie weit er von der Macht, die ihm zusteht, Gebrauch machen will und kann. Verfassungsmäßig ist diese Macht ganz gewaltig, weit größer als etwa die, welche dem König von Preußen und deutschen Kaiser unter der Verfassung zustand; sie läßt sich am ersten etwa mit der des Papstes vergleichen. Neben diesem ist der Präsident der Vereinigten Staaten einer der mächtigsten Männer auf Erden. Er vereinigt in sich im wesentlichen den Hauptteil der Macht des englischen Premierministers mit der ererbten Autorität des legitimen Königtums, und wenn ihm auch der Kongreß unabhängig gegenübersteht und er, anders als der englische Premierminister, auf diesen nur Einfluß ausüben, aber ihn nicht kommandieren kann, so steht ihm dafür durch die weitgehende Patronage, die Besetzung von zahllosen einträglichen Ämtern, die in seiner Hand liegt, und durch die alleinige Leitung

der auswärtigen Angelegenheiten eine Macht zu, die weit über diesen hinausgeht. Wenn Wilson in seinem 1886 erschienenen Buch Congressional Government die Ansicht ausspricht, daß die Macht des Präsidenten ständig zurückgehe, weil die Macht des Kongresses immermehr anwachse, weil dieser immer mehr Gebiete in seinen Machtbereich hineinziehe und die offiziell im Dienst des Präsidenten stehenden Staatssekretäre durch seine Kommissionen tatsächlich ganz von sich abhängig mache, konnte das für die siebziger und achtziger Jahre als zutreffend erscheinen; aber er selbst hat als Präsident erwiesen, daß das Gegenteil der Fall ist: er hat den widerstrebenden Kongreß unter seinen Willen gezwungen und im Kriege eine allen Widerstand niederwerfende Machtstellung eingenommen, wie sie vor ihm nur Lincoln ausgeübt hat.

Dem Präsidenten ist die ganze Verwaltung, soweit sie dem Bunde angehört, unterstellt, daher vor allem Heer und Marine, die Bundesfinanzen, das Staatsland und sonstiges Eigentum, der Handel, die Post, die Bundesjustiz. Er ernennt alle Beamten und kann sie entlassen, soweit sie nicht durch die Verfassung, wie die Richter, oder durch die Reform des Zivildienstes (S. 98ff.) lebenslänglich („during good behaviour") angestellt sind; daß sie die Bestätigung durch den Senat bedürfen, ist schon erwähnt. Er ist der Höchstkommandierende der Armee und der Flotte, ernennt alle Offiziere, daher im Kriegsfall auch die Oberfeldherrn, die er jederzeit entfernen und durch andere ersetzen kann, so daß er, wie es Lincoln getan hat, auch auf den Gang der Operationen einen entscheidenden Einfluß ausüben kann. Die Zahl der Truppen dagegen wird durch ein Gesetz des Kongresses bestimmt, und das dafür erforderliche Geld darf höchstens auf zwei Jahre bewilligt werden. Der Präsident allein führt alle Verhandlungen mit dem Ausland, ernennt die Vertreter der Union, Gesandte und Konsuln, und empfängt die fremden Gesandten. Nur das Recht, den Krieg zu erklären, ist dem Kongreß zugewiesen, und Verträge mit auswärtigen Mächten bedürfen der Bestätigung durch eine Zweidrittelmajorität des Senats. Er ist durch seinen Amtseid verpflichtet, nach besten Kräften die Verfassung der Vereinigten Staaten zu erhalten, zu beschützen und zu verteidigen — eine Verpflichtung, durch die Lincoln seine Maßregeln im Bürgerkriege einschließlich der Sklavenemanzipation und die Hinwegsetzung über alle herkömmlichen Schranken als durch den Notstand geboten rechtfertigte.

Weiter ist er verpflichtet „Sorge zu tragen, daß die Gesetze getreulich ausgeführt werden"; darauf begründet sich das Recht, bei Aufruhr und schweren Verkehrsstörungen, wie sie namentlich durch große Streiks herbeigeführt werden, die Bundestruppen zur

Herstellung der Ordnung zu verwenden. Die Einberufung der Miliz dagegen „um die Gesetze der Union auszuführen, Aufstände zu unterdrücken und Invasionen abzuwehren", steht dem Kongreß — und innerhalb der einzelnen Staaten dem Gouverneur — zu, wird aber gleichfalls durch den Präsidenten als ihren obersten Befehlshaber ausgeübt. So besitzt der Präsident alle Machtbefugnisse einer kräftigen Monarchie. Auch das Begnadigungsrecht steht ihm zu, außer im Falle einer Verurteilung wegen Staatsverbrechen (impeachment).

Aber auf der anderen Seite fehlen die Schranken, welche in den konstitutionellen Monarchien Europas dem Herrscher dadurch gesetzt sind, daß er wohl moralisch, als König von Gottes Gnaden, aber nicht staatsrechtlich der Träger der Verantwortung ist, sondern diese von seinen Ministern getragen wird, und daß diese wieder zwar nicht rechtlich, wohl aber tatsächlich durch ihre Abhängigkeit vom Parlament von derselben entlastet sind — in Wirklichkeit besteht in den europäischen Staaten, wenn nicht, wie jetzt in England, der Premierminister tatsächlich der unumschränkte Regent des Staats ist, eine Verantwortung überhaupt nicht, da eine Körperschaft, in der die Majorität entscheidet, ihrer Natur nach dafür ungeeignet ist und überdies das Gefühl dafür durch das Parteigetriebe erstickt wird. In den Vereinigten Staaten dagegen ist der Präsident, und er allein, der Träger der Verantwortung, rechtlich wie moralisch. Ein parlamentarisches Regiment existiert nicht, und daher auch kein verantwortliches Ministerium: die Minister (heads of departments), deren Zahl im Jahre 1913 auf zehn angewachsen ist, werden von ihm ernannt, unter lediglich formeller Bestätigung durch den Senat, und sind ausschließlich von ihm abhängig, seine Gehilfen und Werkzeuge. In der Führung der Geschäfte muß er ihnen natürlich in weitem Umfang freie Hand lassen, und in den Kabinettssitzungen bespricht er mit ihnen die allgemeinen Fragen und holt ihren Rat ein. Aber gebunden ist er daran in keiner Weise, vielmehr liegt die Entscheidung allein in seiner Hand; die Minister haben seinen Weisungen zu folgen, wenn sie das nicht wollen, so gehn sie und er ernennt andere. Daher tragen sie, von den Einzelmaßregeln ihrer Verwaltung, die ihnen überlassen sind, abgesehn, auch weder rechtlich noch politisch eine Verantwortung, und der Kongreß hat mit ihnen nichts zu tun. Regierungsvorlagen an denselben gibt es nicht, in seine Verhandlungen können die Minister offiziell überhaupt nicht eingreifen, die beiden Funktionen des Staatslebens gehn völlig unabhängig nebeneinander her.

Allerdings ist eine Verbindung zwischen ihnen unvermeidlich, wenn der Staat überhaupt existieren soll; und hier greift das System gegenseitiger mißtrauischer Kontrolle ein, das in der Verfassung so stark ausgebildet ist. Die Regierung kann keine Anträge stellen; aber der Präsident „soll von Zeit zu Zeit dem Kongreß Auskunft über die Lage der Union geben und seiner Erwägung solche Maßregeln empfehlen, wie er für notwendig und förderlich hält", und von diesem Recht macht er durch seine Botschaften eifrig Gebrauch. Seit Jefferson, der ein schlechter Redner war, wurden sie schriftlich übersandt; Wilson ist wieder zu dem alten Brauch zurückgekehrt, sie mündlich, sei es dem Senat allein, sei es beiden Häusern zusammen vorzutragen. Wieweit dann der Kongreß diesen Anregungen Folge leisten will und ein Gesetz aus ihnen hervorgeht, hängt von den Umständen ab; der Präsident kann wohl durch erneute Mahnungen sowie durch seine persönlichen Beziehungen darauf einwirken, aber rechtlich hat er dafür kein Mittel.

Ebensowenig können die Minister die Verbindung mit dem Kongreß entbehren. Die Kommissionen laden sie zur Auskunftserteilung vor, wie zahlreiche andere Persönlichkeiten auch, und umgekehrt suchen sie natürlich auf die Kongreßmitglieder, ihre Parteigenossen, und vor allem auf die mächtigen Vorsitzenden dieser Kommissionen einzuwirken. Der Kongreß aber besitzt ein gewaltiges Machtmittel, durch das er sie und auch den Präsidenten selbst seinem Willen gefügig machen kann, dadurch daß er nicht nur seine Gesetzgebung beliebig weit ausdehnen und damit auch in die Administration eingreifen kann, sondern vor allem, daß die Geldbewilligung allein ihm, und zwar, wie wir gesehn haben, im wesentlichen nur dem Repräsentantenhause zusteht.

Andrerseits muß jedes von beiden Häusern angenommene Gesetz dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt werden. Wenn er einverstanden ist, unterzeichnet er. Hat er Bedenken dagegen und will die Verantwortung nicht übernehmen, aber doch keinen Einspruch erheben, so läßt er es liegen, und dann wird es, wenn der Kongreß noch in Session ist, nach Ablauf von zehn Tagen auch ohne seine Unterschrift Gesetz. Will er aber Einspruch erheben, so sendet er es mit seinen Einwendungen innerhalb dieser zehn Tage zurück, und dann wird die Verhandlung wieder aufgenommen; Gesetz aber wird es nur, wenn es in beiden Häusern mit Zweidrittelmajorität angenommen wird. Von dieser Vetogewalt macht der Präsident sehr eifrig Gebrauch, in schroffem Gegensatz gegen die englische und kontinentale Praxis. Sehr häufig aber ergreift er auch den Ausweg, daß er ein Gesetz, das ihm erst innerhalb der letzten zehn Tage der Sitzungsperiode vor-

gelegt wird, einfach liegen läßt; ist dann die Sitzung zu Ende und der Kongreß nicht mehr beisammen, so fällt es damit von selbst unter den Tisch, da eine nachträgliche Unterzeichnung unzulässig ist (sog. pocket veto). Die Zahl der Vetos ist seit der Mitte des Jahrhunderts ständig gewachsen und beträgt über 500 — davon fallen 301 allein auf Präsident Cleveland, meist gegen verschwenderische und parteiische Spezialgesetze, welche angeblichen oder wirklichen Teilnehmern am Bürgerkrieg eine Pension gewähren sollten. Daß ein Gesetz über das Veto des Präsidenten angenommen wird, ist außer im Kampf gegen Johnson nur sehr selten der Fall gewesen[1]), da sich die dafür erforderliche Zweidrittelmajorität beider Häuser nur selten findet. Das Ansehn des Präsidenten im Volk aber wächst, wenn er von seinen Rechten energisch Gebrauch macht, zumal man gegen den Kongreß und dessen Treiben ein meist nur allzuberechtigtes Mißtrauen empfindet. In Amerika wird eben in ganz anderer Weise als in Europa Ernst gemacht mit dem Grundsatz der Teilung und der Selbständigkeit der Gewalten. Wohl aber wird der Präsident durch dies Vetorecht zwar nicht formell, wohl aber tatsächlich ein dem Kongreß gleichstehender Faktor der Gesetzgebung, wie die Krone in den Monarchien Europas.

Allerdings können auf diese Weise Kongreß und Präsident sich gegenseitig brachlegen; jener verweigert die Gelder und die notwendigen Gesetze, dieser legt sein Veto ein und führt die Geschäfte nach seinen Grundsätzen gegen den Willen der Majorität des Kongresses, ist aber dabei überall in positiver Tätigkeit gehemmt. Alsdann entsteht ein Zustand, der an die römischen Zustände erinnert, wenn ein Tribun sein Veto gegen alle Maßregeln der Regierung einlegte und die Staatsverwaltung zum Stillstand brachte. Solche Fälle können eintreten, wenn, wie unter Cleveland und wie seit den letzten Wahlen unter Wilson, die Majorität in einem oder gar in beiden Häusern der Gegenpartei des Präsidenten angehört und ihn lahmzulegen sucht. Aber über die Negation wird sie auch alsdann selten hinauskommen, es sei denn, daß sie, wie im Kampf gegen Johnson, in beiden Häusern die Zweidrittelmajorität besitzt und daher Verfügungen in Form von Kampfgesetzen treffen kann, die den Präsidenten aller Macht entkleiden.

Die Rechte des Senats gegenüber dem Präsidenten geben zu ernstlichen Konflikten nur selten Anlaß. Über die Beamten-

[1]) Bis zum Ende der Präsidentschaft Clevelands nach Bryces Angaben unter 433 Fällen nur 29 mal, davon 15 mal unter Johnson, dagegen gegen Cleveland nur 2 mal.

ernennung arrangiert man sich freundschaftlich. Bei Verträgen mit dem Ausland kommt es öfter vor, daß sich dafür die Zweidrittelmajorität nicht findet und dadurch Schwierigkeiten und Reibungen entstehn. Aber da die gesamten Verhandlungen ausschließlich in den Händen des Präsidenten liegen und der Kongreß kein Recht hat, sich darin einzumischen, da überdies, wenn nicht eine besondere Agitation für irgendeine Frage geschickt inszeniert ist, das Interesse des Publikums an diesen Dingen, wo es sich nicht um materielle und Handelsfragen handelt, sehr gering und seine Kenntnisse noch weit geringer sind — die auswärtige Politik wird durchaus vom Standpunkt des Parteienkampfes aus behandelt, als Schachzüge im Ringen um die Macht im Innern —, kann der Präsident auch hier in der Regel seine Absichten durchsetzen; und die Vorgänge während des Weltkriegs haben gezeigt, wie es ihm durch gewandte Manöver möglich ist, auch einen widerwilligen Kongreß unter seinen Willen zu zwingen und, indem er ihn vor vollendete Tatsachen stellt, auch die Kriegserklärung unabweisbar zu machen. Ähnlich ist es früher, nach manchen Schwankungen, auch beim zweiten Krieg gegen England, beim mexikanischen und beim spanischen Krieg und im Grunde auch bei dem Bürgerkrieg gegangen.

Die Schattenseite der bestehenden Zustände ist, daß der Präsident nicht der Erwählte des Gesamtvolks sondern nur der der einen Hälfte ist und sich auch in seinem Amte als solcher, als Vertreter und Haupt seiner Partei fühlt, und daß diese mit den stärksten Ansprüchen an ihn herantritt. Die Absicht, die die Schöpfer der Verfassung mit der Gestaltung verbanden, die sie dem Präsidentenamt gaben, und die Washington noch voll erfüllt hat und die dann in der Zeit des guten Einvernehmens wieder erreicht schien, ist dadurch vollständig vereitelt. Ganz zu vermeiden wird der Übelstand nie sein, wo die Regierung direkt oder indirekt aus der Volkswahl hervorgeht; aber in so schamloser Weise, wie er sich in Amerika in der Jagd nach der „Beute" entwickelt hat, unter dem schönen demokratischen Grundsatz der „rotation in office", des „Wechsels im Amt", der jedem Begehrlichen den Zutritt zur Staatskrippe eröffnen soll, dürfte er in aller Geschichte kaum seinesgleichen finden. Es bedurfte schon eines eisernen Willens, wie ihn Präsident Cleveland besaß, um den maßlosen Forderungen der Parteigenossen, der „Politiker" und „Drahtzieher", auch nur in den ärgsten Fällen entgegentreten zu können. Die Reform des Zivildienstes, welche für eine stets wachsende Zahl von Stellen eine Prüfung des Anwärters verlangt und die Entlassung aus politischen Gründen, d. i. aus Parteirücksichten, wesentlich einschränkt, wenn auch nicht aufhebt, hat zwar eine

bedeutende Verbesserung geschaffen; aber die Zahl der Stellen, die der Präsident zu vergeben hat und die ihren Inhaber wechseln, wenn die Gegenpartei ans Ruder kommt, ist immer noch gewaltig. Unter anderen gehören ihr auch sämtliche Vertreter der Union im Auslande an, auch die Konsuln; und wenn, wie es bei Wilsons Wahl der Fall war, die siegreiche Partei lange Jahre nicht am Regiment gewesen ist, fällt es sehr schwer, dafür auch nur einigermaßen geeignete Persönlichkeiten aufzutreiben[1]). Wie es in diesen Dingen zugeht, dafür will ich als Beispiel anführen, daß einer meiner Freunde, der sich im Wahlkampf für die demokratische Partei eifrig betätigt hatte, übrigens eine sehr begabte und durchaus ehrliche und idealistisch gesinnte Persönlichkeit, an mich schrieb, ich möchte ihn durch einen Brief an Wilson für einen Gesandtenposten in Europa empfehlen, da er sich dazu qualifiziert fühle und ein Anrecht auf Berücksichtigung zu haben glaube; und ich zweifle nicht, daß, wenn ich das getan hätte, es Erfolg gehabt haben würde[2]).

Immer aber bleibt es, neben den allgemeinen Interessen des Landes, die er zu vertreten hat, die Hauptsorge des Präsidenten und seiner Organe und der Leitstern für seine Handlungen, wie er seine Partei am Regiment erhalten könne. Und damit verbindet sich während seines ersten Amtstermins noch gewichtiger die Frage: wie habe ich mich zu verhalten, damit ich wiedergewählt werde? Hat er dann seine Wiederwahl erreicht, so fällt diese Sorge weg; denn ein dritter Amtstermin ist durch das Vorbild Washingtons wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich ausgeschlossen, und das Scheitern der Versuche Grants und Roosevelts, eine dritte Wahl zu erreichen, hat diese Regel nur bekräftigt. Dadurch steht der Präsident in seinem zweiten Amtstermin viel freier da als vorher; und dazu kommt, daß die Majorität des Volks durch die Wiederwahl seine Politik gebilligt und damit seine Machtstellung ganz wesentlich gesteigert hat. Das ist ein Moment, dessen Bedeutung die deutsche Politik bei den Verhandlungen mit Wilson völlig außer acht gelassen hat, zu schwerer Schädigung unserer Interessen.

---

[1]) Es kommt hinzu, daß die höheren diplomatischen Posten unzureichend bezahlt sind, wie das ja bei uns auch der Fall war, so daß nur reiche Männer sie übernehmen können. Wilson erhielt daher bei dem Angebot von Gesandten- und Botschafterstellen an tüchtige, aber nur mäßig bemittelte Leute, z. B. an Professoren von Princeton, vielfach Absagen.

[2]) Ich habe natürlich seinen Wunsch nicht erfüllt, sondern ihm geschrieben, ich kenne Amerika genug um an seiner Bitte keinen Anstoß zu nehmen, nehme aber an, daß auch er die deutsche Auffassung genügend kenne, um zu begreifen, daß ich sie nicht erfüllen könne.

Um so schwächer ist die Stellung des Präsidenten in den letzten vier Monaten seiner Amtsführung, wenn sein Nachfolger bereits gewählt ist, zumal wenn dieser der Gegenpartei angehört. Er mag dann noch eine große Anzahl laufender Geschäfte erledigen, aber wichtige Maßnahmen und Entscheidungen wird er nicht mehr treffen, sondern notgedrungen dem Nachfolger überlassen. Es kann das in Zeiten ernsthafter Verwickelungen zu schweren Krisen führen, wie das in den letzten Monaten der Präsidentschaft Buchanans vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs der Fall war: dadurch, daß die Regierung vom November 1860 bis 4. März 1861 auf seiten der Südstaaten stand im Gegensatz zu dem neuerwählten Präsidenten, ist viel kostbare Zeit verloren gegangen und die Lage aufs ärgste verfahren worden. Auch in den Monaten vor der Wahl liegt Amerika so gut wie brach, alles Interesse ist auf diese konzentriert. Deutlich zeigt sich, daß die ganze Gestaltung des Staatswesens ausschließlich auf die innere Politik gestellt ist und die Interessen der äußeren Politik als gleichgültig betrachtet und ignoriert werden. Seit Amerika in die Weltpolitik eingetreten ist, beginnen denkende Männer diese Mißstände zu empfinden; und in der Tat wird hier eine Abhilfe gesucht werden müssen, wenn man verhängnisvolle Gefahren vermeiden will.

Die richterliche Gewalt und die Kontrolle der Gesetze.

Die dritte der Gewalten ist die richterliche; und auch diese ist in der Union möglichst unabhängig gestellt. Allerdings werden die Richter der Bundesgerichtshöfe (federal courts) vom Präsidenten unter Zustimmung des Senats ernannt, und zwar sowohl an Distrikts- und Appellationsgerichten wie an dem höchsten, mit neun Richtern besetzten Gerichtshof in Washington. Aber die Verfassung bestimmt, daß sie auf Lebenszeit (during good behaviour) angestellt werden; dadurch sind sie, wenn auch bei ihrer Ernennung Parteirücksichten mitspielen, doch einer direkten Beeinflussung entzogen und unabhängig gestellt: sie können unparteiisch urteilen und haben in der Tat in der Regel erfolgreich versucht, sich dem Parteieinfluß zu entziehn[1]). Auch im übrigen hebt das Amt ihre Stellung, und auch Männer, die vorher vielleicht nicht ganz

[1]) Eine Ausnahme bildet die Entscheidung über die Wahl von Hayes und Tilden 1877 (S. 97), an der fünf Mitglieder des höchsten Gerichtshofs beteiligt waren. Da stand das politische Interesse, die Machtfrage, so im Vordergrund, daß die Parteizugehörigkeit die Entscheidung bestimmte.

zweifelsfrei waren, haben sich gut bewährt, wenn sie in eines dieser Ämter gelangten. Denn damit haben sie ihr Ziel erreicht und für ihr Leben eine angesehene Stellung gewonnen, die sie nicht durch ungebührliches Verhalten verscherzen dürfen: sie sind durch das eigene Interesse gezwungen, anständig zu werden.

Die Gerichte sind nun nicht nur unabhängig von der Gesetzgebung und von der Verwaltung, sondern berufen, ständig eine Kontrolle über sie auszuüben und darüber zu wachen, daß die Verfassung richtig beobachtet wird. In den europäischen Staaten ist ein Gesetz, wenn es auf legalem Wege zustande gekommen ist, damit von selbst gültig, und wenn es mit früheren Gesetzen in Widerspruch steht, so sind diese dadurch aufgehoben: die Gesetzgebung ist souverän, und das neue Recht bricht das alte. In Amerika gilt der umgekehrte Grundsatz: die Gerichte haben zu entscheiden, ob ein neu erlassenes Gesetz verfassungsmäßig und daher gültig ist, fällt ihre Entscheidung dagegen aus, so ist es damit von selbst aufgehoben. Es ist derselbe Grundsatz, der die vollendetste Gestaltung beherrscht, welche die Demokratie bisher überhaupt in der Geschichte gefunden hat, die athenische Demokratie. Ihr Stolz war, daß in Athen nicht Willkür die Herrschaft führt, sondern die Gesetze, und daß sowohl die Beamten wie das souveräne Volk an diese gebunden sind; gegen jeden Beschluß der Volksversammlung konnte jeder Bürger Einspruch erheben, er sei ungesetzlich; damit war er suspendiert, und die Entscheidung stand den Geschworenengerichten zu, vor denen die Frage in einem regelrechten Prozeßverfahren verhandelt wurde.

Ähnlich, wenn auch nicht identisch, ist das Verfahren in Amerika. In die Ausübung der den anderen Gewalten durch die Verfassung übertragenen Befugnisse greifen die Gerichte nicht ein, weder gegen den Präsidenten noch gegen den Kongreß, und ebenso hat der höchste Gerichtshof es immer abgelehnt, prinzipielle Fragen theoretisch zu entscheiden oder im voraus eine Ansicht über zu ergreifende Maßregeln zu äußern, sondern sich auf die Urteilsfällung in den vor ihn gebrachten Prozessen beschränkt. Wohl aber steht es einem jeden Bürger frei, die Rechtsbeständigkeit eines Gesetzes anzufechten, wenn es ihn persönlich betrifft und in seine Tätigkeit eingreift, und die Entscheidung geht dann, wenn es lediglich einen Einzelstaat angeht, an die staatliche, wenn es innerhalb der Kompetenz der Union liegt, an die Bundesgerichte bis zur höchsten und entscheidenden Instanz. Zur Kompetenz der Bundesgerichte gehören aber nicht nur alle Fälle, bei denen die Unionsverfassung direkt oder indirekt in Frage kommt, und daher auch Maßregeln und Gesetze der Einzelstaaten, die dieser widersprechen, sondern ebenso Streitigkeiten zwischen den Einzelstaaten

oder Angehörigen verschiedener Staaten, Prozesse mit Ausländern. Fälle, bei denen Gesetze mehrerer Staaten in Betracht kommen — daher unterstehn ihnen z. B. auch die Eisenbahnen, ebenso das gesamte Seerecht. So erstreckt sich das Aufsichtsrecht des höchsten Gerichtshofs tatsächlich über sehr weite Gebiete. Dadurch ist er einer der wichtigsten Faktoren im Aufbau der Union geworden, dasjenige Element, welches stabile Verhältnisse aufrecht erhält, der Willkür der Gesetzgebung und Verwaltung feste Schranken setzt, und durch die sorgfältig erwogene Herausarbeitung und Auslegung (so vor allem durch John Marshall 1801—1835) der Grundsätze der Verfassung sowohl eine feste, allgemein anerkannte Tradition geschaffen, als auch eine stetig fortschreitende Weiterbildung und Anpassung derselben an neue Verhältnisse ermöglicht hat. Zahlreiche übereilte oder unbillige Gesetze werden auf diese Weise ununterbrochen aus der Welt geschafft: im ersten Jahrhundert seines Bestehns werden 203 Fälle gezählt, in denen der oberste Gerichtshof ein Gesetz für verfassungswidrig erklärt hat; aber „eine Zusammenstellung für das Jahr 1905 zählt 104 Fälle, im nächsten Jahr 98 Fälle, in denen Gesetze von Obergerichten beiseite gesetzt worden sind."

Neben den Bundesgerichten stehen überall, natürlich in weit größerer Zahl, die Gerichte der Einzelstaaten. Zwischen beiden besteht eine weitgehende Konkurrenz. Durchweg erfreuen sich die Bundesgerichte eines weit größeren Ansehns, weil sie durch die Lebenslänglichkeit selbständig und von der Volksgunst unabhängig sind und weil sie in der Regel überdies mit bewährten Anwälten besetzt werden. So sucht man in der Regel, wo es möglich ist, die Prozesse, bei denen wirklich eine sachliche Entscheidung von den Parteien erstrebt wird, vor die Bundesgerichte zu bringen, und das ist bei der Mannigfaltigkeit und Unbestimmtheit ihrer Kompetenz und bei dem Grundsatz, daß Bundesrecht dem Staatenrecht vorgeht, meist ziemlich leicht erreichbar, da es dafür z. B. schon genügt, daß die beiden Parteien ihren Wohnsitz in verschiedenen Staaten haben[1].

Die Einzelstaaten.

Die Verfassungen der Einzelstaaten sind in allem wesentlichen sowohl untereinander wie der der Union gleichartig, wie

[1]) In mancher Beziehung kann man die Konkurrenz der beiden Gerichte mit der zwischen den regulären Gerichten und dem Kaisergericht im römischen Kaiserreich vergleichen.

sie denn in ihrer ursprünglichen Gestalt entweder dieser als Vorbilder gedient haben oder in derselben Zeit entstanden sind. Auch hier finden wir, dem Präsidenten entsprechend, den vom Volk auf vier oder zwei Jahre (in Massachusetts und Rhode Island nur für ein Jahr) gewählten Gouverneur, der zugleich innerhalb des Staates das Oberhaupt der Militärgewalt ist und bei Revolten die Miliz aufbieten kann — auch das Begnadigungsrecht steht ihm zu —, und neben ihm die aus zwei Häusern bestehende Legislatur und die Gerichtshöfe, die über die Gültigkeit der Gesetze entscheiden. Beide Häuser werden vom Volk gewählt, aber der Senat immer in größeren Bezirken und meist auf längere Zeit und so, daß jedesmal nur die Hälfte ausscheidet. Das Unterhaus wird alle zwei Jahre, in New York, Massachusetts und zwei anderen Staaten jedes Jahr neu gewählt. Der Sitz der Regierung und das Kapitol liegt meist nicht in der größten Stadt, sondern in einem kleineren Landort, um die Einwirkung der unruhigen Massen der Großstadt abzuschneiden; diese Tendenz ist durch das abschreckende Vorbild verstärkt worden, welches die Rolle von Paris in der französischen Revolution bot. So ist in New York die Hauptstadt Albany, in Pensylvania Harrisburg, in Maryland Annapolis, in Illinois Springfield, in Wisconsin Madison, in Missouri Jefferson City, in Louisiana Baton Rouge, in Kalifornien Sacramento. Doch gilt das nicht ausnahmslos; in Massachusetts, Rhode Island, Virginia, Colorado, Utah z. B. sind Boston, Providence, Richmond, Denver, Salt Lake City zugleich der Sitz der Regierung und der Legislatur.

Aber während die Verfassung der Union, von den wenigen Zusätzen abgesehn, unverändert geblieben ist, ist die der Einzelstaaten meist wiederholt durch eine verbesserte ersetzt worden, und diese dort aufs äußerste erschwerte Prozedur kann in ihnen mit Leichtigkeit immer von neuem wiederholt werden. So haben hier in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die moderndemokratischen Tendenzen sich frei entfalten können. Nicht nur alle religiösen Einschränkungen und der meist ursprünglich geforderte Nachweis eines bestimmten Eigentums oder Grundbesitzes für Ausübung der politischen Rechte ist weggefallen, sondern auch die Macht des Gouverneurs und die des Senats ist eingeschränkt worden, die Ämter, auch die des Staatssekretärs und der übrigen dem Gouverneur beigeordneten höchsten Verwaltungsbeamten, werden fast alle durch Volkswahl und nur auf kurze Zeit besetzt, so auch die Richterstellen, und die ganze Verwaltung ist demokratisiert. Aber damit treten auch die Schattenseiten der Demokratie und die Korruption, die mit ihr unvermeidlich verbunden ist, immer fühlbarer hervor; und so hat sich im letzten Menschen-

alter eine Reaktion immer stärker geltend gemacht, die freilich nicht etwa die Volksrechte einschränken, wohl aber den wahren Willen des Volkes d. h. den der wirklichen, aus den verständigen Elementen bestehende Majorität, ungetrübt zur Geltung bringen, der Korruption die Wege, auf denen sie sich ausbreiten kann, nach Möglichkeit abschneiden, und zugleich den verantwortlichen Persönlichkeiten einen freieren Spielraum gewähren will. Das gilt sowohl vom Staat wie vom Stadtregiment, das in der Regel den ärgsten Herd der Korruption bildet. Wie weit diese Bestrebungen gelingen, hängt dann immer von den lokalen Bedingungen ab, und darin bestehn zwischen den Städten und Staaten die tiefgreifendsten Unterschiede, die sich natürlich auch auf dem Gebiet der Rechtspflege auf das empfindlichste geltend machen. So sind z. B. die Neuenglandstaaten und das Stadtregiment von Boston verhältnismäßig rein, ebenso das von Vermont, von Michigan, Minnesota u. a., während in New York und Illinois (Chicago) in Staat und Stadt die furchtbarste Korruption herrscht, ebenso in Philadelphia, in San Francisco, in Arkansas u. a.

Die Reaktion gegen die Gebrechen der Demokratie richtet sich vor allem gegen die Parlamente, bei denen alle illegitimen und korrupten Einflüsse um so mehr zusammenströmen, da den unverantwortlichen Gesetzgebern meist jede Kenntnis und oft genug auch jede über das elementarste hinausreichende Bildung abgeht. Dieselben Momente, welche die Zusammensetzung des Kongresses nachteilig beeinflussen, wirken bei den Legislaturen der Staaten noch weit stärker, ihr Niveau steht daher durchweg wesentlich tiefer. Auch dem Senat fehlt jedes Ansehn, da er aus denselben Kreisen hervorgeht wie das Unterhaus und daher eigentlich nur dieses verdoppelt und lediglich die Maschinerie schwerfällig macht — doch ist das als ein Grund willkommen, der die Leichtfertigkeit der Gesetzgebung wenigstens etwas erschwert. Wählen lassen sich, durchweg in den Bezirken, in denen sie ansässig sind, teils eine Anzahl braver aber beschränkter und unwissender Landleute, Krämer u. ä., teils junge Leute, die eine vorübergehende Tätigkeit in der Legislatur als eine Vorstufe zu einer höheren Laufbahn und zur Erringung von Staatsämtern oder zur Gewinnung von Ansehn als Advokaten betrachten, teils und vor allem aus den größeren Städten gewerbsmäßige „Politiker“ niedrigster Art, die die Stellung als Gesetzgeber als einen einträglichen Posten ansehn, der ihnen den ungehinderten Betrieb der oft sehr schmutzigen Geschäfte ermöglicht, von denen sie leben. Vereinzelt gelingt es dann, wenn die Zustände gar zu arg geworden sind, auch einmal ein paar wirklich tüchtige Männer in die Versammlung zu bringen, die sich der Bekämpfung der Korruption mit vollem Eifer und auch

mit einigem Erfolg widmen. In dieser Weise hat Roosevelt seine Laufbahn begonnen und die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt; und er hat von den drei Jahren, in denen er dem Unterhause des Staats New York in Albany angehörte (1881—84), eine höchst amüsante und lehrreiche Schilderung gegeben, die Zustände enthüllt, die dem europäischen Leser ganz unfaßbar und unglaublich erscheinen müssen, in Amerika aber alltäglich sind und als selbstverständlich betrachtet werden[1]).

Daher sind die Parlamente in Amerika geringgeschätzt, ja verachtet. Nirgends ist man von einem parlamentarischen Regiment weiter entfernt als dort. Man betrachtet sie als ein notwendiges Übel, das man hinnimmt wie eine Krankheit oder einen sozialen Mißstand, dessen unheilvolle Wirkungen man aber möglichst einzuschränken versucht. Daher läßt man die Legislatur in fast allen Staaten nur in jedem zweiten Jahre tagen[2]), und beschränkt ihre Sitzungsdauer auf 90, 60, 45 Tage, teils durch direkte Verfassungsbestimmung, teils dadurch, daß den Mitgliedern die Diäten nicht länger gezahlt werden, worauf sie von selbst nach Hause gehn. Als mir in Montgomery, der Hauptstadt von Alabama, das Kapitol gezeigt wurde, entschuldigte man sich, daß ich die Räume verfallen und verstaubt finden werde: „denn bei uns tagt das Parlament nur alle vier Jahre vierzig Tage lang, und seitdem wir das eingeführt haben, gehn die Dinge gut." Die gleiche Bestimmung besteht in Mississippi. Weiter ist dem Gouverneur überall das Vetorecht wiedergegeben, das ihm in den Zeiten der radikalen Strömung vielerorts genommen war, und die Ausübung desselben ist eigentlich, neben der Aufrechterhaltung der Ordnung, politisch seine Haupttätigkeit: er ist dazu da, dem Unfug, den die Parlamente treiben, energisch entgegenzutreten, und je mehr Bills er durch sein Veto beseitigt hat, desto angesehener ist er. Die Folge ist, daß andrerseits die Parlamente um so weniger Bedenken hegen, die unsinnigsten Gesetze anzunehmen, weil man weiß, daß der Gouverneur sie nicht durchlassen wird.

Ein weiteres Mittel, die Parlamente einzuschränken, ist, daß zahlreiche Einzelbestimmungen in die Verfassung aufgenommen sind oder bei einer Revision derselben neu eingefügt werden; ferner, daß man vielfach für wichtige Maßnahmen die direkte Volksabstimmung, das Referendum, eingeführt hat. Dazu kommt dann das Eingreifen der Gerichte, die entscheiden, ob ein angefochtenes Gesetz verfassungsmäßig ist oder nicht. So beschränkt sich die

[1]) Wesentlich bessere Zustände finden sich, wie schon erwähnt, nur in einigen wenigen Staaten, so in Massachusetts und den anderen Staaten Neuenglands, und mehreren Staaten des mittleren Westens.

[2]) Ausgenommen sind nur Massachusetts, Rhode Island, New York, New Jersey, Südcarolina und Georgia.

Tätigkeit der Legislaturen im wesentlichen auf lokale Angelegenheiten; und dabei ist natürlich der Durchstecherei, dem Stimmenkauf und der Einwirkung einflußreicher und zahlungskräftiger Persönlichkeiten und Gesellschaften Tor und Tür geöffnet.

In ihrer gegenwärtigen Gestalt fehlt, wie oft hervorgehoben ist, der Verwaltung der Einzelstaaten jeder festere Zusammenhang. Sie bildet ein lockeres Bündel voneinander unabhängiger Gewalten, die durch die Wahlen fortwährend aus einer Hand in die andere übergehn, ähnlich wie in den Republiken des Altertums die Jahrämter. Nur erhielt dort in den griechischen Demokratien die vom Demagogen geleitete Volksversammlung, in Rom der Senat die innere Einheit; eine solche zu schaffen, sind aber die Legislaturen der Einzelstaaten nicht fähig, und die Macht des Gouverneurs ist dafür viel zu gering. So können alle diese Staaten nur dadurch bestehn, daß die wichtigsten staatlichen Aufgaben, vor allem die gesamte äußere Politik, die Gestaltung der Wehrkraft und die Regelung des Verkehrs nebst der Währung und der Zollgesetzgebung ihnen abgenommen und auf den Gesamtstaat übertragen sind.

Die Korruption. Die Gerichte und die Städte.

Daß die Besetzung der Gerichte durch Volkswahl zu den ärgsten Übelständen führt, ist ohne weiteres klar. Dadurch gelangen die zweifelhaftesten Persönlichkeiten, wenn sie sich bei der Wählerschaft populär zu machen verstehn, in die Richterstellen; und auch wenn sie nicht direkt korrupt sind, sind die vom Volk gewählten Richter vielfach ganz ungebildet und ohne jegliche Kenntnis des Rechts [1]). Daneben werden natürlich vielfach Advokaten gewählt; aber wer eine einträgliche Praxis hat, gibt sich ungern dazu her. Die älteren Staaten haben diesen demokratischen Unfug in der Regel nicht mitgemacht; in Neuengland und in den meisten Südstaaten werden die Richter vom Gouverneur oder von der Legislatur ernannt, in Massachusetts, New Hampshire, Rhode Island auf Lebenszeit, in anderen Staaten wenigstens auf 6 bis 15 Jahre. Hier ist daher eine gerechte, unparteiische Rechtsprechung möglich und Bestechung und andere illegitime Einflüsse selten oder ganz ausgeschlossen. Der vom Volk erwählte Richter dagegen muß, auch wenn er direkter Korruption unzugänglich ist,

---

[1]) In einer Stadt, in der mir ein Bekannter die Gerichtsverhandlungen zeigen wollte, stellte er mich dem Polizeirichter, der nicht viel besser sein mochte als das Gesindel, das er aburteilte, als Mitglied des deutschen Reichsgerichts vor, und bemerkte dazu lachend: „So muß man es bei uns machen; weniger durften Sie nicht sein."

notwendig nach der Volksgunst schielen, wenn er seine Wiederwahl erreichen will, und die Geschworenen verhalten sich ebenso. Das führt in vielen der westlichen und auch in manchen Südstaaten zu der entsetzlichsten Verwilderung: einflußreiche und skrupellose Geschäftsleute können sich alles erlauben, und einen Verbrecher ernstlich anzutasten, hinter dem eine bei den Wahlen stark ins Gewicht fallende Masse ähnlichen Gesindels steht, ist höchst bedenklich. „Ein Mord, ich bedaure es sagen zu müssen," erklärte der Bürgermeister der Stadt Cairo in Illinois im Jahre 1909, „ist in Cairo eine ziemlich ungefährliche Handlung gewesen (murder has been tolerably safe). Während der letzten zehn bis fünfzehn Jahre ist niemand hingerichtet worden, und doch sind Mordtaten gar nichts seltenes gewesen. Aber die Geschworenen haben die Mörder entweder freigesprochen oder nur zu geringen Strafen verurteilt, und so sind die Mörder der Bestrafung entgangen." Bei derartigen Zuständen begreift man, daß die Bevölkerung zur Selbsthilfe ihre Zuflucht nimmt und in dem sogenannten Lynchgericht den Schuldigen oder als schuldig Geltenden ohne gerichtliches Verfahren und Urteil umbringt. Im Westen und im Süden sind solche Vorgänge ständig wiederkehrende Ereignisse, hier noch gesteigert durch den immer schroffer werdenden Gegensatz gegen die Neger, die namentlich dann, wenn sie eines Angriffs auf weiße Frauen beschuldigt werden, dem Lynchgericht nicht entgehen[1]). Es wird von der Bevölkerung, die völlig im Rechte zu sein glaubt, als ein großes Volksfest begangen, in den barbarischsten Formen, mit allen ersinnlichen Martern; dem Opfer abgeschlagene Finger u. ä. werden als Trophäen davongetragen und bewahrt.

So sinkt durch die Ausschreitungen der extremen Demokratie die Gesellschaft in die primitivsten Zustände zurück. Auch sonst macht der Pöbel, Ungebildete und Gebildete, von seiner Souveränität rücksichtslosen Gebrauch. Besonders beliebt ist es, mißliebige Personen nackt auszuziehn, mit Teer zu bestreichen, und unter fortwährendem Prügeln in einen Haufen Federn zu werfen, ein Schicksal, dem, ebenso wie dem Lynchen, im Weltkriege auch mehrere Deutsche nicht entgangen sind.

Im Osten, wo gesittetere Zustände herrschen, erhebt sich bei solchen Vorgängen jedesmal ein Sturm der Entrüstung, wenigstens auf dem Papier. Aber darüber kommt es nicht hinaus; zur Sühne und Abstellung geschieht garnichts. Die Bundesregierung erklärt sich für inkompetent, die Staatsregierung

[1]) Im Jahre 1917 wurden 38 Lynchfälle gezählt, bis auf zwei (in Montana und Wyoming) alle in den Südstaaten gegen Neger.

hütet sich einzuschreiten, höchstens daß nachher noch die Komödie einer gerichtlichen Untersuchung aufgeführt wird, bei der die Geschworenen die Angeklagten selbstverständlich freisprechen. Das hindert die Amerikaner nicht, sich in demselben Atemzug für ein Volk auszugeben, das an Gesittung und wahrer Freiheit allen anderen Nationen und vor allem dem geknechteten Europa weitaus überlegen sei [1]).

Am ärgsten waltet die Korruption im Stadtregiment; je größer die Stadt ist, um so schlimmer: New York mit der Organisation von Tammany Hall (vgl. S. 47. 88), Philadelphia, Chicago, San Franzisco sind in der ganzen Welt als abschreckende Beispiele dessen berüchtigt, was ein Stadtregiment nicht sein soll. Hier haben die Politiker niedrigster Sorte die Massen vollständig in der Gewalt; dadurch, daß die unbrauchbarsten Elemente der Einwanderung sich vorwiegend hier zusammendrängen, wird das Übel noch gesteigert. So haben sie die Sitze im Stadtrat und in der Verwaltung großenteils in ihren Händen, es sei denn, daß die bessere Bevölkerung sich einmal aufrafft und energisch in die Wahlen eingreift, und können unbedenklich den Griff in die öffentlichen Gelder wagen, in der Regel durch Auswerfung gewaltiger Summen für öffentliche Unternehmungen, wie Bauten, Lieferungen, Straßenpflasterung u. ä., für Gehälter und neugeschaffene Ämter, ferner durch Konzessionen an private Unternehmungen, die natürlich die für sie oder aber gegen eine sie schädigende Maßregel Stimmenden — je nach Umständen in der Stadt oder in der Legislatur des Staates — reichlich bezahlen oder mit einem einträglichen Posten versorgen. Von den Städten aus verbreitet sich dann die Korruption über den Staat und das gesamte öffentliche Leben. Wie allgemein verbreitet dieselbe ist, tritt anschaulich darin hervor, daß man in den Zeitungen ständig eine Kolumne mit der Überschrift „graft" (Unterschleif) findet, in der die eklatanteren Fälle der Art — von gewöhnlichen nimmt man kaum Notiz — berichtet werden, die dann nicht selten zu großen Skandalprozessen und gelegentlich auch zu einigen Verurteilungen führen. Dauernde Denkmäler sind Bauten wie die Stadthalle in Philadelphia und das Kapitol in Albany, für die Riesensummen verschleudert und unterschlagen sind. Aber an die Riesendiebstähle der Blütezeit von Tammany Hall unter Tweed und seine Genossen (S. 88) und überhaupt der Zeit der Präsidentschaft Grants reicht nichts

[1]) Als Anfang der neunziger Jahre ein Italiener in Colorado gelyncht wurde, forderten seine Landsleute ein Einschreiten der italienischen Gesandtschaft. Es stellte sich aber heraus, daß der Betreffende sich hatte naturalisieren lassen, und so antwortete der Gesandte, daß dem Gemordeten „der Anspruch auf alle Privilegien des amerikanischen Bürgerrechts zugestanden habe."

heran; etwas besser sind die Zustände in der Tat allmählich geworden, so viel Arges noch immer vorkommt.

Auf die Organisation der Korruption und die Versuche sie zu bekämpfen, werden wir alsbald im Zusammenhang mit dem Parteiwesen zurückkommen.

Im allgemeinen kann man nur bekennen, daß es erstaunlich ist, daß bei solchen Zuständen erträgliche Verhältnisse und ein reges und prosperierendes Geschäftsleben überhaupt noch bestehn können. Es ist ein starkes Argument für die optimistische Auffassung der Menschennatur, daß die menschliche Gesellschaft dabei nicht völlig auseinanderfällt und die schlechtesten Elemente trotzdem nicht die volle Herrschaft haben an sich reißen können. Zugleich aber erfüllt es mit Bewunderung für die zahlreichen Männer, die trotz aller Hindernisse ihre ganze Kraft daran setzen, diese Mißstände zu bekämpfen und Amerika aus dem Schmutz herauszuziehn, und die in der Tat schließlich doch nicht wenig erreicht und das öffentliche Gewissen geweckt haben, selbst in New York und Chicago.

Die Parteien und die Politiker.

Kaum etwas hat mir in Amerika einen größern Eindruck gemacht als ein Wort, das der ehemalige Bürgermeister von San Franzisco, Phelan, ein Mann, der in dieser Stellung die Korruption energisch bekämpft und manches gebessert hatte, dann aber bei der Neuwahl den Sozialisten erlegen war, am Charfreitag 1904 in einer Rede an die Studenten der Staatsuniversität von Kalifornien in Berkeley aussprach: „Politicians are despised in this country“, „wer die Politik zu seinem Geschäft macht, ist in unserem Lande verachtet“. Was ihr treibt, führte er aus, sei es aus idealem Interesse, sei es um sich einem praktischen Lebensberuf zu widmen, ist ja etwas weit höheres. Aber trotzdem ermahne ich euch, doch das politische Leben nicht ganz unbeachtet beiseite zu lassen, sondern gelegentlich in diese Dinge hinabzusteigen; es ist euere Pflicht gegen euer Land, mitzuhelfen, um es aus dem Schmutz herauszuarbeiten und geordnete Zustände zu schaffen.

Diese Anschauung herrscht in Amerika ganz allgemein. Wenn man von einem Bekannten in einer Stadt herumgeführt wird und bei einem Denkmal fragt, wen es darstellt, erhält man mit Achselzucken die Antwort: „a politician, you know; diese Leute pflegen sich dann auch noch gegenseitig Denkmäler zu setzen.“ Wie in jeder radikalen Demokratie, in Athen und den übrigen griechischen Republiken so gut wie in den modernen romanischen Staaten der alten und der neuen Welt gilt auch in den Vereinigten

Staaten die Politik als ein schmutziges Gewerbe, mit dem sich der anständige Mensch nicht befaßt; es gilt als selbstverständlich, daß, wer sich damit abgibt und sie zu seinem Lebensberuf macht, ein gewissenloser Mensch ist, der unter dem Deckmantel schönklingender Phrasen nur auf seinen Gewinn ausgeht und dem man alles zutrauen kann, ob im Einzelfalle mit Recht oder mit Unrecht, wird nicht weiter gefragt. Die Masse des Volks, Gebildete wie Ungebildete, nehmen dies Treiben als unvermeidlich und unabänderlich hin und richten sich, während sie ihren privaten Geschäften nachgehn, damit ein so gut es gehn mag. Ohne politisches Interesse sind sie keineswegs, tagtäglich wird ihnen dasselbe ja durch die Zeitungen, durch die Wahlen, durch die die lokalen Verhältnisse regelnde Gesetzgebung nahegebracht; aber sich dem ernstlicher und vor allem andauernd zu widmen haben sie weder Neigung noch Zeit; und wenn sie sich einmal aufraffen und bessernd eingreifen wollen, fehlt ihnen die Organisation, sie fühlen sich isoliert, auch wenn sie an sich die Mehrheit bilden, und wissen nicht, wie sie es anfangen sollen. Vollends bei den Präsidentenwahlen bleibt ihnen nichts übrig, als sich für einen der beiden von den Parteien aufgestellten Kandidaten zu entscheiden; alle Versuche, eine dritte Partei zu gründen, wie sie die „Amerikaner" oder Know-nothings 1852ff., die Opposition gegen Grant 1872, die Mugwamps 1884, die Populisten 1889ff. und gleichzeitig die Labor Party und die Sozialisten, die noch immer, wenn auch ohne jeden Erfolg, einen besonderen Kandidaten aufstellen, schließlich die Insurgenten von 1910ff. gemacht haben, sind nach kurzem Anlauf gescheitert. Wer nicht auf eine Partei eingeschworen ist, kann seinen Einfluß nur dadurch geltend machen, daß er von den beiden das kleinere Übel wählt; und dadurch werden diese Elemente allerdings ausschlaggebend, in ihren Händen liegt die Entscheidung, welche der beiden Parteien in der Union wie im Einzelstaat ans Ruder kommen soll (vgl. S. 210).

Die beiden Parteien sind aus tiefgreifenden Gegensätzen in der Auffassung des Staats und seiner Aufgaben erwachsen und haben geheiligte Prinzipien, die sie zu verfechten behaupten. Aber in Wirklichkeit sind diese längst obsolet geworden. Zu den Tagesfragen müssen sie natürlich Stellung nehmen, und bei den Wahlen wird ein schönklingendes Programm aufgestellt, die „platform" (d. i. die Rednerbühne), zu der die einzelnen Sätze die Bretter („planks") bilden. Aber auch da hütet man sich fast immer, sich fest zu engagieren und über blendende Phrasen hinauszugehn — unsere Parteien machen es ja in der Regel auch nicht anders —; zu Fragen, über die die Ansichten individuell auseinander gehn, wie z. B. der Temperenz, eine entschiedene Stellung ein

zunehmen, wäre zu gefährlich, da man dadurch einen ansehnlichen Teil der Wähler, die man doch einfangen will, vor den Kopf stoßen würde. Nur in der Tariffrage ist, nach längerem Zögern der Parteien, der Gegensatz jetzt scharf ausgesprochen: die Republikaner, die ihren Hauptthalt in der Industrie des Nordens haben, treten für den Hochschutzzoll ein, die Demokraten für einen gemäßigten Zoll. Den Freihandel, der im Manchestertum Englands und in Nachahmung desselben bei uns mit der Demokratie eng verbunden ist, vertreten wohl einzelne Theoretiker; aber keine Partei, die Erfolg haben will, kann daran denken, da die Masse der Arbeiter den Schutz fordert, um die Löhne hoch zu halten und die ausländische Konkurrenz auszuschließen. Im übrigen kann man wohl sagen, daß die Republikaner mehr für eine Stärkung der Staatsgewalt, die Demokraten für eine möglichst laxe Handhabung derselben eintreten. Aber im wesentlichen ist die Zugehörigkeit zu den Parteien Gefühlssache und zum Teil von sozialen und lokalen Verhältnissen abhängig: im Nordosten gehören die höheren Klassen meist zu den Republikanern, im Süden dominieren die Demokraten vollständig, die zentralen und westlichen Gebiete sind geteilt und schwankend. Die Iren sind vorwiegend Demokraten, die Deutschen neigen mehr zur republikanischen Partei.

Aber das alles trifft nicht den Kern der Sache. Natürlich gibt es in beiden Parteien nicht wenige Männer, die ehrlich an ihr Programm glauben und ideale Ziele erstreben. Aber für die Masse ist das ganz gleichgültig; vielmehr sind die Parteien Organisationen zu dem Zweck, ihren Mitgliedern die Macht und damit den Zutritt zu den Ämtern und zu der Staatskrippe zu verschaffen. Auf diesen materiellen Interessen beruht ihre Stärke und ihr fester, durch keinen Angriff zu zersprengender Zusammenhang. So wird die unverhüllte Selbstsucht niedrigster Art der treibende Faktor des politischen Lebens: „dem Sieger die Beute“ ist das Schlagwort, das, im Gegensatz zu allen tönenden Reden, ihr wahres Wesen zum Ausdruck bringt.

Die Aufgabe der Partei ist, abgesehn von der Wahl des Präsidenten der Union alle vier Jahre und des Repräsentanten im Kongreß alle zwei Jahre, ihre Anhänger in all die zahllosen Ämter zu bringen, welche in Staat und Gemeinde ununterbrochen durch Volkswahl besetzt werden. Dafür ist weitaus das wichtigste die Aufstellung der Kandidaten, und dieser dient in erster Linie die Parteiorganisation, die „Maschine“, die mit einem Raffinement durchgebildet ist, das wahrhaft Bewunderung verdient. Offiziell werden die Kandidaten vom Volk selbst, d. h. von Urversammlungen der Parteigenossen in den Urbezirken, den Primaries,

und durch von diesen gewählte Delegierte zu den Parteikonventen für die Stadt, die Grafschaft, den Staat und schließlich zu den Nationalkonventen für die Präsidentenwahl aufgestellt. Aber es liegt garnicht im Interesse der Partei und der Unterjäger, daß die Majorität der Wähler wirklich zu Worte kommt und etwa gar die anständigen, die allgemeinen Interessen ehrlich abwägenden Elemente die Entscheidung bringen. So gilt es, den dem Namen nach maßgebenden Primaries die Entscheidung über den Kopf weg zu nehmen und sie in die Hände der Interessenten zu legen. Hier wie überall auf Erden zeigt sich, daß die Demokratie, nominell die Verfechterin der Gleichheit und des Selbstbestimmungsrechts des freien Volks, in Wirklichkeit eine geschickt verhüllte Herrschaft einer kleinen Minorität ist, die es versteht, die Massen zu betören oder zu tyrannisieren und den Staat rücksichtslos für ihre Interessen auszubeuten.

So erfolgt die Aufstellung der Kandidaten durch die ständige Parteikommission, die sich pro forma alljährlich durch die Primaries oder die Konventionen wiederwählen läßt. In den Versammlungen der Primaries aber sorgt man dafür, daß nur zuverlässige Personen anwesend sind. Die Liste der Zugehörigen wird von der Kommission geführt, die Mehrzahl der für die Partei Stimmenden als unsicher ausgeschlossen, durch willkürliche Ansetzung der Versammlungen mit kurzer Frist eine Beteiligung Unberufener erschwert. Die bessern Elemente haben ohnehin Scheu, sich in diesen Kreisen zu bewegen, auch keine Zeit dazu; versuchen sie es aber doch, sich in größerer Zahl zu beteiligen und die Maschine zu bekämpfen, so werden sie niedergeschrien oder mit Gewalt verjagt. Um so willkommner sind kräftige Leute aus dem niederen Volk, die gegen Bezahlung und durch die Aussicht auf eine Anstellung zu jedem Dienst bereit sind, darunter nicht wenige Verbrecher. So führt Roosevelt aus New York unter anderen Beispielen an: „der Vorsitzende eines halbpolitischen Vereins war ein berufsmäßiger Einbrecher, sein Hehler ein Alderman (Stadtrat); einem anderen Alderman war das Haar, das ihm im Gefängnis abgeschnitten war, noch nicht wieder gewachsen, als er gewählt wurde; ein Schulkommissar war wegen Unterschleifs verurteilt, ein hoher Polizeibeamter zog sein Einkommen aus Bordellen und Spielhöllen." In Philadelphia wurden mir in den Seitengassen hinter den Hauptstraßen die Verbrecherquartiere gezeigt; ihre Insassen sind der Polizei genau bekannt, aber sie tut ihnen nichts, weil sie sie in der Gewalt hat und daher auf ihre Stimmen sicher zählen kann; versucht aber einer von ihnen, anständig zu werden, so wird er sofort gepackt, denn dann ist auch seine Anhänglichkeit an die Partei fraglich geworden.

Die maßgebenden Männer in den Kommissionen — neben denen natürlich zur Deckung eine Anzahl Strohmänner stehn — bilden den „Ring“. An ihrer Spitze steht der eigentliche Leiter, der über die Stimmen verfügt, sie als sein Eigentum „besitzt“ (owns), der „Boss“. In den einzelnen Stadtbezirken ist er ein Mann aus dem niederen Volk, der es versteht, sich populär zu machen und die Leute richtig zu nehmen, in der Regel ein Schankwirt oder auch ein Krämer; in kleineren Orten und auf dem Lande wird größere Achtbarkeit von ihm verlangt. Er muß es verstehn, sich den unbedingten Gehorsam seiner Leute zu sichern, die ohne zu fragen seine Befehle ausführen, wie die Soldaten die des Feldwebels und des Offiziers. Natürlich ist der Fall nicht selten, daß lokale Differenzen entstehn, daß die Ansprüche sich widersprechen; dann muß er ausgleichen und hinter den Kulissen Kompromisse schließen, bis alles geebnet ist und die Liste, die er vorlegt, von der Urversammlung en bloc angenommen wird. Über diesen lokalen Größen stehn dann die höheren, bis zu den führenden Bosses hinauf, die die Stadt oder den Staat beherrschen und vielfach eine Stelle im Bundessenat erhalten. Auch für die großen nationalen Parteikonventionen sind sie die in erster Linie entscheidenden Persönlichkeiten, wenn da auch neben ihnen andere und gelegentlich selbst staatsmännische Erwägungen Einfluß gewinnen können. Aber die große Masse der Delegierten eines Staats ist von ihrem Boss abhängig und schwenkt bei den Abstimmungen über den Präsidentschaftskandidaten nach seinen Weisungen ein, die eigentliche Entscheidung wird in geheimen Verhandlungen hinter den Kulissen getroffen.

An dem Parteiprogramm, das sie offiziell bekennen und in zahllosen Reden verkünden und verkünden lassen, haben die Bosses und ihr Anhang mit wenig Ausnahmen garkein Interesse. Vielmehr betrachten sie ihr Gewerbe wie ein erfolgreicher Kaufmann sein Geschäft. Der Boss der Gegenpartei ist für sie ein Konkurrent, dem sie die Kunden abzufangen suchen, was aber nicht hindert, daß sie gelegentlich auch mit ihm ein Geschäft machen und den Gewinn teilen. Für die Wahl selbst wird dann der ganze Apparat der populären Agitation aufgeboten und in unsichern Bezirken jedes Mittel bis zur Fälschung der Wählerlisten und der Wahlresultate verwendet, wenn man nur einigermaßen sicher ist, daß man dabei nicht ertappt wird. Die gewaltigen Kosten werden teils von den reichen Parteimitgliedern, und, bei bedeutsameren Wahlen, von den Kandidaten bestritten und nicht selten erpreßt, teils durch den tatsächlichen Verkauf gut besoldeter Ämter beschafft, von deren Einkommen der erfolgreiche Bewerber einen beträchtlichen Teil abzugeben hat; dafür mag ihm dann,

wenn er Glück hat, das Gehalt von der Legislatur oder dem Stadtrat noch weiter erhöht werden.

Die unerschütterliche Stellung der Maschine beruht darauf, daß sie durch diese Organisation, wenn die Partei siegreich ist, über alle Amtsstellen verfügt; wenn sie unterliegt, muß man bis zum nächsten Jahr warten, wo der Kampf um die Beute von neuem beginnt. So hat die Partei immer ein großes Heer von Anhängern fest in der Hand; denn nicht nur die Zahl der Stellen ist gewaltig, sondern zu jedem solchen Beamten kommen noch seine Verwandten und Freunde hinzu, und ebenso z. B. bei dem Polizisten die Leute, die er protegiert und gegen die er ein Auge zudrückt. Als ein kleines Beispiel von dem, was alltäglich sich abspielt, will ich erwähnen, daß mir auffiel, daß in den Städten im Winter vor einigen Häusern der Schnee sorgfältig weggekehrt ist, während er vor anderen in riesigen Massen liegen bleibt und sich bei dem fortwährenden Wechsel der Temperatur alsbald in einen Gletscher verwandelt. Als ich fragte, wie das zu erklären sei, wurde mir lachend geantwortet: „daran kann man sehn, wer dem Polizisten ein Trinkgeld gibt, wer nicht; wer ihn bezahlt, den läßt er unbehelligt, wer das verschmäht, von dem verlangt er die peinliche Befolgung der Straßenordnung". Wo, wie häufig z. B. in New York, Staat und Stadt in den Händen verschiedener Parteien sind, da ist noch eine gewisse Kontrolle möglich, da sie sich wenigstens gelegentlich auf die Finger sehn. Ganz unerträglich werden dagegen die Zustände, wo, wie z. B. in Philadelphia, Stadt, Staat und Unionsregierung lange Jahre hindurch derselben (der republikanischen) Partei angehören. Da gewinnt der Ring eine Macht, die auch mit den energischsten Anstrengungen und Opfern nicht zu brechen ist, und die Reformer müssen schließlich den hoffnungslosen Versuch aufgeben.

Die Unwürdigkeit und die Schäden dieser Zustände, namentlich auch die gewissenlose Verschleuderung der Gelder, die dann auf die Steuern zurückwirkt, und die Verwahrlosung der Stadtverwaltung wird allerdings in weiten Kreisen empfunden, und Versuche zu bessern sind seit den achtziger Jahren vielfach gemacht worden. Von der Einschränkung der Befugnisse der Legislatur und ihre Ersetzung durch direkte Volksabstimmung ist schon die Rede gewesen. Den Wahlmodus hat man seit 1888 jetzt fast in allen Staaten dadurch zu bessern gesucht, daß die Parteien ihre Listen vorher einreichen müssen und sie von Staats wegen gedruckt und verteilt werden, so daß die früher dabei üblichen Durchstechereien und Betrügereien unmöglich gemacht werden. Auch die geheime Wahl ist, wie bei uns, durch Einführung einer Stimmzelle gesichert, ferner eine Kontrolle der Wählerlisten durch den Staat

eingeführt. In den letzten Jahren ist immer stärker das Streben hervorgetreten, auch die Urwahlen in den Parteiversammlungen unter Staatsaufsicht zu stellen und für die Wähler selbst die Entscheidung zu sichern, ihre Abhängigkeit von den Kommissionen und den Bosses zu beseitigen. Diese direct primaries sind seit 1908 für die Konventionen zu den Präsidentschaftswahlen eingeführt; ob sie ihr Ziel erreichen werden, ist jedoch recht fraglich, vermutlich wird die Maschine sich hier ebenso als unüberwindlich erweisen und es verstehn, allen schönen Bestimmungen zum Trotz die Macht zu behaupten, wie die Trusts sich gegen alle Versuche, sie durch die Gesetzgebung zu verbieten, unverändert behauptet haben.

Das Stadtregiment hat man mehrfach durch Einsetzung eines kommissarischen Regiments zu bessern gesucht, nach dem Muster der Verwaltung von Washington. Dabei haben sich dann freilich auch wieder Mängel herausgestellt, teils weil Wahlen doch unumgänglich waren, teils weil, auch wenn man einen tüchtigen Bürgermeister fand, eine genügende Anzahl befähigter Männer, die ihre Zeit und Kraft dafür hergeben, nicht aufzutreiben ist, und die Aufgaben zu kompliziert und zu zahlreich sind. Es ist eben für die Gebildeten und für die inmitten eines angespannten Geschäftslebens Stehenden nicht möglich, sich dauernd zu einer festen, ständig auf dem Platze stehenden Organisation zusammenzuschließen, die den berufsmäßigen Politikern dauernd das Gegengewicht halten könnte. Wenn die Dinge gar zu arg werden, raffen sie sich auf, opfern Zeit und Kraft, und erringen auch wohl einmal einen glänzenden Erfolg. Aber dann versagt die Spannkraft, die Dinge gehn wieder in das alte Gleis, und nur zu bald sind die Zustände wieder unerträglich geworden. So erklärt sich das starke Schwanken, das vielerorts namentlich im Stadtregiment herrscht. Doch ist nicht zu verkennen, daß im allgemeinen jede derartige Krise eine geringe Besserung zur Folge hat und ein langsames Aufsteigen bemerkbar ist, selbst in Chicago und New York; Zustände wie unter Tweed wären jetzt in New York schwerlich noch möglich.

Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Übels ist die Bekämpfung vor Gericht. Das erfordert viel Arbeit, Zeit und Geld; aber es ist schon erwähnt, daß sich viele hochachtbare Männer finden, die sich das zur Lebensaufgabe gestellt und manchen ruhmreichen Erfolg davongetragen haben.

Es kommt nun noch hinzu, daß die Zahl der Wahlen außerordentlich groß ist, zumal sie meist alljährlich stattfinden und Gemeinde, Staat und Union nebeneinander stehn, überdies zum Teil mit verschiedener Einteilung der Wahlkreise, wie bei den Wahlen zum Kongreß und zu jedem der beiden Häuser der Staatslegislatur. Auch wenn eine große Zahl derselben auf

den gleichen Tag (im November) verlegt ist und in einem einzigen Akt abgemacht wird, tritt doch eine starke Wahlmüdigkeit ein, vor allem, wie immer, in den höheren Klassen. Vor allem aber ist es unmöglich, für all diese zahllosen Ämter wirklich geeignete Kandidaten aufzutreiben, zumal für die unteren, schlecht besoldeten Stellen. So ist man doch immer wieder auf die Politiker angewiesen, die daraus ein Gewerbe machen. Hier könnte nur eine Umwandlung der Ämter in berufsmäßige, auf Grund einer nachgewiesenen Qualifikation besetzte lebenslängliche Stellungen helfen, mit geregeltem Avancement und gesetzmäßiger Pension, wie in den europäischen Staaten. Der Ruf nach „experts", nach geschulten Fachleuten, mit denen die Ämter besetzt werden sollen, wird denn auch von umsichtigen Männern immer nachdrücklicher erhoben. In der Union ist durch die Reform des Zivildienstes in weitem Umfang wenigstens ein Ansatz dazu gemacht worden; aber den Grundsätzen der radikalen Demokratie widerspricht es durchaus, und in den Staaten wird es sich kaum durchsetzen.

Es kommt hinzu, daß, wer sich am politischen Leben beteiligen will, sich in die gegebenen Verhältnisse schicken und zu Mitteln greifen muß, die nach unseren Anschauungen unwürdig und ehrverletzend sind und den Bewerber um alles Ansehn bringen würden. Wie wäre es z. B. bei uns denkbar, daß ein Staatsanwalt, der sich um die Wiederwahl bewirbt, in allen Zeitungen Annoncen und an allen Anschlagsäulen Plakate unter seinem Namen und mit seinem Bilde veröffentlicht, wie ein Zirkusjongleur oder Preisboxer, in denen er aufzählt, was er alles in seiner Tätigkeit geleistet, wie viele Fälle er erledigt hat, und in denen er sich von den Arbeiterführern bescheinigen läßt, daß er sein Amt gewissenhaft und zu ihrer Zufriedenheit verwaltet hat. In den amerikanischen Städten ist das etwas alltägliches. Noch ärger ist vielleicht, daß Bryan, der langjährige Präsidentschaftskandidat der Demokraten, sich als Staatssekretär unter Wilson im Jahre 1913 an einen Impresario vermietete und in öffentlichen Lokalen zwischen Lichtbilderaufführungen Vorträge über die Politik hielt, um so seine nach amerikanischer Art für eine derartige Stellung unzureichenden Gehaltsbezüge (12000 Dollar) aufzubessern. An solchen Dingen nimmt in Amerika kein Mensch Anstoß; das zeigt einen durch das Parteigetriebe herbeigeführten Tiefstand des staatlichen Ehrgefühls und der politischen Moral, der uns ganz unfaßbar erscheint.

So stehn die Vereinigten Staaten vor derselben Krisis, an der die Freistaaten des Altertums zugrunde gegangen sind und durch die sich die römische Republik, als die erwählten Jahrbeamten nicht mehr imstande waren, den gesteigerten Anforderungen

der Verwaltung zu genügen, zum langsamen Dahinsiechen verurteilt wurde und sich in das Kaiserreich mit seiner ständig weiter ausgebildeten Berufsbeamtenschaft umgewandelt hat, die schließlich zu einer vollentwickelten Beamtenhierarchie anwuchs. Dadurch wurde die Verwaltung wesentlich gebessert, aber mit den unzulänglichen Organen der absterbenden Republik zugleich auch die bürgerliche Freiheit und jegliche Teilnahme des Volkes am Regiment beseitigt.

Die öffentliche Meinung.

Wenn man einen Athener fragte, wer bei ihnen die Herrschaft habe, lautete die Antwort: die Gesetze. Jeder Amerikaner gibt auf die gleiche Frage mit voller Überzeugung die Antwort: die öffentliche Meinung (Public Opinion). Sie gilt als die Manifestation des Volkswillens, und dieser hat in einem demokratischen Lande zu gebieten, die Regierung soll nicht führen, sondern folgen.

Von diesem Volkswillen wird ein ideales Bild entworfen. Er ist durchaus einheitlich und getragen von einer ehrlichen Überzeugung, von dem Glauben an die Wahrheit und das Recht, von reinen humanitären Gesinnungen, die alle Selbstsucht und alle niedrigen Motive weit von sich abweisen. Er bricht aus der Volksseele hervor, umfaßt die ganze Nation und entfaltet eine unwiderstehliche Gewalt: durch ihr natürliches Empfinden treffen, wie es auch die Athener formulierten, die Massen gewissermaßen instinktiv das Richtige weit besser als die gescheiten Männer, die sich ihnen überlegen fühlen; und dabei deckt sich der wahre Nutzen des Volks mit seinen idealen Aufgaben und seiner richtig erfaßten Weltstellung.

Die Wirklichkeit, die wir kennen gelernt haben, bietet ein sehr anderes Bild. Da blicken wir in ein wüstes Getriebe, in dem die materiellen Interessen in rücksichtslosem Ringen um den Gewinn sich durchzusetzen suchen und alles, was ihnen im Wege steht, gewaltsam beiseitestoßen, teils in geschlossenen Organisationen, wie den Arbeitervereinen, den Trusts u. a., teils Einzelpersönlichkeiten, die den Moment skrupellos ergreifen und es verstehn, sich durch gewandte Benutzung aller legitimen und illegitimen Mittel in die Höhe zu arbeiten. An Stelle der Gesamtheit und der Erfüllung der nationalen Aufgaben treten die Interessen der Partei und die Ausbeutung des Staats für niedere, oft genug rein persönliche Ziele. Die Volkssouveränität, das freie Selbstregiment des Volks, setzt sich um in die Herrschaft

selbstsüchtiger Politiker, die die Massen durch die Organisation ihrer Maschine gefesselt halten. Und dahinter steht die Macht des Geldes, das auch hier seine Allgewalt erweist und, die gegebenen Verhältnisse geschickt ausnutzend, hinter den Kulissen in geheimem aber nur um so wirkungsvollerem Treiben in allen wichtigen Fragen seinen Willen durchsetzt. Nicht mit Unrecht wird gesagt, daß die eigentlichen Herren Amerikas die mächtigen Kapitalisten sind, welche die New Yorker Börse in Wall Street, die Eisenbahnen, die Telegraphen und die großen Industrien mit ihren Ringen und Trusts beherrschen. Niemand kann sich ihrem Einfluß entziehn; auch ein energischer Präsident, der nur seinen eigenen Überzeugungen folgen will, kann sie nicht entbehren und gerät so, oft ohne es zu wissen, in Abhängigkeit von ihnen oder von ihren Mittelsmännern. Und dem gegenüber steht die Masse der ehrlichen und wohlgesinnten Bürger so gut wie wehrlos, nur mit äußerster Anstrengung gelingt es ihnen, hier und da das Ärgste zu verhüten und einiges zu bessern. Im übrigen aber bleibt ihnen nichts, als sich zu fügen und das Treiben mitzumachen; und oft genug lassen sie sich durch schönklingende Reden und die inhaltlosen Phrasen der Programme betören und in den Strudel fortreißen.

Trotzdem bleibt es richtig, daß die öffentliche Meinung in Amerika eine gewaltige Macht darstellt und daß die Behauptung, sie sei der eigentliche Souverän, einen richtigen Kern enthält. Nur ist hier zwischen zwei wesentlich verschiedenen Gebieten ihrer Betätigung zu scheiden, die die populäre Betrachtung unbesehn zusammenwirft. Das eine sind gewisse allgemeinherrschende Anschauungen und Sitten, in denen Charakter und Denkweise des Amerikaners zum Ausdruck gelangt, wie vor allem die Prinzipien der Demokratie und der Gleichheit, und daneben die scharfen Rassengegensätze gegen Neger und Asiaten, der tiefgewurzelte Haß des Republikaners gegen jede Monarchie, gegen den Militarismus, gegen den Anschein einer autokratischen, d. h. nicht aus der Volksmacht hervorgegangenen und von der Volksstimmung getragenen sondern auf eigener Macht beruhenden Gewalt, die Forderung der Unterordnung unter die Majorität; in der äußeren Politik die geheiligte Monroedoctrin, und daneben die pazifistische Strömung; weiter die Achtung vor den religiösen Anschauungen wie andrerseits die Ablehnung jeder Einmischung der Kirchen in die Politik, die Forderung einer äußerlich korrekten Lebensführung u. ä. Das sind Anschauungen, die jeder, der eine Wirkung ausüben will, sorgfältig berücksichtigen, denen er bei jeder Gelegenheit seine Verbeugung machen muß; und wenn er sich darüber hinwegsetzen will, wenn er z. B. tatsächlich eine rein persönliche Politik ver-

folgt oder die Interessen einer bestimmten, vielleicht sehr kleinen Gruppe durchsetzen will, so muß er verstehn, das mit schönklingenden Worten zu verbrämen und etwa für dem wahren Ideal der Demokratie entsprechend ausgeben und als die richtige Konsequenz ihrer Grundsätze hinstellen. Alsdann kann es ihm gelingen, die öffentliche Meinung, ohne daß es den Massen zum Bewußtsein kommt, in seine Bahnen zu lenken und sie tatsächlich, trotz aller Versicherung des Gegenteils, dennoch zu führen, nicht ihr zu folgen, wie das Wilson bei den Verhandlungen mit Deutschland mit großem Geschick verstanden hat; andernfalls kann er darüber zu einem schweren Fall kommen, von dem er sich nicht wieder erholt, wie das Roosevelt ergangen ist, als er nach der dritten Präsidentschaft griff und sich in eine maßlose Agitation hineinstürzte.

Wesentlich anders dagegen liegt es bei den Einzelfragen, wie sie im Lauf der Geschichte immer wieder auftauchen und eine allgemeine Erregung schaffen, sowohl in der inneren wie vor allem in der äußeren Politik. Die populäre Anschauung ist auch hier, daß die öffentliche Meinung das entscheidende ist. So wird man z. B. selten einen Amerikaner finden, der nicht fest überzeugt war, daß der Krieg gegen Spanien von der öffentlichen Meinung gefordert und durch sie herbeigeführt worden sei, natürlich aus rein idealen Gründen, die ein Eintreten für die von Spanien geknechteten Cubaner zur Pflicht machten. Und in der Tat war ja Präsident McKinley keineswegs kriegslustig und ist erst durch diesen Druck (der durch die Katastrophe der Maine gewaltig gesteigert wurde) zum Einschreiten gebracht worden. Aber damit ist die Sache noch nicht entschieden; die weitere und maßgebende Frage ist vielmehr: wie entsteht denn diese öffentliche Meinung? Die naive Masse glaubt, sie erwachse spontan im Gesamtvolk. Aber woher erfährt dies überhaupt etwas von den Vorgängen — z. B. von den Judenverfolgungen in Rußland oder von angeblichen Gewaltmaßregeln der Regierung in Deutschland —, während zahllose andere vielleicht eben so wichtige Vorgänge, die sich gleichzeitig abspielen, überhaupt nicht zu seiner Kenntnis kommen oder höchstens in einer kurzen, kaum beachteten und sofort vergessenen Zeitungsnotiz erwähnt werden?

Hier tritt der entscheidende Einfluß der Presse hervor, die diese Dinge herausgreift, sie eingehend diskutiert und auf alle Weise aufbauscht, in der niederen „gelben", d. h. mit bunten Bildern illustrierten Presse mit den drastischsten Effekten und Entstellungen. Nun redet der Amerikaner im allgemeinen von der Presse mit Geringschätzung wie von den Politikern; er weiß, daß sie käuflich ist, daß sie allen möglichen geheimen Einflüssen zu-

gänglich ist, daß sie von Grund auf verlogen ist und nach immer neuen Sensationen hascht; so glaubt er, von ihr unabhängig zu sein und sich sein Urteil selbständig zu bilden. Aber in Wirklichkeit gehört die Presse, wie überall in der Welt, so auch in Amerika zu den stärksten Mächten auf Erden, ebenso wie die Phrase und die Lüge. Wer tagtäglich in seiner Zeitung von denselben Dingen liest und sie immer wieder in der gleichen Weise behandelt sieht, der wird gezwungen, sich in seinen Gedanken wenigstens zeitweise damit zu beschäftigen, und er bildet sich ein, sich sein eignes Urteil zu bilden, während er in Wirklichkeit, ob gebildet oder ungebildet, nur das ihm suggerierte Urteil seiner Zeitung wiedergibt. Kommt dann noch die Agitation der Politiker hinzu, werden über den Gegenstand zahlreiche Versammlungen veranstaltet und eine Rede nach der andern gehalten, dann ist die öffentliche Meinung gemacht, und dann kann sie in der Tat zu einer Wucht anschwellen, die unwiderstehlich ist.

Hinter diesen Vorgängen stehn dann erst die wirklich entscheidenden Faktoren, diejenigen Kreise, die ein Interesse daran haben, die öffentliche Meinung in eine bestimmte Bahn zu lenken und die es verstehn, die Bewegung hervorzurufen, die zu dem erstrebten Ziel führt. Diese Vorgänge entziehn sich natürlich im einzelnen der Erkenntnis, sie spielen sich hinter den Kulissen auf geheimen Wegen ab. Aber daß in ihnen die materiellen Interessen ausschlaggebend sind, daß die Drahtzieher vorwiegend in den Magnaten der Industrie und des Geldes zu suchen sind, bedarf keiner Ausführung. Die öffentliche Meinung ist für sie eines der Mittel, und vielleicht das stärkste von allen, durch die sie ihre Ziele erreichen und den Staat beherrschen.

Die Freiheitsidee und die Tyrannei der Arbeiter, der Presse und der öffentlichen Meinung.

Zu den Problemen, die sich dem ausländischen Betrachter aufdrängen, wenn er sich über Amerika ein selbständiges Urteil zu bilden sucht, gehört in erster Linie die Frage: wie ist es möglich, daß die Amerikaner sich für ein freies Volk halten? Nach unsern Begriffen leben sie unter einer uns unerträglich erscheinenden Tyrannei, die alle wahre Freiheit aufhebt — derselben Tyrannei, die in Deutschland seit der „Befreiung“ durch die Revolution vom November 1918 ihren Einzug gehalten hat. Sie tritt in vierfacher Gestalt auf: als Zwang der Sitte und der öffentlichen Meinung, dem der einzelne sich zu fügen hat; als Einmischung

der Presse auch in alle privaten Angelegenheiten, die den einzelnen in eine unwürdige Abhängigkeit von ihr bringt; als Herrschaft der Staat und Stadt und die öffentlichen Gelder und Steuern ausbeutenden Politiker; und als Tyrannei der Arbeitervereine, die nicht nur den Unternehmer sondern auch den einfachen Geschäftsmann und das gesamte Publikum ihren Geboten unterwerfen. Aber diese Dinge nimmt eben der Amerikaner als selbstverständlich hin so gut wie etwa sein Klima; er ist sie von Jugend auf gewohnt und kennt nichts anderes. Kommt er dann ins Ausland, so beachtet er nicht, daß diese Übel dort nicht bestehn, wohl aber erscheinen ihm die Einrichtungen, die dort irgendwie die Bewegungsfreiheit beschränken, als unerträgliche Belästigungen, z. B. die Polizeivorschriften in Deutschland — daß diese auch für den einzelnen Vorteile bringen, nicht nur weil sie ihm einen stärkeren Schutz gewähren, sondern weil sie es ermöglichen, ihn jederzeit aufzufinden, während in Amerika ein Mensch nur zu leicht völlig verschollen werden kann (was den Verbrechern und anrüchigen Persönlichkeiten natürlich sehr willkommen ist)[1]), muß er allerdings anerkennen, wenn man ihn darauf aufmerksam macht.

Von der Tyrannei der Politiker haben wir genügend geredet. Auf die Organisation und die Gewaltherrschaft der Arbeitervereine, ihre Organisation und ihre Forderungen kann ich nicht näher eingehn. Bekanntlich sind die Löhne außerordentlich hoch; sie werden durch den Hochschutzzoll aufrecht erhalten und ständig weiter hinaufgetrieben. Aber eben deshalb sind neue Lohnforderungen und Massenstreiks, die nicht selten zu blutigen Zusammenstößen führen, eine alltägliche Erscheinung: der bekannte Zirkel, daß jede Erhöhung der Löhne zu einer Steigerung der Preise und diese wieder zu neuen Lohnforderungen führt, macht sich auch hier geltend. Daneben steht die Forderung einer Einschränkung der Arbeitszeit, zunächst auf 8 Stunden, dann immer weiter durch Anrechnung der Essenszeit und der Zeit für den Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück. Gegen alle Opposition geht man mit der bekannten rücksichtslosen Energie vor: in den Werkstätten sollen nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden — der sogenannte closed shop —, die Entlassung nur mit Zustimmung des Vereins erfolgen, die Materialien nur von solchen Geschäften bezogen werden, die

[1]) Solche Persönlichkeiten haben bei der Besiedlung neuer Gebiete natürlich einen starken Bestandteil gebildet. Noch zu Ende der siebziger Jahre ist ein an die Universität von Kalifornien berufener Professor vertraulich gefragt worden, was er denn auf dem Kerbholz habe. Daß er ohne einen solchen Anlaß nicht hingegangen sein würde, wurde als selbstverständlich betrachtet.

organisierte Arbeiter anstellen, der Stücklohn und die freiwillige Arbeit in Überstunden verboten werden u. a. m.; wer dagegen handelt, gegen den wird der Boykott, der Bann ausgesprochen, der allen Verkehr mit ihm untersagt. Der Staat schaut, wenn er auch bei großen Bewegungen vermittelnd eingreift, doch sonst diesen Dingen völlig passiv zu; von einem Schutz der Arbeitswilligen, von einer Aufrechterhaltung des geheiligten Selbstbestimmungsrechts und der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit ist keine Rede. Als Illustration möge dienen, daß, als ein Geschäftsmann einen Schuppen baute und in diesem ein von einem nichtorganisierten Arbeiter gelieferter Balken benutzt wurde, er in Verruf erklärt wurde; vier Wochen hielt er aus, dann blieb ihm nichts übrig, als sich zu fügen, den Schuppen niederreißen und neu aufbauen zu lassen. Ähnlich erging es z. B. einem Geschäftsmann, der in seinem Laden ein Plakat selbst einrahmte und aufhängte; er mußte es wegnehmen und durch einen Arbeiter herstellen lassen. In Kansas City sah ich an den Anschlagsäulen eine offizielle Bekanntmachung des Gouverneurs über die Wahlen, auf der in üblicher Weise jeder, der sie beschädigen oder zerstören würde, mit schwerer Strafe bedroht wurde; aber darauf war ein Plakat geklebt, in dem die Gewerkvereine eine bestimmte Firma in Boykott erklärten, „weil sie sich gegen die Vereine schlecht verhalten hat (have behaved badly against the Trade Unions)".

Eine unerträgliche Belästigung jedes Menschen, der in irgend einer Beziehung eine über den Durchschnitt hinausragende Stellung einnimmt, bildet die Presse. Zunächst ist es die kindliche Neugier, die befriedigt werden muß: das Publikum will eben seine Nase in alles stecken und wissen, was in den höheren Kreisen vorgeht, zu denen es mit einer charakteristischen Mischung von Mißtrauen und Anstaunen aufblickt — daher ist es z. B. in Boston und anderen Städten verboten, in den Restaurants Vorhänge und Läden an den Fenstern zu haben, damit man von der Gasse aus jederzeit sehn kann, was darin vorgeht. So werden in den Zeitungen, ganz wie in England, die Gesellschaften oder z. B. eine Hochzeit in den reichen Kreisen eingehend beschrieben, mit Aufzählung der Gäste, Beschreibung der Toiletten usw. — darin gelangt die aristokratische Tendenz zum Ausdruck, die sich im sozialen Leben unter der Decke der Gleichheit stark geltend macht. Aber zu der Neugier und dem Sensationsbedürfnis kommt ein Sykophantentum schlimmster Art, die Erpressung durch die Androhung mißliebiger, oft genug völlig aus der Luft gegriffenen Veröffentlichungen, und umgekehrt die Förderung privater, oft sehr zweideutiger Interessen durch geschickt lancierte Notizen, natürlich gegen gute Bezahlung.

Selbstverständlich gibt es auch in Amerika anständige, und zum Teil sehr gut redigierte Zeitungen; aber daneben steht die Masse der problematischen bis zu den ärgsten Schmutzblättern herab, die man auch nur anzufassen sich überwinden muß. In Berlin, das auch in dieser Beziehung arg amerikanisiert ist, haben wir ja genug gleichartige Erscheinungen; aber in Amerika geht das über das ganze Land, und gerade die minderwertigen Blätter haben natürlich den breitesten Leserkreis.

Das Organ, mit dem die Presse an den einzelnen herangeht, ist der Interviewer, eines der unerquicklichsten Erzeugnisse moderner menschlicher Verbildung. Den europäischen Reisenden, der irgendwie einen Namen hat, empfängt er gleich bei der Landung, wo man dann am nächsten Tage die wunderlichsten Aussprüche über die Seereise, über Europa und Amerika lesen kann, die einem in den Mund gelegt werden, und er verfolgt ihn durch das ganze Land. Aber der Ausländer kann ihn wenigstens abwehren, wenn er die nötige Energie besitzt, die aufdringlichen Gesellen abzuschütteln — und auch dann versteht es ein geschulter Interviewer, daraus einen vielleicht ganz amüsanten Bericht zu machen, wenn er nicht einfach eine Unterredung, wie sie ihm paßt, erfindet. Der Amerikaner dagegen darf so nicht auftreten; er zittert bei dem Gedanken, daß am nächsten Tage irgend eine Verleumdung über ihn in der Zeitung stehen könne, und behandelt den Interviewer daher mit peinlicher Rücksicht. Je weiter man nach Westen kommt, desto ärger oder wenigstens plumper wird das Übel. Gesichert ist man niemals dagegen, auch bei aller Vorsicht, daß nicht selbst beim Verkehr im intimsten Kreise Äußerungen in die Zeitungen kommen, die man getan hat oder angeblich getan haben soll. So sind nicht nur mir, sondern auch meiner Frau in Berichten über Receptions (S. 151) die seltsamsten Aussprüche in den Mund gelegt worden, und als ich an der Northwestern-Universität in Evanston bei Chicago von einem kleinen Studentenverein zu einem Nachmittagstee eingeladen war und dort einiges über deutsches Studentenleben hatte erzählen müssen, stand am nächsten Tage, trotz der Zusicherung, man werde nichts darüber veröffentlichen, in einer Zeitung, ich hätte gesagt, die amerikanischen Studenten hätten kein Ehrgefühl. Der Präsident der Universität beruhigte mich, über ihn stehe alle Augenblick so viel Verkehrtes in den Zeitungen, daß er sich darüber nicht mehr aufrege, das Publikum wisse, was von solchen Berichten zu halten sei. In der Tat hat die Notiz keine weiteren Folgen gehabt; aber nur zu leicht wäre das möglich gewesen, ich kenne gar manche Fälle, auch von Universitätsprofessoren, deren Existenz durch solche von der Presse erfundenen Verläumdungen vernichtet worden ist.

Die Presse ist das Organ der öffentlichen Meinung. Aber weit darüber hinaus übt diese einen Zwang aus, dem der einzelne sich nicht entziehn kann. Der Mensch ist eben kein isoliertes Wesen, sondern auf das Zusammenleben mit andern und den Zusammenschluß unter einer festen Ordnung angewiesen; und je weniger die Staatsgewalt entwickelt ist und in die Gestaltung des Lebens eingreift, um so stärker wird der Zwang der Sitte und der in der Gesellschaft herrschenden Anschauungen. Wie in England regelt sie auch in Amerika das Verhalten und die Lebensführung bis ins einzelnste. Seit etwa zwanzig Jahren ist es Sitte geworden, sich den Bart, auch den Schnurrbart, abnehmen zu lassen, und kein Amerikaner, der auf sich hält, wird jetzt noch einen Bart tragen, und ebensowenig z. B. einen Stock. Wann man die Mahlzeiten einnehmen, was man dabei genießen soll, ist fest geregelt, und außer der Zeit ist es kaum möglich, etwas zu essen zu erhalten, was z. B. auf Reisen sehr unangenehm sein kann; nur auf dringende Bitten wird der Wirt sich vielleicht aus persönlicher Gefälligkeit dazu herablassen, dem Verspäteten den Hunger zu stillen.

Viel bedeutsamer als diese Äußerlichkeiten ist natürlich die Forderung, sich den herrschenden Anschauungen zu fügen, deren Wirkung wir wie in der Politik so auf dem Gebiet der Religion kennen gelernt haben. Vorgeschrieben ist ferner ein äußerlich korrektes Verhalten, das zu dem inneren Wesen und dem tatsächlichen Treiben des Betreffenden in schroffem Widerspruch stehen mag. Sehr bezeichnend ist, daß in Amerika wie in England als die schwerste Sünde das Fluchen gilt; das muß daher peinlich vermieden werden, wohl aber sucht man auf alle Weise einen gerade noch zulässigen, womöglich humoristischen Ersatz dafür, in dem sich das natürliche Gefühl doch einmal Luft machen kann[1]). Zu voller Heuchelei führt das in weiten Kreisen bei der Temperenzbewegung. Sie ist Mode geworden, und so muß der anständige Mensch sie mitmachen, und trinkt vor der Öffentlichkeit kein alkoholisches Getränk — die großen „trockenen" Diners, bei denen es nur das entsetzliche Eiswasser gibt, sind für einen anders gewöhnten Menschen eine arge Plage —; aber daheim und insgeheim nimmt er sein gehöriges Quantum, die Gesetze, welche den Verkauf alkoholischer Getränke verbieten, werden auf alle

[1]) Zur Illustration mag eine Anekdote erzählt werden, die mir in einer Gesellschaft sehr orthodoxer Theologen von dem Oberhaupt der betreffenden Universität mit großem Behagen erzählt wurde, von einem Geistlichen, der beim Golfspiel, wenn er sein Ziel verfehlte, regelmäßig ausrief: Assuan, Assuan! — denn Assuan mit seinem großen Sperrdamm an der Nilkatarakte „is the greatest dam (natürlich = damn, Fluch) on earth."

Weise, z. B. durch den Verkauf als Arznei in Apotheken, umgangen, und vielfach trifft man Leute, die erklären, ein Cocktail sei kein alkoholisches Getränk, so wie für die liberalen Türken der Champagner kein Wein ist.

Auch im übrigen ist die Temperenzbewegung für die amerikanische Art bezeichnend. Im Grunde ist sie ja eine Krankheitserscheinung, ein Bekenntnis, daß man nicht die sittliche Kraft hat, Maß zu halten und das Leben in verständiger Weise zu genießen, und sich daher durch äußeren Zwang schützen will. Jetzt (1919) ist die Temperenz für die gesamte Union gesetzlich eingeführt und der Verkauf alkoholischer Getränke verboten. Im Jahre 1917 war sie bereits in mehr als der Hälfte der Staaten (25 gegen 23) durchgeführt, in andern war es den Einzelgemeinden überlassen, und so wechselte hier die Bestimmung von Ort zu Ort und in den Städten von Bezirk zu Bezirk[1]), und weiter von Jahr zu Jahr je nach dem Ausfall der Abstimmungen. Wenn ein Ort „trocken" (dry) ward, wurden alle Schankwirtschaften, Gartenlokale u. ä. geschlossen; und auf meine Frage, ob und in welcher Weise dann den Besitzern eine Entschädigung dafür gewährt werde, daß man ihnen ihren Erwerb nimmt, sah man mich erstaunt an: ein derartiger Gedanke, der uns ganz selbstverständlich erscheint, war ihnen überhaupt nicht gekommen und schien ihnen ungeheuerlich. Der Wille der Majorität ist eben Gesetz, und der einzelne hat sich dem zu fügen, ob es seinen Wünschen und Interessen entspricht oder nicht, ist gleichgültig.

Der deutsche und der amerikanische Freiheitsbegriff.

Diese willige Unterordnung unter die Majorität oder das, was sich als solche ausgibt und durchzusetzen versteht, ist überhaupt ein charakteristischer Zug des Amerikaners. Im politischen Leben ist diese Fügsamkeit sehr wertvoll und hat das Land vor schweren Erschütterungen bewahrt, die sonst bei der Schwäche der Regierung unvermeidlich sein würden; sie schafft ein unentbehrliches Gegengewicht gegen die heftigen Parteikämpfe. Selbst in der wohl schwersten politischen Krisis, die die Union seit dem Bürgerkrieg durchgemacht hat, als im Winter 1876/7 der Streit, ob Tilden oder Hayes gewählt sei, das Land monatelang in fieberhafter Erregung hielt, haben sich die Unterliegenden der Entscheidung, obwohl sie zweifellos parteiisch war, widerstandslos gefügt.

[1]) In Boston war, im Gegensatz zu der Universitätsstadt Cambridge, der Verkauf frei; nur an den Wahltagen war er strenge verboten und die Geschäfte durften nicht einmal Bestellungen annehmen, um so eine illegitime Beeinflussung der Wähler zu verhüten.

Aber der Amerikaner dehnt das auf das gesamte Leben und Denken aus: der wirtschaftlichen und politischen Freiheit steht die soziale Gebundenheit gegenüber. Das steht in diametralem Gegensatz gegen die deutsche Anschauung. Der Deutsche fordert die Unterordnung des einzelnen nicht nur unter das Gesetz sondern auch unter die Interessen der Gesamtheit, die Beschränkung seiner persönlichen Ziele, wo sie mit diesen zusammenstoßen, und daher einen kräftigen Staat, der das Wirtschaftsleben beaufsichtigt und regelt und den wirtschaftlich Schwächeren gegen die rücksichtslose Ausbeutung oder Erdrückung durch den Stärkeren schützt, ihm ein Minimum der Existenz sichert. Die Anschauungen der bürgerlichen Demokratie, die in der Manchesterlehre ihr Ideal sehn, soviel Lärm sie machen und so geschickt sie vor allem in der jüdischen Presse vertreten werden, sind internationalen Ursprungs und ein Fremdkörper im Deutschtum; sie mögen Deutschland zeitweilig überrennen, aber sie widersprechen dem inneren Empfinden des Volks durchaus, und wenn Deutschland überhaupt noch eine Zukunft hat, muß und wird es sie wieder abstoßen und zu seiner Eigenart zurückkehren.

Demgegenüber verlangt der Deutsche freien Spielraum für die innere Entfaltung seiner Persönlichkeit, für sein Eigenleben. Und hier duldet er keine Schranken, und am wenigsten die, welche ihm von der Menge, von der Majorität autoritativ auferlegt werden. Wenn dem Deutschen entgegengehalten wird, daß etwas öffentliche Meinung und allgemein anerkannt sei, wird er sich dem nicht bereitwillig fügen, wie der Engländer und der Amerikaner, sondern weit eher sogleich geneigt sein, für das Gegenteil einzutreten. Er will seine Selbständigkeit und innere Unabhängigkeit wahren, jede Frage selbständig durchdenken und überzeugt werden, er strebt nach einer einheitlichen, in sich harmonischen Weltanschauung, und nach dieser will er sein Leben gestalten, ungehemmt durch Traditionen und Vorschriften, die seinen Anschauungen widersprechen. Daher die zahlreichen Grübler und Eigenbrödler, die wir in Deutschland in allen Kreisen treffen, die sich zu einer einheitlichen Weltanschauung durchzuringen suchen, wie bizarr dieselbe gelegentlich auch ausfallen mag; daher die ganz andere Stellung zur Religion, die, auch wenn sie im Ergebnis, in der starren Formulierung der Orthodoxie oder der Dogmen einer Sekte, auf dasselbe hinauskommen mag, doch niemals, wie beim Amerikaner, lediglich Konvention sein, sondern auf innerer Überzeugung beruhen soll. In dem fundamental verschiedenen Anlaß und Verlauf der englischen und der deutschen Reformation tritt der tiefe Gegensatz der beiden Nationalitäten zutage: niemals hätte von England der die Welt umgestaltende Kampf der Ideen ausgehn

können, wie von Deutschland. Dazu kommt dann weiter das Streben, sich ein inneres Behagen zu schaffen, das seinen Neigungen entspricht. Die „Gemütlichkeit", die der Amerikaner nicht kennt und sowohl durch die Hast seiner Lebensführung und die überall sich eindrängende politische Diskussion wie vor allem durch den derben Eingriff der Temperenzbewegung stört, ist dem Deutschen ein Herzenbedürfnis.

Gegensatz zwischen Deutschland und Amerika. Militarismus, Monarchie und wirtschaftliche Rivalität.

So steht der deutsche Freiheitsbegriff in fundamentalem Gegensatz zu dem englisch-amerikanischen. Von dem Moment an, wo er die Landungsbrücke in New York betritt, bis zu dem, wo er sie wieder verläßt, fühlt sich der Deutsche in Amerika unter einem Zwange, der ihm auf die Dauer unerträglich vorkommt. Die politische Freiheit dagegen im Sinne des radikalen Liberalismus ist nicht das Ideal des Deutschen, was auch die Schreier sagen und uns aufzwingen mögen: er will regiert sein, und zwar in allen Schichten des Volks, nicht selbst regieren. Die Regierung aber soll die Interessen der Gesamtheit vertreten, und eben darum unparteiisch und mit gefesteter Autorität über den einzelnen und über den Gruppen stehn. Der Pflichtbegriff steht dem Deutschen höher als der der politischen Rechte, die Hingabe für ein über den einzelnen und sein Wohlergehn, über die „Erstrebung der Glückseligkeit" hinausgehendes Ziel, für eine Idee ist ihm das Ideal, mag sie in Wirklichkeit auch noch so verschwommen und unhaltbar sein. Gerade die Sozialdemokratie mit ihrer Organisation und den starken Anforderungen an Unterordnung und Hingabe an das in weiter Ferne gedachte Ziel, im Gegensatz zu den über die praktischen Fragen des Moments nicht hinausgehenden Arbeiterorganisationen Englands und Amerikas hat diesen echt deutschen Idealismus in charakteristischer Weise gezeigt — ein Moment, das unsere Regierung und die bürgerlichen Kreise in ganz verhängnisvoller Weise immer verkannt haben.

In dem allen steht die englische und amerikanische Auffassung in diametralem Gegensatz zu der deutschen. Wie im wirtschaftlichen und sozialen Leben tritt er in der Staatsgestaltung überall beherrschend zutage: es sind zwei entgegengesetzte Weltanschauungen und daher auch zwei entgegengesetzte Staatsformen, die sich hier gegenüberstehn und die im Weltkriege miteinander gerungen haben.

Seinen schärfsten Ausdruck findet dieser Gegensatz in der Stellung zur allgemeinen Wehrpflicht. Was dem Deutschen als die höchste Pflicht jedes freien Bürgers gegen seinen Staat und sein Volk erscheint, die Hingabe von Leib und Leben für den Waffendienst, die seine Freiheit und Selbständigkeit sichert, erscheint dem Engländer und Amerikaner als ein Zeichen der Unfreiheit und unwürdiger Knechtschaft. Zwar kann der Staat ein Heer nicht entbehren, aber dies soll nur aus Freiwilligen bestehn, die sich dazu hergeben, den Schutz der Gesamtheit zu übernehmen, so gut wie die Polizisten und die Staatsbeamten; die Masse der Bevölkerung aber soll damit unbehelligt bleiben und auch im Kriege ihren Geschäften nachgehn können. Auch als sich allmählich der Gedanke der Notwendigkeit weiter verbreitete, für den Fall eines ernstlichen Krieges größere Massen heranzuziehn und schon im Frieden dafür auszubilden, und man neben dem minimalen stehenden Heer (vor dem Kriege 78 782 Mann, sowie 44 500 in der Marine) begann, die Miliz etwas weiter zu entwickeln, blieb die Stellung zu derselben durchaus freiwillig, und die Gesamtzahl der „organisierten" Miliz der einzelnen Staaten betrug nur 109 951 Mann nebst 17 960 Offizieren und Unteroffizieren. Daneben ist allerdings 1903 und 1908 gesetzlich bestimmt worden, daß „alle körperlich tauglichen männlichen Bürger der Einzelstaaten im Alter von 18 bis 45 Jahren und ebenso die Fremden, die sich zur Naturalisation melden, der Miliz angehören"; aber diese „Reserve" ist unorganisiert und wird erst im Bedürfnisfalle herangezogen und ausgebildet.

Neben dem Haß gegen die allgemeine Wehrpflicht steht der gegen die Monarchie. Dieser Haß ist dem Amerikaner von Jugend auf eingeimpft und lebt in ihm eben so kräftig, wie ehemals in den griechischen und römischen Republikanern. Aus Georg III. hat die Tradition, anknüpfend an die Anklagen der Unabhängigkeitserklärung, einen Popanz gemacht, der in despotischer Laune jede Freiheit und alle Menschenrechte unterdrückte, und nach diesem Vorbild wird jeder Monarch beurteilt. Die Bekämpfung und Ausrottung der Monarchie erscheint geradezu als die Weltmission der amerikanischen Freistaaten. Eine Schattenmonarchie wie die englische oder italienische mag man allenfalls dulden; aber wenn sie kräftig und schöpferisch auftreten kann, wie in Deutschland, wird sie verabscheut als das Gegenteil aller Freiheit, als eine brutale Gewaltherrschaft. Vielfach hat man sich in Deutschland dadurch irreführen lassen, daß die Amerikaner sich nicht nur, wenn sie nach Europa kamen, um ihre kindliche Eitelkeit zu befriedigen, mit unersättlichem Eifer um den Zutritt zum Hof und womöglich um einen Orden bemühten (S. 167), sondern auch in der Tat mit

Respekt, ja mit einer gewissen Sympathie gerade von Wilhelm II., seinen persönlichen Eigenschaften und seinen Leistungen sprachen. Aber das ist doch nichts anderes, als wenn man etwa einen Löwen bewundert: am besten aufgehoben ist er in einem Käfig, oder man schießt ihn auf der Jagd nieder und zieht ihm das Fell ab. Daß ein Königsmord oder z. B. die Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Masse der Amerikaner durchaus sympathisch war und die Freude darüber höchstens mit einem Achselzucken über die dabei unvermeidliche Gewalttat begleitet wurde, ist zweifellos. Durch die populäre Literatur, durch Schauerromane niedrigster Art, die von allen möglichen Gewalttaten und Mißhandlungen Unschuldiger — vor allem der obligaten Liebespaare — durch die Herrscher und ihr Werkzeug, die Armee und ihre Offiziere, erzählten, wurde diese Stimmung ständig lebendig erhalten. Die englische Preßpropaganda, unter der geschickten aber völlig skrupellosen Leitung des bekannten Harmsworth-Lord Northcliffe, verstand es, sie immer wieder zu schüren, vor allem auch durch das ständig wieder aufgewärmte Lügenmärchen, Deutschland beabsichtige sich in Amerika, in Brasilien, Nikaragua oder sonst irgendwo, festzusetzen. Noch weiter gesteigert wurde sie durch Zeitungen wie das Berliner Tageblatt und den Simplizissimus, die Hauptquellen der Information der Amerikaner und ihrer Presse über Deutschland. Die gemeinen Hetzartikel, gehässigen Anekdoten und widerwärtigen Bilder, welche diese beiden Blätter ständig brachten, tragen überhaupt eine ganz wesentliche Mitschuld an dem Ausbruch des Weltkriegs: sie haben nicht nur die Stimmung des Auslands gegen Deutschland ständig weiter aufgehetzt, sondern die Meinung geschaffen, Deutschland seufze unter dem Druck einer unerträglichen Tyrannei und werde jede Gelegenheit ergreifen, das Joch abzuschütteln, ein Krieg gegen Deutschland werde daher zu einer Revolution führen und so sein Ziel ohne Mühe erreichen [1]).

[1]) Der verhängnisvolle Einfluß des Berliner Tageblatts und der gleichartigen Presse, der Frankfurter und der Kölnischen Zeitung — der Leibblätter des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg! — hat sich bekanntlich während des Kriegs in stets gesteigertem Maße zu unserem Verderben geltend gemacht. So werden denn auch seine Leiter, Theodor Wolff und Mosse, von dem amerikanischen Botschafter Gerard in seinem Buch My four years in Germany, 1917, p. 290 mit enthusiastischem Lob überschüttet, als „ein Leuchtfeuer von Vernunft und patriotischer Gesinnung", und ihnen „bei einer verständigen Liberalisierung Deutschlands, falls es dazu kommen sollte, eine führende Rolle" vorausgesagt (In the reasonable liberalisation of Germany — if it comes — Theodor Wolff and his father-in-law Mosse will play leading parts. The great newspaper the Tageblatt, which Mosse owns and Wolff edits, has throughout the war been a beacon-light at once of reason and patriotism).

Natürlich hat es auch in Amerika nicht wenige Männer gegeben, die Deutschland besser zu würdigen verstanden, ja die zum Teil den deutschen Staatsbegriff und seine Organisation weit über die amerikanischen stellten. Auch Roosevelt hat als Präsident entschiedene Sympathie für Deutschland und seinen Kaiser gehabt und betätigt; er erstrebte, bei scharfer Wahrung der amerikanischen Interessen, ein Zusammengehn mit Deutschland, und fand damit im Lande vielfach Anklang. Trotz der von England und Frankreich mit großem Geschick betriebenen Hetze gegen Deutschland stand die amerikanische Presse diesem im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts nicht feindselig gegenüber, und hat z. B. gelegentliche Konflikte in Zollsachen nicht aufgebauscht. Aber die Situation änderte sich sofort, sobald der Krieg ausbrach: da waren Kampf gegen Militarismus und Autokratie die Schlagworte, an die sich die Masse hielt. Einen typischen Ausdruck erhielt sie durch die geschickt herausgegriffene Stellung des Kaisers als des obersten Kriegsherrn; unter dem war-lord, wie dieser Begriff wiedergegeben wurde, malte man sich ein phantastisches Ungeheuer aus mit allen Zügen der brutalsten Tyrannei. Davon, daß es garnichts anderes bedeutete, als daß nach der amerikanischen Verfassung der Präsident „der Oberbefehlshaber der Armee und Flotte der Vereinigten Staaten und der Miliz der Einzelstaaten ist, wenn diese in den Dienst der Vereinigten Staaten gerufen ist", hatte man keine Vorstellung. Die Phrase und die Lüge ist eben, das hat der Weltkrieg und dann die deutsche Revolution aufs neue erwiesen, eine gewaltige Macht, vielleicht die stärkste, die es auf Erden gibt, und jedenfalls der Wahrheit unendlich überlegen.

Zu diesen Stimmungsmomenten kam nun, stets anwachsend, der wirtschaftliche Gegensatz hinzu, der gewaltige Aufschwung, den Deutschlands Industrie und Handel dank seiner Energie und seiner zielbewußt geleiteten Organisation genommen hatten. Immer mehr empfand man in ihm den unbequemen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Wohl freute man sich über die Leistungsfähigkeit und raffinierte Einrichtung der deutschen Handelsmarine und der Passagierdampfer und zog sie den von ihr überflügelten englischen vor; aber zugleich empfand man die Abhängigkeit, in die man dadurch geraten war, da die amerikanische Schiffahrt seit dem Bürgerkrieg ganz daniederlag. Wie diese Momente mitgewirkt und die führenden Industriellen und Geldleute zu energischen Gegnern Deutschlands gemacht haben, die die sich bietende Gelegenheit, den Rivalen niederzuschlagen, zielbewußt ergriffen und die Macht besaßen, ihrem Willen Geltung zu verschaffen, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Die auswärtige Politik.
Imperialismus und Pazifismus.

Der Verlauf, den die Entwicklung der Vereinigten Staaten im neunzehnten Jahrhundert genommen hat, ist nur dadurch möglich gewesen, daß ihnen ein äußerer Feind, der sie bedrohte und in Atem hielt, nicht gegenüberstand; die Gefahr, die zu Anfang noch von England drohte, ist immer mehr geschwunden, nach dem Bürgerkrieg konnte es an ein feindseliges Eingreifen nicht mehr denken, sondern mußte ständig weiter zurückweichen. So hat die äußere Politik nur eine sehr geringe Rolle gespielt; die ganze Kraft konnte sich auf die innere Gestaltung werfen. Daher ist denn auch die Kenntnis des Auslands und der auswärtigen Beziehungen in der Masse des Volks sehr gering. Wenn die Parteigegensätze sich einmal der äußeren Politik bemächtigten und hier eine Erregung schufen, so sind das in der Regel nur Schachzüge auf dem Gebiet der inneren Politik, nur Manöver gewesen.

Aber durch den gewaltigen Aufschwung, den die Nation seit dem Bürgerkrieg genommen hat, hat sich das Verhältnis langsam verschoben: ganz allmählich hat die auswärtige Politik auch hier begonnen, in die zentrale, alles andere beherrschende Stellung im Staatsleben einzurücken, die ihr in normalen geschichtlichen Verhältnissen zufällt. Wir haben gesehn, wie sich das in zwei entgegengesetzten Tendenzen geltend macht. Auf der einen Seite steht das Bestreben, das Schwergewicht der herangewachsenen Nation in der Welt geltend zu machen, die Absatzgebiete und Handelsbeziehungen zu erweitern und daher auch zu den Händeln des Auslands Stellung zu nehmen; man konnte den Gedanken fassen, in Zukunft einmal auch auf dem Geldmarkt die beherrschende Stellung zu erringen und seinen Schwerpunkt von London nach Wallstreet in New York zu verlegen. Man begann, den ursprünglichen Sinn der Monroedoktrin zu erweitern, die als Vermächtnis Washingtons übernommene Beschränkung auf Amerika aufzugeben, sich an den Verhandlungen der übrigen Großmächte zu beteiligen und dadurch wie Ansprüche so Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Diese Entwicklung zum „Imperialismus", die zugleich eine Stärkung der Staatsgewalt und der militärischen Bereitschaft erfordere, gelangte in dem Kriege mit Spanien und dem Hinausgreifen über See nach Mittelamerika und dem Stillen Ozean zu ihrem ersten, zugleich über die ganze Zukunft der Union entscheidendem Erfolge: durch die Gewinnung überseeischer Provinzen und Vasallenstaaten trat sie

in die Weltpolitik ein, und fortan treibt sie das Schwergewicht der Dinge unaufhaltsam weiter auf dem einmal beschrittenen Wege, alle Versuche, davon loszukommen, wie sie in der Gestaltung der Beziehungen zu Cuba und zu den Philippinen gemacht werden, sind von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die Aufrichtung der Suprematie über Panama und den Isthmuskanal war der zweite Schritt; die Rivalität mit Japan, die Frage der Beherrschung des Stillen Ozeans wurde das maßgebende Moment für die amerikanische Politik, sie führte zur Friedensvermittlung im russisch-japanischen Kriege.

In diesen Maßnahmen gelangen die modernen kapitalistischen und industriellen Kräfte zu entscheidendem Einfluß. Ihnen gegenüber stehn die alten Tendenzen der landwirtschaftlichen Kreise und der agrarischen Expansion, die aber über das Festland nicht hinausgreifen will, in der Defensive; von einer Verstärkung der Staatsgewalt und der Armee, von Weltpolitik und überseeischen Kriegen wollen diese nichts wissen, sie halten an den alten Traditionen fest. So kleiden sie sich jetzt in das Gewand eines humanitären Pazifizismus; trotz aller Begehrlichkeit nach neuem Ackerland, die jetzt ihre Blicke vor allem auf Kanada richtet, behaupten sie lediglich für das Recht einzutreten und alle Gewalttätigkeit und Eroberung als Charakterzüge der rückständigen und einer despotischen Willkürherrschaft verfallenen europäischen Staaten zu verabscheuen, über die das fortgeschrittene, von einem freien Volk regierte und lediglich von den höchsten sittlichen Grundsätzen geleitete Amerika weit erhaben sei. Wie stark diese pazifistische Strömung sich entwickelt hat, haben wir bereits gesehn.

Scheinbar stehn die beiden Tendenzen in schroffem Gegensatz zueinander. Aber in Wirklichkeit vertragen sie sich sehr gut, ja in mancher Beziehung ist die eine nur die Kehrseite der andern. Denn daß Amerika, wo immer es für seine Ansprüche eintritt, im Rechte ist und nur böser Wille das verkennen kann, gilt als selbstverständlich; durch den Sieg der Friedensidee wird es also in seinen Interessen niemals geschädigt werden und von seinen Rechten nichts preisgeben. Wohl aber kann es ihm sehr willkommen sein, wenn ihm die Schiedsgerichtsverträge und die Haager Konferenz die Last abnehmen, für sie eine schwere Rüstung zu tragen und einen Krieg führen zu müssen. Sollten freilich die andern Mächte so verstockt sein, Amerikas Rechte und seine ehrliche Gesinnung nicht anzuerkennen, so wird es zum Schwerte greifen, und dann wird es einer geschickten Agitation gelingen, auch die widerstrebenden Elemente zum Kampf für die geheiligte Sache der Union und damit zugleich für die wahren Interessen der Menschheit mit sich fortzureißen.

Im übrigen hat man den Gegensatz allerdings, wenn auch nicht in seinem wahren Wesen und seiner vollen Schärfe, so doch instinktiv sehr deutlich empfunden. Ein neuer Riß durch die Union bereitete sich vor, diesmal nicht zwischen Süden und Norden, sondern zwischen dem Osten und dem Hauptgebiet der Union, dem Bereich des Mississippi und seiner Zuflüsse; die Alleghanies bilden die Scheidelinie. Eine Sonderstellung nimmt dann jenseits der großen Wüste Kalifornien ein, dessen Haltung durch die Interessen auf dem Stillen Ozean bestimmt ist. Schon der Bewegung der Populisten und der Silberleute Bryans gegen die mit Europa in engster Beziehung stehenden Städte und Geldleute des Ostens, die nach dem Begriff der echten Amerikaner des Westens schon halbe Europäer sind, liegt dieser Gegensatz zugrunde. Ganz deutlich ist er im März 1916 bei der Abstimmung im Repräsentantenhaus über die Ubootfrage hervorgetreten; die Stimmen schieden sich in der Hauptsache nicht nach Parteirücksichten — nur die Demokraten des Südens stimmten, wie natürlich, geschlossen für die Politik ihres Präsidenten —, sondern, wie die Zeitungen beider Parteien hervorhoben, nach dem geographischen Gegensatz. Neuengland stimmte fast geschlossen für den Präsidenten, aus New York und Pennsylvanien zwei Drittel der Abgeordneten; dagegen stimmten Wisconsin, Minnesota, Jowa, Nebraska geschlossen gegen seine Politik, und aus dem mittleren Westen die überwiegende Majorität.

In dem Ringen der beiden Tendenzen hat der Osten, wie immer, das Übergewicht der besseren Organisation und des positiven Ziels. Er beherrscht das Geld und die Presse, hier sitzen die größten Industrien; alle modernen Mittel und auch die größere Intelligenz stehn ihm zur Verfügung, und er versteht, die geheimen Kanäle zu benutzen, die einen entscheidenden Einfluß ermöglichen. So hat er im Weltkriege sein Ziel erreicht. Es ist zweifellos, daß die Majorität des amerikanischen Volkes von einem Kriege mit Deutschland nichts wissen sondern den Frieden erhalten wollte, ganz gleichgültig, ob sie im übrigen für Deutschland irgendwie Sympathien hatten oder nicht. Aber sie sind in Amerika so wenig zu Worte gekommen, wie in England oder Frankreich; vielmehr hat die Regierung es hier wie in diesen Ländern verstanden, das Volk vor eine vollendete Tatsache zu stellen, und die führenden Kreise des Ostens haben der Majorität, dem eigentlichen Kern der amerikanischen Nation, ihren Willen aufgezwungen.

Wir haben gesehn, wie stark unter Roosevelt die imperialistischen Tendenzen vorwärts geschritten sind. Unter Taft blieb die Entwicklung in denselben Bahnen. Mit der Präsidentschaft

des Demokraten Wilson 1913 trat dagegen natürlich zunächst ein Rückschlag ein. So zog er eine Beteiligung der Union an der von den Mächten der chinesischen Republik (die er natürlich sofort anerkannte) zu gewährenden Anleihe zurück und suchte Kalifornien zur Nachgibigkeit gegen Japan und Zurücknahme des von diesem Staat erlassenen Verbots der Erwerbung von Grundbesitz durch Ausländer zu bewegen; auch setzte er durch, daß der Kongreß die für amerikanische Schiffe bewilligte Abgabenfreiheit im Panamakanal auf Grund des englischen Einspruchs zurücknahm und die übernommenen internationalen Verpflichtungen anerkannte, welche eine gleichmäßige Behandlung aller durchpassierenden Schiffe vorschrieben (Juni 1914). Im übrigen bewirkte er, dem demokratischen Programm entsprechend, eine wesentliche Herabsetzung des Zolltarifs (Oktober 1913) und versuchte, durch eine energische Gesetzgebung den Trusts zu Leibe zu gehn.

Präsident Wilson und die mexikanischen Wirren.

Woodrow Wilson, geboren den 28. Dezember 1856 in Virginia als Sohn eines presbyterianischen Geistlichen und eifrigen Anhängers der Südstaaten und der demokratischen Partei, Nachkomme eines nach Irland übergesiedelten protestantischen Schotten, ist der erste Präsident der Union, der aus den Universitätslehrern hervorgegangen ist: er hat zahlreiche und zum Teil recht bedeutende Werke über amerikanische Geschichte und vor allem über die Theorie und Praxis der Verfassung veröffentlicht und war, nach verschiedenen Stellungen an anderen Universitäten, seit 1890 Professor in Princeton und seit 1902 deren Präsident. Als solcher hat er, wie schon erwähnt (S. 184), einen erbitterten Kampf sowohl für die Erweiterung und Umgestaltung des Lehrbetriebs und des Lehrkörpers wie für die Demokratisierung der Universität geführt, in dem er 1910 unterlag. Nach seinem Rücktritt wurde er Gouverneur von New Jersey. Daß die Demokraten Bryan fallen ließen und ihn aufstellten, ist ein Beweis dafür, wie sich, namentlich seit Roosevelt, die Anforderungen an die geistige Bedeutung und soziale Stellung des Präsidenten gesteigert haben und die seit Jackson eingerissene Verwilderung allmählich überwunden wird.

Von Jugend auf war Wilson von einem starken Ehrgeiz beseelt; schon als Student sagte er, er wolle eine führende Persönlichkeit, a leader of men, werden. Er ist ein Mann von großer Willensenergie, aber ein Doktrinär durch und durch. Über die Probleme, die an ihn herantreten, bildet er sich in methodischer

Gedankenentwicklung eine feste Ansicht und einen bestimmten Plan, und hält an diesem mit hartnäckiger Zähigkeit fest. Widerstrebenden Einflüssen, einer freien Diskussion mit abweichenden Ansichten, dem Versuch, ihn zu einer anderen Auffassung zu bringen, ist er unzugänglich, wie er denn überhaupt von der Höhe seines Intellekts auf die andern stolz herabschaut und daher auch eine wirkliche Popularität, eine Erwärmung für seine Persönlichkeit etwa in der Art Lincolns oder auch nur Roosevelts in den Massen nicht zu erzeugen vermocht hat, sondern diese ihm kühl gegenüberstehn. Es ist bekannt, daß er dem Obersten House, den er im Winter 1915/6 nach Europa geschickt hatte, um Informationen zu sammeln, bei seiner Rückkehr nur bestimmt formulierte Fragen stellte, zu denen er sich die Antworten aufzeichnete, während er ihm jede selbständige Äußerung sofort abschnitt; und ebenso lehnt er jeden Versuch ab, ihn zu belehren und ihm weiteres Material vorzulegen, wenn dies zu seinen von vornherein feststehenden Ansichten nicht paßt. Selbstverständlich ist er in der Theorie durchaus pazifistisch gestimmt: er glaubt an das Ideal des ewigen Friedens und der Verbrüderung aller freien Völker, die jeden Anlaß zum Konflikt beseitigt, auch an die Phrase von der Freiheit der Meere, er will von Eroberungen, von ungebührlicher Machterweiterung nichts wissen und nur das Recht vertreten, das ihm natürlich mit den Ansprüchen Amerikas identisch ist. Tritt ihm aber ein Widerstand entgegen, so erwacht, wie er mir selbst einmal gesagt hat, seine aus Irland ererbte Kampfnatur, und dann ist er entschlossen, ihn mit allen Mitteln zu brechen: so ist er schon als Präsident von Princeton und dann auf der Weltbühne als Präsident der Union aufgetreten. Die subjektive Ehrlichkeit seiner Überzeugung darf man ihm nicht absprechen, er suggeriert sich selbst den Glauben an die Wahrheit seiner Behauptungen. Aber dadurch, daß er sich die Dinge mit starrem Formalismus zurechtlegt und daß er jede abweichende Ansicht und jede tiefer greifende Information schroff ablehnt, schlägt sie allerdings in der Praxis in ihr Gegenteil, in eine innere Unwahrhaftigkeit um: er beharrt auf seiner vorgefaßten Meinung, weil er nichts andres sehn und hören will und für sich die Unfehlbarkeit des echten Doktrinärs — man kann dabei z. B. an Guizot denken — in Anspruch nimmt, und geht den Weg, den er sich vorgezeichnet hat, mit kühler Beharrlichkeit weiter bis zum Ende, ohne nach rechts oder links zu blicken. So gleicht er in Charakter und Denkweise seinem Gegenspieler Bethmann-Hollweg, dem Philosophen auf Bismarcks Sitz. Gemeinsam ist beiden auch das hohe moralische Pathos ihrer Äußerungen, das doch nicht von innen erwärmt ist und daher eine packende Wirkung nicht auszuüben vermag. Der eine ist der Toten-

gräber seines Vaterlandes geworden, dem andern hat das Geschick eine Stellung zugewiesen, wie sie kaum je einem Menschen zuteil geworden ist; aber vor dem Richterstuhl der Geschichte hat keiner von beiden bestanden; sie sind gewogen und zu leicht befunden.

Aus Wilsons Denkweise erklärt sich der scheinbare, aber für ihn selbst nicht vorhandene Widerspruch, in dem seine Handlungen zu den von ihm mit salbungsvoller Feierlichkeit verkündeten Grundsätzen stehn. Er tritt auch in der inneren Politik hervor. Wilson bekennt die Grundsätze der fortgeschrittenen Demokratie und will sie voll durchführen, er möchte z. B. auch für den Präsidenten die direkte Volkswahl einführen, und er hat die Allmacht des Kongresses, die tatsächliche Leitung auch der Regierungsgeschäfte durch denselben mittels der Kommissionen, von denen die Verwaltungsbeamten abhängig sind, in seinen Schriften dargelegt und als Ziel der Entwicklung hingestellt (vgl. S. 212). Er machte es diesen Kommissionen zum Vorwurf, daß sie insgeheim, bei verschlossenen Türen, verhandelten, die Regierung also in Wirklichkeit, ganz gegen die Prinzipien der Demokratie, von unverantwortlichen Ausschüssen geführt werde und „eine fast absolute Macht in die Hände von Männern gelegt sei, deren Unverantwortlichkeit die Kontrolle ihres Verhaltens durch das Volk verhindert"; an ihre Stelle müsse eine öffentliche Erörterung im Repräsentantenhause treten. Aber als Präsident hat er den Kongreß tatsächlich vollständig beiseite geschoben und eine unumschränkte, „autokratische" Gewalt in Anspruch genommen und zu behaupten verstanden, wie sie vor ihm höchstens Lincoln in den Zeiten des Bürgerkriegs ausgeübt hat. Bezeichnend dafür ist schon gleich zu Anfang gewesen, daß er seine Botschaften an den Kongreß nicht schriftlich einsandte, wie das über ein Jahrhundert lang Brauch gewesen war, sondern an Washington anknüpfend sie im Kapitol selbst mündlich vortrug.

Aber maßgebend für seine Regierung wurde die auswärtige Politik, und diese war ihm natürlich bisher ganz fremd gewesen. Soweit sie in seinen Gesichtskreis getreten war, war er, den Traditionen seiner Familie entsprechend, ganz einseitig englisch orientiert, die übrigen Staaten und Völker Europas, außer etwa Frankreich, kennt er höchstens in nebelhaften Umrissen. Jetzt stand er vor der Aufgabe, die Beziehungen der Union zum Auslande zu leiten, die ihrer Entwicklung und ihrem Eintritt in die Weltpolitik entsprechend zu immer verwickelteren und verhängnisschwereren Problemen führte. Die Leitung der Auslandspolitik aber lag nach der Verfassung, wie er selbst in seinem Werk Constitutional Government of the United States (1908) aus-

geführt hat, unumschränkt in den Händen des Präsidenten[1]), und die diesem zugewiesenen Rechten voll zu wahren war er fest entschlossen. Er half sich damit, daß er sich die Dinge auch hier nach einem abstrakten Rechtsschema zurechtlegte und dies dann konsequent durchzuführen versuchte. Bezeichnend dafür ist die Stellung, die er zu den auf dem amerikanischen Kontinent auftauchenden Problemen einnahm. Er wollte die volle Unabhängigkeit der einzelnen Staaten achten und erklärte in einer am 26. Oktober 1913 aus Anlaß der mexikanischen Wirren in Mobile gehaltenen Rede, „daß die Vereinigten Staaten fortan nicht darauf ausgehn werden, auch nur einen Zollbreit Landes gewaltsam zu erobern." Im Jahre 1916 trat er nachdrücklich für ein Gesetz ein, daß die Philippinen binnen vier Jahren für frei erklärt werden sollten; finde der Präsident alsdann, daß der Zustand der Inseln eine völlige Unabhängigkeit noch nicht gestatte, so solle er an den Kongreß berichten, damit dieser weitere Maßnahmen beschließen könne. Im Senat wurde die Bill am 4. Februar angenommen, aber im Repräsentantenhaus Ende April mit großer Majorität abgelehnt.

Zugleich aber war Wilson ein Anhänger der Monroedoktrin in ihrer erweitertsten Fassung, wonach die Union der Schirmherr des gesamten Kontinents ist und die Aufgabe hat, den Staaten des lateinischen Amerikas zu helfen, dagegen jeden Einfluß Europas auszuschließen; und wenn sie die Neigung haben, ihre Beziehungen zu der Union enger zu gestalten und ihr Vorrechte einzuräumen, so kann das natürlich nur willkommen sein und es ist gestattet, dem durch einen sanften Druck nachzuhelfen. So hat er denn auch das Protektorat über Haiti und San Domingo und in milderer Form über Nikaragua aufgerichtet und die Abtretung der dänischen Inseln erzwungen. In der Rede in Mobile hat er es für eine Aufgabe der Vereinigten Staaten erklärt, den übrigen amerikanischen Republiken zu helfen, sich von der wirt-

[1]) Ich führe daraus die folgenden Sätze an, die auch für die Beurteilung seines Verhaltens in den Verhandlungen mit Deutschland von größter Bedeutung sind: „Die Initiative in den auswärtigen Angelegenheiten, die der Präsident ohne irgendwelche Einschränkung besitzt, enthält im Grunde genommen die Machtbefugnis, sie absolut zu kontrollieren. Der Präsident kann allerdings mit einer auswärtigen Macht keinen Vertrag ohne die Einwilligung des Senats schließen, wohl aber jeden Schritt der Diplomatie leiten; und die Leitung der Diplomatie bedeutet, zu bestimmen, was für Verträge zu schließen sind, wenn das Vertrauen zur Regierung und ihr Ansehn aufrechterhalten werden soll. Er braucht keinen Schritt in den Unterhandlungen bekannt zu geben, bis sie abgeschlossen sind; und wenn dies in irgend einer kritischen Angelegenheit geschehn ist, ist die Regierung tatsächlich gebunden. Mag er sich noch so sehr dagegen sträuben, so wird der Senat sich doch auch gebunden fühlen."

schaftlichen Abhängigkeit von Europa frei zu machen, und fordert, daß in Zukunft in ihnen den europäischen Staaten und dem europäischen Kapital keine Konzessionen gewährt werden sollten; alsdann werde sich der gesamte Kontinent zu einer einheitlichen Familie zusammenschließen — eine neue Erweiterung der Monroedoktrin, die allerdings in den südamerikanischen Republiken, vor allem den drei bedeutendsten, den seit Ende 1910 zu gemeinsamem Handeln verbündeten ABCstaaten (Argentinien, Brasilien, Chile) nur recht gemischte Gefühle erwecken konnte.

Gleichartig war Wilsons Verfahren gegen Mexiko. Hier war im Frühjahr 1911 der greise Präsident Porfirio Diaz, der das Land dreißig Jahre lang in Ordnung gehalten hatte, durch eine Revolution gestürzt worden. Als treibende Kraft stand dabei zwar nicht die amerikanische Regierung, wohl aber die amerikanischen Geldmächte im Hintergrunde, die längst begehrliche Blicke auf die Nachbarrepublik gerichtet hatten und entrüstet waren, daß Diaz eine unabhängige Haltung einnahm, die Beziehungen zu Europa und zu Japan pflegte und das europäische Kapital ins Land zu ziehn suchte; daß er die 1910 entdeckten großen Petroleumlager einer englischen Gesellschaft überließ, schuf ihm in dem Standard Oil Trust einen mächtigen Gegner. Sein Nachfolger Madero trat dann für einen engen wirtschaftlichen Anschluß an die Union ein, während er sich gegen eine Allianz mit den ABCstaaten ablehnend verhielt. Aber alsbald brachen neue Aufstände aus; am 19. Februar 1913 wurde Madero durch General Huerta in der Hauptstadt gefangen genommen, ein paar Tage darauf fand er bei einem Fluchtversuch den Tod. Huerta, ein Vollblutindianer von rücksichtsloser Energie wie Juarez und Diaz, war der Mann, der wieder Ordnung schaffen konnte, und wurde, als tatsächlich im Besitz der Staatsgewalt, von England und Frankreich anerkannt. Aber er war nicht auf verfassungsmäßigem Wege gewählt. So stellte sich Wilson, mit hoher moralischer Salbung, auf den formell korrekten Standpunkt und verweigerte ihm die Anerkennung, weil an seinen Händen Blut klebe und weil er nicht von der Zustimmung des Volkes getragen sei — als ob die Wahl jemals, und nun gar inmitten einer blutigen Revolution, etwas andres sein könnte als eine notdürftig mit dem Schein der Legitimität drapierte Usurpation. Dadurch wurde der Bürgerkrieg in Mexiko neu angefacht; Huertas Rivalen, die brutalen Generäle Villa und Carranza, die sich auch untereinander befehdeten, bekamen Luft und machten weitere Fortschritte, während Huerta zwar im Oktober, nach Zersprengung der Kammern, die Wahlen vornehmen ließ, aber die Beteiligung so gering war, daß der mexikanische Kongreß Ende November seine Wahl für

ungültig erklärte und ihm lediglich die provisorische Regentschaft bis zu neuen Wahlen übertrug. Offiziell wahrten die Vereinigten Staaten natürlich die Neutralität, und wenn Wilson sich auch die Vollmacht geben ließ, im Notfall neben dem stehenden Heer und der Miliz eine Viertelmillion Freiwillige aufzubieten, wies er doch einen Krieg für die materiellen Interessen der Bürger weit von sich: die über 50 000 Amerikaner, verkündete er Anfang 1914 dem Kongreß, die sich in Mexiko als Kaufleute, Landwirte und Viehzüchter, Bergwerksarbeiter niedergelassen hatten, seien auf ihre eigne Verantwortung hingegangen und ihr Anspruch, daß die Unionsregierung sie mit Waffengewalt schirmen solle, sei unbegründet. Er erließ eine Proklamation, die sie aufforderte, Mexiko zu verlassen, und der Kongreß bewilligte eine halbe Million Dollar zu ihrer Unterstützung bei der Rückwanderung (21. April 1914). Daß garnicht wenige dabei von Banditen oder von den sich bekämpfenden wilden Truppenscharen ausgeplündert und erschlagen wurden, kümmerte die Regierung nicht. Zugleich aber hatte Wilson schon am 9. Februar 1914 die vorher von ihm verbotene Waffeneinfuhr nach Mexiko freigegeben, was natürlich den Aufständischen zugute kam; und tatsächlich förderte er durch sein Verhalten die Interessen der großen Kapitalisten, denen alles daran liegen mußte, die Bildung einer kräftigen, die Unabhängigkeit des Landes sichernden Regierung unmöglich zu machen. Ob er sich dessen bewußt, ob sein formell korrektes Verhalten nur eine Maske war, darüber werden die Ansichten auseinandergehn; meine Auffassung ist, daß er auch hier subjektiv ehrlich war, daß aber der Doktrinär auf dem Präsidentenstuhl, indem er den spitzfindig ausgeklügelten Weg formeller Korrektheit mit starrer Konsequenz innehielt, tatsächlich, ohne es zu ahnen, ein willkommnes Werkzeug für Tendenzen wurde, die er prinzipiell verabscheute.

Alsbald wurde in der Tat ein weiteres Einschreiten notwendig. Als in dem Hafenplatz Tampico der Rebellen-General Villa einen Engländer erschießen ließ (15. Februar 1914), rief England die Vermittlung der Union an; aber sowohl Huerta wie Carranza lehnten deren Berechtigung zur Führung der Verhandlungen ab. Wenig später wurde der Zahlmeister eines amerikanischen Kriegsschiffs in Tampico verhaftet, aber sofort wieder freigelassen. Jetzt enthüllte sich der Formalismus Wilsons in seiner ganzen wunderlichen Glorie: er verlangte eine Genugtuung durch 21 Salutschüsse, Huerta wollte nur 6 gewähren, und um dieser Kinderei willen ließ Wilson durch die inzwischen zusammengezogene Flotte Veracruz besetzen (22. April), was nicht ohne harten Kampf abging. Jetzt griffen die ABC staaten vermittelnd ein, und eine Konferenz in Niagara Falls beschloß Ende Juni,

daß Huerta zurücktreten und eine neue provisorische Regierung gebildet werden sollte. Huerta's Macht war inzwischen durch die amerikanischen Intrigen so geschwächt, daß er sich fügen mußte und im Juli Mexiko verließ; aber irgendwelche Ordnung war damit natürlich nicht geschaffen. Allmählich ist es dann Carranza gelungen, das Übergewicht über seine zahlreichen legitimen und illegitimen Konkurrenten zu gewinnen; am 28. Juni 1915 besetzte er die Hauptstadt, im Oktober wurde er von Wilson, und darauf auch von den europäischen Mächten beider Parteien anerkannt. Neben ihm behauptete sich freilich Villa noch immer, und auch Carranza war durchaus nicht geneigt, sich den amerikanischen Ansprüchen zu fügen, darin in Übereinstimmung mit den Gefühlen der Bevölkerung, in der seit dem amerikanischen Raubkrieg von 1846 ein tiefgewurzelter, jetzt neu angefachter Haß gegen die nördlichen Nachbarn lebt. Die Forderung, daß die Union einschreiten und ein Ende machen solle, trat immer stärker hervor, vor allem im Süden; demgegenüber stand freilich die tiefgewurzelte Friedensstimmung, und zugleich empfand man, wie völlig ungenügend die Kriegsmacht des Staats für ein wirklich erfolgreiches Auftreten sei. Der Präsident forderte daher eine wesentliche Verstärkung der Armee und betrieb dafür, ebenso wie sein Gegner Roosevelt, eine eifrige Agitation; aber im Kongreß scheiterte eine diesbezügliche Vorlage, der Kriegsminister nahm deshalb seine Entlassung. Was die bisherige Truppenmacht wert war, zeigte sich, als wiederholte Grenzverletzungen durch Villa und Niedermetzelung von gefangenen Amerikanern im März 1916 ein militärisches Eingreifen unvermeidlich machten. Der Aufruf zur Stellung von Freiwilligen fand garkeinen Wiederhall, nur die Neger stellten sich in großer Zahl; allgemein beklagte man sich, daß die Gemeinen nur 15 Dollar monatlich erhalten sollten, die Offiziere aber mehrmals so viel, und daß das Recht der Offiziere, die Gemeinen herumzukommandieren „wie Negersklaven", dem amerikanischen Grundsatz der Gleichheit ins Gesicht schlage. Die einrückenden Truppen waren denn auch völlig undiszipliniert und mangelhaft ausgerüstet, und erlitten eine schwere Schlappe (12. April 1916). So blieb Wilson nichts übrig als sich zu fügen und einen schimpflichen Rückzug anzutreten: auf Carranzas Forderung erklärte er sich am 13. April bereit, diesem den weitern Kampf gegen Villa zu überlassen und die amerikanischen Truppen zurückzuziehn. Eine Friedenskonferenz trat in Atlantic City zusammen, die nach langen Verhandlungen doch zu keinem definitiven Ergebnis gelangte, sondern sich im Januar 1917 auflöste. Durch diese Vorgänge wurde erreicht, daß der Kongreß im Laufe des Sommers 1916 ein Gesetz annahm, welches das stehende Heer und die Miliz

bedeutend vermehrte, und 500 Millionen Dollar für den Bau großer Schlachtschiffe bewilligte. In Mexiko aber erhielt sich Carranza am Ruder und wurde im März 1917 zum Präsidenten wiedergewählt. Im Februar hatte er, mit offenbarem Hohn, eine Note an die Union gerichtet, in der er sie aus Gründen der Menschlichkeit aufforderte, allen Handel mit den kriegführenden Staaten und speziell den Munitionshandel zu verbieten. Mexiko ist bekanntlich einer der ganz wenigen Staaten des Erdballs, welche im Weltkriege bis zum Schluß neutral geblieben sind.

Während diese Vorgänge sich abspielten, waren die noch weit gewichtigeren Fragen, welche der Weltkrieg geschaffen hatte, immer mehr in den Vordergrund getreten.

Die Vereinigten Staaten im Weltkrieg.

Es hat in Deutschland weite Kreise aufs stärkste überrascht, daß die Vereinigten Staaten im Weltkrieg von Anfang an eine ausgesprochen feindselige Haltung gegen Deutschland eingenommen haben; nicht nur die Masse der Bevölkerung sondern auch die Regierung glaubte, nachdem man sich so lange hingebend und entsagungsvoll um das Wohlwollen Amerikas bemüht hatte, zum mindesten auf eine ehrliche Neutralität rechnen zu können. Den Grund, daß es so ganz anders gekommen ist, glaubte man zunächst in den Hetzartikeln und Lügennachrichten der englischen Presse zu finden, die dank ihrer vortrefflichen und skrupellosen Organisation in Amerika wie in der ganzen Welt die weiteste Verbreitung fanden. Und allerdings ist es richtig, daß diese Darstellungen zunächst von der sensationsdurstigen amerikanischen Presse und ihren Lesern mit Begier aufgegriffen und weiter ausgemalt wurden, während die deutsche Regierung sich auf diesem Gebiet bekanntlich völlig unfähig erwies, ja in den entscheidenden ersten Wochen sogar jede private Einwirkung unmöglich machte. Aber allmählich hat man in Amerika die Verlogenheit dieser Berichte erkannt und Deutschlands geschlossene Widerstandskraft und Erfolge würdigen gelernt. Aber wenn auch überall im Lande, ganz abgesehn von den Deutschen und den Iren, einzelne Persönlichkeiten und selbst weitere Kreise Deutschlands Leistungen offen, ja bewundernd anerkannten und nachdrücklich für Deutschlands Recht eintraten, so ist doch dadurch ein Umschwung in keiner Weise herbeigeführt worden. Nach wie vor blieb die allgemeine Stimmung schroff ablehnend, die Zeitungen verweigerten die Aufnahme deutschfreundlicher Artikel und brachten die Deutschland günstigen Nachrichten nur an versteckter Stelle, die Verleger

wagten nicht, eine deutschfreundliche Schrift zu veröffentlichen, und die deutschen und irischen Zeitungen und Publikationen blieben außerhalb ihres Kreises ungelesen und daher wirkungslos.

Der Grund lag eben weit tiefer. Er beruhte auf dem fundamentalen Gegensatz der deutschen und der amerikanischen Anschauungen, ihres Freiheitsbegriffs und ihrer Staatsideale, den wir bereits kennen gelernt haben. Das sicherte England und Frankreich von Anfang an die Sympathien, auch ohne die geschickt betriebene Propaganda und ohne den Phrasenschwall von dem Kampf für die Freiheit und die Rechte der kleinen Nationen, die eine brutale, auf Welteroberung ausgehende Gewaltherrschaft mit Füßen trete. Daß Deutschland vierzig Jahre hindurch seine Macht niemals zu solchen Zwecken mißbraucht, daß man den Kaiser lange Jahre hindurch als den Hort des Friedens gepriesen hatte, war diesen Schlagworten gegenüber sofort vergessen: Phrase und Lüge erwiesen sich hier wie immer als unwiderstehlich. Dazu kam die wirtschaftliche Rivalität und die von Kapital und Industrie sofort mit Umsicht ergriffene Gelegenheit, einen gewaltigen Gewinn zu erzielen und den Traum einer Beherrschung des Weltmarktes durch Amerika zur Wahrheit zu machen: durch die Unterstützung Englands und seiner Genossen, durch die Lieferung von Munition und sonstigem Material und die Gewährung großer Anleihen konnte man nicht nur die Verschuldung an Europa — sie wird für das Jahr 1914 auf 1500 bis 1600 Millionen Pfund Sterling berechnet, davon die Hälfte an England — abtragen, sondern umgekehrt Amerika zum Gläubiger Europas machen. Dies Ziel ist vollkommen erreicht: nicht mehr London sondern New York ist das Zentrum des Geldverkehrs und des Goldmarktes und wird es für alle absehbare Zeit weiter bleiben. So warf das Kapital seinen ganzen gewaltigen Einfluß in die Wagschale gegen Deutschland.

Noch verschlimmert wurde die Lage durch das Verhalten unseres auswärtigen Amts, das sich hier wie durchweg als unser ärgster Feind erwies. Schon daß man es nicht verstanden hat, die Eröffnung des Kriegszustandes den Gegnern zuzuschieben, sondern formell Deutschland den Krieg erklärt hat, war verhängnisvoll; denn die Massen haften an solchen Äußerlichkeiten, ein tieferes Eindringen und ein wirkliches Verständnis darf man von ihnen nicht verlangen. Aber weit schlimmer war das berüchtigte Wort des Reichskanzlers von dem Unrecht an Belgien, das verderblicher gewirkt hat als noch so viele verlorne Schlachten es hätten tun können: Deutschland nahm dadurch nach der offiziellen Erklärung seiner Regierung eine Schuld auf sich, die durch nichts wieder gut zu machen war, und die alle Gewalt-

tätigkeiten und jeden Bruch des Völkerrechts durch seine Feinde von vornherein deckten. In den gebildeten Kreisen Amerikas, so an den Universitäten, hat das Wort im weitesten Umfang entscheidend gewirkt: mit wenigen Ausnahmen traten sie mit vollem Nachdruck für Belgien und seine Beschirmer und Rächer ein und wollten von Deutschland nichts hören. Die eifrig betriebene Propaganda über die belgischen Greuel hat dann diese Strömung noch weiter gesteigert, während Deutschland auf diesem Gebiet vollständig versagte; wenn die Regierung sich wirklich einmal zu einer Äußerung oder einer Veröffentlichung aufraffte, so kam diese so spät und war, nach wochenlanger Erwägung und peinlichen Verhandlungen über jeden Ausdruck, so matt gehalten, daß sie keinerlei Wirkung üben konnte. Gewiß hat es auch in den höheren Kreisen gar manche gegeben, die diesen Dingen kühl und skeptisch gegenüber standen, von Belgien nichts mehr hören mochten und Deutschlands Heldenkraft im Kampf gegen eine Welt bewunderten. Aber sie drangen nicht durch; und vielfach konnte man auch von Deutschland wohlgeneigten Leuten hören, daß die unumgängliche Voraussetzung zukünftiger besserer Beziehungen die Gewährung voller Sühne an Belgien sei.

Es ist eine Frage, die in Zukunft alle Zeit hindurch eifrig erörtert werden wird, ob es das richtige und von der Lage unabweißlich gebotene war, dem von Schlieffen entworfenen Plane des Generalstabs entsprechend den Durchmarsch durch Belgien zu erzwingen. Jedenfalls aber hätte das ein ganz entschlossenes, einheitliches Zusammenwirken von Heerleitung und Politik erfordert, und daran hat es gefehlt. Auch die Heerleitung hat bekanntlich den ursprünglichen Plan, das Vordringen bis ans Meer, nicht voll ausgeführt, sondern die dafür bestimmten Truppen im Elsaß zurückbehalten, bis es zu spät war; die politische Leitung aber versagte vollständig; sie war ängstlich und schwankend, sie hatte sich dem militärischen Plan widerwillig gefügt und scheute vor seinen Konsequenzen zurück. Wie diese Dinge gegangen sind, ist Deutschland an den Folgen des Einbruchs in Belgien trotz all seiner Siege zugrunde gegangen: er hat den Feinden das Schlagwort geliefert, das sie sofort ergriffen und voll ausgenutzt haben.

Auf rein politischem Gebiet kam nun noch die Einwirkung des Verhältnisses zu Japan hinzu. Die Union bedurfte, bei ihren bis zum Jahre 1916 gänzlich unzureichenden Streitkräften und der starken, damals im Kongreß wie in geheimen Denkschriften der Regierung offen eingestandenen Verwahrlosung ihrer Flotte der Deckung durch England; sie konnte daher nicht wünschen, daß die englische Flotte im Falle eines Kriegs mit Japan durch die Rücksicht auf eine starke Flotte Deutschlands lahmgelegt

und in Europa festgehalten sei. Dieses Moment wird, so ungern man im allgemeinen davon redete, auch in den Diskussionen im Kongreß über die Beziehungen zu Deutschland im März 1916 gelegentlich gestreift und hat zweifellos im Hintergrund eine starke Wirkung ausgeübt; und als im April 1915 japanische Kriegsschiffe sowohl in der Turtle Bay im mexikanischen Kalifornien wie vor Veracruz erschienen, ging eine starke Erregung durch das Land, bis diese Dinge vertuscht und mit Stillschweigen bedeckt wurden — nebenbei bemerkt, ein drastischer Beleg dafür, wie die „öffentliche Meinung" gemacht oder im Bedürfnisfalle auch niedergehalten wird. Über die bei uns weitverbreitete und auch in amerikanischen Schriften gelegentlich geäußerte Ansicht, es habe womöglich schon seit langer Zeit ein geheimes Abkommen, ja gar ein Vertrag zwischen England und Amerika bestanden, durch das dieses sich gegen Zusicherung des englischen Schutzes gegen Japan zur Hilfeleistung an England im Fall eines Kriegs gegen Deutschland verpflichtet habe, ist gewiß nicht zutreffend[1]).

[1]) Die Behauptung, daß ein solches Abkommen bestehe, findet sich bereits in dem im Frühjahr 1914 erschienenen Buch Pangermanism von Robert Usher, Geschichtsprofessor an der Washington Universität in St. Louis, einer antideutschen Hetzschrift gewöhnlicher Art, die, mit der üblichen Berufung auf Bernhardi, den Deutschen die umfassendsten Welteroberungspläne zuschreibt, gegen die die unschuldigen Opfer ihrer Habgier, England, Frankreich, Rußland, Amerika in unzulänglicher Defensive stehn. Hier wird S. 139ff. behauptet, daß „wahrscheinlich vor dem Sommer 1897" die englischen und französischen Diplomaten, als sie die Gefahr erkannten, „den Vereinigten Staaten Eröffnungen machten, die zu einer Verständigung führten", zwar nicht zu einem geschriebenen Vertrag, wohl aber zu einer stillschweigenden Einigung, die tatsächlich eine dauernde Allianz darstellte. Als Lohn für die Unterstützung, die Amerika ihnen im Kriege gegen das Alldeutschtum durch Materiallieferung, Offenhaltung des Marktes und möglichste Schädigung Deutschlands gewähren würde, sei ihm die Kontrolle des mexikanischen Golfs, die „friedliche Durchdringung" Mexikos und Zentralamerikas, die Herrschaft über den Panamakanal usw. zugesprochen. Daß damals und später Besprechungen zwischen den amerikanischen und den englischen und französischen Staatsmännern in diesem Sinne stattgefunden haben, ist natürlich sehr möglich, und dabei mögen auch gemeinsame freimaurerische Beziehungen mitgewirkt haben — auch diese Auffassung, die mit maßloser Übertreibung den ganzen Krieg als eine Anzettelung der (bekanntlich in den romanischen und den von Frankreich abhängigen islamischen Ländern sehr wirksamen) Freimaurer darstellen möchte, ist gegenwärtig vielfach vertreten —; aber daß ein wirkliches, wenn auch nur stillschweigendes Abkommen geschlossen worden sei, das fortan die amerikanische Politik im geheimen beherrscht hätte, ist völlig ausgeschlossen. Die Lage zurzeit des spanischen Kriegs und noch weit später, während des Burenkriegs, war eine ganz andre; vom Alldeutschtum war damals noch keine Rede, und Roosevelts Politik war weit mehr deutschfreundlich als englandfreundlich. Eher könnte bei Taft von solchen Tendenzen die Rede sein. Aber bei dem Spiel des amerikanischen Parteitreibens ist es völlig unmöglich, daß Verabredungen nach Art der Entente bestanden hätten, die von den Staatsmännern

Ohne Zweifel sind diese Fragen zwischen den Staatsmännern besprochen worden und haben gewiß bei der Abänderung des Bündnisvertrags zwischen England und Japan im Jahre 1911, die fortan eine Unterstützung Japans durch England in einem Kriege mit Amerika ausschloß (oben S. 115), eine Rolle gespielt. Aber an einen wirklichen Vertrag zwischen Amerika und England oder auch nur an ein bindendes Abkommen nach Art der Entente ist nicht zu denken: denn es gibt hier keine Kontinuität der auswärtigen Politik beim Wechsel der Regierungen, wie sich diese ja auch in England erst in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt hat, und es ist völlig undenkbar, daß etwa die abtretende republikanische Regierung Wilson oder gar seinem Staatssekretär Bryan ein derartiges geheimes Abkommen übergeben hätte. Natürlich schließt aber der prinzipielle Wechsel im ganzen Personal und in der allgemeinen Richtung der Politik ein Innehalten der gleichen Tendenz in Einzelfragen und auch eine Fühlungnahme mit den Vorgängern nicht aus.

Der Präsident selbst hat von Anfang an ganz auf der Seite der Gegner Deutschlands gestanden. Vielfach begegnet man, hüben wie drüben, der Ansicht, daß dabei unlautere Einflüsse maßgebend gewesen seien. Daß sich solche an ihn herangedrängt haben, ist gewiß richtig, und sie mögen im einzelnen auch eingewirkt haben (vgl. oben S. 152); darüber ist ein sicheres Urteil, zumal bei der Verlogenheit und Gewissenlosigkeit der Parteikämpfe und der Preßpolemik, schwer zu gewinnen. Aber entscheidend sind sie offenbar nicht gewesen; vielmehr war er von Anfang an völlig überzeugt, daß in diesem Kriege alles Unrecht auf seiten Deutschlands und alles Recht auf seiten seiner Feinde sei, und danach hat er sich sein Verhalten in gewohnter Weise doktrinär zurechtgelegt und jeden Versuch, ihn durch weitere Informationen aufzuklären und zu einer anderen Haltung zu bestimmen, grundsätzlich beharrlich abgelehnt. Offiziell verkündete er die Neutralität der Vereinigten Staaten; aber den Engländern und ihren Verbündeten wurde alles gestattet, was nur irgend möglich war, sogar die offene Anwerbung von amerikanischen Freiwilligen durch die englischen Konsulate. Die Lieferung von Waffen und Munition wurde in weitestem Umfang betrieben,

---

der sich bekämpfenden Parteien in gleicher Weise übernommen und befolgt worden wären. Ushers Darstellung beruht offenbar nicht auf irgendwelcher geheimen Kunde intimer Vorgänge, sondern, wie auch die ganz unbestimmte Fassung des Datums zeigt, auf freier historischer Kombination, die aus dem Vorgehn der Union gegen Spanien, Panama, Mexiko und den Konflikten in Venezuela Folgerungen zieht, die sachlich völlig unbegründet sind und bei genauerer Untersuchung in nichts zerrinnen.

und vergebens haben die Gegner darauf hingewiesen, daß er sie beim Ausbruch der mexikanischen Wirren zunächst untersagte und ein Embargo darauf gelegt habe; jetzt erklärte er, zu einer solchen Maßregel kein Recht zu haben, falls der Kongreß ein derartiges Gesetz beschließen sollte, werde er sein Veto dagegen einlegen (20. Juli 1915). Er duldete nicht nur die vollständige Lahmlegung des Seeverkehrs mit Deutschland, sondern auch die rücksichtslose Kontrolle, welche England über die gesamte Schiffahrt der Union ausübte, die Erbrechung der Briefe und die Vernichtung zahlreicher Postsendungen, die Untersuchung aller ausfahrenden Schiffe durch die vor der Küste liegenden englischen Kreuzer, die Festnahme deutscher Passagiere sogar an Bord der amerikanischen Schiffe, die vom Festlande nach der amerikanischen Besitzung Portorico fuhren. Gegen Deutschland dagegen wurden die strengsten Saiten aufgezogen, selbst die harmlosesten Sendungen als Kriegskonterbande beschlagnahmt, eine Zeitlang sogar die Benutzung der drahtlosen Telegraphie durch Deutschland gehindert; und wie durch rücksichtslose Spionage die deutschen Chiffredepeschen, auch die an südamerikanische Staaten, seitens der amerikanischen Regierung abgefangen worden sind, haben wir seit Ausbruch des Kriegs durch ihre Verwendung gegen uns erfahren. Wie Wilson gegen Deutschland gesinnt war, zeigte gleich im September 1914 seine kühl ablehnende Antwort auf den Appell des Kaisers an ihn „als den hervorragendsten Vertreter der Grundsätze der Menschlichkeit", in dem er leidenschaftlich Klage führte über die barbarische Kriegführung unserer Feinde, die Verwendung von Dumdumgeschossen u. ä., die Verletzung aller Grundsätze des Völkerrechts, die zu Gegenmaßregeln zwinge und dem Krieg einen so furchtbaren Charakter gebe. Für eine großzügige Politik war hier eine Gelegenheit geboten, die Grundsätze der Humanität und des Völkerrechts wirklich durchzuführen, die man ständig in salbungsvollen Reden im Munde führte und die zur Verordnung eines allgemeinen Bettages den Anlaß gegeben hatte: Amerika konnte durch ein Machtgebot die Kriegführenden zwingen, die gesetzlichen Grenzen innezuhalten und den Verzicht auf neue, in ihrer Brutalität ständig gesteigerte Erfindungen durchsetzen; seine Stellung als größte neutrale Macht war so stark, daß beide Parteien sich dem hätten fügen müssen. Aber ein solcher Gedanke lag Wilson ganz fern: die wahre Neutralität gebiete eine vollständige Zurückhaltung des Urteils bis zum Ende des Kriegs. Dem entsprach sein weiteres Verhalten; als man ihm z. B. englische Dumdumgeschosse vorlegen wollte, hat er es abgelehnt, auch nur einen Blick darauf zu werfen, das würde unneutral sein.

Dagegen enthält seine Antwort bereits die Grundzüge des Programms, das er dann später durchzuführen versucht hat. Die Worte lauten: „Der Tag der Abrechnung wird dann kommen, wenn, wie ich sicher bin, die Nationen Europas sich vereinigen werden, um ihre Streitigkeiten zu beendigen. Wo Unrecht begangen worden ist, werden die Folgen nicht ausbleiben, und die Verantwortlichkeit wird dem Schuldigen auferlegt werden. Die Völker der Erde haben sich glücklicherweise auf den Plan geeinigt, daß eine solche Abrechnung und Einigung stattfinden muß."

So ging die Unterstützung der Feinde Deutschlands ununterbrochen weiter und das Geschäft blühte, trotz mancher starken Krisen, die der Krieg auch dem amerikanischen Wirtschaftsleben brachte. Aber es gab weite Kreise, die mit dem Verhalten des Präsidenten hier so wenig einverstanden waren, wie in den gleichzeitigen mexikanischen Wirren. Sie forderten eine kräftigere Haltung, Wahrung der nationalen Würde, und daher ein entschiedenes Auftreten gegen die Übergriffe Englands. Das veranlaßte dann die Regierung zu lendenlahmen Noten und Protesten, die von Versicherungen des vollen Vertrauens in die Loyalität Großbritanniens trieften, „herkömmlich des Vorkämpfers der Freiheit der Meere und der Rechte des Handels", das „in der Vergangenheit so oft seine hohe Achtung für die Rechte der anderen Nationen erwiesen hat" (28. Dezember 1914); man sprach die Hoffnung aus, daß die Anordnungen doch nicht in vollem Umfang durchgeführt werden, auf den Handel der Neutralen einige Rücksicht genommen werde (30. März 1915); man erhob Einspruch gegen den englischen Postraub als „in verdrießlicher Weise inquisitorisch" (vexatiously inquisitorial). Natürlich wurde ein Erfolg damit nicht erzielt; die englische Regierung legte solche Ergüsse ad acta oder beantwortete sie möglichst spät mit inhaltlosen Phrasen.

Im allgemeinen konnte die Haltung des Präsidenten wenig Sympathien im Lande erwecken. Den breiten Massen, bei denen, trotz aller Abneigung gegen Deutschland, der Pazifizismus durchaus vorherrschte, war sie zu wenig neutral, die Parteigänger Englands forderten einen offenen Eintritt in den Krieg, und diejenigen, welche die dominierende Friedensstimmung, den Feminismus und die Alleinherrschaft der niedrigen materiellen Interessen als unmännliche Verweichlichung und einer großen Nation unwürdig bekämpften, verlangten eine offene Stellungnahme und ein energisches Eingreifen in die Welthändel. Zu ihnen gehörte Roosevelt. Ob er, wenn er Präsident gewesen wäre, für die Entente eingetreten wäre, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen; sicher ist nur, daß er sich die herrischen Übergriffe Englands

nicht würde haben gefallen lassen. Die Hauptsache war ihm, daß Amerika überhaupt handele und Krieg führe; wie die Regierung verlangte auch er, nur weit umfassender, eine Vermehrung der Wehrkraft, mit dem Ziele der allgemeinen Wehrpflicht nach deutschem Muster. Wie die Dinge lagen, verband er sich natürlich mit den auf englischer Seite stehenden Kriegstreibern, und griff Deutschland in seinen Broschüren und Agitationsreden aufs heftigste an; da war er eben Parteipolitiker und wußte, daß solche kräftigen Mittel für eine Einwirkung auf die Massen unentbehrlich sind, seine wirkliche Gesinnung darf man darin nicht suchen.

Entsetzlich wurde bei diesen Zuständen die Lage der Deutschen; wer die Hinneigung zu dem alten Vaterland im Herzen bewahrte und tiefer empfand, hat inmitten der feindseligen Bevölkerung die schwersten seelischen Qualen durchgemacht. Gesteigert wurden sie noch dadurch, daß man deutlich empfand, daß es sich in dem Kriege zugleich um die eigene Stellung in der neuen Heimat handelte: erlag Deutschland, so waren sie dauernd in eine inferiore und verachtete Stellung herabgedrückt. Man suchte sich zu helfen durch enge Verbindung mit den Iren und nachdrückliches Eintreten für Deutschlands Recht. Aber dadurch wurde ihre Stellung nur noch schlimmer. Was jedem Amerikaner englischer, schottischer, französischer Abstammung bis zum Präsidenten hinauf freistand, seiner Sympathie für sein Heimatland Ausdruck zu geben und für dessen Interessen einzutreten, wurde an ihnen als Verrat an dem Lande, das sie aufgenommen hatte, gebrandmarkt; Wilson erfand für sie die schöne Bezeichnung als „Bindestrich-Amerikaner" (hyphenated Americans) und griff sie in zahlreichen Reden und Äußerungen aufs heftigste an. Der schwierigen Aufgabe, vor die sie gestellt waren, haben sie sich, wie wir schon gesehn haben (S. 137), schließlich nicht gewachsen gezeigt; der Mangel einheitlicher Organisation, die lokale Zerrissenheit und Eigenbrödelei, an der es übrigens auch bei den Iren keineswegs fehlte, kam weiter lähmend hinzu, und so sind sie trotz ihrer großen Zahl als politischer Machtfaktor ausgeschieden.

Die weitere Entwicklung ist bestimmt durch die Eröffnung des Ubootkriegs von seiten Deutschlands und die dadurch geschaffenen Konflikte. Die für den Ausgang des Kriegs entscheidende Frage, ob es richtig war, daß Deutschland zu dieser Waffe griff, wird auch in Zukunft, wenn uns das Material in größerer Vollständigkeit vorliegt, immer wieder von neuem diskutiert und verschieden beantwortet werden. Ich bin nach wie vor überzeugt, daß diese Waffe uns den vollen Sieg hätte verschaffen können, wenn sie rechtzeitig und von Anfang an mit voller Energie an-

gewandt worden wäre; und berufe mich auf die Äußerung des englischen Admirals Jellicoe, der es für einen großen strategischen Fehler Deutschlands erklärte, daß es nicht gleich am 5. Juli den rücksichtslosen Ubootkrieg eröffnete und den Kanal sperrte, auf die offene Darlegung, die Lloyd George nach dem plötzlichen Zusammenbruch Deutschlands von der Notlage gab, in der England sich damals befand, und auf die Darstellung des amerikanischen Botschafters Gerard, der bekanntlich nichts weniger als deutschfreundlich war, wohl aber die Mittel hatte, sich ein selbständiges und zutreffendes Urteil zu bilden. In seinem im Jahre 1917, bald nach der Kriegserklärung Amerikas veröffentlichten Buch My four years in Germany sagt er, daß er dies Buch geschrieben habe, um den Amerikanern klar zu machen, daß es ein sehr schwerer Krieg sei, in den man eingetreten sei. Die militärische Kraft Deutschlands sei ungebrochen; wenn seine Verluste an Mannschaften auf etwa 3 Millionen zu schätzen seien ($1^1/_2$ Million gefallen, je eine halbe Million kampfunfähig, gefangen, oder zeitweilig verwundet), so habe es doch immer noch 9 Millionen im Felde. „Und niemand sollte glauben, daß Deutschland durch Hunger zusammenbrechen oder infolge einer Revolution Frieden schließen wird" — eine Voraussage, die, so begründet sie erschien, sich zu unserem Verhängnis nicht erfüllt hat, vor allem infolge der kläglichen Schwäche und ständigen Nachgiebigkeit unserer mattherzigen Regierung — „die Gefahr einer Hungersnot ist für unsere Alliierten viel größer als für Deutschland, und die Ubootgefahr ist für England eine sehr ernste" [1]).

Hielt man den Ubootkrieg und den dadurch geschaffenen Konflikt mit Amerika aber für zu gefährlich, um ihn wagen zu dürfen, so hätte man auf die Verwendung der Uboote außer gegen Kriegsschiffe überhaupt grundsätzlich verzichten müssen. Statt dessen hat unsere Regierung, wie in allen ähnlichen Fragen, versucht, einen Mittelweg einzuschlagen, der zu einem vollen Resultat nicht führen konnte, wohl aber nach allen Seiten hin schwere Konflikte schaffen mußte; und zu diesem unseligen Verhalten ist sie, mit dem Mangel an festem Willensentschluß und Sieges-

[1]) There is far greater danger of the starvation of our Allies than of the starvation of the Germans. The U-boot peril is a very real one for England. Das wird durch die englische Presse und die von der Regierung ergriffenen Maßregeln durchaus bestätigt. Ob England den Winter 1918/19 hätte überstehn können, wenn wir aushielten, ist höchst fraglich. Es kam eben darauf an, wer die stärkeren Nerven hatte, und hier ist entscheidend gewesen, daß wir das ganze Jahr 1916 verloren und den argen Hungerwinter 1916/17 durchgemacht hatten, während in England die wirtschaftliche Not erst ein Jahr später einzusetzen begann, seine moralische Widerstandskraft also lange nicht so geschwächt war, wie die unsere.

vertrauen und in dem eitlen Glauben, eine Versöhnung mit England erreichen zu können, der all ihr Handeln charakterisierte, nach kurzem Anlauf zu energischerer Haltung immer wieder zurückgekehrt. Dadurch hat sie unendlich viel kostbare Zeit verloren, die Feinde gewarnt und erbittert, aber nicht ernstlich geschädigt, ihnen die Möglichkeit zu umfassenden Schutzmaßregeln und reichlicher Verproviantierung gewährt, und die geistige und körperliche Widerstandskraft des deutschen Volks gelähmt, bis es zu spät war. Eine energische Durchführung des unumschränkten Ubootkriegs vom Februar 1916 an — der in Wirklichkeit auch in der damals angekündigten Beschränkung keinen Tag ernstlich durchgeführt ist — hätte ganz andere Erfolge erzielt als ein Jahr später, auch wenn die Waffe damals noch nicht so entwickelt und so reich vertreten war wie später. Vor allem aber ist durch den Aufschub ein volles Jahr verloren — und was das für unsere Volksernährung und unsere Wehrkraft bedeutet hat, bedarf keiner Ausführung.

Maßgebend für das Verhalten unserer Regierung ist in erster Linie die Rücksicht auf Amerika gewesen; und auch hier sind die Beziehungen wie vor dem Kriege so auch während desselben so ungeschickt behandelt worden wie nur möglich. Von unserer Politik gegen Amerika ist schon früher die Rede gewesen. Drastisch gekennzeichnet wird sie durch die Äußerungen, die unser Botschafter Graf Bernstorff nach dem Abbruch der Beziehungen im März 1917 einem Berichterstatter des Hamburger Fremdenblatts gegenüber getan hat: „Er versichert, daß wir es stets auf das entschiedenste abgelehnt haben, uns in die Politik des amerikanischen Kontinents einzumengen. So lange ich den Posten in Washington bekleidete, ist niemals auch nur das leiseste Anzeichen zu meiner Kenntnis gelangt, daß die Kaiserliche Regierung die Politik der mittel- und südamerikanischen Staaten in einem der Union feindlichen Sinn zu beeinflussen gesucht hat. Wir haben stets ausschließlich wirtschaftliche Ziele verfolgt und selbst die Pflege der großen wirtschaftlichen Interessen, die wir in allen diesen Ländern haben, des öfteren bewußt hintangesetzt, um die Empfindlichkeit der Vereinigten Staaten zu schonen." Das ist ein Bekenntnis, das eine Anklage wegen Landesverrats gegen den Botschafter oder seinen Auftraggeber rechtfertigen würde. Der naive Glaube, daß man durch derartige Mittel die Zuneigung und Unterstützung einer selbstbewußten Großmacht gewinnen könne, ist so ungeheuerlich, daß man sich scheuen würde, ihn auch dem dürftigsten Diplomaten zuzutrauen, wenn er sich nicht selbst dazu bekennte. Dem Amerikaner zumal, und ebenso dem Engländer, imponiert nur ein festes Auftreten, die nachdrückliche Erhebung

weitgehender Ansprüche, über die man dann, wie im Geschäftsleben, zu einem Kompromiß gelangt. Ein solches Verhalten, wie wir es befolgt haben, kann ihm nur als verächtliche Schwäche erscheinen, die eine Rücksichtnahme unnötig macht; oder aber, er vermutet dahinter, da der andere Staat doch über eine bedeutende Macht verfügt, die schlimmsten Hintergedanken, den Versuch, ihn in Sicherheit einzuwiegeln und dann plötzlich über ihn herzufallen. Diese Auffassung war in Amerika weit verbreitet, weil sie, den dortigen Geschäftsgewohnheiten entsprechend, als die allein natürliche und begreifliche Handlungsweise erschien. So hat unsere Nachgiebigkeit uns weit mehr geschadet als genützt und uns um alles Ansehn gebracht.

Es kommt hinzu, daß wir den Versuch, unter der Hand, auf illegitimem Wege, etwas zu erreichen, doch nicht unterlassen haben, dabei aber mit einem plumpen Ungeschick verfuhren, das kaum begreiflich ist. So wurden Konspirationen angezettelt und der Versuch gemacht, Brücken und Munitionsfabriken zu sprengen u. ä. Die Regierung kam dem auf die Spur; am stärksten kompromittiert war der Militärattaché v. Papen und dann sein Vertreter v. Igel. Jener wurde ausgewiesen, gegen diesen ging die Polizei vor. Beide waren gewarnt; dennoch führte v. Papen all seine Papiere mit sich, so daß sie den Engländern in die Hände fielen und von ihnen veröffentlicht wurden, und Igel ließ sie offen in seinem Bureau liegen; und dabei waren diese Notizen, die man sonst, wenn man sie überhaupt aufzeichnet, sofort vernichtet, nicht einmal in Chiffreschrift geschrieben. So sind der Regierung zahlreiche Namen kompromittierter Persönlichkeiten in die Hände gefallen und diese ins Unglück gestürzt worden, darunter z. B. der Konsul Bopp in San Franzisco, der am 23. April 1917 definitiv zu zwei Jahren Gefängnis und 10000 Dollars verurteilt wurde. Die Sache wurde noch ärger dadurch, daß v. Papen bei seiner Abreise öffentlich seine Unschuld beteuert hatte und nun durch die Dokumente der Unwahrheit überführt war. So wurde das Mißtrauen gegen die Deutschen noch gesteigert — von den Ungeschicklichkeiten, wie sie namentlich Dernburg und der Geheimrat Albert als offiziöse Vertreter Deutschlands begingen, will ich nicht weiter reden —, und das Ergebnis war, daß man keinem Wort eines Deutschen mehr traute.

Analog ist die Behandlung der Ubootfrage verlaufen. Am 4. Februar 1915 wurden die Gewässer um Großbritannien und Irland für Kriegsgebiet erklärt, und die Verhandlungen mit Amerika begannen. Die deutschen Uboote gingen an die Arbeit, und feierlich wurde verkündet, daß der große Passagierdampfer Lusitania, wenn er nach England zurückfahre, versenkt werden

werde, ja der Botschafter erließ, gegen alles Herkommen, eine Warnung an die Amerikaner, ihn zu benutzen. Die Ankündigung erfüllte sich, am 7. Mai 1915 wurde die Lusitania an der irischen Küste versenkt, und etwa 120 Amerikaner fanden dabei den Tod. Und doch ist, so unglaublich das klingt, das ganze nichts als „Bluff" gewesen: der Dampfer sollte durchgelassen werden, und der Kapitän des Uboots erhielt einen schweren Verweis, weil er ihn, den er nach seiner Angabe für ein ganz anderes Schiff hielt, angegriffen hatte. Mit solchen Mitteln glaubte man arbeiten zu dürfen, ohne irgendein Gefühl dafür, wie wir uns vor der ganzen Welt lächerlich gemacht hätten, wenn nach all den großen Worten der Dampfer unbehelligt durchgekommen wäre!

So gingen die Dinge weiter. Offiziell wurde verkündet, daß der Ubootkrieg unbeirrt weiter gehn solle, und den Amerikanern wurde das von ihnen abgelehnte Anerbieten gemacht, eine bestimmte Anzahl von Schiffen unter genau festgesetzten Bedingungen für den Verkehr mit England durchzulassen, wenn sie im übrigen unser Vorgehn dulden würden. In der Tat hätte es einen gewaltigen Eindruck gemacht und die größte Wirkung üben können, wenn wir unbeirrt weiter gingen und noch ein oder mehrere Schwesterschiffe der Lusitania versenkten und so, bei dem Mangel aller wirkungsvollen Gegenmittel, den englischen Seeverkehr wirklich in weitem Umfang brachlegten. Statt dessen wurde, trotz aller öffentlichen Erklärungen, die strikte Weisung gegeben, derartige Versenkungen unbedingt zu vermeiden; und als dann Wilson stärkere Forderungen stellte und den Staatssekretär Bryan, der als überzeugter Pazifizist von Maßnahmen, die zum Kriege führen konnten, nichts wissen wollte, am 9. Juni 1915 durch den ihm völlig ergebenen Lansing ersetzte, wich Deutschland (und mit ihm Österreich) Schritt für Schritt zurück bis zu völliger Fügsamkeit; nur über die Genugtuung für die Lusitania wurde noch in ununterbrochenem Notenwechsel weiter verhandelt.

Durch dies Verhalten wurde die Stimmung in Deutschland aufs stärkste erregt, und die Admiralität drängte eifrig auf Wiederaufnahme des Ubootkriegs in gesteigertem Maße. Der Reichskanzler gab schließlich nach, und verkündete am 8. Februar 1916, daß vom 29. Februar an die deutschen Seestreitkräfte die bewaffneten feindlichen Kauffahrteischiffe als kriegführende behandeln würden; bis dahin wurde den Neutralen eine Frist gewährt, ihre Angehörigen vor der Benutzung dieser Schiffe zu warnen. Bethmann-Hollweg suchte, wie in zahlreichen ähnlichen Fällen, die Verantwortung von sich abzuwälzen durch die Behauptung, der Admiralsstab (Tirpitz) habe den Ubootkrieg wie im vorigen Jahre so jetzt leichtfertig und ohne genügende Mittel unternommen, und

man mußte ihm und seinen Vertretern entgegenhalten, daß die Anordnung ja nicht von der dazu garnicht befugten Admiralität sondern von der Reichsregierung ausgegangen sei. In Wirklichkeit trug und trägt der Reichskanzler, und er allein, rechtlich wie moralisch vor der Weltgeschichte die Verantwortung für den Ubootkrieg, sowohl für seine Unterlassung wie für seine Ankündigung und die Art, wie er geführt ist. Es gab für ihn nur zwei Möglichkeiten: entweder hielt er ihn für zu gefährlich und den drohenden Bruch mit Amerika für zu verhängnisvoll, um ihn zu riskieren, alsdann durfte er ihn unter keinen Umständen zulassen, zumal nachdem der erste Versuch im vorigen Jahre aufgegeben war. Oder aber er entschloß sich dazu; dann mußte er ihn mit voller Energie und unbekümmert um jeden Widerspruch und alle sich daraus ergebenden Folgen bis zum letzten Ende durchführen. Statt dessen wählte er, wie gewöhnlich, einen unseligen Mittelweg. Er fügte sich dem Drängen, aber im Herzen war er dagegen, und daher von Anfang an entschlossen, ihn nur mit halber Kraft zu führen und zurückzuweichen. Er tröstete sich damit, daß ja doch nicht gleich wieder ein eklatanter Fall wie der der Lusitania eintreten werde, eine Hoffnung, die nach wenigen Wochen am 24. März durch die Versenkung der Sussex vereitelt wurde.

Im übrigen lagen die Dinge in Amerika für Deutschland keineswegs so ungünstig. Wilsons Politik mit ihren salbungsvollen Noten hatte wenig Zustimmung gefunden. Die Republikaner benutzten die Gelegenheit, um im trüben zu fischen und den Gegnern eine Niederlage zu bereiten, auch von den Demokraten neigte ein großer Teil zur Opposition, nur mit Mühe konnten die Führer die Gefolgschaft zusammenhalten. Den einen war Wilsons Politik zu kraftlos und zu nachgiebig gegen England wie gegen Mexiko, die anderen forderten ein schärferes Auftreten gegen Deutschland; ganz dominierend aber war, trotz der Heißsporne im Osten, der Wunsch, Amerika aus dem Kriege fern zu halten und den Frieden zu bewahren. Deutschlands Standpunkt in der Ubootfrage wurde von der weitaus überwiegenden Majorität im wesentlichen als berechtigt anerkannt: man gab zu, daß es gegen die bewaffneten Handelsschiffe vorgehn dürfe und daß die neue Waffe auch eine neue Art der Kriegführung bedinge. Die Erregung über die Versenkung der Lusitania im Volk war lange nicht so groß, wie die Presse es darstellte und die deutsche Regierung es glaubte; die Umgekommenen waren gewarnt gewesen und auf eigene Gefahr auf das Schiff gegangen. Wenn Wilson und der Kongreß die Amerikaner in Mexiko trotz schärfster Provokation nicht beschützt sondern zurückberufen hatte, so war

noch viel weniger Anlaß, den Tod von Leuten zum Kriegsfall zu stempeln, die leichtfertig auf die bewaffneten Handelsschiffe gingen und das theoretische Recht des Amerikaners in Anspruch nahmen, überallhin reisen zu können, wohin sie wollten; um solcher gewissenloser Abenteurer willen das Land in einen schweren Krieg zu stürzen hatte man garkeine Neigung. In der Presse wurde dieser Standpunkt vor allem von den zahlreichen, namentlich im Westen von der Masse des Volks eifrig gelesenen Blättern vertreten, welche der Zeitungsmagnat Hearst (o. S. 160) beherrschte. In beiden Häusern des Kongresses waren gut drei Viertel gegen die Politik des Präsidenten und forderten eine Proklamation, welche vor der Benutzung der bewaffneten Handelsschiffe warnte und denen, die auf eigene Gefahr auf ihnen reisen würden, den Schutz Amerikas versagte. Nur durch ein äußerst geschicktes Operieren gelang es Wilson, nach erregten Debatten, wie sie seit vielen Jahren nicht vorgekommen waren, zu erreichen, daß die gegen seine Politik gerichteten Resolutionen im Senat am 2. und 3., im Haus am 6. und 7. März 1916 „auf den Tisch des Hauses niedergelegt", d. i. von der Tagesordnung abgesetzt wurden. Entscheidend war die Anerkennung der Tatsache, daß die Leitung der äußeren Politik und der schwebenden Verhandlungen nach der Verfassung allein dem Präsidenten zustand, und daß eine offene Erklärung gegen ihn Amerikas Weltstellung aufs schwerste schädigen würde. Einer Niederlage war Wilson entgangen, aber einen Sieg hatte er durchaus nicht gewonnen[1]).

Die deutsche Politik hat es nicht verstanden, diese Lage für sich auszunutzen. Bei geschicktem Vorgehn war es keineswegs unmöglich, ein Abkommen zu erreichen, das ihr im wesentlichen, unter Freigabe einzelner Linien von Passagierdampfern, freien Spielraum gab. Wilson freilich hielt an seinem Standpunkt fest und versuchte die Deutschen einzuschüchtern; und nach der Torpedierung der Sussex und dem kläglich gescheiterten Versuch der deutschen Regierung, dieselbe abzuleugnen, durch den sie sich lediglich weiter prostituierte, stellte er am 19. April sein Ultimatum, in dem er, falls Deutschland nicht sofort die bisherige Methode des Ubootkriegs gegen Passagier- und Frachtschiffe aufgebe, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen ankündigte. In Amerika erregte dies herrische Auftreten schweren Anstoß auch bei seinen bisherigen Anhängern, so bei Stone, dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der dem Präsidenten

[1]) Eingehend habe ich die damaligen Verhandlungen in einer Schrift: „Der amerikanische Kongreß und der Weltkrieg", Berlin, Karl Curtius, 1917, dargelegt.

schroff entgegentrat. Aber Deutschland unterwarf sich; in der Note vom 4. Mai verzichtete es auf die bisherige Form des Ubootkriegs. Der Zusatz am Schluß, die Erwartung, Amerika werde jetzt England zur Beobachtung der völkerrechtlichen Normen anhalten, andernfalls müsse Deutschland sich die volle Freiheit der Entschließung vorbehalten, war nur ein Blendwerk zur Beschwichtigung der Stimmung in Deutschland, und wurde von Lansing in seiner Antwortnote vom 10. Mai mit Hohn zurückgewiesen: die Regierung der Vereinigten Staaten könne keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern, daß die Rücksicht der deutschen Marine auf die Rechte der amerikanischen Bürger auf hoher See irgendwie auch nur im geringsten Grade von dem Verhalten irgendeiner andern Regierung, das Rechte der Neutralen und nicht am Kriege Teilnehmenden berühre, abhängig gemacht werden.

Wilson hatte einen vollen Sieg erfochten und, wie er selbst sagte, Deutschland „niedergeboxt"; Deutschland hatte auf seine stärkste Waffe verzichtet und zugleich der Opposition in Amerika, die seinen bisherigen Standpunkt billigte, die Grundlage entzogen. England aber war durch Wilsons Einschreiten einer tötlichen Gefahr entgangen; es konnte jetzt ohne schwere Sorge in die Zukunft blicken, seine militärische und wirtschaftliche Organisation voll durchführen, und endlich, nach zweieinhalb Jahre umfassender Vorbereitung, mit voller Kraft in den Krieg eingreifen.

Die Krisis vom Frühjahr 1916 ist entscheidend geworden für den Ausgang des Kriegs[1]). Durch die Umwandlung des Ubootkriegs in einen mit ängstlicher Zurückhaltung geführten Kreuzerkrieg ließ sich ein bedeutsames Ergebnis niemals erreichen, die Feinde wurden lediglich gereizt und ihre Aufmerksamkeit und Vorsicht für die Zukunft wach gehalten. Es kam hinzu, daß diese Unterwerfung unter ein herrisches Machtgebot dem Ansehn Deutschlands im Auslande wie im innern einen gewaltigen Schlag versetzte: man mußte zu der Ansicht kommen, daß Deutschland kein

[1]) Der deutsche Reichstag, der sich anmaßte die Geschicke Deutschlands lenken zu wollen, versagte in dieser Krisis wie in allen ähnlichen Fällen vollkommen. Die Parteiführer, statt an Ort und Stelle zu sein, ließen sich in Konstantinopel fetieren und waren froh, dadurch formell der Verantwortung überhoben zu sein. Die Presse aber und das Volk betrachteten das als ganz selbstverständlich: die Forderung, daß in dieser Lage, wo es sich um die Zukunft der Nation und den Bestand des deutschen Reichs handelte, der Reichstag schleunigst zusammenberufen werden müsse, und daß eine offene Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag die einzig richtige Antwort auf die Botschaft sei, die Wilson am 19. April dem Kongreß vorgetragen hatte, kam ihr nicht in den Sinn und wurde überhaupt nicht erhoben. In einer Denkschrift an die Regierung vom 25. April 1916 habe ich diese Forderung gestellt, natürlich ohne Wirkung.

Vertrauen mehr auf seine Kraft besitze, daß es sich innerlich bereits als besiegt fühle, und daß die Ankündigung des Ubootkriegs nichts als ein Bluff gewesen sei, hinter dem niemals ein entschlossener Wille gestanden hatte — Anschauungen, die ja, soweit die Regierung in Betracht kam, leider nur allzu zutreffend waren. Alle Versuche, durch mündliche und schriftliche Vorstellungen, durch Denkschriften und Broschüren, durch eine von der Regierung mit allen, zum Teil den unlautersten Mitteln unterdrückte Massenbewegung eine andere Entscheidung herbeizuführen, waren vergeblich. Alle Voraussetzungen, von denen die Regierung ausging, haben sich als falsch erwiesen: sie war überzeugt, daß, wenn man den Bruch mit Amerika vermeide, Rumänien neutral bleiben, daß Rußland aus Mangel an Geldmitteln und Munition zu einer neuen Offensive nicht imstande sein werde, und vor allem, daß durch den Angriff auf Verdun, in den man sich verbiß und den man noch Monate lang fortsetzte, nachdem er gescheitert war, Frankreichs Kraft so erschöpft werden würde, daß es zum Ausscheiden aus der Koalition und zum Frieden gezwungen sei; und der Hinweis auf die schweren Gefahren eines dritten Winterfeldzugs und die dann bevorstehende wirtschaftliche Not, die Erschöpfung der Kräfte, die dadurch drohende revolutionäre Bewegung[1]) wurde von maßgebender Stelle mit ironischem Lächeln beantwortet: „an einen dritten Winterfeldzug glauben wir nicht; vor Eintritt des Winters haben wir *sicher* Frieden."

So sind alle Unternehmungen Deutschlands und seiner Verbündeten von der Niederwerfung Serbiens und Montenegros im Spätherbst 1915 bis zu der Rumäniens im Herbst 1916 nach kurzen ersten Erfolgen gescheitert, wie der Ubootkrieg so der Angriff auf Verdun, der Angriff auf Italien, der Versuch, in Persien festen Fuß zu fassen und die Engländer aus dem Mündungsgebiet des Euphrat und Tigris zu verdrängen, schließlich der Angriff auf Ägypten und den Suezkanal von der Sinaihalbinsel aus. Dazu kam die große russische Offensive in Galizien unter Brussiloff im Juni 1916 und der fünfmonatliche Ansturm der Engländer und Franzosen an der Somme. Ein kostbares Jahr

[1]) Ein Schreiben an ein Mitglied der Regierung vom 25. März 1916, in dem ich mit allem Nachdruck gegen die Unterwerfung und den Verzicht auf den Ubootkrieg eintrat, schließt mit den Worten: „Das Endergebnis wäre, daß es mit der großen selbständigen Stellung Deutschlands vorbei wäre und die Epoche, welche mit Friedrich dem Großen begann und die alsdann mit Wilhelm II. schließen würde, doch nur eine vorübergehende Episode bleiben würde, über die die Weltgeschichte hinwegschritte." So trübe ich in die Zukunft blickte, wenn die Regierung bei ihrer Politik beharrte, so konnte ich doch nicht ahnen, in wie furchtbarer Weise sich diese Prophezeiung erfüllen werde.

war unwiederbringlich verloren, und alle Siege, die Deutschland dann wieder erfochten hat, als Hindenburg und Ludendorff die militärische Leitung übernahmen, haben den Verlust nicht auszugleichen vermocht, vor allem weil, worauf die Engländer von Anfang an ganz richtig gerechnet hatten, die Kräfte unserer Bundesgenossen erschöpft waren und schließlich völlig versagten.

Ob es, wenn Deutschland im April 1916 festgeblieben wäre, zum Krieg mit Amerika gekommen wäre, ist eine von den Fragen, die der Gang der Ereignisse unbeantwortet gelassen hat und über die man daher wie damals so auch in Zukunft immer streiten wird. Wilson allerdings hatte sich so fest gelegt, daß ihm ein Rückzug kaum noch möglich war und er die diplomatischen Beziehungen jedenfalls hätte abbrechen müssen; aber ob es ihm, trotz alles unläugbaren Geschicks in der parlamentarischen Taktik (auch darin gleicht er seinen Gegenspieler Bethmann), gelungen wäre, den widerstrebenden Kongreß zur Kriegserklärung fortzureißen, ist doch sehr fraglich, und daß ihm schwül genug zu Mute war, ließ sich deutlich erkennen. Indessen er hatte es, durch Deutschlands bisheriges Verhalten dazu ermutigt, darauf gewagt, daß Deutschland auch diesmal wieder nachgeben werde: und diese Erwartung hat sich vollauf erfüllt.

Durch diesen Erfolg wurde seine Stellung gewaltig gekräftigt. Wenn es bisher sehr fraglich war, ob er seine Wiederwahl durchsetzen könne — bei den Kongreßwahlen im November 1914 war die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus gewaltig zurückgegangen, von ca. 140 auf 14 — oder überhaupt von der demokratischen Konvention als Kandidat werde aufgestellt werden, so trat jetzt ein voller Umschwung ein. Ohne es zu ahnen oder gar zu wollen, hat Deutschland seine Wiederwahl herbeigeführt. Er hatte durch eine geschickte Politik Amerika den Frieden erhalten und ihm zugleich einen gewaltigen materiellen und moralischen Gewinn verschafft. Jetzt trat er, während er tatsächlich durch sein Eintreten zu Gunsten Englands den Krieg ins Unabsehbare verlängert hatte, in salbungsvollen, von Humanität und der Ideen der Gerechtigkeit triefenden Reden als der Friedensfreund auf; zugleich schlug er gegen die Deutschamerikaner, um ihr Votum zu erlangen, jetzt mildere Seiten an, und diese haben sich dadurch in der Tat einfangen lassen (vgl. S. 137). Die Gegenpartei hatte demgegenüber einen schweren Stand. Ihr Kandidat, der Bundesrichter Hughes, hielt sich in seinen Äußerungen völlig zurück; Roosevelt dagegen, der seine Wiederaufstellung nicht hatte durchsetzen können und jetzt seinen erfolgreicheren Rivalen unterstützte, trat eifrig für den Krieg ein, und so nahm man an, daß Hughes, wenn er gewählt sei, den Krieg herbeiführen und wahrscheinlich

Roosevelt zum Staatssekretär machen werde. Das hat den Ausschlag gegeben. In dem hartumstrittenen Wahlkampf trug Wilson den Sieg davon: er erhielt 276 Elektoralstimmen gegen 255, insgesamt haben für seine Wahlmänner 9 116 000 gegen 8 547 000 für Hughes gestimmt. Für Hughes stimmten alle alten Staaten des Ostens bis zur Mason- und Dixonlinie mit Ausschluß von New Hampshire, ferner die Staaten des nördlichen Mississippi- und Seengebiets außer Ohio — Indiana, Michigan, Illinois, Wisconsin, Minnesota, Jowa, Süddakota, endlich Oregon; alle übrigen Staaten des Westens und ebenso natürlich der geschlossene Süden stimmten für Wilson.

Durch die Wiederwahl war Wilsons Stellung gewaltig gestärkt: das Volk hatte seine Politik gebilligt, er konnte jetzt noch weit unbehinderter seine Ansichten durchführen als bisher.

Demgegenüber verblieb Deutschland in seiner schwankenden und unsicher tastenden Haltung. Der Ubootkrieg wurde allmählich wieder kräftiger betrieben, wenn auch unter Innehaltung der gegen Amerika übernommenen Verpflichtungen, und um ihn ging ununterbrochen das Ringen hin und her. Am 12. Dezember 1916 folgte dann, nach der Niederwerfung Rumäniens, auf Bethmann-Hollwegs Betreiben das Friedensangebot, das nur als ein Bekenntnis der Schwäche gedeutet werden konnte und daher völlig wirkungslos verhallte und von den Feinden mit Hohn zurückgewiesen wurde. Wenige Tage später, am 18. Dezember, machte Wilson, den die deutsche Regierung schon seit dem September wiederholt, aber bisher ohne jeden Erfolg, für einen derartigen Schritt zu gewinnen versucht hatte, einen Vermittlungsversuch durch die Aufforderung an die Kriegführenden, ihre Friedensbedingungen zu nennen und zugleich Vorschläge zu machen, die die Wiederkehr eines derartigen Kampfes verhindern könnten. Es folgten eifrige Verhandlungen sowohl mit den Ententemächten wie mit Deutschland, die sich im einzelnen noch der Kenntnis entziehn, und am 6. Januar hörten wir aus dem Munde der deutschen Regierungsvertreter bei einem dem bekanntlich keineswegs deutschfreundlich gesinnten Botschafter Gerard in Berlin gegebenen Diner die vertrauensvollsten Äußerungen über Amerika, und von Gerard die erstaunliche Versicherung, die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika seien niemals besser gewesen als gegenwärtig. Am 22. Januar hielt Wilson eine Ansprache an den Senat, in der er die Notwendigkeit darlegte, daß Amerika am Friedenswerk teilnehme, das als ein Verständigungsfriede auf der Grundlage der Prinzipien aufgebaut werden müßte, welche die Politik Amerikas beherrschen: Regierung durch Zustimmung der Regierten, Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstungen, Wiederherstellung Polens,

Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aller Nationen. Wenn er sich dabei auch sehr absprechend über Deutschlands Friedensvorschläge äußerte, dagegen die Ententemächte lobte, daß sie ihre Bedingungen weit ausführlicher dargelegt hätten — dafür, daß diese Bedingungen für Deutschland völlig entwürdigend und ganz unannehmbar waren, hatte er garkein Verständnis —, so stand er doch bei diesem Vorgehn zweifellos in Fühlung mit dem deutschen Botschafter und dem Auswärtigen Amt; über die Einzelheiten ist freilich, trotz einzelner Enthüllungen, noch ein Schleier gebreitet, den wir zurzeit noch nicht zu durchschauen vermögen.

Aber wenige Tage später, am 31. Januar, erfolgte die bereits am 9. Januar beschlossene Ankündigung des unumschränkten Ubootkriegs. In dem langen Ringen hatte der Reichskanzler sich endlich, widerwillig genug, den Forderungen der Heeresleitung gefügt und, statt seine Entlassung zu nehmen, seine Einwilligung gegeben, in der Meinung, die Verantwortung auf jene abwälzen zu können[1]). Es ist begreiflich, daß Wilson sich durch dies Vorgehn aufs tiefste verletzt, ja beleidigt fühlte: er brach sofort die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab, teilte das am 3. Februar in feierlicher Sitzung dem Senat mit und erhielt am 7. Februar dessen Zustimmung. Zugleich veröffentlichte er eine in üblicher Weise abgefangene Depesche an die deutsche Botschaft, welche den Gesandten in Mexiko für ein Bündnisangebot und den Versuch einer Verhandlung mit Japan instruieren sollte, und in der in sehr ungeschickter und die Sachlage völlig verkennender Weise den Mexikanern die Eroberung der 1848 entrissenen Gebiete Arizona, Neu Mexiko, Texas angeboten wurde[2]). Durch ihr unseliges Schwanken zwischen entgegengesetzten Einflüssen und das völlige Fehlen eines festen, einheitlich auf sein Ziel gerichteten Willens hatte die deutsche Regierung den Präsidenten den Weg geebnet: Deutschlands Politik mußte eben infolge ihrer Schwäche als hinterhaltig und doppelzüngig erscheinen, die schlimmste Auffassung ihres Charakters und der leitenden Persönlichkeiten schien durch die Tatsachen vollauf gerechtfertigt[3]). Ganz klar wurde zugleich,

[1]) Genaueres über diese Vorgänge erfahren wir jetzt durch Helfferich, „Der Weltkrieg" Bd. II, S. 408 ff.

[2]) Daß eine Eroberung dieser völlig mit der Union verschmolzenen Staaten ganz unmöglich war und die Mexikaner garnicht daran denken konnten, hätte man im Auswärtigen Amt in Berlin wissen müssen. Im übrigen ist zu beachten, daß es sich nicht um ein direktes Angebot an die mexikanische Regierung, sondern um eine Instruktion an den deutschen Gesandten handelte, wie weit er bei den Verhandlungen gehen dürfe; durch die Veröffentlichung ist die Depesche in ein falsches Licht gerückt. Wie weit bei ihrer Abfangung die deutschen Behörden eine Verschuldung trifft, ist nicht aufgeklärt.

[3]) Wäre ein Kabinettswechsel eingetreten und hätte Bethmann-Hollweg einem Kanzler der entgegengesetzten Richtung Platz gemacht, wie es die

daß in Deutschland zwei Parteien miteinander um den entscheidenden Einfluß rangen, eine zu einem Abkommen auf Grund des Versöhnungsfriedens bereite, und eine andre, die den Krieg energisch und rücksichtslos durchführen und die Machtstellung Deutschlands erhalten und für die Zukunft sichern und wenn möglich erweitern wollte; die letztere konnte, so tiefe Wurzeln sie auch noch immer in den breitesten Schichten der Nation hatte, vom amerikanischen Standpunkt aus nur als eine Militärpartei erscheinen, die die friedlich gesinnte Masse vergewaltige. So konnte es Wilson gelingen, die Zustimmung des Kongresses zur Erklärung des Kriegszustandes zu erlangen (5. April); der Versuch, den Senator Stone (S. 272), auch jetzt noch ein überzeugter Vertreter des Friedens, machte, sie im Senat durch Obstruktion zu hintertreiben, wurde durch Änderung der Geschäftsordnung (S. 206) vereitelt.

Durch die deutsche Politik wirksam gefördert, hat Wilson seinen Willen durchsetzen können; wie das englische Ministerium im August 1914 stellte er die verfassungsmäßig entscheidenden Organe, ganz entsprechend den theoretischen Darlegungen, die er schon vor Jahren gegeben hatte (S. 255), vor eine vollendete Tatsache, deren Konsequenz sie sich unmöglich entziehn konnten. Denn daran ist kein Zweifel, daß, wenn eine allgemeine Volksabstimmung stattgefunden hätte, die überwältigende Majorität des amerikanischen Volkes sich trotz aller Abneigung gegen Deutschland gegen den Krieg erklärt haben würde. Wie in England und Frankreich und dann in Italien hat auch in Amerika eine zielbewußte Minorität das widerstrebende Volk unter ihren Willen gezwungen; für die Situation charakteristisch ist aber, daß hier ein wenigstens bei Wilson selbst in der Theorie ehrlich gemeinter doktrinärer Pazifizismus das Werkzeug geworden ist, durch das zunächst scheinbar die englische Politik, in Wirklichkeit aber vielmehr der rücksichtslos vordrängende amerikanische Imperialismus sein Ziel erreichte und den Griff nach der Weltherrschaft ausführen konnte.

---

politische Moral durchaus erforderte, so wäre wenigstens der Schein der Doppelzüngigkeit vermieden worden. Das hätte man in Amerika verstehn können. Aber Herr von Bethmann war überzeugt, daß jeder andre Kanzler die Lage vollends verderben werde und daß es daher seine Pflicht sei, auf dem Platze zu bleiben und nach Möglichkeit hemmend einzuwirken: so blieb der deutschen Politik nach wie vor der negative, schwächliche Charakter bewahrt, den er ihr aufgedrückt hatte, im schroffsten Gegensatz zu dem energischen Vorgehn der militärischen Leitung. Durch die ununterbrochene Förderung der Flaumacher, die gewaltsame Unterdrückung aller kräftigen Regungen im Volk und durch die ständigen und dann doch nicht kraftvoll durchgeführten Konzessionen an die Radikalen, welche die Begehrlichkeit immer mehr steigerten und doch nie zu einem positiven Ergebnis führten, hat Herr von Bethmann-Hollweg die Widerstandskraft des deutschen Volks systematisch untergraben und den Zusammenbruch herbeigeführt.

Und dabei beschuldigte man Deutschland, das sich im August 1914 mit einer in aller Geschichte unerhörten Einmütigkeit zur Verteidigung seiner Existenz und seines nationalen Staats gegen den feindlichen Überfall erhoben hatte, der gewaltsamen Eroberungspolitik und behauptete, es stehe unter der Zwangsherrschaft einer selbstsüchtigen und unverantwortlichen „Autokratie"! In seiner Kriegsbotschaft vom 5. April erklärte Wilson, Amerika sei „der aufrichtige Freund des deutschen Volkes"; aber „die preußische Autokratie war nicht unser Freund und konnte es nicht sein," und Amerika trete in den Krieg ein „für die Demokratie, für die Rechte der Untertanen, eine Stimme in ihrer eignen Regierung zu haben, für die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen, für eine allgemeine Herrschaft des Rechts durch einen Bund der freien Völker, der allen Nationen Friede und Sicherheit bringt und schließlich die ganze Welt befreit." Wie eine Autokratie in Wirklichkeit aussieht, haben im Kriege England, Frankreich, Italien und jetzt auch Amerika im vollsten Umfang erfahren. Es war das Verhängnis Deutschlands, daß sie hier nicht bestand, daß man sich zur Aufrichtung einer zeitweiligen Diktatur, einer fest durchgreifenden Regierung hier nicht entschließen konnte; hätte die deutsche Regierung auch nur die Hälfte der rücksichtslosen Energie entfaltet, mit der die Machthaber bei unsern Feinden tagtäglich vorgingen, so würden wir jetzt ganz anders dastehn.

Nach der Kriegserklärung hat Wilson die volle Gewalt des Präsidenten als des obersten Kriegsherrn ergriffen, die seinerzeit Lincoln im Bürgerkrieg entfaltet hatte. Der Kongreß gab ihm die nötigen Vollmachten und nahm die Kriegsgesetze an, die er forderte. Es wiederholten sich, nur in kürzerer Frist, dieselben Vorgänge, die sich in den ersten Jahren des Krieges in England abgespielt hatten. Daß man mit einer Freiwilligenarmee nicht auskommen könne, erkannte man sogleich; so wurde die allgemeine Wehrpflicht und die Zwangsaushebung zunächst vom 19. bis zum 26. Jahre eingeführt, und die, welche sich ihr entziehn wollten, gewaltsam eingestellt. Man begann die Lebensmittel zu rationieren und zur Sparsamkeit zu mahnen. Die Industrie wurde unter staatliche Kontrolle gestellt, gegen die Kriegsgewinne durch eine hohe Besteuerung eingeschritten. Um dem durch das unzureichende Eisenbahnmaterial und die Aufstapelung gewaltiger Warenmassen an den Stationen und in den Häfen herbeigeführten Kohlenmangel abzuhelfen, wurde im Januar 1918 eine fünftägige Schließung aller Geschäfte mit Ausnahme der für Lebensmittel für das gesamte Gebiet östlich vom Mississippi angeordnet und inmitten der starken Winterkälte eine Einschränkung der Heizung und ein Verbot derselben in allen Geschäftsräumen am Sonntag

und Montag befohlen. Dazu kam dann ein Spionagegesetz, ein rücksichtsloses Vorgehn gegen alle Deutschen, Beschlagnahme der deutschen Vermögen und der deutschen Schiffe usw., und eine gewaltige dreieinhalbprozentige „Freiheitsanleihe", sowie die Bewilligung von elf Milliarden Dollar für den Krieg, von denen vier der Entente zur Verfügung gestellt wurden.

Nach dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland hatte Wilson im Februar 1917 alle Neutralen aufgefordert, das gleiche zu tun. Aber wie Mexiko haben die Schweiz, die Niederlande und die skandinavischen Staaten ablehnend geantwortet; hier hatte das energische Auftreten Deutschlands für dasselbe günstig gewirkt; um so weniger hatten sie Neigung, sich unter dem Vorwande eines schön klingenden Programms für die Entente aufzuopfern und den Krieg in ihr Gebiet zu ziehn, sie sind bis zum Ende neutral geblieben. Dagegen sind bekanntlich die amerikanischen Staaten fast alle der Kriegserklärung der Union gefolgt, ebenso China. In eine eigenartige Lage kam die Union gegenüber ihrem Rivalen Japan, das jetzt ihr Bundesgenosse wurde; in einem Vertrage vom 2. November 1917 hat sie, unter der üblichen Phrase der beiderseitigen Anerkennung der „Unabhängigkeit und territorialen Souveränität und Integrität Chinas" und der Wahrung des Prinzips der „offenen Tür", zugegeben, daß Japan an China „besondere Interessen" habe und geltend machen dürfe.

In Deutschland hat man die Kriegserklärung Amerikas sehr kühl aufgenommen. Die herrschende Ansicht war, daß Amerika uns durch seine offene Teilnahme am Kriege nicht viel mehr werde schaden können, als schon vorher, daß die Entsendung einer starken Armee nach Europa und ihre dauernde Versorgung mit Munition und Lebensmitteln unausführbar sei und durch die Uboote verhindert werden würde, und daß die Stimmung im Lande lau und dem Krieg abgeneigt bleiben werde. Die Maßregeln, die Amerika zur Beschaffung von Kriegsmaterial und Schiffen ergriff, schienen angesichts der herrschenden Korruption, die sich eben damals wieder drastisch enthüllte — so waren die für Beschaffung von Maschinengewehren und Luftschiffen bewilligten Mittel verschleudert und verschwunden —, als unausführbar und lediglich Bluff. Diese Auffassung, die auch ich geteilt und vertreten habe, hat sich als falsch erwiesen; Amerika hat in der Tat eine große Energie entfaltet und hat entscheidend in den Krieg eingreifen können. Auf der andern Seite hat die Erwartung, die wir von der Leistungsfähigkeit der Uboote hegten, sich nicht erfüllt. Wie weit hier technische Momente und vielleicht ihre für die Aufgabe nicht ausreichende, durch Versenkungen und Beschädigungen weiter verminderte Zahl entscheidend gewesen ist, entzieht sich noch der

Beurteilung, da wir über diese Dinge noch keine zuverlässige Aufklärung erhalten haben. Es scheint aber, daß ganz wesentlich die alte Abneigung der Regierung mitgespielt hat, den Krieg mit voller, rücksichtsloser Energie zu führen, daß man noch immer von der Vorstellung beherrscht war, man dürfe den Gegner nicht reizen. Jedenfalls war es sehr verfehlt, daß die Uboote einmal an der amerikanischen Küste erschienen und einige Schiffe versenkten, und dann niemals wieder. Dadurch wurden, wie früher im Seekrieg gegen England, die Feinde auf die ihnen drohenden Gefahren aufmerksam gemacht und zu Vorsichtsmaßregeln veranlaßt; ein positiver Erfolg konnte dadurch nicht erreicht werden, sie waren, ähnlich wie die Entsendung der Boothandelsschiffe nach Amerika im Jahre 1916, lediglich ein erfolgloser Bluff, eine Renommage, die nur schaden konnte.

Die Stimmung in Amerika aber ist völlig für den Krieg gewonnen worden. Die „öffentliche Meinung" schwoll in der früher geschilderten Weise zu einer gewaltigen Woge an, die allen Widerstand mit sich fortriß, und die sich gelegentlich in den brutalsten Ausschreitungen gegen Deutsche, bis zum Lynchen, manifestiert hat. Die geschickte Pressepropaganda Lord Northcliffes, der zu dem Zwecke nach Amerika reiste, hat dazu kräftig beigetragen. Zugleich war durch die Revolution in Rußland und den Sturz des Zaren der Bund, in den Amerika eintrat, von dem häßlichen Makel befreit, daß ihm eine wirklich „autokratische", despotische Macht angehörte. Die Auffassung, daß es sich um einen Kampf für die amerikanischen Staats- und Lebensideale gegen die diametral entgegengesetzte deutsche Auffassung und Organisation handle und diese aus der Welt geschafft werden müsse, drang allgemein durch. So glaubte die Masse des Volks jetzt wirklich, mit selbstloser Aufopferung für eine Idee, für die bessere Gestaltung der Welt durch Niederwerfung der den Frieden (den Deutschland in Wirklichkeit 43 Jahre lang mit Aufopferung seiner eignen Interessen erhalten hatte) ruchlos brechenden und nach Weltherrschaft strebenden militärischen Autokratie Preußens in den Krieg zu ziehn. Dahinter standen dann die eigentlichen Treiber, die großen kapitalistischen Mächte, die von Anfang an alle Mittel für die Niederzwingung Deutschlands in Bewegung gesetzt hatten; sie sahen jetzt ihr Ziel greifbar vor Augen. Amerika kam als der Retter der Entente, als der Helfer in der Not; so mußte ihm, wenn es die Lage richtig ausnutzte, von selbst die Leitung der Operationen und der Friedensverhandlungen und damit die dominierende Stellung in der neugestalteten Welt zufallen. Die Demokraten fügten sich Wilsons Programm. Den Republikanern, die ihnen den Rang ablaufen wollten, ging es natürlich nicht

weit genug: sie traten jetzt geschlossen für den Krieg und den amerikanischen Imperialismus ein, bekämpften Wilsons pazifistisch-humanitären Ideale und forderten eine rücksichtslose Zertrümmerung Deutschlands. Bei den Wahlen im November 1918 haben sie in beiden Häusern des Kongresses die Majorität gewonnen.

Wesentlich gestärkt wurde die deutschfeindliche Strömung auch diesmal wieder durch Deutschland. Äußerungen, wie die der deutschen Sozialdemokraten bei den von unserer Regierung in unbegreiflicher Verblendung zugelassenen Verhandlungen in Stockholm konnten nur verhängnisvoll wirken und eben darum nicht etwa den erstrebten Frieden herbeiführen, sondern nur den Krieg verlängern, ebensogut wie die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917, die das offene Bekenntnis enthielt, daß Deutschland sich nicht mehr stark genug fühlte, den Sieg zu erringen, und seine Sache selbst preisgab. Ganz vernichtend aber wirkte die landesverräterische Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, die Anfang 1918 bekannt und von unsern Feinden in Millionen von Exemplaren verbreitet wurde: wer konnte noch daran zweifeln, daß der Krieg durch eine deutsche Militärpartei erzwungen sei und sich bei einer bessern Politik leicht hätte vermeiden lassen, und daß England völlig im Rechte sei, wenn der deutsche Botschafter in London das selbst erklärte?

Auf den Verlauf der militärischen Operationen weiter einzugehn, kann nicht unsre Aufgabe sein. Während derselben hat Wilson seine Anschauungen weiter formuliert. Einen willkommnen Anlaß dazu gaben ihm die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, die ihm natürlich als ein weiterer Beweis für Deutschlands Gewalttätigkeit und Unrecht erschienen. Dazu bot ihm äußerst ungeschickte Behandlung seitens der deutschen Unterhändler einen weitern Anhalt, die statt klar die deutschen Forderungen zu formulieren, sich auf theoretische Diskussionen einließen und sich dadurch in schreiende Widersprüche verwickelt hatten. In einer Rede an den Kongreß vom 8. Januar 1918 formulierte er die Ziele Amerikas in 14 Punkten: ein öffentlicher Friedensvertrag und Beseitigung aller Geheimdiplomatie — als ob die jemals zu entbehren wäre! —; absolute Freiheit der Seefahrt; Aufhebung aller wirtschaftlichen Schranken; Herabsetzung der Rüstungen; unparteiische Regelung der kolonialen Ansprüche mit Berücksichtigung der Interessen der Einwohner; Räumung aller von Deutschland besetzten Gebiete einschließlich Elsaß-Lothringens und Wiederherstellung der Schäden; Autonomie der Völker Österreich-Ungarns und der Türkei; Wiederherstellung Polens mit Zutritt zur See; und als Abschluß des Ganzen ein Völkerbund zur Sicherung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität der großen

wie der kleinen Staaten und Völker. In spätern Reden an den Kongreß wie bei andern Anlässen ist er auf diese Grundsätze immer wieder zurückgekommen. Von ihnen waren die Forderungen, welche die volle Schwächung und Zerstückelung Deutschlands und seiner Bundesgenossen enthielten, den Genossen der Entente natürlich sehr willkommen, dagegen keineswegs die ersten allgemeinen Sätze über die Freiheit der Meere, die Gestaltung des Wirtschaftslebens und die Kolonien, und der Völkerbund mit der Freiheit der unterdrückten Nationen, die sich mindestens in gleichem Maße gegen England und Frankreich richteten. Einstweilen nahm man die schön klingenden Phrasen willig hin; aber hinter ihnen verbarg sich ein tiefgreifender Gegensatz, der zutage treten mußte, sobald das militärische Ziel erreicht war, und der bei den folgenden Verhandlungen sofort in voller Schärfe hervortrat und auch gegenwärtig noch in keiner Weise ausgetragen ist.

Und nun, als Deutschlands Widerstandskraft zusammenbrach, zermürbt durch die Wirkungen des Aushungerungskriegs und innerlich zersetzt durch die Schwäche der Regierung, die Aufhetzung der vom linken Flügel der Sozialdemokratie gewissenlos betriebener Agitation und das aus Rußland hereingetragene revolutionäre Gift, und betört von dem naiven Glauben gutmütigen Phantasten an die Ehrlichkeit der Erklärungen unserer Feinde[1]), kam der Moment der Prüfung, wo sich zeigen mußte, ob Wilson wirklich eine überlegene, welthistorische Persönlichkeit sei oder nur eine durch den Zufall an ihre Stelle getragene Scheingröße. Er hat die Prüfung nicht bestanden. Deutschland hatte seine vierzehn Punkte angenommen und sich, in wahnwitziger Überstürzung, bereit gezeigt, jede Bedingung zu erfüllen, die die Feinde ihm auferlegen würden. Da hat Wilson, statt ihm den Waffenstillstand zu bewilligen und eine ehrliche Verhandlung zu ermöglichen, die Lage benutzt, um den besiegten Feind völlig zu zertrümmern. Er verwendete dasselbe Mittel, durch das er vier Jahre zuvor

[1]) Das Versagen Deutschlands in der entscheidenden Schicksalsstunde erinnert in mehr als einer Beziehung an sein Versagen in einem in gleicher Weise für Jahrhunderte entscheidenden Moment im Schmalkaldischen Krieg. Auch dort war die politische Leitung dem raffiniertem Spiel der Gegner, des spanischen Kaisers und des Papstes, gegenüber nicht gewachsen, und neben der Gewissenhaftigkeit und der naiven Vertrauensseligkeit der überzeugten Protestanten auf die Ehrlichkeit ihrer Todfeinde steht in eigenartiger Mischung, wie gegenwärtig, die skrupellose Selbstsucht und Begehrlichkeit. Beides zusammen hat bewirkt, daß die Gunst des Augenblicks nicht ergriffen wurde und der Aufschwung der Nation in den ersten Jahrzehnten der Reformation nur zu einem kläglichen Zusammenbruch und zur Verewigung der innern Zerrissenheit der Nation geführt hat, die sie, wie wir jetzt erfahren, nie wieder wirklich zu überwinden vermocht hat.

Huerta in Mexiko gestürzt hatte, die Forderung einer seiner Doktrin entsprechenden formalen Legalität, mit andern Worten, eine Revolution, die an Stelle der ihm verhaßten monarchischen „Autokratie“ den souveränen Volkswillen setzte. Daß inzwischen der deutsche Kaiser, durch Herrn von Bethmann Schritt für Schritt seiner Macht entkleidet, im Sommer 1917 bereits tatsächlich zugunsten einer rein usurpatorischen, der Verfassung gänzlich unbekannten Reichstagsmajorität abgedankt hatte und seine Herrschergewalt nur noch den Namen nach bestand, kam für ihn bei seinem selbstherrlichen Doktrinarismus nicht in Betracht. So verlangte er zunächst eine Erklärung, ob in Deutschland eine vom Volk getragene, verantwortliche Regierung bestehe. Dadurch hat er die Verhandlungen vier Wochen lang hingezogen und, während die feindlichen Armeen vorrückten und die unsern sich immer weiter zersetzten, den Umsturzparteien die, unter der Regierung eines elenden, durch jammervolle Schwäche zu Lüge und Verrat getriebenen Prinzen, mit Freuden ergriffene Gelegenheit geboten, die schon zu ohnmächtiger Schwäche herabgesunkene Monarchie vollends zu stürzen und den allgemeinen Umsturz herbeizuführen.

Durch die Revolution war das Ziel der Entente erreicht: Deutschland lag willenlos zu den Füßen seiner Feinde; in völliger, bedientenhafter Würdelosigkeit suchten seine neuen Regenten durch klägliche Sündenbekenntnisse und unterwürfige Lobhudeleien die Gnade der Sieger zu erbetteln. Wilson aber war, statt die Führung in den Händen zu halten und die Ziele durchsetzen zu können, die er erstrebt hatte und an die er glaubte, zum Werkzeug ihrer Bestrebungen geworden, wie vorher zu dem des amerikanischen Imperialismus. Wie weit es ihm noch gelingen wird, wenigstens einen Teil seines Programms gegen den Willen seiner Verbündeten und gegen die Majorität des neuen republikanischen Kongresses durchzusetzen, der seit dem 5. März in Washington tagt, hatte sich (im März 1919) noch nicht entschieden; falls er eine Milderung der Forderungen erreicht, liegt es nicht an seiner eignen Kraft — denn Amerika hat jetzt seine Dienste getan und ist ihnen als Bundesgenosse entbehrlich und lediglich ein lästiger Rivale —, sondern an der Angst, daß die Sturmwelle der Revolution verheerend auch in die Lande der Sieger eindringen könne. Die moralische Verantwortung für die gegenwärtige Lage der Welt liegt in erster Linie auf ihm. Allerdings hat sein Doktrinarismus die eine gute Folge gehabt, daß in Deutschland wenigstens der Schein einer legitimen Regierung geschaffen und die Berufung der Nationalversammlung erzwungen worden ist; aber im übrigen ist durch sein Verhalten nicht nur namenloses Elend über Deutschland gekommen, sondern

er trägt auch die Schuld für die entsetzlichen Zustände in den baltischen Landen, für die ständig anwachsenden Fortschritte des Bolschewismus, für das Chaos im ganzen Osten Europas und die neuen furchtbaren Kämpfe sowohl der Rassen wie der Klassen, denen es überantwortet ist, für den definitiven, nie wieder auszugleichenden Niedergang der europäischen Kultur.

Das Bild wird nur noch um so unerquicklicher, da der Mann, der der Welt seinen Willen aufzuerlegen sich vermißt, in jedem Worte seine Unkenntnis der wirklichen Tatsachen deutlich verrät und ahnungslos, in naivem Glauben, die Lügen nachspricht, die ihm seine Genossen in den Mund legen. Wenn er z. B. am 14. Februar 1919 behauptet hat, daß Deutschland „den hilflosen Völkern einiger von ihm annektierten Kolonien unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegt habe" und „ihre Ausrottung mehr in Deutschlands Interesse gelegen habe als ihre Entwicklung", so ist das ungeprüft aus der englischen Presse übernommen, nur mit dem Unterschied, daß die Engländer sehr genau wissen, daß sie lügen, während Wilson glaubt, was ihm vorgeredet wird. Die Art seines Auftretens ist um so widerwärtiger, da sich, wie immer in solchen Fällen, mit der krassen Unwissenheit eine nur um so größere Anmaßung und hohe moralische Salbung verbindet. —

Soweit hatte ich im März 1919 geschrieben. Die seitdem eingetretenen Ereignisse geben mir keinen Anlaß, meine Auffassung zu ändern. Wohl aber hat sich Wilsons Persönlichkeit in ihnen vollständig enthüllt. Es hat sich gezeigt, welch unsägliche Torheit die Männer, in deren Händen die Geschicke unseres Volkes lagen, begangen haben, als sie in blindem Vertrauen auf seine Ehrlichkeit sich ihm zu Füßen warfen: von seinem schönen Programm, von den vierzehn Punkten, in die er seine Forderungen zusammenfaßte und die wir unbesehn als Friedensbasis angenommen haben, ist abgesehn von den die Zerstückelung Deutschlands enthaltenden Bedingungen auch nicht ein einziger Satz aufrecht erhalten worden; statt dessen ist der Friede, dem das deutsche Volk sich teils in kindischer, durch nichts mehr entschuldbarer Verblendung, teils durch offenkundigen Verrat gewissenloser Politiker widerstandslos unterworfen hat, ausschließlich beherrscht von dem Streben, die deutsche Nation politisch und wirtschaftlich für alle Zukunft zu vernichten und zu einem verachteten Sklavenvolk

herabzudrücken. Dieser Vertrag, der angeblich eine neue herrliche Zeit der Völkerversöhnung und dauernden Friedens über die geplagte Welt bringen soll, ist verfaßt und diktiert mit einer skrupellosen Brutalität, die in der gesamten Weltgeschichte ebensowenig ihresgleichen hat, wie die Art, in der unsere Feinde den Krieg zu führen sich moralisch berechtigt gehalten haben.

Allerdings hat Wilson einige schwächliche Versuche gemacht, die härtesten Bedingungen zu mäßigen und an den Sätzen seines Programms wenigstens dem Schein nach festzuhalten. Aber als er sah, daß er damit gegen den unbeugsamen Willen seiner englischen und französischen Verbündeten nicht durchdringen konnte, hat er sich alsbald widerstandslos gefügt.

Auch hier freilich trifft Deutschland ein nicht geringer Teil der Schuld; dadurch das es nicht loskommen konnte von dem Wahnglauben, es handle sich im politischen Ringen nicht um Machtfragen, sondern um Rechtsfragen, daß es sich selbst entwaffnete und überdies durch Vernichtung jeder staatlichen Ordnung sich vollkommen wehrlos machte und freiwillig aus der Schar der irdischen Mächte ausschied, hat es Wilson die Grundlage entzogen, die ihm ein selbständiges Handeln und ein festes Auftreten gegen seine Genossen ermöglicht hätte. Jetzt, wo sie Deutschland nicht mehr zu fürchten hatten, brauchten England und Frankreich die Wehrkraft Amerikas nicht mehr; wohl aber konnten sie die willkommene Gelegenheit benutzen, den unbequemen, zeitweilig bereits übermächtig gewordenen Partner beiseite zu schieben und rücksichtslos lediglich ihren eignen Gelüsten zu folgen. Durch unser Verhalten hatten wir nicht nur Deutschlands, sondern auch Amerikas Kraft gebrochen und die Machtstellung eben des Staats selbst untergraben, den wir als den einzigen Retter in der Not angerufen hatten. Dazu kommt weiter, daß die Regierung in kläglicher Angst und armseliger Schwäche jede Ausnutzung des Materials verschmäht hat, das uns gegen die Beschuldigungen unserer Feinde in so reichem Maße zur Verfügung steht, und daß es in allen Schichten unseres Volkes bis in die höchsten Kreise hinauf genug Männer gegeben hat, die schamlos und ehrlos genug waren, um diese Beschuldigungen nachzusprechen, ja womöglich noch zu steigern und durch lückenhafte und gefälschte Darstellungen aus dem Aktenmaterial zu unterstützen.

Dadurch ist Wilson wenn auch nicht als Mensch so doch als Staatsmann in der Tat wenigstens von einem Teil der Schuld entlastet. Freilich hätte er auch jetzt noch, trotz der Schwächung seiner Machtbasis, dem Drängen Englands und Frankreichs einen starken Widerstand entgegensetzen und manche Milderung erreichen können, und ohne Zweifel hätte er dabei die

öffentliche Meinung Amerikas auf seiner Seite gehabt. Indessen nur zu bereitwillig hat er, als er auf energischen Widerstand stieß, seine Prinzipien preisgegeben und all die bewußten Lügen gläubig angenommen, mit denen England und Frankreich Deutschland überschütteten und ihr Verbrechen rechtfertigten: auch er selbst fand darin eine moralische Rechtfertigung seines Verhaltens vor dem eignen Gewissen. So ist er, wie es seine Art war, eifrig bei ihnen in die Lehre gegangen, und bald war ihm keine Verläumdung zu bodenlos und zu gemein, um sie nicht gläubig nachzusprechen. Trotzdem bleibt es doch unerhört und zeigt den sittlichen Tiefstand seiner Moral, daß er es über sich gebracht hat, an dem Akt des 7. Mai, als den deutschen Delegierten in Versailles die furchtbaren, all seinen Grundsätzen ins Gesicht schlagenden Friedensbedingungen überreicht wurden, in Person teilzunehmen.

Der Friede, der uns diktiert worden ist, zeigt einen Tiefstand der politischen Moral, der weit über alles hinausgeht, was die Weltgeschichte selbst in ihren rohesten Epochen aufzuweisen hat. Wenn unsere Feinde offen aussprächen, daß sie ihrer Rachsucht ungezügelt freien Lauf lassen und die Deutschen nach Möglichkeit vernichten und von der Erde vertilgen wollen, wenn sie nach dem Vorbild der Assyrer und der Römer die gefangenen feindlichen Führer im Triumph aufführten und hinrichteten, die Masse der Gefangenen abschlachteten oder als Sklaven verkauften, das wäre wenigstens noch ehrlich. So aber verhüllen sie diese Taten unter den Mantel der Gerechtigkeit und den verlogenen Phrasen von Menschenliebe, von Völkerbund und ewigem Frieden und entblöden sich nicht, in dem Gericht, vor das sie unsern Kaiser und unsre besten Männer fordern, vor der Welt mit salbungsvollem Pathos ein Schauspiel widerlichster Heuchelei aufzuführen. Alles aber, was Deutschland an Kultur geschaffen hat, wird systematisch vernichtet, in den baltischen Landen, in Preußen und Posen, im Elsaß, in den besetzten linksrheinischen Gebieten, in unseren Kolonien jede Gesittung niedergetreten mit kaltem Hohn auf alle Gebote der Menschlichkeit; und kein Volk ist roh genug, das nicht seiner Begehrlichkeit gewillfahrt und jede Forderung, die es erheben mag, nicht nur erfüllt, sondern auch als berechtigt hingestellt wird.

Allerdings haben sich in Amerika Stimmen gegen dieses Verfahren erhoben. Wilson, der Sieger im Weltkrieg und Schiedsrichter des Erdballs, ist bei seiner Rückkehr nach den Zeitungsberichten keineswegs mit Enthusiasmus aufgenommen worden, und seine Stellung scheint stark erschüttert, die Opposition ständig im Wachsen zu sein. Bei dieser Stimmung der öffentlichen Mei-

nung wirken ohne Zweifel moralische Anstöße mit, und gar manche ehrliche Amerikaner werden entrüstet sein über die innere Verlogenheit der Haltung des Präsidenten, über den krassen Widerspruch zwischen seinem feierlich verkündeten Programm und der tatsächlichen Gestaltung der Friedensbedingungen, die anstatt die Forderungen der Gerechtigkeit und der Völkerversöhnung durchzuführen, die von England und Frankreich vergewaltigten Völker zu befreien, und einen dauernden Friedenszustand zu begründen, vielmehr die Zwangsherrschaft und die Knechtung der Nationen in brutalster Gestalt aufrichten und einen unüberbrückbaren Völkerhaß geschaffen haben, der nur zu einer unabsehbaren Folge weiterer vernichtender Kriege führen kann. Indessen maßgebend für das Verhalten der Amerikaner sind keineswegs diese idealen Erwägungen [1]), sondern sehr realistische Empfindungen der praktischen Politik. Durch den Erfolg im Weltkrieg ist der Imperialismus in der Union gewaltig gesteigert: man fühlt sich nicht nur dem europäischen Festland, sondern auch England gegenüber durchaus überlegen, man hat jetzt ein großes Heer und eine starke Flotte, die Herrschaft über den Geldmarkt ist auf Amerika übergegangen, und es kann daran denken, jetzt auch in Handel und Industrie Englands Erbe anzutreten und die Weltherrschaft für die Union zu erlangen. So fühlt man sich beengt durch die Formeln des Völkerbundes, die Wilson in seinem Doktrinarismus ersonnen hat und auch Amerika auferlegen will, und möchte Ernst machen mit der Freiheit der Meere, d. h. mit der Befreiung der Ozeane von der Herrschaft der englischen Seemacht, an deren Stelle vielmehr die amerikanische treten soll. Die Opposition gegen Wilson ist in Wirklichkeit in erster Linie gegen England gerichtet und kommt Deutschland höchstens insoweit zugute, wie sie dieses trifft.

Wie diese Entwicklung sich weiter gestalten mag, wie zugleich die neue Weltstellung der Union auf ihre innere Gestaltung und die zahlreichen hier klaffenden Gegensätze, auf die Arbeiterfrage, die Negerfrage, die Gestaltung der Verfassung zurückwirken wird, kann erst die Zukunft lehren.

Für Deutschland bleibt Wilson der Typus eines salbungsvollen, scheinheiligen Heuchlers, in dessen Gestalt sich alles zusammenfaßt, was dem deutschen Wesen entgegengesetzt und im innersten zuwider ist. In der Weltgeschichte aber wird er fortleben als der Mann, der, indem er in doktrinärer Selbstüber-

[1]) Ganz offen hat das jetzt der Staatssekretär Lansing ausgesprochen, wenn er erklärt, er habe die Forderung eines Gerichts über den Kaiser bekämpft, nicht etwa weil er sie für unsittlich hielt, sondern weil er fürchte, derselbe werde freigesprochen werden müssen; das richtige wäre gewesen, ihn irgendwohin zu verbannen, wie seinerzeit Napoleon.

hebung sich anmaßte, durch sein herrisches Eingreifen die Weltgeschicke in neue Bahnen lenken zu können, nicht nur die Ideale vernichtet hat, die Deutschland zu verwirklichen strebte, sondern durch die Unterwerfung unter die wilde Rachsucht Frankreichs und den kaltherzigen Egoismus Englands der Henker der europäischen Kultur geworden ist und mehr als ein andrer Sterblicher dazu beigetragen hat, daß über die weiße Rasse ein Zeitalter ständig anwachsender Barbarei hereingebrochen ist, in dem die Kultur, welche Europa geschaffen hat, rettungslos dem Untergang überantwortet ist.

(Abgeschlossen Ende August 1919).

Präsidenten der Vereinigten Staaten.

		Heimatsstaat:	Partei:
1789—1793	George Washington	Virginia	Föderalist
1793—1797	wiedergewählt		
1797—1801	John Adams	Massachusetts	"
1801—1805	Thomas Jefferson	Virginia	republ. Demokrat
1805—1809	wiedergewählt		
1809—1813	James Madison	"	"
1813—1817	wiedergewählt		
1817—1821	James Monroe	"	"
1821—1825	wiedergewählt		(Ära des guten Einvernehmens)
1825—1829	John Quincy Adams	Massachusetts	(Beginn der neuen Parteibildung)
1829—1833	Andrew Jackson	Tennessee	Demokrat
1833—1837	wiedergewählt		
1837—1841	Martin Van Buren	New York	"
1841—1845	William H. Harrison, † 1841	Ohio	Whig
	John Tyler	Virginia	Demokrat
1845—1849	James Knox Polk	Tennessee	"
1849—1853	Zachary Taylor, † 1850	Louisiana	Whig
	Millard Fillmore	New York	"
1853—1857	Franklin Pierce	New Hampshire	Demokrat
1857—1861	James Buchanan	Pennsylvania	"
1861—1865	Abraham Lincoln	Illinois	Republikaner
1865—1869	wiedergewählt, ermordet 1865		
	Andrew Johnson	Tennessee	"
1869—1873	Ulysses S. Grant	(General ohne Einzelstaat)	"
1873—1877	wiedergewählt		
1877—1881	Rutherford B. Hayes	Ohio	"
1881—1885	James A. Garfield, ermordet 1881	"	"
	Chester A. Arthur	New York	"
1885—1889	Grover Cleveland	"	Demokrat
1889—1893	Benjamin Harrison	Indiana	Rupublikaner
1893—1897	Grover Cleveland wiedergewählt	New York	Demokrat
1897—1901	William McKinley	Ohio	Republikaner
1901—1905	wiedergewählt, ermordet 1901		
	Theodore Roosevelt	New York	"
1905—1909	wiedergewählt		
1909—1913	William H. Taft	Ohio	"
1913—1917	Woodrow Wilson	Virginia (New Jersey)	Demokrat
1917—	wiedergewählt		

